

SÖREN FLACHOWSKY
CARSTEN REINHARDT

VERWERFUNGEN DER NS-VERGANGENHEIT

ZUM AUFBAU DER GEOLOGISCHEN
DIENSTE IN WESTDEUTSCHLAND
(1945–1962)

RESSORTFORSCHUNG IM 20. JAHRHUNDERT

BIELEFELD UNIVERSITY
PRESS

Sören Flachowsky, Carsten Reinhardt

Verwerfungen der NS-Vergangenheit

Zum Aufbau der Geologischen Dienste in Westdeutschland (1945–1962)

Ressortforschung im 20. Jahrhundert

Ressortforschungseinrichtungen bilden ein elementares Strukturelement des deutschen Wissenschafts- und Innovationssystems im 20. Jahrhundert. Die Buchreihe „Ressortforschung im 20. Jahrhundert“ präsentiert die Geschichte ausgewählter Ressortforschungseinrichtungen und ihrer Vorläufer vom Ersten Weltkrieg bis in die 1960er Jahre: der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, der Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung, des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung sowie der Chemisch-Technischen Reichsanstalt. Im Zentrum stehen die Zeit des Nationalsozialismus sowie der Umgang dieser Behörden mit ihrer NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Reihe richtet sich an Interessierte der NS- und Zeitgeschichte, der Wissenschafts- und Technikgeschichte, der historischen Innovationsforschung sowie an Mitarbeitende heutiger Ressortforschungseinrichtungen.

Reihenherausgeber: Helmut Maier und Carsten Reinhardt

Sören Flachowsky studierte Neuere und Neueste Geschichte sowie Bibliotheks- und Dokumentationswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und wurde 2005 mit einer Arbeit zur NS-Wissenschaftspolitik promoviert. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der Wissenschafts-, Technik- und Wirtschaftsgeschichte. Er befasste sich im Rahmen des vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Projekts mit der Geschichte der geologischen Ressortforschung (Preußisch-Geologische Landesanstalt und Reichsamt für Bodenforschung) zwischen 1871/1914 und 1945.

Carsten Reinhardt ist seit 2007 Professor für Historische Wissenschaftsforschung an der Universität Bielefeld. Seine Forschungsgebiete sind Geschichte der Chemie, Industrieforschung, wissenschaftlicher Instrumente und des Expertenwissens.

Sören Flachowsky, Carsten Reinhardt

Verwerfungen der NS-Vergangenheit

Zum Aufbau der Geologischen Dienste
in Westdeutschland (1945–1962)

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Die Finanzierung dieser Publikation erfolgte durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, daneben durch die Bergische Universität Wuppertal und die Universität Bielefeld.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-ND 4.0 veröffentlicht. Die Lizenz erlaubt die Vervielfältigung und Weitergabe, auch zu kommerziellen Zwecken, bei Namensnennung der Urheber*in, sofern das Werk unverändert und vollständig weitergegeben wird. Bearbeitungen, Abwandlungen oder inhaltliche Veränderungen sind nicht gestattet. Die Lizenz gilt ausschließlich für Originalmaterial. Für Inhalte aus anderen Quellen (z. B. Abbildungen, Fotos oder Textauszüge) können abweichende Nutzungsrechte gelten. <https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>

Erstveröffentlicht im Jahr 2026 durch Bielefeld University Press, Bielefeld
www.bielefelduniversitypress.de

© Sören Flachowsky, Carsten Reinhardt

Gestaltung: Leon Pöhler, Bielefeld

Satz: Leon Pöhler und Jonathan „JONA“ Mientus, Berlin

Coverfoto: Der 1953 eingeweihte Neubau des Amtes für Bodenforschung,
Wiesenstraße 1 in Hannover, aus: Fotoalbum, BGR-Archiv Hannover,
Nr. 90024, unp.

Druck: Mediaprint Solutions GmbH, Paderborn

Print-ISBN: 978-3-69129-027-1

PDF-ISBN: 978-3-69129-028-8

DOI: 10.64136/rwds2736

Inhalt

1	Einleitung	7
	Forschungsstand	12
	Struktur des Buches	16
2	Vorbedingungen und Ausgangslage	19
2.1	Geologische Ressortforschung in Deutschland bis 1945	20
2.2	Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949	33
3	Die institutionelle Entwicklung geologischer Ressortforschung 1945–1949	39
3.1	Berlin und Sowjetische Besatzungszone	42
3.2	Amerikanische Besatzungszone	70
3.3	Französische Besatzungszone	87
3.4	Britische Besatzungszone	97
4	Ein Provisorium auf dem Weg zur Bundesbehörde – Das Amt für Bodenforschung in Hannover 1949–1958	139
5	Die Bundesanstalt für Bodenforschung 1958–1962	195
6	An der Abbruchkante: Zeigen, Andeuten und Verschütten der Vergangenheit	225
6.1	Die Werte der Institution	228
6.2.	Situatives Erinnern	253
6.3	Tugenden der Person, Verkörperung des Amtes	268
	Abkürzungsverzeichnis	297
	Abbildungsverzeichnis	302
	Verzeichnis der Tabellen	306
	Quellen- und Literaturverzeichnis	308
	Quellen	308
	Literatur	313
	Personenregister	347

1 Einleitung

Am 6. September 1949 legte der hessische Ministerpräsident Christian Stock (SPD) dem deutschen Bundestag und dem Bundesrat ‚Empfehlungen des Organisations-Ausschusses der Ministerpräsidenten-Konferenz über den Aufbau der Bundesorgane vor.¹ Die Bundesrepublik Deutschland war gerade einmal etwas mehr als drei Monate alt, und die ebenfalls noch jungen Bundesländer hatten gemeinsam mit Vertretern des Parlamentarischen Rates Vorschläge erarbeitet, wie die Exekutive des Bundes aufgebaut werden und welche Zuständigkeiten sie erhalten sollte. Im Bereich des Bundeswirtschaftsministeriums wären unter anderem drei „Oberbehörden“ bzw. „Bundesstellen“ angesiedelt: die „Physikalisch-technische Bundesanstalt“, eine „Chemisch-technische Bundesanstalt“ sowie eine „Bundesstelle für Bodenforschung“.² Die Erläuterungen zu dieser Bundesstelle verweisen auf Erlasse und Verordnungen der nationalsozialistischen Zeit und halten deren Bildung, „wie sie [auf Grund der Erlasse während des NS] bestand (...) für zweckmäßig.“³ Als Aufgabengebiet führen die Empfehlungen an:

-
- 1 Büro der Ministerpräsidenten des amerik., brit. und franz. Besatzungsgebietes: Empfehlungen des Organisations-Ausschusses der Ministerpräsidenten-Konferenz über den Aufbau der Bundesorgane, Wiesbaden 1949.
 - 2 Organisationsplan, ebd., zwischen S. 45 und 46. Die Gründung der PTB erfolgte 1950, die der Bundesanstalt für Materialprüfung (BAM), die auch Funktionen der Chemisch-Technischen Reichsanstalt übernahm, 1954. Vgl. Kölmel, Belastungsproben (2026). Dieser Band ist, wie der hier vorliegende auch, im Rahmen des vom Bundesministerium für Wirtschaft und den beteiligten Ressortforschungseinrichtungen, in diesem Fall der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) geförderten Forschungsprojekt entstanden.
 - 3 In den ‚Empfehlungen‘ werden der Erlass vom 5.2.1938 und die Verordnung vom 30.3.1939 angegeben, tatsächlich stammt die Verordnung aber vom 10.3.1939. Büro, Empfehlungen (1949), S. 43. Es handelt sich um die Verordnung über die Errichtung einer Reichsstelle für Bodenforschung vom 10.3.1939, im Reichsgesetzblatt Teil I (1939), S. 490 ff.; auch in Pfeiffer, Dokumente (1974), S. 209–210. Der Erlass vom 5.2.1938 stammt von Reichsfeldmarschall Göring und ist im Rahmen des Vierjahresplans ergangen. Es handelt sich demnach um eine direkt kriegsvorbereitende organisatorische Maßnahme des NS-Staates. Eine Kopie in BArch Berlin R 3101, Nr. 30110. Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

„Die Bundesstelle für Bodenforschung hätte das Bundesgebiet im Zusammenwirken mit den geologischen Landesanstalten der Länder nach geologischen und geophysikalischen, bergmännischen und anderen Methoden zu erforschen mit dem Ziel, die Ergebnisse für die Wirtschaft nutzbar zu machen. Daneben hätte sie die Weiter- und Neuentwicklung von Verfahren der Bodenforschung und der Verwertung von Bodenschätzen zu betreiben.“⁴

Doch eine „Bundesanstalt für Bodenforschung“ (BfB) wurde erst fast zehn Jahre nach diesen Empfehlungen der Ministerpräsidenten der Bundesländer gegründet, im November 1958 in Hannover: die heutige Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Was hatte diese Verzögerung bewirkt? Vor allem aber stellt sich die Frage, wie deutsche Politiker nur vier Jahre nach Kriegsende in Bezug auf die „Verwertung von Bodenschätzen“ einen direkten Bezug zum 1939 gegründeten „Reichsamt für Bodenforschung“ legen konnten, um die Bildung einer Bundesanstalt zu legitimieren. Denn das Reichsamt für Bodenforschung (RfB) hatte während des Zweiten Weltkrieges den Raubbau an Bodenschätzen im besetzten Europa organisiert. Dessen ehemaliger Präsident, SS-Obergruppenführer Wilhelm Keppler, war nur wenige Monate, bevor die ‚Empfehlungen‘ erschienen, in einem der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Kepplers Stellvertreter, SS-Hauptsturmführer Bernhard Brockamp, war 1945 von den sowjetischen Behörden in ein Arbeitslager verbracht worden, das er Ende 1949 als zwar freier, aber doch belasteter Mann verließ. Das Reichsamt selbst bestand zwar de jure noch, hatte de facto jedoch aufgehört zu existieren. Seine Funktionen waren in den westlichen Bundesländern weitgehend auf neu gegründete Geologische Landesämter übergegangen. In der ebenfalls gerade gegründeten Deutschen Demokratischen Republik dagegen kam es zur Bildung einer Staatlichen Geologischen Kommission, die zwar die Aufgaben des RfB übernahm, den Ursprung der Organisation im Nationalsozialismus aber offen ablehnte.

4 Büro, Empfehlungen (1949), S. 43. Das Zitat ist wortgleich mit der Verordnung vom 10.3.1939, nur steht nun „Bundesgebiet“ statt „Reichsgebiet“ und die Kooperation mit den Landesanstalten ist neu hinzugekommen. Vgl. Verordnung (1939), § 3, Abs. 1 und 3.

Wie hatte es zu dazu kommen können, dass maßgebliche Politiker der jungen Bundesrepublik an eine derart delegitimierte Tradition anknüpfen? Dies ist umso erstaunlicher, da sie ja nur sechs Jahre, von 1939 bis 1945, angehalten hatte, von einer ‚Tradition‘ also kaum gesprochen werden kann. Was wiederum hatte die Verzögerung in der Umsetzung ihrer Empfehlungen bewirkt? Wie gelang schließlich in der Bundesrepublik die Einrichtung eines zentralstaatlichen Geologischen Dienstes, wo lagen dessen Aufgaben, und was waren seine Bezüge zur Zeit des Nationalsozialismus? Die hier vorliegende kurze Studie versucht, diese Fragen zu beantworten, und bezieht sich dabei auf das umfassende Werk von Sören Flachowsky zur Geschichte der geologischen Ressortforschung im Deutschen Reich unmittelbar vor und während des Nationalsozialismus.⁵

Die Gründe für die Existenz eines zentralstaatlichen geologischen Dienstes, nicht nur in Deutschland, sondern in jedem modernen Staat, lagen Mitte des 20. Jahrhunderts offen zu Tage. Die säkulare Entwicklung der Verwissenschaftlichung der Rohstoffsuche, vor allem getrieben durch die Einführung neuer geophysikalischer und geochemischer Methoden, hatte zu einer Vielzahl an Aufschlüssen neuer Lagerstätten, hauptsächlich von Erdöl und Erdgas, aber auch vieler Mineralien und Kohle geführt. Vor allem aber hatten diese Methoden eines erzeugt: Daten, die, wenn sie miteinander verknüpft, dargestellt und interpretiert werden konnten, immense Fortschritte in der Treffgenauigkeit der Aufschlussbohrungen nach sich zogen. Nur eine zentrale Behörde war dazu in der Lage, aus Gründen der Vernetzungskapazität und der Bündelung wissenschaftlicher Ressourcen ebenso wie aus Fragen politischer Überzeugungskraft, da nicht alle beteiligten Unternehmen und Institute ihre Daten mit potentiellen Konkurrenten teilen wollten. Es galt nicht nur, wissenschaftliche Methoden zu entwickeln, sondern auch, sie umzusetzen, sie „der Wirtschaft nutzbar zu machen“, wie es in den Empfehlungen aus dem Jahr 1949 und der Verordnung des Jahres 1939 heißt. Darin wird direkt die Dualität aus wissenschaftlicher Forschung einerseits und zielgerichteter Anwendung andererseits angesprochen, die charakteristisch für Ressortforschungseinrichtungen ist.⁶ Im Zentrum ihrer Tätigkeiten stand es, Daten zu erzeugen, sie aufzubereiten und gezielt mitzuteilen. Dabei entschied ihre Fähigkeit zur Koordination einer Vielzahl unterschiedlicher methodischer Ansätze über Erfolg oder

5 Flachowsky, Kampf (2026).

6 Barlösius (2009).

Misserfolg jeder Bohrung. Diese säkulare Herausforderung stellte sich prinzipiell in jedem Staat in ähnlicher Form. Es war auch diese Generalisierbarkeit geologischer Forschungsmethoden, die es den Politikern der jungen Bundesrepublik ermöglichte, ihr Argument als wertneutral zu sehen und entsprechend einzusetzen. Für das ‚Dritte Reich‘ – und damit auch für dessen Rechtsnachfolgerin, die Bundesrepublik Deutschland – galten allerdings einige Besonderheiten, welche vor allem durch die potentielle Verfügbarkeit von Rohstoffquellen bestimmt waren.

Der Griff nach der Fläche, zunächst des sogenannten Deutschen ‚Altreichs‘, dann der ‚Ostmark‘, schließlich weiterer Gebiete Ost- und Westeuropas, erlaubte es den Staatsgeologen Deutschlands vor 1945, diese Daten überhaupt zu erzeugen und einer Kriegswirtschaft nutzbar zu machen. Dies, so ihr Versprechen an die Elite des ‚Dritten Reiches‘, würde die erforderlichen Rohstoffe für die dauernde Herrschaft über Europa im Rahmen einer „Großraumwirtschaft“ sichern. Beides, das kriegerische Ausgreifen in den Raum Europas und die Generierung von Daten (und damit verbunden die Förderung von Rohstoffen) bedingten im ‚Dritten Reich‘ einander so dramatisch wie in keinem anderen der kriegführenden Staaten. Deutschland war im Vergleich rohstoffarm und geographisch durch eine Blockade leicht zu isolieren. Der Erste Weltkrieg hatte beide Schwachpunkte aufgezeigt, gleichzeitig aber mit der Entwicklung von Ersatzstoffen und dem raschen Ausgreifen in Tiefe und Fläche der eroberten Gebiete die Blaupause dafür geliefert, wie ein nächster, diesmal auch geologischer, Krieg zu führen war⁷: Kein Krieg ohne Daten über Rohstoffe, allerdings auch keine Daten ohne Krieg. Das RfB wies den Ausweg aus diesem Dilemma, indem es seine Landes- und Bezirksgeologen, nun als Wehrgeologen, unmittelbar den Armeen Hitlers folgend in die Weiten Europas entsandte, die dort gewonnenen Informationen bündelte und verfügbar machte. Diese, für die Praxis geologischer Ressortforschung Deutschlands vor 1945 essentielle Verknüpfung mit einem Eroberungskrieg, war einer der Gründe dafür, die Anknüpfung an den Nationalsozialismus nach dessen Ende sowohl rhetorisch als auch faktisch problematisch zu gestalten, obwohl die Organisation des Reichsamtes erfolgreich war und z. B. dem Vereinigten Königreich als Modell diente. Der zweite Grund lag in der spezifischen Wissenschaftspolitik des Nationalsozialismus, die, gleichwohl sie in der historischen Forschung wegen ihrer Dezentralität lange als ineffizient,

gar chaotisch galt, durch interinstitutionelle Gremien und personelle Verknüpfungen sehr effizient in der Lage war, Synergieeffekte zu generieren und zu nutzen.⁸ Das RfB hing dabei wie die „Spinne im Netz“ des Austauschs von Wissen, ermöglicht durch seine zahlreichen Außenstellen.⁹ Diese waren, wie die Fälle vieler Staatsgeologen, darunter auch führende Mitarbeiter der späteren Bundesanstalt, zeigen, darüber eng in den nationalsozialistischen Machtapparat eingebunden und wurden später mit dessen Verbrechen in Verbindung gebracht.¹⁰

Wir wollen im Folgenden zeigen, wie es den Staatsgeologen der frühen Bundesrepublik gelang, gezielt die belastenden Verbindungen mit der NS- und Kriegsvergangenheit zu lösen, während sie diejenigen Bezüge, die ihre Kompetenz und Unabkömmlichkeit in einem modernen Staat bewiesen, stärkten. Wir bezeichnen dies metaphorisch als Verwerfungen der NS-Vergangenheit. Schon an der Jahreswende 1947 zu 1948 war in der britischen Besatzungszone das Narrativ entstanden, das für ein unmittelbares, relativ unbelastetes Anknüpfen an den Zweiten Weltkrieg sorgen konnte, unter direkter Beteiligung von Wissenschaftsoffizieren der Besatzungsmacht (Kap. 3.4 und 6) und unter Federführung des neu errichteten Amtes für Bodenforschung in Hannover, das für die Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen (also eines Teils der ehemaligen britischen Besatzungszone) verantwortlich wurde. Gleichzeitig aber war es, getragen von der föderalen Organisation der Bundesrepublik, zum Aufbau geologischer Landesämter gekommen, die eine erneute Zentralisierung energisch bekämpften (vgl. Kap. 3). Dies, so unsere These, führte zu der Verzögerung von fast zehn Jahren, bevor es zur Gründung einer geologischen Organisation auf Bundesebene kommen konnte.

Dass es 1958 überhaupt noch zur Gründung der Bundesanstalt für Bodenforschung kam, ist, so werden wir argumentieren, einer Reihe von Umständen zu verdanken. Zunächst gelang es dem energetischen und charismatischen ehemaligen Direktor des RfB, Alfred Bentz, der

8 Generell Maier (2023). Zur Geologie: Flachowsky, Kampf (2026).

9 Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

10 Neben Keppler und Brockamp unter anderen die späteren Präsidenten der Bundesanstalt für Bodenforschung Alfred Bentz, Hans Joachim Martini und Gerhard Richter-Bernburg. Zu den öffentlichen Stellungnahmen um eine mangelnde Berücksichtigung der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihrer Rolle bei der Entstehung dieses Forschungsprojektes, Flachowsky, Kampf (2026), Einleitung.

von 1938 bis 1945 als Bevollmächtigter für die Förderung der Erdölgewinnung im Vierjahresplan eng mit dem Erlass aus dem Jahr 1938 verbunden gewesen war, unmittelbar ab Juli 1945 ein geologisches Amt in der britischen Besatzungszone aufzubauen, das die Keimzelle für eine neue zentralstaatliche Organisation bilden sollte (Kap. 4). Ermöglicht wurde dies durch die Ernte der Früchte auf dem Gebiet der Erdölexploration in Nordwestdeutschland, die Bentz seit 1933 gezielt betrieben hatte und die die Bundesrepublik von Beginn der 1950er Jahre an für ein Jahrzehnt zum größten Ölproduzenten Westeuropas machen sollte. Vor allem aber, und das war entscheidend, gelang es ihm und seinem Stellvertreter im Amt des Präsidenten des für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zuständigen Amtes, Hans Joachim Martini, ein weltweites System geologischer Auslandstätigkeit zu organisieren. Diese war bald nur noch mit Bundesmitteln aufrecht zu erhalten und stützte den Export-Boom der bundesdeutschen Wirtschaft, verbunden mit einem Import-Boom von Rohstoffen vor allem aus Entwicklungsländern (vgl. Kap. 4 und 5). Martini allerdings konnte seine Position vermutlich nur erhalten, da er seine SS-Mitgliedschaft im Zusammenhang mit der Leitung der tschechoslowakischen geologischen Ressortforschung im ehemaligen „Protektorat Böhmen und Mähren“ verschwiegen hatte. Letzten Endes war es die nun friedliche Expansion der bundesdeutschen Geologen, wenn auch oft verbunden mit ausländischen Diktaturen der Nachkriegszeit, die die Gewinnung von Daten über Rohstoffe in einer notwendigen Tiefe und Breite sichern und die der Neugründung einer Bundesanstalt für Bodenforschung den Weg ebnen sollte.

Forschungsstand

Die Geschichte der bundesdeutschen geologischen Ressortforschung wurde von der historischen Forschung lange Zeit vernachlässigt. Angesichts der im Folgenden beschriebenen, schwierigen, keineswegs reibungslosen Genese der 1958 geschaffenen BfB bestand auf Seiten der daran Beteiligten vermutlich nur wenig Interesse, alte Wunden aufzureißen. Hinzu kamen die Bestimmungen der Bundes- und Länderarchivgesetze, die erst späteren Generationen einen Zugriff auf die Quellen vorbehielten. Folglich bildeten sowohl dies- wie im Übrigen auch jenseits des ‚Eisernen Vorhangs‘ vor allem Jubiläen willkommene Anlässe

zur Selbstreflexion, für Rückblicke in die jüngere Vergangenheit und Fingerzeige in Richtung Zukunft.¹¹ Den Referenz- und Ausgangspunkt bei all dem bildete in der Regel die PGLA, in deren Tradition man sich gern verortete. Besonders deutlich wurde dies in der 1974 von Hans Dietrich Lang herausgegebenen Festschrift zum 100jährigen Geburtstag der einstigen Vorzeiganstalt, dessen Wiederkehr mit einem Festakt in Hannover ein Jahr zuvor begangen worden war.¹² Unter den geladenen Gästen und Gratulanten waren auch die Direktoren der Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik, die die Möglichkeit des Festaktes nutzten, um Schlaglichter auf ihre jüngste Vergangenheit seit 1945 zu werfen und ihre Stellung zu Ländern und Bund darzulegen.¹³ Während danach wieder Ruhe einkehrte, lediglich unterbrochen durch die 1975 erfolgte Umbenennung der BfB in Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, standen für diese und das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung (NLfB) erst wieder im Jahr 1988 „eine Reihe mitteilenswerter Daten und Ereignisse an“, die erneut Veranlassung für ausgedehnte Feierlichkeiten und geschichtsträchtige Darstellungen boten.¹⁴ Vier Jahre zuvor hatte Dieter Pfeiffer aus Anlass des 25jährigen Bestehens der BfB/BGR und des NLfB erstmals eine Darstellung zur Entstehung beider Behörden vorgelegt, wobei er nicht nur auf die verschiedenen „Versuche zur Errichtung eines übergeordneten Geologischen Amtes“ im Westteil Deutschlands einging, sondern seine Ausführungen durch den Abdruck zentraler Dokumente ergänzte.¹⁵ Als für die vorliegende Darstellung ebenso wertvoll erwies sich ein

-
- 11 Für die SBZ/ DDR vgl. Daber, Bemerkungen (1961), S. 154–157; Hetzer, Forschung (1969), S. 447–455; ders., Berlin (1987), S. 154–159; Wiefel, Geschichte (1974), S. 23 f.
 - 12 Vgl. Lang, Landesanstalt (1974). Einen bestenfalls kursorischen Blick auf die Nachkriegsentwicklung bot Martini, Bundesanstalt (1965), S. LIV f.
 - 13 Vgl. Lüttig, Bundesanstalt (1974), S. 93–100; Vidal, Landesuntersuchung (1974), S. 101–114; Niedermayer, Geschichte (1974), S. 115 f.; Nöring, Landesamt (1974), S. 117–122; Karrenberg, Staatsdienst (1974), S. 123–128; Geib, Landesamt (1974), S. 129–132; Müller, Landesamt (1974), S. 133–134; Stremme, Geschichte (1974), S. 135–139; Weiser, Entwicklung (1974), S. 211–213 (mit anliegender Tafel). Vgl. zudem Vidal, Landesaufnahme (1975), S. 7–32; Ortlam/Becker-Platen, Dienst (1976), S. 25–41.
 - 14 Martin Kürsten (Präsident BGR) an Herbert Grünwald (Bayer AG, Leverkusen und Vorsitzender des Kuratoriums bei der BGR), 3.2.1988, BGR-Archiv Hannover, Nr. 204537, unp.
 - 15 Pfeiffer, Dokumente (1984).

von Helmut Vidal 1985 veröffentlichter Beitrag über die „Geologischen Dienste der Bundesrepublik Deutschland“, in dem er, wie Pfeiffer, u. a. auf die Direktorenkonferenz und die von ihr betreuten geowissenschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben eingeht, die auch Gegenstand der kontroversen Auseinandersetzungen waren, die der Gründung der BfB und des NLFb vorausgingen. Allerdings stand bei Vidal nicht die Geschichte der Geologischen Dienste im Vordergrund, vielmehr ging es ihm darum, „ihre Bedeutung und Aufgaben für und innerhalb unserer Gesellschaft und deren Mittlerrolle zwischen Staat, Forschung, Lehre und Praxis aufzuzeigen“.¹⁶

Interessante Einblicke in die unmittelbare Nachkriegsgeschichte des Reichsamtes für Bodenforschung in Celle, dem Nukleus der späteren BfB¹⁷, liefert ein 1987 erschienener Sammelband, in dem Dieter Pfeiffer eine kurze historische Einordnung vornimmt, bevor mit dem für die britische Besatzungszone und die geologische Ressortforschung zentral verantwortlichen ehemaligen Besatzungsoffizier Albert Everard Gunther und dem einst in Celle beschäftigten Erdölgeologen Alfred Mayer-Gürr wichtige Protagonisten über den „Alltag im Reichsamt für Bodenforschung“ zwischen 1945 und 1947 berichten.¹⁸ 1988 begingen BGR und NLFb nicht nur ihr 30jähriges Bestehen, in diesem Jahr feierten die kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den staatlichen geologischen Diensten ins Leben gerufenen „Geowissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeiten“ ihr vierzigjähriges Jubiläum. Vor diesem Hintergrund legten Albrecht Hahn und Joachim Homilius einen instruktiven Sammelband vor, der nicht nur Aufschluss über „Entstehung, Wandel und Standort“ der Gemeinschaftsarbeiten gibt, sondern auch über die fachlichen Arbeiten und methodischen Entwicklungen der geowissenschaftlichen Gemeinschaftsforschungen informiert.¹⁹ Während sich Dieter Pfeiffer, in Analogie zu seiner 1984 erschienenen Dokumentation, der geschichtlichen Entwicklung der Gemeinschaftsaufgaben widmet²⁰,

16 Vidal, Dienste (1985), S. 25.

17 Bereits 1968 bezeichnete Wolfgang Schott die Celler Zweigstelle „als Keimzelle des Amtes für Bodenforschung bzw. des daraus erwachsenen Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung und der Bundesanstalt für Bodenforschung“. Schott, Arbeiten (1968), S. 100.

18 Gunther/Mayer-Gürr/Pfeiffer, Forschungen (1987).

19 Hahn/Homilius, Gemeinschaftsaufgaben (1988).

20 Pfeiffer, Gemeinschaftsaufgaben (1988), S. 9–38.

befassen sich Hahn mit dem „Entwurf und Wandel“ der Aufgaben²¹ und Homilius mit ihrer Organisation, ihrem Personal und ihrem Berichtswesen.²² Flankiert werden diese auf Institutionalisierungsprozesse bezogenen Untersuchungen von zahlreichen Darstellungen, die auf die fachlichen und methodischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Geowissenschaften eingehen, wobei in unserem Zusammenhang vor allem die damals „beherrschende Gestalt in der Kohlenwasserstoffszene“ Alfred Bentz²³ und die Geophysiker um Hans Closs und Walter von zur Mühlen interessieren.²⁴

Nach der Wende von 1989 erhielt die historische Aufarbeitung der Geschichte der staatlichen geologischen Dienste neue Impulse. Dies hing zum einen mit der Neuausrichtung und teilweisen Integration der staatlichen Geologie der DDR in die BGR und dem Zugriff auf die für den Westen bis dahin verschlossenen ostdeutschen Archive zusammen.²⁵ Zum anderen gaben erneut anstehende Jubiläen den Ausschlag dafür, sich mit der Geschichte einzelner Geologischer Landesanstalten²⁶, geowissenschaftlicher Gremien²⁷ oder wichtigen Protagonisten der bundesdeutschen Geologie wie Alfred Bentz oder Hans Joachim Martini auseinander zu setzen.²⁸ Allerdings bestehen bis heute blinde Flecken. So hielt Gerd Lüttig in seiner 2009 erschienenen Darstellung zum „Wirken von Hans Joachim Martini“ fest, dass die Lebensgeschichte des letzteren inzwischen „mehrfach beschrieben worden“, trotzdem „nichts Hinlängliches (...) über die Jahre gleich nach dem Kriege und vor der Gründung der Bundesanstalt und des Niedersächsischen Landesamtes

21 Hahn, Gemeinschaftsaufgaben (1988), S. 39–65.

22 Homilius, Gemeinschaftsaufgaben (1988), S. 67–96.

23 Schröder, Gemeinschaftsarbeiten (1988), S. 272.

24 Stein/Behnke, Gemeinschaftsaufgaben (1988), S. 143–161.

25 Vgl. Hetzer, Organisation (1996), S. 34; Karlsch, Traum (1991), S. 63–87; Hartmann/Guntau/Pälchen (Hg.), Geschichte (2007); Guntau u.a. (Hg.), Geschichte (2011).

26 Vgl. Reiff, Geschichte (1992); 40 Jahre Geologisches Landesamt Rheinland-Pfalz (1993); Thews, Geschichte (1996), S. 15–37; Eissmann, Forschung (1999), S. 217–248; Neumann-Mahlkau, Dienste (1998), S. 17–23; Hänel/Kürsten/Schmidt, Aufgaben (1998), S. 25–66; Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 67–154; Wüstenhagen u. a., Landesamt (1998).

27 Vgl. Homilius, Direktorenkreis (1998), S. 155–193; Neumann-Mahlkau, Gemeinschaftsaufgaben (2003), S. 247–250.

28 Vgl. Seibold/Seibold, Bentz (2002); Lüttig, Martini (2009); Kölbl-Ebert, Colleague (2019); dies., Iron Curtain (2019).

für Bodenforschung, deren Leitung Martini nach dem Tode des ersten Präsidenten, des grandiosen Alfred Bentz schließlich“ übernommen habe, bekannt sei.²⁹ Diese Lücken versucht die vorliegende Untersuchung nun zumindest teilweise zu schließen.

Struktur des Buches

Dieser Band richtet sich gezielt auf die Analyse der direkten und indirekten Bezüge zur NS-Vergangenheit, die bei der Gründung der Bundesanstalt für Bodenforschung (BfB) 1958 eine Rolle gespielt haben; unser Untersuchungszeitraum endet mit der Pensionierung des ersten Präsidenten der BfB 1962. Vor allem bei veröffentlichten Erinnerungen und Nachrufen gehen wir über diesen Zeitraum etwas hinaus, bis ca. 1975.

Zuerst legen wir die Grundlagen der eigentlichen Gründungsgeschichte, indem wir deren Vorbedingungen in der Geschichte der Preußischen Geologischen Landesanstalt seit 1873 und der des RfB zwischen 1939–1945 schildern (Kap. 2). Hier beziehen wir uns sehr stark auf das Buch des einen von uns über die Geschichte der geologischen Ressortforschung in Deutschland vor 1945.³⁰ Ebenfalls in Kapitel 2 beschreiben wir die politische Ausgangslage in West- und Ost-Deutschland von 1945 bis 1949, da nur ein Verständnis der komplexen Situation in den vier Besatzungszonen und den entstehenden Bundesländern, bzw. Bezirken die nachfolgende Geschichte nachzuvollziehen erlaubt. Vor diesem Hintergrund widmet sich Kapitel 3 der Gemengelage der Gründungsprozesse geologischer Landesämter bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Deutschen Demokratischen Republik 1949. In Kapitel 4 schildern wir den Aufbau des Amts für Bodenforschung in Hannover, gewissermaßen der institutionelle Hauptprotagonist unserer Darstellung. Dieses Amt, charakteristisch nicht mehr ein Reichs- und noch nicht ein Bundesamt, ist der direkte Vorläufer des bis 2006 bestehenden Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung und hat die wesentliche Brückenfunktion bei der Gründung der Bundesanstalt für Bodenforschung, der heutigen Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) gespielt. Entscheidend dafür waren die vor allem von ihrem Vizepräsidenten, dem späteren

29 Lüttig, Martini (2009), S. 210.

30 Flachowsky, Kampf (2026).

Präsidenten Hans Joachim Martini, orchestrierten Auslandsarbeiten, die vom Bundesministerium für Wirtschaft unterstützt wurden. Das fünfte Kapitel widmet sich dem Aufbau dieser Organisation unter der Präsidentschaft von Alfred Bentz. Im sechsten, dem Schlusskapitel, betrachten wir diese Geschichte unter der Perspektive der vorhandenen oder fehlenden Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit bis in die Mitte der 1970er Jahre, wobei wir den Fokus auf die Analyse der vertretenen institutionellen Werte sowie der den Amtspersonen zugeschriebenen Tugenden legen. Kapitel zwei bis fünf wurden von Sören Flachowsky, Kapitel sechs von Carsten Reinhardt verfasst.

Abschließend haben wir die angenehme Pflicht uns bei jenen zu bedanken, die uns bei der Entstehung dieses Buchs unterstützt haben. Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wie auch der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe danken wir für die finanzielle Förderung des Projektes. Helmut Maier danken wir für die kritische Lektüre unseres Manuskripts und für seine wertvollen Hinweise und Anregungen. Bei Felix Dietzsch und Roman Thanner bedanken wir uns für ihre Unterstützung bei der Auswertung von Akten und der für die Arbeit unentbehrlichen Literaturbeschaffung. Einmal mehr gilt unser besonderer Dank den Mitarbeitern des Archivs der BGR, deren Hilfsbereitschaft und Anteilnahme an dem Projekt regelmäßig über das Maß dessen hinausging, was man erwarten darf. Wir danken Herrn Frank Förster, Frau Nadine Delisle und ganz besonders Frau Sabine Termer für die unkomplizierte und in der Regel sofortige Bereitstellung von Akten, Bildern und Informationen, womit sie die Messlatte besonders hoch gelegt haben. Björn Hofmeister hat im Rahmen seiner Tätigkeit als Mitarbeiter des Projektes Quellen recherchiert und sie uns zur Verfügung gestellt.

2 Vorbedingungen und Ausgangslage

Nachdem am 8. und 9. Mai 1945 die Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges in Europa eingestellt wurden und die Reichsregierung sich Ende Mai offiziell aufgelöst hatte, waren natürlich auch die Vertreter des Reichsamtes für Bodenforschung davon betroffen. Bis zuletzt hatten sie die Kriegsanstrengungen des ‚Dritten Reiches‘ unterstützt und dafür neben der Untertageverlagerung der kriegswichtigen Industrie auch den Schutz und die Verlagerung ihrer Unterlagen organisiert. Vor allem das für die eigene Tätigkeit unersetzliche Kartenmaterial sowie Teile der Sammlungen waren unter anderem in Stollen bei Heringen in der Nähe (Bad) Hersfelds (Hessen) verbracht worden. Nach einer Besichtigung dieses Ortes wurde der erste NS-Präsident der PGLA, Wilfried von Seidlitz, nun Chef der Heeresgeologie, noch Ende März 1945 bei einem Tieffliegerangriff getötet.³¹ Der amtierende Präsident des RfB, Keppler, geriet in US-amerikanische Gefangenschaft; sein Stellvertreter Brockamp in sowjetische (s.u., Kap. 3). Die Leitung der schwer beschädigten Zentrale des RfB in der Berliner Invalidenstraße fiel nun Otto Barsch zu, dem Direktor der Abteilung für Geophysik und Leiter der Geophysikalischen Reichsaufnahme, der in dieser Funktion eng mit dem Erdölgeologen Alfred Bentz zusammengearbeitet hatte. Bentz selbst hatte sich noch im Februar 1945 aus Berlin in die RfB-Arbeitsstelle für Erdölforschung in Hannover abgesetzt. Damit war das alte RfB zwischen Ost und West geteilt, und bald auch getrennt. Beide Leitungspersonen, Barsch und Bentz, galten als formal unbelastet und hatten gleichzeitig zentrale Funktionen in den Rüstungs- und Kriegsanstrengungen des ‚Dritten Reiches‘ wahrgenommen. Beide versuchten, das ‚alte RfB‘ in die Nachkriegszeit zu übertragen, wobei sie ihren Dienst in der direkten Vorgängerinstitution des RfB, der Preußischen Geologischen Landesanstalt (PGLA) begonnen hatten. Diese hatte eine lange, bis in die Zeit des Kaiserreiches zurückgehende Tradition. Woran konnten Barsch und Bentz bei ihren Aufbauplänen anknüpfen? Auf welche neuen politischen Situationen stießen sie? In den beiden folgenden Unterkapiteln wollen wir ihre Vorbedingungen für einen Neuanfang und die Ausgangslage 1945 skizzieren.

31 Willig, Odyssee (2009).

2.1 Geologische Ressortforschung in Deutschland bis 1945

Zur Gründung staatlicher geologischer Dienste war es im 19. Jahrhundert gekommen, als deutlich wurde, dass die im Zuge der Industrialisierung einsetzende rasante Wirtschaftsentwicklung einen stetig wachsenden Bedarf an Rohstoffen hervorrief. Es zeigte sich, dass man die Entdeckung neuer Lagerstätten nicht mehr nur dem Zufall oder der punktuellen Exploration von Bergwerksgesellschaften überlassen konnte. Um den Rohstoffbedarf zu decken, wurden eine systematische landesweite Kartierung und die gezielte Aufschließung neuer Lagerstätten notwendig, wobei der Geologie eine Schlüsselfunktion zufiel.³² Im Verlauf des 19. Jahrhunderts hatte sie einen Reifegrad erreicht, der sie – ähnlich wie die Chemie, die Elektrotechnik oder die Physik – zu einem wichtigen wirtschaftspolitischen Faktor werden ließ. Die Fortschritte bei der Erforschung der Erdkruste und die damit einhergehende Ausdifferenzierung des Faches in weitere Subdisziplinen (z.B. Stratigraphie, Paläontologie, Petrographie, Lagerstättenlehre, Geochemie) hatten enorme ökonomische Relevanz, da sie für das Auffinden, die Gewinnung und Nutzung unterschiedlichster Bodenschätze von Wert waren, woraus sich wiederum spezifische Zwecksetzungen und Forderungen von Staat und Wirtschaft an die geologische Forschung ableiteten.³³ Nachdem in Großbritannien 1835, in Österreich 1849 und dann in schneller Folge auch in Ungarn, Italien, den USA, Kanada, Indien und Australien geologische Landesanstalten als staatliche Forschungsstellen gegründet worden waren, begannen auch die deutschen Länder auf der Grundlage der in vielen Gebieten bereits durchgeführten regionalen geologischen Arbeiten damit, staatliche geologische Dienste zu errichten. Die älteste deutsche Geologische Landesanstalt (GLA) wurde 1850 in Bayern gegründet. Ihr folgten Kurhessen (1853), Sachsen (1872), Preußen (1873), Baden (1888), Mecklenburg (1889), Württemberg (1903), Hamburg (1911) und Thüringen (1923).³⁴

32 Dazu und im Folgenden Wellmer, Begrüßung (2003), S. 197.

33 Vgl. Guntau/Wirth, Entstehungsgeschichte (1983), S. 617. Zur Entwicklung geologischen Wissens im 18. und 19. Jahrhundert vgl. ebd., S. 617 f.; Klein, Wissen (2016); Wagenbreth, Geschichte (2015), S. 4 f., 46–149. Zur „Entstehung der Geologie als empirische Wissenschaft“ siehe Will, Evidenz (2021), S. 50.

Die Preußische Geologische Landesanstalt in Berlin war die mit Abstand größte und bedeutendste geologische Ressortforschungseinrichtung Deutschlands und unterstand der Bergbauabteilung des Preußischen Wirtschaftsministeriums. Ihre Hauptaufgabe bestand zunächst in der geologischen Kartierung und Dokumentation der Ergebnisse in Karten, Jahrbüchern und Sammlungen, „um die geologischen Befunde methodisch adäquat und transparent zu speichern“.³⁵ Flankiert wurde dies von „Arbeiten im Interesse des Bergbaues“ sowie bodenkundlichen Untersuchungen, die vor allem für den primären Sektor hohe Relevanz besaßen. So formulierte Alfred Bentz, Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung, nach dem Krieg:

„Die Tatsache, dass die Anregung zur Gründung dieser Anstalt [PGLA] vom Bergbau und von der Bergverwaltung ausging, lässt erkennen, dass man sich an diesen Stellen aus einer Aktivierung der geologischen Grundlagenforschung praktische Erfolge für die Lagerstättensuche und für den Lagerstättenabbau versprach“.³⁶

Diese praktische Ausrichtung der Arbeit der Behörde nahm in den folgenden Jahrzehnten immer größere Bedeutung an. Dadurch entwickelte sich die PGLA zu einer „Ressource für die Leistungsverwaltung“, denn der Staat benötigte ihre wissenschaftliche Expertise für die Forcierung des Infrastrukturausbaus und die daran gekoppelte Daseinsvorsorge, für „die Innovationsförderung zugunsten der Wirtschaft“ und nicht zuletzt auch zur Befriedigung nationaler Sicherheitsinteressen.³⁷

34 Vgl. Hauchecorne, Gründung (1881), S. IX–XCVIII; Udluft, Überblick (1968), S. 8–13; Pfeiffer, Dokumente (1973), S. 141–209; Flachowsky, Geognostik (2026); Vidal, Landesuntersuchung (1974), S. 101–114; Wellmer/Ehshes, Surveys (2004), S. 8; Krusch, Landesanstalten (1934), S. 1092–1094; Kirchheimer, Geschichte (1974), S. 51–62; Deubel, Entwicklung (1954), S. 175; Weiser, Entwicklung (1974), S. 211–213; von Bülow, Landesanstalt (1938), S. 87–100; Reiff, Geschichte (1992), S. 7–191; Wiefel, Geschichte (1974), S. 12–24.

35 Lundgreen, Wissenschaft (1990), S. 684.

36 Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (S. 10), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unp. Vgl. auch Wellmer, Begrüßung (2003), S. 198; Hauchecorne, Gründung (1881), S. LI–LVI.

37 Ebd., S. XI; Lundgreen, Wissenschaft (1990), S. 674, 690; Will, Evidenz (2021), S. 57; Buchhardt, Friedenswirtschaft (1968), S. 79–80.

Ihre Relevanz stellte die in der PGLA repräsentierte Geologie im Ersten Weltkrieg unter Beweis. Durch ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Wehr- bzw. Kriegsgeologie, etwa beim Stellungs- und Festungsbau, bei der Wasserversorgung der Truppe oder der Entwässerung von Kampfab schnitten, avancierte der Schützengraben zum Objekt geowissenschaftlicher Forschung.³⁸ Während sich Chemiker der PGLA mit Problemen der Ersatzstoffforschung befassten, waren Geologen in den besetzten Gebieten im Einsatz, um nutzbare Lagerstätten aufzuschließen oder Archive und Bibliotheken auszuwerten bzw. zu plündern. Darüber hinaus fungierten Geologen der PGLA als Teil der Besatzungsverwaltungen und stellten ihr Fachwissen für den Bau von Militäranlagen und Kriegskarten, aber auch zur Zerstörung gegnerischer Wirtschaftszweige und sensibler Infrastrukturen zur Verfügung.

Sie waren ebenso maßgeblich an der Definition von Kriegszielen beteiligt, die sie im Auftrag industrieller Interessenverbände, von Kolonialbehörden oder im Schulterschluss mit dem Militär formulierten. Bezeichnend für das Selbstverständnis der Staatsgeologen, das als konstitutiv für ihren Umgang auch mit übergeordneten Instanzen in den folgenden Jahrzehnten gelten kann, ist, dass sie, ohne dazu beauftragt worden zu sein, Kriegszielenkschriften verfassten.³⁹ Auf die Expertise der Geologen stützten sich auch das Preußische Kriegsministerium und seine Kriegsrohstoffabteilung. So waren Staatsgeologen in verschiedenen Kriegsgesellschaften aktiv, wobei sie für Ressortforschungseinrichtungen typische Regulierungsfunktionen übernahmen. Der Erste Weltkrieg bot den Staatsgeologen demnach vielfältige Chancen für Kompetenz- und Aufgabenerweiterungen, die sie in jeder Hinsicht nutzen.⁴⁰

Nach dem Ersten Weltkrieg schritt die PGLA auf dem von ihr eingeschlagenen, utilitaristischen Pfad konsequent voran. Gleichzeitig hatte sie maßgeblichen Anteil an der disziplinären Methoden- und Theorieentwicklung innerhalb ihres Faches, etwa auf den Gebieten der Erdölgeologie und der Geophysik, die Anfang der 1920er Jahre in Deutschland am Beginn einer rasanten Aufwärtsentwicklung standen, was sich auch

38 Vgl. MacLeod, *Kriegsgeologen* (1995), S. 427–450; Willig/Häusler, *Aspects* (2012), S. 85–103; Häusler, *Improvement* (2020), S. 3–19; Flachowsky, *Kampf* (2026).

39 Zu all diesen Aspekten siehe ebd.

40 Vgl. Krusch, *Kriegsaufgaben* (1921), S. CXXV–CLXII; Gans, *Kriegsarbeiten* (1921), S. CLXIII; Flachowsky, *Kampf* (2026).

im Neuaufbau entsprechender PGLA-Abteilungen niederschlug.⁴¹ Geologen wie Jakob Stoller⁴² und Alfred Bentz⁴³ (Erdölgeologie), Otto Barsch⁴⁴

41 Vgl. ebd., S. 230–272.

42 Zu Stoller (geb. 1873, 1892 Abitur und Volksschullehrer, 1893–1897 Studium der Mathematik und Naturwissenschaften in Tübingen, 1898 Prüfung für den höheren Schuldienst und Tätigkeit als Realschullehrer in Reutlingen, 1898–1901 Studium der Geologie in Tübingen, 1901 Promotion Tübingen, Prüfung zum Oberlehrer und Anstellung als Vikar an Realschule in Stuttgart, 1902 Hilfsgeologe PGLA, 1911 Bezirksgeologe, 1915 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1916 auf Drängen der deutschen Erdölindustrie unabkömmlich(uk)-gestellt, 1917–1918 Kriegsgeologe, 1924 Landesgeologe und Professor, 1929 Ruhestand, 1930 gest.) vgl. Wiefel/Wiefel, Lexikon (2010), S. 142; von Bülow, Nachruf Stoller (1930), S. LXXXVII–XCVIII; Stoller, Erdölgebiet Hänigsen (1913).

43 Zu Bentz (geb. 1897, 1916 Abitur, 1916–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg (Gefreiter), 1918–1922 Studium der Naturwissenschaften und Mineralogie Universitäten München und Tübingen, 1922 Promotion Tübingen, 1922 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Tübingen, 1923 Geologe auf Probe PGLA, 1926 außerplanmäßiger Geologe, 1933 Bezirksgeologe, 1934 Leiter des Erdölinstituts PGLA, 1935 Honorarprofessor Fakultät für Maschinenwesen TH Hannover, 1936 Landesgeologe; 1938 Bevollmächtigter für die Erdölgewinnung (Vierjahresplan), 1940 Direktor der Abteilung Erdöl der RfB, 1943 Bevollmächtigter für Mineralölforschung im Reichsforschungsrat (RFR), 1945–1951 Direktor Amt für Bodenforschung Hannover, ab 1951 dessen Präsident, 1959 Präsident Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung Hannover, 1964 gest. – NSV, RDB, vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Bentz zum Direktor, 19.9.1940, BArch Berlin, R 610, Nr. 1664, Bl. 22 f.; Karteikarte Hochschullehrerkartei des RMWEV betr. Bentz, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13258, Bl. 474; Schott, Daten (1965), S. XVII–XX; ders. Alfred Bentz (1965), S. IXXX–XXXIX; Schultze, Nachruf Bentz (1965), S. 241–250; Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1081–1093; Kölbl-Ebert, German petroleum geologists (2018), S. 391–407, Flachowsky, Kampf (2026).

44 Zu Barsch (geb. 1879, 1899 Abitur, Praktikum auf Eisenerz- und Kohlengruben, 1902–1906 Studium des Bergfachs Bergakademie Berlin, 1906 Diplom-Bergingenieur, Studium der Naturwissenschaften Universität Berlin, 1907 Promotion und Hilfsgeologe PGLA, 1914–1918 Militärdienst und Kriegsgeologe, 1920 Bezirksgeologe, 1922 Dezernent für Geophysik PGLA, 1927 Professor, 1931 Leiter der Geophysikalischen Abteilung PGLA, 1933 Landesgeologe, 1934 Geschäftsführer der Geophysikalischen Reichsaufnahme, 1940 Mitglied der Leopoldina, 1945 kommissarischer Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt im sowjetischen Sektor Berlins, 1946 gest. – RDB, NSV, RKB, NSKK (Förderndes Mitglied), vgl. von Barsch ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 4, unp.;

und Georg Hermann Reich⁴⁵ (Geophysik) oder Robert Potonié⁴⁶ (Mikropaläontologie) gehörten zu prominenten Vertretern im disziplinären Diskurs, der sich zu dieser Zeit auf die „Theorie eines unmittelbaren Zusammenhangs von Salz- und Öllagerstätten“ erstreckte. Zudem wurde die Frage diskutiert, ob es sich bei der Entstehung des Öls um ein rein stratigraphisches Phänomen handelte oder ob es, und wenn ja, wie weit

Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Barsch zum Direktor (ohne Datum, um 1940), BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.; Closs, Nachruf Barsch (1952), S. XXIX–XXXVII.

45 Zu Reich (geb. 1891, Abitur, 1910–1914 Studium der Naturwissenschaften Heidelberg, Erlangen und Freiburg, 1915 Promotion Freiburg, Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg (Oberleutnant d.R. a.D.), 1919–1920 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut der Universität Königsberg und Geophysikalisches Institut der Universität Göttingen, 1920 Prüfung für Lehramt an höheren Schulen, 1921 Hilfsgeologe PGLA, 1922 Zweite Staatsprüfung für Geologen, 1925 Habilitation TH Berlin, 1928 Bezirksgeologe, 1931 a. o. Professor TH Berlin, 1934 Bezirksgeologe und Professor, 1945 a. o. Professor Universität Göttingen, 1948 o. Professor Universität München, dort Aufbau eines Geophysikalischen Observatoriums in Fürstentfeldbruck, gest. 1976), vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Reich zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 34 f.; Porstendorfer, Reich, Hermann (2003), S. 289; Reich, (Georg) Hermann, in: Vierhaus (Hg.), Enzyklopädie (2007), S. 254 f.; Soffel/Vidal, Geschichte (1997), S. 117–119.

46 Zu Potonié (geb. 1889, 1908 Abitur, 1909–1920 Studium der Geologie, Botanik und Chemie in Berlin 1914–1918 unterbrochen durch Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1920 Promotion und Volontärassistent PGLA, 1922 Habilitation TH Berlin, 1923 Assistent PGLA, 1929 nichtbeamteter a. o. Professor, 1933 apl. Geologe 1934 Bezirksgeologe und Leiter der Untersuchungsstelle für Mikropaläontologie des Instituts für Erdölgeologie PGLA, 1939 Wehrdienst, bis 1948 Kriegsgefangenschaft, 1949–1954 Abteilungsdirektor im Geologischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, 1950–1966 Honorarprofessor Universität Bonn, 1955 Ruhestand, 1974 gest. – Mitglied NSLB, NSV, RDB) vgl. Karteikarte des RMWEV betr. Robert Potonié, ohne Datum, BArch Berlin, R 4901, Nr. 23847, unpag.; Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz (Lehrabteilung) mit Vorschlag zur Beförderung eines Offiziers (d.B.) zum Major d. L., 20.4.1942, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 180685, unpag.; von Potonié ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7110, unpag.; Robert Potonié, in: Catalogus Professorum. Professorinnen & Professoren der TU Berlin und ihrer Vorgänger (<https://cp.tu-berlin.de/person/2163>, eingesehen am 11.3.2024); Robert Potonié (1889–1974), in: Kalliope-Verbund (<https://kalliope-verbund.info/gnd/118595997>, eingesehen am 11.3.2024).

und warum, von einer noch unbekannten Quelle zum Fundort wanderte (Migrationstheorie).⁴⁷

Wie Alfred Bentz über seinen Mentor Stoller bemerkte, sei durch dessen Arbeiten die in Deutschland bis dahin vorherrschende „romantische Periode der Pionierbohrung auf gut Glück“ überwunden und durch planvolle Tiefbohrungen ersetzt worden, die auf exakten wissenschaftlichen Beobachtungen basierten.⁴⁸ Nicht zuletzt die von der PGLA vertretene wissenschaftliche Expertise (Stratigraphie, Deutung der Lagerungsverhältnisse), Anwendung neuer Verfahren (Geophysik, Mikropaläontologie, Tiefbohrungen) und systematische Vorgehensweise (Bohrprogramme) sorgte dafür, dass die Erdölförderung im Reich auf eine sicherere und wirtschaftlichere Grundlage gestellt wurde. Die maßgeblichen Impulse im Hinblick auf Theorie- und Methodenentwicklung der Erdölgeologie in Deutschland gingen demnach nicht von der Industrie, sondern von Seiten der Wissenschaft aus, wobei die Erdölsachverständigen der staatlichen geologischen Dienste meist als Wegbereiter fungierten, lange bevor sich die deutschen Ölgesellschaften mit derartigen Fragen intensiver befassten.⁴⁹

Aufgrund ihrer exponierten Stellung unter Deutschlands Geologischen Diensten und als größte der preußischen Bergbauverwaltung unterstellte Behörde⁵⁰ vertrat die PGLA den selbstbewussten Anspruch, ihr komme der Charakter einer ‚Geologischen Reichsanstalt‘ zu. Schon 1923 hatte ihr scheidender Direktor Beyschlag die Politik aufgefordert, der PGLA „größere Initiative in Fragen der staatlichen Lagerstättenpolitik“ einzuräumen. Zudem wurden alle für Bergbau, Bauwesen und Landeskultur relevanten Reichsstellen aufgefordert, sich ihres sachverständigen Rats zu bedienen.⁵¹ Nach der 1933 erfolgten Machtübertragung auf die Nationalsozialisten erreichten die

47 Grieger/Karlsch/Köhler, *Expansion* (2020), S. 39; Kölbl-Ebert, *German petroleum geologists* (2018), S. 392; Guntau, *Aspekten* (2002), S. 125 f. Zur zeitgenössischen Sicht auf die Entstehung des Erdöls vgl. Krejci-Graf, *Erdöl* (1936), S. 17–147. Zur Mikropaläontologie vgl. Schindewolf, *Bedeutung* (1944), S. 629–676; Roolf, Altreich (2018), S. 224–244; ders., *Erdölförderung* (2016), S. 230–267.

48 von Bülow, *Nachruf Stoller* (1930), S. XCIVf.

49 Vgl. Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 53; Stokes, *Siegeszug* (2013), S. 522.

50 Vermerk des PGLA-Präsidenten Wilfried von Seidlitz, 30.4.1936, GStA Berlin, I. HA Rep. 90 A, Nr. 1023, Bl. 29–33, hier Bl. 32.

51 Feier (1923), S. LIX.

Zentralisierungsbestrebungen eine neue Qualität, denn nun war es das der PGLA vorgesetzte Reichswirtschaftsministerium (RWM), das die vom NS-Regime veranlassten politischen Umwälzungen dazu nutzen wollte, seine wichtigste geologische Beratungsstelle in den Rang einer Geologischen Reichsanstalt zu erheben.⁵²

In diesem Prozess waren die Geologen der PGLA keineswegs Statisten. Sie nutzten die von den Nationalsozialisten betriebene „wirtschaftliche Wehrhaftmachung“ zum „Ausbau der praktisch-geologischen Arbeitsgebiete“, stellten ihre Expertise in den Dienst prominenter Großbauprojekte (z. B. Reichsautobahn, Westwall) und empfahlen sich durch die Ausarbeitung kriegsrelevanter Forschungsprogramme. Im September 1933 beispielsweise präsentierte Otto Barsch auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung den Plan für eine geophysikalische Erforschung Deutschlands, der die Grundlage für eine Intensivierung der erdölgeologischen Aufschlussarbeiten unter Leitung der PGLA bildete. Eine von Barsch im Mai 1934 vorgelegte Denkschrift markierte den Auftakt für großangelegte „geophysikalische Reichsaufnahmen“, die vom RWM und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wurden.⁵³ Dieses Vorhaben wurde durch ein von Alfred Bentz erarbeitetes Reichsbohrprogramm flankiert, für dessen Umsetzung das RWM Investitionen in Höhe von 20 Millionen RM in Aussicht stellte.⁵⁴ Der massive Ausbau der deutschen Erdölförderung hatte zur Folge, dass in der PGLA ein Institut für Erdölgeologie unter der Leitung von Bentz eingerichtet wurde, das eine Arbeitsstelle in Hannover und engen Kontakt zur dort angesiedelten deutschen Erdölindustrie unterhielt.

Darüber hinaus wurden die von den Geologen der PGLA entwickelten Programme durch gesetzliche Maßnahmen abgesichert, die den Staat (RWM) „mit der Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten“ beauftragten, wofür in erster Linie die Geologischen Landesämter in Frage kamen (Lagerstättengesetz). Zudem wurde der in Preußen bereits für Kohle, Eisenerze und Kali bestehende Staatsvorbehalt auf weitere Rohstoffe (z.B. Erdöl, Phosphorit) ausgedehnt. Durch das Lagerstättengesetz vom 4. Dezember 1934 wurde auch die führende Rolle der PGLA gegenüber allen anderen Geologischen Landesanstalten

52 Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

53 Vgl. Kühn/Rohrbeck, Landesanstalt (1987), S. 27 f.

54 Vgl. Kockel, Ölpolitik (2005), S. 102, 107; Flachowsky, Kampf (2026).

der deutschen Länder festgeschrieben.⁵⁵ Dass Geologen der PGLA an der Ausarbeitung dieser Gesetze beteiligt waren und schließlich auch die Leitung bei der Umsetzung der Forschungsprogramme übernahmen – die im Übrigen auch Weisungsbefugnisse gegenüber der Industrie umfassten – deutet an, in welchem Maß die PGLA seit 1933 von ihrer Stellung als staatliche Behörde profitierte.⁵⁶

Der mit dem Lagerstättengesetz eingeleitete Prozess der Zusammenfassung aller geologischen Landesanstalten fand am 1. April 1939 seinen Abschluss, als die Vierjahresplan-Dienststelle „Erforschung des deutschen Bodens“, das so genannte „Büro Keppler“, mit der PGLA und acht weiteren Geologischen Landesämtern (Baden in Freiburg, Bayern in München, Hamburg, Hessen in Darmstadt, Sachsen in Freiberg, Thüringen in Jena, Württemberg in Stuttgart und Österreich in Wien) zur Reichsstelle für Bodenforschung (RfB) vereinigt wurde.⁵⁷ Die Leitung der neu geschaffenen RfB, die Ende 1941 zu einem Reichsamt erhoben

55 Siehe etwa auch das preußische Erdölgesetz vom 12.5.1934, mit dem die Bergesetzgebung auf Erdöl, Erdgas, Erdwachs, Asphalt und bituminöse Gesteine ausgedehnt wurde, oder die Verordnung zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und anderen Bodenschätzen (Erdölverordnung) vom 13.12.1934, mit der der Staatsvorbehalt auf Erdöl ausgedehnt wurde. Das Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebiets nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz) vom 4.12.1934, übertrug dem RWM die Federführung bei der Lagerstättensuche und bestimmte die Fusion der Geologischen Landesämter mit der PGLA zu einer Geologischen Reichsanstalt, was dann freilich erst 1939 umgesetzt wurde. Kühn/Rohrbeck, *Landesanstalt* (1987), S. 27 f.; Mollin, *Montankonzerne* (1988), S. 43; Banken, *Reichsberggesetz* (2006), S. 85 (Anm. 40), 100–104; Kühne, *Bergrecht* (2016), S. 509–512.

56 Vgl. Kockel, *Ölpolitik* (2005), S. 102–106.

57 Vgl. Flachowsky, Kampf (2026). Zu Keppler (geb. 1882, 1901–1910 Studium des Maschinenbaus TH Karlsruhe und TH Danzig, 1921–1932 Direktor der Chemischen Werke Odin, 1927 NSDAP, 1931 persönlicher Wirtschaftsberater Hitlers, über den so genannten Keppler-Kreis von Wirtschaftsfachleuten erhielt die NSDAP Kontakte zur Wirtschaft und konservativen Kreisen, 1933 Mitglied des Reichstages, 1933 Aufnahme in die SS, zuletzt Obergruppenführer (1942), Begründer des Freundeskreises Reichsführer-SS, 1933 Beauftragter des Führers für Wirtschaftsfragen in der Reichskanzlei, Ende 1934 Wirtschaftsbeauftragter des Führers und Reichskanzlers, Sonderaufgabe Deutsche Roh- und Werkstoffe (ab 1936 Büro Keppler), 1936–1937 Leiter der Dienststelle „Planung und Fabrikation industrieller Fette“ in Vierjahresplanorganisation, März-Juni 1938 Reichskommissar in Österreich (Gleichschaltung Wirtschaft), ab Herbst 1938

wurde, übernahm Hitlers ehemaliger Wirtschaftsberater, SS-Gruppenführer Wilhelm Keppler. Die Vierjahresplanbehörde unter der Leitung Hermann Görings war zwischen 1936 und 1942 die zentrale Lenkungsinstanz der NS-Wirtschaftspolitik. Innerhalb der Behörde war die 1936 geschaffene und unter der Leitung von Keppler stehende Dienststelle „Erforschung des deutschen Bodens“ (Büro Keppler) für die Neuorganisation und Förderung der Bodenforschung verantwortlich gewesen. Keppler besetzte die Schlüsselstellen der neuen RfB mit engen Vertrauten aus seiner Vierjahresplanbehörde, zu denen beispielsweise Bernhard Brockamp und Ludger Funder gehörten. Während Brockamp als Stellvertreter Kepplers die faktische Leitung des RfB übernahm, avancierte Funder zum Chef der Hauptabteilung I (Untersuchungs- und Bohrbetriebe). Kepplers exponierte Stellung innerhalb der NS-Wirtschaftspolitik und die 1938 erfolgte Ernennung des PGLA-Geologen Bentz zum Bevollmächtigten für die Förderung der Erdölgewinnung im Vierjahresplan unterstreichen die Bedeutung, die der Geologie „bei der Umstellung der Wirtschaft auf die Kriegsproduktion“ innerhalb des NS-Regimes beigemessen wurde.⁵⁸

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden die bis dahin auf das Reich konzentrierten Explorationsaufgaben auf die von den Deutschen besetzten Gebiete ausgedehnt. Die von den RfB-Geophysikern Barsch und Reich koordinierten Messtrupps der Prospektionsfirmen ‚Seismos‘ und ‚Prakla‘, die bis dahin das Reichsgebiet systematisch nach Erdöl-Strukturen abgesucht hatten, führten diese Arbeiten nun fast überall in Europa fort.⁵⁹ Geologen des von Bentz geleiteten RfB-Erdölinstituts schwärmten in alle Himmelsrichtungen aus, um

Staatssekretär z.b.V. im Auswärtigen Amt (AA), 1938–1945 Präsident RfB, während des Zweiten Weltkriegs an der Verwaltung der von der SS beschlagnahmten Betriebe im besetzten Osten beteiligt, als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Umsiedlungs-Treuhandgesellschaft Mitverantwortlicher für Massendeportationen, nach dem Krieg Internierung und 1949 Verurteilung zu zehn Jahren Haft im Wilhelmstraßenprozess, 1951 begnadigt, Anstellung beim Motorenhersteller Felix Wankel in Lindau am Bodensee, 1960 gest.) vgl. Rimmele, Keppler (2003), S. 261; Klee, Personenlexikon (2003), S. 304; Riedel, Keppler, Wilhelm (1977), S. 509 f.; Guntau, Aspekten (2002), S. 142; Lilla, Statisten (2004), Sp. 522–524.

58 Kühn/Rohrbeck, Landesanstalt (1987), S. 30; Flachowsky, Kampf (2026).

59 Vgl. Barsch, Aufgaben (1944), S. 682–780.

der deutschen Kriegswirtschaft neue Ölvorkommen zu erschließen. Als Görings Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung war Bentz für die Aufstellung jährlicher „Kriegspläne“ verantwortlich, die nicht nur auf eine exzessive Ausbeutung der besetzten Gebiete, sondern auch auf eine massive Steigerung der Mineralölförderung im Interesse der deutschen Kriegsbemühungen abzielten, womit auch der Einsatz von Zwangs- und Sklavenarbeitern einherging.⁶⁰

Die Erkundungen der Staatsgeologen erstreckten sich neben Erdöl auf nahezu alle Mineralien und Erzvorkommen. Wie der im Auftrag des RfB in Bulgarien, Jugoslawien, auf der Krim und in Polen aktive Geologe Walther Petrascheck⁶¹ im Jahrbuch der RfB offen zugab, hatte der „neue Weltkrieg (...) das Interesse an den Bodenschätzen Südost-Europas stark angeregt“. Er widerlegte die Ansicht, „dass am Balkan überhaupt nichts Brauchbares mehr zu finden“ war und betonte, dass dieses Gebiet wie schon im Ersten Weltkrieg als „Rohstoffquelle der deutschen Metallindustrie“ zu betrachten sei.⁶² Auch der für die Bodenforschung

60 Karlsch, 1859–1945 (2003), S. 203–244; ders., Großunternehmen (2004), S. 96–138; Eichholtz, Ölpolitik (2010), S. 366–560; Kockel, Geologie und Krieg (1994); Flachowsky, Kampf (2026).

61 Zu Petrascheck (geb. 1906, 1924–1930 Studium der Naturwissenschaften und Geologie in Erlangen, München, Leoben, Graz und Göttingen, 1930 Promotion Göttingen, 1930 Assistent Leoben, 1931 Assistent Geologisches Institut Universität u. TH Breslau, 1935 Habilitation Breslau, dort 1940 apl. Professor, 1940 an RfB „zur Durchführung geologischer Untersuchungen im südöstlichen Raum beurlaubt“, in dieser Funktion u. a. 1943 beim „Wirtschaftskommando Krim“, fachlicher Leiter des Geologischen Instituts in Simferopol (Krim), 1944 Leiter des Amtes für Bodenforschung in Krakau und Warschau, 1950 Professor für Geologie und Lagerstättenlehre Montanuniversität Leoben, 1953/54 Rektor, 1976 emeritiert, 1991 gest. – NSDAP 1933 (als Österreicher erhielt er letztlich das Eintrittsjahr 1938). Aus einem Lebenslauf Petraschecks von etwa 1939 geht hervor, dass er der NSDAP seit Ende 1933 angehörte. Zudem 1933–1934 SA) vgl. undatierter Lebenslauf Petraschecks (geb. 11.3.1906 in Wien), BArch Berlin, R 4901, Nr. 23110, unp.; Karteikarte betr. Petrascheck, ebd., unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/32150565, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3215, Karte 565; Wirtschaftskommando 105 (Krim), Gruppe W/Ref. Bergbau an die Wiln Süd, Chefgr. W/Gr. Bergbau, Dnjepropetrowsk, 29.5.1943, BArch-MA Freiburg, RW 31, Nr. 974, Bl. 111; Brockamp (RfB) an Wehrbezirkskommando Breslau II, 28.2.1944, BArch Berlin, R 4901, Nr. 15135, Bl. 9; Seifert, Petrascheck (2001), S. 262.

62 Petrascheck, Erzlagerstätten (1944), S. 515 f.

im ‚Generalgouvernement‘ verantwortliche Roland Brinkmann⁶³ lenkte die Aufmerksamkeit der ihm unterstellten deutschen und polnischen Geologen auf „die Untersuchung kriegswirtschaftlich wichtiger Lagerstätten“. ⁶⁴ Im so genannten ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ führten Mitarbeiter des vom RfB-Geologen und SS-Mitglied Hans Joachim Martini⁶⁵ beaufsichtigten Sonderreferats Bodenforschung

63 Zu Brinkmann (geb. 1898, 1917 Abitur, 1917–1921 Studium der Geologie, Paläontologie und der verwandten Naturwissenschaften in Rostock, Tübingen, Göttingen und Freiburg, unterbrochen 1918–1919 durch Kriegsdienst, 1921 Promotion Freiburg, 1921–1933 Assistent und Dozent Geologisches Institut Universität Göttingen, 1923 Habilitation, 1929 a. o. Professor, 1933–1937 planmäßiger o. Professor und Direktor des Geologischen Staatssinstituts in Hamburg (1940 Zweigstelle Hamburg der RfB), 1937 politisch motivierte Versetzung in den Ruhestand (§ 6 BBG), 1938–1940 Tätigkeit als praktischer Geologe u. a. im Ausland (Spanien, Portugal) im Auftrag von RWM und Vierjahresplan, 1940 auf Wunsch Kepplers zur RfB versetzt und mit der kommissarischen Leitung der Zweigstelle Krakau/Warschau des RfB (ehemaliger polnischer staatlicher geologischer Dienst, Państwowy Instytut Geologiczny) beauftragt, Juli 1944 ausgeschieden, beabsichtigte Tätigkeit als Professor an der Universität Istanbul schlug fehl, daher bis Kriegsende praktische Tätigkeiten (u.a. Untertageverlagerung) für RfB Berlin, 1946 Professor Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Rostock, 1949 verhaftet und wegen des Verdachts von Kriegsverbrechen nach Polen ausgeliefert, im gegen ihn angestregten Prozess aber 1951 von allen Anklagepunkten freigesprochen, 1952 Professor für Geologie und Paläotologie Universität Bonn, 1963 emeritiert, Übersiedlung in die Türkei, dort Gründung und Leitung des Geologischen Instituts Universität Izmir, 1973 Rückkehr nach Deutschland, gest. 1995 – NSDAP 1933, 1935 aber wegen regimekritischer Äußerungen ausgeschlossen, 1939 Wiederaufnahme) vgl. BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei/4020916, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 402, Karte 916; Personal-Fragebogen der Universität Rostock betr. Brinkmann, 30.6.1948, UA Rostock, 1.12.0: Personallakte Roland Brinkmann, Bl. 18; Lebensläufe Brinkmanns, ohne Datum, ebd., Bl. 20 f.; Herbert Scuria (RMWEV) an Rektor der Universität Halle, 23.10.1944, BArch Berlin, R 4901, Nr. 15135, Bl. 41; Margarete Brinkmann (Hamburg) an NSDAP Oberstes Parteigericht, 27.11.1938, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 7713, Bl. 55; Stellungnahme zu den gegen Professor Dr. Roland Brinkmann (Universität Rostock) erhobenen Vorwürfe[n] (mit Anlagen), zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Kurt Behling (Berlin), 1950, BArch Koblenz, B 305, Nr. 2016, unp. Siehe auch BArch Berlin DO 1, Nr. 17100, unp.; Grimmelmann u.a., Nachruf auf Brinkmann (1996), S. 186–190; Głazek/Znosko, Roland Brinkmann (2004), S. 55–78.

64 Brinkmann, Bodenforschung (1944), S. 677–681.

65 Zu Martini (geb. 1908, 1927 Abitur, 1927–1933 Studium der Geologie in

neben kriegsrelevanten Lagerstättenforschungen auch bodenkundliche Übersichtsaufnahmen durch, die die Grundlage für „raumordnende“ und siedlungsplanerische Maßnahmen bildeten.⁶⁶

Der seit Juni 1940 für die RfB in der Wirtschaftsabteilung des ‚Reichskommissariats Norwegen‘ tätige Geologe Josef Horvath⁶⁷ bemühte sich, die mit Kriegsbeginn meist eingestellten norwegischen

Freiburg, Göttingen, Berlin, Promotion 1934 Göttingen, Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Berlin, 1935 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Thüringische Geologische Landesuntersuchung Jena, 1939 Wissenschaftlicher Angestellter RfB Zweigstelle Jena, 1940 Wissenschaftlicher Angestellter RfB Berlin, 1940–1945 Leiter des Referats Bodenforschung in der Gruppe Wirtschaft des Reichsprotektors von Böhmen und Mähren, Prag (= Außenstelle Prag des RfB), 1942 Abteilungsleiter für Bodenforschung im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit Prag, 1941 Bezirksgeologe, 1944 Regierungsgeologe, Juli 1945 Wissenschaftlicher Angestellter Amt für Bodenforschung Hannover, 1951 Oberlandesgeologe, 1951 Lehrbeauftragter für regionale und angewandte Geologie Bergakademie Clausthal (1957 dort Honorarprofessor), 1952 Abteilungsdirektor, 1959 Vizepräsident NLFb und der BfB, 1962 Präsident BfB (heute BGR), 1966–1968 Mitglied des Wissenschaftsrates, 1969 bei einem Autounfall gest. – 1924–1929 Jungdeutscher Orden, 1937 NSDAP, 1934–1935 SA, 1943 SS, zudem NSKK, NSV, RDB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Dr. Martini zum Bezirksgeologen, 25.2.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; von Martini ausgefüllter RuS-Fragebogen mit anliegendem Lebenslauf, 2.9.1942, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 128036, unp.; Vorschlag Brockamps (RfB) an den leitenden Regierungsdirektor Dr. Fremerey (Deutsches Staatsministerium für Böhmen und Mähren, Prag) zur Verleihung des KVK an Martini, 26.6.1944, NAP, URP 114–323/6, unp.; von Martin ausgefüllter Fragebogen für die politische Überprüfung (Niedersächsischer Minister für die Entnazifizierung Hannover), 20.10.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 85066, Bl. 3 f.; Berufsbild über den Präsidenten der BfB und des NLB, Nov. 1963, ebd., Bl. 7 f.; Vorschlag des Bundesministers für Wirtschaft zur Ernennung des Vizepräsidenten des NLFb Prof. Dr. Hans Joachim Martini zum Präsidenten der BfB, 30.6.1962, ebd., Bl. 28 f.; Schultze, Nachruf auf Martini (1969), S. 489–496; Carlé, Stammbaum (1988), S. 418–443.

66 Schönhals, Aufgaben (1944), S. 335 f.

67 Zu Horvath (geb. 1900, 1919 Abitur, 1919–1925 Studium des Bergwesens Universität Graz und Montanistische Hochschule Leoben, 1923 erste Staatsprüfung, 1925 Diplomexamen Montanistische Hochschule Leoben und Assistent von Prof. Dr. Bartholomäus Granigg ebd., 1926–1927 Geophysiker bei A.B. Elektrisk Malmetning, Stockholm, 1928 Assistent von Prof. Dr. Granigg Montanistische Hochschule Leoben, 1929 Geophysiker bei Swedish American Prospecting Cy. in Texas, 1930–1939 Geophysiker und Montangeologe

Bergwerksbetriebe und Transportkapazitäten wieder in Betrieb zu setzen. Er strebte nach einer systematischen Erfassung der norwegischen Lagerstätten und einer Beaufsichtigung norwegischer Bergbaugesellschaften, um deutschen Montankonzernen Zugriff auf kriegswichtige Erzvorkommen des besetzten Landes zu sichern.

In dem Maße, wie sich das Kriegsgeschehen zu Ungunsten Deutschlands wandelte, veränderten sich auch die Aufgaben der Geologen. So rückten in der Endphase des Krieges der Luftschutz und die Untertageverlagerung der Rüstungsproduktion in den Vordergrund. Ingenieurgeologen der RfB waren nicht nur in die Tätigkeiten des so genannten „Jägerstabes“ eingebunden, sondern erstellten zahllose Luftschutzgutachten für Kommunalverwaltungen, Parteidienststellen und Rüstungsbetriebe. Dass derartige Gutachten auch für die „IG-Farben-Auschwitz“ durchgeführt wurden, zeigt eindringlich, dass die Arbeiten des RfB und seiner Zweigstellen auch dem Terror- und Vernichtungsapparat des NS-Regimes zugutekamen.⁶⁸

bei den zum selben Konzern gehörenden Gesellschaften A.B. Elektrisk Malmetning, Stockholm, Svenska Diamantbergborrnings und A.B. Mineral Invest in Stockholm, u.a. Planung, Organisation und Beaufsichtigung geophysikalischer Untersuchungen, so etwa 1930–1932 Holländisch-Indien, 1932–1937 Teilnehmer an einer internationalen geologischen und geophysikalischen Untersuchung im Norden Australiens (Aerial Geological & Geophysical Survey of Northern Australia), 1937–1939 Skandinavien, hauptsächlich Norwegen, 1939 Abteilungsleiter für Erzprospektion der Prakla, Berlin, 1940–1945 von der RfB zur Dienstleistung beim Reichskommissariat für die besetzten norwegischen Gebiete angestellt, gleichzeitig Leiter der RfB-Außenstelle Oslo, 1942 Promotion Leoben, 1946–1951 Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, Hauptabteilungsleiter für Untersuchungs- und Aufschlussarbeiten in Ostdeutschland, verließ die Stellung aus politischen Gründen und DDR-Flucht, 1951–1956 Leitender Geophysiker in der Abteilung für metallhaltige Böden des Commonwealth Bureau of Mineral Resources in Australien, 1965, Ruhestand, 1965–1971 Privater beratender Geophysiker in Melbourne, 1971–1976 Lehrbeauftragter (Teilzeit) an der Montanuniversität in Leoben, 1979 gest.) vgl. Lebenslauf Horvaths (Olinda Victoria, Australien), 4.1.1970, UAMU Leoben, Biographien 1970 Lebenslauf Josef Horvath, unpubl.; Promotionsakt des Dipl. Ing. Josef Horvath, B 11i-1942, UAMU Prom.-Akt 1942 Horvath, unpubl.; Alafaci, Horvath, Joseph (1900–1976).

2.2 Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949

Mit dem Einmarsch der Alliierten und der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 endete das so genannte ‚Dritte Reich‘.⁶⁹ Damit einher ging die Befreiung der Inhaftierten des NS-Terror- und Vernichtungsapparats in den Konzentrationslagern und der Zwangsarbeiter. Die nominelle Reichsregierung unter Großadmiral Karl Dönitz wurde am 23. Mai 1945 in Flensburg verhaftet und die obersten Reichsbehörden lösten sich auf.⁷⁰ Deutschland war folglich „nur noch ein geographischer Begriff“, weil eine „deutsche Staatlichkeit“ nicht mehr existierte.⁷¹ Gemäß der Abmachungen der Londoner Konferenzen von 1944, auf der die Alliierten für die Zeit nach dem Ende des ‚Dritten Reiches‘ eine gemeinsame Verwaltung des in Besatzungszonen aufzuteilenden Deutschlands vorgesehen hatten, zerfiel das Reich nun in vier Besatzungszonen (Abb. 1).⁷²

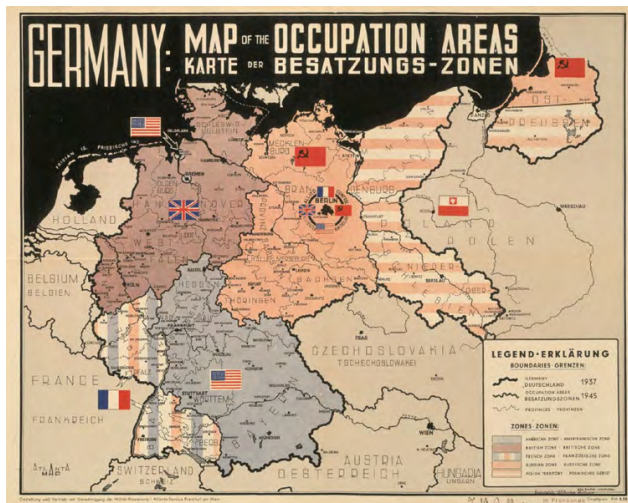


Abb. 1: Besatzungszonen Deutschland 1945.

69 Kistler, Bundesrepublik (1992), S. 30.

70 Vgl. ebd.

71 Conze, Suche (2009), S. 21.

72 Zu den Verhandlungen der European Advisory Commission 1944 in London vgl. Loth, Deutschen (2008), S. 263–274; Benz, Potsdam (1994), S. 35–37.

Mit ihrer ‚Berliner Erklärung‘ vom 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten die oberste Regierungsgewalt in Deutschland, die sie einem Kontrollrat überantworteten, der von den Oberbefehlshabern der vier Besatzungsstreitkräfte geleitet wurde.⁷³ Der Kontrollrat bestand zudem aus einem Koordinierungsausschuss, den die vier Stellvertreter der Militärgouverneure stellten, und 13 aus den Militärregierungen hervorgehenden Direktorien, denen „Ministerien vergleichbare Aufgaben“ zufielen.⁷⁴ Da innerhalb des Gremiums gefasste Beschlüsse einstimmig erfolgen mussten, sich aber die die Systemkonfrontation des Kalten Krieges vorwegnehmenden politischen Gegensätze unter den Alliierten bereits abzeichneten, hatte der Kontrollrat wenig Durchsetzungskraft. Folglich verfuhrten die vier Besatzungsmächte in ihren Zonen nach ihren eigenen Vorstellungen, so dass sich der Wiederaufbau staatlicher Strukturen ab Herbst 1945 vor allem zwischen den jeweiligen Militärregierungen und den in den jeweiligen Zonen agierenden deutschen Behörden und politischen Entscheidungsträgern vollzog.⁷⁵

An der Spitze der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) stand die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst. Oberster Chef der SMAD war zunächst Marschall Georgi K. Schukow, der 1946 von Marschall Wassili D. Sokolowski abgelöst wurde. Auf Länderebene (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Pommern) agierten jeweils SMAD-Landesverwaltungen, denen auf der untersten Ebene wiederum Kreis- und Ortskommandanturen unterstellt waren.⁷⁶ Parallel zu den sowjetischen Dienststellen wurden in der SBZ deutsche Verwaltungsbehörden, so genannte Zentralverwaltungen, eingerichtet, die als „Hilfsorgane der Besatzungsmacht und gleichzeitig als Keimzelle künftiger deutscher zentraler Regierungsbehörden fungieren sollten.“⁷⁷ Mit der Schaffung der Deutschen

73 Vgl. Mai, Kontrollrat (1995).

74 Kistler, Bundesrepublik (1992), S. 30; Benz, Potsdam (1994), S. 71 f.

75 Kistler, Bundesrepublik (1992), S. 30 f.

76 Zur SMAD vgl. maßgeblich Foitzik/Zarewskaja-Djakina (Bearb.), SMAD-Handbuch (2009). Zum Organisationsaufbau der einzelnen Zonen vgl. auch Kleßmann, Staatsgründung (1991), S. 68. Zur Auflösung des Landes Preußen (1947), zur Neuzusammensetzung der Länder der SBZ, aus denen im Zuge der Verwaltungsreform 1952 schließlich 14 Bezirke der DDR hervorgingen, vgl. Benz, Potsdam (1994), S. 120 f.

77 Kleßmann, Staatsgründung (1991), S. 73; Malycha, Plankommission (2016), S. 18. Dort auch in Anm. 4 einer Auflistung aller Deutschen Zentralverwaltungen.

Zentralverwaltungen, deren Führungen sukzessive mit Vertretern aus KPD und SED besetzt wurden, verlagerte sich das Schwergewicht der Verwaltungsbefugnisse in der SBZ von der Länderebene zunehmend auf die Zentralbehörden.⁷⁸ Die in der SBZ gelegene Hauptstadt Berlin sollte von den Alliierten gemeinsam verwaltet werden. Zu diesem Zweck wurde auch hier eine Art Kontrollrat eingerichtet. Die Berliner Alliierte Kommandantur stand unter der Leitung von vier Militär-Kommandanten, die die Verwaltungsorgane der deutschen Hauptstadt (Magistrat und Oberbürgermeister) kontrollierten und ihnen Weisungen erteilten.⁷⁹

An der Spitze der im Süden Deutschlands (Groß-Hessen, Württemberg-Baden, Bayern) gelegenen amerikanischen Besatzungszone stand das Office of Military Government of the United States for Germany (OMGUS) mit Sitz in Frankfurt am Main. Als Militärgouverneure fungierten hier die Generäle Eisenhower und McNarney, bevor im März 1947 General Lucius D. Clay an ihre Stelle trat, der die Politik des OMGUS bis 1949 maßgeblich bestimmte.⁸⁰ Wie in der SBZ wurden auch in der amerikanischen Zone Militärregierungen der Länder (für Bayern in München, für Groß-Hessen in Wiesbaden und für Württemberg-Baden in Stuttgart) eingerichtet, denen auf der untersten Ebene örtliche Militärregierungen zuarbeiteten.⁸¹ Als deutsche „koordinierende Verwaltungsspitze“ trat der im Oktober 1945 gebildete Länderrat für das amerikanische Besatzungsgebiet mit Sitz in Stuttgart in Erscheinung, dem die Ministerpräsidenten Bayerns, Württemberg-Badens und Groß-Hessens sowie der Senatspräsident von Bremen angehörten.⁸² In diesem Gremium wurden wichtige die drei Länder betreffende „administrative und wirtschaftliche Maßnahmen“ besprochen und koordiniert.⁸³

Eine etwas andere Entwicklung zeichnete sich in der britischen Besatzungszone ab, die sich auf Nordwestdeutschland (Länder

78 Kleßmann, Staatsgründung (1991), S. 74.

79 Benz, Potsdam (1994), S. 80.

80 Henke/Oldenhage, Office (1994), S. 10.

81 Vgl. Weisz (Hg.), OMGUS-Handbuch (1994); Kistler, Bundesrepublik (1992), S. 35. Zur territorialen Entwicklung der amerikanischen Besatzungszone siehe Benz, Potsdam (1994), S. 123–126.

82 Henke/Oldenhage, Office (1994), S. 33. Die Hansestadt Bremen hatte zunächst eine gemeinsame britisch-amerikanische Verwaltung, gehörte aber ab Januar 1947 zur amerikanischen Zone. Kleßmann, Staatsgründung (1991), S. 76.

83 Ebd.

Braunschweig, Hamburg, Lippe, Anhalt, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und preußische Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinland sowie anfangs auch auf die Hansestadt Bremen) erstreckte.⁸⁴ An der Spitze der von den Briten eingerichteten Control Commission of Germany, British Element (CCG/BE) mit Sitz in Bad Oeynhausen, stand zunächst der Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen in Deutschland Bernhard Montgomery, der Anfang November 1947 von Brian Robertson abgelöst wurde. Als oberste Verwaltungsinstanz fungierte das Zonal Executive Office in Bad Oeynhausen, das verschiedene Divisionen in Lübbecke, Herford und Bünde unterhielt.⁸⁵ Hinzu kamen Länder- und örtliche Militärregierungen. An der Spitze des Ende 1946 geschaffenen Landes Niedersachsen stand die für die früheren Länder bzw. Provinzen zuständige „Military Government Detachment (MilGovDet) Province (P) 229 ‚Hanover Region‘“ mit Sitz in Hannover. Ihr untergeordnet waren acht Bezirksmilitärregierungen für Braunschweig, Oldenburg und die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Aurich und Osnabrück, die jeweils kleinere Abteilungen („functions“ bzw. „branches“, etwa für Wirtschaft, Justiz, Flüchtlingsangelegenheiten usw.) unterhielten. Die unterste Ebene der britischen Besatzungsverwaltung bildeten schließlich Stadt- und Landkreismilitärregierungen.⁸⁶

Auf deutscher Seite entstanden zunächst den ehemaligen Reichsministerien vergleichbare Zonen-Zentralämter, denen anfangs zwar nur Beratungs- und Hilfsfunktionen für die entsprechenden Fachabteilungen der britischen Militärregierung (z.B. Wirtschaft, Landwirtschaft, Verkehr, Justiz) zukamen, die sich aber immer weitergehende exekutive Befugnisse aneigneten. Eine weitere wichtige Instanz bildete die Ende 1945 ins Leben gerufene Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen. Ihre Kompetenzen überschnitten sich mit dem dritten deutschen Gremium, dem im März 1946 gebildeten Zonenbeirat in Hamburg, der zunächst ebenfalls als beratende Körperschaft für die britische Militärregierung konzipiert war. Obwohl dem Zonenbeirat Vertreter der Zentralämter, der

84 Aus den preußischen Provinzen Westfalen und Rheinland ging im Juli 1946 das Land Nordrhein-Westfalen hervor, aus den Provinzen und Ländern Hannover, Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Oldenburg im November 1946 das Land Niedersachsen. Vgl. ebd., S. 77; von Reeken, Gründung (2010), S. 644–654.

85 Kleßmann, Staatsgründung (1991), S. 69; Graefen, Vorgängerbehörden (2016), S. 582; Potthoff/Wenzel, Handbuch (1983), S. 28.

86 von Reeken, Gründung (2010), S. 633.

Länder- und Regierungschefs und Repräsentanten der Parteien, Gewerkschaften und Verbrauchergenossenschaften angehörten, lief seine Arbeit neben der der Zentralämter und der Konferenzen der Länderchefs, die es erfolgreich verstanden, sich der Unterordnung unter den Zonenbeirat zu entziehen und ihr „relatives Eigengewicht zu erhalten bzw. zu stärken“. Gleichwohl kam dem Zonenbeirat als Beratungsgremium für wichtige politische Fragen (Verwaltungs- und Bodenreform, Kulturpolitik, Ernährungsfragen) eine wichtige Bedeutung zu.⁸⁷

Die im Südwesten Deutschlands gelegene französische Besatzungszone (Rheinland-Pfalz, Saargebiet, Süd-Baden und Württemberg-Hohenzollern) wurde vom Conseil de Contrôle de la France pour l'Allemagne in Berlin und dem Gouvernement Militaire in Baden-Baden verwaltet, wo auch der französische Militärgouverneur Pierre Koenig residierte.⁸⁸ Wie auch in den anderen Zonen wirkten auf der untersten Ebene zudem Länder- und Militärregierungen. Bis 1948 war innerhalb der französischen Zone keine institutionelle Länderzusammenarbeit möglich, denn deutsche Fachleute wurden nur gelegentlich zu bestimmten Themen von der Militärregierung zu Konferenzen der Ministerpräsidenten oder Fachminister zusammengerufen, aus denen sich erst allmählich regelmäßige Zusammenkünfte entwickelten. Allerdings stützte sich die französische Besatzungsmacht auf 26 so genannte „Hilfsbüros“ mit deutschem Personal. 1948 schließlich wurde ein Sekretariat der deutschen Ministerkonferenzen eingerichtet, dem die drei Ministerpräsidenten und Fachminister angehörten.⁸⁹

In Potsdam hatten sich die Alliierten auf die „vier Ds“ verständigt, die die Grundlage ihrer Besatzungspolitik bilden sollten: Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und Dekartellisierung.⁹⁰ Allerdings zeichnete sich bald ab, dass es sich dabei „um reine Formelkompromisse“ handelte, denn in der SBZ und den drei Westzonen verbanden sich damit ganz unterschiedliche, zum Teil konträre politische und ideologische Vorstellungen. Während die Sowjets in ihrer Zone „eine Volksdemokratie nach sowjetischem Vorbild“ und damit

87 Kleßmann, Staatsgründung (1991), S. 77.

88 Ebd., S. 68; Benz, Potsdam (1994), S. 74. Das Saargebiet wurde von Ende 1947 bis Ende 1956 wirtschaftlich mit Frankreich vereinigt. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte (2005), S. 77.

89 Kleßmann, Staatsgründung (1991), S. 68, 77 f.

90 Conze, Suche (2009), S. 28.

eine „Einparteindiktatur“ errichteten, waren die im Westen ergriffenen Maßnahmen der Idee der liberalen, pluralistischen Demokratie verpflichtet. „Während in der SBZ nach marxistisch-leninistischer Ideologievorgabe Großgrundbesitzer und Industrie enteignet und eine Planwirtschaft aufgebaut wurde, ging es den westlichen Besatzungsmächten um die Errichtung einer marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnung.“⁹¹

Dabei zeichnete sich bald auch ab, dass die Verteilung der natürlichen Rohstoffressourcen auf die einzelnen Besatzungszonen „eine zentrale Ausgangsbedingung für die wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland“ darstellte, weswegen Geologen besonders gefragt waren. So lag der Hauptteil der deutschen Steinkohlevorkommen und der mit ihr verbundenen Industrie im Ruhrgebiet und damit in der britischen Besatzungszone. Allein hier waren 90 Prozent der Kohle aus allen vier Besatzungszonen ohne die Saar konzentriert.⁹² In den Gruben entschied „sich der kometenhafte Aufstieg der Bundesrepublik“, denn nicht nur Westdeutschland, sondern „ganz Europa war auf die Kohle von der Ruhr angewiesen“. ⁹³ Darüber hinaus produzierten die im Ruhrrevier angesiedelten Unternehmen 72 Prozent des deutschen Gusseisens, 74 Prozent des Stahls und 69 Prozent der Walzwerkerzeugnisse. Dagegen entfiel der größte Teil der vor allem im mitteldeutschen Revier und in der Lausitz gelegenen Braunkohlevorkommen auf die SBZ. Als ebenso wichtig sollte sich die Tatsache erweisen, dass sich das Gros der deutschen Erdölvorkommen im Raum von Hannover und damit ebenfalls in der britischen Besatzungszone befand.⁹⁴ Im Kontext der atomaren Aufrüstung avancierten die Uranvorkommen in Thüringen und Sachsen in der SBZ zu einer für die Sowjetunion überragenden Ressource.⁹⁵

91 Ebd., S. 28 f.

92 Türk, Treibstoff (2021), S. 26.

93 Abelshauser, Ruhrkohlenbergbau (1984), S. 7. Zum beklagenswerten Zustand der deutschen Kohlezechen infolge massiven Raubbaus und ausgebliebener Kapitalinvestitionen während der NS-Zeit, vgl. ebd., S. 15–20; Brüggemeier, Grubengold (2018), S. 318.

94 Vgl. Türk, Treibstoff (2021), S. 26.

95 Dass die Uranvorkommen in Thüringen und Sachsen die Sowjets veranlassten, ihre Verhandlungen mit den Amerikanern und Briten über die zukünftige Einteilung der Besatzungszonen dahin auszurichten, dass beide Länder in ihren Einflussbereich gerieten, wird von Rainer Karlsch als Legende widerlegt. Vgl. Karlsch, Uran (2007), S. 38 f.

3 Die institutionelle Entwicklung geologischer Ressortforschung 1945–1949

Im Mai 1945 lag Deutschlands zentraler geologischer Dienst, das Reichsamts für Bodenforschung, in Trümmern. Sein Präsident Keppler hatte sich nach Süddeutschland abgesetzt, war dort von den Amerikanern verhaftet worden und musste sich ab 1947 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg verantworten.⁹⁶ Sein Stellvertreter Brockamp war „den Russen“ Ende April 1945 in die Hände gefallen, die ihn „in ein Arbeitskommando“ steckten und bis 1949 festhielten.⁹⁷

96 Zum Wilhelmstraßen-Prozess vgl. Blasius, Wilhelmstraßen-Prozeß (1999), S. 187–198; Conze u.a., Amt (2010), S. 375–439; Pöppmann, Schatten (2013), S. 320–352; Ahrens, Raubwirtschaft (2013), S. 353–375.

97 Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag. Zu Brockamp (geb. 1902, 1922 Abitur, 1922–1926 Studium der Geologie, Physik, Chemie, Geophysik und Mathematik in Münster und Göttingen, 1926 Assistent Emil Wiecherts am Geophysikalischen Institut, Universität Göttingen (u.a. Leitung der luft- und erdbeismischen Forschungsarbeiten), 1930 Promotion Göttingen, 1930–1932 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Fa. Askania-Werke, Berlin Friedenau (Bau geophysikalischer Apparate), 1931 Teilnahme an der Grönland-Expedition Alfred und Kurt Wegeners, 1932–1935 Geophysiker am Geodätischen Institut in Kopenhagen, 1935–1936 Angestellter am Geodätischen Institut in Potsdam, 1937 Habilitation für Geophysik, Ende 1936 bis 1939 Referent für Geophysik im Büro Keppler, 1939 ständiger Stellvertreter des Präsidenten der Reichsstelle für Bodenforschung – 1939 auf Veranlassung Keplers Aufnahme in SS und Ernennung zum Hauptsturmführer im SS-Hauptamt Berlin, 1945–1949 in russischer Kriegsgefangenschaft, u. a. als Erdarbeiter „im Ölschiefergebiet zwischen Reval und Narva“, 1952 Dozent für Geophysik Universität Münster und später auch an der Universität Frankfurt am Main, 1957 a. o. Professor, 1959 Leiter des Instituts für Reine und Angewandte Geophysik Universität Münster, 1959 Leiter der Gruppe Geophysik der Internationalen Glaziologischen Grönland-Expedition, gest. 1968) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Dr. phil. habil. Bernhard Brockamp zum Vizepräsidenten, ohne Datum (1940), BArch Berlin R 2, Nr. 21365, unpag.; SS-Kennblatt betr. Bernhard Brockamp, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 51036, unpag.; Lebenslauf Brockamps, ohne Datum (um 1939), ebd., unpag.; Lebenslauf Brockamps, 20.5.1936, BArch Berlin, R 4901, Nr. 24323, unpag.; Ausführungen Keplers zu einer von ihm beabsichtigten Gründung einer geophysikalischen Gesellschaft, November 1953, BArch Koblenz, N 1614, Nr. 1, Bl. 12–15, hier Bl. 15;

Der RfB-Hauptsitz in der Berliner Invalidenstraße war nach zahllosen Bombenangriffen schwer beschädigt, die Zweigstellen in Hamburg, Freiburg, Darmstadt, Kiel, München und Stuttgart ganz oder in erheblichem Ausmaß zerstört. Ebenso wie die Berliner Zentrale hatten sich auch die RfB-Zweigstellen in der Endphase des Krieges um eine Verlagerung ihrer wichtigsten Unterlagen (Bibliotheken, Karten, Verwaltungsakten) in weniger luftkriegsgefährdete Gebiete bemüht, die nun jedoch vielmals in unterschiedlichen Besatzungszonen lagen und dem Zugriff ihrer Besitzer somit entzogen waren. Die Unterlagen der in der Berliner Zentrale angesiedelten Abteilung Geophysik, die sich nun im sowjetischen Sektor der geteilten Stadt befand, waren auf zum Teil abenteuerlichen Wegen nach Schleswig-Holstein (britische Zone), nach Heringen (amerikanische Zone) oder Pfullingen und Leutkirch (französische Zone) gelangt. Das Gros der Personal- und Verwaltungsakten, Teile des Erdölarchivs, die Lagerstättenkartei und das Bohrarchiv des RfB lagen seit 1944 in einen Kalistollen der Firma Wintershall in Heringen (Werra), der sich nun in der amerikanischen Besatzungszone befand.⁹⁸ Während die Berliner Erdölabteilung in das Dorf Dessow bei Wusterhausen an der Dosse (sowjetische Zone) verlagert worden war, hatte es ihre Arbeitsstelle Hannover nach Celle (britische Zone) verschlagen.⁹⁹

Mit den Akten wurden auch die für ihre sichere Unterbringung verantwortlichen Geologen in alle Winde zerstreut, was sich für den Wiederaufbau neuer Strukturen aber zum Teil als Glücksfall erweisen sollte. So befanden sich beispielsweise auf dem Boden des heutigen Landes Hessen (amerikanische Zone) verschiedene Arbeits- und Dienststellen des RfB.¹⁰⁰ Die Zweigstelle Darmstadt unter der Leitung Walter Schottlers war nach Reichelsheim im Kreis Erbach verlagert worden. Die

Brockamp (Pymont) an Franz Michels, 25.10.1949, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.; Brockamp (Münster) an Regierungspräsidenten Osnabrück mit von Brockamp ausgefülltem Fragebogen zum Antrag auf Versorgungsbezüge nach dem Bundesgesetz zu Art. 131 GG, 3.8.1960, LA NRW, Abt. Rheinland Duisburg, BR-PE, Nr. 12087, unp.; Thyssen, Nachruf Brockamp, (1968), S. 188–190; Möller, Bernhard Brockamp (1971), S. 11–27; Weiken, Bernhard Brockamps Verdienste (1968), S. 190–193; Thoma, [Einführung] (1971), S. 8; Eintrag Bernhard Brockamp, in: <https://ns-reichsministerien.de/2020/11/13/bernhard-brockamp/>, eingesehen am 26.4.2024.

98 Siehe Willig, *Odyssee* (2009).

99 Flachowsky, Kampf (2026); Pfeiffer, Reichsamt (1987), S. 3; Grebing, Landesämter (2021), S. 98–102.

100 Dazu und im Folgenden Thews, *Geschichte* (1996), S. 16 f.

Arbeitsstelle Metz unter Otto Burre war 1944 in Fürth im südhessischen Landkreis Bergstraße (Odenwald) untergekommen. Anfang 1945 war darüber hinaus eine Arbeitsstelle Limburg im Kreis Limburg an der Lahn eingerichtet worden, der Franz Michels vorstand, während sich Hans Udluft als Leiter der Arbeitsstelle Heringen/Werra im Kreis Hersfeld um die dorthin verlagerten Akten- und Buchbestände des RfB kümmerte.¹⁰¹

Da das Amtsgebäude der RfB-Zweigstelle Stuttgart vollkommen zerstört worden war, hatte dessen Leiter Manfred Frank in seiner Wohnung in Waiblingen eine ‚Ausweichstelle‘ eingerichtet, die Ende April 1945 von den Amerikanern übernommen wurde.¹⁰² Die Berliner Geophysiker Georg Hermann Reich und Wilhelm Wolff¹⁰³ waren von dem Einmarsch der Franzosen in Leutkirch (Allgäu) überrascht worden und konnten nicht mehr nach Berlin zurückkehren. Während sich Reich daraufhin nach Göttingen durchschlug, saß Wolff in Leutkirch (französische Zone) fest. Ähnlich erging es Hans Closs¹⁰⁴ und

101 Vgl. Thews, Geschichte (1996), S. 16 f.

102 Vgl. Reiff, Geschichte (1992), S. 53.

103 Zu Wolff (geb. 1902, Abitur, 1922–1927 Studium des Bergbaues, 1921 Bergpraktikant, 1927 Diplom-Hauptprüfung in der Fachrichtung Bergbau, 1931 Promotion, 1927 technischer Hilfsarbeiter PGLA, 1928–1930 Geophysiker in der Privatindustrie, 1930 Geophysiker PGLA, 1931–1933 Geophysiker in der Privatindustrie, 1934 Wissenschaftlicher Angestellter PGLA (Geophysikalische Reichsaufnahme), 1942 Bezirksgeologe RfB, nach dem Zweiten Weltkrieg Landesstelle Nordrhein-Westfalen des AfB in Krefeld, gest. 1980 – NSDAP 1933, zudem NSV, FM des NSKK) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Dr. Wolff zum Bezirksgeologen, 7.1.1942, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/49590388, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4959, Karte 388; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1942), S. 48.

104 Zu Closs (geb. 1907, 1925 Abitur, 1925 Studium der Naturwissenschaften in Tübingen, Berlin und Wien, 1933 Assistent Mineralogisches Institut TH Berlin, 1934 Promotion in Tübingen, 1934 Wissenschaftlicher Mitarbeiter Deutsche Gesellschaft für Bodenmechanik an der TH Berlin, 1934–1935 Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Reichsautobahn, OBK Berlin, 1935 wissenschaftlicher Angestellter PGLA (Geophysikalische Reichsaufnahme), 1938 Erste Staatsprüfung und 1939 zweite Staatsprüfung für Geologie, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1945 RfB Celle/Hannover, dort ab 1948 Leiter der Abteilung Geophysik; 1951 Oberlandesgeologe, 1952 Abteilungsleiter, 1958 Leiter der Abteilung Laboratorien und Geophysik bei der Bundesanstalt für Bodenforschung (BfB) und Lehrauftrag für angewandte Geophysik Universität Bonn, 1959 Leitender Direktor BfB, 1972 Ruhestand, 1982 gest. – NSDAP 1940, SA 1934–1936, zudem NSKK, NSV, DAF) vgl. Vorschlag des

Franz Hallenbach¹⁰⁵, die Material der Geophysikalischen Abteilung nach Schleswig-Holstein gebracht hatten und nun in Segeberg (Closs) und Heide (Hallenbach) gestrandet waren.¹⁰⁶ Der Chef der RfB-Erdölabteilung Albert Bentz hatte seine Zelte in Westercelle (englische Zone) aufgeschlagen, wohin er die Arbeitsstelle Hannover nach einem verheerenden Bombenangriff Ende 1944 verlagert hatte.¹⁰⁷ Andererseits waren viele seiner Kollegen noch immer im großflächig zerstörten Berlin, wo sie sich um die Erhaltung und Wiederinbetriebnahme des Reichsamtes für Bodenforschung bemühten.

3.1 Berlin und Sowjetische Besatzungszone

Neben dem Hauptsitz des RfB in Berlin – der ehemaligen PGLA – existierten auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone noch zwei weitere Standorte geologischer Ressortforschung. Noch etwas älter als die PGLA war der Geologische Dienst Sachsens, der 1872 als Geologische Landesuntersuchung des Königreichs Sachsens in Leipzig ins Leben gerufen worden war. Seit 1924 als Sächsisches Geologisches Landesamt bezeichnet, war die Behörde 1937 nach Freiberg umgezogen, bevor sie zwei Jahre später als Zweigstelle im RfB aufging. Die im Vergleich dazu junge Thüringische Geologische Landesuntersuchung in Jena wurde 1923 gegründet, bevor auch sie ab Frühjahr 1939 auf die Rolle einer

RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Dr. Hans Closs zum Bezirksgeologen, 2.11.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.; BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei/5240380, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 524, Karte 380; Lebenslauf von Closs 18.4.1959, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 59740, Bl. 3–5; Curriculum vitae von Closs, ohne Datum, ebd., Bl. 6–10; Dürrbaum/Homilius, Hans Closs (1982), S. 5–16.

105 Zu Hallenbach (geb. 1909, Abitur, 1927–1934 Studium der Mathematik in Köln, Göttingen und Bonn, 1933 Promotion Bonn, 1935 wissenschaftlicher Angestellter Geophysikalische Abteilung PGLA, 1950 Amt für Bodenforschung, Landesstelle Niedersachsen, später Direktor (Oberregierungsgeologe) Abteilung Geophysik am Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung, 1953 Stellvertreter, später Leiter der geowissenschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben der Länder, zeitweise Lehrauftrag Universität Bonn, 1966 gest.) vgl. Flathe, Nachruf Hallenbach (1967), S. XLI–XLIV; ders., In memoriam Franz Hallenbach (1966), S. 179 f.

106 Alfred Bentz (Westercelle, Kreis Celle) an Otto Barsch (Berlin), 13.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag.

107 Vgl. Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 66 (Anm. 1).

RfB-Zweigstelle reduziert wurde. Während Sachsen und Thüringen über die Zäsur von 1945 hinaus eine Kontinuität aufwiesen, war dies für das Land Mecklenburg anders.¹⁰⁸ Hier war es 1889 zur Gründung der Großherzoglichen Mecklenburgischen Geologischen Landesanstalt in Rostock gekommen, die 1919 die Bezeichnung Mecklenburgische Geologische Landesanstalt erhalten hatte. Anders als ihre Schwesterinstitute war die Rostocker Anstalt 1939 aber nicht in der RfB aufgegangen. Denn Ende März 1938 waren ihre Geschäfte aus dem Zuständigkeitsbereich der Abteilung Inneres des Mecklenburgischen Staatsministeriums in die Abteilung Unterricht überführt und zwischen dem Geologisch-Paläontologischen Institut und dem Mineralogisch-Geologischen Institut der Universität Rostock aufgeteilt worden. Demnach hatte die Anstalt vorerst aufgehört, als selbständige GLA zu existieren.¹⁰⁹

Im Hauptsitz der RfB in der Berliner Invalidenstraße 44 hatte Otto Barsch als der „älteste verbliebene Direktor“ im Mai 1945 zunächst die Leitung übernommen.¹¹⁰ Er und seine Kollegen (Tabelle 1) hatten mit äußerst widrigen Umständen zu kämpfen, denn das Hauptgebäude war teilweise zerstört, nahezu alle Einrichtungsgegenstände und Labore vernichtet. Da Handwerker, Baumaterial und Transportmöglichkeiten fehlten, erwiesen sich die von der Belegschaft ergriffenen Wiederaufbaumaßnahmen als überaus schwierig.¹¹¹ Hinzu kam, dass kein Gehalt gezahlt wurde und auch die Verpflegung mehr als dürftig war, so dass die Aufräumarbeiten nur schleppend vorangingen.

Auf Befehl des Obersten Chefs der SMAD, Marschall Schukow, vom 30. Juni 1945 waren die Mitglieder von NS-Organisationen aus den öffentlichen Einrichtungen der SBZ und von Groß-Berlin zu entlassen.¹¹²

108 Vgl. Weiser, Entwicklung (1974), Tafel Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter; Neumann-Mahlkau, Dienste (1998), S. 12 f.

109 Vgl. ebd. Dort auch der falsche Befund, nach dem die Mecklenburgische GLA als Zweigstelle Rostock in der RfB aufging. Es gab keine RfB-Zweigstelle Rostock. Zur Auflösung der GLA vgl. Mecklenburgisches Staatsministerium (Abt. Finanzen, Schwerin) an RFM, 20.5.1939, BArch Berlin, R 2, Nr. 11219, Bl. 33; von Bülow, Landesanstalt (1938), S. 5 f.

110 Die Entwicklung der Deutschen Geologischen Landesanstalt in der sowjetischen Besatzungszone (S. 2.), 15.11.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unpag.

111 Um wenigstens etwas Geld für Sach- und Baukosten in die Hand zu bekommen, versuchte Barsch „kleine Beträge aus dem Verkauf von Karten zu erhalten“. Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, ebd., unpag.

112 Berlin (1961), S. 98; Zschaler, Finanzen (1995), S. 25.

Daraus resultierte für die geologische Ressortforschung ein gravierendes Personalproblem, denn eine größere Zahl der verbliebenen Mitarbeitern zählte durch ihre Mitgliedschaften zu den NS-Belasteten (Tabelle 1).

Tabelle 1: 1945/46 in Berlin tätige Geologen und Verwaltungsangestellte (NS-Mitgliedschaften).¹¹³

Geologe bzw. Mitarbeiter	Mitgliedschaft
WISSENSCHAFTLICHES PERSONAL	
Wilhelm Ahrens	NSV, RKB, NSBDT
Paul Assmann	NSV, RDB, RKB, NS-Altherrenbund, NS-Deutscher Kriegerbund
Otto Barsch	NSV, RDB, RKB, NSKK (FM)
Fritz Behrend	NSDAP (1940), SA (aus Stahlhelm), NSKK, NSV, RDB, RKB
Georg Bein	NSDAP (1932-1932!)
Georg Berg	NSV, RDB
Albert Kurt Beyer	NSDAP (1937), SA (1933), NSV, RDB
Arnold Cissarz	NSDAP (1937), SA, NSV
Wilhelm Dienemann	NSDAP (1937), SA (1939), NSV, RDB, RKB
Mark von Engelhardt	
Walter Gothan	NSV, RDB, NSLB, RKB
Wilhelm Haack	NSV, RDB, RKB
Hans Haller	NSDAP (1937), NSDStB (NS-Altherrenbund), NSV, RDB
Johann Heinrich Hellmers	
Josef Horvath	
Herbert Karrenberg	NSDAP (1937), SA, NSV, RDB, RKB
Wilhelm Kegel	SA, NSV, RDB
Heinrich Kölbel	NSDAP (1937), SA, NSV, DAF
Emil Kohl	NSDStB (NS-Altherrenbund), NSV, RDB, RKB
Friedrich Kühne	NSV, NSDStB (NS-Altherrenbund)
Luise Loeser	
Maximilian Meisner	NSDAP (1937), NSV, NSKOV, RKB, RDB, DAF, NSBDT, NSRB

113 Nach Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unp.; Kaemmel, Erinnerungen (2013), S. 25. In der Tabelle sind nicht alle zu diesem Zeitpunkt in Berlin weilenden Mitarbeiter aufgeführt, da Barsch neben den von ihm namentlich erwähnten Verwaltungsmitarbeitern noch auf „eine größere Menge von Verwaltungs- und technischen Angestellten“ verwies, deren Namen er jedoch nicht aufzählte. Die beiden Leiter der ehemaligen RfB-Zweigstellen in Jena und Freiberg werden hier zusätzlich aufgeführt, da beide Häuser als Abteilungen der Berliner Dienststelle betrachtet wurden. Vgl. auch Otto Barsch (Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt Berlin) an Direktor Alfred Bentz (Celle), 18.1.1946, ebd., unp.

Gerhard Mempel	NSDAP (1933), NSKK, NSV, RDB, NSBDT
Dimiter Mitoff	
Hans-Peter Mojen	NSDAP (1932)
Walter von zur Mühlen	SA (1933-1935)
Günther de Niem	
Werner Paeckelmann	NSV, RDB, NSBDT, NSKK, NSDStB, SA (1934-1935)
Rolf Erdmann Pallat	NSDAP (1940), DAF
Edmund Picard	NSV, RDB, RKB
Heinrich Quiring	
Hans-Wilhelm Quitzow	NSDAP (1937), SA, NSV, RDB
Friedrich von Raupach	
Gerhard Richter-Bernburg	NSDAP (1937), SA, NSV, RDB, RKB
Otto Heinrich Schindewolf	NSV, RDB
Theodor Schmierer	
Kurt Sellien	NSDAP (1933)
Günther Siemens	NSKK (FM), NSV, NSBDT, DAF
Karl Staesche	NSDAP (1937), NSV, RDB
Friedrich Thiergart	
Max Trénel	NSV, RDB, RKB (vor 1933 DNVP)
Kurt Utescher	NSV, RDB
Carl Adam Wicher	NSDAP (1933)
Paul Woldstedt	NSV, RDB, RKB
August Zöllner	
Wilhelm Wolff	NSDAP (1933), NSV, NSKK (FM)
Fritz Deubel (Leiter Jena)	NSDAP (1937), NSV, RDB
Kurt Pietzsch (Leiter Freiberg)	NSDAP (1937), SS (FM) (1933), NSV, RDB, NSBDT
VERWALTUNGSANGESTELLTE (AUSWAHL)	
Albert Biesel	NSDAP (1941), SS (FM) (1934), NSV, RDB
Hans Boltz	SS (1933 Anwärter), SA (1934-1935), NSV, RDB
Helmut Brandt	
Carl Dreibholz	NSDAP (1940), SS (FM) (1934), NSV, RDB, RKB
Eugen Geyer	NSV, RDB, RKB
Richard Granass	NSV, RDB, RKB
Wilhelm Kirbus	
Karl Kromer	NSDAP (1933), SS (1934)
Constantin Mahl	NSV, RDB, RKB
Heinrich Menge	NSDAP (1933), NSKOV, NSV, RDB, RKB
Georg Otto	SA (1934), NSV, RDB, RKB
Albert Rosenberg	NSDAP (1937), NSV, DAF
Alexander Schultze	
Hans Wethlow	NSV, RDB

Kurz nach Beendigung der Kampfhandlungen hatte „ein russisches Kommando“ das RfB inspiziert und „einen Teil der Instrumente, Karten, Unterlagen und anderes für wertvoll gehaltene Material mitgenommen“.¹¹⁴ Immerhin war so viel verliehen, dass das Amt arbeitsfähig blieb. Dies sprach für den Pragmatismus der Besatzer, denn bald darauf erteilten sie dem Amt „einige Aufgaben“, die sich aber zunächst nur auf die Zusammenstellung von Unterlagen bezogen, „die die Lagerstätten in dem russisch besetzten Raum“ betrafen. Wie Barsch erfuhr, sollte die RfB dem Zivilsektor der SMAD unterstellt und vom „Kohlenkommissar“ Iwan W. Kurmaschow betreut werden, der auch schon einen Haushalts- und einen Arbeitsplan angefordert hatte.¹¹⁵

Wichtiger indes war, dass sich auch deutsche Behörden um das verwaiste RfB bemühten. Am 1. August 1945 war der Geologe Ferdinand Friedensburg (später CDU) vom Chef der SMAD Schukow zum Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie in der SBZ ernannt worden, der Barsch alsbald aufsuchte und diesem signalisierte, sich um das RfB kümmern zu wollen und deswegen einen Etatvorschlag verlangte.¹¹⁶ Vor diesem Hintergrund ging Barsch davon aus, sowohl von den Sowjets als auch von Friedensburgs Zentralverwaltung zur Mitarbeit herangezogen zu werden, weshalb er sich bemühte, das im Reich verstreute Buch-, Akten- und Kartenmaterial wieder nach Berlin zurückzuholen. Da er von einer gesamtdeutschen Ausrichtung des RfB ausging, dachte er daran, sich auch den „Westalliierten“ zur Verfügung zu stellen. Daher regte er an, im Westteil Berlins ein „Geologen-Zweigamt“ zu errichten, mit dem Briten, Amerikaner und Franzosen direkt verkehren konnten.

114 Dazu und im Folgenden ebd.

115 Vgl. ebd. Zu Kurmaschow (geb. 1903, Ingenieur ab 1940 stellvertretender Volkskommissar der UdSSR für Kohleindustrie, 1942–1945 Chef der Hauptverwaltung Kohleversorgung beim Rat der Volkskommissare der UdSSR, 1945–1948 Chef der Verwaltung Brennstoffindustrie und Energiewirtschaft/Verwaltung Bergbau und Metallurgische Industrie, 1948–1949 stellvertretender Oberster Chef für Materialressourcen und Mitglied im Wirtschaftsrat) vgl. Foitzik/Zarewskaja-Djakina (Bearb.), SMAD-Handbuch (2009), S. 657. Zum Pragmatismus der sowjetischen Besatzer, für die eine NSDAP-Mitgliedschaft von Geologen noch keinen Grund für ein Beschäftigungsverbot darstellte, vgl. Kölbl-Ebert, Iron Curtain (2019), S. 100 f.

116 Vgl. Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp. Zu Friedensburg vgl. Baldauf, Ferdinand Friedensburg (1992), S. 391–415; Keiderling, Deutschlands Einheit (2009); Barth u.a. (Hg.), Wer war Wer (1995), S. 197.

Für die solchermaßen bevorstehenden Arbeiten war weit mehr Personal notwendig, als ihm in Berlin zur Verfügung stand, und so wollte Barsch möglichst viele der ‚verstreuten‘ Kollegen wieder in die Hauptstadt zurückholen, um Deutschlands zentralen Geologischen Dienst wieder zum Leben zu erwecken.¹¹⁷ Immerhin hatte die sowjetische Militärverwaltung das RfB inzwischen anerkannt und ihm eine auf die SBZ bezogene Weiterarbeit gestattet. Zwar hatten Sachsen und Thüringen infolge finanzieller Probleme Berlins die beiden Zweigstellen in Freiberg und Jena „wieder als eigene Landesanstalten aufgetan“, da das RfB in Berlin aber „späterhin wieder seine Tätigkeit in ganz Deutschland ausüben“ sollte, sollten auch seine einstigen Zweigstellen „prinzipiell ... als solche erhalten bleiben“.¹¹⁸ Zumindest an der Spitze wiesen die beiden ehemaligen RfB-Zweigstellen Jena und Freiberg über 1945 hinausgehende Kontinuitäten auf, denn die Leiter beider Einrichtungen, Fritz Deubel¹¹⁹ (Jena) und Kurt Pietzsch¹²⁰ (Freiberg), wurden im Amt bestätigt, obwohl beide

117 Vgl. Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz, 20.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpaginiert.

118 Otto Barsch (RfB Berlin) an Alfred Bentz (Celle), 3.10.1945, ebd., unpaginiert.

119 Zu Deubel (geb. 1898, 1917–1919 Kriegsteilnehmer, 1919 Abitur, 1919–1922 Studium der Geologie, Chemie und Mineralogie in Halle und Jena, 1922 Promotion, dann kurz Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Jena, 1922–1924 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Greifswald, 1924–1931 Geologe Thüringische Geologische Landesuntersuchung Jena (TGL), 1931 Landesgeologe, 1934 Leiter TGL, 1937 Honorarprofessor für angewandte Geologie Universität Jena, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle Jena, 1942 Regierungsgeologe, nach Kriegsende 1945 Leiter der Geologischen Landesanstalt Thüringen, 1949 Lehrstuhl für Geologie Universität Jena, 1952 Humboldt-Universität in Ost-Berlin, 1954 erneut in Jena, gest. 1966 – NSDAP 1937, zudem NSV, RDB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen Prof. Dr. Deubel zum Regierungsgeologen, 13.5.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2088, Bl. 379 f.; Lebenslauf Deubels, 15.6.1931, BArch Berlin, R 71, Nr. 12, Bl. 38 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/6100922, NSDAP-Gaukartei, Kasten 610, Karte 922; Berichte RfB, Zweigstelle Wien, 1942, S. 98, Guntau, Kurzbiographie Fritz Deubel (2010), S. 230 f.; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2019), S. 32.

120 Zu Pietzsch (geb. 1884, 1903 Abitur, 1903–1908 Studium der Mathematik und der Naturwissenschaften in Leipzig und Heidelberg, 1909 Promotion und Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen, 1909 Geologe bei der Sächsischen Geologischen Landesanstalt (ohne Staatsdienereigenschaft), 1914 Sektionsgeologe, 1919 Landesgeologe, 1932 o. Honorarprofessor Philosophische Fakultät Universität Leipzig; 1932 stellvertretender Direktor Sächsisches GLA Leipzig, 1934 Direktor, 1939 Kommissarischer

der NSDAP angehört hatten, Pietzsch förderndes Mitglied der SS gewesen und Deubel an der Standortentscheidung für die Errichtung des KZ Buchenwald beteiligt gewesen war.

Die Grundlage für die Wiederaufnahme der geologischen Arbeiten in der SBZ bildete der Befehl Nr. 101 der SMAD vom 16. Oktober 1945, durch den die in Berlin bestehende ‚Geologische Landesanstalt‘, also das frühere Reichsamt für Bodenforschung, mit all ihren Filialen der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie unterstellt wurde.¹²¹ Gut zwei Wochen später, am 1. November 1945 wurde die Deutsche Geologische Landesanstalt (DGLA) von Friedensburg feierlich eröffnet und als selbständige Dienststelle der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie unterstellt. Die DGLA hatte die Aufgabe, für alle anderen Zentralverwaltungen, für die Provinzen und Länder der SBZ zu arbeiten, wozu ihr auch die Geologischen Landesanstalten in Thüringen (Jena) und Sachsen (Freiberg) unmittelbar unterstellt wurden.¹²² Als Präsident der Anstalt wurde Barsch

Leiter der RfB-Zweigstelle Freiberg, 1940 Leiter ebd. und Regierungsgeologe, 1947 kommissarischer Leiter der Zweigstelle Freiberg der Deutschen Geologischen Landesanstalt der SBZ, 1951 Chefgeologe der Zweigstelle Sachsen, ab 1952 Außenstelle Freiberg, ab 1956 Geologischer Dienst Freiberg der Staatlichen Geologischen Kommission, 1950–1959 Lehrbeauftragter für Geologie Bergakademie Freiberg, 1958 Ruhestand, danach als „Seniorgeologe“ der Staatlichen Geologischen Kommission Berlin in Freiberg tätig, 1964 gest. – NSDAP 1937, 1933 FM SS, zudem 1934–1939 NSV, RDB, NSBDT, NS-Studentenkampfhilfe) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Direktors Professor Dr. Pietzsch zum Regierungsgeologen, 8.8.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 61f.; von Pietzsch ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1940), BArch Berlin, R 71, Nr. 44, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/32480898, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3248, Karte 898; Vermerk der Geologischen Landesanstalt [Ost Berlin], 7.12.1948, BArch Berlin, DO 1, Nr. 99945 unp.; Personal-Fragebogen betr. Pietzsch mit anliegendem Lebenslauf, 21./23.3.1947, ebd., unp.; Kurt Pietzsch an RWM (mit anliegender Aufstellung über das Personal des Sächsischen GLA), 18.6.1936, GLA Freiberg A 02321,2, Bl. 89–91, hier Bl. 90; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2010), S. 111.

121 Vgl. Freund (Magistrat der Stadt Berlin, Abteilung Volksbildung) an Ferdinand Friedensburg (Präsident der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie in der SBZ), 18.2.1946, Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep. 900–01, Nr. 155, unp.; Hetzer, Organisation (1996), S. 21.

122 Vgl. Die Entwicklung der Deutschen Geologischen Landesanstalt in der sowjetischen Besatzungszone (S. 2 f.), 15.11.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unp.; Kamps, Bildung (1987), S. 152.

bestätigt, zum Vizepräsidenten Wilhelm Kegel ernannt.¹²³ Zum Direktor der Lagerstättenabteilung avancierte Werner Paeckelmann¹²⁴, während Wilhelm Ahrens¹²⁵ für die Geophysik verantwortlich zeichnete und die Verwaltungsgeschäfte der Anstalt übernahm.

-
- 123 Zu Kegel (geb. 1890, Abitur, 1909–1913 Studium Mathematik und Naturwissenschaften in Marburg, 1913 Promotion und Assistent Geologisches Landesmuseum PGLA, 1914 Geologe auf Probe und 1915 außerplanmäßiger Geologe PGLA, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Freikorps Oranien, 1924 Bezirksgeologe, 1930 Professor, 1938 Landesgeologe, 1939 Landesgeologe, 1939 Wehrdienst, 1940 Direktor Abteilung II Geologe RfB, 1945 Deutsche Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, dort 1946 entlassen, 1947–1949 Leiter der Landesstelle Nordrhein-Westfalen des Amtes für Bodenforschung, ab 1949 in Brasilien, Tätigkeit für den dortigen Geologischen Dienst (Departamento Nacional de Produção Mineral), Lehrstuhl für Geologie Universität Rio de Janeiro, 1971 gest. – 1920–1932 Logenmitglied „Wilhelm zu den drei Helmen in Wetzlar“, 1933 Stahlhelm, SA, NSV, RDB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Kegel zum Landesgeologen und Professor, 7.10.1938, GStA Berlin, I. HA, Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 238–240; Vorschlag zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Kegel zum Direktor, 19.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 40 f.; Bescheinigungen des Amtes für Bodenforschung, Hannover betr. Wilhelm Kegel, 15.1.1952 u. 8.12.1952, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 48208, unpag.; Prof. Wilhelm Dienemann an Reg.-Oberinspektor a.D. Krause (Hannover), 13.1.1952, ebd., unpag.; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82; Putzer, Nachruf Wilhelm Kegel (1971), S. XIII–XXII.
- 124 Zu Paeckelmann (geb. 1890, 1908 Abitur, 1909–1913 Studium der Naturwissenschaften (Marburg, München, Grenoble, Marburg), 1912 Promotion Marburg, 1913 Probegeologe PGLA, Teilnahme am I. WK (Leutnant), 1915 außerplanmäßiger Geologe, 1924 Bezirksgeologe, 1930 Bezirksgeologe und Professor, 1939–1940 Leitung des Polnischen Geologischen Dienstes, 1940 Regierungsgeologe RfB Berlin, 1943–1944 Arbeitsstelle Alme betr. Wasserversorgung der SS-„Ordensburg“ Wewelsburg, 1945 zunächst Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1946 Entlassung, Verhaftung und Internierung in Sachsenhausen, 1950 Zuchthaus Waldheim, dort Anklage und Verurteilung zu 15 Jahren Zuchthaus, gest. 1952 – SA Res. II 1934–1935, zudem NSV, RDB, NSBDT, NSKK, NSDStB, Reichskriegerbund) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Paeckelmann zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 38 f.; von Paeckelmann ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 42, unpag.; Udluft, Nachruf auf Paeckelmann (1953), S. VII–XVIII.
- 125 Zu Ahrens (geb. 1894, 1912 Abitur, 1912–1914 Studium der Naturwissenschaften in Jena und Freiburg, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918–1921 Studium in Hamburg und Jena, 1921 Promotion in Jena, 1922 Erste Staatsprüfung für Geologen und Geologe auf Probe PGLA, 1924 Zweite



Abb. 2: Otto Barsch, Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt Berlin 1945–1946.

Friedensburg zeigte großes Interesse an der DGLA und versprach dafür zu sorgen, dass ihr die nötigen Mittel zur Weiterarbeit zur Verfügung gestellt wurden. Wie Barsch ging auch er davon aus, dass die Anstalt „im bisherigen Rahmen weiterarbeiten“, also als Zentralinstanz geologischer Ressortforschung in „ganz Deutschland“ fungieren und auch die RfB-Zweigstellen in den Westzonen wieder übernehmen sollte.¹²⁶ Barsch zog bereits in Erwägung, einige Berliner Geologen zu Sondierungen in den Westen zu schicken, die mit den dortigen Provinzialbehörden über die

Staatsprüfung für Geologen, 1925 apl. Geologe PGLA, 1930 Bezirksgeologe PGLA, 1936 Professor, 1942 Regierungsgeologe RfB, im Krieg Wehrgeologe, nach Kriegsende 1945 Direktor der Deutschen Geologischen Landesanstalt Ost-Berlin, 1948 Leiter der Zweigstelle Rheinland und Westfalen des Amtes für Bodenforschung in Düsseldorf und Bochum, 1956 leitender Direktor am Geologischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Dienstsitz Krefeld, 1959 Ruhestand, 1968 gest. – 1919 Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg, 1921–1930 Jungdeutscher Orden, NSV, RDB, RKB, NSBDT) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Wilhelm Ahrens zum Regierungsgeologen, 12.3.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2088, Bl. 264 f.; Häusler/Kuckelhorn: Leo Jakob Kuckelhorn (2017), S. 45; Grabert, Nachruf Ahrens (1969), S. 1–6.

126 Otto Barsch (RfB Berlin) an Alfred Bentz (Celle), 3.10.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unp.

Errichtung von DGLA-Zweigstellen verhandeln sollten. Allerdings hatten Barsch und seine Kollegen in Berlin selbst mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Die Geophysikalische Abteilung beispielsweise verfügte über keinerlei Geräte mehr, da ihr Apparatebestand „von den Franzosen im Voralpengebiet geraubt“ oder von „den Russen mitgenommen“ worden war. Die im havelländischen Brieselang, zwanzig Kilometer westlich von Berlin ansässige Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung mbH (Prakla), deren Messtrupps bis 1945 eng mit dem RfB zusammengearbeitet hatten, war von den sowjetischen Besetzungstruppen „restlos bis auf den Nagel ausgeraubt“ worden, weshalb Barsch anregte, sie künftig nicht mehr als staatliche Gesellschaft, sondern als Teil des DGLA aufzuziehen. Auch das in den Westzonen ausgelagerte Material konnte nicht nach Berlin geholt werden, da es dem DGLA an Transportmöglichkeiten fehlte. Diese Handlungsunfähigkeit weckte die Sorge, dass andere Stellen das bestehende „Vakuum“ ausnutzten und versuchten, „möglichst Vieles“ an sich ziehen.¹²⁷ Dieser Vorwurf war konkret gegen die Universitäten gerichtet.

Tatsächlich schickte sich zu dieser Zeit der Magistrat der Stadt Berlin in Kooperation mit der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung an, das Museum für angewandte Geologie aus dem Verband der DGLA herauszulösen und der Berliner Universität anzuschließen.¹²⁸ Zwar hatte sich die DGLA vor ihrer Neugründung nicht ernsthaft um eine finanzielle Unterstützung beim Magistrat bemüht, weil man in der Invalidenstraße davon ausging, alsbald „einer neu zu errichtenden ‚Staatlichen Stelle‘ angegliedert zu werden“. Da der Anstalt aber bis Mitte Oktober 1945 von keiner Behörde Gehalt oder Lohn zugewandt war, hatte Paetzelmann den Magistrat um einen Vorschuss zum „Zwecke nachträglicher Gehaltszahlungen“ gebeten.

Daraufhin machte sich der Einfluss des Magistrats aber nicht nur im Hinblick auf das Museum für angewandte Geologie bemerkbar, sondern auch in personalpolitischer Hinsicht, denn er monierte, dass

127 Wilhelm Ahrens (Berlin) an Alfred Bentz (Celle), 15.10.1945, ebd., unpag.

128 Im Zuge einer so genannten „Museumsaktion“ wurden offenbar verschiedene Museen (z.B. das Museum für Meereskunde und das Zoologische Museum) der Universität Berlin angegliedert. Vgl. Abteilung Volksbildung beim Magistrat der Stadt Berlin an den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie in der SBZ (Berlin), 28.3.1946, LAB, C Rep. 900-01, Nr. 155, unpag.; Bericht des Magistrats der Stadt Berlin, Abteilung für Volksbildung, Personalabteilung, 9.1.1946, ebd., unpag.

in der Belegschaft der Anstalt noch zahlreiche ehemalige Nationalsozialisten beschäftigt waren (siehe Tabelle 1).¹²⁹ Nachdem die DGLA der Zentralverwaltung Friedensburgs unterstellt worden war, signalisierte Barsch dem Magistrat jedoch, dass sein Eingreifen hinfällig sei. Dieser ließ sich aber nicht abschütteln und forderte nun Friedensburg auf, die notwendigen Entlassungen vorzunehmen.¹³⁰ Dabei richteten sich die Vorwürfe zunächst gegen das Walter Gothan¹³¹ geleitete Museum für angewandte Geologie.¹³²

Dass sich die Sache hochschaukelte und schließlich gegen die gesamte DGLA richtete, war zum einen darauf zurückzuführen, dass deren Betriebsobmann, der Präparator Walter Neben, dem Magistrat „Zuträger- und Spitzeldienste“ leistete, indem er diesen mit internen Informationen aus dem Haus der Geologischen Anstalt versorgte.¹³³

129 Bericht von Palluth (Magistrat, Abteilung Museen und Sammlungen, Berlin), 12.10.1945, ebd., unpag.

130 Palluth (Magistrat, Abteilung Museen und Sammlungen, Berlin) an Stadtrat Otto Winzer, 25.10.1945, ebd., unpag.

131 Zu Gothan (geb. 1879, 1899 Abitur, 1899–1904 Studium Bergakademien Clausthal, Berlin und Universität Berlin, 1903 Hilfsarbeiter Paläobotanische Sammlung PGLA, 1905 Promotion in Jena, 1908 Privatdozent Bergakademie Berlin, 1910 planmäßiger Assistent PGLA, 1913–1929 Sammlungskustos PGLA, 1915–1918 Kriegsdienst, Unteroffizier und Kriegsgeologe, 1919 nichtbeamteter a.o. und 1926 o. Professor TH Berlin, 1927 Honorarprofessor Universität Berlin, 1929 Landesgeologe und Professor PGLA, 1938 Abteilungsdirektor PGLA und ab 1939 RfB, 1944 Leiter des Hauptreferats 4, Sammlungen, Bibliothek, Vertrieb der RfB, nach Kriegsende Aufbau und Leiter einer Arbeitsstelle für Paläobotanik und Kohlenkunde an der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR, 1949 dort o. Mitglied, zudem Lehre am Geologischen Institut der Humboldt-Universität Berlin, gest. 1954 – Mitglied NSV, RDB, NSLB, RKB) vgl. von Gothan aufgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 18, unpag.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professor Dr. Gothan zum Abteilungsleiter und Professor, Januar 1938, GStA, I. HA, Rep. 90A, Nr. 1023, Bl. 223–225; Hochschullehrerkartei des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RMWEV) (Karteikarte betr. Gothan), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13264, Bl. 3064–3066; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82; Potonié, Nachruf Walter Gothan (1955), S. XXVII–LIII.

132 Magistrat, Abteilung für Volksbildung (Personalreferent) an das Hauptpersonalamt des Magistrats, 27.10.1945, LAB, C Rep. 900–01, Nr. 155, unpag.

133 Walter Neben wurde von Gothan deswegen auch gemäßregelt und verlor seinen Posten bei der nächsten Wahl der ‚Vertrauensmänner‘. Walter Gothan (Deutsches Geologisches Museum, Berlin, Invalidenstraße 44) an Fischer

Zum anderen gingen dem Magistrat die von Gothan vorgenommenen Abbaumaßnahmen und Entlassungen nicht weit genug. Obendrein sträubte sich Gothan auch gegen die Angliederung des Museums an die Berliner Universität und setzte alles daran, es im Verband der DGLA zu belassen.¹³⁴ Die Auseinandersetzungen um das Museum zogen sich noch über ein Jahr hin und endeten schließlich damit, dass es durch einen Erlass der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie wieder von der DGLA übernommen wurde.¹³⁵

Dies weckte nicht nur den Unmut der Abteilung Volksbildung des Magistrats, sondern hatte ein regelrechtes Kesseltreiben gegen Gothan und vor allem Friedensburg zur Folge. So wurde Gothan vorgeworfen, den Magistrat als Kontrollinstanz in Personalfragen ‚abschütteln‘ zu wollen.¹³⁶ Friedensburgs Behörde sah sich mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sich in der DGLA „noch ein großer Prozentsatz von Parteigenossen der ehemaligen NSDAP“ befinde und wurde aufgefordert, „die Sache beschleunigt zu klären“.¹³⁷ Den Leiter der Magistratsabteilung für Personalfragen und Verwaltung, den Stadtrat Arthur Pieck, ließ die Abteilung Volksbildung des Magistrats wissen, „dass die in der Reichsanstalt für Geologie beschäftigten ehem. NSDAP-Mitglieder sich des Umstandes erfreuen“ würden, „dass sie von allen maßgeblichen Stellen, die Entlassungen vornehmen können, gestützt“ würden. Dies treffe „nicht nur auf den Prof. Barsch, sondern (...) auch auf den Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie, Herrn Dr. Friedensburg,

(Magistrat, Amt für Volksbildung, Abteilung Museen, Berlin), 14.11.1945 u. 27.12.1945, ebd., unpag.; Gothan an Neben, ohne Datum, ebd., unpag.

134 Walter Gothan (Deutsches Geologisches Museum, Berlin, Invalidenstraße 44) an Fischer (Magistrat, Amt für Volksbildung, Abteilung Museen, Berlin), 26.11.1945, ebd., unpag. Auf Druck des Magistrats waren neun Mitarbeiter des Museums für angewandte Geologie entlassen worden. Vgl. Bericht des Magistrats der Stadt Berlin (Abteilung Volksbildung, Personalleitung), 9.1.1946, ebd., unpag.

135 Otto Heinrich Schindewolf (DGLA) an den Magistrat Berlin (Hauptamt Wissenschaft und Forschung, Abteilung Museen und Sammlungen), 6.11.1946, ebd., unpag.; Walter Gothan (DGLA, Deutsches Geologisches Museum) an Amt für Volksbildung (Abteilung Museen und Sammlungen, Berlin), 4.3.1946, LAB, C Rep. 120, Nr. 3232, Bl. 15.

136 Vgl. Bericht des Magistrats der Stadt Berlin (Abteilung Volksbildung, Personalleitung), 9.1.1946, LAB, C Rep. 900-01, Nr. 155, unpag.

137 Magistrat der Stadt Berlin (Personalleitung) an die Zentralverwaltung für Energie- und Brennstoffversorgung (Berlin), 9.1.1946, ebd., unpag.

zu“, der sich gegen den Einsatz „antifaschistischer Ersatzkräfte“ sträubte.¹³⁸ Auch in diesem Fall stützte sich der Magistrat auf Informationen aus der DGLA. Der dort beschäftigte Zeichner Karl Stern berichtete über die dortigen „Zustände“, wobei seine Schilderungen zum Teil zutrafen. Allerdings scheute sich Stern auch nicht, Halbwahrheiten zu verbreiten:

„In der Deutschen Geologischen Landesanstalt sind nach wie vor die denkbar unmöglichsten Zustände. Hier wird gehandelt von Herren in eigenmächtiger Form, ohne die Belegschaft zu fragen. So bestimmt hier unter anderem ein Professor [Paul] Assmann, ehemaliger Pg. [falsch, siehe Tabelle 1], über Arbeitseinsatz, wofür er ein hohes Gehalt bezieht. (...) Unter anderem soll ein gewisser Herr Bolz [Hans Boltz] Nachfolger vom Bürovorsteher werden. Dieser Mann war in der SS und Partei [stimmte auch nur zum Teil, siehe Tabelle 1]. Diese Besetzung geht von dem jetzigen Bürovorsteher aus, dem Amtmann [Eugen] Geyer, welcher diesen Posten sich durch jahrelange freiwillige Mitarbeit in der NSDAP erkaufte [sachlich falsch]. Dadurch versucht G. sich seine Position zu erhalten. Es sind alles, sofern sie nicht Pg. waren, reaktionäre und unterwürfige Leute, die mit aller Macht versuchen[,] sich weiter zu behaupten. So ist z.B. ein Prof. [Fritz] Behrend hier, ebenfalls Pg., der seinen Sohn ohne weiteres im Hause unterbringen konnte, damit sein Söhnchen sich nicht die Hände schmutzig [zu] machen braucht, während Antifaschisten noch Arbeit suchen. Ferner ist ein gewisser Schlosser Wagner [Otto Wagener] hier, ebenfalls Pg., welcher den Posten eines Hausmeisters inne hat. Diesem unterstehen die Reinemachefrauen, wodurch ihm Gelegenheit gegeben ist, dieselben zu schikanieren. (...) Wenn nun wirklich Kräfte hier wären, die auf sozialer Grundlage arbeiten, müsste man die Pg. davon ausschließen. So wurden ferner provisorische Betriebsleute eingesetzt, worunter auch ein Pg. ist, und diese haben für die kommende Betriebsratswahl einfach ein Wahlkomitee bestimmt, worunter sich nicht ein freier Gewerkschaftler befindet. Das sind alles Sachen, die im heutigen sozialen Aufbau unzulässig sind. So könnte man alle Personen anfassen. Vom proletarischen Standpunkt aus sind es keine Antifaschisten.

138 Magistrat (Abteilung für Volksbildung, Personalleitung) an Stadtrat Pieck, 24.1.1946, ebd., unpag. Zu Arthur Pieck (1899–1970), Sohn des späteren Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, vgl. Hanauske (Bearb.), Sitzungsprotokolle (1999), Teil II, S. 1015 f.

So bitten wir darum, dass sich das Zentralkomitee der KPD um die Zustände kümmert. Es ist jedoch eine schwierige Lage, weil der Russe, durch Vorspiegelung falscher Tatsachen, ihnen bis jetzt den Rücken stärkt. Die paar Antifaschisten, welche im Hause sind, sind den Herren nicht gewachsen. Es müssten hier gute Kräfte untergebracht werden, damit ein Ausgleich geschaffen werden kann. Viele Pg. müssten noch entlassen werden, damit Antifaschisten, speziell in die Verwaltung, untergebracht werden können“.¹³⁹

Auch der bereits erwähnte Walter Neben berichtete dem Zentralkomitee der KPD über seinen „Kampf gegen die ca. 25 Nationalsozialisten“ im Haus der DGLA, zu deren „prominentesten“ Vertretern er Arnold Cissarz¹⁴⁰ und Hans-Peter Mojen¹⁴¹ zählte. Angesichts der immer noch bestehenden

139 [Karl] Stern: Zweiter Bericht über die Zustände im Hause der DGLA, Berlin, Invalidenstraße 44, welche dem Präsidenten, Herrn Dr. Friedensburg unterstellt ist, 29.1.1946, LAB, C Rep. 900-01, Nr. 155, unpag.

140 Tatsächlich hatte Barsch im Zuge der Gründung der DGLA gegenüber Cissarz durchblicken lassen, dass er „zunächst nicht mit übernommen werde“, ihm aber eine Anstellung ab April 1946 in Aussicht gestellt. Aus diesem Grund blickte sich Cissarz bereits nach Stellen im Westen um. Cissarz an Alfred Bentz, 19.10.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag. Zu Cissarz (geb. 1900, 1919 Abitur, 1918 Kriegsteilnehmer, 1919–1922 Studium Naturwissenschaften und Bergbaukunde Frankfurt am Main, Gießen u. Bergakademie Clausthal, 1922 Promotion Gießen, 1923 Assistent Mineralogisches Institut Universität Göttingen, 1924 Abteilungsleiter für Lagerstättenkunde bei der „Erda“ AG Göttingen, 1924–1928 Assistent und Privatdozent TH Aachen, 1926 Habilitation, 1928–1936 Assistent Mineralogisches Institut Universität Freiburg, 1932 a.o. Professor; 1936–1939 Leiter der Abteilung Lagerstättenkunde in der Dienststelle Büro Keppler, 1939 Leiter der Abteilung Lagerstättenkunde RfB, 1945–1947 Geologische Landesanstalt in Ost-Berlin, 1947–1956 technischer Berater des jugoslawischen Bergbauministeriums und des Geologischen Landesamts für Serbien, daneben 1951 Honorarprofessor Universität Belgrad, 1956 Amt für Bodenforschung, Hannover gest. 1973 – 1932–1933 Stahlhelm, NSDAP 1937, zudem SA 1933, NSV) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Professors Dr. Cissarz zum Direktor bei der RfB, 22.4.1940, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.; Hochschul-Lehrerkartei des RMWEV, Karteikarte betr. Cissarz, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13260, Bl. 1370; Vermerk der Abt. M (Erze) der IG Farben FaM [Frankfurt am Main] an Cissarz, 7.4.1938, BGR-Archiv Hannover, Nr. 61315, unpag.; BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei/5161223, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 516, Karte 1223; von Cissarz ausgefüllter Personalbogen, 15.12.1958, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 62641, Bl. 1f.; Lebenslauf von Cissarz, 23.3.1959, ebd., Bl. 5–12.

141 Zu Mojen (geb. 1908, Promotion 1937 in Freiburg, seit Februar 1942 wissen-

braunen Residuen könne „niemals ein neuer Geist einziehen“, zumal von der etwa 150 Mann starken DGLA-Belegschaft nur sechs Personen gewerkschaftlich organisiert seien, von denen unter den ca. 50 Akademikern aber „kein einziger“ zu finden sei.¹⁴² Dass man es in der DGLA tatsächlich nicht sonderlich eilig hatte, sich von belasteten Kollegen zu trennen, machte Barsch deutlich, der bedauerte, den „guten alten Prof. [Rudolf] Cramer nicht [habe] durchbringen [zu] können, weil er alter Nazi [NSDAP 1930] und leider kein ausgesprochener Spezialist“ gewesen sei. Gerade Cramer sei „ja der größte Feind des Nationalsozialismus“ gewesen, „seit er vor langen Jahren erkannt“ habe, „dass nicht das Programm durchgeführt, sondern dass nur mit Lug und Trug gearbeitet“ worden sei. Deswegen hoffte Barsch, Cramer eine Stelle im Westen verschaffen zu können.¹⁴³

Friedensburgs Behörde behandelte die Forderungen des Magistrats offenbar dilatorisch und ließ mitteilen, dass die „Säuberung der Landesanstalt von nazistischen Elementen (...) aus eigener Verantwortung im Einvernehmen mit der zuständigen Dienststelle der sowjetischen Militäradministration“ erfolge, was den Unwillen des Magistrats nur noch weiter steigerte und Friedensburg immer mehr in Bedrängnis brachte.¹⁴⁴ Denn die Abteilung Volksbildung des Magistrats konzentrierte ihre Angriffe nun auf seine Person, indem man ihm unterstellte „mit allen erdenklichen Mitteln ehem. NSDAP-Mitglieder vor der Entlassung aus leitenden Stellen“ zu schützen.¹⁴⁵ So musste sich Friedensburg

schaftlicher Angestellter Erdölabteilung RfB Berlin, um 1944 Wehrdienst – NSDAP seit April 1932) vgl. Berichte RfB, Zweigstelle Wien, 1942, S. 48; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/29060078, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2906, Karte 78; Oberbereichsleiter Le Mars (Gau Berlin der NSDAP, Gauschatzmeister, Mitgliedschaftswesen) an die Reichsleitung der NSDAP (Reichsschatzmeister, München), 15.8.1944, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 721924, unp.

142 Walter Neben an das ZK der KPD (Berlin) mit Bericht über die Zustände im Haus der DGLA, 28.1.1946, LAB, C Rep. 900–01, Nr. 155, unp. Siehe auch Walter Neben an Stadtrat Arthur Pieck (Magistrat), 8.2.1946, ebd., unp.

143 Barsch an Alfred Bentz, 7.11.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

144 Der Präsident der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie in der SBZ an den Magistrat der Stadt Berlin (Abteilung für Volksbildung), 4.2.1946, LAB, C Rep. 120, Nr. 3232, Bl. 19. Zu weiteren an Friedensburg gerichteten Mahnungen des Magistrats siehe Magistrat (Abteilung Volksbildung) an Friedensburg (DZV der Brennstoffindustrie in der SBZ), 1.2.1946, 28.3.1946, LAB, C Rep. 900–01, Nr. 155, unp.

145 Magistrat (Abteilung Volksbildung, Personalabteilung) an Ewald Thunig

damit abfinden, dass ihm Anfang 1946 als ‚Aufpasser‘, der Kommunist Gustav Sobottka als Vizepräsident der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie aufgezwungen wurde.¹⁴⁶ Darüber hinaus wurde der DGLA-Zweigstelle Freiberg der Kommunist Erich Lange¹⁴⁷ als Leiter „aufgetrocknet“, der bereits zwischen 1937 und 1942 in der

im ‚Neuen Stadthaus‘ betr. den Präsidenten der DZV der Brennstoffindustrie in der SBZ, Herrn Dr. Friedensburg, 26.4.1946, ebd., unpag.; Magistrat (Abteilung Volksbildung, Personalabteilung) an Russische Militärkommandantur (Berlin), 20.4.1946, ebd., unpag.

146 Otto Barsch (Präsident DGLA) an Alfred Bentz (Celle), 18.1.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag. Zu Sobottka vgl. Barth u.a. (Hg.), Wer war Wer (1996), S. 696; Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik (2016), S. 252 f.

147 Zu Lange (geb. 1889, Abitur, 1909–1913 Studium des Bergbaus Bergakademie Clausthal-Zellerfeld und der Geologie TH Berlin, 1913 Promotion, 1913–1915 im Auftrag des Reichskolonialamtes Studienreisen nach Afrika, 1915–1916 im Ersten Weltkrieg Einsatz bei der Schutztruppe in Kamerun, 1916–1918 Internierung, 1920–1921 Tätigkeit für die Russische Technische Staatskommission für Bergbau und Leiter der 1920 in Berlin gegründeten Staatskommission für die Anwerbung ausländischer technischer Experten für den Aufbau des Sowjetstaates, 1921–1922 geologische Forschungen in der Sowjetunion, 1923–1924 Berater im Mitteleuropäischen Büro der Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern) in Berlin, 1925–1930 Experte für mineralische Rohstoffe in der Abteilung Industrierohstoffe der sowjetischen Handelsvertretung Berlin, 1931–1932 Vertreter der Deutschen Vertriebs-Gesellschaft für Russische Oel-Produkte (Derop) AG in Chemnitz und Königsberg, 1934 Versicherungsvertreter, 1937 wissenschaftlicher Angestellter PGLA, 1939–1942 RfB, 1943 Mitarbeiter der Gruppe Deutscher Kolonialwirtschaftlicher Unternehmungen (DEKO) Berlin, 1944 wissenschaftlicher Mitarbeiter Geologisches Institut Bergakademie Freiberg, 1946 o. Professor und Direktor des Instituts für Brennstoffgeologie Bergakademie Freiberg, Okt. 1946 Präsident Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, 1950 infolge Auflösung der GLA Ost-Berlin und Bildung der Staatlichen Geologischen Kommission der DDR Niederlegung des Präsidentenamtes, nun Leiter des Geologischen Dienstes, zudem bis 1959 Mitglied der Staatlichen Geologischen Kommission, ab 1955 Chefredakteur der Zeitschrift für Angewandte Geologie, gest. 1965 – 1918 Spartakusbund, 1921–1922 KPD, 1936 DAF, 1945 KPD, dann SED), vgl. von Lange ausgefüllter Fragebogen des Reichsverbands Deutscher Schriftsteller (Berlin), 24.2.1934, BArch Berlin, R 9361-V, Nr. 7572, unpag.; Personalfragebogen der Geologischen Landesanstalt der SBZ in Ost-Berlin, 3.8.1949, BArch Berlin, DO 1, Nr. 98465, unpag.; Lebenslauf Langes, 1.11.1948, ebd., unpag.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien, 1942, S. 220; Prof. Dr. Erich Lange – 70 Jahre alt, in: Zeitschrift für angewandte Geologie 5 (1959), Heft 1, S. 2; Preuß, Lange, Erich, in: Handbuch (1996), S. 459; Kaemmel, Erinnerungen, 2013, S. 29 f.; Hofmeister, Geology (2025).

Kolonialabteilung des RfB gearbeitet, dort aber keinen guten Eindruck hinterlassen hatte und nach den Worten Barschs für den Posten eines Zweigstellenleiters „in keiner Weise“ geeignet war. Um ähnlichen Überraschungen in der Zweigstelle Jena vorzubeugen – immerhin war auch der dortige Leiter Deubel als NSDAP-Mitglied belastet –, sah Barsch vor, den Berliner Geologen Assmann zum Leiter der Zweigstelle zu ernennen. Assmann sollte „alle paar Wochen“ zwischen Berlin und Jena pendeln, womit Deubel zwar nicht mehr als Leiter, aber in gewisser Weise doch relativ selbstständig agieren sollte.¹⁴⁸

Abseits solcher ‚Rangeleien‘ hielt die „Besatzungstruppe“ die DGLA „mit vielerlei Wünschen“ in Atem. So befassten sich die Berliner Geologen mit Braunkohlenfragen (Dobrilugk, Lausitz), der Ausarbeitung eines Bohrprogramms für Steinkohle und Erdöl (Waddekath und Paeckensen südlich des Flechtinger Höhenzuges) und ließen Gutachten sowie Karten für Provinzial- und Landesstellen erarbeiten. Während monatlich 125.000 RM im Etat der DGLA beantragt waren, sollten für die Bohrungen sogar 2,5 Millionen RM zur Verfügung gestellt werden.¹⁴⁹ Anfang 1946 gelang es nach Besprechungen bei der SMAD in Berlin-Karlshorst, einen Strukturplan für die DGLA aufzustellen, die sich nun in die Abteilungen I. Verwaltung, II. Geologie, III. Lagerstätten, IV. Geophysik, V. Laboratorien und VI. Sammlungen untergliederte, zu denen noch die Referate Geologische Kartierung, Bodenkunde, Hydrogeologie und Kartographie kamen, die der Abteilung II. Geologie unterstellt waren.¹⁵⁰ Um dem dahinter stehenden Forschungsprogramm gerecht zu werden, reichte das Personal jedoch nicht aus, denn wegen Geldmangels war es unmöglich, neue Kräfte einzustellen.¹⁵¹

148 Otto Barsch (Präsident DGLA) an Direktor Alfred Bentz (Celle), 18.1.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

149 Gleichwohl wurden zunächst keine Arbeiten auf den Gebieten Erdöl und Geophysik geplant. Otto Barsch an Alfred Bentz, 7.11.1945, ebd., unp.

150 Die Entwicklung der Deutschen Geologischen Landesanstalt in der sow-jetischen Besatzungszone (S. 3), 15.11.1946, ebd., unp.

151 Otto Barsch (Präsident DGLA) an Direktor Alfred Bentz (Celle), 18.1.1946, ebd., unp. Drei Monate später hatte sich die Situation geändert. Nun stand so viel Geld zur Verfügung, dass es der DGLA gar nicht möglich war, alle wissenschaftlichen Stellen zu besetzen, da man „leider“ nur Geologen einstellen konnte, „die nicht Pgs“ waren „oder die sich haben entnazifizieren lassen“. So Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz (Celle), 30.4.1946, ebd., unp.

Angesichts der angespannten Personallage war es für Barsch und Kegel überaus verdrießlich, dass sich immer mehr ihrer Berliner Kollegen zu einem Weggang in die Westzonen entschlossen. So spielte beispielsweise der DGLA-Abteilungsleiter Ahrens mit diesem Gedanken, was aber durch eine hartnäckige Lungenentzündung vorerst vereitelt wurde.¹⁵² Dagegen kehrte Paul Woldstedt¹⁵³ der SBZ Ende 1945 kurzerhand den Rücken und siedelte nach Hannover über, ohne seine Berliner Kollegen darüber zu informieren. Barsch, von diesem Schritt Woldstedts völlig überrascht, geriet deswegen gegenüber der Besatzungsbehörde in Erklärungsnot, da er sich bei der SMAD für eine Abteilungsleiterstelle für Woldstedt stark gemacht hatte. Obendrein hatte dieser das in seiner Hand befindliche Aktenmaterial mit nach Hannover genommen, worin die DGLA-Direktion eine ‚unglaubliche Eigenmächtigkeit‘ und Verletzung der Dienstpflicht Woldstedts erblickte, weshalb sich die Beziehungen zwischen Berlin und den in Hannover verantwortlichen Staatsgeologen zwischenzeitlich trübten.¹⁵⁴ So gab Alfred Bentz – der sich zeitgleich in der britischen Zone mit dem Aufbau staatlicher geologischer Forschungsstrukturen befasste – Barsch zu verstehen, dass er die gegen sich und seine Dienststelle (Celle/Hannover) im Zusammenhang

-
- 152 Vgl. Wilhelm Ahrens (Berlin) an Alfred Bentz (Celle), 13.2.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unp.
- 153 Zu Woldstedt (geb. 1888, Abitur, Studium der Geologie in Freiburg u. Göttingen, 1912 Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen, 1912–1919 Assistent Universität Göttingen, 1913 Promotion, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Kriegsgeologe, 1919 Assistent Universität Halle, 1920 Geologe auf Probe PGLA, 1921 apl. Geologe, 1927 Bezirksgeologe, 1933 Bezirksgeologe und Professor, 1940 Regierungsgeologe RfB, nach Kriegsende Abteilungsleiter im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung, Hannover, 1951 Ruhestand, 1952 Honorarprof. Universität Bonn, gest. 1972, „Nestor der deutschen Eiszeitgeologie“ – NSV, RDB, RKB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen u. Professors Dr. Woldstedt zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 28 f.; Duphorn, Nachruf Paul Woldstedt (1974), S. 3–12.
- 154 Otto Barsch (Präsident DGLA) an Alfred Bentz (Celle), 18.1.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.; Werner Paackelmann (Berlin) an Direktor Alfred Bentz (Celle), 4.12.1945, ebd., unp.; Wilhelm Kegel (DGLA Berlin) an Direktor Alfred Bentz, 1.4.1946, ebd., unp. Woldstedt versuchte die Wogen zu glätten, machte aber auch deutlich, dass die von Bentz in Hannover aufgebaute Dienststelle, „genau so als Rechtsnachfolgerin des RfB angesehen werden“ müsse, „wie die Berliner“. Paul Woldstedt (Hannover) an Otto Barsch (DGLA Berlin), 13.4.1946, ebd., unp.

mit Woldstedts Weggang erhobenen Vorwürfe aus der vermeintlichen Berliner Zentrale von sich weise:

„Da Sie sich in Berlin Deutsche Geologische Landesanstalt heißen, erheben Sie wohl den Anspruch darauf, künftig wieder einmal die Geschicke aller deutschen Landesanstalten in die Hand zu nehmen. Wann dies der Fall wird, steht noch nicht fest, ebenso wenig wann die Verkehrs- und Nachrichtenmittel uns wieder so zur Verfügung stehen, dass tatsächlich eine Steuerung der Dinge von einer Zentrale aus möglich ist. In der Zwischenzeit können auch Sie in Berlin nur das eine Interesse haben, nämlich die einzelnen Landesanstalten in den verschiedenen Ländern so lebensfähig wie möglich zu machen, um dadurch zu vermeiden, dass wichtige Teile unserer Arbeitsgebiete an Außenstehende abgleiten. Diese Gefahr ist ringsum größer[,] als Sie in Berlin zu ahnen scheinen. Wenn Sie uns daher Material, das wir zu unseren sachlichen Arbeiten brauchen, zu verweigern drohen, so sägen Sie letzten Endes nur den Ast ab, auf dem Sie selbst sitzen.“¹⁵⁵

Barsch versuchte zu beschwichtigen und seinem Kollegen im Westen deutlich zu machen, unter welch komplizierten politischen Bedingungen seine Amtsführung erfolgte. So teilte er Bentz mit:

„Es ist Ihnen vielleicht nicht bekannt, dass hier im Amt jetzt komm[unistische] Umtriebe an der Tagesordnung sind. Sie richten sich gegen jedermann, der nicht zu ihnen gehört, nicht zum wenigsten auch gegen meine Person. Leider Gottes ist es nun so, dass bei jeder Angriffswelle, die von dieser Seite aus gestartet wird, immer einige Herren über die Klinge springen müssen. Augenblicklich sind hier unsere besten 4 Zeichner so stark gefährdet, dass mit deren Verlust zu rechnen ist. Gegen [diese] Machinationen ist z. Zt. nichts zu machen, da sachliche Momente hier die geringere Rolle spielen gegenüber den politischen.“¹⁵⁶

155 Alfred Bentz an Otto Barsch (Berlin), 12.3.1946, ebd., unpag.

156 Otto Barsch (Berlin) an Alfred Bentz (Celle), 30.4.1946, ebd., unpag. Durch die Entnazifizierung hatte die DGLA im Mai 1946 „wieder 9 Leute (3 Geologen und 6 Zeichner)“ verloren, darunter den Ingenieurgeologen Wilhelm Diemann und die Kartographen Martin Beier (NSDAP 1937), Hans Boltz (SS 1933–1935, SA 1934–1935), Albert Rosenberg (NSDAP 1937) und Theodor Mann.

Wie recht Barsch damit hatte, zeigte sich im September 1946, als Friedensburg „wegen angeblicher ‚faschistischer Umtriebe‘“ seines Amtes enthoben und durch seinen Stellvertreter Sobottka (SED) zunächst kommissarisch ersetzt wurde.¹⁵⁷ Mit diesem Wechsel spürte auch die DGLA sofort „einen anderen Wind“.¹⁵⁸ Denn der bereits totkranke Barsch musste noch erleben, wie Sobottka den von Barsch verachteten Erich Lange zu seinem Stellvertreter machte. Als Barsch Anfang Oktober 1946 starb, ernannte Sobottka Lange schließlich zum Präsidenten der DGLA.¹⁵⁹

Zu Dienemann (geb. 1891, 1909 Abitur, 1909–1913 Studium der Geologie u. Naturwissenschaften in Heidelberg und Marburg, 1913 Promotion, 1913–1914 Assistent Geologisches Institut Universität Marburg, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Leutnant d. R., englische Kriegsgefangenschaft, 1920 Geologe auf Probe PGLA, 1921 apl. Geologe, 1927 Bezirksgeologe, 1933 Professor, 1939–1940 Heeresdienst, u.a. als Wehrgeologe, 1941 Regierungsgeologe RfB, 1946–1949 Deutsche Geologische Landesanstalt Ost-Berlin – dort 1946 zwischenzeitlich entlassen, 1950 Regierungsgeologe Amt für Bodenforschung Hannover, 1951 Oberlandesgeologe, 1956 Ruhestand, gest. 1966 – NSDAP 1937, SA 1933, zudem NSV, RDB, RKB, NSDBT) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Dienemann zum Regierungsgeologen, 8.10.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 1665, Bl. 382 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/6220319, NSDAP-Gaukartei, Kasten 622, Karte 319; von Dienemann ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 5.8.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 534, unpag., von Dienemann ausgefüllter Personal-Fragebogen (mit anliegendem Lebenslauf), 13.2.1947, BArch Berlin, DO 1, Nr. 95084, unpag.; von Dienemann ausgefüllter Personalbogen, 9.2.1939, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7106, unpag.; Personalschein des Regierungsgeologen Prof. Dr. Wilhelm Dienemann, 1.8.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 7107, Bl. 1 f.; Burre/Graupner, Nachruf Wilhelm Dienemann (1967), S. XLV–LIV.

157 Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik (2016), S. 254. Vgl. auch Die Entwicklung der Deutschen Geologischen Landesanstalt in der sowjetischen Besatzungszone, 15.11.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unpag.

158 Wilhelm Kegel (Berlin) an Alfred Bentz, 21.10.1946, ebd., unpag.

159 Wilhelm Kegel (Berlin) an Alfred Bentz, 6.10.1946 u. 21.10.1946, ebd., unpag. Im Schreiben vom 6.10.1946 warnte Kegel Bentz wohlwissentlich vor: „Wir gehen hier einer unruhigen Zeit entgegen. (...) Lieber Herr Bentz, wenn Sie manchmal in Zukunft den Kopf schütteln müssen, so denken Sie, dass die Ereignisse stärker sein können[,] als dass der Mensch ihnen ein Paroli bieten könne. Tragen Sie es uns nicht nach“.



Abb. 3 Erich Lange, Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt Berlin 1946–1950.

Damit veränderte sich die Situation an der Geologischen Landesanstalt „schlagartig“.¹⁶⁰ Sobottka und Lange kündigten nicht nur „eine starke Einschränkung der Arbeiten an“, die sich künftig ganz überwiegend auf den Brennstoffsektor (Kohle- und Energiewirtschaft) erstrecken sollten.¹⁶¹ Es wurde auch eine erhebliche Verkleinerung des Personal- und Sachetats angekündigt. Wie sich zeigte, hatten beide „kein hinreichendes Verständnis für die umfassenden wissenschaftlichen und praktischen Arbeiten der Geologischen Landesanstalt“ und hielten „die rein geologischen, die bodenkundlichen und hydrogeologischen Forschungsarbeiten für überflüssig“. Hinzu kam, dass Lange und Sobottka den Verkehr mit den Zweigstellen des früheren RfB in den Westzonen untersagten und allen daran Beteiligten „Landesverrat“ vorwarfen.¹⁶²

160 Die Entwicklung der Deutschen Geologischen Landesanstalt in der sowjetischen Besatzungszone, 15.11.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unp.

161 Ebd. Zur „Neujustierung der sowjetischen Politik“ im November 1946, die nach anfänglichen Demontagen dem „Wiederaufbau in der Kohle- und Energiewirtschaft zugutekommen“ sollte, siehe Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik (2016), S. 254 f.

162 Wilhelm Kegel (Berlin) an Alfred Bentz, 6.11.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unp. So wurde den Mitarbeitern der DGLA auch untersagt, an einer 1947 in Hannover stattfindenden geologischen Fachtagung teilzunehmen. Vgl. Gerhard Richter-Bernburg (Berlin) an die DGLA, März 1948, ebd., unp.

Da sie bis dahin Kontakt zu ihren Kollegen im Westen gehalten hatten, wurden DGLA-Vizepräsident Kegel, der Direktor der Lagerstättenabteilung, Paeckelmann, der Erdölreferent Haack und der Verwaltungsamtmann Dreibholz fristlos entlassen.¹⁶³ Kurze Zeit später traf es auch den Sammlungsdirektor Gothan (später wieder rückgängig gemacht), den langjährigen Leiter des kartographischen Büros, Eugen Geyer, sowie weitere Geologen und Angestellte. Im Ergebnis wurden bis Ende 1946 etwa 50 Kündigungen ausgesprochen.¹⁶⁴ Darüber hinaus wurde die DGLA umorganisiert. Wie ein kritischer Bericht eines Insiders vermerkte, wurden die erfahrenen leitenden Geologen „entweder entlassen oder kaltgestellt“, die Abteilung Geologie mit der Kartenaufnahme, der Bodenkunde und der Hydrogeologie völlig aufgelöst. Aus der DGLA sei so „eine Gutachten-Fabrik geworden, die im Raubbau noch einige Zeit von den aufgesammelten Erfahrungen einiger älterer Geologen leben“ könne, aber bald eingehen müsse, „weil ohne neue Forschungsgrundlagen, insbesondere ohne die Wiederaufnahme der geologischen Kartierungen, die zukünftigen Probleme einer planenden Wirtschaft nicht gelöst werden“ könnten.¹⁶⁵

Die Entlassungen sorgten für erhebliches Aufsehen, denn auch die Presse berichtete über die Vorgänge an der DGLA. Als westliche Medien die politisch motivierten Vorgänge an der Berliner Geologischen Anstalt anprangerten, antwortete das ‚Neue Deutschland‘, das Organ der SED, mit einem Gegenartikel, der überaus problematische Behauptungen in die Welt setzte, nach denen Paeckelmann mit „dem Leiter des Hygiene-Instituts der Waffen-SS“, Joachim Mrugowsky, „geheimnisvolle Untersuchungen“ durchgeführt habe. Da das Hygiene-Institut der Waffen-SS u.a. „für die grausamsten Experimente an lebenden Menschen“ verantwortlich

163 Wegen des Vorwurfs „unerlaubter Verbringung von Material in die westlichen Zonen“ kam es sogar zu einer kriminalpolizeilichen Durchsuchung der bereitgestellten privaten und dienstlichen Gepäckstücke“. Wilhelm Kegel (Berlin) an Alfred Bentz, 21.10.1946, ebd., unpubl. Beispielhaft für die Entlassungsschreiben Sobottka (DZV der Brennstoffindustrie) an Kegel, 1.1.1946, ebd., unpubl.

164 Eine vermutlich auf Bentz (Celle) zurückgehende Liste („at Berlin dismissed“) vom 16.11.1946 mit 20 Entlassenen, darunter die Geologen Wilhelm Kegel, Werner Paeckelmann, Walter Gothan, Gotthard Fliegel, Wilhelm Haack, Edmund Picard, Georg Berg, Otto Heinrich Schindewolf, Heinrich Quiring und Emil Kohl findet sich ebd., unpubl.

165 Die Entwicklung der Deutschen Geologischen Landesanstalt in der sowjetischen Besatzungszone, 15.11.1946, ebd., unpubl.

gewesen war, entstand somit der Eindruck, dass Paeckelmann mit diesen Verbrechen in Zusammenhang stand.¹⁶⁶ Es war vermutlich auch auf diesen Artikel zurückzuführen, dass Paeckelmann am 28. Dezember 1946, einen Tag, bevor er zur Übernahme seines neuen Amtes in die britische Zone abreisen wollte, von einem russischen Militärkommando in seiner Berliner Wohnung verhaftet und im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen interniert wurde. Er sollte 1952 im Gefängnis Waldheim (Sachsen) an den Folgen einer Grippe sterben.¹⁶⁷ Seinen Kollegen Haack inhaftierten die Sowjets im Februar 1947 in der DGLA, der drei Monate später in einem vom sowjetischen Geheimdienst NKWD genutzten Gefängnis im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg starb.¹⁶⁸ Georg Berg, der auch zu den von Lange Entlassenen gehörte, verkraftete seine Suspension nicht und starb an dem dadurch verursachten „Stress“.¹⁶⁹

Der unter Lange eingeleitete personelle ‚Säuberungsprozess‘ an der DGLA – der sich nicht nur auf NS-belastete Personen erstreckte – hielt auch in den folgenden Monaten an. Während Kegel sofort in den Westen ging, wanderte Cissarz nach Jugoslawien aus. Walther Gothan und Max Trénel¹⁷⁰ kehrten der DGLA den Rücken und gingen an die

-
- 166 Was geht in der Geologischen Landesanstalt vor? Wissenschaftler müssen Sedisten Platz machen, in: *Telegraf* vom 13.11.1946 (Berliner Zeitung), ebd., unp.; „Politische Geologie“, in: *Neues Deutschland*, Nr. 175 vom 15.11.1945. Zu Mrugowsky vgl. Ebbinghaus/Dörner (Hg.), *Ärzteprozess* (2001), S. 636. Tatsächlich hatte Paeckelmann zwischen 1943 und 1944 in Kooperation mit der Bauleitung der Wewelsburg, der SS-Nachrichtentruppe, dem Hygienischen Institut der Waffen-SS und dem Wasserwirtschaftsamt Lippstadt hydrologische Untersuchungen im Briloner Karst durchgeführt, die der Wasserversorgung der SS-Ordensburg ‚Wewelsburg‘ dienten. Vgl. Bericht Paeckelmanns über die hydrologischen Untersuchungen der Arbeitsstelle Alme in der Zeit vom Herbst 1943 bis zum Frühjahr 1944, 8.3.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026067, Bl. 1–35. Siehe auch Die Geologische Landesanstalt, in: *Telegraf* vom 22.11.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unp.
- 167 Vgl. Kölbl-Ebert, *Iron Curtain* (2019), S. 103; Wilhelm Kegel (Celle) an Major A. E. Gunther (Celle), 24.1.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unp.; Grebing, Wilhelm Haack (2020), S. 94.
- 168 Vgl. ebd., S. 95; Kölbl-Ebert, *Iron Curtain* (2019), S. 103.
- 169 Arnold Cissarz an Hans Schneiderhöhn, 14./15.4.1947, nach Kölbl-Ebert, *Iron Curtain* (2019), S. 103.
- 170 Zu Trénel (geb. 1889, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 Abitur, 1919–1922 Studium der Naturwissenschaften, u.a. Chemie, 1921 Verbandsprüfung für Chemiker danach Assistent Physikalisches Institut TH Berlin, 1923 Promotion, 1923 Chemiker auf Probe PGLA, 1925 apl. Chemiker PGLA, 1927 Habili-

Berliner Universität.¹⁷¹ Auch Schindewolf hatte zunächst vor, dorthin zu wechseln, entschied sich dann aber doch, nach Tübingen überzusiedeln. Wie Walter von zur Mühlen im Mai 1947 betonte, bestanden an der DGLA inzwischen drei Gruppen von etwa gleicher Größe: zunächst „die ‚bürgerliche‘ Gruppe der alten Reichsamtsangehörigen“, dann „die SED-Gruppe“ und schließlich „eine indifferente Gruppe“, von der nicht zu sagen war, wie sie sich Einzelfall verhalten würde.¹⁷² Ahrens galt bei der von Lange geführten „SED-Gruppe“ als „persona ingrata“ und konnte sich so immer noch nicht zu einem Wechsel in den Westen durchringen. Immerhin vereinbarte er für den Notfall mit Bentz in Hannover ein ‚Code-Telegramm‘, bei dessen Erhalt Bentz die englischen Besatzungsbehörden veranlassen sollte, Ahrens einen Übertritt in den Westen zu ermöglichen.¹⁷³ Als Lange

tation Landwirtschaftliche Hochschule Berlin, 1928 planmäßiger Chemiker PGLA, 1932 a. o. Professor Landwirtschaftliche Hochschule Berlin, 1935 Leiter Institut für Bodenkunde PGLA und Lehrauftrag für Chemie Forstliche Hochschule Eberswalde, 1939 Bezirksgeologe RfB, 1944 dort Leiter des Hauptreferats 2 (Bodenchemie), 1946–1959 Professor für landwirtschaftliche und forstliche Bodenkunde, seit 1951 Professor und Direktor des Instituts für Pflanzenernährung, Bodenchemie und Bodenbiologie Humboldt-Universität zu Berlin, gest. 1966 – 1921 bis zur Auflösung Deutsch Völkische Freiheitspartei, 1923 bis zur Auflösung DNVP, zudem NSV, RDB, RKB) vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Professor Dr. Trénel zum Regierungsgeologen, 12.12.1941, BArch Berlin R 601, Nr. 2087, Bl. 108 f.; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Trénel), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13278, Bl. 903; Pfeffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 71–80; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82.

171 Vgl. Grebing, Wilhelm Haack (2020), S. 94.

172 Vermerk von Hernhaussen (Celle) zu dem Aktenvermerk von Frau Schröder über den Besuch des Herrn Mojen, 28.5.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unp. Zu von zur Mühlen (geb. 1905, 1936 wissenschaftlicher Mitarbeiter PGLA, Geophysikalische Reichsaufnahme, 1940 Kriegsdienst, nach Kriegsende zunächst DGLA, dann Geophysiker an der Geologischen Landesanstalt in Celle, ab 1956 bei der „Petrobras“ in Brasilien, gest. 1990 – SA 1933–1935) vgl. Walter von zur Mühlen (Hamburg) an den Sturm 5/7 Berlin-Grunewald, Wangenheimstr. 27, 14.11.1935, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 568817, unp.; Vermerk der SA der NSDAP (Sturmführer Weiss, Sturm 5/7, Berlin-Grunewald, Wangenheimstr. 27) an Standarte 7 a.d.D., betr. Antrag auf Entlassung aus der SA, 19.12.1935, ebd., unp.; Menges, Mühlen, zur (1997), S. 275–278.

173 Vermerk von Hernhaussen (Celle) zu dem Aktenvermerk von Frau Schröder über den Besuch des Herrn Mojen, 28.5.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 98193, unp.; Aktenvermerk von Elly Schröder (Celle) für Bentz betr. Besuch Dr. Mojen, 27.5.1947, ebd., unp.

Ahrens Ende 1948 kündigte, war für diesen der Zeitpunkt gekommen, in den Westen überzusiedeln.¹⁷⁴ Nur wenige Monate zuvor hatte auch Gerhard Richter-Bernburg diesen Schritt vollzogen.¹⁷⁵



Abb. 4: Das noch immer weitgehend zerstörte Gebäude der Geologischen Landesanstalt in Berlin, hier am 1. Mai 1949.

174 Vgl. Lange (Geologische Landesanstalt der SBZ, Berlin) an Wilhelm Ahrens, 11.10.1948, ebd., unpag.; Ahrens (Berlin) an Alfred Bentz (Celle), 27.10.1948, ebd., unpag. Aus diesem Schreiben geht hervor, dass auch Deubel (Jena) gekündigt wurde, der schließlich auch in den Hochschuldienst (Universitäten Jena und Berlin) wechselte.

175 Vgl. Gerhard Richter-Bernburg (Berlin) an die DGLA, März 1948, ebd., unpag. Zu Richter-Bernburg (geb. 1907, 1925 Abitur, 1925–1929 Studium der Naturwissenschaften, 1930 Promotion Göttingen, 1930–1932 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen, 1932–1934 wissenschaftlicher Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Berlin, 1934 wissenschaftlicher Assistent PGLA, 1936 apl. Geologe, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1941 Habilitation, nach Kriegsende zunächst DGLA Berlin, 1947 Dozent TH Hannover, später Eintritt in Amt für Bodenforschung, Hannover, 1958 mit Auflösung des Amtes Wechsel zur BfB, der heutigen BGR, 1962 Vizepräsident, 1970 Präsident BfB und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, 1972 pensioniert, gest. 1990 – 1924–1925 Mitglied des Wehrwolf, NSDAP 1937, SA, zudem NSV, RDB, RKB) vgl. Vorschlag

Am 27. April 1948 wurde durch den Vorsitzenden der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), Heinrich Rau, das Statut der Geologischen Landesanstalt in der SBZ in Kraft gesetzt.¹⁷⁶ Daraus ging hervor, dass durch den Beschluss der Landtage „alle Bodenschätze“ der SBZ „zu Volkseigentum erklärt“ worden seien. Das von nun an Geologische Landesanstalt (GLA) genannte Institut hatte die Aufgabe, das Gebiet der SBZ „nach geologischen, bergmännischen und anderen Methoden mit dem Ziel zu erforschen, der Volkswirtschaft die für die Weiterentwicklung von Industrie und Landwirtschaft des neuen demokratischen Deutschlands benötigten Unterlagen zu liefern“. Mit Ausnahme der geologischen Hochschulinstitute wurden „alle Institute und Gesellschaften“, die sich in der SBZ mit der geologischen, geophysikalischen und montangeologischen Erforschung des Untergrundes befassten“, dem Weisungs- und Aufsichtsrecht der GLA unterstellt. Als „Organ“ der DWK hatte sie die Aufgabe, geologische, geophysikalische und bergmännische Untersuchungen durchzuführen, die Erfassung aller Arten mineralogischer Rohstoffe zu überwachen, das für jede Rohstoffart notwendige Material für „Großplanungen“ (Schürfungen, Bohrvorhaben) vorzubereiten und der DWK vorzulegen. Darüber hinaus sollte sie der DWK „zu bestimmten Terminen eine Nachweisung über die Vorräte an mineralischen Rohstoffen“ vorlegen.¹⁷⁷ Damit wurde die „grundsätzliche Linie für die staatliche Geologie“ vorgegeben, die bis zum Ende der DDR Bestand haben sollte. Denn die geologische Forschung und die Exploration von Rohstoffvorkommen waren von nun an

des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Richter zum Bezirksgeologen, 29.4.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 371f.; BArch Berlin, R 9631-IX Kartei/34680423, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3468, Karte 423; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Richter), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13274, Bl. 7660; Beurteilung Richter-Bernburgs durch Hans Joachim Martini, 5.3.1959, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77698, unp.; Carlé, Nachruf für Richter-Bernburg (1991), S. 19–30.

176 Vgl. Hetzer, Organisation (1996), S. 22. Zur Mitte 1947 gebildeten DWK, in welche die Deutschen Zentralverwaltungen für Industrie, Verkehr, Brennstoffe und Energie, Landwirtschaft sowie Handel und Versorgung einbezogen wurden und mit der eine zentrale staatliche Planungs- und Steuerungsinstanz unter der Leitung der SMAD entstand, vgl. Malycha, Steuerungs- und Planungsinstrumente (2016), S. 20–31.

177 Bekanntmachung über die Geologische Landesanstalt (veröffentlicht im Zentralverordnungsblatt Nr. 16 vom 31.5.1948), LAB, C Rep. 106, Nr. 678, unp.

„voll eingebunden in das System der zentralen staatlichen Planung und Leitung. Alle geologischen Untersuchungen wurden zur Aufgabe des Staates erklärt, der ihre Durchführung durch entsprechende staatliche Organe und volkseigene Betriebe zu organisieren hatte“.¹⁷⁸

Die staatliche geologische Forschung in der SBZ und ab 1949 in der DDR war von ständigen Umstrukturierungen geprägt, denn „immer dann, wenn die erwünschten Ergebnisse ausblieben, wurden Wege zur Erhöhung der Effektivität in veränderten Organisationsformen gesucht“.¹⁷⁹ Infolge dieser permanenten Veränderungen stellte sich die Entwicklung in der DDR als „höchst kompliziert“ dar (Tabelle 2), zeigte aber auch, welche Bedeutung dem „Industriezweig“ Geologie innerhalb der ostdeutschen Volkswirtschaft beigemessen wurde. Da die Aufgaben ohne die NS-belasteten Geologen nicht zu bewältigen waren, wurde eine größere Anzahl entweder weiterbeschäftigt oder wieder eingestellt. So hielt der Chef der Kontrollabteilung über die wissenschaftlichen Forschungsanstalten der Landesregierung Berlin vier Tage vor der Gründung der DDR fest, dass die GLA „eines der größten Zoneninstitute“ und die Aufsicht über diese Behörde „von besonderer Bedeutung“ sei. Die „sehr fortschrittlich eingestellte Leitung“ trage Sorge dafür, „dass die dort durchgeführten Arbeiten ausschließlich“ der SBZ zu Gute kämen. „Ein großer Teil der dort beschäftigten Wissenschaftler“ habe früher der NSDAP angehört, aber die GLA-Leitung habe es verstanden, „die Erfahrungen dieser alten Spezialisten sich zunutze zu machen“.¹⁸⁰

178 Hetzer, Organisation (1996), S. 23; Inspektionsprotokoll betr. GLA Berlin, 3.10.1949, LAB, C Rep. 106, Nr. 678, unp.

179 Hetzer, Organisation (1996), S. 23.

180 Inspektionsprotokoll betr. GLA Berlin, 3.10.1949, LAB, C Rep. 106, Nr. 678, unp.; Neumann-Mahlkau, Entwicklung (1998), S. 17; Hetzer, Organisation (1996), S. 27 f. Zur weiteren Entwicklung der GLA bzw. des Geologischen Dienstes und der geologischen Forschung in der SBZ/DDR vgl. ebd., S. 23–34; ders., Berlin (1987), S. 154–159; ders., Forschung (1969), S. 447–455; Daber, Bemerkungen (1961), S. 156 f.; Hartmann/Guntau/Pälchen (Hg.), Geschichte (2007); Guntau u.a. (Hg.), Geschichte (2011); Kölbl-Ebert, Iron Curtain (2019), S. 94–123.

Tabelle 2: Institutionelle Entwicklung der staatlichen Geologie in der SBZ/DDR 1945–1991.¹⁸¹

Zeit	Dienststelle	Fachaufsicht / Übergeordnete Behörden
1945 – 1947	Deutsche Geologische Landesanstalt, Berlin mit zwei Zweigstellen (Freiberg, Jena)	Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie
1947 – 1948	Geologische Landesanstalt der SBZ mit vier Landeszeigstellen (Freiberg, Jena, Halle, Rostock)	
1948 – 1949	Geologische Landesanstalt der SBZ mit vier Landeszeigstellen (Freiberg, Jena, Halle, Rostock)	Deutsche Wirtschafts-kommission
1949 – 1950	Geologische Landesanstalt der DDR mit vier Landeszeigstellen (Freiberg, Jena, Halle, Rostock)	Ministerium für Planung
1950 – 1952	Geologischer Dienst mit fünf Außenstellen (Berlin, Freiberg, Jena, Halle, Rostock) der Staatlichen Geologischen Kommission	Staatliche Geologische Kommission (Ministerrat der DDR)
1952 – 1956	Fünf Landeszeigstellen (Berlin, Freiberg, Jena, Halle, Schwerin) der Staatlichen Geologischen Kommission	Staatliche Geologische Kommission (Ministerrat der DDR)
1956 – 1961	Zentraler Geologischer Dienst mit fünf Geologischen Dienststellen (Berlin, Freiberg, Jena, Halle, Schwerin)	Staatliche Geologische Kommission (Ministerrat der DDR)
1961 – 1967	Vier VEB Geologische Erkundung (Nord in Schwerin, Mitte in Berlin, West in Halle, Süd in Freiberg)	15 Bezirksstellen für Geologie Staatliche Geologische Kommission (VVB Feste Minerale, Volkswirtschafts-rat)
1967 – 1978	VEB Geologische Forschung und Erkundung Halle, Betriebsteile Berlin, Jena, Freiberg, Schwerin	15 Abteilungen Geologie bei den Räten der Bezirke (1975–1990) Staatssekretariat Geologie (ab 1974 Ministerium für Geologie)
1978 – 1990	VEB Kombinat Geologische Forschung und Erkundung (GFE) mit VEB GFE Freiberg, VEB GFE Halle, VEB Hydrogeologie Nordhausen	Ab November 1989: Ministerium für Schwer-industrie bzw. Wirtschaft

181 Nach Neumann-Mahlkau, Entwicklung (1998), S. 19; ders., Dienste (1998), S. 12 f.

1990 – 1991	Geologische Landes- untersuchung GmbH Freiberg, GfE GmbH Halle	15 Abteilungen Geologie bei Bezirksverwaltungs- behörden	Treuhandanstalt für GmbH/ Bezirksverwaltungen, ab Okt. 1990 für Abt. Geologie
1991	Landesamt für Geowissenschaften und Rohstoffe Brandenburg Geologisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern Sächsisches Landesamt für Umwelt und Geologie, Bereich Boden und Geologie Geologisches Landesamt Sachsen-Anhalt Thüringer Landesanstalt für Bodenfor- schung (später Geologie)		Ministerium für Wirtschaft und Technologie bzw. Ministerium für Umwelt

3.2 Amerikanische Besatzungszone

Die sich auf die Länder Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern erstreckende amerikanische Besatzungszone umfasste einen Bereich, der bis 1945 von drei RfB-Zweigstellen beziehungsweise ehemaligen Geologischen Landesanstalten abgedeckt worden war. Die älteste von ihnen war die 1850 als Geognostische Abteilung der Königlichen Generalbergwerks- und Salinenadministration in München eröffnete Behörde, die 1919 die Bezeichnung Geologische Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt erhalten hatte, bevor sie 1939 als Zweigstelle München in der Reichsstelle für Bodenforschung aufgegangen war. Dagegen war es 1853 in Marburg zur Gründung der Kurhessischen Geologischen Landesanstalt gekommen. Als Kurhessen durch den Prager Frieden von 1866 an Preußen fiel, wurde die Anstalt dem Preußischen Wirtschaftsressort unterstellt und ging schließlich in der 1873 gegründeten PGLA auf. Um diesen Verlust zu kompensieren, wurde 1882 im Großherzogtum Hessen die Großherzogliche Geologische Landesanstalt in Darmstadt geschaffen, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 die Bezeichnung Hessische Geologische Landesanstalt erhielt und 1939 als Zweigstelle Darmstadt in den RfB-Verbund integriert wurde. Der jüngste Geologische Dienst in der US-Zone befand sich in Stuttgart, wo 1903 die Geologische Abteilung des Königlichen Württembergischen Statistischen Landesamtes ins Leben gerufen wurde, die 1939 in die RfB-Zweigstelle Stuttgart übergegangen war.¹⁸²

182 Vgl. Weiser, Entwicklung (1974), Tafel Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter; Kirchheimer, Geschichte (1974), S. 54–57; Neumann-Mahlkau, Dienste (1998), S. 12 f.; Hoppe, Landesamt (1996), S. 5; Thews, Geschichte (1996), S. 16.

Am 19. September 1945 verkündete der amerikanische Oberbefehlshaber in Deutschland, General Dwight D. Eisenhower, mit der „Proklamation Nr. 2“ die Gründung des Landes Groß-Hessen, dass sich aus den drei Regierungsbezirken Kassel, Darmstadt und Wiesbaden zusammensetzte.¹⁸³ Zur Hauptstadt des Landes avancierte Wiesbaden, wo sich auch der Sitz der amerikanischen Zentralbehörde in Hessen (Office of Military Government Greater Hesse, OMGHE) unter dem Gouverneur Oberst James R. Newman befand.¹⁸⁴ Dieser berief am 12. Oktober 1945 den parteilosen Wirtschaftsjuristen Karl Geiler zum Ministerpräsidenten.¹⁸⁵ An die Stelle der provisorischen Regierung Geiler trat nach den Landtagswahlen vom 1. Dezember 1946 die erste parlamentarische Regierung Hessens unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Christian Stock, der bis Ende 1950 an der Spitze einer Großen Koalition aus SPD und CDU stand.¹⁸⁶

Wie bereits erwähnt, befanden sich auf hessischem Gebiet am Ende des Zweiten Weltkrieges in Reichelsheim (Walter Schottler), Fürth (Otto Burre), Limburg (Franz Michels) und Heringen (Hans Udluft) vier verschiedene Zweig- bzw. Arbeitsstellen des ehemaligen RfB.¹⁸⁷ Wie es der Zufall wollte, war in jedem der von den Amerikanern errichteten Regierungsbezirken mindestens eine Dienststelle des RfB besetzt. Die Leiter dieser Dienststellen unterstellten sich den betreffenden Regierungspräsidenten, die in Anerkennung der Bedeutung eines staatlichen geologischen Dienstes für den beginnenden Wiederaufbau alle Versuche zur Arbeitsaufnahme lebhaft unterstützten. So wurde Otto Burre¹⁸⁸

183 Vgl. Mühlhausen, Gründung (2012), S. 1, 18 f.

184 Vgl. Emig/Frei, Office (1994), S. 321

185 Vgl. Giese, Newmann, James R. (ohne Jahr).

186 Vgl. Mühlhausen, Gründung (2012), S. 19; Potthoff/Wenzel, Handbuch (1983), S. 53–55.

187 Vgl. dazu und im Folgenden Thews, Geschichte (1996), S. 16 f.

188 Zu Burre (geb. 1887, 1906 Abitur, 1906–1911 Studium der Mathematik, Geologie und Naturwissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Berlin, 1910–1912 Assistent Mineralogisch-Geologisches Institut TH Berlin, 1911 Promotion, 1914 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1915–1918 französische Kriegsgefangenschaft, Leutnant, 1919 Geologe auf Probe PGLA, 1920 apl. Geologe PGLA, 1927 Bezirksgeologe, 1933 Professor, 1941 Regierungsgeologe RfB, 1941–1944 Leiter der Arbeitsstelle Metz des RfB, 1944 Zweigstelle Darmstadt des RfB, 1945–1946 Neugründung und Leitung des Hessischen Geologischen Landesamtes und Bergamtes in Fürth, 1946 Leiter der Außenstelle Darmstadt des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung,

von der Regierung in Darmstadt mit Wirkung vom 27. Juli 1945 zum Leiter des Hessischen Geologischen Landesamtes in Darmstadt bestellt. Durch Erlass vom 2. Oktober 1945 wurde die von Hans Udluft¹⁸⁹ in Heringen verwaltete Außenstelle zum „Amt für Bodenforschung“ erhoben und avancierte damit zum geologischen Dienst für den Bereich des

1948 Regierungsgeologe, 1954 vermutlich pensioniert, gest. 1975 – 1933 bis 1935 Stahlhelm, zudem NSV, RDB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Burre zum Regierungsgeologen, 24.11.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 2087, Bl. 84 f.; Kabinettsvorlage des Direktors des Landespersonalamtes Hessen (Wiesbaden) betr. Otto Burre, 3.6.1952, HHStAW, 527, II7599, unp.; Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr an den Direktor des Landespersonalamtes Hessen (Wiesbaden), 26.5.1953, ebd., unp.; Meldeblatt für die polizeiliche Registrierung und die Ausstellung einer deutschen Kennkarte für Otto Burre, 12.7.1946, HStA Darmstadt, H 3 Darmstadt, Nr. 16414, unp.

- 189 Zu Udluft (geb. 1900, 1918 Abitur und anschließend Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1918–1923 Studium Universität Frankfurt am Main, 1923 Promotion, 1923–1926 Assistent am Geologischen Institut der Universität Frankfurt am Main und beim Senckenberg-Museum Frankfurt am Main, 1923 I. Staatsexamen PGLA, 1926 Geologe auf Probe PGLA, 1929 II. Staatsexamen und apl. Geologe, 1937 Bezirksgeologe, 1939 Wehrgeologe (Militär, Kriegsverwaltungsrat, beratende Tätigkeit beim Stellungsbau und Arbeiten für die Wasserversorgung der Truppe, Uk-Stellung auf Veranlassung des RfB), April 1945 bis September 1945 Leiter der Arbeitsstelle Heringen des ehemaligen RfB, nun Amt für Bodenforschung des kommissarischen Ober- und Regierungspräsidenten der Provinz Kurhessen, 1945–1946 Leiter des Amtes für Bodenforschung, Arbeitsstelle Marburg, 1946 Hessisches Landesamt für Bodenforschung (Leiter der Arbeitsstelle Oberscheld im Dillkreis), 1948 Bezirksgeologe, 1949 Regierungsgeologe, 1954 ständiger Vertreter des Leiters des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung, 1955 Oberregierungsgeologe, 1956 Honorarprofessor Universität Marburg, 1959 Leiter des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung Wiesbaden, 1961 Direktor, 1965 Ruhestand, 1966 gestorben – 1932 NSBA, Mitglied NSV, RDB, NS-Altherrenbund, NSKK (FM), gab selbst an, vor 1933 „deutschnational“ und im März 1933 die NSDAP gewählt zu haben) vgl. Arbeitsblatt des öffentlichen Klägers bei der Spruchkammer des Dillkreises betr. Udluft, 12.9.1946, HHStAW, 520/07, 1173, Bl. 8.; von Udluft ausgefüllter Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946, 7.5.1946, ebd., Bl. 1; von Udluft ausgefüllter Fragebogen des Military Government of Germany, 27.5.1946, HHStAW, 527, X 359, unp.; Barsch (Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt, Berlin-Ost), 15.3.1946, ebd., unp.; Karteikarte betr. Udlufts Mitgliedschaft in der NSV, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 1150562, unp.; Festsetzung des Besoldungsdienstalters für den Bezirksgeologen Dr. Hans Udluft, ohne Datum,

Regierungspräsidenten in Kassel. Udluft verlagerte seine Stelle in den folgenden Monaten nach Eibach im Dillkreis (postalisch Oberscheld) und führte die Bezeichnung „Amt für Bodenforschung, Arbeitsstelle Marburg (Marburg/Lahn, Geologisches Institut der Universität), Ausweichstelle Oberscheld/Grube Beilstein“, blieb aber auch weiterhin dem Ober- und Regierungspräsidenten in Kassel unterstellt.¹⁹⁰

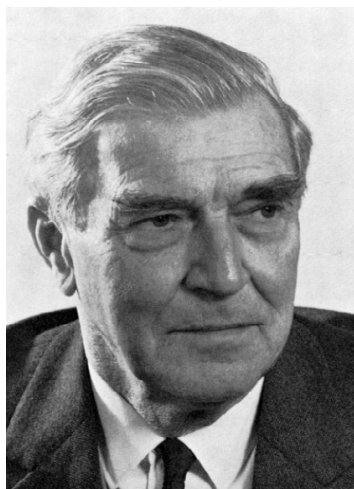


Abb. 5: Franz Michels, 1946 bis 1959 Leiter des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung.

Der Leiter der Arbeitsstelle Limburg, Franz Michels¹⁹¹ (Abb. 5) dagegen hatte schon im Mai 1945 Kontakt zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden aufgenommen. Allerdings kam es nicht zur Gründung eines

BArch Berlin, R 3101, Nr. 30162, Bl. 58; Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen zum Bezirksgeologen, ohne Datum, ebd., Bl. 205 f.; Nöring, Nachruf auf Hans Udluft (1967), S. LVf.

190 Thews, Geschichte (1996), S. 17; Grebing, Landesämter (2021), S. 101.

191 Zu Michels (geb. 1891, 1911 Abitur, 1911 Studium der Naturwissenschaften Universitäten Freiburg, München, Bonn und Frankfurt am Main, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Leutnant, 1919–1920 Assistent Paläontologische Abteilung Senckenberg-Museum Frankfurt am Main, 1920–1921 Assistent Mineralogisch-Petrographisches Institut Universität Frankfurt am Main, 1921 Promotion, 1921–1922 Assistent Geologisch-Paläontologische Abteilung Provinzial-Museum Hannover, 1922 Assistent Landesmuseum PGLA, 1923 Geologe auf Probe PGLA, 1924 apl. Geologe, 1930 Bezirksgeologe, 1936 Professor, 1940 Regierungsgeologe RfB, 1945 mit der Organisation

eigenen geologischen Dienstes, weil Michels „mit großer Energie“ gleich auf die Schaffung eines ‚gesamthessischen‘ Landesamtes hinarbeitete.¹⁹² Damit setzte er sich gegen seine Konkurrenten Burre in Darmstadt und Udluft in Oberscheld durch, denn bereits im Juli 1945 war Michels von der in Bildung begriffenen großhessischen Staatsregierung unter Ministerpräsident Geiler damit beauftragt worden, die Organisation eines Landesamtes für Bodenforschung in die Wege zu leiten.¹⁹³ Michels Vorarbeiten hatten zur Folge, dass das Kabinett im Dezember 1945 beschloss, ein Großhessisches Geologisches Landesamt für Bodenforschung zu errichten und Michels mit dessen Leitung zu beauftragen. Nachdem auch die amerikanische Militärregierung zugestimmt hatte, wurde das neue Amt durch Verordnung des Ministerpräsidenten vom 26. Juni 1946 errichtet und der Aufsicht des Ministers für Wirtschaft und Verkehr unterstellt.¹⁹⁴ Durch diese Verordnung wurden das im Regierungsbezirk Darmstadt bestehende Hessische Geologische Landesamt (die frühere RfB-Zweigstelle) und die in den Regierungsbezirken Kassel (Oberscheld) und Wiesbaden bestehenden Arbeitsstellen des RfB in das neue Landesamt für Bodenforschung überführt.¹⁹⁵ Als der für die gesamte amerikanische Zone verantwortliche Kontrolloffizier fungierte der Geologe Arnold Caverly Mason¹⁹⁶

eines Landesamtes für Bodenforschung in Wiesbaden beauftragt, ab Dezember 1945 Leiter des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung, 1946 Regierungsdirektor, 1959 pensioniert, gest. 1970 – NSV, RDB, RKB, NSKK) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Michels zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 36 f.; Kabinettsvorlage des Direktors des Landespersonalamtes (Wiesbaden) betr. Franz Michels, 27.11.1951, sowie Lebenslauf von Michels vom 30.10.1946, alles HHStAW, 527, II 6252, unpag.; Direktor des Landespersonalamtes Hessen an den Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr, 3.12.1958, ebd., unpag.; Kutscher, Nachruf Michels (1971), S. 10–16.

192 Ebd., S. 12.

193 Vgl. der Ministerpräsident des Staates Groß-Hessen an die Militärregierung Wiesbaden, 28.11.1945, HHStAW, 527, II 6252, unpag.

194 Vgl. Thews, Geschichte (1996), S. 17; Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 74–76, 109–111.

195 Die Gründungsverordnung vom 26.6.1946 findet sich in Hoppe, Landesamt (1996), S. 7.

196 Zu Mason (geb. 1906, Studium des Wirtschaftsingenieurwesens, 1928 Bachelor of Science Yale University, danach „professioneller Ingenieur“, Studium der Rechtswissenschaften an der Fordham University (Abendschule) und der Geologie an der Columbia University und der Universität von Wisconsin, 1939–1941 Assistenzprofessor für Geologie Universität von

(Abb. 6), der bei den hessischen Geologen als gern gesehener Gast galt, da er sie mit „damals kaum zu beschaffenden Arbeitsmaterial“ versorgte.¹⁹⁷



Abb. 6: Der für die Bodenforschung in der amerikanischen Besatzungszone verantwortliche Geologe Arnold Caverly Mason.

Das Hessische Landesamt für Bodenforschung führte die Aufgaben fort, die bis 1939 von der PGLA und der Hessischen Geologischen Landesanstalt, beziehungsweise ab 1939 von der RfB-Zweigstelle Darmstadt bearbeitet worden waren. So erstreckten sich seine Aufgaben auf die Neuaufnahme und Ergänzung des „geologischen Kartenwerkes“, das Aufsuchen und die geologisch-lagerstättenkundliche Beurteilung nutzbarer Rohstoffvorkommen, bodenkundlich-agronomische und hydrologische Untersuchungen. Neben Baugrunduntersuchungen wurde in Kooperation mit den Wasserwirtschaftsämtern auch ein

Kentucky, 1941–1943 Grundwassergeologe für die Illinois Geological Survey, 1943–1947 Armeedienst, u.a. im Corps of Engineers, Leiter mehrerer geologischer Untersuchungen im besetzten Deutschland, von 1947 bis zu seinem Tod Tätigkeit für den US Geological Survey, u.a. 1947–1952 im Fernen Osten, 1952–1955 Abschlussarbeit an der University of Illinois, 1955 Promotion, ab 1955 Mitarbeiter der Abteilung für strategische Studien der Abteilung für Militärgeologie des Geological Survey in Washington, gest. 1961) vgl. Fischer, Arnold Caverly Mason (1962), S. 712 f.

197 Thews, Geschichte (1996), S. 28.

Grundwasserbeobachtungsdienst aufgebaut. Als Ressortforschungseinrichtung des Landes oblag ihr auch die gutachtliche Beratung der hessischen Behörden. Einen besonderen Schwerpunkt bildete jedoch die Verwaltung der von Udluft von Heringen nach Oberscheld verlegten Teile der Bibliothek, Archive und der Vertriebsstelle des ehemaligen RfB.¹⁹⁸ Ende 1948 wies das Hessische Landesamt für Bodenforschung folgende Organisationsstruktur auf:

Gesamtleitung (Zentrale Wiesbaden)	Franz Michels
Vertreter (zudem Leiter Bibliothek)	Bruno Dammer
Außenstelle Darmstadt	Otto Burre
Außenstelle Oberscheld	Hans Udluft
Außenstelle Gießen	Erwin Schenk
Abteilung Hydrogeologie	Friedrich-Carl Nöring
Abteilung Bodenkunde	Ernst Schönhals
Abteilung angewandte Geologie	
a) Steine und Erden	Otto Burre
b) Baugrund	Albert Schwarz
Abteilung Geophysik	Erwin Schenk
Abteilung Chemisches Laboratorium	Paul Pfeffer ¹⁹⁹

Zu dieser Zeit umfasste der Personalbestand bereits 53 Mitarbeiter, davon 19 wissenschaftliche Kräfte sowie 34 Angestellte und Arbeiter. Von den 19 Akademikern hatten immerhin sieben (= 36,8 Prozent) der NSDAP angehört, womit, ähnlich wie in Berlin (SBZ), ein relativ großer Anteil formal ‚belasteter‘ Personen in den Staatsdienst Hessens übernommen wurde.²⁰⁰

198 Vgl. Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXII. Zur Arbeit des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung vgl. Thews, Geschichte (1996), S. 23–27.

199 Vgl. Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXII f. Weitere Organisationspläne des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung von 1948 bis 1996 finden sich in Thews, Geschichte (1996), S. 33–37.

200 Vgl. Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXV.

Tabelle 3: Wissenschaftliche Mitarbeiter im Hessischen Landesamt für Bodenforschung um 1948/49 (NS-Mitgliedschaften).²⁰¹

Geologe	Mitgliedschaft
Wolfram Bismarck	NSDAP-Aufnahmegesuche (1933, 1938, 1943 abgelehnt), DAF, 1926-1930 Jungstahlhelm
Otto Burre	NSV, RDB
Bruno Dammer	NSDStB (NS-Altherrenbund), NSV, RDB
Gerhard Gunzert	
Hans Emil Hentschel	NSDAP (1937)
Fritz Kutscher	NSDAP (1937), SA (1933), NSV, RDB
Franz Michels	NSV, RDB, RKB, NSKK
Friedrich Mürriger	DAF, NSV, NSKK
Friedrich-Carl Nöring	
Rolf Erdmann Pallat	NSDAP (1940), DAF
Paul Pfeffer	NSDAP (1932), SA (1933-1935), NSV, NS-Reichskriegerbund, RDB
Hans-Heinz Pinkow	
Franz Rösing	
Per Rössle	NSKK, DAF, NSV
Erwin Karl Schenk	NSDAP (1937), DAF
Ernst Schönhals	NSDAP (1929), SA (1929-1931), NSV, DAF, RDB, RKB
Albert Schwarz	
Hans Udluft	NSV, RDB, NS-Altherrenbund, NSKK (FM)
Max Teike	NSDAP (1937), NSV, RDB, NSKOV, NS-Altherrenbund

Auch in Württemberg ergab sich ein disparates Bild, denn auch hier entstanden zunächst mehrere geologische Dependancen. Nachdem sich die Franzosen und die Amerikaner im Juni 1945 über die Aufteilung der badischen, württembergischen und hohenzollerisch-preußischen Gebiete einig geworden waren, schufen die Amerikaner in ihren Gebietsteilen das Land Württemberg-Baden mit der Hauptstadt Stuttgart.

201 Ebd.

Allerdings erhielt der nördlich gelegene Landesbezirk Baden (Nordbaden) eine weitgehende Verwaltungsautonomie.²⁰² Dagegen errichteten die französischen Besatzungsbehörden in den südlich gelegenen Territorien die Länder Württemberg-Hohenzollern mit der Hauptstadt Tübingen und (Süd-)Baden mit der Hauptstadt Freiburg. So wie für Groß-Hessen und Bayern verkündete der amerikanische Oberbefehlshaber in Deutschland, General Eisenhower, am 19. September 1945 die Gründung des Landes Württemberg-Baden. Zum Gouverneur wurde Oberst William W. Dawsen ernannt, dem von November 1946 bis Dezember 1947 Summer Sewall, dann bis Ende 1948 Charles M. La Follette und 1949 schließlich Charles P. Gross folgten.²⁰³ Als oberster Vertreter der amerikanischen Militärregierung im Land ernannte Dawsen den ehemaligen Staatsminister Reinhold Maier (FDP) im September 1945 zum Ministerpräsidenten. Im autonomen Landesbezirk Nordbaden fungierte Karl Holl als Oberpräsident, bevor im September 1945 der ehemalige Reichsfinanzminister Heinrich Köhler an die Spitze der Landesbezirksverwaltung trat, die zunächst in Heidelberg und ab Oktober 1945 in Karlsruhe saß. Da Köhler in der Regierung Maier auch das Finanzressort übernahm, spielte er für die Entwicklung des staatlichen geologischen Dienstes eine zentrale Rolle, weil dieser letztlich dem Finanzministerium unterstellt werden sollte.²⁰⁴

Mitte Mai 1945 hatte sich der Leiter der RfB-Zweigstelle Stuttgart, Manfred Frank²⁰⁵, an die Besatzungsverwaltung gewandt und vordringliche Aufgaben geologischer Forschung skizziert, die der „Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung und der Wiederingangsetzung der gewerblichen und industriellen Wirtschaft“ zugutekommen sollten. Bevor

202 Hierzu und im folgenden Weber, *Nachkriegszeit* (2022) in *Südwestdeutschland*, in: <https://www.lan-deskunde-baden-wuerttemberg.de/nachkriegszeit>, eingesehen am 6.11.2024); Benz, Potsdam (1994), S. 123 f.

203 Vgl. Schöntag, Office (1994), S. 496.

204 Vgl. Potthoff/Wenzel, *Handbuch* (1983), S. 55–59. Zu Maier siehe Matz, Maier, Reinhold (1987), S. 697–699; ders., Reinhold Maier (1989). Zu Köhler siehe Becker, Köhler, Heinrich (1980), S. 306 f.

205 Zu Frank (geb. 1905, Abitur, Studium Universität Tübingen, Promotion, 1930 Habilitation, 1934 Geologische Abteilung des Statistischen Landesamts Stuttgart, 1936–1945 a. o. Professor TH Stuttgart, 1938 Leiter der Geologischen Abteilung und ab 1939 der RfB-Zweigstelle Stuttgart, nach Kriegsende entlassen, dann aber wieder Anstellung Geologisches Landesamt Stuttgart, dort 1960–1970 Leiter, gest. 1976 – NSDAP 1937) vgl. BAArch Berlin, R 9361-IX Kartei/9340358, NSDAP-Gaukartei, Kasten 934, Karte 358; Ströbel, *Nachruf Manfred Frank* (1976), S. 63–76.

jedoch eine Entscheidung in dieser Frage fiel, verhafteten die Amerikaner Frank „wegen seiner Stellung und seiner politischen Tätigkeiten“ während der NS-Zeit.²⁰⁶ Franks Stuttgarter Kollege Fritz Weidenbach²⁰⁷ hatte die meiste Zeit des Krieges als Chefgeologe der Luftwaffe im Reichsluftfahrtministerium und bei der Organisation Todt verbracht und war bei Kriegsende ebenfalls in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten. Nachdem er im Mai 1946 entlassen worden war, begann er mit dem Neuaufbau des Stuttgarter Geologenamtes, legte „aus politischen Erwägungen“ jedoch Wert darauf, den als politisch unbelastet geltenden Manfred Bräuhäuser²⁰⁸ (Abb. 7) mit der Leitung des Amtes zu betrauen.²⁰⁹

206 Reiff, Geschichte (1992), S. 53, 55.

207 Zu Weidenbach (geb. 1901, 1920 Abitur, 1921–1923 Studium des Maschinenbaus, ab 1923 der Geologie, beides TH Stuttgart, ab 1924 Universität Tübingen, 1926 Promotion Tübingen, 1926 Assistent Lehrstuhl für Mineralogie Universität Tübingen, 1927 Hilfsgeologe Geologische Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes in Stuttgart, 1928 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter, 1933 Geologe, 1937 Landesgeologe, 1938 beim „Erkundungsstab Schwarzwald“ der Luftverteidigungszone West-Bereich des Luftgaukommandos VII, München 1939 Bezirksgeologe, 1940 Einberufung zum Wehrdienst, hier Wehrgeologe, 1941 Versetzung ins Reichsluftfahrtministerium als Chefgeologe der Luftwaffe, 1943 Luftgaukommando Süd und Einsatzgruppe Italien der Organisation Todt (OT) als Chefgeologe, 1944 Zentrale OT Berlin, Chefgeologe beim Luftwaffen-Bauwesen, 1945 amerikanische Gefangenschaft, 1946 Geologe an der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes in Stuttgart, ab Oktober 1952 Zweigstelle Stuttgart des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg, 1948 Landesgeologe und geschäftsführender Abteilungsleiter, 1951 Leiter der Geologischen Abteilung, 1952 Leiter der Zweigstelle Stuttgart, 1954 Oberlandesgeologe, 1964 Regierungsdirektor, 1966 Ruhestand, gest. 2000) vgl. LD 7 an LD 5 I (vermutlich des RdL u. ObdL Berlin), 30.9.1941, BArch-MA Freiburg, PERS 6, Nr. 293327, unp.; Aktenvermerk, ohne Datum (um Nov. 1941), ebd.; Adam, Fritz Weidenbach (2001), S. 288–290.

208 Zu Bräuhäuser (geb. 1881, Abitur, Studium der Naturwissenschaften in Lausanne, München und Stuttgart, 1904 Promotion Tübingen und Anstellung in der Geologischen Abteilung des Königlichen Württembergischen Statistischen Landesamts in Stuttgart, 1919 Habilitation TH Stuttgart, 1923 Inhaber des Lehrstuhls für Mineralogie TH Stuttgart und Leiter der Geologischen Landesaufnahme. Der erste hauptamtliche Leiter des Landesamts (Landesgeologe), 1939 durch Manfred Frank als Leiter der RfB-Zweigstelle Stuttgart ersetzt, 1946–1948 kommissarischer Leiter des geologischen Landesamtes, 1951 Ruhestand, 1967 gest.) vgl. Aldinger, Nachruf Bräuhäuser (1968), S. 15 f.

209 Reiff, Geschichte (1992), S. 58.



Abb. 7: Manfred Bräuhäuser 1946 bis 1948 kommissarischer Leiter der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamts in Stuttgart.

Die eigentliche Geschäftsführung lag jedoch in den Händen von Weidenbach, der in Abstimmung mit dem für die Besatzungszone zuständigen amerikanischen Geologen Arnold C. Mason die künftige Forschungsagenda und die dafür notwendigen Organisationsstrukturen festlegte. So sollte eine übergeordnete Behörde in Stuttgart geschaffen und ihr für den Landesbezirk (Nord-)Baden eine in Heidelberg angesiedelte Zweigstelle angegliedert werden. Durch einen Erlass des Finanzministeriums von Württemberg-Baden vom 2. September 1946 wurde die Geologische Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes in Stuttgart neu gegründet, die gut zwei Jahre später folgende Organisationsstruktur aufwies:

Kommissarischer Leiter	Manfred Brauhäuser
Mit der Führung der Geschäfte beauftragt	Fritz Weidenbach
Abteilung Landesaufnahme (Kartierung, Druck, Verkauf)	Fritz Weidenbach
Abteilung Lagerstätten	Karl Stier
Abteilung Baugrund und Baustoffe	Hermann Aldinger
Abteilung Bodenkundliches und Bodenmechanisches Laboratorium	Siegfried Müller

Abteilung	Hydrologie	Walter Carlé
Abteilung	Bohrarchiv	Eugen Eisenhut
Abteilung	Mikropaläontologische Untersuchungsstelle	Eberhard Buck
Abteilung	Kartensammlung und Bibliothek	Hans Freising ²¹⁰

Im Hinblick auf die Forschungsinhalte unterschieden sich die Arbeiten in Stuttgart nicht von jenen Hessens. So bildeten auch hier die Aufnahme von geologischen und lagerstättenkundlichen Spezial-, Übersichtskarten, die Anlage von Boden- und Wasserkarten, die Aufsuchung und Beurteilung nutzbarer Rohstoffvorkommen, bodenkundliche und hydrologische Untersuchungen, der Aufbau eines Grundwasser- und Quellenbeobachtungsdienstes, Baugrunduntersuchungen und die Beratung von Behörden Schwerpunkte geologischer Facharbeit. Um 1948/49 zählte die Stuttgarter Dienststelle zwanzig Mitarbeiter, unter ihnen 13 wissenschaftliche Kräfte sowie sieben Angestellte und Arbeiter.²¹¹ Von den Wissenschaftlern gehörten mit Aldinger, Bräuhäuser, Carlé, Frank, Groschopf, Ströbel und Weidenbach sieben zum ‚alten‘ RfB-Bestand. Letzterer sollte die Behörde 1948 schließlich auch übernehmen.

Tabelle 4: In der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes in Stuttgart um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften).²¹²

Geologe	Mitgliedschaft
Hermann Aldinger	NSV
Manfred Bräuhäuser	
Eberhard Buck	
Walter Carlé	NSDAP (1937)
Eugen Eisenhut	
Manfred Frank	NSDAP (1937)
Hans Freising	
Paul Groschopf	NSDAP (1937), SS (1934)
Siegfried Müller	HJ 1933, SA 1934, NSD-Studentenbund (1937, Anwärter)
Karl Stier	
Winfried Ströbel	
Fritz Weidenbach	
Helmut Wild	

210 Vgl. Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXVIII.
211 Vgl. ebd., S. LXVII, LXX.
212 Vgl. ebd., S. LXX.

Das am 1. November 1946 als Zweigstelle Stuttgart errichtete und für (Nord-)Baden zuständige Geologische Landesamt Heidelberg kam im Gebäude des Geologisch-Paläontologischen Instituts der Universität unter und war dem Landesbezirksdirektor der Finanzen, Abteilung Domänen und Bergbau in Karlsruhe unterstellt.²¹³ Der dort tätige Ministerialrat Erich Naumann bemühte sich in den folgenden Monaten erfolgreich darum, die Heidelberger Zweigstelle von Stuttgart zu lösen. Von den dort tätigen vier Geologen hatte vorher keiner im Dienst des RfB gestanden.²¹⁴ So war der kommissarische Leiter der Heidelberger Zweigstelle, Ludwig Rüger, Ordinarius am Geologisch-Paläontologischen Institut der Universität Heidelberg, vorher an den Universitäten Jena und Straßburg tätig gewesen.²¹⁵ Ernst Becksmann wirkte als außerplanmäßiger Professor am Institut Rügers, während Joachim Bartz vor dem Zweiten Weltkrieg Dozent an der TH Berlin gewesen und seit 1946 als Assistent an der TH Darmstadt beschäftigt war. Eberhard Wirth schließlich hatte es aus der Erdölindustrie an das GLA Heidelberg verschlagen.²¹⁶

Tabelle 5: Im Geologischen Landesamt Heidelberg um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften).²¹⁷

Geologe	Mitgliedschaft
Ludwig Rüger	
Joachim Bartz	
Ernst Becksmann	
Eberhard Wirth	

Bayern war von den Amerikanern zwischen Ende März und Ende April 1945 besetzt worden.²¹⁸ Leiter der für Gesamtbayern bestimmten Regional Military Government Detachment E 1F3 mit Sitz in München war der katholische New Yorker Stadtverordnete Charles E. Keegan, der den BVP-Politiker Fritz Schäffer am 28. Mai 1945 zum „Chef der bayerischen

213 Vgl. ebd., S. LXX f.
214 Insgesamt arbeiteten im GLA Heidelberg 1948/49 vier wissenschaftliche Kräfte sowie zwei Angestellte. Vgl. ebd., S. LXXI.
215 Vgl. Karteikarte betr. Ludwig Rüger (geb. 10.8.1896) in Hochschullehrerkartei des RMWEV, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13274, Bl. 7894.
216 Vgl. Reiff, Geschichte (1992), S. 58.
217 Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXXI.
218 Löffler, Kriegsende (2005), S. 207.

Zivilverwaltung“ ernannte.²¹⁹ Da Schäffer aber den Erwartungen der Amerikaner „vor allem wegen starker Differenzen in Entnazifizierungsfragen nicht entsprach“, wurde er Ende September 1945 bereits wieder entlassen und durch den Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner ersetzt. Den Hintergrund hierfür bildeten Vorwürfe gegen Keegan, „die katholischen und konservativen Kreise in Bayern zu sehr“ zu fördern. Tatsächlich saßen zu diesem Zeitpunkt noch fast bis zu 90 Prozent ehemalige NSDAP-Mitglieder in den bayerischen Ministerien, da Keegan deren Besetzung Schäffer und seinen Ministern überlassen hatte. Infolge des „Bavarian Scandal“ wurde auch Keegan im September abberufen und die amerikanische Militärregierung in Bayern umstrukturiert. Durch die bereits erwähnte Proklamation Eisenhowers vom 19. September 1945 kam es nicht nur zur Bildung des Staates Bayern, sondern auch seine Betreuung wurde dem neu gebildeten Office of Military Government for Bavaria (OMGBY) überantwortet, dessen Leitung Direktor General Walter J. Muller übernahm, dem Anfang 1948 Murray D. Van Wagoner nachfolgte.²²⁰ Der von den Amerikanern eingesetzte Ministerpräsident Hoegner verstand sich zwar als „Ausführungsorgan der Besatzungsmacht“, wurde jedoch von der größten politischen Gruppe des Landes abgelehnt.²²¹ Dies zeigte sich bei den ersten Landtagswahlen in Bayern, in deren Folge Ende 1946 Hans Ehard (CSU) zum ersten demokratischen gewählten bayerischen Ministerpräsidenten nach dem Krieg avancierte, der die Geschicke des Landes bis 1954 bestimmte.²²²

Auch die bayerischen Geologen waren nach dem Ende des Krieges zunächst „mit einer extrem mühseligen Alltagsbewältigung beschäftigt“.²²³ Im Oktober 1944 war der langjährige Leiter der RfB-Zweigstelle München, Matthäus Schuster, in den Ruhestand getreten und durch Albert Hock²²⁴ kommissarisch ersetzt worden.

219 Vgl. Tazelaar, Hüter (2023), S. 49 f. Zum Regional Military Government Detachment E 1F3 vgl. Heydenreuter, Office (1994), S. 151–157.

220 Vgl. ebd., S. 157–161, 192 f.

221 Vgl. Niethammer (1967), S. 208.

222 Vgl. Potthoff/Wenzel, Handbuch (1983), S.47–50; Tazelaar, Hüter (2023), S. 107.

223 Löffler, Kriegsende (2005), S. 210.

224 Zu Hock (geb. 1896, 1915–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Vizefeldwebel, 1917 Abitur, 1917–1923 Studium der Chemie TH München, 1924 Promotion (Dr. Ing. Chemie), anschließend Studium der Landwirtschaft TH München und Landwirtschaftliche Hochschule Weihenstephan, 1929 Dr. der

Aufgrund seiner NS-Belastung war Hock 1945 entlassen worden und kehrte „in seine saarpfälzische Heimat zurück, wo er 1948 das Referat Landwirtschaft im Wirtschaftsministerium übernahm“.²²⁵ Auf Beschluss des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft vom 26. Juni 1945 und mit Zustimmung der amerikanischen Militärregierung wurde die ehemalige RfB-Zweigstelle München wie bis 1939 dem Bayerischen Oberbergamt als „Referat Landesuntersuchung“ unterstellt, dessen Leitung Heinrich-Paul Arndt²²⁶ kommissarisch übernahm,

Landwirtschaft (agr.), Spezialist auf dem Gebiet der Bodenkunde, Bodenaufnahme und Bodenkartierung, 1922 Assistent Agrikultur-Chemisches Institut und Leiter der Bodenuntersuchungsstelle und Bodenkartierungsstelle Weißenstephan (TH München), 1935 planmäßiger Regierungsgeologe Geologische Landesuntersuchung Bayerisches Oberbergamt, Begründer der dortigen Bodenkundlichen Untersuchungsstelle, 1936 Regierungsgeologe I. Klasse, 1939 Bezirksgeologe RfB Zweigstelle München, 1944 komm. Leiter der RfB Zweigstelle München, nach Kriegsende 1945 entlassen, 1948 Leiter der Abteilung Landwirtschaft und Ernährung im saarländischen Wirtschaftsministerium, 1951 Dozent Universität des Saarlandes, um 1963 Ruhestand, gest. 1964 – 1919/20 Deutsch-Völkischer Schutz- und Trutzbund, NSDAP 1933, zudem NSV, RDB, NSDStB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Regierungsgeologen Albert Hock zum Regierungsgeologen I. Klasse, 26.2.1936, BArch Berlin, R 601, Nr. 2081, Bl. 82 f.; Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Dr. Hock zum Regierungsgeologen, 5.11.1941, BArch Berlin, R 601, Nr. 2087, Bl. 38 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/15951337, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1595, Karte 1337; von Hock ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 11.7.1939, BArch Berlin R 9361-II, Nr. 419553, unp.; von Hock ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BayHStA München, Geologisches Landesamt, Nr. 409, unp.; Oberbergamt München an Geologische Landesuntersuchung (München), 1.9.1945, ebd., unp.; Kohl, Nachruf Hock (1970), S. 11–17.

225 Ebd., S. 13.

226 Zu Arndt (geb. 1887, 1908 Abitur, 1908–1913 Studium der Geologie in Freiburg, Bern, Berlin und München, 1913 Promotion München, 1914 Hilfsgeologe Bayerische Geologische Landesuntersuchung am Oberbergamt München, 1916 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Kriegsgeologe, Unteroffizier, 1917 Assessor, 1920 Regierungsgeologe, 1924 Ausscheiden aus Staatsdienst und Mitarbeiter der Fa. Erda, Gesellschaft für angewandte Geophysik in Göttingen, 1925 Rückkehr zur Geologischen Landesuntersuchung München, 1927 Landesgeologe, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, kurzzeitige Abordnung an die RfB-Zweigstelle Freiburg, nach Kriegsende zunächst kommissarisch, ab 1947 Leiter der Geologischen Landesuntersuchung München, 1947 Regierungsdirektor, 1949 Leiter des nunmehr selbständigen Bayerischen Geologischen Landesamtes, 1954 Ruhestand,

der dem Amt schon seit 1914 angehörte.²²⁷

Mit seiner Ernennung zum Regierungsdirektor wurde Arndt am 1. Oktober 1947 durch das übergeordnete Wirtschaftsministerium in seinem Amt bestätigt und durch einen weiteren Beschluss vom 26. Oktober 1948 schließlich auch die Trennung der Behörde vom Oberbergamt verfügt. Seit dem 1. Dezember 1948 firmierte das neugeschaffene Bayerische Geologische Landesamt als selbständige, dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft unmittelbar unterstellte Behörde²²⁸, und wies folgende Organisationsstruktur auf:

Leiter		Heinrich-Paul Arndt
Abteilung I	Verwaltung	Heinrich-Paul Arndt
Abteilung II	Geologische Landesaufnahme und Veröffentlichungen	Hans Nathan
Abteilung III	Technische Geologie	Heinrich-Paul Arndt
Abteilung IV	Lagerstätten	Fritz Heim
Abteilung V	Erdöl, Gas, Geophysik	Hans Nathan
Abteilung VI	Chemie, einschließlich Heil- und Mineralquellen-Chemie	Gustav Abele
Abteilung VII	Bodenkunde	Franz Vogel ²²⁹

Im Fokus standen zunächst Aufgaben der Militärregierung, in deren Auftrag 1946/47 beispielsweise eine geologische Übersichtskarte von Bayern im Maßstab von 1:100.000 erarbeitet wurde. Darüber hinaus entstanden Baustoff- und Lagerstättenkarten sowie bodenkundliche Spezial- und Übersichtskarten von Bayern. Zudem stand das Bayerische GLA „dem öffentlichen Leben und der Wirtschaft des Landes“ durch Beratung und Begutachtung in allen Fragen der angewandten Geologie

gest. 1969) vgl. Übersicht über die wiss. Mitarbeiter der Geologischen Landesuntersuchung München, ohne Datum (um 1946), BayHStA, Bayerisches Oberbergamt, Nr. 230, unp.; Vidal, Nachruf Arndt (1972), S. 5–10.

227 Vidal, Landesuntersuchung (1974), S. 106 f.

228 Vgl. Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXXVIII; Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 70 f., 97 f.

229 Vgl. Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXXIX.

zur Verfügung.²³⁰ Arndt verfügte 1948/49 über insgesamt 71 Mitarbeiter, womit das Bayerische GLA zu den größten geologischen Diensten Deutschlands gehörte. Die in München tätige Belegschaft umfasste zu diesem Zeitpunkt 26 wissenschaftliche Mitarbeiter sowie 45 Angestellte und Arbeiter, unter den Akademikern befanden sich mindestens acht, die der NSDAP angehört hatten.



Abb. 8: Heinrich-Paul Arndt, 1948–1954 Direktor der Bayerischen Geologischen Landesamtes.

Tabelle 6: Im Bayerischen Geologischen Landesamt München um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften).²³¹

Geologe	Mitgliedschaft
Heinrich-Paul Arndt	
Gustav Abele	NSV, RDB
Bernhard Beschoren	
Karl Brunnacker	NSDAP (1940 Anwärter), 1933–1940 Jungvolk
Helmuth Cramer	
Peter Cramer	NSDAP (1937), SA (1933)

230 Ebd.; Vidal, Landesuntersuchung (1974), S. 107. Vgl. Arndt (München) an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (München) betr. Beschleunigter Wiederaufbau des Bayerischen Geologischen Landesamtes, ohne Datum (März 1948), BayHStA München, Bayerisches Oberbergamt, Nr. 230, unp.

231 Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXXXII.

Friedrich Karl Drescher-Kaden	NSDAP (1932)
Hilde Eckert	NSDAP (1937), Deutsches Frauenwerk, NSV, NSLB, RKB
Wilhelm Eder	
I. Ferenczi	
Albert Grader	NSDAP (1937), SA (1931–1937, FM), NSV, NSKOV, RDB
Ortwin Ganss	SS (1938)
Helmut Gudden	
Eduard Hartmann	NSV, RDB, RKB, NSFK (FM)
Fritz Heim	NSV, RDB, RLB, RKB
Otto Hölzl	
Huybrecht Knipscheer	
Friedrich Kohl	NSDAP (1933–1940), SA (1933–1940), NSV
Hans Nathan	NSV, RDB
Ingo Schaefer	NSDAP (1935), HJ, NSD-Studetenbund
Dora Schmeer	
Paul Schmidt-Thomé	
Otto Teuscher	NSDAP (1937), SA (1933)
Heinrich Tillmann	NSKK
Walter Treibs	NSDAP (1940), SA (1938)
Franz Vogel	NSDAP (1933), RKB, NSV, RDB

3.3 Französische Besatzungszone

Ganz im Südwesten Deutschlands befand sich die französische Besatzungszone, die sich auf Rheinland-Pfalz, das Saargebiet, Süd-Baden und Württemberg-Hohenzollern erstreckte. Bis 1945 hatte im gesamten von den Franzosen besetzten Gebiet nur eine Geologische Ressortforschungseinrichtung bestanden. Dabei handelte es sich um die 1888 gegründete Großherzogliche Geologische Landesanstalt in Heidelberg, die 1907 nach Karlsruhe und 1910 schließlich nach Freiburg verlegt worden war. Nach dem Ersten Weltkrieges hatte die Behörde die Bezeichnung Badische Geologische Landesanstalt erhalten, bevor sie 1939, wie alle ihre deutschen Schwesterinstitute, als Zweigstelle in der RfB aufgegangen war.²³² Mit dem Ende des Krieges hatte sie ihre Arbeiten eingestellt.

Nachdem die überaus schwierigen Verhandlungen zwischen den Amerikanern und den Franzosen über die Gestaltung, Abgrenzung und Behandlung ihrer süddeutschen Einflussgebiete im Juni 1945 zu einem Abschluss gekommen waren, errichteten die französischen

232 Vgl. Weiser, Entwicklung (1974), Tafel Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter; Neumann-Mahlkau, Dienste (1998), S. 12 f.

Besatzungsbehörden in den zu ihrer Zone gehörenden Teilen die Länder Württemberg-Hohenzollern mit der Hauptstadt Tübingen, (Süd-)Baden mit der Hauptstadt Freiburg und Rheinland-Pfalz mit der provisorischen Hauptstadt Koblenz, die zunächst für das zu sehr zerstörte Mainz einspringen musste, das erst 1950 Landeshauptstadt wurde. Die drei Hauptstädte waren gleichzeitig auch Sitz der jeweiligen französischen Militärgouverneure Guillaume Widmer (Tübingen), Pierre Pène (Freiburg) und Claude Hettier de Boislambert (Koblenz).²³³

Während die Amerikaner in ihrer Zone für die rasche Zulassung von Parteien auf lokaler Ebene plädierten und damit auf einen schnellen Aufbau demokratischer Strukturen hofften, ließen sich die Franzosen in dieser Frage mehr Zeit und setzten auf eine gründliche Entnazifizierung der deutschen Bevölkerung. Da sich die von der französischen Militärregierung zur Etablierung eines neuen Parteiensystem ergriffenen „Kontaktgespräche“ mit verschiedenen Parteienvertretern bis ins Jahr 1946 hinzogen, erfolgten wegweisende strukturellen Entscheidungen in ihrer Zone erst vergleichsweise spät.²³⁴

Zwar war es für den Militärdistrikt Baden bereits im Mai 1945 zum Aufbau einer vorläufigen deutschen Verwaltung gekommen, aber erst nachdem (Süd-)Baden durch die Verordnung Nr. 65 der französischen Militärregierung vom 8. Oktober 1946 die Stellung als Land erhalten hatte, übertrug Gouverneur Pène die Staatsgeschäfte Anfang Dezember 1946 einem so genannten Staatssekretariat „Provisorische Landesregierung“, dem Leo Wohleb (BCSV/CDU) als Präsident vorstand, der auch nach den folgenden Landtagswahlen bis 1952 als Staatspräsident des Landes Baden im Amt blieb.²³⁵ Auch in Württemberg-Hohenzollern stimmten die Franzosen im Oktober 1945 der Schaffung eines Staatssekretariats als erster provisorischer Landesregierung zu, dessen Leitung der Sozialdemokrat Carlo Schmid übernahm. Ihm folgten im Juli 1947 der Christdemokrat Lorenz Bock und nach dessen Tod im August 1948 sein Parteifreund Gebhard Müller.²³⁶ Im Gebiet des späteren Landes Rheinland-Pfalz hatten nach der Einstellung der Kampfhandlungen

233 Vgl. Weber, *Nachkriegszeit* (2022); Dorfey, *Rheinprovinz* (2017); Benz, *Potsdam* (1994), S. 123 f.

234 Vgl. Weber, *Nachkriegszeit* (2022).

235 Vgl. Potthoff/Wenzel, *Handbuch* (1983), S. 74–76. Zu Wohleb vgl. Wöhrle, *Leo Wohleb* (2008).

236 Vgl. Potthoff/Wenzel, *Handbuch* (1983), S. 80–82.

verschiedene deutsche Verwaltungseinheiten bestanden, bevor es nach der Ende Juli 1945 erfolgten Konstituierung des Saarlandes und weiteren Territorialzusammenschlüssen durch die Verordnung 57 der französischen Militärregierung am 30. August 1946 zur Bildung des Landes Rheinland-Pfalz kam. Als Oberpräsident des neuen Landes fungierte Wilhelm Boden (CDU), dem im Juli 1947 Peter Altmeier (CDU) folgte, der bis 1969 als Ministerpräsident amtierte.²³⁷

Die durch das Kriegsende bedingte „Zwangspause“ für die Badische Geologische Landesanstalt währte nur kurz, denn bereits am 16. August 1945 hatte die französische Militärregierung die von der vorläufigen badischen Landesverwaltung beantragte Wiederherstellung der Landesanstalt in ihrer alten Form genehmigt. Mit dem Jahresbeginn 1946 wurde sie dem Geschäftsbereich des Badischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit unterstellt.²³⁸ Die ersten Impulse zur Wiederaufnahme des Institutsbetriebs waren von Ludwig Erb²³⁹ ausgegangen, der zum alten Stamm der Freiburger GLA gehörte. Mitte Januar 1946 wurde jedoch der aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte ehemalige Leiter der RfB-Zweigstelle Freiburg Walter Hasemann zum kommissarischen Institutsleiter ernannt, obwohl er der NSDAP angehört hatte.²⁴⁰

237 Vgl. ebd., S. 76–79; Morsey, Regierung (2020), S. 51, 54.

238 Vgl. Reiff, Geschichte (1992), S. 69; Bericht (1948), S. 3.

239 Zu Erb (geb. 1893, 1912 Abitur, 1912 Studium der Geologie und Naturwissenschaften Universität Jena, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, schwerkriegsbeschädigt, 1918 Fortsetzung des Studiums an Universität Freiburg, 1921 Promotion Freiburg und wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Badische GLA Freiburg, 1933 Landesgeologe, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle Freiburg, 1945 Landesgeologe Badische GLA Freiburg, 1952 Landesgeologe im neu errichteten Geologischen Landesamt Baden-Württemberg, 1954 Oberlandesgeologe, 1959 Ruhestand, 1978 gest.) vgl. Kirchheimer, Nachruf Erb (1979), S. 163–165.

240 Vgl. Reiff, Geschichte (1992), S. 69. Zu Hasemann (geb. 1890, 1910 Abitur, 1910–1920 Studium der Naturwissenschaften Bergakademie Berlin, München, durch Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg unterbrochen, Leutnant, 1919 Promotion, 1920 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter GLA Freiburg, 1926 planmäßiger Landesgeologe, 1939 Bezirksgeologe RfB, 1939–1940 Wehrgeologe, 1942 Regierungsgeologe, 1944 Volkssturm, Kriegsgefangenschaft, daraus 1946 entlassen, gest. 1961 – 1941 NSDAP, zudem NSV, RDB, RLB) vgl. Vorschlag zur Ernennung des Bezirksgeologen Dr. Hasemann zum Regierungsgeologen, 20.1.1942, BArch Berlin, R 601, Nr. 2087, Bl. 160 f.; Von Hasemann ausgefüllter Fragebogen des Gouvernement Militaire en Allemagne, 12.2.1946, LABW-StAF, D 180/2, Nr. 549, 1 Fasz.

Da das Dienstgebäude weitgehend zerstört war, richtete Hasemann in seiner Wohnung eine Arbeitsstelle ein. Von dort aus beschäftigte er auch Kollegen, die als politisch belastet galten, etwa Rudolf Brill²⁴¹, der seit 1932 der NSDAP angehört hatte und deshalb Schwierigkeiten hatte, wieder in den Staatsdienst aufgenommen zu werden.²⁴² Ob das der Grund dafür war, dass Anfang Oktober 1947 der als ‚Außenseiter‘ geltende Paläobotaniker Franz Kirchheimer²⁴³ zum Direktor der Badischen Geologischen Landesanstalt ernannt wurde, ist unklar. Jedenfalls soll Hasemann diese Zurücksetzung als Kränkung empfunden haben.²⁴⁴ Kirchheimer, selbst Opfer der NS-Verfolgung, galt als vehementer Kritiker der mangelhaften politischen Aufarbeitung in Deutschland und übte scharfe Kritik an der in seinen Augen zu laxen Entnazifizierung an der Freiburger Universität.²⁴⁵

241 Zu Brill (geb. 1898, 1916 Abitur, 1916–1923 Studium Mathematik und Naturwissenschaften in Heidelberg, Tübingen und München, unterbrochen durch Kriegsdienst 1917–1919, 1922–1923 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Heidelberg, 1923 Promotion und Hilfsgeologe Badische Geologische Landesanstalt in Freiburg, 1938 Landesgeologe, 1939–1942 Wehrdienst, u. a. als Wehrgeologe, 1950 pensioniert, gest. 1964 – NSDAP 1932, zudem NSV, RDB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wiss. Hilfsarbeiters Dr. Brill zum Landesgeologen, 31.1.1938, BArch Berlin, R 601, Nr. 2028, Bl. 308 f.; Sauer, Nachruf Richard Brill (1965), S. 541–543.

242 Reiff, Geschichte (1992), S. 69.

243 Zu Kirchheimer (geb. 1911, 1929 Abitur, 1929 Studium der Geologie, Botanik und Zoologie Universität Gießen, 1933 Promotion und Assistent, im September 1933 angeblich wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen, den eigentlichen Grund bildete jedoch seine ‚halbjüdische Abstammung‘ (§ 4 BBG), anschließend freier Forscher auf den Gebieten Geologie und Paläobotanik (Braunkohle), 1935 Habilitationsschrift in Anwendung der Nürnberger Gesetze von Universität Köln zurückgewiesen, 1940 zwischenzeitlicher Wehrdienst, 1945 Professor und zunächst Verwendung in der Staatsverwaltung Badens, 1947 Direktor Badische GLA Freiburg, 1952 kommissarische Leiter, ab 1954 Präsident des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg in Freiburg, 1954 Honorarprofessor TH Stuttgart, 1958 nach Veröffentlichungen über Schwarzwälder Uranvorkommen Vorwurf des ‚Geheimnisverrats‘ durch CDU-Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags, der 1960 als unbegründet zurückgezogen wurde, 1960 Honorarprofessor Universität Heidelberg, 1975 Ruhestand, 1984 gestorben) vgl. Sauer, Nachruf Kirchheimer (1987), S. 515 f.; ders., Nachruf Kirchheimer (1984), S. 15 f.; Hoppe, Forscherleben (2019), S. 211–223; Hoppe/Hoppe, Geowissenschaftler (2018), S. 90–92.

244 Reiff, Geschichte (1992), S. 69.

245 Hoppe, Forscherleben (2019), S. 219.



Abb. 9: Franz Kirchheimer, 1947 bis 1952 Direktor der Badischen Geologischen Landesanstalt in Freiburg und bis 1975 Präsident des u.a. aus ihr hervorgehenden Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg.

Tabelle 7: In der Badischen Geologischen Landesanstalt um 1948/49 beschäftigte Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften).²⁴⁶

Geologe	Mitgliedschaft
Franz Kirchheimer	
Walter Hasemann	NSDAP (Anwärter 1942), NSV, RDB
Ludwig Erb	
Kurt F. J. Sauer	
Wolfhard Wimmenauer	

Obwohl zwischen 1946 und 1948 unter der Leitung Hasemanns „bis zu 15 Geowissenschaftler“ beschäftigt wurden, meist Hochschul- oder Gymnasiallehrer, handelte es sich bei der Freiburger GLA um ein vergleichsweise kleines Institut. So waren 1948/49 dort nur neun reguläre Mitarbeiter beschäftigt (fünf Geologen sowie vier Angestellte und Arbeiter), allerdings wurden im Tätigkeitsbericht der Anstalt noch zehn „ständige wissenschaftliche Mitarbeiter“ erwähnt, die zu Aufnahmen für die Geologische Spezialkarte herangezogen wurden.²⁴⁷ Als Kanzleibeamter wurde auch der schon vor 1945 an der RfB-Zweigstelle

246 Vgl. Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXXII-LXXVI.

247 Vgl. Reiff, Geschichte (1992), S. 70.

Freiburg beschäftigte Regierungssekretär Gustav Keller übernommen, obwohl er 1940 der NSDAP beigetreten war.²⁴⁸

Den ursprünglich in der RfB-Zweigstelle Stuttgart beschäftigten Helmut Kiderlen²⁴⁹ hatte es am Kriegsende nach Geislingen an der Steige in Oberschwaben verschlagen, wo er im Auftrag der von Alfred Bentz geleiteten RfB-Erdölabteilung Erkundungen durchgeführt hatte. Dorthin war auch das Bergamt aus Stuttgart verlagert worden, das gemeinsam mit Kiderlen versuchte, den geologischen Dienst aufrechtzuerhalten.²⁵⁰ Im März 1946 versuchte Kiderlen, die Möglichkeiten für eine Rückkehr nach Stuttgart auszuloten, erhielt jedoch vom Finanzministerium die Auskunft, dass sich dort „vorläufig noch nichts bewegen werde“. Allerdings wurde Kiderlen nahegelegt, es im französisch

248 Vgl. Bericht (1948), S. 3. Zu Keller vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/19690174, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1969, Karte 174; Vermerk des Reichsfinanzministeriums, 20.3.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien, 1943, S. 175.

249 Zu Kiderlen (geb. 1905, 1923 Abitur, 1923–1929 Studium der Naturwissenschaften besonders Geologie, Mineralogie und Zoologie, 1930 Promotion, 1931–1934 Wissenschaftlicher Assistent Geologisches Institut Universität Tübingen, 1935–1936 Geologe in der Privatindustrie, 1936 Hilfsgeologe im Angestelltenverhältnis bei der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamts (ab 1939 Zweigstelle Stuttgart der RfB), 1940 Bezirksgeologe Zweigstelle Stuttgart RfB, 1943 der RfB-Erdölabteilung Berlin zugeordnet, 1943 in Toulouse als Kriegsverwaltungsrat zur dortigen Rüstungs-Kontrollkommission III kommandiert, 1944 in St. Gaudens (Südfrankreich), nach 1945 Landesgeologe und Aufbau des Geologischen Amtes von Württemberg-Hohenzollern in Tübingen, ab 1946 Leiter, 1952 nach Aufgehen des Tübinger Amtes in das Geologische Landesamt Baden-Württemberg Stellvertreter des Präsidenten Kirchheimer, gest. 1995 – NSDAP 1933, SA bis 1936, NSV) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Hilfsgeologen Dr. Kiderlen zum Bezirksgeologen, ohne Datum (um 1940), BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.; Vorschlag für die Raumverteilung innerhalb der Erdölabteilung des RfB, 6.4.1943, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 153, unpag.; Bentz (Berlin) an Direktor Cissarz (im Hause) betr. Erdölvorkommen in Frankreich, 29.4.1944, BGR-Archiv Hannover, Nr. 60581, unpag.; Bericht über die Erkundung von Einsatzmöglichkeiten für die Technische Brigade Mineralöl in den südfranzösischen Erdölgebieten durch OKVR Wolf, KVR Ebers und Lt. Schwerdtfeger, 8.4.1943, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65616, unpag.; Schädel, Nachruf Kiderlen (1997), S. 33–37.

250 Hierzu und im Folgenden Reiff, Geschichte (1992), S. 55.

besetzen Tübingen zu versuchen, wo eine neue deutsche Selbstverwaltung im Aufbau begriffen war. Kiderlen verständigte sich daraufhin mit dem dortigen Landesdirektor für Finanzen, dem CDU-Politiker Paul Binder – der vor 1945 u.a. als ‚Arisierungsspezialist‘ im Dienst der Dresdener Bank gestanden hatte²⁵¹ – und wurde daraufhin zum 1. April 1946 als Geologe beim Finanzministerium in Tübingen eingestellt. Seiner Initiative war es zu verdanken, dass es zur Gründung eines Geologischen Amtes von Württemberg-Hohenzollern mit Sitz in Tübingen kam, das dem Finanzressort unterstellt war.²⁵²



Abb. 10: Die Geologen Walter Hasemann, Helmut Kiderlen und Walther Reiff (v.l.n.r.) auf einer Exkursion im Jahr 1933. Kiderlen fungierte von 1946 bis 1952 als Leiter des Geologischen Amtes von Württemberg-Hohenzollern in Tübingen und ab 1952 als Stellvertretender Leiter des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg in Freiburg.

Da das Amt in den Räumlichkeiten der Universität Tübingen Unterschlupf fand, standen die geologische Forschungsarbeit und vor allem die Kartierung Südwestwürttembergs und Hohenzollerns zunächst unter der Leitung des Direktors des Geologisch-Paläontologischen Instituts Georg Wagner. Er zog zu diesem Zweck vor allem Studenten sowie Hochschuldozenten und Gymnasiallehrer heran, die auf ihren Entnazifizierungsbescheid warteten und solange vom Dienst suspendiert waren. Die geologische Beratung der Gemeinden und Behörden erfolgte jedoch durch Kiderlen, dessen Aufgaben auf den Gebieten der

251 Köhler, Arisierung (2008), S. 238.

252 Vgl. Reiff, Geschichte (1992), S. 56.

Hydro- und Ingenieurgeologie sowie der Rohstofferkundung bald solchen Umfang annahmen, dass ihm weitere Stellen bewilligt wurden, so dass das Geologische Amt um 1950 einen Personalbestand von sieben Mitarbeitern aufwies (vier wissenschaftliche Mitarbeiter und 3 Angestellte), die folgende Sachgebiete bearbeiteten²⁵³:

Leiter		Helmut Kiderlen
Abteilung	Baugrund und Baustoffe	Günther Schulz
Abteilung	Bodenkunde und Pflanzensoziologie	Friedrich Wacker
Landesaufnahme		Konrad Eissele

Tabelle 8: Im Geologischen Amt von Württemberg-Hohenzollern um 1950 beschäftigte Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften).²⁵⁴

Geologe	Mitgliedschaft
Helmut Kiderlen	NSDAP (1933), SA (bis 1936), NSV
Günther Schulz	NSDAP (1933)
Friedrich Wacker	NSDAP (1932), SS (1933)
Konrad Eissele	

Das „Tübinger Biedermeier“ währte jedoch nicht lange, denn mit der nach einer Volksabstimmung erfolgten Gründung des Landes Baden-Württemberg im Jahr 1952 bahnten sich für die in dem neu formierten Staatsgebiet gelegenen Geologischen Ämter (Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Stuttgart) bedeutsame Veränderungen an, die, wie etwa bei Kiderlen, nicht überall auf Gegenliebe stießen.²⁵⁵ Mit Wirkung vom 22. September 1952 wurden die vier Häuser zum Geologischen Landesamt Baden-Württemberg in Freiburg vereinigt und der Leitung von Franz Kirchheimer unterstellt, während Kiderlen zu seinem Stellvertreter ernannt wurde.²⁵⁶

253 Vgl. ebd., S. 67 f.; Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXXVI f.
254 Ebd., S. LXXVI.
255 Schädel, Nachruf Kiderlen (1997), S. 34. Die Bezeichnung „Tübinger Biedermeier“ geht auf Franz Kirchheimer zurück. Ebd.
256 Vgl. ebd.; Weiser, Entwicklung (1974), Tafel Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter; Neumann-Mahlkau, Dienste (1998), S. 12 f.; Geyer/Gwinner, Geologie (2001), S. 11; Niederschrift über die Direktoren-

Die bis dahin selbständigen Ämter in Heidelberg und Tübingen wurden als Zweigstellen fortgeführt, bis sie 1957 auch nach Freiburg verlegt und somit aufgelöst wurden. Dagegen wurde die Zweigstelle Stuttgart „entsprechend den Erfordernissen im Ballungsraum Mittlerer Neckar als Zweigstelle Stuttgart weitergeführt“.²⁵⁷

Die beiden ebenfalls in der französischen Besatzungszone gelegenen Länder Rheinland-Pfalz und Saarland wiesen eine andere Entwicklung auf, die hier kurz abschließend skizziert sei. Da in dem im August 1946 neu gebildeten Land Rheinland-Pfalz vorher keine Dependence des früheren Reichsamtes für Bodenforschung bestanden hatte, wurde die geologische Beratung zunächst von den benachbarten Ämtern in Hessen und Nordrhein-Westfalen (siehe Kap. Britische Besatzungszone) durchgeführt.²⁵⁸ Im Interesse einer systematischen Betreuung und Beratung der Landesbehörden und einer „zweckdienliche[n] geologische[n] Erforschung“ des Landes, kam es nach einer Anregung des ehemaligen Leiters des Oberbergamtes in Bad Ems, Friedrich Carl von Hülsen, im Zuge einer konzertierten Aktion des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr in Mainz und des Direktors des Geologischen Instituts der dortigen Universität, Horst Falke, im November 1951 zur Gründung des Geologischen Landesdienstes Rheinland-Pfalz, aus dem Anfang April 1953 das Geologische Landesamt Rheinland-Pfalz mit Sitz in Mainz hervorging.²⁵⁹ Die Leitung des Amtes übernahm der Bezirksgeologe Walter Schottler, der seit 1942 Leiter der RfB-Zweigstelle Darmstadt gewesen war, 1945

sitzung am 30.3.1953 in Hannover (S. 12), LA NRW, Abt. Rheinland Duisburg, NW 0764, Nr. 705, unp.

257 Vgl. Reiff, Geschichte (1992), S. 70 f. Zur Entwicklung des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg vgl. ebd., S. 70–118. Siehe auch Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 69 f.; 93–95.

258 Vgl. dazu hier und im Folgenden Geib, Landesamt (1974), S. 129.

259 Vgl. ebd.; Weiser, Entwicklung (1974), Tafel Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter; Neumann-Mahlkau, Dienste (1998), S. 12 f.; Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 83, 127; Niederschrift über die Direktorensitzung am 30.3.1953 in Hannover (S. 12), LA NRW, Abt. Rheinland Duisburg, NW 0764, Nr. 705, unp. Eine vermutlich von Wilhelm Ahrens (Düsseldorf) und Franz Michels (Wiesbaden) stammende Begründung zur „Errichtung eines Landesamtes für Bodenforschung in Rheinland-Pfalz“ vom 16.11.1950 findet sich in LA NRW, Abt. Rheinland Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unp.

aber wegen ‚erheblicher politischer Belastung‘ (NSDAP 1929) entlassen worden war.²⁶⁰ Schottler sollte dem Amt in Mainz bis 1970 vorstehen.²⁶¹

Im unter französischer Aufsicht stehenden Saarland war es bereits 1947 zur Gründung eines Referats für Geologie bei der Regierung des Saargebietes in Saarbrücken gekommen, aus dem am 1. Januar 1949 das Geologische Landesamt Saarbrücken hervorging, das als Abteilung dem dort ansässigen Oberbergamt angegliedert wurde.²⁶² Nachdem sich Frankreich und die Bundesrepublik im Oktober 1956 über die politische Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik verständigt hatten, wurde das Saargebiet als eigenes Bundesland mit Wirkung vom 1. Januar 1957 in die Republik eingebunden. Bereits im April des gleichen Jahres wurde das Geologische Landesamt des Saarlandes als selbständige Landesbehörde gegründet und dem Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft unterstellt. Zum ersten Leiter des in Saarbrücken angesiedelten Geologischen Dienstes wurde Georg Selzer ernannt, der bis 1972 im Amt blieb.²⁶³

-
- 260 Zu Schottler (1907, 1926 Abitur, 1926–1932 Studium Geologie und Paläontologie TH Darmstadt und Universität München, 1932 Promotion und Hilfsarbeiter in Geologischer Abteilung des Hessischen Landesmuseums, dort 1933 Assistent, 1934 Landesgeologe Geologische Landesanstalt Darmstadt, 1938 Bergrat und Bezirksgeologe, 1939 wohl als Wehrgeologe eingezogen, 1942 komm. Leiter der RfB-Zweigstelle Darmstadt, nach Kriegsende wegen ‚erheblicher politischer Belastung‘ entlassen, 1953 Leiter des Geologischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, 1970 Ruhestand, gest. 1991 – NSDAP 1929, SA 1931–1933, zudem NSV) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Dr. phil. Walter Schottler zum Bergrat als Landesgeologe, 28.3.1938, BArch Berlin, R 601, Nr. 2082, Bl. 355 f.; Brockamp (RfB Berlin) an RfB-Zweigstelle Freiberg, 21.3.1942, GLA Freiberg, A 02287/1, Bl. 93; BArch R 9361-VIII Kartei/20930977, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2093, Karte 977; Hessische Landesregierung an den Minister für Wirtschaft und Verkehr (Wiesbaden), 8.7.1949, HHStAW, 527, II 16361, unp.; Hessisches Staatsministerium. Minister für Wirtschaft und Verkehr (Wiesbaden) an den Direktor des Landespersonalamtes Hessen (Wiesbaden), 22.6.1949, ebd., unp.; Dillmann, Nachruf Walter Schottler (1993), S. 27–32.
- 261 Dazu und zur weiteren Entwicklung des Amtes bis 1974 vgl. Geib, Landesamt (1974), S. 130–132.
- 262 Weiser, Entwicklung (1974), Tafel Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter; Neumann-Mahlkau, Dienste (1998), S. 12 f.
- 263 Vgl. Müller, Landesamt (1974), S. 133 f.; Wagenbreth, Geschichte (2015), S. 181; Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 83 f.

3.4 Britische Besatzungszone

Im Vergleich zu allen anderen Besatzungszonen war die britische im Hinblick auf den Bestand an historisch gewachsenen Strukturen geologischer Ressortforschung 1945 am ‚schwächsten‘ aufgestellt. Seit 1911 existierte das Hamburger Bohrarchiv beim Geologischen Staatsinstitut im Hamburg, dass 1939 zwar auch als Zweigstelle in die RfB aufgegangen war, aber als kleinstes unter allen Instituten (sieben Mitarbeiter) nur wenig Wirkung entfaltete, bevor es infolge anglo-amerikanischer Bombardements auf Hamburg dem Erdboden gleichgemacht worden war.²⁶⁴ Weitaus bedeutsamer erwies sich dagegen die 1934 errichtete Arbeitsstelle Hannover der Erdölabteilung der PGLA unter der Leitung von Alfred Bentz. Ihr kam zwar bis 1945 formal ‚nur‘ der Charakter einer Außenstelle zu, ihre Lage im Herzen des deutschen Erdölreviers erhob sie aber de facto zu einem Epizentrum geologischer Forschung in Deutschland. Infolge der alliierten Luftangriffe auf Hannover, die starke Zerstörungen am Institutsgebäude hinterlassen hatten, war die Arbeitsstelle für Erdölgeologie nach Westercelle in das Bürogebäude der Deutschen Vacuum Oel AG verlegt worden, wo ihre Mitarbeiter auch das Kriegsende erlebten.²⁶⁵ Darüber hinaus war es auf Veranlassung des RfB-Präsidenten Keppler mit dem Forschungsinstitut für Meeresgeologie in Kiel-Kitzeberg 1939 zur Schaffung einer weiteren Arbeitsstelle der Reichsstelle für Bodenforschung gekommen, die 1945 zum Einflussbereich der britischen Besatzungszone gehörte.²⁶⁶ Wie die RfB-Zweigstelle Hamburg war auch das Forschungsinstitut in Kiel infolge der alliierten Luftangriffe vollkommen zerstört worden.²⁶⁷ Darüber hinaus war dessen Leiter Erich Wasmund (NSDAP 1937, SS 1933) in den letzten Kriegstagen gefallen.

Im Vergleich zu den Amerikanern zeigten sich bei der Ausprägung der britischen Besatzungspolitik in Norddeutschland schnell zwei Spezifika. Zum einen hatte London angesichts seiner eigenen wirtschaftlichen Situation reges Interesse an einer Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft. Zum anderen verfügten die Briten aufgrund ihrer langjährigen Kolonialpraxis über erhebliche Erfahrung mit der

264 Vgl. Wüstenhagen u.a., Landesamt (1998), S. 6–9.

265 Vgl. Grebing, Landesämter (2021), S. 100; Mayer-Gürr, Alltag (1987), S. 23–25.

266 Vgl. Stremme, Geschichte (1974), S. 135; Flachowsky, Kampf (2026).

267 Vgl. Strafanzeige der Gendarmerie Einzelposten Heikendorf, 1.12.1944, SHLA Kiel, Abt. 358, Nr. 6867, Bl. 1.

Verwaltung besetzter Gebiete und waren seit Sommer 1943 intensiv mit der Vorbereitung auf die Besatzung befasst. Diese beiden Aspekte hatten zur Folge, dass die britische Militäradministration zwar zunächst „als absoluter Monarch herrschte“, aber gleichwohl bestrebt war, die Verantwortung möglichst schnell in deutsche Hände zu übergeben.²⁶⁸

Das Zentrum der Control Commission for Germany (British Element) bildete das Office of the Deputy Military Gouverneur unter Brian H. Robertson, der nach dem Weggang Montgomerys selbst zum Militärgouverneur der britischen Besatzungszone aufstieg. Nach einer Umstrukturierung untergliederte sich die Kontrollkommission um die Jahreswende 1946/47 in eine Economic und eine Governmental Sub-Commission, die sich wiederum in verschiedene „branches“ (z. B. Trade and Industries, Food and Agriculture, Transport, Finance) unterteilten, denen wiederum „sub-branches“ (z.B. Oil-Branch) angegliedert waren. Die Struktur der „branches“ wurde auf regionaler und lokaler Ebene entsprechend fortgesetzt (z.B. „Oil-Sub-Branch“), so dass die einzelnen „branches“ über nachgeordnete Ämter in der Fläche des Kontrollgebietes verfügten.²⁶⁹



Abb. 11: Britische Kontrolloffiziere bei der Besichtigung des Erdölfeldes Nienhagen 1945.

268 Von Reeken, Gründung (2010), S. 633. Zu den auf britischer Seite bestehenden Deutschlandplänen und Konzeptionen, die „von Vorstellungen reiner Vergeltung über radikale Pläne einer völligen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft bis hin zu pragmatisch-praktischen Überlegungen eines Wiederaufbaus auf traditionellen Grundlagen“ reichten, siehe Reusch, Verwaltungsaufbau (1992), S. 35 f. Dort auch der Befund, dass sich „Fachleute gegen Fanatiker und Phantasten“ durchsetzten. Ebd., S. 36. Siehe auch Jürgensen, Besatzungspolitik (1997), S. 15–29.

269 Vgl. Vermerk der D.D.G., Oil Branch, Zone H.Q. an Chief Trade and Industries

Insbesondere den im April 1946 berufenen zivilen Regional Commissioners kam die Aufgabe zu, die im Aufbau befindlichen deutschen Organe auf Landesebene zu kontrollieren.²⁷⁰ Flankiert wurden diese Tätigkeiten durch Sondergremien für spezielle Aufgaben. Zu ihnen zählte beispielsweise die im August 1945 eingerichtete North German Coal Control (NGCC) unter H. E. Collins, die die Verfügungsgewalt über die in der britischen Zone gelegenen Kohlezechen übernahm oder die North German Timber Control Commission (NGTC), die für die Holzwirtschaft verantwortlich war und zunächst in Minden und ab Januar 1946 in Hamburg residierte.²⁷¹ In Analogie dazu fungierte die 1945 geschaffene, ebenfalls in Hamburg ansässige North German Oil Control (NGOC), die dem britischen Oberst Leslie R. Hulls unterstand. Die NGOC befasste sich mit allen Belangen, die das Angebot und die Nachfrage von Mineralölprodukten in der britischen Zone betrafen.²⁷² In ihrem Auftrag wurde der im Zivilberuf im Shell-Konzern beschäftigte Besatzungs-offizier, Major Albert Everard Gunther,²⁷³ im Juli 1945 als Vertreter des britischen Ministry of Fuel and Power zum 912 Military Government Detachment nach Celle versetzt, wo er sich als ‚Petroleum Advisor‘ mit der Erkundung und Kontrolle der deutschen Ölfelder und mit der Suche nach neuen Vorkommen befassen sollte.²⁷⁴ Dabei kam auch zum Tragen, dass die britische Besatzungspolitik „von drei konstitutiven Motiven

Division betr. Denazification Oil Industry Appeals, 7.3.1946, National Archives London (NAL), FO 1039, Nr. 476, unpag.

270 Vgl. Reusch, Verwaltungsaufbau (1992), S. 47–53.

271 Vgl. Abelshauser, Ruhrkohlenbergbau (1984), S. 15, 34; Ruhr Coal (1949), S. 13–15.

272 Vgl. Eby, Oil Men (1946), S. 40 (Wir danken Sabine Termer, BGR, für einen Scan); Stokes, 1945–1974 (2003), S. 251; Bleidick, Aral (2024), S. 505 f.

273 Zu Gunther (geb. 1903, Studium der Geologie an Shrewsbury School und am Magdalen College in Oxford, 1925 Eintritt in die Firma Shell Oil Co., dort 1925–1929 Tätigkeit in Kalifornien, 1929–1937 in den Den Haag in den Niederlanden, 1937–1940 in Trinidad, 1940–1945 leitender Geologe für Shell Petroleum UK in London, 1945–1947 Ministerium für Brennstoffe und Energie (Ministry of Fuel and Power) zur Untersuchung der deutschen Mineralölindustrie, zu diesem Zweck nach Deutschland abgestellt, 1947–1961 erneut bei Shell in London, zudem 1951–1954 Leiter der Hyderabad Public School, etwa um 1965 Ruhestand, gest. 1998) vgl. Kempe, Albert Everard Gunther (1999), S. 333–335; Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1087 f.

274 Vgl. Eby, Oil Men (1946), S. 40; Wellmer, Lernkurven (2020), S. 59 f.; Schulze, Zeiten (1991), S. 22. Zur Tätigkeit des Military Government auf dem Erdölgebiet – vor allem der Evaluation der deutschen Erdölindustrie

bestimmt“ war, „einem ausgeprägten Pragmatismus, Antisowjetismus sowie einem überwiegend konservativ zusammengesetzten Personal in den Besatzungsbehörden“, womit unübersehbare Kongruenzen zu den um Bentz gruppierten Erdölgeologen bestanden.²⁷⁵

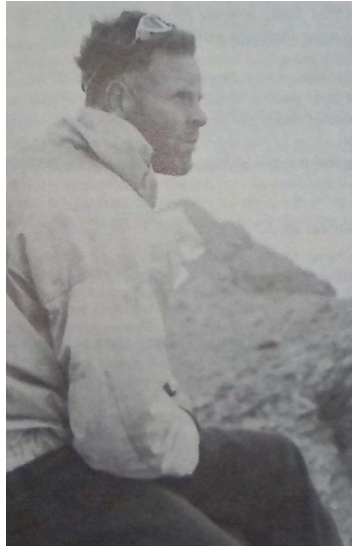


Abb. 12: Albert Everard Gunther, 1945–1947 ‚Petroleum Advisor‘ der North German Oil Control in Celle (Hannover), hier im Jahr 1950.

Die Annahme der Briten, dass der traditionelle deutsche Verwaltungsapparat größtenteils intakt geblieben sei, rechtfertigte in ihren Augen „die weitgehende Indienstnahme bestehender Einrichtungen für die Zwecke der Besatzung“.²⁷⁶ Die Binnengrenzen im niedersächsischen Raum waren zunächst erhalten geblieben, denn die Britische Militärregierung hatte Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe im Frühjahr 1945 Länderstatus verliehen und mit Hubert Schlebusch (SPD, Braunschweig), Theodor Tantzen (FDP, Oldenburg) und Heinrich Bövers (parteilos, Schaumburg-Lippe) Chefs der jeweiligen Landesregierungen ernannt.

und -förderung sowie ihrer Wiedereingangssetzung vgl. Gunther, Oil Fields (BIOS Final Report No. 1917) [1946], S. 50–58, 69–74; ders. Note (1987), S. 13–21.

275 Grieger/Karlsch, Treibstoff (2024), S. 419.

276 Reusch, Verwaltungsaufbau (1992), S. 37.

Für die Provinz Hannover wurde im September 1945 Hinrich Wilhelm Kopf (SPD) zum Oberpräsidenten ernannt. Praktisch mit seiner Ernennung wurden Braunschweig, Hannover und Oldenburg von der britischen Militärregierung zu einer Verwaltungseinheit („Hannover-Region“) zusammengefasst, für die Oberpräsident Kopf nun die höchste deutsche Entscheidungsinstanz darstellte. Durch die Verordnung Nr. 55 der Control Commission for Germany (British Element) vom 1. November 1946 schließlich wurde die „Hannover Region“ mit Schaumburg-Lippe zum Land Niedersachsen vereint und Hinrich Wilhelm Kopf zu dessen ersten Ministerpräsidenten ernannt, der bis Mitte 1955 im Amt bleiben sollte.²⁷⁷

Was im Hinblick auf die niedersächsischen Verwaltungsgebiete über die Gliederung der britischen Militäradministration ausgeführt wurde, galt auch für die preußischen Provinzen Westfalen und Nordrhein. Die im Juni 1945 gebildete Nordrhein-Provinz (Hauptstadt Düsseldorf) setzte sich aus den Regierungsbezirken Köln, Aachen und Düsseldorf zusammen und unterstand ab Oktober 1945 dem von der britischen Militärregierung zum Oberpräsidenten berufenen Robert Lehr (CDU). Sein Pendant in Westfalen (Hauptstadt Münster) war Rudolf Amelunxen (parteilos) der von den Briten im Juli 1945 ernannt wurde. Nachdem durch die Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung am 23. August 1946 aus beiden Provinzen das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) hervorging, blieb Amelunxen als von der Besatzungsmacht ernannter Ministerpräsident im Amt, bevor er nach der ersten Landtagswahl im Juni 1947 durch den Christdemokraten Karl Arnold ersetzt wurde, der die Geschicke des Landes NRW bis 1956 leitete.²⁷⁸

Die Übergabe der Stadt Hamburg an die Briten war am 3. Mai 1945 erfolgt, die dem Militärgouverneur Harry William Hugh Armytage unterstellte wurde, bevor Henry Vaughan Berry 1946 an seine Stelle trat. Im Mai 1945 wurde der erste Nachkriegssenat der Hansestadt von den Briten ernannt, dem der parteilose Rudolf Petersen als Bürgermeister vorstand. Nach dem Ende seiner Amtszeit und den ersten freien Wahlen in Hamburg trat im November 1946 Max Brauer (SPD) an die Spitze der Landesregierung, der er bis 1953 vorstand.²⁷⁹

277 Vgl. Potthoff/Wenzel, Handbuch (1983), S. 62–66; von Reeken, Gründung (2010), S. 646–654.

278 Vgl. Potthoff/Wenzel, Handbuch (1983), S. 66–70.

279 Vgl. ebd., S. 59–61.

Dagegen hatte die Briten unter Gouverneur Gail Patrick Hendersen nach ihrer Besetzung Schleswig-Holsteins die weitgehend intakte Provinzialregierung übernommen. Der zunächst als kommissarischer Oberpräsident eingesetzte Otto Hoevermann (NSDAP 1937), wurde allerdings im November 1945 durch Theodor Steltzer (CDU) ersetzt. Nachdem die Amtszeit Steltzers von den Briten 1946 nochmals verlängert wurde, musste er in Ergebnis der Wahlen vom April 1947 zurücktreten und dem Sozialdemokraten Hermann Lüdemann Platz machen, der das Land Schleswig-Holstein bis Ende August 1949 regierte.²⁸⁰

Angesichts der zunehmenden Bombenangriffe auf Berlin, die auch die nördlich der Reichshauptstadt gelegene Ausweichstelle der RfB-Erdölabteilung in Dessow bedrohten, hatte ihr Leiter Alfred Bentz Ende Februar 1945 beschlossen, mit dem Gros seiner Mitarbeiter und Akten nach Westercelle überzusiedeln, wohin inzwischen auch die Zweigstelle Hannover der Erdölabteilung verlegt worden war.²⁸¹ Dort wollte Görings Beauftragter für die Erdölgewinnung das Kriegsende abwarten, bekam es beim Einzug der Briten in die Region Hannover dann aber offenbar doch mit der Angst zu tun, denn er meldete sich im April 1945 bei seiner Sekretärin Elly Schroeder kurzerhand mit den Worten ab, „er müsse auf Dienstreise nach Wien“, woraufhin er für mehrere Wochen verschwand.²⁸² Wie er später angab, war er auf seinem Weg nach Süden in München vom Einmarsch überrascht worden und hatte sich daraufhin zu seiner Familie nach Heidenheim durchgeschlagen.²⁸³ Sehr zur Überraschung seiner Kollegen tauchte er dann Ende Juni 1945 mit seinem Dienstwagen wieder in Celle auf, wo er die bereits wieder angelaufenen Arbeiten sofort an sich zog.²⁸⁴

Der für den Raum Hannover verantwortliche Berater der North German Oil Control, Albert Everard Gunther, hatte nicht nur in den Büros der Internationalen Tiefbohr AG (ITAG) in Celle seinen Stützpunkt aufgezogen, sondern auch alle Akten der nach Westercelle verlagerten Erdölabteilung des RfB beschlagnahmen lassen. Mit Hilfe dieses Materials wollte er sich einerseits einen Überblick über die Entwicklung der deutschen Ölpolitik während der NS-Zeit verschaffen, andererseits

280 Vgl. ebd., S. 71–73.

281 Vgl. Mayer-Gürr, Alltag (1987), S. 23 f.

282 Pfeiffer, Reichsamt (1987), S. 6.

283 Vgl. Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1086.

284 Vgl. Mayer-Gürr, Alltag (1987), S. 26.

aber auch für eine schnelle Wiederaufnahme der Bohrarbeiten in Norddeutschland sorgen. Für die Ölfeldexplorationen war Gunther auf die Kenntnisse seiner deutschen Kollegen angewiesen, wobei es sich für ihn als Glücksfall erwies, dass Bentz als Chef der RfB-Erdölabteilung einen Teil seiner Mitarbeiter in Celle zusammengezogen hatte. Auf Grund seiner Rolle als ehemaliger Beauftragter Görings und Exponent der kriegsgerichteten Ölpolitik des NS-Regimes wäre es nicht verwunderlich gewesen, wenn Bentz – auch mit Blick auf den von ihm mitverantworteten Einsatz von Zwangs- und Sklavenarbeitern – von den Alliierten zur Rechenschaft gezogen worden wäre.²⁸⁵ Dass es nicht so kam, verwies auf den Pragmatismus der Briten und war sicher nicht zuletzt auf Gunther zurückzuführen, der von der Aufrichtigkeit und offensichtlichen Kompetenz des Deutschen sofort überzeugt war und dies so auch an seine vorgesetzten Dienststellen weitergab.²⁸⁶

Als es im März 1946 um die Frage der Entnazifizierung des deutschen Ölspezialisten ging, ließ die für die britische Zone verantwortliche „Oil Branch“ ihre übergeordnete „Trade and Industries Division“ wissen, dass eine Verhaftung von Bentz nicht in Frage komme. Nicht nur sei er für die Ölpolitik des Besatzungsgebietes „wesentlich“, er sei „ein Mann von hohem moralischem Charakter und Integrität“ und das „Gegenteil eines Nazis“.²⁸⁷ Die Rückendeckung der Briten und seine darauf beruhenden guten Beziehungen zur Besatzungsmacht waren

285 Mit ausschlaggebend dafür dürften auch die relativierenden Aussagen gewesen sein, die Bentz über seine Tätigkeit in der NS-Zeit gab. Vgl. Alfred Bentz (Celle): Supplement to my questionnaire, 11.2.1946, NAL, FO 1039/496, unp. Allerdings musste auch er eine „hochnotpeinliche Untersuchung“ über sich ergehen lassen, die nach seinen Worten aber deutlich gemacht habe, dass seine Tätigkeit als Vierjahresplanbeauftragter „nie über die eines wissenschaftlichen Fachmannes“ hinausgegangen „und mit Politik und sonstigen üblen Erscheinungen nichts zu tun“ gehabt habe. Bentz an Julius Versé (Loevenich Bez. Köln), 30.4.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 134123, unp. Im Juli 1948 hatte der öffentliche Kläger beim Entnazifizierungsausschuss für die Stadt Hannover Bentz mitgeteilt, dass er vom „Entnazifizierungsrecht nicht betroffen“ sei. Damit hatte nach Bentz Worten „eine besonders unerfreuliche Nachkriegsepisode“ für ihn eine „zufriedenstellende Lösung gefunden“. Bentz an den Rechtsanwalt und Notar Otto Recken (Hannover), 2.8.1948, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20321–20322, unp.

286 Vgl. Gunther, Note (1987), S. 15.

287 Vermerk der D.D.G., Oil Branch, Zone H.Q. an Chief Trade and Industries Division betr. Denazification Oil Industry Appeals, 7.3.1946, NAL, FO 1039, Nr. 476, unp.

ein Grund für die bruchlose Nachkriegskarriere des Erdölgeologen. Darüber hinaus kam Bentz der glückliche Umstand zugute, dass er in Celle als RfB-Direktor und Abteilungsleiter der ranghöchste Beamte vor Ort war. Im Unterschied zur inzwischen verschwundenen und politisch kompromittierten Führungsriege des RfB (Keppler, Brockamp und Funder) erschien er zudem als Nicht-Parteimitglied als vermeintlich „unbelastet“. Auch dürfte ihm sein Status als Erdölbeauftragter in Görings Vierjahresplanorganisation nun wider Erwarten von Nutzen gewesen sein, da sie ihn mit der Aura des Experten umgab.

Bentz war darüber hinaus einer der wenigen hochkarätigen geologischen Ansprechpartner der Briten, da es sich bei der Erdölabteilung um die einzige bedeutsame Dependence des ehemaligen RfB handelte, die ihnen in die Hände gefallen war. Er tat aber auch selbst alles dafür, um seine Weiterbeschäftigung zu sichern. Dabei kam ihm zu Gute, dass er ein feines Gespür für politische Entwicklungen hatte und die Nähe zur Administration (später zum Bund) suchte. Darüber hinaus verfügte er über ein ausgesprochenes Organisationstalent und verstand es, ebenso aktive wie loyale ‚Jünger‘, etwa Hans Joachim Martini, der zwischen 1940 und 1945 Chefgeologe im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ gewesen war und sich in den letzten Kriegstagen nach Hannover/Celle durchgeschlagen hatte, um sich zu scharen. Dabei ist zu betonen, dass das um Bentz nun neu entstehende Netzwerk sicher auch auf seine zahlreichen Persilscheine zurückzuführen war, die er in den ersten beiden Nachkriegsjahren wie am Fließband produzierte.²⁸⁸ Hinter all dem stand schließlich auch ein Führungsanspruch des ehrgeizigen Staatsgeologen, wobei es den Anschein hat, dass Bentz selbst unter den älteren Wissenschaftlern des RfB 1945 als designierter Leiter des Reichsamtes für Bodenforschung angesehen wurde.²⁸⁹

Bereits im Juli 1945 gab Gunther Bentz die Anweisung, mit dem Büro des Oberpräsidenten in Hannover erste Etatverhandlungen für die Wiederaufnahme der Ölfelduntersuchungen zu treffen, woraufhin ihm 100.000 RM bewilligt wurden.²⁹⁰ Wie schnell deutlich wurde, zeigte die britische Militärregierung reges Interesse daran, das RfB „in seiner alten Form“ wiederzuerrichten. Auch Bentz plante, „wieder einer

288 Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

289 Vgl. Barsch an Alfred Bentz, 7.11.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

290 Vgl. Gunther, Note (1987), S. 15; Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1088.

Geologische Landesanstalt zu formieren, zunächst in Anlehnung an die Provinzial-Regierung in Hannover, später vielleicht im ganzen anglo-amerikanischen Bereich“, wie sein Mitarbeiter Alfred Mayer-Gürr²⁹¹ Anfang Juli 1945 mutmaßte.²⁹²

Tatsächlich bemühte sich Bentz bei der Provinz Hannover um „die Wiederaufnahme der Arbeiten des Reichsamtes für Bodenforschung (...) und zwar nicht nur für die Abteilung Erdöl (...) sondern auch für die anderen Abteilungen“. ²⁹³ Da die Arbeiten der Abteilung Erdöl bereits wieder

291 Zu Mayer-Gürr (geb. 1912, Abitur, 1930–1934 Studium der Geologie, Mineralogie und Chemie in Kiel und Tübingen, 1934 Promotion in Tübingen, 1934–1935 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Tübingen, 1935–1938 Feldgeologe bei der Brit. Oil Development Co. Ltd. Mosul (Irak), 1938 Wissenschaftlicher Angestellter PGLA, Erdölabteilung, 1939 Hilfsgeologe Geologische Abteilung des Statistischen Landesamts Stuttgart, 1939 Wissenschaftlicher Angestellter RfB Berlin, 1939 Mitglied Erdölkommission Galizien, 1939–1941 Leiter der RfB-Arbeitsstelle Jaslo im ‚General-gouvernement‘ Polen, 1941 apl. Bezirksgeologe RfB, 1942 Technische Brigade Mineralöl (Fachabteilung I Geologie), Arbeitsstab Maikop (1942), danach auch „Arbeitsstelle Russland“ des RfB, Einsätze auf dem Erdölgebiet in Rumänien und schließlich in Österreich, nach Kriegsende kurzzeitig bei der British Oilfield Investigation, 1947 Gewerkschaft Brigitta, 1957 Mitglied des Grubenvorstandes und nach dem Zusammenschluss der beiden Gewerkschaften Brigitta und Elwerath 1970 Geschäftsführer der Brigitta und Elwerath Betriebsführungsgesellschaft mbH (BEB, Erdgas & Erdöl GmbH Hannover), 1975 pensioniert, gest. 2008 – NSDAP und SA 1931, SS 1939) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Dr. Mayer-Gürr zum apl. Bezirksgeologen, 16.6.1941, BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unpag.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/27081569, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2708, Karte, 1569; von Mayer-Gürr ausgefüllter Fragebogen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS mit anliegendem Lebenslauf, 25.9.1941, BArch Berlin, R 9361-III, Nr. 124634, unpag.; Befehl der Technischen Brigade Mineralöl über Bildung des Arbeitsstabes Maikop, 4.12.1942, BA-MA, RW 46, Nr. 703, unpag.; Berichte RfB, Zweigstelle Wien, 1942, S. 220; Carl-Engler-Medaille 1973. Prof. Dr. rer. Nat. Alfred Mayer-Gürr; Roölf, Erdölförderung (2016), S. 247, 255; Pfeiffer, Reichsamt (1987), S. 11.

292 Alle Aussagen aus Mayer-Gürr, Alltag (1987), S. 26 f.

293 Alfred Bentz an Regierungsbaurat Anw. Ulrich Rein (Kiel), 31.7.1945, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag. Die Abteilung Erdöl in Celle hatte ihre Arbeiten auf Anweisung der englischen Militär-Regierung bereits „in vollem Umfange wieder aufgenommen“. Bentz an RfB Berlin, 3.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag. Dass Bentz danach strebte, „eine für ganz Deutschland zuständige staatliche geologische Behörde“ zu schaffen, zeigt Homilius, Direktorenkreis (1998), S. 163.

angelaufen waren, hatte Bentz alle greifbaren Angehörigen seiner Abteilung in Celle zusammengezogen, war jedoch bestrebt, „nach und nach“ auch „die einzelnen, in den nichtrussischen Besatzungszonen verbliebenen Geologen wieder um sich [zu] versammeln“. ²⁹⁴ Gleiches galt für die nach Heringen verlagerten Unterlagen des RfB, was darauf hindeutet, dass Bentz beim Aufbau neuer Forschungsstrukturen in richtiger Einschätzung der politischen Lage, anders als etwa Barsch in Berlin, nicht an eine gesamtdeutsche Zentrale in Berlin glaubte. ²⁹⁵ So gab er seinem Kollegen Paeckelmann in Berlin Mitte September 1945 zu verstehen, dass es im Interesse des RfB „tief bedauerlich“ sei, „dass so viele Kräfte, insbesondere fast die gesamte Leitung in Berlin“ sitze, „wo zur Zeit wenigstens die fachlichen Einsatzmöglichkeiten sehr gering“ seien. Von Berlin aus würde man sich nur um die russische Zone kümmern, während die Betreuung der anderen Besatzungsgebiete von dort aus praktisch unmöglich sei. In der englischen und amerikanischen Zone sei „durch den Ausfall der bewährten Kräfte des Reichsamtes ein Vakuum entstanden (...), das alle möglichen Kräfte, die sich berufen fühlen“ anziehe. Folglich werde „die Eröffnung örtlicher geologischer Landesanstalten (...) bald ein beliebtes Unterhaltungsspiel unbeschäftigter Hochschulinstitute sein“, wenn nicht bald etwas von Seiten der staatlichen geologischen Forschung geschehe. Es bestehe bereits die Gefahr, dass der Westen Deutschlands ‚verloren‘ gehe. „Die Groß-Planungen für den Wiederaufbau werden jetzt [Hervorh. im Org.] gemacht; hierbei müssen wir mitwirken und hierbei werden wir mit unseren überragenden Erfahrungen auch dringend gebraucht“. Man müsse sich seine Arbeitsgebiete „sichern“, das sei jetzt die „vordringlichste Aufgabe“, auch wenn das einen Zwang zur Dezentralisation bedeute. Es handle sich jetzt nicht darum, „irgendwo eine Zentrale“ zu haben, „die doch nur auf dem Papier die Arbeiten draußen lenken und überwachen“ könne, sondern dass in den einzelnen Revieren erfahrene Geologen säßen und sich dem Wiederaufbau zur Verfügung stellten. Das, so Bentz abschließend, seien „die Fundamente“, auf denen die staatlichen Geologen ihr „neues Haus“ bauen müssten und nur wenn

294 Bentz an RfB Berlin, 3.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.; Mayer-Gürr, Alltag (1987), S. 26.

295 Dass Bentz die Unterlagen der Erdölabteilung in Heringen nach Celle bzw. Hannover holen wollte, um sie „wieder an einer Stelle zu konzentrieren“, geht hervor aus Bentz (Celle) an Otto Barsch (Berlin), 13.8.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

diese Fundamente stünden, seien sie eines Tages wieder in der Lage, „diesem Haus auch ein schützendes Dach zu geben“.²⁹⁶

Obwohl die von Bentz zunächst als „Reichsamt für Bodenforschung in der britischen Zone“ und ab Ende 1945 auch als „Reichsamt für Bodenforschung (Geologisches Landesamt) Hannover“ bezeichnete Dienststelle noch keine offiziellen Weihen hatte,²⁹⁷ dachte er bereits darüber nach, Zweigstellen im Westen (Ruhrgebiet, Westfalen, Rheinland) zu errichten, wobei nicht Berlin, sondern Hannover als „Dach“ fungieren sollte.²⁹⁸ „Um die Dinge im Westen etwas zu beschleunigen“ entsandte er Martini und Fritz Dahlgrün²⁹⁹ nach Münster, Dortmund,

-
- 296 Bentz (Celle) an Werner Paeckelmann (Berlin), 16.9.1945, ebd., unpag. An anderer Stelle hielt Bentz fest, dass es wichtig sei „unserer Zentrale in Berlin über die kommende deutsche Zentralregierung bei der Alliierten Militärregierung die Wiederanerkennung des Reichsamtes für alle Besatzungszonen zu erreichen“. Allerdings hielt er das für „nicht so einfach“, zumal ihm bis dahin „kein Vorgang einer solchen Regelung für das gesamte Reich bekannt“ geworden sei. Bentz (Celle) an Otto Barsch (RfB Berlin), 17.9.1945, ebd., unpag.
- 297 In Anbetracht der Tatsache, dass keine geologische Behörde bestand, die ein Weisungsrecht für das gesamte Reichsgebiet besaß, wurde Bentz von den Briten aufgefordert, Vorschläge zu einer Umbenennung der Dienststellen in Celle/Hannover zu machen, „bei der das Wort ‚Reich‘ in Fortfall kommen“ sollte. Bentz plädierte für „Geologische Landesanstalt“ oder „Geologisches Landesamt“, allerdings blieb eine zeitnahe Entscheidung der britischen Besatzungsbehörden aus. Ebd. Wie der Verwaltungschef der RfB Hannover, Henning Koch von Hernhausen, im Januar 1946 jedoch festhielt, hatte letztere nach den von der britischen „Militärregierung erlassenen Anordnungen, ihre Arbeiten als Reichsbehörde mit dem Geschäftsbereich der Provinz Hannover einschließlich der Länder Oldenburg und Braunschweig unter der Aufsicht des Oberpräsidenten als Treuhänder“ fortgesetzt und sollte „die Bezeichnung Geologisches Landesamt“ führen“. Henning Koch von Hernhausen (RfB, Geologisches Landesamt, Hannover) an den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz (Düsseldorf), 7.1.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.
- 298 Bentz (Celle) an Werner Paeckelmann (Berlin), 16.9.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag.
- 299 Zu Dahlgrün (geb. 1894, 1913 Abitur, 1913–1921 Studium der Geologie und Naturwissenschaften in Göttingen, unterbrochen durch Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Kriegsgefangenschaft, 1921 Promotion und wissenschaftlicher Assistent Geologisches Institut Universität Göttingen, 1921 Geologe auf Probe PGLA, 1923 apl. Geologe, 1930 Bezirksgeologe, 1933 Honorarprofessor Universität in Berlin, 1940 Regierungsgeologe RfB, 1946–1954 Professor für Geologie und Paläontologie und Direktor Geologisches Institut Bergakademie Clausthal, gest. 1954 – Mitglied NSV,

Bochum, Düsseldorf und Bonn, die sich bei allen Behörden über die dortige Lage erkundigen sollten. Über die Entwicklungen in der amerikanischen Zone (Zweigstellen in Hessen, Württemberg-Baden und Bayern) war Bentz bereits im Bilde.³⁰⁰ Um auf das für seine Pläne notwendige Personal zurückgreifen zu können, legte er PaECKELMANN nahe, in den Westen zu kommen und bei dieser Gelegenheit „aus dem großen Kräfte-Reservoir Berlin gleich einige Mitarbeiter“ mitzubringen, die bereit seien, „ihre Zelte im Westen“ aufzuschlagen.³⁰¹ Immerhin hatte der Oberpräsident von Hannover, Hinrich Wilhelm Kopf, dem

RDB, NSLB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Bezirksgeologen und Professors Dr. Dahlgrün zum Regierungsgeologen, 20.9.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 32 f.; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Dahlgrün), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13261, Bl. 1480; Carlé, Stammbaum (1988), S. 334–343; Eintrag Dahlgrün, Fritz (1894–1954), in: Kalliope-Verbund (<https://kalliope-verbund.info/de/eac?eac.id=116012889>, eingesehen am 28.3.2024).

- 300 So hatte er bspw. Hermann Aldinger nach Stuttgart geschickt, um dort „Fragen der Organisation und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geologie mit den dortigen Behörden zu besprechen“. Bescheinigung von Bentz für Hermann Aldinger, 18.4.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 136067, unpag.
- 301 Bentz (Celle) an Werner PaECKELMANN (Berlin), 16.9.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag.; Bentz (Celle) an Otto Barsch (RfB Berlin), 17.9.1945, ebd., unpag.; Wilhelm Wolff (Leutkirch) an Bentz, 15.10.1945, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.; Gotthard Fliegel (Rellingen, Holstein) an Bentz, 25.10.1945, ebd., unpag.; Bentz (Hannover/Celle) an Fliegel (Rellingen, Holstein), 17.11.1945, ebd., unpag. Auch über die Firmen Seismos und Prakla, mit denen die RfB-Erdölgeologen bis 1945 auf dem Gebiet der Geophysik eng zusammengearbeitet hatten, hatte Bentz schon konkrete Pläne. Während die ältere privatwirtschaftlich organisierte Seismos weitermachen sollte wie bisher, sollte die auf Veranlassung Kepplers 1937 gegründete staatliche „Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung mbH“ (Prakla) aufgelöst und ihr Inventar vom RfB Celle/Hannover übernommen werden, weil Bentz gute Beziehungen zur Industrie wünschte und verhindern wollte, dass über eine dem Reichsamt angegliederte staatliche Gesellschaft Druck auf die Industrie ausgeübt wurde. Vgl. Bentz (Celle) an Otto Barsch (RfB Berlin), 17.9.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag. Es kam jedoch anders, denn 1948 wurde Bentz von der Oberfinanzdirektion in Hannover zum Mitglied des Beirats der Prakla ernannt und von dessen Mitgliedern daraufhin zum Vorsitzenden gewählt. Ein Jahr später wurde er in den Verwaltungsrat und schließlich auch in die Gesellschafterversammlung der Prakla gewählt. Bentz (Bundesanstalt für Bodenforschung, Hannover) an den Bundesminister für Wirtschaft, 7.2.1962, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42878, Bl. 44.

‚Geologischen Landesamt Hannover‘ im September 1945 einen Etat von 450.000 RM bewilligt, so dass Bentz Stellen für 24 wissenschaftliche Mitarbeiter zu Verfügung standen. Zwar war der Etat „aus Ersparnisgründen“ mit dem des Instituts für Erdölforschung an der TH Hannover vereinigt worden, seine Gesamtverwaltung lag jedoch beim ‚RfB Hannover‘. Durch diese Regelung standen Bentz die modernen Laboratorien und die Bibliothek des TH-Erdölinstituts zur Verfügung, in dessen noch zerstörten Räumen das RfB nach dem Wiederaufbau auch unterkommen sollte. Um die Arbeiten der RfB-Abteilung Erdöl in Celle nicht zu unterbrechen, sollte diese aber vorerst weiter in Celle bleiben, während für alle übrigen Forschungs- und Verwaltungsarbeiten ein Umzug nach Hannover vorgesehen wurde.³⁰² Neben Celle sollte auch die bereits vor 1945 aufgebaute Arbeitsstelle Emsland in Bentheim (Erdöl, Erdgas) erhalten bleiben.³⁰³

Die von Bentz veranlasste Fühlungnahme im Rheinland und in Westfalen führte dazu, dass sein Plan, dort Zweigstellen zu errichten, im Frühjahr 1946 konkrete Formen annahm. So kam es Anfang April 1946 zur Errichtung je einer Arbeitsstelle für die Nord-Rheinprovinz in Düsseldorf und für Westfalen in Lünen bei Dortmund, die auf Wunsch der Briten im April 1947 nach Bochum verlegt wurde.³⁰⁴ Da Bentz alsbald mit der Gründung eines zentralen Geologischen Landesamtes für die gesamte englische Besatzungszone rechnete, sollten aber keine selbständigen Provinzialanstalten entstehen, sondern beide Arbeitsstellen von der von Bentz geleiteten „Zentralstelle in Hannover“ betreut werden.³⁰⁵

302 Bentz (Celle) an Otto Barsch (RfB Berlin), 17.9.1945, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpaginiert.

303 Bentz an Ferdinand Friedensburg (Berlin), 9.11.1945, ebd., unpaginiert.

304 Die Briten waren der Meinung, „dass Lünen zu sehr aus der Welt liegt und haben daher vorgeschlagen, wir sollten mit in die Bergschule nach Bochum ziehen“. Bentz an Wilhelm Kegel (Düsseldorf), 20.2.1947, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpaginiert. Zum Umzug nach Bochum siehe Kegel (Geologisches Landesamt, Zweigstelle Düsseldorf) an Bentz (Geologisches Landesamt, Celle), 12.4.1947, ebd., unpaginiert.

305 Vermutlich RfB (Geologisches Landesamt Hannover) an den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz (Düsseldorf) betr. Errichtung einer geologischen Arbeitsstelle für die Nord-Rheinprovinz im Oberpräsidium Düsseldorf mit anliegendem Vertrag zwischen dem RfB (Geologisches Landesamt Hannover) und dem Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz, nach dem das GLA Hannover die geologischen Arbeiten in der Nord-Rheinprovinz übernehmen und zu diesem Zweck eine Arbeitsstelle in Düsseldorf er-

Von den Briten mit der Aufstellung eines „Bohr- und Finanzplanes für die nächsten fünf Jahre“ beauftragt, konnte er sich aber nur teilweise um den Aufbau der beiden neuen Dependancen kümmern. Allerdings hatte er konkrete Vorstellungen darüber, wem die Leitung dieser Stellen anvertraut werden sollte.³⁰⁶

Während er für Düsseldorf Wilhelm Ahrens aus Berlin ins Auge fasste³⁰⁷, sollte in Lünen Alfred Stahl die Leitung übernehmen, obwohl dieser der NSDAP seit 1937 angehört hatte.³⁰⁸ Das zeigt, dass Bentz und seine Umgebung kein Problem damit hatten, sich beim ‚Neuaufbau‘ auch auf belastete Geologen zu stützen. So machte Bentz beispielsweise keinen Hehl daraus, dass er mit der Kündigung der von ihm für Düsseldorf vorgesehenen Geologen Curt Dietz³⁰⁹ und Wolfgang Fricke nicht

richten sollte, 5.12.1945, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unp. Vgl. zudem Bentz (Geologisches Landesamt, Celle) an Abteilungsdirektor Gotthard Fliegel (Rellingen, Holstein), 18.12.1945, ebd., unp.; Bentz an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen (Münster) und den Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz (Düsseldorf), 19.12.1945, ebd., unp. Auf Bentz zurückgehende Vorschläge für die künftige „Organisation der Bodenforschung in der Britischen Zone“ vom Herbst und November 1947 (Organigramm) finden sich in NHStA Hannover, Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 127, unp.

306 Bentz (Celle) an Otto Barsch (Berlin), 23.1.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

307 Vgl. ebd.

308 Bentz (Celle) an Wilhelm Ahrens (Berlin), 23.2.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unp. Zu Stahl (geb.1888, 1907 Abitur, 1907–1911 Studium an Universität und Bergakademie in Berlin, 1912 Bergreferendar, 1914–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Leutnant, 1919 Bergassessor, 1919–1922 PGLA, 1922–1923 beurlaubt für eine Erkundungsreise in Südwest-Afrika, 1923–1924 PGLA, 1924–1926 beurlaubt zur Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft in Berlin, 1926 Bergrat, 1926–1935 PGLA, 1935–1937 Oberbergamt Bonn, 1935 Oberbergrat und als Mitglied eines Oberbergamts kommissarisch in RWM beschäftigt, 1939–1945 Ministerialrat RWM, 1946 Leiter der Arbeitsstelle Lünen, 1950 Leiter der Zweigstelle Bochum des Amtes für Bodenforschung Hannover, Landesstelle Nordrhein-Westfalen in Krefeld und Stellvertreter des Direktors der Landesstelle, gest. 1979 – NSDAP (1937), NSV, RDB, NSBDT) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Oberbergrats Dr. Alfred Stahl zum Ministerialrat, 19.1.1939, BArch Berlin, R 601, Nr. 2084, Bl. 202 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/42330339, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4233, Karte 339; von Stahl ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 29.6.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 3476, unp.; Schnorbus, Geschichte (2000), S. 64; Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LII–LIX.

309 Zu Dietz (geb. 1895, 1915 Abitur, 1915–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg,

einverstanden war. Obwohl beide der SA angehört hatten, hoffte er, die Entlassung wieder rückgängig machen zu können, was ihm auch gelang.³¹⁰

Zynisch klang, was der inzwischen an der Universität Göttingen tätige Georg Hermann Reich im Namen von Bentz seinem ehemaligen Berliner Kollegen, Wilhelm Wolff (NSDAP 1933), riet, der nun in Düsseldorf saß und ebenfalls auf eine Anstellung hoffte. Zwar räumte Reich ein, dass Wolff an einer Prüfung seiner politischen Vergangenheit „in keinem Falle vorbei“ komme. Er könne sich jedoch gewiss sein, dass „wir alle“ ihm bestätigen würden, dass er „niemals aktivistisch tätig gewesen“ sei. Nur müsse er sich die „entsprechenden Bescheinigungen“ für seine Vergangenheit besorgen. Wolff könne sicher sein, dass „wir“ ihm „die denkbar besten Zeugnisse ausstellen“ würden; noch besser sei es jedoch, wenn er auch „irgendwelche KZ-ler oder Halbjuden“ habe, die für ihn aussagen könnten. Fest stehe jedenfalls, so Reich, „dass schon sehr viele Leute, die ungleich schwerer belastet“ seien als Wolff, in ihren Ämtern bestätigt worden seien.³¹¹

Wie recht er damit hatte, zeigte sich im Fall von Walter Schriel, der als ehemaliger beratender Geologe der SS im KZ Mittelbau-Dora nach 1945 zu den ‚schwarzen Schafen‘ unter den belasteten Geologen gehörte.³¹² Auch wenn Schriel nicht mit einer Anstellung rechnen konnte,

Leutnant, 1919 Studium der Geologie Universitäten Göttingen und Freiburg, 1923 Promotion, 1923 erstes Staatsexamen PGLA, dann Privatgeologe in Industrie, 1924 Geologe auf Probe PGLA, 1926 zweites Staatsexamen, 1926 apl. Geologe PGLA, 1937 Bezirksgeologe, 1939 Wehrgeologe, Leiter der Wehrgeologenstellen in Brüssel, Amiens, Lille und Schleswig, 1945 Kriegsgefangenschaft, Juli 1945 Bezirksgeologe Reichsamt für Bodenforschung Hannover, 1946 wegen NSDAP-Zugehörigkeit entlassen, nach Entnazifizierung („entlastet“) 1946 wieder eingestellt, 1956 Oberlandesgeologe Amt für Bodenforschung Hannover, 1960 Ruhestand – NSDAP 1937, SA 1934) vgl. Personalnachweisung und Lebenslauf von Curt Dietz, 16.10.1950, NHStA Hannover, Nds. 505, Acc. 2002/004, Nr. 2, unpag.; BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei, Nr. 280084, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 628, Karte 84; BArch Berlin R 9361-IX Kartei, Nr. 6330896, NSDAP-Gaukartei, Kasten 633, Karte 896; Personalblatt betr. Dietz der Kameradschaftlichen Vereinigung Berlin der Offiziere des Beurlaubtenstandes e.V., 24.11.1938, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 168124, unpag.

310 Bentz (Celle) an Wilhelm Ahrens (Berlin), 23.2.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.; Georg Hermann Reich an Wilhelm Wolff (Düsseldorf), 10.7.1946, ebd., unpag.

311 Ebd.

312 Zu Schriel (geb. 1892, 1912 Abitur, 1912–1920 Studium der Geologie, Mi-

versorgte Bentz seinen ehemaligen PGLA-Kollegen unter der Hand mit Kartierungsaufträgen und mit einer entsprechenden Bezahlung.³¹³ Auch bei anderen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, die ihr Spruchkammerverfahren noch nicht durchlaufen hatten, hatte Bentz „keine Bedenken“, sie über Werkverträge zu beschäftigen.³¹⁴ Selbst bei dem 1946 aufgrund

neralogie, Chemie, Geographie, Zoologie und Botanik in Leipzig und Göttingen, unterbrochen durch Teilnahme am Ersten Weltkrieg (Leutnant), 1921 Promotion Göttingen, 1921 Hilfsgeologe PGLA, 1929 Bezirksgeologe, 1935 Berufung zum Professor Universität zu Berlin, 1936 Berufung zum Professor Universität Göttingen, 1937 Direktor des Geologisch-Paläontologischen Instituts Universität Göttingen, 1940 Mitglied der Göttinger Akademie der Wissenschaften, im Zweiten Weltkrieg zunächst Frontdienst, zwischen 1942 und 1945 gutachterliche Tätigkeit für Untertageverlagerungen, u.a. für das KZ Mittelbau-Dora bei Nordhausen und das KZ Langenstein-Zwieberge bei Halberstadt, 1944 geologischer Sachverständiger für die Dora-Mittelbau-Bauprojekte der SS-Sonderinspektion II und bei der Einsatzgruppe Kyffhäuser, 1945 Verhaftung durch britische Besatzungsbehörden und Entlassung aus Universitätsdienst, dann Privatgelehrter, 1955 Bodenkundliches Institut Universität Göttingen, 1956 emeritiert, gest. 1959 – von 1922–1928 Stahlhelm, 1933 NSDAP und SA, zudem RDB, NSDDB, NSV, NSKOV, NS-Altherrenbund) vgl. BArch R 9361-VIII Kartei/21130741, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2113, Karte 741; von Schriel ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 30.6.1939, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 896160, unpag.; Aktenvermerk der SS-Sonderinspektion II (Planungsstab) betr. Wasserversorgung Anlage „Kuckuck“, 25.9.1944, BArch Berlin, NS 48, Nr. 27, unpag.; Hochschullehrerkartei des RMWEV betr. Walter Schriel, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13276, Bl. 8615; Dienemann, Nachruf Walther Schriel (1967), S. XXIII–XXX; Carlé, Stammbaum (1988), S. 331–334, 343 f.; Wiesel/Wiesel, Lexikon (2010), S. 130; Wagner, Produktion (2015), S. 204, 206, 217 f., 444, 499; Ders. (Hg.), Konzentrationslager (2014), S. 110 f.; Knolle, Forschungen (2003).

313 Walter Schriel (Göttingen) an Bentz, 24.1.1947, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.; Georg Hermann Reich (Geologisches Landesamt, früher Reichsamt für Bodenforschung, Zweigstelle Düsseldorf) 5.2.1947, ebd., unpag.

314 So etwa der Würzburger Geologe Adolf Wurm (NSDAP 1937), der ehemals an der RfB-Zweigstelle Freiberg beschäftigte Rudolf Grahmann (NSDAP 1937 und Förderndes Mitglied der SS) oder der Berliner Universitäts-Geologe Andreas Pilger (SS 1933, NSDAP 1936). Vgl. Wilhelm Kegel (Geologisches Landesamt, früher Reichsamt für Bodenforschung, Zweigstelle Düsseldorf) an Bentz (Geologisches Landesamt, Celle), 19.2.1947, 26.3.1947 u. 12.4.1947 ebd., unpag. Zu Wurm vgl. Hochschullehrerkartei des RMWEV betr. Adolf Wurm, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13281, Bl. 10721. Zu Pilger vgl. Hochschullehrerlehrerkartei des RMWEV betr. Andreas Pilger, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13273, Bl. 7306. Zu Grahmann (geb. 1888, 1910 Abitur,

seiner NS-Vergangenheit von der Universität Münster entlassenen Geologen Hans Wehrli (NSDAP 1933, SA 1933–1935) zeigte sich Bentz mit einer Beschäftigung „einverstanden“, doch sollte Wehrlis „Verhältnis besonders lose gestaltet werden“, da er „ziemlich belastet“ war.³¹⁵

Aber nicht nur in Niedersachsen gab man sich in der Frage der Wiederbeschäftigung belasteter Beamter kulant. So vertrat das Hessische Staatsministerium in Wiesbaden im März 1947 den Standpunkt, dass es im Hinblick auf die Beschäftigung ehemaliger NS-Mitglieder Unterschiede gebe. „Bei einigen Dienststellen“ sei es „unerlässlich (...), dass hinsichtlich der Wiedereinstellung in politischer Hinsicht der gleiche strenge Maßstab angelegt“ werde, „wie bei Ministerien“. Allerdings sei dies bei anderen Institutionen „nicht unbedingt erforderlich“. So sei es „durchaus zulässig, dass bei Dienststellen mit rein technischen Aufgaben, z.B. Landvermessung, Statistik, auch Beamte des höheren Dienstes, die Mitläufer“ gewesen seien, eingestellt würden, soweit sie keine leitende Funktion übernähmen.³¹⁶ Obwohl im Betriebsrat des dem Hessischen Landesamt

1910–1914 Studium Universitäten Leipzig, Halle und Freiburg, 1914 Assistent vermutlich Universität Leipzig, 1916 Promotion Leipzig, Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1919 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Sächsisches GLA Leipzig, 1920 Sektionsgeologe, 1930 Landesgeologe, in den 1930er Jahren der Begründer des Landesgrundwasserdienstes in Sachsen, 1939 Habilitation, 1940er Jahre Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle Freiberg, 1941–1943 Kooperation mit dem Ahnenerbe der SS, 1945–1947 Chefgeologe der Zweigstelle Freiberg der DGLA Ost-Berlin, 1947 Mitarbeiter Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung, 1948 Dezernent für Grundwasser Forschungsanstalt für Gewässerkunde Bielefeld und Leiter des hydrogeologischen Arbeitskreises beim Bundesministerium für Atomenergie und Wasserwirtschaft, 1953 Ruhestand, 1954 Honorar-Professor Universität Mainz, gest. 1962 – NSDAP 1937, SS FM, zudem NSV, NSKOV) vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/11700665, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1170, Karte 665; Kurz Pietzsch (Sächsisches GLA, Leipzig) an RWM mit anliegendem Verzeichnis des Personals des GLA, 18.6.1936, GLA Freiberg A 02321/2, Bild 89–91; Wiefel/Wiefel, Lexikon (2010), S. 52. Zur Kooperation Grahmanns mit dem Ahnenerbe der SS, u.a. der beabsichtigten Veröffentlichung eines Buches über die „altsteinzeitliche Fundstelle Markkleeberg“ siehe den Schriftwechsel in BArch Berlin, NS 21, Nr. 1444, Bl. 122–151.

315 Bentz an Wilhelm Kegel (Düsseldorf), 12.2.1948, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag. Zu Wehrli vgl. Hochschullehrerkartei des RMWEV betr. Hans Wehrli, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13279, Bl. 10248.

316 Hessisches Staatsministerium (Chef der Staatskanzlei, Wiesbaden) an den Direktor des Landespersonalamtes Hessen (Wiesbaden), 23.3.1947, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 48224, Bl. 95.

für Bodenforschung in Wiesbaden übergeordneten Wirtschaftsministeriums Bedenken bestanden, den im Spruchkammerverfahren als „minderbelastet“ eingestuften Geologen Ernst Schönhals (NSDAP-Eintritt 1929) beim Landesamt anzustellen, bestand dessen Leiter Franz Michels auf seiner Einstellung. Er begründete dies damit, dass Schönhals angeblich „eine zur Zeit nicht ersetzbare Schlüsselkraft“ sei. Dabei erwies sich der Erlass des Hessischen Staatsministeriums für Michels als überaus hilfreich, denn wie er betonte, handele es sich bei seinem Landesamt für Bodenforschung um ein dem Wirtschaftsministerium „angeschlossenes Amt“, das obendrein fast nur „rein technische Aufgaben“ erfülle, weswegen im Fall von Schönhals kein allzu strenger Maßstab anzulegen sei. Tatsächlich konnte Schönhals noch im gleichen Jahr im Wiesbadener Landesamt seinen Dienst antreten.³¹⁷

- 317 Franz Michels (Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden) an Minister für Wirtschaft und Verkehr (Personalabteilung, Wiesbaden), 2.6.1947, ebd., Bl. 99 f. Zu Schönhals (1909, Abitur, 1928–1934 Studium der Naturwissenschaften und Geologie Universität Gießen und TH Darmstadt, 1934 Promotion Gießen, 1936–1938 amtlicher Bodenschätzer für die Reichsfinanzverwaltung beim Oberfinanzpräsidenten Hessen, 1938 PGLA, 1942 Bezirksgeologe RfB Berlin; 1941–1944 im ‚Protektorat Böhmen und Mähren‘ und im Baltikum (Litauen, Estland) mit Bodenkartierungs- und Bodenuntersuchungsarbeiten beschäftigt, Frühjahr 1945 ziviler Mitarbeiter der Forschungsstaffel z.b.V. (Forschungskommando Ost) zur Kartierung von Befestigungen nahe der Oder und im Spreewald, 1945–1947 selbständiger Landwirt, 1947–1959 Referats- und Abteilungsleiter für Bodenkunde am Hessischen Landesamt für Bodenforschung Wiesbaden, 1953 Habilitation, 1959 Oberregierungsgeologe, Direktor und Professor Unterabteilung Forschung Bundesamt für Bodenforschung Hannover, 1965 o. Professor und Leiter des Instituts für Bodenkunde und Bodenerhaltung Universität Gießen, 1984 emeritiert, 1993 gest. – NSDAP 1929, SA 1929–1931, zudem NSV, DAF, RDB, RKB) vgl. BArch R 9361-VIII, Kartei/20690636, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2069; Vorlage der Universität Gießen an die Landesregierung betr. Ernst Schönhals, 10.2.1964, HHStA Wiesbaden, 527, II 23168, unpag.; Hessisches Staatsministerium betr. Höhergruppierung des früheren Bezirksgeologen Dr. Ernst Schönhals vom 23.12.1949, ebd., unpag.; von Schönhals ausgefüllter Meldebogen auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946, 26.4.1946, HHStA Wiesbaden, 520/16, 3320, unpag.; Abt. III All. Wi 12 [vermutlich Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, RMdbO] an das Geologische Amt in Wilna, 16.5.1943, BGR-Hannover, Nr. 63064, unpag.; Schreiben der Abt. III All. Wi 12 Bodenforschung [vermutlich des RMdbO] an die Geologische Abteilung des Instituts für Industrielle Forschungen, Reval, 15.5.1943, ebd., unpag.; Berichte RfB,

Unterdessen erschienen in ostdeutschen Zeitungen, wie dem SED-Organ ‚Neues Deutschland‘, aber auch in der kommunistischen ‚Niedersächsischen Volkstimme‘ Aufsätze, die auf Bentz‘ ausgeblendete Rolle in der NS-Zeit verwiesen und diesen als ‚Ölbeauftragten Görings‘ sowie „Ötplünderer vom Balkan“ bezeichneten, der nun wieder eine „Ölkonferenz“ leite.³¹⁸ Den Hintergrund bildete eine von Bentz im September 1947 organisierte Erdöltagung in Hannover, „die die gesamte an den geologischen Disziplinen interessierte Wissenschaft und Praxis“ erstmals nach dem Krieg wieder zu einer Großveranstaltung zusammenführte.³¹⁹ Die polemischen, im Kern aber keineswegs unbegründeten Vorwürfe wischte Bentz selbstsicher vom Tisch. Dabei zeigte sich nicht nur, dass das Tischtuch zwischen Ostberlin und Hannover zerschnitten war, sondern auch, dass Bentz im konservativen, antikommunistischen Fahrwasser schwamm. So teilte er dem Überbringer der Nachricht mit, dass der gegen ihn, Bentz, gerichtete Angriff „in der früheren Zentrale der Geologischen Landesanstalt in Berlin ausgeheckt“ worden sei. Der dortige Präsident Lange sei „ein Kommunist reinsten Wassers“ und habe „von Geologie keinen Schimmer“. Da er, Bentz, „aber ganz allgemein als Anwarter auf einen solchen Posten genannt“ sei, fürchte Lange „für sein Pöstchen“ und habe „also allen Grund“ Bentz „wenigsten politisch zu erledigen, weil er fachlich natürlich nichts gegen“ ihn unternehmen könne. Ebenso seien Bentz „die Kreaturen bekannt, die als Zwischenträger“ fungieren würden. „Die ganze Sache sollte als Bombe die Erdöltagung in Hannover sprengen“ und sei „groß aufgemacht in der Berliner SED-Presse“ erschienen. Ganz „folgsam“ habe „natürlich die

Zweigstelle Wien, 1942, S. 219; Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY): Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, NAW, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File). RG 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora); Pfeffer/Görz, Arbeiten (1968), S. 80; Harrach, Nachruf auf Schönhals (1993), S. 103 f.

318 Vgl. Fritz Evers (Deutsche Shell Aktiengesellschaft, Hamburg) an Bentz mit anliegendem anonymem Schreiben von 13.9.1947 mit Zeitungszitaten, 25.9.1947, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20184–20186, unnp.

319 Schultze, Nachruf Bentz (1965), S. 248. Die Ergebnisse dieser Tagung finden sich in Bentz (Hg.), Erdöl (1949).

kommunistische Hannoversche Volksstimme den Feldzug“ übernommen, denn das „Pamphlet“ würde aus „dieser Hexenküche“ stammen.³²⁰

Andererseits ist aber auch hervorzuheben, dass es Bentz verstand, alte Keppler-nahe Führungskader des RfB aus dem Gesamtverbund der Geologischen Landesanstalten herauszuhalten. Dies galt etwa für Ludger Funder (NSDAP 1935, SA), der 1939 zusammen mit Keppler ins RfB gekommen war und dort das Hauptreferat I (Untersuchungs- und Bohrbetriebe) geleitet hatte.³²¹ Am Ende des Krieges verfügte das RfB noch über erhebliche Werte in Form von Grubenbesitz und Bergbaugerät, die von der Abteilung Funders verwaltet worden waren. Da sich das RfB in Hannover/Celle nur noch auf „reine Forschungsarbeiten und praktische Beratung beschränken“ wollte, kam eine Übernahme der Gruben und Geräte für Bentz nicht in Betracht. Deswegen stellte er dem Oberpräsidium der Nördlichen Rheinprovinz „als Treuhänder für das Reichsvermögen“ anheim, „diese Geschäfte abzuwickeln“ und sich zu diesem Zweck Funders zu bedienen.³²² Durch diese ‚Auslagerung‘ entledigte

320 Alfred Bentz an Fritz Evers (Hamburg), 20.12.1947, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20184–20186, unp.

321 Zu Funder (geb. 1899, Absolvent Bergschule Bochum, Selbststudium, Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg, Reifezeugnis der Staatlichen Prüfungskommission Halle, 1929–1933 Studium Bergwesen Bergakademie Clausthal, 1933 Dipl.-Berging., 1934 Assistent Bergakademie Clausthal, Ende 1936 Büro Keppler, Erforschung des deutschen Bodens, 1939 Promotion, 1939–1945 RfB, 1949–1962 Berghauptmann in Bonn, 1963–1964 Berghauptmann Dortmund, 1964 Ruhestand, gest. 1975 – NSDAP 1935, zu dem SA, NSV) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wiss. Angestellten Dr. Ing. Funder zum Oberregierungsrat, ohne Datum (1940), BArch Berlin, R 2, Nr. 21365, unp.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/10090432, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1009, Karte 432; Heide, *Bergleute* (2023), S. 149; Ackermann, *Kabinettsprotokolle* (1997), S. 224; de la Sauce/Schorn/Schrödter, *Jahrbuch* (1954), S. 816.

322 Funder wurde von den Oberpräsidenten von Westfalen und der Nördlichen Rheinprovinz mit der Abwicklung seines früheren Referats und der Wahrung der Interessen an dem früheren Eigentum des RfB, soweit es sich in den beiden Provinzen befand, beauftragt und führte diese Aufgabe auch nach der Schaffung des Landes NRW fort. 1949 wurde er zum Berghauptmann im Oberbergamt Bonn ernannt. Dahlgrün (Geologisches Landesamt Hannover) an den Oberpräsidenten der Nördlichen Rheinprovinz (Düsseldorf), 17.10.1945, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unp.; Bentz (RfB Celle) an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen (Münster), 4.2.1946, ebd., unp.; Hans Joachim Martini (RfB Zweigstelle Düsseldorf) an Landesoberbaurat Prager (Landesplanungsgemeinschaft, Düsseldorf), 24.6.1946, ebd., unp.; Bentz (RfB Celle) an RfB (Düsseldorf), 20.2.1948, ebd., unp.

sich Hannover auf elegante Weise Funders und seiner Abteilung, die vor allem in der Endphase des Krieges auch für den Einsatz von Zwangsarbeitern in RfB-eigenen Grubenbetrieben verantwortlich gewesen war.³²³

Im Gegensatz dazu machte sich Bentz aber auch für die Einstellung von Opfern der NS-Vernichtungspolitik stark. Bereits während des Krieges hatte er sich für den jüdischen Erdölgeologen August Moos eingesetzt, der auf „Intervention“ von Bentz zunächst bei der Preußischen Bergwerks AG (Preussag) und dann bei der Gewerkschaft Elwerath untergekommen war. Letztere hatte Moos nach Agram in Jugoslawien geschickt, wo er zunächst ungestört hatte arbeiten können. Allerdings wurden er und seine Familie 1944 von der SS verhaftet.³²⁴ Die Familie war daraufhin in das KZ Bergen-Belsen verschleppt worden, wo Marie Moos, die Mutter von August, verstarb. August Moos wurde im Dezember 1944 nach Buchenwald verlegt und dort noch im selben Monat ermordet. Seine Frau Beata und die beiden Kinder überlebten, allerdings starb ihr Sohn Walter im November 1945 mit 15 Jahren an den Folgen des Lageraufenthalts. Beata Moos erhielt durch Vermittlung von Bentz im Oktober 1945 eine Stelle in der Bücherei des RfB in Hannover, in der sie bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1967 arbeitete.³²⁵

Doch zurück zu den beiden neuen Zweigstellen Düsseldorf und Lünen/Bochum. Wie bereits erwähnt, hoffte Bentz, den noch in Berlin sitzenden Ahrens für die Nord-Rheinprovinz zu gewinnen. Da dieser jedoch krankheitsbedingt absagte und meinte, Barsch in Berlin nicht im Stich lassen zu wollen, sollte Hans Joachim Martini (NSDAP 1937, SS 1943) vorübergehend mit dem Aufbau der Zweigstelle in Düsseldorf betraut werden.³²⁶ Martini war in den folgenden Monaten mit der Organisation der neuen Zweigstelle Düsseldorf befasst, bevor Wilhelm Kegel, der nach seiner Entlassung in Berlin in den Westen übergesiedelt war, Anfang Februar 1947 ihre Leitung übernahm.³²⁷ Die beiden neuen

323 Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

324 Vgl. Kölbl-Ebert, German petroleum geologists (2018), S. 392 f., 395–403; Alfred Bentz (Celle): Supplement to my questionnaire, S. 10, 11.2.1946, NAL, FO 1039/496, unpag.

325 Vgl. Hoppe/Hoppe, Geowissenschaftler (2018), S. 76, 80–83; Alfred Bentz an Walter Kranz, 1.1.1947, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 19340-19349, unpag.

326 Vgl. Bentz (RfB Celle) an Wilhelm Ahrens (DGLA Berlin), 31.1.1946 u. 23.2.1946, BArch Koblenz, B 76, Nr. 93, unpag.; Ahrens (Berlin) an Bentz (Celle), 13.2.1946 u. 18.5.1946, ebd., unpag.

327 Vgl. Karrenberg, Staatsdienst (1974), S. 124; Bentz an Wilhelm Wolff

Zweigstellen hatten ihren Betrieb aber schon im April 1946 aufgenommen, womit Bentz im Hinblick auf den Ausbau neuer Strukturen im Westen „ein gutes Stück vorangekommen“ war. Vor diesem Hintergrund zeigte sich Barsch in Berlin überzeugt, dass Bentz bald „auch die letzte [im britischen Besatzungsgebiet gelegene] Provinz Schleswig-Holstein (...) unterstellt“ werde.³²⁸

Ende Mai 1946 brachte Bentz zum Ausdruck, dass er „in Hannover eine Geologische Landesanstalt aufgezogen“ habe, „die zunächst für Hannover, Westfalen und [die] Rheinlande arbeite“, aber „demnächst wohl für die ganze britische Zone zuständig sein“ werde. Am schnellsten sei „die Wiedereinsetzung der geologischen Abteilung“ in Celle gelungen, „da die Engländer auf die Fortführung der Ölbohrungen und Ölproduktion allergrößten Wert legen“ und die Anstalt „daher in dieser Hinsicht sehr gut unterstützen“ würden. Aber auch die Geophysik sei inzwischen „wieder ganz befriedigend angelaufen“. Zwar habe das Reichsamt seine Apparaturen zum großen Teil verloren, aber es verzichte „unter den heutigen ungeheuren organisatorischen Schwierigkeiten gern darauf, selbst Messungen vorzunehmen“ und überlasse dies lieber der dafür besser geeigneten Privatindustrie.³²⁹ Die „Bearbeitung aller geologischen Fragen für die gesamte britische Zone“ sei in Hannover zentralisiert worden, da es nach den Worten von Bentz nicht möglich war, „für jede Provinz die entsprechenden Spezialisten, z. B. für Geophysik, Erdöl usw., zur Verfügung zu stellen und die für eine moderne geologische Bearbeitung unumgänglich notwendigen chemischen und geophysikalischen Laboratorien ebenfalls nicht in jeder Provinz“ errichtet werden könnten. Er versicherte den Landesregierungen jedoch, die praktischen Arbeiten in engster Zusammenarbeit mit den örtlichen Verwaltungsbehörden durchzuführen.³³⁰

(Leutkirch, Allgäu), 15.4.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.; Bentz an Gotthard Fliegel (Rellingen, Holstein), 15.4.1946, ebd., unpag.; Bentz an Hans Joachim Martini (Bockenem, Harz), 6.5.1946, ebd., unpag.; Bentz an Ahrens (Berlin), 7.5.1946, ebd., unpag.; Bentz an Landesoberbaurat Prager (Düsseldorf), 29.1.1947, ebd., unpag.; Bentz an Zweigstelle Düsseldorf des Geologischen Landesamtes, 29.1.1947, ebd., unpag.

328 Otto Barsch (Berlin) an Bentz, 17.5.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unpag.

329 Bentz an Dipl. Ing. F. Kaselitz (Stiege, Harz), 31.5.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.

330 Bentz (Celle) an Landesoberbaurat Dr. Prager (Düsseldorf), 28.5.1946, ebd., unpag. Zur Arbeitsteilung der beiden Zweigstellen Düsseldorf und Lünen/

Hinter diesen nach außen gerichteten Bekundungen stand jedoch Kalkül, denn wie Bentz intern zugab, war praktisch noch nichts Wesentliches geschehen, „da bisher immer nur Vorbesprechungen waren und die wirkliche Arbeit noch nicht begonnen“ hatte. Auch der Arbeitsplan für Düsseldorf war zunächst „mehr als ein Aushängeschild nach außen gedacht“, „indem allen anderen Stellen gegenüber gewisse Ansprüche festgelegt wurden“. Für die interne Arbeitsverteilung war der Arbeitsplan „keineswegs bindend“, da Bentz „nur sehr rasch die Namen einiger Herren als Bearbeiter“ eingesetzt hatte, „um nach außen zu zeigen, dass genügend Fachkräfte vorhanden“ seien.³³¹ Tatsächlich hatte Bentz inzwischen auch mit dem Ausbau der Landesanstalt in Hannover „erhebliche Schwierigkeiten bekommen“, so dass auch die dortigen „Arbeiten nicht mit der gewünschten Beschleunigung durchgeführt werden konnten“. Schuld daran war der britische Besatzungsoffizier Gunther, dessen „Oilfields Investigation“ viel deutsches Personal band und auch den Haushalt der Anstalt belastete. Es sei „jetzt so weit gekommen, dass nicht weniger als 4 Geologen und 8 Zeichner ausschließlich an“ Gunthers Aufträgen saßen „und außerdem verschiedene andere Herren gelegentlich auch noch zusätzlich herangezogen“ würden. Unter diesen Umständen sei es selbstverständlich, dass die eigentlichen Aufgaben des Amtes „mehr und mehr ins Hintertreffen“ gerieten. Hinzu käme, dass die von einem „Survey-Team“ der Briten in Bonn beschäftigte Geologengruppe um Hans-Rudolf von Gaertner (NSDAP 1937, SA 1933–1934)³³², bei der einige ehemalige Mitglieder des alten RfB

Bochum vgl. Herbert Karrenberg (RfB, Zweigstelle Düsseldorf) an Bentz (RfB, Celle), 13.7.1946, ebd., unpag. Siehe auch Arbeitsplan 1946–47 vermutlich der Zweigstelle Düsseldorf, 1.8.1946, ebd., unpag.; Landesoberbaurat Prager (Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz, Landesplanungsbehörde) an Bentz (RfB Celle), 3.8.1946, ebd., unpag.

331 Bentz (Celle) an Ahrens (Berlin), 7.10.1946, ebd., unpag.

332 Zu von Gaertner (geb. 1906, 1925 Abitur, 1925–1929 Studium der Naturwissenschaften in Göttingen und Graz, 1929 Promotion und Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Göttingen, 1929–1930 Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Freiburg, 1930 Geologe auf Probe PGLA, 1932 apl. Geologe PGLA, 1937 Habilitation, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1939 Militärdienst, Wehrgeologe, 1945–1951 wiss. Angestellter Amt für Bodenforschung Hannover, 1951 Landesgeologe, 1952 Oberlandesgeologe, 1959 Oberregierungsgeologe, Direktor und Professor bei der Bundesanstalt für Bodenforschung Hannover, Dozent Universität Hamburg, 1971 Ruhestand, gest. 1982 – 1923–1933 Scharnhorst“ Bund Deutscher Jungmannen,

beschäftigt gewesen waren, aufgelöst wurde. Bentz hatte gehofft, aus diesem Kreis einige Mitarbeiter zu übernehmen. Anstatt die Leute fest anzustellen, war es nach den Worten von Bentz nur möglich, „sie über Reisekostenfonds mit Einzelaufträgen“ zu beschäftigen.³³³

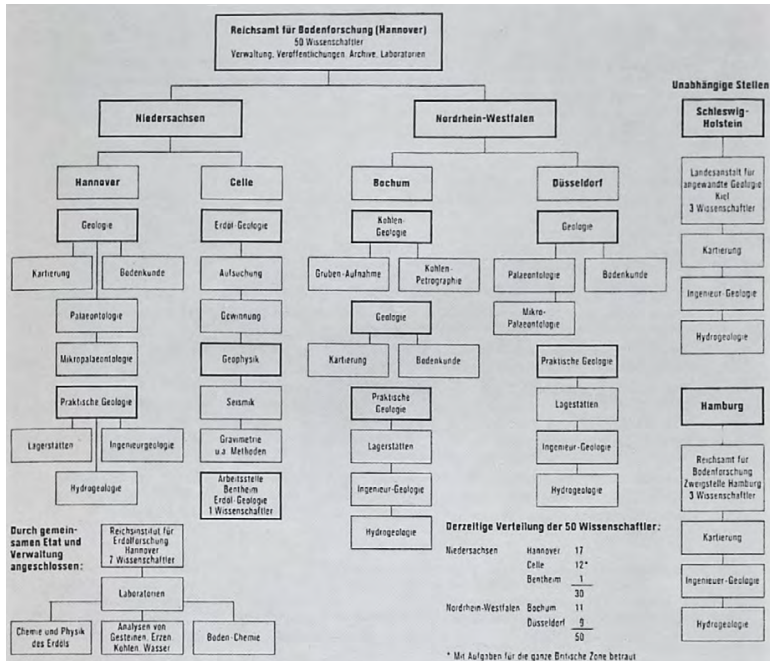


Abb. 13: Organisation der staatlichen Bodenforschung in der britischen Besatzungszone im Oktober 1947.

Untergauführer, „Wehrwolf“ Bund Deutscher Männer, „Gruppenführer, 1937 NSDAP, 1933–1934 SA, zudem NSV, RDB, RKB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. v. Gaertner zum Bezirksgeologen, 29.4.1940, BArch, R 601, Nr. 2086, Bl. 401f; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/10191639, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1019, Karte 1639; von v. Gaertner ausgefüllter Fragebogen des Niedersächsischen Ministers für die Entnazifizierung zur politischen Überprüfung v. Gaertners, 7.8.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 87068, Bl. 3 f; von v. Gaertner ausgefüllter Melde- und Personalbogen, 7.9.1953, ebd., unp.; Bundesministerium für Wirtschaft (Bonn) an Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr (Hannover), 29.2.1959, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 87067, Bl. 72; Carlé, Stammbaum (1988), S. 396–418.

333 Bentz an Hans Cloos (Bonn), 10.10.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unp.

Die Schaffung des Landes Nordrhein-Westfalen machte im Februar 1947 eine organisatorische Zusammenfassung der in Düsseldorf und Lünen gelegenen Zweigstellen des Geologischen Landesamtes Hannover erforderlich. Aus diesem Grund wurde die regionale Zuständigkeit der Zweigstelle Düsseldorf auf NRW ausgedehnt, wohingegen die Zweigstelle Lünen fortan als Außenstelle Düsseldorfs betrachtet wurde.³³⁴ Darüber hinaus wurden zwei weitere Arbeitsstellen in Herne (Leitung: Robert Potonié)³³⁵ und in Liblar (Leitung: Paul W. Thomson)³³⁶ eingerichtet, die sich mit kohlenpetrographischen und mikropaläontologischen Fragen im dortigen Braunkohlenrevier befassten.³³⁷ Potonié hatte bereits zum alten Mitarbeiterstamm der RfB gehört. Dagegen hatte der Paläobotaniker Thomson bis 1945 als Hochschullehrer in Königsberg und Posen gewirkt und während des Zweiten Weltkrieges als Mitglied des so genannten „Einsatzstabs Reichsleiter Rosenberg“ (ERR) hunderttausende von Büchern in den besetzten Ostgebieten geraubt.³³⁸

Beim Ausbau der geologischen Länderforschung war Bentz darum bemüht, etwaige Verselbständigungstendenzen der von ihm weiterhin als Zweigstellen betrachteten NRW-Standorte zu verhindern. Dies zeigte sich beispielsweise in der Frage der Bezeichnung des Amtes in Hannover. Gunther hatte zwar „zunächst aus eigener Machtvollkommenheit die Führung des Namens ‚Geologisches Landesamt‘ angeordnet“, musste diese Anweisung aber auf Grund des Einspruches deutscher Verwaltungsstellen wieder zurücknehmen. Aus diesem Grund firmierte die von Bentz geleitete Behörde Mitte 1947 noch immer unter der Bezeichnung ‚Reichsamt für Bodenforschung Hannover‘. Da sich Kegels Dienststelle in Düsseldorf nun „Geologisches Landesamt für Nordrhein-Westfalen“ nannte, hatte Bentz Sorge, dass dadurch der

334 Bentz (RfB Hannover) an Wilhelm Kegel u. Alfred Stahl, 20.2.1947, ebd., unp.

335 Zu Potonié s.o., S. 24 (Anm. 46).

336 Zu Thomson (1892 - 1957) vgl. Geologisches Jahrbuch 75 (1959), S. XI-XXII.

337 Vgl. Karrenberg, Staatsdienst (1974), S. 124 f.

338 Zum ERR, unter dem Reichsleiter und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, vgl. Piper, Alfred Rosenberg (2007), S. 486–508. Zur Rolle Thomsons vgl. Gutsuk, Einsatzstab (2013), S. 53 f., 58, 61, 70, 76 f., 178 f.; Hochschullehrerkartei des RMWEV betr. Paul William Thomson, BArch Berlin, R 4910, Nr. 13278, Bl. 9675; Eintrag Paul William Thomson, in: Kieler Gelehrtenverzeichnis (<https://cau.gelehrtenverzeichnis.de/person/efd7cf6a-c7fd-6993-97e9-d4c6062642f?lang=de>, eingesehen am 18.11.2024).

Eindruck entstand, in NRW bestehe ein selbständiges Geologisches Amt. Dies, so ließ er Kegel wissen, sei schlecht mit den Bestrebungen zu vereinbaren, „für die britische Zone eine Zusammenfassung der geologischen Forschung zu erreichen“. Folglich bekam Kegel zu hören, dass es Hannover „nicht für angängig“ halte, „dass eine Zweigstelle unseres Amtes den Namen ‚Geologisches Landesamt‘ führe, „so lange das Hauptamt noch den Namen ‚Reichsamt für Bodenforschung‘ trage. Abgesehen davon müsse der Zusammenhang der „Zweigstelle“ Düsseldorf „mit dem Hauptamt auch im Briefkopf“ seinen Ausdruck finden, so wie bei der Dienststelle in Bochum, die nur die Bezeichnung ‚Reichsamt für Bodenforschung, Arbeitsstelle Westfalen‘ anwende.³³⁹

Nachdem die amerikanische und die britische Besatzungszone zum 1. Januar 1947 „zu einem Vereinigten Wirtschaftsgebiet, der so genannten Bizone“, zusammengefasst worden waren³⁴⁰, standen vergleichbare „bizonale Pläne“ auch auf der Agenda der westdeutschen Geologen.³⁴¹ Die Grundlage dafür bildete eine von Bentz ausgearbeitete Denkschrift, in der er für die Schaffung eines bizonalen Zentralamtes in Hannover plädierte.³⁴² Der von den Amerikanern und Briten als Entscheidungsinstanz angerufene Verwaltungsrat für Wirtschaft in Minden (später in Frankfurt am Main)³⁴³ berief daraufhin einen Ausschuss der Leiter der Geologischen Landesanstalten unter Vorsitz von Bentz ein, der zur Beratung der Vorschläge im März 1947 in Wiesbaden zusammentrat. Zwar führten die „Wiesbadener Vorschläge“ zu einem Entwurf für eine Geschäftsordnung eines „Verbandes der

339 Henning Koch von Hernhausen (RfB Celle) an Wilhelm Kegel (RfB Zweigstelle NRW, Düsseldorf), 10.7.1947, ebd., unpag. Die Bezeichnung „Reichsamt für Bodenforschung“ in Hannover und seinen Außenstellen blieb bis zum Jahr 1950 bestehen, inoffiziell nutzte man aber auch davon abweichende Bezeichnungen. Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 69 f.

340 Conze, Suche (2009), S. 35.

341 Alfred Bentz (Celle) an Wilhelm Kegel (Düsseldorf), 12.6.1947, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag. Eine Einbeziehung der Geologischen Dienste in der französischen Zone in das von Bentz geplante Bizonale Zentralamt war zunächst nicht vorgesehen, da die Kontakte nach Süddeutschland „nur spärlich waren“. Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 68 (Anm. 2). Dort S. 71 auch der Hinweis, dass von Bentz 1946 unternommene Versuche, die geologischen Landesdienste in der britischen Zone und in der britischen und amerikanischen Zone zusammenzufassen, gescheitert seien.

342 Die Denkschrift findet sich in ebd., S. 72.

343 Zum Verwaltungsrat für Wirtschaft vgl. Löffler, Strukturen (2016), S. 134.

deutschen Geologischen Landesanstalten im amerikanischen und britischen Besatzungsgebiet“, die auch Vorschläge zur wissenschaftlichen Zusammenfassung der Geologischen Dienste enthielten, es gelang jedoch nicht, mit Hamburg und Schleswig-Holstein zu einer Einigung zu gelangen.³⁴⁴ Auch die süddeutschen Länder waren gegen diesen Plan, denn wie Franz Kirchheimer (Freiburg) feststellte, sollte „diese Geschäftsordnung die Hegemonie“ des Reichsamtes in Hannover festlegen und die Vorstufe für ein Bundesamt für Bodenforschung bilden.³⁴⁵

Nach diesem Rückschlag versuchte Bentz, „zuerst einmal eine Bereinigung und Vereinheitlichung auf der Basis eines einheitlichen Amtes für die britische Zone“ zu erreichen, was sich aber als ebenso schwierig erwies. Während er davon ausging, dass „der Anschluss von Hamburg (...) ohne Schwierigkeiten zu erreichen“ sei, leistete Schleswig-Holstein, das im März 1947 in Kiel eine eigene Landesanstalt für Angewandte Geologie unter Leitung von Herbert-Lothar Heck (SA 1933) eingerichtet hatte³⁴⁶, Widerstand gegen eine Vereinnahmung durch Hannover, was Bentz auf „rein personelle Gründe“ zurückführte. Allerdings meinte er, „Mittel und Wege zu haben, um eine Änderung der Haltung der Kieler Behörden auf dem Verhandlungswege herbeiführen zu können“.³⁴⁷ Aber auch hier sollte er sich täuschen, denn der mit Zustimmung des Verwaltungsrats für Wirtschaft im Juni 1947 erneut unternommene Versuch, ein „Deutsches Amt für Bodenforschung in der britischen Besatzungszone“

344 Vgl. Pfeiffer, Gemeinschaftsaufgaben (1988), S. 10. Der Grund dafür war, dass die ‚Wiesbadener Vorschläge‘ u.a. vorsahen, die recht kleinen Landesämter in Hamburg und Kiel zusammenzufassen und Hamburg zum „Vorort“ zu erheben, während Kiel als Außenstelle Hamburgs fungieren sollte. Der Vertreter Schleswig-Holsteins sprach sich gegen diese Pläne aus. Dazu, zu weiteren Gründen für das Scheitern der Verhandlungen von 1947 (Vorbehalte der Länder der amerikanischen Zone, Verschiedenartigkeit der Haushaltsführungen in der amerikanischen und britischen Zone), sowie zum Wortlaut des Entwurfs der Geschäftsordnung vgl. Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 73, 84–86. Vgl. auch Homilius, Direktorenkreis (1998), S. 163.

345 Kirchheimer (Geologisches Landesamt in Baden-Württemberg) an Ahrens (Direktor des Geologischen Landesamtes NRW, Krefeld), 15.4.1957, LA NRW, Abt. Rheinland Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unpag.

346 Vgl. Weiser, Entwicklung (1974), Tafel Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter; Neumann-Mahlkau, Dienste (1998), S. 12 f.; Stremme, Geschichte (1974), S. 135; Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 86.

347 Alfred Bentz (Celle) an Wilhelm Kegel (Düsseldorf), 12.6.1947, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.

aufzubauen, das als Vorstufe für die Errichtung eines Geologischen Dienstes in allen Westzonen gelten sollte, lief ebenso ins Leere.³⁴⁸

Obwohl ein weiterer Vorstoß von Bentz im April 1948³⁴⁹ am Widerstand der süddeutschen Länder scheiterte, signalisierten sie, dass Arbeiten auf dem Gebiet der Geophysik, Erdölgeologie, Mikropaläontologie, Pollenanalyse, Kohlengeologie, Sedimentpetrographie, des Veröffentlichungswesens, des Schriftentauschs, des Bibliotheks- und Archivwesens und der Förderung der internationalen Zusammenarbeit nur in Gemeinschaft zu lösen seien. Dieser Konsens bildete die Grundlage für die „Höchster Vereinbarungen“ vom 1. Juni 1948, in denen die Geologischen Landesämter der Bizone dem Amt in Hannover überregionale Aufgaben als „Deutsches Geologisches Forschungsinstitut der geologischen Landesämter des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ übertrugen.³⁵⁰ Allerdings erwies sich diese Vereinbarung in

348 Vgl. Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 73.

349 Hier ging es vermutlich um die Errichtung „einer geologischen Zentralins-tanz des Bundes (...), deren Aufgabe die Grundlagenforschung, die Ausarbeitung von Arbeitsmethoden, die Feststellung des großen Arbeitsplanes für den gesamten geologischen Dienst im Bundesgebiet und die Bearbeitung gewisser Sondergebiete (u.a. der Geophysik) sein sollten, während die haus-haltsrechtlich im Landesetat fundamentierten geologischen Landesämter sich im Rahmen der angewandten Geologie mit den die einzelnen Länder betreffenden Fragen montangeologischer, hydrogeologischer, bodenkund-licher und landesplanerischer Art befassen sollten“. Vermerk von Ministe-rialdirektor Carl Ewers (Abt. C II 1, Wirtschaftsministerium, Düsseldorf) betr. Einrichtung des geologischen Dienstes im Land Nordrhein-Westfalen, 17.7.1949, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 4, unp.

350 Genau genommen sah die Höchster Vereinbarung vor, dass die o.g. Ge-meinschaftsarbeiten dem Deutschen Geologischen Forschungsinstitut der Geologischen Landesämter übertragen und dessen Arbeit von der Direkto-ren-Konferenz der Geologischen Landesämter gesteuert werden sollte. Das neue Forschungsinstitut sollte aus den entsprechenden Abteilungen des in Hannover bestehenden Reichsamtes für Bodenforschung gebildet werden. Ebd., S. 74, 87; Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Boden-forschung und ihre Bedeutung (S. 14), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unp. Im Frühjahr 1948 hatte sich die Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute an Geologen der Landesanstalten und Hochschulen gewandt, um einen Lagerstättenausschuss ins Leben zu rufen. Für die Leitung des Ausschusses war der Freiburger Mineraloge Hans Schneiderhöhn vorgesehen, der jedoch „wegen Arbeitsüberlastung“ abgesagt und Wilhelm Kegel vorgeschlagen hatte. Dieser erblickte in dem Ausschuss, in dem vor allem staatliche Geologen mitarbeiten sollten, die

der vorgesehenen Form als nicht durchführbar, denn die Einrichtung eines von der Verwaltung für Wirtschaft in Frankfurt am Main getragenen Forschungsinstituts lag nicht im Interesse der süddeutschen Länder, die Eingriffe in ihre kulturpolitischen Entscheidungen durch die Frankfurter Zentrale befürchteten. Unabhängig davon bestand jedoch allgemeine Zustimmung über die Notwendigkeit länderübergreifender Forschungstätigkeit, die wenige Jahre später in abgewandelter Form Kontur annahm.³⁵¹ Die dafür notwendigen finanziellen Mittel (672.000 DM) wurden aber im Rahmen der Ende März 1949, zwei Monate vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland vereinbarten Gemeinschaftsfinanzierung der westdeutschen Länder („Königsteiner Beschlüsse“), zur Verfügung gestellt.³⁵²

Durch die ‚Höchster Vereinbarungen‘ und die ‚Königsteiner Beschlüsse‘ erhielt das ‚Reichsamt für Bodenforschung‘ in Hannover die zur Erfüllung der überregionalen Forschungsaufgaben notwendigen Mittel. Eine Ausnahme bildete jedoch das Bibliotheks- und Archivwesen, denn die bei Kriegsende nach Heringen ausgelagerten Buch- und Aktenbestände des ‚alten‘ RfB wurden weiterhin vom Hessischen Landesamt für Bodenforschung in Wiesbaden verwaltet.³⁵³

Chance, „das Zusammengehörigkeitsgefühl“ unter den Geologischen Landesämtern zu stärken. Der Vertreter der Ost-Berliner Geologischen Landesanstalt Lange hatte eine Mitarbeit abgelehnt. Wilhelm Kegel (Geologisches Landesamt für Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf) an Bentz (Celle), 12.3.1948, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unp.

351 Vgl. Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 74; Hahn, Gemeinschaftsaufgaben (1988), S. 40–45.

352 Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (S. 14), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unp. Der Wortlaut des „Staatsabkommens der Länder der Bundesrepublik Deutschland über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen“ (Königsteiner Staatsabkommen) vom 31.3.1949, durch das sich die bundesdeutschen Länder verpflichteten, für überregional bedeutsame wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, „deren Zuschussbedarf die finanzielle Leitungskraft eines einzelnen Landes“ überstieg, „die zur Erfüllung der Forschungsaufgaben erforderlichen Mittel“ gemeinsam aufzubringen, findet sich in Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 88; Vermerk von Ministerialdirektor Carl Ewers (Abt. C II 1, Wirtschaftsministerium, Düsseldorf) betr. Einrichtung des geologischen Dienstes im Land Nordrhein-Westfalen, 17.7.1949, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 4, unp.

353 Vgl. Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 74.



Abb. 14: Alfred Bentz, 1945 bis 1951 Direktor des Reichsamtes für Bodenforschung Hannover, 1951 bis 1959 Präsident des Amtes für Bodenforschung in Hannover und ab 1959 Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung Hannover.

Bentz war mit diesem ‚Ansatz zu einer überregionalen Lösung‘ sicher nur teilweise zufrieden, denn abgesehen von diesem länderübergreifenden Minimalkonsens nahm „nun jedes Landesamt seine Sonderentwicklung“ (Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Schleswig-Holstein).³⁵⁴ Dagegen hatten die Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen³⁵⁵ eine gemeinsame Institution mit Dienststellen in allen drei Ländern geschaffen. Im Jahr 1949

354 Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (S. 14), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unp. Anlässlich der Direktoren-Konferenz am 13.4.1949 in Höchst wurde nochmals versucht, eine zentrale geologische Organisation zu schaffen. Allerdings lehnten sämtliche Länder mit Ausnahme von Niedersachsen, NRW und Bremen diesen Plan ab, indem sie betonten, dass sie „die koordinierende Tätigkeit der Direktoren-Konferenz für ausreichend“ hielten. Vermerk von Ministerialdirektor Carl Ewers (Abt. C II 1, Wirtschaftsministerium, Düsseldorf) betr. Einrichtung des geologischen Dienstes im Land Nordrhein-Westfalen, 17.7.1949, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 4, unp.

355 In Bremen war 1948 eine Außenstelle des ‚Reichsamtes für Bodenforschung‘ Hannover eingerichtet worden, die Theodor Weverinck unterstellt

gliederte sich das Reichsamt für Bodenforschung in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in folgende Zweigstellen:

Gesamtleitung	Alfred Bentz (Hannover)
Vertreter	Wilhelm Ahrens (Düsseldorf)
Niedersachsen: Reichsamt für Bodenforschung, Hannover, außerdem eine Zweigstelle in Celle	
Leiter	Alfred Bentz (Hannover)
Vertreter	Paul Woldstedt (Hannover)
Nordrhein-Westfalen: Geologisches Landesamt, Zweigstelle Düsseldorf	
Leiter	Wilhelm Ahrens
Vertreter	Ministerialrat Alfred Stahl

Das Reichsamt für Bodenforschung in Hannover/Celle untergliederte sich 1949 in folgende Abteilungen:

Abteilung I	Arbeiten im Gebirgslande (einschl. Paläontologie)	Gerhard Richter-Bernburg
Abteilung II	Arbeiten im Flachlande und Bodenkunde	Paul Woldstedt
Abteilung III	Angewandte Geologie (Lagerstätten, Wasser, Baugrund)	Hans Joachim Martini
Abteilung IV	Erdöl	Alfred Bentz
	Außenstelle Bentheim	Herbert Lötgers
Abteilung V	Geophysik	Hans Closs
Verwaltung		Henning Koch v. Hernhausen
Sonderreferat	Veröffentlichungen	Hans-Rudolf von Gaertner
Sonderreferat	Sammlungen	Curt Dietz
Sonderreferat	Bibliothek	Beata Moos

war. Vgl. Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (S. 25), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unp.

Die Aufgaben des Amtes Hannover/Celle entsprachen denen des ‚alten‘ RfB und erstreckten sich insbesondere auf geologische, lagerstättenkundliche, hydrologische und bodenkundliche Aufnahmen als wissenschaftliche Grundlage für die praktische Tätigkeit. Dazu zählten die Beratung des Bergbaues, der Land- und Forstwirtschaft und der Politik, Fragen der Rohstoffbeschaffung und der Grundwasserbewirtschaftung. Neben der Wiederaufnahme der geologischen Kartierung befassten sich die Geologen mit der Erstellung von Gutachten über Baugrundfragen, die im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der zerstörten Städte ebenso wichtig waren wie wissenschaftliche Stellungnahmen zu Problemen der Wasserversorgung. Da die Region Hannover von jeher das Zentrum der deutschen Erdölproduktion gewesen war, spielte dieser maßgeblich von Bentz bestimmte Bereich auch im neuen Amt eine zentrale Rolle. So wurde Bentz von der britischen Militärregierung nicht nur mit der Erstellung von Jahresbohrprogrammen beauftragt, er ließ auch die alten Beziehungen zur Erdölindustrie nicht abreißen und knüpfte nahtlos an die bis 1945 übliche Praxis der periodischen Austauschsitzen an, in denen sich Wissenschaft, Staat und Industrie über die anstehenden Bohrprojekte verständigten. Bis 1948 wurden auch die letzten noch im Rahmen des Reichsbohrprogramms aufgenommenen Erdölbohrungen eingestellt. Auf dem Gebiet der Geophysik widmete man sich nicht nur der Entwicklung und dem Bau von elektrischen Messgeräten und reflexionsseismischen Apparaturen, sondern führte selbst gravimetrische und seismische Untersuchungen im Gelände durch. Darüber hinaus wurden die Firmen Seismos und Prakla mit der Durchführung von Messungen beauftragt.³⁵⁶

Infolge des Bestrebens, möglichst viele Geologen des ehemaligen Reichsamtes für Bodenforschung nach Hannover zu holen, waren dort im Jahr der Gründung der Bundesrepublik vergleichsweise viele Wissenschaftler beschäftigt, die zumindest als formal belastet gelten mussten. Insgesamt verfügte das Amt Hannover/Celle zu diesem Zeitpunkt über 85 Mitarbeiter, von den 32 Wissenschaftler und 54 Verwaltungsangestellte und Arbeiter waren.

356 Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. XLIII–LII.

Tabelle 9: Im Reichsamt für Bodenforschung Hannover/Celle um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften).³⁵⁷

Geologe	Mitgliedschaft
Alfred Bentz	NSV, RDB
Hans Closs	NSDAP (1940), SA (1934–1936), NSKK, NSV, DAF
Wilhelm Dienemann	NSDAP (1937), SA (1933), NSV, RDB, RKB
Curt Dietz	NSDAP (1937), SA (1934)
Wolfgang Fricke	SA
Hans-Rudolf von Gaertner	NSDAP (1937), SA (1933–1934), NSV, RDB, RKB
Hans-Olaf Grahle	
Armin Graupner	NSDAP (1933), SA (1933), RDB
Franz Hallenbach	
Heinz Henrici	
Rudolf Herrmann	NSDAP (1937), SA (1933)
Heinrich Hiltermann	NSDAP (1937), SA (1933–1937)
Karl Hoffmann	NSDAP
Wilhelm Hollstein	Förderndes Mitglied der SS, DAF
Herbert Lögters	NSDAP (1937), SS (1933)
Erich Malzahn	NSDAP (1937), Studenten-SA (1933–1937)
Hans Joachim Martini	NSDAP (1937), SA (1934–1935), SS (1943), NSKK, NSV, RDB
Friedrich-Karl Mixius	NSDAP (1937), NSKK, NSV, DAF (beantragt)
Hans-Peter Mojen	NSDAP (1932)
Walter von zur Mühlen	SA (1933–1935)
Josef Niedermayer	NSDAP (1933), SA (1933–1937)
Friedrich Preul	
Gerhard Richter-Bernburg	NSDAP (1937), SA, NSV, RDB, RKB
Konrad Richter	SA (1933), NSKK
Wolfgang Richter	NSDAP (1937)
Otto Seitz	
Harras Schneider	NSDAP (1937)
Wolfgang Schott	NSDAP (1933), SA (1933–1935), NSV, RDB, NS-Soldatenbund, NS-Studenten-Kampfhilfe
Karl-Heinz Sindowski	
Rudolf Wager	
Theodor Waverinck	
Paul Woldstedt	

357 Nach ebd.; Alfred Bentz (RfB Hannover) an den Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr (Forschungsüberwachungsstelle, Hannover) mit anliegendem Organigramm des RfB Hannover/Celle, 6.4.1949, NHStA Hannover, Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 127, unp.

Was für Hannover im Hinblick auf die formale Belastung seiner Wissenschaftler gesagt wurde, galt ebenso für die im Geologischen Landesamt Nordrhein-Westfalen beschäftigten Geologen. Das Düsseldorfer Amt, die Arbeitsstellen in Bochum, Herne und Liblar gliederten sich 1949 wie folgt:

Leiter		Kegel, Ahrens
Stellvertreter	Zweigstelle Bochum	Alfred Stahl
Stellvertreter	Zweigstelle Liblar	Paul W. Thomson
Stellvertreter	Zweigstelle Herne	Robert Potonié
Abteilung I	Geologische Aufnahme	
	a) Gebirgsland	Wilhelm Kegel
	b) Flachland	Julius Hesemann
	c) Karbon	Alfred Stahl
Abteilung II	Lagerstätten	
	a) Steinkohle	Alfred Stahl
	b) Braunkohle	Herbert Karrenberg
	c) Erze	Julius Hesemann
	d) Nichterze, Steine und Erden, Labor. für Sedimentpetrogr.	Herbert Karrenberg
Abteilung III	Hydrogeologie	Herbert Karrenberg
Abteilung IV	Paläozoologie	Wolfgang Schmidt
Abteilung V	Kohlenpetrographie und Mikropaläontologie	Thomson, Potonié
Abteilung VI	Geophysik	Wilhelm Wolff
Abteilung VII	Bodenkunde	Ed. Mückenhausen

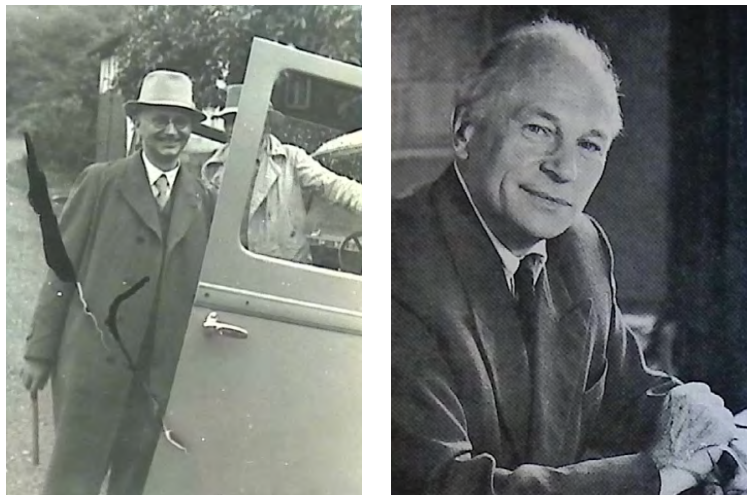


Abb. 15 und 16: links Wilhelm Kegel, Februar 1947 bis Januar 1949 Leiter der Zweigstelle Düsseldorf, rechts Wilhelm Ahrens ab Februar 1949 Nachfolger Kegels.

Auch das Geologische Landesamt Nordrhein-Westfalen setzte die Tätigkeiten des ehemaligen RfB im Bereich des Landes NRW fort. Darüber hinaus war es mit der Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben auf dem Gebiet der Kohlengeologie betraut, weshalb die Arbeitsstellen in Herne und Liblar eingerichtet worden waren. Im Jahr 1949 wurden im Amt 66 Mitarbeiter beschäftigt, unter ihnen 29 wissenschaftliche Kräfte sowie 37 Verwaltungsangestellte und Arbeiter.³⁵⁸

Tabelle 10: Im Geologischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Zweigstelle Düsseldorf sowie Arbeitsstellen Bochum, Herne und Liblar um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften).³⁵⁹

Geologe	Mitgliedschaft
Wilhelm Ahrens	NSV, RDB, RKB, NSBDT
Helmut Arnold	
Hans Bode	NSDAP (1933)
Arthur Ebert	Förderndes Mitglied der SS, NSV, RDB
Karl Fricke	

358 Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LII–LIX.

359 Ebd., S. LVIII.

Georg Herbst	
Julius Hesemann	NSDAP (1937), NSV, RDB
Werner Jessen	NSDAP (1937)
Herbert Karrenberg	NSDAP (1937), SA, NSV, RDB, RKB
Wilhelm Kegel	SA, NSV, RDB, RDK
Gerhard Otto Wilhelm Kremp	
Paul Michelau	
Eduard Mückenhausen	NSDAP (1937), NSKK, RKB
Ernst-Heinz Müller	
Edmund Picard	NSV, RDB, RKB
Andreas Pilger	NSDAP (1936), SS (1933), NSDDB, NSV
Robert Potonié	NSLB, NSV, RDB
Hans-Wilhelm Quitzow	NSDAP (1937), SA, NSV, RDB
Ulrich Rein	NSDAP (1933), NSKK
Wolfgang Schmidt	
Eckart Schröder	NSDAP (1930, 1933)
Erich Stach	NSDAP (1937), SS (1933)
Alfred Stahl	NSDAP (1937), NSV, RDB, NSBDT
Rolf Teichmüller	NSDAP (1937), SA, NSV, RKB
Marlies Teichmüller	
Paul William Thomson	NSKK, NSDDB, NS-Reichskriegerbund
Wilhelm Wolff	NSDAP (1933), NSV, NSKK (FM)
Richard Wolters	
Heinrich Wortmann	NSKK, NSV

Im Vergleich zu Hannover und Düsseldorf waren die Geologischen Institute in Hamburg und Kiel klein. Die ehemalige RfB-Zweigstelle in Hamburg war zunächst von den Zonenbehörden betreut worden, bevor das Zentralhaushaltsamt für die Britische Zone 1947 auf Anordnung der Militärregierung mitteilte, dass der „gebietsmäßig verwaltete Teil des Reichshaushaltes“ aufzulösen und auf die Länderhaushalte zu übertragen sei. Durch Beschluss des Senats der Hansestadt wurde die von Emil Koch (Abb. 17)³⁶⁰ geleitete RfB-Zweigstelle Hamburg als selbständige

360 Zu Koch (1886, 1906 Abitur, 1906–1911 Studium der Geographie, Geologie und Philologie in Greifswald, München, Marburg und Hamburg, 1911 Staatsprüfung, 1911–1913 Ausbildung für den höheren Schuldienst in Hamburg, gleichzeitig freiwilliger Hilfsarbeiter am Mineralogisch-Geologischen Staatsinstitut Hamburg, Bearbeitung des dortigen Bohrarchivs, 1913–1914 wissenschaftlicher Hilfslehrer, 1914–1924 Oberlehrer, 1923 Promotion, 1924–1928 Kustos im Geologischen Staatsinstitut Hamburg, 1928 Professor am Geologischen Staatsinstitut Hamburg, 1929 Habilitation für Geologie und Paläontologie, 1939 Leiter der Zweigstelle Hamburg der RfB, 1948 Leiter des neugeschaffenen Geologischen Landesamtes Hamburg, 1953 Ruhe-

wissenschaftliche Anstalt der Hochschulabteilung der Hamburger Schulbehörde unterstellt.³⁶¹ Im Jahr 1948 wurde das Institut in Geologisches Landesamt Hamburg umbenannt und umfasste mit Rudolf Günther Wilhelm Hallik und Wilhelm Georg Simon noch zwei weitere Geologen sowie fünf Verwaltungsangestellte. Während Koch schon zum alten Stamm der RfB gehört hatte, waren Hallik und Simon neu hinzugekommen.



Abb. 17: Emil Koch 1948 bis 1953 Leiter des Geologischen Landesamtes Hamburg.

Tabelle 11: Im Geologischen Landesamt Hamburg um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften).³⁶²

Geologe	Mitgliedschaft
Emil Koch	NSLB, NSV, NSBDT, NSFK
Rudolf Günther Wilhelm Hallik	
Wilhelm Georg Simon	NSDAP (1933)

stand, 1960 gest. – DNVP von ? bis 1927, NSDAP-Mitgliedschaft wegen Logenzugehörigkeit angeblich nicht möglich, Mitglied NSLB, NSV, NSBDT) vgl. Personalbogen betr. Koch, ohne Datum (um 1935), BArch Berlin, R 71, Nr. 30, Bl. 1 f.; Karteikarte betr. Koch, ohne Datum, ebd., Bl. 8; Fragebogen zum Zwecke der Vervollständigung der Personalakte, 25.2.1938, ebd., Bl. 14; Niedermayer, Nachruf Koch (1961), S. XI–XXIV.

361 Vgl. Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 73.

362 Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LIX.

Auch die von Herbert-Lothar Heck (Abb. 18)³⁶³ geleitete Landesanstalt für Angewandte Geologie (Schleswig-Holstein) in Kiel umfasste acht Mitarbeiter, darunter drei Geologen, zu denen noch diverse Arbeiter und vier freiwillige wissenschaftliche Mitarbeiter kamen. Ebenso wie Koch gehörte auch Heck zum alten RfB-Stamm und hatte bis 1945 die Zweigstelle Kiel geleitet. Nach Kriegsende hatte sie bis Juni 1946 im Dienst der britischen Besatzungsmacht (Geographical Research Station) gestanden und wurde durch Beschluss der Landesregierung Schleswig-Holstein mit Wirkung vom 1. Juli 1946 als selbständige Behörde in den Dienst des Landes übernommen.³⁶⁴ Heck gehörte im Übrigen zu den ganz Wenigen, die sich für einen Wechsel in die DDR entschieden. Nachdem er 1952 infolge eines Disziplinarverfahrens aus dem Staatsdienst entlassen worden war, holte ihn Erich Lange in den Osten Deutschlands, wo Heck die Leitung des Geologischen Dienstes der Staatlichen Geologischen Kommission in Mecklenburg mit Sitz in Rostock, übernahm, die 1953 nach Schwerin übersiedelte.³⁶⁵

363 Zu Heck (geb. 1904, 1923 Abitur, 1923–1927 Studium der Naturwissenschaften Göttingen und Berlin, 1927 Assistent Geologisch-paläontologisches Institut Universität Gießen, 1928 wiss. Angestellter PGLA, 1929 Promotion und Geologe auf Probe, 1931 apl. Geologe PGLA, 1940 Bezirksgeologe, 1941 Leiter der Zweigstelle Kiel der RfB, 1946 Landesgeologe in Schleswig-Holstein, Aufbau und bis 1951 Direktor der Landesanstalt für Angewandte Geologie in Kiel, 1952 Leiter des Geologischen Dienstes der Staatlichen Geologischen Kommission in Mecklenburg mit Sitz in Rostock, später in Schwerin, 1959 Hauptgeologe im VEB Geologische Erkundung Nord in Schwerin, 1963 Professor mit Lehrauftrag, Quartärforschung in Berlin, gest. 1967 – 1933 SA, zudem NSV, RDB, NSKK) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Heck zum Bezirksgeologen, 3.5.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 399 f.; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82; Grewolls, Personenlexikon (2011).

364 Vgl. Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LX; Stremme, Geschichte (1974), S. 135; Daber, Lebenslauf (2004), S. 33–38; Hohl, Nachruf Heck (1969), S. 123–129; Gehl, Abschied (1970), S. 425–428.

365 Vgl. Daber, Lebenslauf (2004), S. 36 f.; Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 77.



Abb. 18: Herbert-Lothar Heck 1946 bis 1952 Leiter der Landesanstalt für Angewandte Geologie in Kiel.

Die Kieler Landesanstalt untergliederte sich 1949 in folgende Abteilungen³⁶⁶:

Leiter		Lothar Heck
Abteilung	Landesaufnahme	Lothar Heck
Abteilung	Lagerstätten	Lothar Heck
Abteilung	Baugrund und Baustoffe	Ernst Habetha
Abteilung	Bodenkunde und Geochemie	Hans Bach
Abteilung	Hydrogeologie, Wassererschließung und Abwasserfragen	Lothar Heck
Abteilung	Paläontologie	Alfred Johannsen
Abteilung	Archiv	W. Melzer
Abteilung	Bibliothek und Sammlungen	Alfred Johannsen

366 Vgl. Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 (1951), S. LXf.

Tabelle 12: In der Landesanstalt für Angewandte Geologie in Kiel um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften).³⁶⁷

Geologe	Mitgliedschaft
Herbert-Lothar Heck	SA (1933), NSKK, NSV, RDB
Ernst Fritz Wilhelm Habetha	SA (1933)
Alfred Johannsen	NSDAP (1937), NSFK
Hans Bach (Chemiker)	

Die „Höchster Vereinbarungen“ bildeten die Grundlage für das Wiederaufleben der als Koordinationsgremium fungierenden Direktoren-Konferenzen der Geologischen Landesämter, die bereits zwischen 1904 und 1932 alljährlich getagt hatten und dem Gedankenaustausch zwischen den Häusern und der Angleichung ihrer Arbeitsprogramme (Gemeinschaftsaufgaben) dienten.³⁶⁸ Dies, wie auch die überregionalen Aufgaben Hannovers, markierten für Bentz und seine Umgebung jedoch bestenfalls einen Anfangserfolg, denn nach seiner Ansicht fehlte es den Behörden der am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland an einer umfassenden Beratung auf dem Gebiet der Bodenforschung.³⁶⁹ So machte Wilhelm Ahrens, den in Ost-Berlin nichts

367 Vgl. ebd.

368 Vgl. Homilius, Direktorenkreis (1998), S. 163 f. Im Zuge „der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91b Grundgesetz“ vom 28.11.1979 wurden der Direktorenkonferenz Teilaufgaben entzogen und dem Bund-Länder-Ausschuss Bodenforschung übertragen. Diesem Ausschuss oblag die formale Festlegung der Arbeitsprogramme und Haushaltsentwürfe der geowissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeiten. Im Jahr 1979 ging die Direktorenkonferenz in den „Direktorenkreis“ über, der den Bund-Länder-Ausschuss Bodenforschung fachlich beriet und für die inhaltliche Abstimmung zwischen den Landesämtern sorgte. „Über den Bund-Länder-Ausschuss Bodenforschung erfolgt demnach die politische, über den Direktorenkreis die fachliche Abstimmung zwischen den Bundesländern“ und zwischen Bund und Ländern. Neumann-Mahlkau, Entwicklung (1998), S. 20 f.; Hänel/Kürsten/Schmid, Aufgaben (1998), S. 31; Homilius, Direktorenkreis (1998), S. 163–191; Hänel/Homilius, Bund-Länder-Ausschuss (1998), S. 195–216; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 75. Die Sitzungsprotokolle des Direktorenkreises 1948–1960 finden sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 117811 u. 117812.

369 Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (S. 17), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unp.

mehr gehalten und der im Februar 1949 die Leitung des Geologischen Landesamtes in Düsseldorf übernommen hatte³⁷⁰, unmissverständlich deutlich, wohin der Weg führen sollte:

„Wir müssen anstreben, zunächst für unser Amt die gesamte Beratung auf dem Gebiet der geologischen Bodenkunde in die Hand zu bekommen. (...) Die Zusammenarbeit mit den übrigen Ämtern funktionierte bisher durch regelmäßige Zusammenkünfte der Referenten recht gut. Es wäre aber vielleicht trotzdem oder gerade deswegen zu überlegen, ob wir nicht die Zusammenarbeit endgültig auf einer Direktorentagung regeln.“³⁷¹

Dahinter stand der Gedanke, „die geologischen Landesämter der Bizone (...) zu einem einheitlichen Amt auf Bundesbasis“ zusammenzufassen. Dieser zentralistische Ansatz fand jedoch nicht überall Beifall. Denn während die Wirtschaftsministerien Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens dem Plan Hannovers zustimmten, wurde eine derartige Regelung von den Wirtschaftsressorts aller übrigen Länder abgelehnt. Dabei verließen sich letztere in dieser Frage vermutlich auf die Beratung ihrer eigenen Geologischen Dienste, denen der Expansionsdrang von Bentz ganz offensichtlich zu weit ging.³⁷²

370 Der bisherige Leiter der Düsseldorfer Zweigstelle, Wilhelm Kegel, war im Februar 1949 nach Brasilien ausgewandert. Kegel an Bentz, 2.2.1949, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unp.

371 Wilhelm Ahrens (Geologisches Landesamt, Zweigstelle Düsseldorf) an Bentz (Celle), 24.12.1949, ebd., unp.

372 Wilhelm Ahrens an Regierungsrat Kürten (Finanzministerium, Düsseldorf), 14.4.1949, LA NRW, Abt. Rheinland Duisburg, NW 0361, Nr. 4 (Ordner Bergbau, Verwaltungsangelegenheiten Bodenforschung), unp. Zu Vorbehalten gegen Bentz vgl. Oberbergrat Aurel Berg (Wirtschaftsministerium des Landes NRW, Abt. IV/1) an Ministerialdirektor Carl Ewers (Wirtschaftsministerium des Landes NRW), 17.5.1950, LA NRW, Abt. Rheinland Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unp.

Tabelle 13: Belegschaft der Geologischen Landesämter der Trizone und der SBZ (1948/49)³⁷³

Geologisches Landesamt	Wiss. Mitarbeiter	Angestellte & Arbeiter	Gesamt
Reichsamt für Bodenforschung Hannover	32	54	85
GLA Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	29	37	66
GLA Hamburg	3	5	8
Landesanstalt für Angewandte Geologie (Schleswig-Holstein), Kiel	3	5	8
Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden	18	34	52
Geologische Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamts, Stuttgart	14	7	21
GLA Heidelberg	4	2	6
Badische GLA Freiburg	5	4	9
Geologisches Amt von Württemberg-Hohenzollern, Tübingen	4	3	7
GLA Bayern, München	26	45	71
Gesamt Trizone	138	196	333
GLA Ost-Berlin mit Außenstellen Weimar und Freiberg	90	90	180

373 Für die Trizone vgl. Tätigkeitsbericht (1948), S. XLIII–LXXXIII, für die SBZ vgl. Bericht über die Vorkontrolle der Geologischen Landesanstalt Berlin, 8.11.1948, LAB, C Rep. 106, Nr. 678, unp.

4 Ein Provisorium auf dem Weg zur Bundesbehörde – Das Amt für Bodenforschung in Hannover 1949–1958

Wie wir gerade gesehen haben, verfügte die Bundesrepublik Deutschland bereits im Jahr ihrer Gründung über eine Vielzahl selbständiger geologischer Ämter der Bundesländer. Die Durchführung überregionaler Gemeinschaftsaufgaben war durch die Höchster Vereinbarung vom Juni 1948 sichergestellt, wobei dem Reichsamt für Bodenforschung in Hannover/Celle im Hinblick auf ihre Umsetzung eine zentrale Rolle zukam.³⁷⁴ Trotz dieses durchaus positiven Befunds erblickte dessen Leiter Alfred Bentz darin aber bestenfalls einen ‚Ansatz zu einer überregionalen Lösung‘, zumal nun jedes Landesamt eine „Sonderentwicklung“ nahm, was auch durch die als Klammer gedachte Direktorenkonferenz nicht zu verhindern war. Trotz der von Bentz anerkannten Bedeutung der einzelnen Landesämter hatten deren Zentrifugalbewegungen nach seiner Ansicht zur Folge, dass den Bundesbehörden „eine umfassende Beratung auf dem Gebiet der Bodenforschung“ fehlte. Wie wichtig dies in seinen Augen war, verdeutlichte Bentz am historischen Beispiel der PGLA, von der sich die Reichsbehörden bereits vor der Gründung des RfB im Jahr 1939 laufend hätten beraten lassen. Deutschland, so Bentz, sei „früher ein Beispiel und Vorbild für eine wohlausgerüstete, systematische und erfolgreiche staatliche Bodenforschung und für eine wohlorganisierte Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und der Bodenforschungsanstalt“ gewesen. Für die Bundesrepublik gelte dies jedoch nicht, womit Deutschland „in dieser Hinsicht fast allein in der Welt“ dastehe. Denn auch in den föderalistisch strukturierten Staaten

374 Wie der Leiter des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung, Franz Michels, deutlich machte, wurden in seiner Behörde einige Forschungsfelder weniger stark berücksichtigt. Das galt etwa für die Geophysik. So überließ Hessen „irgendwelche größeren geophysikalischen Arbeiten der Forschungsstelle der geologischen Landesämter des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, die ja in Celle ihr Hauptquartier“ hatte „und apparaturmäßig und personell in der Lage“ war, „größere geophysikalische Aufträge durchzuführen“, Franz Michels (Wiesbaden) an Bernhard Brockamp (Bad Pyrmont), 4.11.1949, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

der Welt würden „große zentrale staatliche“ geologische Anstalten neben jenen der einzelnen Bundesstaaten bestehen.³⁷⁵

Da Bentz davon ausging, dass sich die Geologie nicht für eine „kleinräumige Forschung“ eignete, hielt er daran fest, das RfB Hannover/Celle mit seinen Dependancen in Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf, Bochum) und Bremen zum Ausgangspunkt für eine „zentrale und leistungsfähige geologische Organisation des Bundes“ zu machen.³⁷⁶ Handlungsbedarf bestand aber auch aus anderen Gründen. Denn die dem ehemaligen Reichsamt für Bodenforschung in Berlin obliegenden Aufgaben waren nach der Verordnung Nr. 57 der britischen und amerikanischen Militärregierung 1947 auf die Länder übergegangen. Nach der Auflösung des regionalen Teils (britische Besatzungszone) des Reichshaushalts ab 1948 standen für das RfB Hannover/Celle keine Mittel mehr zur Verfügung, womit die Voraussetzungen für sein Fortbestehen weggefallen waren.

Das von Bentz geleitete Institut „war keine Landesbehörde, sondern eine nicht rechtsfähige Einrichtung, die aus Zuschüssen“ der Länder Niedersachsen und NRW unterhalten wurde.³⁷⁷ Um die Fortführung der im Interesse des Landes Niedersachsen liegenden geologischen, geophysikalischen und bodenkundlichen Arbeiten des Amtes sicherzustellen, hatte der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und Verkehr, Otto Fricke (CDU)³⁷⁸, bereits im Februar 1948 für die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen für die Errichtung eines gemeinschaftlichen Amtes für Bodenforschung als Körperschaft des öffentlichen Rechts geworben, um die Grundlage für eine neue finanzielle und rechtliche Organisation der Bodenforschung in beiden Ländern zu schaffen. Dabei boten sich zwei Optionen an. Zum einen bestand die Möglichkeit, die Verbindung zwischen dem RfB Hannover/Celle und der Zweigstelle in NRW zu lösen und zwei unmittelbare staatliche

375 Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (S. 13 f., 17), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unpag.

376 Vermerk von Ministerialdirektor Carl Ewers (Abt. C II 1, Wirtschaftsministerium, Düsseldorf) betr. Einrichtung des geologischen Dienstes im Land Nordrhein-Westfalen, 17.7.1949, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 4, unpag.

377 Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 78.

378 Zu Fricke (1902–1972), 1932 Mitglied der DNVP, 1938 DAF und zwischenzeitlich Förderndes Mitglied der SS, vgl. Grau, Otto Fricke (2024).

Dienststellen für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen aufzubauen. Zum anderen stand die vom niedersächsischen Wirtschaftsministerium nach wie vor präferierte Option im Raum, für die Länder Niedersachsen, NRW und die Freie Hansestadt Bremen ein Amt für Bodenforschung als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu errichten, womit auch das Wirtschaftsressort in Hannover mittelfristig den Blick auf die Schaffung einer geologischen Bundesbehörde verband.³⁷⁹ Im Fall des ‚Dreiländerinstituts‘ bestand wiederum die Möglichkeit, das frühere RfB auf eine landesrechtliche Anstalt überzuleiten oder eine vom früheren RfB unabhängige landesrechtliche Anstalt zu errichten. Die für diese Frage zuständigen niedersächsischen Ministerien waren jedoch der Ansicht, „dass der organisatorische Zustand“ des ehemaligen RfB in Niedersachsen und NRW „rationell und ökonomisch war“ und nur noch mit den neuen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen in Übereinklang gebracht werden musste.³⁸⁰

Folglich kamen die Wirtschaftsministerien von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen schon im Jahr 1949 grundsätzlich überein, ein gemeinschaftliches Amt für Bodenforschung (AfB) mit Sitz in Hannover

379 Vermerk von Ministerialdirektor Carl Ewers (Abt. C II 1, Wirtschaftsministerium, Düsseldorf) betr. Einrichtung des geologischen Dienstes im Land Nordrhein-Westfalen, 17.7.1949, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 4, unp. In dem diesen Vermerk beigelegten Entwurf für ein „Abkommen über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Amtes für Bodenforschung“ zwischen Bremen, NRW und Niedersachsen hieß es im Artikel I: „Bis zur Schaffung einer Bundeseinrichtung für Bodenforschung kommen die vertragschließenden Länder überein, sich des im Lande Niedersachsen als Körperschaft des öffentlichen Rechtes mit dem Sitz in Hannover zu errichtenden Amtes für Bodenforschung bei der Durchführung ihrer geologischen Aufgaben zu bedienen und dieses Amt als Geologische Anstalt im Sinne des Gesetzes über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz) vom 4. Dezember 1934 (RGBl. I, S. 1223) anzuerkennen.“ Nach dem Lagerstättengesetz von 1934 waren alle Geologischen Landesanstalten mit der Untersuchung der deutschen Lagerstätten und mit der Sammlung und Bearbeitung ihrer Ergebnisse beauftragt. Zudem sah das Gesetz die Schaffung einer Geologischen Reichsanstalt vor. Vgl. „Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz)“ vom 4.12.1934, in: RGBl. 1934, Teil I, S. 1223, BGR-Archiv Hannover, Nr. 9615, unp. Zur Änderung des Lagerstättengesetzes im März 1974 vgl. Hänel/Kürsten/Schmid, Aufgaben (1998), S. 42 f; Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 150–154.

380 Ebd., S. 78.

zu errichten. Allerdings zogen sich die Verhandlungen hin, so dass das Niedersächsische Staatsministerium erst am 21. März 1950 verkünden konnte, dass „zur Durchführung und Verwertung geologischer, geophysikalischer und bodenkundlicher Untersuchungen“ ein Amt für Bodenforschung in Hannover als Anstalt des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit entstehen werde.³⁸¹

Die Form einer selbständigen Anstalt öffentlichen Rechts wurde gewählt, da das AfB für zwei Länder (Niedersachsen und NRW) Landesaufgaben, zudem aber auch Gemeinschaftsaufgaben für alle Länder der Bundesrepublik durchführen und darüber hinaus „in erheblichen Umfang für die Bundesregierung tätig“ sein sollte.³⁸² Wie aus der Satzung des AfB Hannover hervorging, unterhielt es eine Landesstelle in Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf) und konnte darüber hinaus weitere Landesstellen in jenen Ländern einrichten, die sich zur Wahrnehmung geologischer Aufgaben ebenfalls auf das Amt stützen wollten. Das AfB unterstand dem Niedersächsischen Wirtschaftsminister und hatte die Aufgabe, „geologische, physikalische und bodenkundliche Untersuchungen auszuführen und ihre Ergebnisse so zu bearbeiten, dass sie für die Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden der beteiligten Länder allgemein zugänglich und nutzbringend“ wurden.³⁸³ Darüber hinaus wurde zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen ein besonderes „Abkommen über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Amtes für Bodenforschung“ getroffen, durch das dem AfB Hannover die Durchführung der geologischen Aufgaben des Landes NRW übertragen wurde. Seinen Etat bestritt das AfB aus eigenen Einnahmen, Zuwendungen aller Länder für die Gemeinschaftsaufgaben und aus Mitteln der vertragschließenden Länder Niedersachsen und NRW.³⁸⁴ Auch Bremen beteiligte sich, ohne dem Abkommen beizutreten, an den Kosten des AfB, indem es eine Außenstelle des Amtes in Bremen durch Zahlung

381 Der Niedersächsische Ministerpräsident (Staatskanzlei, Hannover) an den Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr (Hannover) mit beiliegendem Beschluss des Niedersächsischen Staatsministeriums über die Errichtung des Amtes für Bodenforschung in Hannover vom 21.3.1950, 6.4.1950, NHStA Hannover, Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 126, unp.

382 Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 79, 114.

383 Ebd., S. 115 f.

384 Das Abkommen war zunächst für die Zeit bis zum 31.3.1954 geschlossen. Wurde es nicht spätestens sechs Monate vor seinem Ablauf gekündigt, so verlängerte es sich um weitere drei Jahre. Vgl. ebd., S. 117.

eines Verwaltungskostenbetrages in Höhe von jährlich 5.000 DM finanzierte.³⁸⁵

Zum Leiter (ab 1951 Präsidenten) des Amtes für Bodenforschung Hannover wurde Alfred Bentz ernannt, während der Direktor der Landesstelle Nordrhein-Westfalen, Wilhelm Ahrens, zu seinem Stellvertreter avancierte. Allerdings wurde bald moniert, dass Bentz „ein zu diktatorisches Verhalten an den Tag“ legte.³⁸⁶ Wie aus einem internen Vermerk des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums hervorgeht, hatte man gegen seine Ernennung zwar „keine Bedenken“, sprach jedoch die Erwartung aus, dass Bentz „nicht zu autokratisch“ vorgehe und den berechtigten Wünschen seiner Kollegen in NRW Rechnung trage. Abwegig war dies nicht, denn dem Wirtschaftsressort in Düsseldorf lag eine Stellungnahme des RWM aus der NS-Zeit vor, die Bentz als ‚außerordentlich fähigen Mann‘ bezeichnete, aber ebenso gemahnt hatte, „scharf“ achtzugeben, denn Bentz sei bestrebt, „nach allen Seiten über seine Befugnisse hinaus“ auszugreifen.³⁸⁷

385 Bremen hatte im Januar 1950 einen Staatsvertrag (mit Ergänzungen 1953) mit Niedersachsen geschlossen, nach dem ein Geologischer Dienst für das Land Bremen (RfB-Außenstelle Bremen) geschaffen werden sollte. Ihm zufolge übertrug die Hansestadt dem (Reichs-)Amt für Bodenforschung die Durchforschung des Bundeslandes Bremen nach geologischen und geophysikalischen Methoden. Vgl. ebd., S. 73, 80, 103 f. Das Land Hamburg hatte ebenfalls die Absicht, dem Länderabkommen beizutreten, jedoch scheiterten die hierzu geführten Verhandlungen an Finanzierungsfragen. Vgl. ebd., S. 80. Ein undatierte Entwurf für ein Abkommen über den Beitritt der Freien und Hansestadt Hamburg und der Hansestadt Bremen zu dem Abkommen der Länder Niedersachsen und NRW über die Errichtung eines AfB vom 1.4./17.5.1950 (mit dem handschriftlichen Vermerk „Neufassung 13.1.53“) findet sich in LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0900, Nr. 118, unp.

386 Niederschrift des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit anlässlich der 1. Kuratoriumssitzung des AfB, 23.10.1950, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unp.

387 Vermerk von Aurel Berg (Abt. IV/1, Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf) an Ministerialdirektor Carl Ewers (Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf), 17.10.1950, ebd., unp. Aurel Berg war 1954 im nordrhein-westfälischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr Referent im Referat Bergbau (III/6) der Abteilung III (Industrie, Forschung und Technik), die den Staatssekretären Carl Ewers und Leo Brandt unterstand. Vgl. de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 804. Zu Berg (geb. 1902, 1921 Abitur, 1921–1926 Studium vermutlich des Bergwesens Bergakademie Clausthal u. TH Aachen, 1929 Bergassessor-Examen, 1931–1933

Wie man in Düsseldorf meinte, schien „diese seine Einstellung (...) auch in seiner Tätigkeit im jetzigen Amt für Bodenforschung seine Bestätigung zu finden“. So hatte Bentz beispielsweise eigenmächtig in das geologische Forschungsprogramm des Landes NRW eingegriffen, ohne sich mit Ahrens vorher darüber zu verständigen. Dieses übergriffige Verhalten fand in Düsseldorf keinen Beifall, auch wenn man sich mit offener Kritik noch zurückhielt. Wie man dort über Bentz dachte, geht jedoch aus einem weiteren internen Vermerk des Düsseldorfer Wirtschaftsministeriums hervor:

„Wenn auch der anzustrebende Ausbau des Amtes für Bodenforschung in Hannover zum ‚Geologischen Bundesamt‘ voraussichtlich auf geringere Schwierigkeiten stoßen würde, wenn Prof. Dr. Ahrens Präsident des Amtes in Hannover würde – die bisherigen Schwierigkeiten gegen ein Bundesamt liegen größtenteils in der Person des Professors Bentz begründet – so werden mit Rücksicht darauf, dass Professor Bentz die Gründung des Amtes neu in die Wege geleitet hat und ein ausgezeichnete Organisator ist, die Bedenken gegen seine Ernennung zum Präsidenten [des AfB] zurückzustellen sein.“³⁸⁸

Angesichts der von Bentz immer wieder betonten Vorrangstellung Hannovers gegenüber Düsseldorf ergaben sich also zunächst leichte, im weiteren Verlauf – so viel sei bereits vorweggenommen – aber nicht mehr zu übersehende Spannungen zwischen beiden Häusern. So hardete Bentz beispielsweise damit, dass sich die von ihm als Landesstelle betrachtete AfB-Dependance in Düsseldorf ‚Geologisches Landesamt für Nordrhein-Westfalen‘ nannte, was das Verhältnis zwischen beiden Dienststellen nach seiner Ansicht nicht adäquat zum Ausdruck brachte.

Bergassessor Gute Hoffnungshütte Oberhausen, Zeche Osterfeld, 1933–1935 in gleicher Stellung bei Bergwerksunternehmern Hugo Herzbruch, Essen-Bredeney, 1933 Promotion, 1935 Bergbausachverständiger RWM, 1936 Referent RWM, 1937–1945 Landeswirtschaftsamt der Provinz Westfalen, 1945 entlassen, nach 1945 Wirtschaftsministerium NRW – NSDAP 1933, SA 1933–1935, RDB, NSV) vgl. von Berg ausgefüllter Fragebogen des Military Government of Germany, 21.8.1946, LA NRW, Abteilung Rheinland, NW 1039-B, Nr. 3711, unp.

- 388 Vermerk von Aurel Berg (Abt. IV/1, Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf) an Ministerialdirektor Carl Ewers (Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf), 17.10.1950, ebd., unp. Wie bereits erwähnt, war Bentz zunächst ‚nur‘ Direktor des AfB, bevor er 1951 zu dessen Präsidenten ernannt wurde.

So forderte er angesichts der ‚übergeordneten Bedeutung‘ des AfB-Hannover und „im Hinblick auf das anzustrebende Geologische Bundesamt“, dass die Dienststelle NRW ihren Namen in „Amt für Bodenforschung, Landesstelle Nordrhein-Westfalen“ abzuändern habe, wobei er anheimstellte, die Bezeichnung ‚Geologisches Landesamt‘ in Klammern beizufügen.³⁸⁹ Diese Forderung entbehrte nicht einer gewissen Ironie, denn wie die Verhandlungen zum ersten Haushalt des AfB zeigten, betrug der finanzielle Zuschuss Niedersachsens für das AfB lediglich 350.000 DM, während NRW mit 466.650 DM und die „Gemeinschaft der west-deutschen Länder“ mit 678.000 DM knapp die Hälfte des AfB-Gesamtetats in Höhe von 2,2 Millionen DM beisteuerten.³⁹⁰

Gleichzeitig wurde deutlich, dass Bentz mit dem AfB immer auch die Interessen des Bundes im Blick hatte. So führte er im Hinblick auf die im Haushaltsvoranschlag des AfB für 1950 aufgeführte Planstelle des Leiters der Abteilung Geophysik – für die Hans Closs vorgesehen war – aus, dass die Bedeutung der geophysikalischen Untersuchungsverfahren für die deutsche Wirtschaft „am besten durch die Tatsache beleuchtet“ werde, „dass die Industrie jährlich etwa 9 Millionen DM für geophysikalische Messungen in Deutschland“ aufwende. Daneben seien „in jüngster Zeit (...) aussichtsreiche Verhandlungen mit verschiedenen ausländischen Staaten in Gang gekommen, deren positiver Abschluss erhebliche Devisenbeträge erwarten“ lasse. Denn immerhin stelle „die Durchführung geophysikalischer Untersuchungen im Auslande einen wirksamen Wegbereiter für weitere Exporte – z. B. von Bohranlagen,

389 Alfred Bentz (AfB Celle) an AfB, Landesstelle NRW (Krefeld), 8.8.1950, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unpag.; Aurel Berg (Abt. IV/1 Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf) an Ministerialdirektor Carl Ewers (Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf), 17.10.1950 u. 25.10.1950, ebd., unpag.

390 Die Zuschüsse der „Gemeinschaft der westdeutschen Länder“ dienten der Finanzierung geologischer Gemeinschaftsaufgaben im Rahmen des Königsteiner Abkommens. Die vom Land Nordrhein-Westfalen bereitgestellten Mittel waren für Arbeiten in Nordrhein-Westfalen bestimmt, die des Landes Niedersachsen für Arbeiten im Land Niedersachsen. Bremen steuerte 5.000 DM zum Unterhalt der Landesstelle Bremen bei. Weitere größere Einnahmen in Höhe von 650.000 DM entstammten aus „geophysikalischen Untersuchungen für Dritte“. Vgl. Haushaltsvoranschlag des AfB für das Rechnungsjahr 1950, 23.9.1950, NHStA Hannover, Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 126, unpag.; [Genehmigter] Haushaltsplan des AfB für das Rechnungsjahr 1950, 27.11.1950, ebd., unpag.

Ölfeldeinrichtungen usw. – dar“.³⁹¹ Auch sein Antrag auf Genehmigung einer Leiterstelle für das „Referat Wirtschaft“ im AfB ließ auf weitergehende Zielsetzungen von Bentz schließen. So betonte er in diesem Zusammenhang, dass sich die Arbeiten seines Amtes auf volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Fragen erstrecken müssten. Dabei sollten „die Auswirkungen geologischer Untersuchungen auf die Wirtschaftsstruktur und auf den deutschen Außenhandel geprüft werden, um auf Grund des erarbeiteten Materials die Rückwirkungen der geologischen Erkenntnisse auf die Produktion auswerten zu können“. Eine besonders wichtige Aufgabe bestehe zudem darin, „die Schwerpunkte der geologischen Arbeiten mit den praktischen Bedürfnissen der Wirtschaft abzustimmen“. Da solche Aufgaben bisher von keiner Stelle im Bundesgebiet durchgeführt würden, komme allein das AfB Hannover für diese Aufgabe in Betracht, nicht zuletzt auch weil dort die Ergebnisse der gesamten geologischen Untersuchungen zusammenliefen.³⁹² Diese Ausführungen deuten darauf hin, dass Bentz die Schaffung eines Amtes für Bodenforschung tatsächlich nur als „Notlösung (...) vorübergehender Natur“ auf dem Weg zu einer Bundesbehörde betrachtete.³⁹³

391 Alfred Bentz (AfB Celle) an den Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr (Hannover) mit Anlage betr. Antrag auf Genehmigung einer Planstelle der Besoldungsgruppe A 1b für den Leiter der Abteilung Geophysik, 23.9.1950, ebd., unpag.

392 Alfred Bentz (AfB Celle) an den Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr (Hannover) mit Anlage betr. Antrag auf Genehmigung einer Angestelltenstelle der Vergütungsgruppe II TO.A für den Leiter des Referates Wirtschaft, 23.9.1950, ebd., unpag.

393 Vermerk von Aurel Berg (Abt. IV/1, Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf) an Ministerialdirektor Carl Ewers (Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf), 17.10.1950, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unpag. An anderer Stelle brachte Bentz zum Ausdruck, dass das AfB „bis zu einer Regelung der staatlichen Bodenforschungsaufgaben auf Bundesbasis weitergeführt werden“ sollte. Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (S. 25), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unpag. Wie Ahrens rückblickend festhielt, war die Gründung des AfB „von vornherein als Provisorium gedacht“, denn es „sollte als Kristallisationszentrum dienen“, an das sich die anderen GLA anschließen sollten. Ahrens (AfB, Landesstelle Krefeld) an Hermann Kohlhasse (Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes NRW; Düsseldorf), 7.7.1956, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unpag.

In dieser Frage erhielt Bentz auch Rückendeckung des niedersächsischen Wirtschaftsressorts, das die Gründung des AfB nur als Abschluss einer ersten „Etappe auf dem Wege zur Neuordnung des geologischen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland“ betrachtete. So brachte der niedersächsische Wirtschaftsminister Alfred Kubel (SPD) anlässlich der ersten Kuratoriumssitzung des AfB im Oktober 1950 zum Ausdruck, dass durch die Höchster Vereinbarung von 1948 zwar eine finanzielle Beteiligung der Länder an der Durchführung solcher geologischen Arbeiten sichergestellt worden sei, deren Vernachlässigung nachteilige Folgen für die bundesdeutsche Wirtschaft zeitigen würde. Allerdings könne die bestehende Regelung „doch nur als Übergangslösung angesehen werden“. Denn

„im Interesse der gemeinsamen Sache wäre es sehr zu begrüßen, wenn die Zusammenarbeit des Amtes für Bodenforschung mit den geologischen Dienststellen der anderen Länder in der Behandlung überregionaler Bodenforschungsarbeiten noch enger als bisher gestaltet und schließlich die Schaffung einer Bundeseinrichtung für die Wahrnehmung dieser Aufgaben verwirklicht werden“

können.³⁹⁴

Der ‚Expansionsdrang‘ Hannovers sorgte nicht nur in Nordrhein-Westfalen für Aufregung. Wie bereits erwähnt, war es im November 1951 zur Gründung des Geologischen Landesdienstes in Rheinland-Pfalz gekommen, aus dem Anfang April 1953 das Geologische Landesamt Rheinland-Pfalz mit Sitz in Mainz hervorgehen sollte (siehe Kap. 3.3, Französische Besatzungszone). In der außerordentlichen Konferenz der Direktoren der Geologischen Landesämter der Bundesrepublik am 2. November 1951 in Weinheim brachten einige der Direktoren ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die Errichtung des Landesamtes Rheinland-Pfalz „für alle wohl etwas überraschend schnell gekommen“ war.³⁹⁵ Als der die Sitzung leitende Heinrich-Paul Arndt

394 Stichworte für die Begrüßungsansprache [von Seiten des Staates Niedersachsen, genauer Staatsminister Kubel, Niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Arbeit] aus Anlass der ersten Kuratoriumssitzung des AfB am 23.10.1950, NHStA Hannover, Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 126, unp. Siehe auch Niederschrift über die 1. Kuratoriumssitzung des AfB am 23.10.1950 im Gästehaus der Niedersächsischen Staatsregierung, Hannover, 27.10.1950, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unp.

395 Hierzu und im Folgenden Protokoll über die außerordentliche Konferenz

(Bayerisches Geologisches Landesamt) den als Vertreter des AfB Hannover anwesenden Hans Joachim Martini fragte, ob dieser zu dieser Frage „die notwendigen Aufschlüsse“ geben könne, antwortete dieser, dass ihm von der Errichtung eines GLA Rheinland-Pfalz „bisher nichts bekannt sei“. An dieser Aussage bestanden erhebliche Zweifel, denn wie im weiteren Verlauf der Sitzung deutlich wurde, hatte Bentz mit dem Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium Wilhelm Steinlein (CDU) im Vorfeld der Gründung gesprochen. Steinlein hatte Bentz auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der Schaffung des neuen Amtes entgegenstanden, denn Rheinland-Pfalz hatte mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wie die Direktoren erfuhren, sei in dem Gespräch zwischen Steinlein und Bentz „die Frage gestellt worden, ob man diese Schwierigkeiten nicht umgehen könne, indem man sich an das Amt für Bodenforschung in Hannover anschliesse“. Mehr noch, Mainz hatte sogar schon „entsprechende Unterlagen“ von dort angefordert. Zwar war es noch nicht zur Bildung eines Landesamtes gekommen und auch noch kein Etat verabschiedet worden, die Direktoren zeigten sich über das Vorgehen Hannovers aber verstimmt. So brachte Franz Kirchheimer (Badische Geologische Landesanstalt) sein Befremden darüber zum Ausdruck, warum das ferne‘ Hannover Rheinland-Pfalz Amtshilfe anbiete, wo doch andere Länder ebenso gut in der Lage wären, zu helfen:

„Nichts, Herr Martini, gegen das sachliche Recht! Aber warum ausgerechnet Hannover und nicht Rheinhessen, Bayern oder Nordrhein-Westfalen? Wäre die sachliche und administrative Hilfe von Hessen nicht das Nächstliegende? Hat man Herrn Staatssekretär Steinlein auf das Näherliegende von Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen hingewiesen?“

Franz Michels (Hessisches Landesamt für Bodenforschung), der zusammen mit Wilhelm Ahrens seine rheinland-pfälzischen Kollegen schon seit 1949 unterstützte, monierte, dass Bentz es versäumt habe, „das Gremium der Höchster Konferenz“ (den Kreis der Direktoren) zu informieren, was ihn zu der Frage führte, ob „dieser Vorstoß [Hannovers] nicht eine Vorbereitung für eine Bundesanstalt“ bedeute.³⁹⁶

der Direktoren der Geologischen Landesämter der Bundesrepublik Deutschland in Weinheim a. d. Bergstraße, 2.11.1951, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 704, unp.

Michels ging es um die Frage, ob in diesem Fall die Höchster Vereinbarung Geltung habe oder nicht. Immerhin sei darin verankert, dass ein Land, das sein eigenes Geologisches Amt wünsche, von dem für die Gemeinschaftsaufgaben verantwortlichen Forschungsinstitut der Geologischen Landesämter in Hannover geologisch betreut werden könne.³⁹⁷ Sei es zweckmäßig, dass – wenn ein Land kein eigenes Amt wünsche – es sich an die benachbarten Länder oder an Hannover wende? Den Hintergrund bildete dabei die Tatsache, dass die Höchster Vereinbarung von der Direktorenkonferenz gesteuert wurde und daher von keinem Land übergangen werden sollte. Mit anderen Worten, „die erwähnte Vereinbarung Hannovers mit einer anderen Landesregierung unter Umgehung der Direktorenkonferenz“ stellte aus Sicht der meisten Direktoren einen ‚unkollegialen‘ ‚Verstoß des Hannover’schen Landesamtes‘ dar, der mit dem Geist der Höchster Vereinbarung nicht in Übereinklang stand.

Mit Blick auf Michels’ Standpunkt, wonach eine geologische Dienststelle in Rheinland-Pfalz, sofern sie nicht als selbständige Anstalt

397 Zur Erinnerung: Die in den Höchster Beschlüssen vom Juni 1948 aufgeführten überregionalen Gemeinschaftsaufgaben sollten dem ‚Deutschen Geologischen Forschungsinstitut der geologischen Landesämter des vereinigten Wirtschaftsgebietes‘ übertragen werden, das aus den entsprechenden Abteilungen des bereits in Hannover bestehenden Geologischen Amtes (RfB Hannover/Celle) gebildet werden sollte, ohne dadurch die Selbständigkeit der anderen Geologischen Dienste zu berühren. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel sollten von der Gemeinschaft der westdeutschen Länder nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel aufgebracht werden. Faktisch wurden die Aufgaben des geplanten ‚Geologischen Forschungsinstituts‘ der Länder nun vom AfB Hannover durchgeführt. Da die die Gemeinschaftsaufgaben betreffenden Abteilungen des AfB seiner Dienstaufsicht unterstanden, gab es offenbar unterschiedliche Auffassungen über die Weisungsbefugnis der Direktoren-Konferenz, die für sich in Anspruch nahm, die Gemeinschaftsarbeiten der Länder zu steuern. Da die Direktoren-Konferenz aber kein amtliches Aufsichtsorgan darstellte, besaß sie keine Weisungsbefugnisse gegenüber ihren Mitgliedsanstalten. Das AfB Hannover unterstand vielmehr der Dienstaufsicht seines Kuratoriums und war diesem bzw. über selbiges den Regierungen der westdeutschen Länder für seine Maßnahmen und für die Verwendung der Gemeinschaftsmittel, über die es auch abzurechnen hatte, verantwortlich. Vgl. Entwurf für eine Satzung der Direktorenkonferenz der Geologischen Landesanstalten, hier Anlage „Begründung zu § 10“, ohne Datum (um 1952), ebd., unpag. Siehe auch Pfeiffer, Gemeinschaftsaufgaben (1988), S. 11.

errichtet werden könne, ausschließlich als Teil des „Geologischen Forschungsinstituts der Geologischen Landesämter der Bundesrepublik“ gegründet werden dürfe, hob Martini hervor, dass die Finanzierung dieses Gemeinschaftsinstituts nach der Höchster Vereinbarung ursprünglich von der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets übernommen werden sollte. Wäre das entsprechend dieser Vereinbarung geschehen, so wäre dieses Forschungsinstitut nun eine Geologische Bundesanstalt. Da sich die Länder damals jedoch gegen die Finanzierung aus Mitteln der Zweizonen-Wirtschaftsverwaltung gewandt hätten und nunmehr die Zuwendung aus den Mitteln der Gemeinschaft der Länder erfolge, sei für das Forschungsinstitut ein gemeinsamer Träger nicht mehr vorhanden gewesen. So wie die Institute der Max-Planck-Gesellschaft als Landesinstitute ihrer Sitzländer behandelt würden³⁹⁸, so müsse das auch bei dem geplanten Forschungsinstitut der Geologischen Landesämter geschehen. Da das Land Niedersachsen als Träger bereits das Amt für Bodenforschung besitze, bliebe nur die Möglichkeit, ihm die Aufgaben des gemeinsamen Instituts zuzuweisen. Wenn seine Kollegen vom ‚Forschungsinstitut der Geologischen Landesämter‘ redeten, so Martini weiter, so sprächen sie „von einer Fiktion“, denn dieses Institut existiere nicht. Das Amt für Bodenforschung habe jedoch, „um klar zwischen Gemeinschafts- und Landesaufgaben zu unterscheiden, seinen ganzen organisatorischen Aufbau so eingerichtet, dass Gemeinschaftsaufgaben nur in gesonderten Abteilungen bearbeitet“ würden.³⁹⁹

Auf den Einwurf Michels, dass man dann auch die Höchster Vereinbarung nicht mehr brauche, erklärte Martini, dass der die Gemeinschaftsaufgaben betreffende erste Paragraph dieser Vereinbarung nichts damit zu tun habe. Die Gemeinschaftsaufgaben seien bisher im Rahmen der Aufgaben des Landes bearbeitet worden. Man solle NRW und Niedersachsen „dankbar dafür sein, dass sie aus ihren eigenen Landesmitteln noch Gelder in diese Gemeinschaftsaufgaben gesteckt“ hätten. Als Kirchheimer unumwunden betonte, „dass eine Etatisierung von Hannover aus Abhängigkeit“ bedeute und Fritz Weidenbach

398 Vgl. Renn, Reinhardt, Kocka, Die Max-Planck-Gesellschaft (2024), S. 48–53.

399 Protokoll über die außerordentliche Konferenz der Direktoren der Geologischen Landesämter der Bundesrepublik Deutschland in Weinheim a.d. Bergstraße, 2.11.1951, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 704, unp.

(Geologische Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes, Stuttgart) meinte, in der ganzen Aktion „ein Bestreben zum Zentralismus“ zu erblicken, reagierte Martini unwirsch:

„Wie stellen Sie es sich vor, wenn wir eine Bundesanstalt mit vollen Segeln anstreben würden? Was würde Niedersachsen dazu sagen? Man würde allein über den Amtsrat im Wirtschaftsministerium nicht hinauskommen. Wer soll in einem derartigen Falle das Land Niedersachsen beraten? Z.B. in Wasserversorgungsfragen? Wir können es auf die Dauer nicht mit ansehen, dass der Bund keine Beratung durch die Geologischen Landesämter hat. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich eigene Geologen anzustellen.“

Folglich müsse ein Status erreicht werden, der den geologischen Belangen des Bundes gerecht werde. Im Übrigen stellte er anheim, die Direktorenkonferenz möge einen Vertreter nach Hannover schicken, der in der dortigen Registratur, „auch der persönlichen von Herrn Bentz“, Nachprüfungen über die ‚zentralistische Frage‘ anstellen solle.⁴⁰⁰

Die Verhandlungen der Direktoren im November 1951 in Weinheim wurden hier deshalb etwas ausführlicher geschildert, um deutlich zu machen, dass der auf den Bund gerichtete Expansionskurs des AfB Hannover mit den auf die Landesinteressen fokussierten Geologischen Diensten zu Verstimmungen führte. Dies zeigte sich gerade bei den Gemeinschaftsaufgaben, bei denen inzwischen auch zur Diskussion stand, ob die Mittel zur Finanzierung dieser Arbeiten auf den Bund übertragen werden und über das AfB Hannover zur Verteilung gelangen sollten. Während sich Bayern, Württemberg und Hessen gegen eine Übertragung der Gemeinschaftsmittel auf den Bund aussprachen, stand Kirchheimer (Baden) auf dem Standpunkt, dass das Bundesministerium für Wirtschaft (BMW) die Mittel ruhig in seinen Haushalt übernehmen solle, denn dies würde eine merkliche Entlastung der Landeshaushalte bedeuten. Die Frage der Gemeinschaftsarbeiten sollte die Geologen folglich noch wiederholt beschäftigen.⁴⁰¹

400 Ebd.

401 Vgl. ebd.



Abb. 19: Am Kleinen Felde 12, 1950 bis 1953 Sitz des Amtes für Bodenforschung Hannover.

Im Zuge der Bildung des AfB sollte auch die lange angestrebte Zusammenführung der auf Celle und Hannover verteilten niedersächsischen Teile des Amtes erfolgen. So wurden die Celler Büros Anfang Oktober 1950 nach Hannover, Am kleinen Felde 12, einem stark beschädigten ehemaligen Schulgebäude, verlegt, wo sie neben der Prakla und dem Institut für Erdölforschung der TH Hannover „behelfsmässig“ Unterschlupf fanden (Abb. 19). Gleichzeitig bemühte sich Georg-Richard Schultze vom Institut für Erdölforschung beim Niedersächsischen Kultusminister um ein Darlehen in Höhe von 550.000 DM aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Bundes für den Wiederaufbau des im Bombenkrieg zerstörten Grundstücks.⁴⁰² Wie Bentz dem niedersächsischen

402 Vgl. Vermerk des Verwaltungsreferats (Niedersächsisches Wirtschaftsministerium, Hannover) über eine Besprechung mit Prof. Dr. Bentz und Oberlandesgeologen Dr. Martini wegen des AfB, 15.9.1950, NHStA Hannover, Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 126, unp.; Niederschrift des Nie-

Wirtschaftsminister Ende 1950 mitteilte, hatte das Amt für Bodenforschung den geologischen Dienst für die Länder Niedersachsen, NRW und Bremen wahrzunehmen und war darüber hinaus mit der Durchführung bestimmter Gemeinschaftsaufgaben für das gesamte Bundesgebiet beauftragt. Die insgesamt 152 Mitarbeiter des AfB verteilten sich auf die Landesstellen Niedersachsen in Hannover (Am kleinen Felde 12) und auf die Landesstelle Nordrhein-Westfalen in Krefeld (Westwall 124) (siehe Tabelle 14). Hinzu kamen ferner zwei Arbeitsstellen in Bremen (Werderstraße 101) und in Gildehaus im Emsland.⁴⁰³

Tabelle 14: Zahl der Mitarbeiter des Amtes für Bodenforschung Hannover und Krefeld 1950.⁴⁰⁴

Mitarbeitergruppe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Summe
Beamte	20	22	42
Angestellte	55	38	93
Arbeiter	9	8	17
Gesamt	84	68	152

Die vom AfB bearbeiteten Gemeinschaftsaufgaben erstreckten sich auf die Geophysik, die Erdölgeologie und die Mikropaläontologie, die alle in unmittelbarem Zusammenhang mit den Bentzschen Forschungsinteressen standen. Hinzu kamen Gemeinschaftsaufgaben auf den Gebieten der Pollenanalyse, der Kohlengeologie, der Sedimentpetrographie und der Geochemie. Folgt man Bentz, waren die Arbeiten der Geophysiker „ganz besonders erfolgreich“. So habe Deutschland auf dem Gebiet der

dersächsischen Ministers für Wirtschaft und Arbeit (Hannover) über die 1. Kuratoriumssitzung des AfB am 23.10.1950 im Gästehaus der Niedersächsischen Staatsregierung, Hannover, 27.10.1950, ebd., unp. Zur Verbindung von Schultze und Bentz, die auf die von Bentz ab 1942 verfolgte Schaffung eines Reichsinstituts für Erdölforschung an der TH Hannover zurückging, vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

403 Vgl. Niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Arbeit (Hannover) an den Wirtschaftsminister des Landes NRW (Düsseldorf) mit anliegendem Bericht von Alfred Bentz über die Aufgaben und die derzeitige Organisation des Amtes für Bodenforschung vom 12.12.1950, 15.12.1950, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unp.

404 Vgl. Vermerk des Ref. 1/13 (Niedersächsisches Wirtschaftsministerium, Hannover) über eine Besprechung beim Wirtschaftsministerium des Landes NRW am 8.9.1950 betr. AfB, 11.9.1950, NHStA Hannover, Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 126, unp.

Reflexionsseismik den von den USA während des Krieges erreichten Vorsprung „nicht nur aufgeholt, sondern wahrscheinlich überboten“. Die Abteilung Geophysik des AfB arbeite inzwischen „sehr viel für die Erdölindustrie“, werde in Zukunft aber „für jede bergbauliche Aufgabe“, insbesondere für die Braun- und Steinkohle unentbehrlich sein.⁴⁰⁵ Der Schwerpunkt der erdölgeologischen Gemeinschaftsaufgaben lag in Niedersachsen. Doch wie Bentz betonte, müssten die dort gewonnenen Erfahrungen „auch auf andere deutsche Hoffungsgebiete“ angewendet werden. Dies gelte etwa für den „Molassetrog, der sich vom Bodensee bis zur österreichischen Grenze“ erstreckte und in dem „neuerdings sehr hoffnungsvolle Spuren nachgewiesen“ worden seien. Die Mikropaläontologie war nicht nur wichtig für die „genaue Horizontierung aller Bohrungen“, sondern spielte zunehmend auch bei der Einteilung jedes Oberflächenaufschlusses bei der Kartierung eine wichtige Rolle. Die Pollenanalyse arbeitete nach denselben Gesichtspunkten, hatte aber vor allem für die Braunkohle Bedeutung, wobei Bentz in diesem Zusammenhang auf die Braunkohlengebiete am Niederrhein verwies. Der Schwerpunkt der Kohlengeologie lag dagegen in Nordrhein-Westfalen, jedoch sollten die hier gesammelten Erfahrungen auch für die anderen Bundesländer wirksam gemacht werden. Nach den Worten von Bentz wurde die Sedimentpetrographie angewandt, „wenn keine tierischen oder pflanzlichen Fossilien vorhanden“ waren. Dabei handelte es sich um eine Methode, „die nur mit einem verhältnismäßig großen Aufwand an chemischer Laboratoriumsarbeit eingesetzt und deshalb nicht von jeder Landesanstalt selbständig betrieben werden“ konnte. Damit verwies er auf den letzten Forschungsschwerpunkt, die Geochemie, welche die Konferenz der Direktoren dem Katalog der Gemeinschaftsaufgaben 1950 hinzugefügt hatte. Wie Bentz betonte, verfüge das AfB über die notwendigen Apparaturen, um die im Programm vorgesehenen Untersuchungen für die Erdölindustrie, den Kohlen- und den Einzelbergbau durchzuführen. Darüber hinaus widmete sich das AfB schließlich auch der Pflege der internationalen Beziehungen, welche beispielsweise über einen inzwischen erfreulich funktionierenden Schriften-Austausch eingeleitet worden war.⁴⁰⁶

405 Vgl. hierzu und im Folgenden Niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Arbeit (Hannover) an den Wirtschaftsminister des Landes NRW (Düsseldorf) mit anliegendem Bericht von Alfred Bentz über die Aufgaben und die derzeitige Organisation des Amtes für Bodenforschung vom 12.12.1950, 15.12.1950, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unp.

406 Ebd.

Neben den bundesweiten Gemeinschaftsaufgaben oblagen dem AfB auch verschiedene Landesaufgaben, wobei Hannover für Niedersachsen und Bremen zuständig zeichnete. Hier hatten sich mit der Kartierung, der praktischen Geologie und der Bodenkunde drei Schwerpunkte herauskristallisiert. So bestand in Niedersachsen eine besondere Lage, da die Hälfte der Fläche des Landes überhaupt noch nicht geologisch kartiert war und die letzte geologische Übersichtskarte aus dem Jahr 1863 stammte. Zwar befand sich eine neue Übersichtskarte im Maßstab 1:300.000 im Druck, man war jedoch bestrebt, die Kartierung im Maßstab 1:100.000 so schnell wie möglich fertigzustellen, da die normalerweise übliche Aufnahme im Maßstab 1:25.000 mindestens 50 Jahre in Anspruch genommen hätte. Auf dem Gebiet der angewandten Geologie erwies sich die Bearbeitung der Frage der Küstensenkung als bedeutsam. Darüber hinaus wurde das AfB Hannover laufend zu Gutachten über Wasserversorgungsfragen herangezogen und war mit für den primären Sektor relevanten Arbeiten befasst, die auf eine bodenkundliche Übersichtskartierung Niedersachsens abzielten. Schließlich wirkte das Amt bei der Forstkartierung und bei der Auswertung der Reichsbodenschätzung mit.⁴⁰⁷ Vor dem Hintergrund dieser Aufgaben des AfB stellte sich die Gliederung der Zentrale in Hannover im Januar 1951 wie folgt dar:

ORGANISATIONSPLAN DES AMTES FÜR BODENFORSCHUNG
IN HANNOVER, JANUAR 1951⁴⁰⁸

Präsident	Alfred Bentz
Vertreter	Direktor Wilhelm Ahrens

VERWALTUNG

Leiter	Verwaltungsoberrat Franz Reinhardt
Personal- und Besoldungsangelegenheiten	Regierungs-Oberinspektor a.D. Friedrich Krause
Materialverwaltung	Verwaltungsangestellter Ignaz Stelz
Kasse	Oberrentmeister d. D. Gerhard Mittelstädt

LANDESSTELLE NIEDERSACHSEN

Präsident	Alfred Bentz
Vertreter	Abteilungsleiter Paul Woldstedt

⁴⁰⁷ Vgl. ebd. Zur Reichsbodenschätzung vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

⁴⁰⁸ Organisationsplan und Geschäftsordnung für das AfB in Hannover, 2.1.1951, NHStA Hannover, Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 127, unp.

A. GEMEINSCHAFTSAUFGABEN

ABTEILUNG I: GEOPHYSIK

Leiter	Oberlandesgeologe Hans Closs
1) für Seismik	Vertreter: Geologe Walter von zur Mühlen
2) für Gravimetrie, Magnetik u. Elektrik	Vertreter: Franz Hallenbach

ABTEILUNG II: ERDÖL

Leiter	Präsident Alfred Bentz
Vertreter	Oberlandesgeologe Otto Seitz

ABTEILUNG III: SONSTIGE GEMEINSCHAFTSAUFGABEN

Leiter	Präsident Alfred Bentz
III a) Mikropaläontologie	Landesgeologe Heinrich Hiltermann
III b) Sedimentpetrographie	Landesgeologe Hans-Rudolf von Gaertner
III c) Bibliothek	Beata Moos
III d) Beziehungen zum Auslande	Präsident Alfred Bentz
III e) Veröffentlichungen	Landesgeologe Hans-Rudolf von Gaertner

B. LANDESAUFGABEN

ABTEILUNG IV: GEOLOGISCHE UND BODENKUNDLICHE KARTIERUNG
U. WISS. ARBEITEN

Leiter	Abteilungsleiter Paul Woldstedt
Vertreter	Oberlandesgeologe Gerhard Richter-Bernburg
IV a) Arbeiten im Gebirgsland	Oberlandesgeologe Gerhard Richter-Bernburg
IV b) Arbeiten im Flachland	Abteilungsleiter Paul Woldstedt
IV c) Bodenkundliche Arbeiten	Landesgeologe Wilhelm Hollstein

ABTEILUNG V: ANGEWANDTE GEOLOGIE

Leiter	Oberlandesgeologe Hans Joachim Martini
Vertreter	Oberlandesgeologe Wilhelm Dienemann
V a) Brennstoffe, Erze, Salz- lagerstätten, Steine und Erden	Oberlandesgeologe Hans Joachim Martin
V b) Wasser, Baugrund	Oberlandesgeologe Wilhelm Dienemann

REFERATE

R 1) Sammlungen Paläontologie	Oberlandesgeologe Otto Seitz
R 2) Bibliothek	Beata Moos
R 3) Archive	Oberlandesgeologe Hans Joachim Martini
R 4) Veröffentlichungen	Landesgeologe Hans-Rudolf von Gaertner

Die Landesstelle in Krefeld war für die Landesaufgaben in NRW verantwortlich. Auch hier ging es um die geologische Übersichtskartierung im Maßstab 1:100.000, wobei zunächst vor allem Westfalen, Aachen und das Siegerland wegen der dortigen Kohle- und Erzvorkommen im Fokus standen. Zudem spielten auch hier hydrogeologische Fragestellungen

an Rhein und Ruhr eine wichtige Rolle. Darüber hinaus war das Krefelder Amt auch in mehrere große Talsperren-Projekte eingebunden. Schließlich planten die Geologen in NRW ebenfalls, eine bodenkundliche Übersichtskarte ihres Bundeslandes im Maßstab 1:300.000 herzustellen.⁴⁰⁹ Die Landesstelle Nordrhein-Westfalen des Amtes für Bodenforschung gliederte sich Anfang 1951 in folgende Abteilungen⁴¹⁰:

ORGANISATIONSPLAN DER LANDESSTELLE NORDRHEIN-WESTFALEN
DES AFB IN KREFELD, JANUAR 1951

Direktor	Wilhelm Ahrens
Vertreter	Abteilungsdirektor Alfred Stahl

VERWALTUNG

Verwaltungsamtman Carl Dreibholz

A. GEMEINSCHAFTSAUFGABEN

(Laut Verzeichnis der Gemeinschaftsaufgaben umfassend: Kohlengeologie,
Mikropaläontologie und Pollenanalyse)

ABTEILUNG I: STEINKOHLENGEOLOGIE

Leiter	Abteilungsdirektor Alfred Stahl
Vertreter	Landesgeologe Werner Jessen
I a) Ruhrgebiet	Abteilungsdirektor Alfred Stahl
I b) Linker Niederrhein	Geologe Karl Fricke
I c) Aachen	Geologe Georg Herbst
I d) Ibbenbüren	Oberlandesgeologe Arthur Ebert

ABTEILUNG II: BRAUNKOHLENGEOLOGIE

Leiter	Oberlandesgeologe Herbert Karrenberg
Vertreter	Landesgeologe Ulrich Rein
II a) Regional	Landesgeologe Hans-Wilhelm Quitzow
II b) Angewandte Mikropaläontologie des Tertiärs	Landesgeologe Ulrich Rein

409 Niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Arbeit (Hannover) an den Wirtschaftsminister des Landes NRW (Düsseldorf) mit anliegendem Bericht von Alfred Bentz über die Aufgaben und die derzeitige Organisation des Amtes für Bodenforschung vom 12.12.1950, 15.12.1950, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unpag. Vgl. zudem Alfred Bentz: Tätigkeitsbericht des AfB für die Zeit vom 1.4. bis Anfang Dezember 1950, 7.12.1950, ebd., unpag.; Alfred Bentz: Arbeitsplan des AfB für das Rechnungsjahr 1951, 7.12.1950, ebd., unpag.

410 Organisationsplan und Geschäftsordnung für die Landesstelle NRW des AfB, 27.12.1950, ebd., unpag.

ABTEILUNG III: MIKROPALÄONTOLOGIE, POLLENANALYSE,
KOHLENPETROGRAPHIE, PALÄOBOTANIK

Leiter	Oberlandesgeologe Robert Potonié
Vertreter	Oberlandesgeologe Erich Stach
III a) Mikropaläontologie und Pollenanalyse	Oberlandesgeologe Paul William Thomson
III b) Kohlenpetrographie	Oberlandesgeologe Erich Stach
III c) Paläobotanik	Oberlandesgeologe Robert Potonié

B. LANDESAUFGABEN

ABTEILUNG IV: GEOLOGISCHE KARTIERUNG UND
WISSENSCHAFTLICHE ARBEITEN

Leiter	Oberlandesgeologe Julius Hesemann
Vertreter	Landesgeologe Eckart Schröder
IV a) Kartierung Rheinland	Landesgeologe Eckart Schröder
IV b) Kartierung Westfalen	Oberlandesgeologe Arthur Ebert
IV c) Paläontologie (Paläozoologie)	Geologe Wolfgang Schmidt
IV d)	
Abteilung IVb: Arbeiten im Flachland	Abteilungsdirektor Paul Woldstedt
Abteilung IVc: Bodenkundliche Arbeiten	Landesgeologe Wilhelm Hollstein

ABTEILUNG V: ANGEWANDTE GEOLOGIE UND LAGERSTÄGEN,
AUSSER STEIN- UND BRAUNKOHLE

Leiter	Oberlandesgeologe Herbert Karrenberg
Vertreter	Oberlandesgeologe Julius Hesemann
V a) Erze	Oberlandesgeologe Julius Hesemann
V b) Sonstige Lagerstätten	Geologe Karl Fricke
V c) Hydrogeologie	Oberlandesgeologe Herbert Karrenberg
V d) Baugrundgeologie	Oberlandesgeologe Herbert Karrenberg

ABTEILUNG VI: BODENKUNDE

Leiter	Oberlandesgeologe Eduard Mückenhausen
Vertreter	Landesgeologe Heinrich Wortmann
VI a) Rheinland	Oberlandesgeologe Eduard Mückenhausen
VI b) Westfalen	Landesgeologe Heinrich Wortmann

REFERATE

Leiter	Direktor Wilhelm Ahrens
R G: Geophysik	Landesgeologe Wilhelm Wolff
R A: Archiv	Geologe Richard Wolters
R B: Bücherei	Geologe Wolfgang Schmidt
R S: Sammlungen	Geologe Wolfgang Schmidt

Die Geschäftsverteilungen des AfB Hannover und seiner Landesstelle in Krefeld deuten an, dass die Gemeinschaftsaufgaben der Länder einen Schwerpunkt der Institutsarbeit bildeten. Von der sich darin widerspiegelnden Konzentration an einem „Deutschen Geologischen

Forschungsinstitut‘ (AfB Hannover/Krefeld) gingen die Geologischen Landesämter Anfang 1952 jedoch ab. Denn in ihrer Sitzung am 15. Februar 1952 kamen die GLA-Direktoren überein, bestimmte überregionale Gemeinschaftsaufgaben (Geophysik, Erdölgeologie, Mikropaläontologie, Pollenanalyse, Kohlengeologie, Petrographie einschließlich Geochemie) jeweils einem Mitgliedsamt zu übertragen, das dann für alle anderen Ämter arbeiten sollte. Folglich wurden die Gemeinschaftsaufgaben nun an folgende Geologische Ämter übertragen⁴¹¹:

1. FORSCHUNGSAUFGABEN

Amt für Bodenforschung, Landesstelle Niedersachsen	Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Geophysik, Erdölgeologie, Mikropaläontologie z.T., Petrographie z.T.
Amt für Bodenforschung, Landesstelle Nordrhein-Westfalen	Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Mikropaläontologie z.T., Pollenanalyse, Kohlengeologie
Badische Geologische Landesanstalt	Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Petrographie,
noch nicht bestimmt:	Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Petrographie, Geochemie, Hydrogeologie (Hydrologie)

2. SONSTIGE AUFGABEN

- a) Gemeinschaftsveröffentlichungen
- b) Bibliothekswesen und Tausch wissenschaftlicher Veröffentlichungen gegen Gemeinschaftsveröffentlichungen
- c) Archivwesen
- d) Förderung der internationalen Zusammenarbeit

Amt für Bodenforschung, Landesstelle Niedersachsen	Gemeinschaftsveröffentlichungen, Tausch und Vertrieb, Verwaltung und Aufbau der Gemeinschaftsbibliothek aus den eingegangenen Tauschsendungen, Förderung der internationalen Zusammenarbeit
Hessisches Landesamt für Bodenforschung	Verwaltung der Bücherei und Vertriebsstelle der ehemaligen Preußischen Geologischen Landesanstalt, Archivwesen.

Über die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben und der Forschungen der Geologischen Landesämter bestanden jedoch noch immer unterschiedliche Auffassungen. Wie Martini Anfang 1952 betonte, hatte das AfB Hannover einem Beschluss der Direktorenkonferenz folgend Anträge auf Forschungsmittel an das Bundeswirtschaftsministerium

411 Vgl. Entwurf für eine Satzung und Geschäftsordnung der Direktorenkonferenz der Geologischen Landesämter (Ämter für Bodenforschung) des Bundesgebietes, 23.1.1952, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 704, unp.; Hahn, Gemeinschaftsaufgaben (1988), S. 41 f.

weitergereicht und von der dort zuständigen Abteilung III⁴¹² erfahren, dass mit einer ersten Ausschüttung solcher Forschungsmittel noch im Jahr 1952 zu rechnen sei.⁴¹³ Tatsächlich stellte das BMWi wenige Monate später „eine erste Rate“ in Höhe von rund 300.000 DM zur Verfügung.⁴¹⁴ Dagegen bestanden über die Übernahme der Gemeinschaftsmittel auf den Etat des BMWi unterschiedliche Auffassungen. Während Kirchheimer (Baden) und Bentz (Niedersachsen) dem Plan zustimmten, waren alle anderen GLA-Direktoren dagegen. Folglich unterstützen sie letztlich ‚nur‘ den vom AfB Hannover ausgehenden Antrag, der auf eine Erhöhung der von den Ländern für die geologischen Gemeinschaftsarbeiten aufgebrauchten Mittel abzielte.⁴¹⁵

Dass sich das BMWi anschickte, die Forschungsarbeiten der Geologischen Dienste zu unterstützen, hing vermutlich auch damit zusammen, dass Bentz die Bedeutung des AfB für die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik vehement unter Beweis zu stellen versuchte und dem Ministerium bereitwillig zuarbeitete. Im Februar 1952 beispielsweise informierte er das BMWi in einem geheimen Bericht über den Geologischen Dienst der DDR. Vor dem Hintergrund der Systemkonfrontation des Kalten Krieges mahnte Bentz, dass der Westen im Vergleich zur Entwicklung im Osten zurückzubleiben drohe, wobei unterstellt werden darf, dass er mit Blick auf die von ihm angestrebte Geologische Bundesbehörde besonders drastische Worte wählte, um die Bundesbehörden aufzuschrecken und zum Handeln zu bewegen.⁴¹⁶ So betonte er, dass in der „SBZ“ über 3.000 Personen für die Dienststellen der Staatlichen

412 Die unter der Leitung von Ministerialdirektor Josef Rust (CDU) stehende Abteilung III des Bundeswirtschaftsministeriums war für Bergbau (Unterabteilung III A), Energie- und Wasserwirtschaft (III B), Eisen und Stahl (III C) und Fragen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (III D) verantwortlich. Vgl. de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 791 f.

413 Vgl. Niederschrift über die ordentliche Konferenz der Direktoren der Geologischen Landesämter der Bundesrepublik Deutschland in München, 5.2.1952, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 704, unpubl.

414 Damit folgte es dem Antrag des AfB Hannover auf Bereitstellung von Forschungsmitteln für die GLA. Hans Joachim Martini (AfB Hannover) an das AfB (Geologisches Landesamt), Krefeld, 24.11.1952, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 705, unpubl.

415 Vgl. Niederschrift über die ordentliche Konferenz der Direktoren der Geologischen Landesämter der Bundesrepublik Deutschland in München, 5.2.1952, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 704, unpubl.

416 Zur vom Ost-West-Konflikt geprägten „Rückstandsdebatte“ im bundes-

Geologischen Kommission tätig seien, die im Jahr 1951 über einen Etat in Höhe von 63 Millionen Mark verfügten. Für 1952 seien sogar Investitionen in Höhe von 105 Millionen Mark vorgesehen. Vor diesem Hintergrund kam Bentz zu dem Ergebnis, dass kein Zweifel daran bestehe,

„dass durch die straffe Organisation der Arbeiten der Geologischen Kommission und durch den großen Einsatz an Geldmitteln im Osten sowohl in der wissenschaftlichen geologischen und geophysikalischen Arbeit wie auch in der unmittelbar praktisch ausgerichteten Erfolge erzielt werden müssen, denen der Westen bei der überaus bescheidenen Ausstattung seiner staatlichen geologischen Dienststellen nur schwer etwas Gleichwertiges an die Seite stellen“

könne. Folglich erscheine es „notwendig und zweckmäßig, die im Osten neu geschaffenen Einrichtungen, die sich als erfolgreich erwiesen“ hätten, „laufend zu beobachten, um auch für unsere Arbeitsgebiete aus den erzielten Ergebnissen zu lernen“. ⁴¹⁷

Der Ost-West-Konflikt bestimmte aber nicht nur außen-, sondern auch innenpolitische Expertisen der AfB-Geologen, wobei sie auch in diesen Fällen jede Möglichkeit nutzten, um für ein geologisches Bundesamt zu werben. Vor dem Hintergrund der durch den Koreakrieg intensivierten Debatten um die Westbindung der Bundesrepublik und der damit verbundenen deutschen Wiederbewaffnung wurde 1950 das Amt Blank gebildet, aus dem 1955 das Bundesministerium für Verteidigung hervorging. Zu den Planungen des deutschen Verteidigungsbeitrages innerhalb des westlichen Bündnissystems gehörte auch der Aufbau deutscher Truppenverbände, der „unter geräuschloser Einbindung der Besatzungsmächte“ zunächst im Verborgenen erfolgte und im November 1955 in die Gründung der Bundeswehr mündete. ⁴¹⁸

Im Mai 1954 übersandte Martini dem BMWi einen Bericht über die „Entwicklung der deutschen Wehrgeologie von 1938 bis 1945“, wobei er betonte, dass es auch in diesem Fall notwendig sei „aus den

deutschen Wissenschaftssystem der 1950er Jahre vgl. Orth, *Autonomie* (2011), S. 96 f.

417 Alfred Bentz (Präsident AfB, Hannover) an Ministerialdirigent Hans Classen (BMW, Abt. III) mit Bericht: *Der Geologische Dienst in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands* (Geheim!), 23.2.1952, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77698, unpubl.

418 Rink, *Bundeswehr* (2015), S. 25–35, hier S. 29. Vgl. zudem Schlaffer/Sandig, *Bundeswehr* (2015), S. 8–20; Köhler, *Adenauer* Bd. 2 (1997), S. 64–93, 376–386.

Fehlern der Vergangenheit“ zu lernen. Dabei bezog sich Martini aber keineswegs auf die kriegerische Expansion des NS-Regimes und die Verhinderung neuer militärischer Konflikte, sondern auf die Vorbereitung eines kommenden Krieges. So machte er deutlich, dass es nach dem Neuaufbau der Wehrmacht 1933 versäumt worden sei, die von der Preußischen Geologischen Landesanstalt in Berlin und anderen Landesanstalten vorgehaltene wehrgeologische Expertise nutzbar zu machen. Zwar habe es enge Kooperationsbeziehungen zwischen den Staatsgeologen und dem Militär gegeben, die zur Institutionalisierung der Wehrgeologie unternommenen Bemühungen seien damals jedoch am Veto der Wirtschaftsverwaltung gescheitert. Dies habe dazu geführt, dass sich die Wehrmacht einen eigenen Wehrgeologenstab habe aufbauen müssen. Zu allem Überfluss habe das RWM dem Militär einen Zugriff auf das bei den GLA vorgehaltene Material verwehrt und sei erst nach dem Kriegsbeginn 1939 von dieser Auffassung abgerückt. Derartige „Fehler“, so Martini, gelte es mit Blick auf die neu zu schaffende „Wehrmacht“ zu vermeiden. So könne die „wiedererstandene Wehrgeologie (...) nur dann erfolgreich arbeiten, wenn ihr alle Ergebnisse der geologischen, geophysikalischen und bodenkundlichen Landesdurchforschung zur Verfügung“ stünden. Allerdings hielt es Martini für verfehlt, dafür eine eigene militärische Organisation zu schaffen. Vielmehr sollte das Militär „bei einer geologischen Landesanstalt mit überregionalen Arbeitsmöglichkeiten eine besondere Abteilung für diese Fragen einrichten“ und den „deutschen militärischen Dienststellen eine sachliche Weisungsmöglichkeit an diese Abteilung einräumen“. Diese Stelle sei mit „erfahrenen Landesgeologen“ zu besetzen, „die außerdem im letzten Krieg wehrgeologisch tätig“ gewesen seien und damit über die auf diesem Gebiet notwendigen Erfahrungen verfügten. „Im Kriegsfall“, so Martini weiter, könne „diese Abteilung dann unmittelbar in den Körper der Wehrmacht eingefügt werden“. Auf diese Weise würde man, anders als 1934, als derartige Pläne „leider an interministeriellen Schwierigkeiten“ scheiterten, „die Sicherheit haben, dass die neue deutsche Wehrgeologie unter geringstmöglichem Personaleinsatz mit größtmöglichem Nutzen arbeiten“ könne.⁴¹⁹

419 Hans Joachim Martini an Wilhelm Mollat (Bonn), 22.5.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unpubl. Wie Martini dem BMWi-Referenten Mollat gut drei Jahre später mitteilte, hatte das inzwischen geschaffene Bundesministerium für Verteidigung ein Referat IV A 4 gebildet, „das sich mit Fragen

Vermutlich weckten solche Zuarbeiten und Berichte des AfB Hannover das besondere Interesse des BMWi, das „zur Sicherung einer engeren Fühlungnahme mit dem Amt für Bodenforschung“ bereits Mitte 1952 darum bat, den Leiter der Unterabteilung Bergbau des Ministeriums, Ministerialdirigent Hans Classen, ins Kuratorium des AfB aufzunehmen.⁴²⁰

In den folgenden Monaten gestalteten sich die Verbindungen zwischen dem AfB und dem BMWi dann auch immer enger, wobei sich vor allem zwischen Bentz sowie Martini und dem in der Unterabteilung Bergbau des BMWi für Geologie und Forschung verantwortlichen Referenten, Ministerialrat Wilhelm Mollat (CDU), einvernehmliche Beziehungen entwickelten.⁴²¹

des militärgeographischen Dienstes“ befasste. Ebenso sei bei den verschiedenen Wehrbereichskommandos (WBK) eine „Abteilung III Mil.Geo“ mit verschiedenen Referaten eingerichtet worden, von denen die Abteilung des WBK Hannover dem AfB „eine Fülle von Wünschen geäußert“ habe. Ihnen könne man jedoch nur zum kleinen Teil nachkommen, da die damit verbundene Abgabe von Archivmaterial nicht möglich sei. Hinzu komme, dass Kirchheimer angeblich „erhebliche Anstrengungen“ unternahme, „um im Rahmen des Bundesministeriums für Verteidigung die Wehrgeologie zu organisieren und unter seine Leitung zu bringen“. Im Zusammenhang mit den zwischen dem AfB und dem BMWi „stattgehabten Besprechungen über die Frage Wehrgeologie“ schien es Martini wichtig, das BMWi über „diese Angelegenheit“ ins Bild zu setzen, wobei er es nicht unterließ, seinen süddeutschen Kollegen Kirchheimer gegenüber dem Ministerium auf subtile Weise zu diskreditieren. Martini an Mollat (BMW, Bonn), 5.4.1957, ebd., unpag. Etwas mehr als ein Jahr später schlug Martini vor, dass zwischen dem Bundesministerium für Verteidigung (Mil.Geo-Dienststelle) und der in Gründung befindlichen Bundesanstalt für Bodenforschung „eine unmittelbare Zusammenarbeit in allen die Geologie, die Geophysik, die Bodenkunde und verwandte Fachgebiete betreffenden Fragen begonnen werden möge“. Anstelle der Geologischen Landesämter sollte das Militär also nur noch einen Ansprechpartner haben. Allerdings reagierten die Mil.Geo-Vertreter ausweichend, worüber sich Martini „außerordentlich“ überrascht zeigte. Vermerk Martinis betr. Verhandlungen mit Mil.Geo., 5.6.1958, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690, unpag.

420 Kuratoriumssitzung [des AfB Hannover] am 24.6.1952, Bemerkungen [des Wirtschaftsministeriums von NRW] zur Tagesordnung, ohne Datum (Juni 1952), LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unpag.

421 Zu Mollat (geb. 1899, 1917 Abitur, 1917–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, 1917 u. 1919–1921 Studium der Staatswissenschaften in Gießen und Bonn, 1921 Promotion Gießen, 1921–1922 Wissenschaftlicher Assistent Industrie- und Handelskammer und Berg- und Hüttenmännischer Verein in Siegen, 1922–1945 Mitglied der Geschäftsführung der Fachgruppe Bergbau

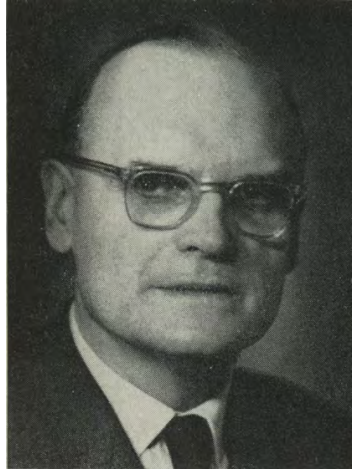


Abb. 20: Ministerialrat Dr. Wilhelm Mollat, 1950–1964 als Referent in der Unterabteilung III A Bergbau des BMWi u. a. für geologische und bergbauliche Forschung verantwortlich.

des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, ab 1934 Wirtschaftsgruppe Bergbau, 1935–1945 zudem stellvertretender Leiter der Prüfungsstelle Bergbau Berlin, 1945 im Rohstoffamt des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion erwähnt, 1945–1946 Abteilungsleiter in der Hauptabteilung Planung und Statistik der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie in Berlin (SBZ), 1947 Abteilungsleiter in der Hauptabteilung Planung und Statistik bzw. Referatsleiter in der Sonderabteilung Wirtschaftsplanung des Verwaltungsamtes für Wirtschaft des amerikanischen und britischen Besatzungsgebietes in Minden, später Frankfurt am Main, 1948 dort Referatsleiter in der Abteilung Bergbau, 1950 Ministerialrat im BMWi, Unterabteilung III A Bergbau, hier Leiter des Referats III A 3 Bergwirtschaft (außer Kohle), Geologie, Forschung, bergbauliche Sozialpolitik, 1964 Ruhestand, 1965 gestorben – 1924–1933 Mitglied DVP und Stahlhelm, nach 1933 NSRB, NSV, NSBDT (Verein deutscher Bergleute), NS-Altherrenbund), vgl. Lebenslauf Mollats, 24.2.1949, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 73549, Bl. 3; von Mollat ausgefüllter Fragebogen des Military Government of Germany – CCG (BE) Public Safety (Special Branch), 12.12.1946, ebd., Bl. 5–12; Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes mit der Wahrnehmung der Geschäfte des BMWi beauftragt (Bonn, Frankfurt am Main) an Mollat, 16.3.1950, ebd., Bl. 94; von Mollat ausgefüllter Fragebogen des Reichsverbandes Deutscher Schriftsteller e.V., 22.1.1935, BArch Berlin, R 9361-V, Nr. 29273, unp.; „Speer-Listen“, ca. 1945, BArch R 9361-VI, Nr. 6762, unp; Martini, Nachruf Mollat (1966), S. 1; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 791. Zum Personal des BMWi generell vgl. Löffler, Mahlstrom (2018), S. 87–107; ders., Strukturen (2016), S. 95–192.

Die von den Geologen des AfB gesuchte Nähe zum Bund kam nicht von ungefähr, denn im Kontext der immer weitere Kreise ziehenden Rückstandsdebatte wurden kritische Stimmen laut, die auf den „desolaten Zustand“ des bundesdeutschen Bildungssystems verwiesen und eine Aufstockung der finanziellen Mittel für die Wissenschaft forderten.⁴²² Tatsächlich hatten in der Bundesrepublik wissenschaftspolitische Belange bis dahin nicht zu den als vorrangig erachteten innenpolitischen Feldern gehört, denn sie waren von wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Problemen überlagert worden. „Nachdem die Phase des Wiederaufbaus überwunden und die größte Nachkriegsnot behoben war, zeigte sich Mitte der fünfziger Jahre, dass die Forschung in vielen Bereichen ins Hintertreffen geraten war“.⁴²³ Die dadurch ausgelösten Debatten um die Aufholung des Rückstands deutscher Forschung erreichten auch die Ebene der geologischen Ressortforschung.⁴²⁴

So erhoben die Hochschulen 1953 die Forderung, die von den Länderkultusministerien aufgebrauchten Mittel für die geologischen Gemeinschaftsaufgaben „besser für die Finanzierung der sehr schlecht dotierten Hochschul-Institute“ zu verwenden. Infolgedessen wurde der der Geschäftsführung des Bundesrechnungshofes (BRH) unterstehende „Ausschuss für Forschungsfinanzierung, Arbeitskreis I (Naturwissenschaften)“ angewiesen, diese Frage zu klären.⁴²⁵ Neben Michels (Wiesbaden) und Schindewolf (Tübingen) nahm auch Martini Stellung, der

422 Orth, *Autonomie* (2011), S. 99. Für den Bereich der Lagerstättenforschung an Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen vgl. Maucher, *Lagerstättenforschung* (1957), S. 81–100 (Wir danken Jens Thiel für den Hinweis).

423 Orth, *Autonomie* (2011), S. 96–100, hier S. 96.

424 In einer 1953 verfassten Denkschrift zur Gründung einer Geologischen Bundesbehörde betonte Bentz, dass der straff organisierte Apparat des „staatlichen Bodenforschungsdienstes“ der UdSSR über etwa 10.000 Geologen verfüge. Dagegen waren bei allen bundesdeutschen Ämtern lediglich 145 Geologen beschäftigt. Während allen Bodenforschungsanstalten der Bundesrepublik 1953 etwa 4 Millionen DM zur Verfügung standen, konnte sich die Geologische Kommission der DDR auf einen Etat von 45 Millionen Mark stützen. Bentz, Alfred: *Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung* (S. 7, 15 f.), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unp.

425 Niederschrift über die Direktorenkonferenz in Hannover, 30.3.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 705, unp. Zum Bundesrechnungshof vgl. Ullmann, *Kontrolle* (2021).

diese Möglichkeit nutzte, erneut für die Errichtung eines Bundesamts für Bodenforschung zu werben.⁴²⁶

Dabei bezog er sich nur auf die überregionalen Aufgaben, die im Rahmen der staatlichen geologischen Forschung außerhalb der Hochschulinstitute anfielen. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Höchster Vereinbarung, nach der die wichtigsten Teile der gesamten überregionalen Aufgaben im Bereich der staatlichen geologischen und verwandten Forschung eigentlich auf die Zweizonenverwaltung als Träger hätte übergehen sollen. Die Durchführung dieser Vereinbarung sei damals aber gescheitert, da ein Teil der Bundesländer Wert auf eine Finanzierung nach den Grundsätzen des Königsteiner Abkommens gelegt habe. Damit, so Martini, sei auch die Gründung des ursprünglich geplanten selbständigen überregionalen Forschungsinstituts unmöglich geworden. Hinzu komme, dass nicht nur der damals aufgestellte Katalog der Gemeinschaftsaufgaben inzwischen „erweiterungsbedürftig“ sei, es hätten sich auch große Probleme bei ihrer Finanzierung gezeigt. Der für die Durchführung der überregionalen Aufgaben verantwortliche Leiter des AfB habe „bei der Aufstellung eines Haushalts- und eines Arbeitsplanes in dem auf Grund des Königsteiner Abkommens eingesetzten ‚Plenum der Kultus- und Finanzminister der westdeutschen Länder‘ keinen Verhandlungspartner“. Er werde nicht einmal zu den Sitzungen dieser Konferenz hinzugezogen, und auch die Wirtschaftsminister der Länder könnten keinen Einfluss nehmen.⁴²⁷

Hinzu komme, dass ein „erheblicher Teil“ der inzwischen anfallenden überregionalen Aufgaben „völlig außerhalb der Interessen und der Zuständigkeit der Bundesländer“ liege. Hierzu zählte Martini die Beratung der Bundesdienststellen, durch eine staatliche geologische

426 Zu den Besprechungen des ‚Ausschusses für Forschungsfinanzierung, Arbeitskreis I (Naturwissenschaften)‘ war im Übrigen auch Mollat vom BMWi hinzugezogen worden, weshalb Wilhelm Ahrens (AfB Krefeld) die Vermutung äußerte, „dass von vornherein die Absicht“ bestanden habe, „den Bund zur Übernahme der Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben der Länder zu interessieren“. Notiz über eine Besprechung im BMWi in Bonn über Errichtung eines Bundesamts für Bodenforschung, 13.3.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unp.

427 Referat von Hans Joachim Martini über die Lösung der überregionalen Forschungsaufgaben der Geologie für die Sitzung des Arbeitskreises I (Naturwissenschaften) des Ausschusses für Forschungsfinanzierung am 24.2.1953 in Frankfurt am Main, 25.2.1953, BGR-Archiv Hannover, Nr. 31121, unp.

Forschungsstelle. Das Fehlen einer solchen Behörde habe bereits dazu geführt, dass das AfB Hannover auf Wunsch der Direktorenkonferenz eine „Leitstelle für die Beratung der Bundesdienststellen“ eingerichtet habe. Einen zweiten Schwerpunkt der überregionalen Aufgaben markierten die Beziehungen zum Ausland, wobei Martini auf die inzwischen durchgeführten Arbeiten bundesdeutscher Staatsgeologen in Griechenland, Portugal, Brasilien, Indonesien, Italien, Französisch-Marokko, im Yemen und in der Türkei verwies.⁴²⁸ Die Fortführung dieser Arbeiten stelle für das AfB jedoch ein Problem dar, denn die Landesregierungen von Niedersachsen und NRW seien nicht in der Lage, die dafür notwendigen Mittel aus ihren Landeshaushalten zu bestreiten. Auch seien sie nicht bereit, ihre wissenschaftlichen Beamten immer

428 Bentz war beispielsweise 1952 in Brasilien gewesen, wo nun im Hinblick auf dort vermutete Erdölvorkommen auch geophysikalische Messtrupps der Prakla zum Einsatz kommen sollten. Die „südamerikanischen Bestrebungen“ der AfB-Geologen hatten folgenden Grund, wie Martini Mollat mitteilte: „Sie wissen, dass wir auf die Durchführung dieser Arbeiten so großen Wert legen, weil wir der Auffassung sind, dass den deutschen geologischen und den deutschen geophysikalischen Trupps dort auch die deutsche Technik folgen wird, und dass man diesen Anfang zu einem Musterbeispiel für die allmähliche – ich möchte fast sagen für die zwangsläufige – Ingangsetzung enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit auf dem Rohstoffsektor ausbauen kann“. Martini (AfB Hannover) an Mollat (BMW), 6.6.1953, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697 unp. Im Jahr 1953 unterhielt das AfB Hannover Beziehungen zu 16 Staaten, in denen Geologen „im Auftrage der dortigen Regierungen und der in- und ausländischen Wirtschaft Arbeitsaufträge“ durchführten. Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (hier S. 36), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unp. Dabei fällt auch hier auf, dass für viele dieser Kooperationsbeziehungen zutrifft, was Frank Bösch unlängst mit dem treffenden Befund des „Deals mit Diktaturen“ beschrieben hat. Demnach setzte die „ökonomisch und kulturell nach Anerkennung, Vertrauen und Einfluss“ strebende Bundesrepublik auf ihrer exportgetriebenen Suche nach Kooperation auf einen unreflektierten „intensiven (...) Austausch mit zahlreichen Diktaturen in allen Weltteilen“ und zeigte sich vor dem Hintergrund der so genannten „Hallstein-Doktrin“ auch bemüht, die DDR außenpolitisch zu isolieren. Bösch, Deals (2024), S. 10, 12, 15, 40. Ein Beispiel dafür bot etwa ein Schreiben von Bentz, in dem er sich besorgt darüber zeigte, dass Geologen des AfB tatenlos im Sudan saßen, was er angesichts des Auftretens einer ost-deutschen Delegation „für ausgesprochen gefährlich“ hielt. Bentz an Ministerialrat Mollert (BMW, Bonn), 31.10.1955, BGR-Archiv Hannover, Nr. 136056, unp.

wieder für Auslandsaufenthalte freizustellen, die nicht im unmittelbaren Interesse beider Länder lägen.

Einen dritten Schwerpunkt erblickte Martini in wissenschaftlichen Aufgaben überregionaler Natur im Bereich der Bundesrepublik und im Ausland. Hierzu zählte er die Arbeiten an der vom BMWi finanzierten internationalen Karte von Europa, für deren Koordination Bentz als Vorsitzender der Internationalen Kartenkommission für Europa im Auftrag des Internationalen Geologenkongresses verantwortlich war. Ebenso wichtig waren viertens alle Arbeiten, die nutzbare Lagerstätten des Auslands betrafen, die Martini zufolge die Grundlage für Handelsverträge und für die gesamte Außenwirtschaft der Bundesrepublik bildeten. Zu den überregionalen Aufgaben zählte er aber auch die „grundwasserwirtschaftliche Generalplanung“, die dem offenbar wenig funktionalen hydrogeologischen Arbeitskreis des BMWi neue Impulse verleihen sollte, und Arbeiten auf dem Gebiet der Bodenkunde, denn die vom Bundesernährungsministerium zu diesem Zweck eingerichteten Arbeitsgemeinschaften reüssierten kaum. Um all diese Aufgaben durchführen zu können, müsse die als Zentrale überregionaler Forschung konzipierte Stelle schließlich auch über einen Stab ausgewiesener Spezialisten zur Entwicklung neuer Arbeitsmethoden und über die dafür notwendigen Apparaturen und Geräte verfügen. Dies alles, so Martini abschließend, zeige, dass der „Gesamtkomplex der überregionalen Bundesaufgaben auf dem Gebiet staatlicher geologischer und verwandter Forschung“ alle die Arbeiten umfasse, „die wegen ihrer Größe, ihrer sachlichen Bedeutung oder der Lage der zu bearbeitenden Gebiete (Lage in vielen Bundesländern oder im Ausland) die Möglichkeiten und Zuständigkeiten der Bundesländer sprengen“. Die Bearbeitung dieser Aufgaben „durch eine überregionale Bundeseinrichtung“ sei möglich, ohne das Länderinteressen tangiert würden. Folglich kam Martini am Ende seines Gutachtens zu dem Ergebnis, dass die Einrichtung einer solchen Institution „dringend notwendig“ sei.⁴²⁹

429 Neben ihr sollten die Geologischen Landesämter bestehen bleiben, „ohne dass der überregionalen Dienststelle eine Befehlsgewalt über die regionalen Anstalten eingeräumt“ werde. Ebenso sollte auch an der Einrichtung der Direktorenkonferenz für den Erfahrungsaustausch zwischen den Geologischen Ämtern festgehalten werden. Referat von Hans Joachim Martini über die Lösung der überregionalen Forschungsaufgaben der Geologie für die Sitzung des Arbeitskreises I (Naturwissenschaften) des Ausschusses für Forschungsfinanzierung am 24.2.1953 in Frankfurt am Main, 25.2.1953,

Infolge der Ausführungen Martinis empfahl der Arbeitskreis I (Naturwissenschaften) im Ausschuss für Forschungsfinanzierung des Bundesrechnungshofes „die Errichtung eines Bundesamtes für Bodenforschung unter Ausnutzung der Einrichtungen des Amtes für Bodenforschung in Hannover“. ⁴³⁰ Zeitgleich legte Bentz ein Exposé vor, in dem er die „Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung“ skizzierte. Unter Bezugnahme auf die Empfehlungen des Arbeitskreises plädierte er für die Schaffung eines Geologischen Bundesinstituts, dass die Aufgabe hatte, „die Wirtschaft der Bundesrepublik weiter zu stärken und die Außenwirtschaft zu intensivieren“. ⁴³¹ Es dauerte nicht lange, bis

BGR-Archiv Hannover, Nr. 31121, unpag.

430 Bei diesem Bundesamt sollte ein „Beirat aus den Direktoren der Geologischen Landesämter gebildet werden“, der das Amt bei der Durchführung seiner Aufgaben beraten und darüber wachen sollte, dass die Belange der GLA's gewahrt blieben. Niederschrift über die Direktorenkonferenz in Hannover, 30.3.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 705, unpag.; Michels (Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden) an Ahrens (AfB Krefeld), 10.3.1953, ebd., unpag.

431 Darin hob Bentz wiederholt auf die „ehemals so erfolgreiche Zusammenarbeit“ zwischen dem Reichsamt für Bodenforschung und verschiedenen Reichsbehörden ab, die seit 1945 an vielen Stellen unterbrochen war, ihm aber als Vorbild für die Schaffung einer geologischen Bundesbehörde diente, auch mit Blick auf außenwirtschaftliche (Montan-Union) und kulturpolitische Belange (Internationale Karte von Europa). Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (hier S. 19, 23 f., 39), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unpag. Dieses Exposé und seine Zielsetzung wurden von den Amtsleitern der GLA von Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz „einmütig abgelehnt“, da „sein Inhalt lediglich den Standpunkt der an der Errichtung einer mit möglichst weitgehenden Kompetenzen ausgestatteten Institution interessierte Kreise zum Ausdruck“ brachte und nicht die Wege aufzeigte, „auf denen unter Einschaltung der bestehenden Geologischen Landesämter mit geringsten Mitteln die Wünsche des Bundes nach geologischer Beratung erfüllt werden“ konnten. Aktennotiz über eine Besprechung der Amtsleiter der GLA's von Baden-Württemberg [Kirchheimer], Bayern [Arndt], Hessen [Michels] und Rheinland-Pfalz [Schottler] über das Exposé des BMWi, die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung, 11.11.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 706, unpag. Ahrens monierte, dass sich das Exposé ausschließlich mit Aufgaben für nicht ländergebundene Dienststellen oder mit überregionalen Aufgaben befasste, die es in fast jeder Sparte der Geologie gab. Wenn man dies als Bundesaufgaben ansehen wolle, bleibe „natürlich für die Landesämter neben der reinen Kartierung nur

Mollat aus Bonn mitteilte, „dass nach weiteren internen Besprechungen“ mit dem AfB in Hannover die Bergbauabteilung des BMWi beabsichtige, die Finanzierung der Gemeinschaftsarbeiten über den Etat seines Ministeriums sicherzustellen und „zur Durchführung der überregionalen Aufgaben ein ‚Bundesamt für Bodenforschung‘ ins Leben zu rufen“. Es bestehe aber nicht die Absicht, einen eigenen größeren Apparat zu schaffen, sondern das BMWi wolle sich „des Hannover’schen Amtes bedienen, und dieses bzgl. der Gemeinschaftsaufgaben unter Verfügungsrecht des Bundes mit Anweisungsbefugnis gegenüber den einzelnen Landesämtern ausstatten“.⁴³²

Gegen die solchermaßen angedachte „Vormachtstellung eines Landesamtes“ meldeten die NRW-Vertreter sofort Bedenken an. Ihnen zufolge setzte die „Schaffung eines autoritativen Bundesamtes“ eine völlige verwaltungsmäßige Trennung von Bundes- und Landesorganen voraus. Dies bedeutete, dass eine Verschmelzung von Bundesamt und Hannoverschem Landesamt für sie nicht in Frage kam. Vielmehr sollte das AfB Hannover als selbständig geleitetes, unabhängiges Landesamt fortbestehen und das Bundesamt neben ihm existieren, denn eine Fusion beider würde zu einer „Begünstigung eines Landesamtes“ führen. Letzteres würde auch die Kontrolle über die aus verschiedenen Quellen stammenden Haushaltsmittel erschweren. Dies habe sich bereits bei der „Fusion Niedersachsen-Nordrhein-Westfalen“ gezeigt, weshalb das AfB in Krefeld „bereits den Gedanken einer Zurückziehung von dem mit Niedersachsen getroffenen Abkommen erwogen“ habe.⁴³³ „Psychologisch würde eine engere Verknüpfung des ‚Bundesamts‘ mit dem Hannover’schen Amt zumal in den süddeutschen Ländern befremden, die sehr darauf bedacht“ seien, „ihre Organe nicht unter norddeutsche

die Gutachtenfabrikation, während alle eigentlichen Forschungsaufgaben Bundesangelegenheiten sein würden“. Ahrens an Michels (Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden), 13.11.1953, ebd., unp.

432 Notiz über eine Besprechung im BMWi in Bonn über Errichtung eines Bundesamts für Bodenforschung, 13.3.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unp.

433 Ebd. Tatsächlich strebte der im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium in der Abteilung III (Industrie, Forschung und Technik) für Bergbau (Abt. III/6) zuständige Referatsleiter, Ministerialrat Karl-Franz Heller, „mit Macht“ nach einer Trennung der beiden Ämter und nach der Schaffung eines eigenständigen Landesamtes für NRW. Michels (Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden) an Ahrens (AfB Krefeld), 8.6.1953, ebd., unp.; de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 804.

Führung kommen zu lassen“. Auch Michels aus Hessen teilte die von seinen Kollegen vorgebrachten Bedenken. Kirchheimer meinte, dass eine Weisungsbefugnis des Bundes gegenüber den Landesämtern nach dem Grundgesetz ausgeschlossen sei. Er erachtete „die Einschaltung zum mindesten eines Beirats aus der Direktorenkonferenz“ als notwendige Voraussetzung für die Schaffung einer geologischen Bundesinstitution.

Bentz versuchte seine aufgebrachten Kollegen zu besänftigen, indem er zu verstehen gab, dass er keineswegs an eine Weisungsbefugnis des Bundesamtes gegenüber den Landesämtern denke. „Auch er sähe die Aufgabe des Bundes im Wesentlichen in einer Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben unter Einräumung eines Mitbestimmungsrechtes, während der die Notwendigkeit einer Änderung der bisherigen Verwaltungspraxis nicht“ für angebracht hielt. Trotzdem fasste die zu diesem Zweck am 20. März 1953 in Hannover tagende Direktorenkonferenz noch keinen Beschluss zur Regelung der Neuorganisation. Vielmehr erachtete sie es als notwendig, die Landes- und die Gemeinschaftsaufgaben neu zu umgrenzen, was durch eine eigens einberufene Kommission, der Bentz, Kirchheimer und Michels angehörten, geschehen sollte.⁴³⁴

Die Ergebnisse dieser ‚Dreier-Kommission‘ bildeten die Grundlage für einen Beschluss der außerordentlichen Direktorenkonferenz vom 24. Juli 1953, durch den eine Abgrenzung der Landesaufgaben gegenüber den Gemeinschaftsaufgaben auf dem Gebiet der Geologie erfolgte.

434 Notiz über eine Besprechung im BMWi in Bonn über die Errichtung eines Bundesamts für Bodenforschung, 13.3.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unp. Kirchheimer war nach wie vor der Meinung, dass die Gemeinschaftsaufgaben vom Bund finanziert werden sollten, aber es sollte gleichzeitig festgelegt werden, dass diese Übernahme auf den Haushalt des BMWi „nicht als Vorstufe zu einem Geologischen Bundesamt, sondern lediglich als eine notwendige Forschungsmaßnahme anzusehen sei“. Michels unterrichtete seine Kollegen über ein Gespräch mit Mollat, „aus dem nicht hervorgegangen sei, dass der Bund die Gemeinschaftsaufgaben finanzieren wolle, sondern in dem betont wurde, dass der Bund eine Stelle brauche, der gegenüber er weisungs- und auftragsberechtigt sei, um über gewisse Fragen der Lagerstätten usw. Auskunft zu erhalten. Herr Mollat habe ihm [Michels] gesagt, es könne der Fall eintreten, dass ein Ministerium aus politischen Gründen einem Landesamt verbiete, dem Bund irgendwelche Auskunft zu geben“. Niederschrift über die Direktorenkonferenz in Hannover, 30.3.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 705, unp.

Die Aufgaben der Geologischen Landesämter erstreckten sich demnach auf⁴³⁵:

- a. Herstellung der Geologischen Spezialkarte der Länder im Maßstab 1:25.000 sowie sonstiger Kartenwerke für die Aufgabenbereiche b) bis h),
- b. Aufsuchen und Beurteilung von Vorkommen nutzbarer Bodenschätze mit Einschluss der Steine und Erden sowie des Wassers,
- c. Vollzug des Lagerstättengesetzes von 4. Dezember 1934 (RGBl. Teil I, S. 1223),
- d. bodenkundliche Untersuchungen,
- e. geologische und bodenmechanische Baugrunduntersuchungen,
- f. chemische, petrographische, paläontologische, hydrogeologische und geophysikalische Untersuchungen im Rahmen der Aufgabenbereiche a) bis e) und g) bis h),
- g. Beratung der staatlichen Behörden und Gemeinden sowie sonstiger Interessenten, insbesondere durch Erstattung von Gutachten innerhalb der Aufgabenbereiche a) bis f),
- h. Herausgabe von Veröffentlichungen aus den genannten Aufgabenbereichen, die Anlage von Archiven und die Sammlung der Belegstücke zur erdgeschichtlichen Vergangenheit der Staatsgebiete.

435 Siehe Hahn, Gemeinschaftsaufgaben (1988), S. 42 f. Zu den unterschiedlichen Ansichten über die Verteilung der Landes- und Gemeinschaftsaufgaben vgl. Stahl (Wirtschaftsministerium, NRW, Düsseldorf) an Präsident AfB Hannover, 11.5.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unpag.; Kirchheimer (GLA in Baden-Württemberg) an Direktion AfB Landesstelle NRW (Krefeld), 7.5.1953, ebd., unpag.; Bentz (AfB Hannover) an AfB Krefeld, 7.5.1953, ebd., unpag.; Ahrens (AfB Krefeld) an die Leiter der Abteilungen I–IV des AfB Krefeld, 13.4.1953, ebd., unpag.; Vermerk von Erich Stach (AfB Krefeld), 15.4.1953, ebd., unpag.; Vermerk von Herbert Karrenberg (AfB Krefeld) betr. evtl. Übernahme der Gemeinschaftsmittel auf den Etat des BMWi, 16.4.1953, ebd., unpag.; Vermerk von Ahrens (AfB Krefeld) betr. Abgrenzung von Landes- und Bundesaufgaben, 11.6.1953, ebd., unpag. Ahrens etwa monierte, dass in den zur Diskussion gestellten Entwürfen nicht mehr von Gemeinschaftsaufgaben sondern von Bundesaufgaben gesprochen wurde. Die für NRW wichtige Kohlengeologie stelle keinesfalls eine ausschließliche Bundesangelegenheit dar, sondern sei weiterhin als Gemeinschaftsaufgabe der Länder anzusehen. Ahrens (AfB Krefeld) an Minister für Wirtschaft und Verkehr (Bergbau-Abteilung, Düsseldorf), 11.6.1953, ebd., unpag.

Dagegen deckten die „Gemeinschaftsaufgaben“ folgende Felder ab, wobei festgelegt wurde, dass die Schwerpunkte a) bis j) nicht in den Rahmen der Landesgeologie fielen und nach Möglichkeit mit dem jeweiligen zuständigen Geologischen Landesamt abgesprochen werden sollten⁴³⁶:

- a. Geophysik
- b. Erdölgeologie,
- c. Mikropaläontologie,
- d. Kohlengeologie,
- e. Hydrologie,
- f. Bodenkunde,
- g. Sedimentpetrographie,
- h. Geochemie,
- i. Übersichtskarten,
- j. Geologie im Ausland.

Hinsichtlich der Frage der Errichtung eines Bundesinstituts für Bodenforschung gelangte die Direktoren-Konferenz allerdings zu der Auffassung, „dass im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Stellungnahme nicht ratsam“ und vielmehr abzuwarten sei, „welche Pläne die Verwaltungsbehörden zu entwickeln“ gedachten.⁴³⁷ Dieser aus Sicht von Bentz und Martini

436 Ebd. Interessant ist, dass in einem vermutlich aus der Feder von Bentz stammenden Entwurf zu dieser Vereinbarung an Stelle von „Gemeinschaftsaufgaben“ von „Aufgaben des Bundesinstituts für Bodenforschung“ gesprochen wurde. In dem Entwurf wurde auch als gegeben angesehen, dass gegen die vom BMWi „beabsichtigte Institution keine grundsätzlichen Bedenken“ bestünden und das Ministerium auch keine Weisungsbefugnis gegenüber den Geologischen Landesämtern erwäge. Siehe Errichtung eines Bundesinstituts für Bodenforschung und sein Verhältnis zu den Geologischen Landesämtern, ohne Datum (1953), LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unp. Dagegen hielt Bentz 1953 an anderer Stelle fest, die Beziehungen müssten „in einer Weise geregelt werden, die es dem Bund ermöglicht, Weisungen zu erteilen, laufend Auskünfte einzuholen und die Entwicklung der staatlichen Bodenforschung in einer Richtung zu lenken, die seinen wirtschaftlichen Interessen im Inland und im Ausland entspricht“. Bentz, Alfred: Die Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung und ihre Bedeutung (S. 26), ohne Datum (um 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 24852, unp.

437 Kirchheimer (Geologisches Landesamt von Baden-Württemberg, Freiburg)

erneute Rückschlag und die von Nordrhein-Westfalen immer offener angestrebte Trennung vom AfB Hannover hinterließen Spuren und trübten das Verhältnis zwischen beiden Häusern.⁴³⁸ Möglicherweise stand dabei im Raum, dass man sich offenbar auch in NRW mit dem Gedanken befasste, ein „Bundesinstitut in Krefeld bzw. Düsseldorf“ zu schaffen.⁴³⁹ Im Oktober 1953 warf Ahrens Hannover vor, in die Befugnisse der Leitung der Landesstelle NRW einzugreifen, sie oft vor vollendete Tatsachen zu stellen und hinter ihrem Rücken mit einzelnen Amtsangehörigen Krefelds zu verhandeln. Es sei keinesfalls so, dass das Amt in Hannover dem in Krefeld übergeordnet sei. Die übergeordnete Instanz sei allein der Präsident des AfB, dessen ständiger Vertreter Ahrens sei. Den Anlass für diese Auseinandersetzung bildete eine

an GLA für NRW (Krefeld), 27.7.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unp. In einem „Kommentar“ kennzeichneten die GLA-Direktoren im März 1954 jene Aufgaben, die über die Landesaufgaben hinaus als Gemeinschaftsaufgaben anzusehen waren, woraufhin Mollat feststellte, „dass die Bearbeitung dieser Aufgaben (...) bei einem Bundesinstitut liegen sollte“. Kommentar der Amtsleiter der GLA's in Anlehnung an die Vereinbarung vom 24.7.1953 (Kommentar zum Katalog der Gemeinschaftsaufgaben), 18.3.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 117811, Bd. 1, unp.; Vermerk Mollats, 8.7.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 137238, unp.

438 Im September 1953 besprachen Vertreter des Wirtschafts- und des Finanzressorts von NRW die Kündigung des Abkommens zwischen NRW und Niedersachsen in Bezug auf das gemeinsame Amt für Bodenforschung. Vermerk von Alfred Stahl, 8.9.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unp. Düsseldorf hielt die „Loslösung“ des GLA Krefeld von Niedersachsen „für unbedingt erforderlich“, was 1954 auch zu einem Entwurf für eine entsprechende Kabinettsvorlage führte. Siehe Vermerk des Wirtschaftsministeriums von NRW (Abt. III/6, Düsseldorf), 20.9.1954, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 6, unp.; Entwurf einer Kabinettsvorlage betr. Kündigung des Abkommens über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Amtes für Bodenforschung. Errichtung eines selbständigen GLA für NRW, ohne Datum (1954), ebd., unp.

439 Michels bat Ahrens Ende 1953 um Auskunft darüber, „wieweit Eure Bemühungen um Errichtung eines Bundesinstituts in Krefeld bzw. Düsseldorf gediehen sind“. Michels (Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden) an Ahrens (Krefeld), 10.12.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 706, unp. Schon 1950 hatte man in Düsseldorf gefragt, was dagegen spreche, Ahrens zum Präsidenten des AfB Hannover zu ernennen. Vermerk von Aurel Berg (Abt. IV/1, Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf) an Ministerialdirektor Carl Ewers (Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf), 17.10.1950, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0361, Nr. 1, unp.

Bagatelle, die Ahrens aber Veranlassung gab, um die Einhaltung von Verwaltungsabläufen und die Beseitigung von „Unklarheiten und Lücken in den Organisations- und Zuständigkeitsfragen“ zwischen Hannover und Krefeld zu bitten, woraufhin Martini seinen Kollegen in NRW ‚ostzonales‘ Verhalten vorwarf.⁴⁴⁰

In den folgenden Monaten verhandelten die Direktoren der Geologischen Landesämter über „die Absicht des Bundes, ein Bundesinstitut für Bodenforschung zu gründen“. Dabei ging es ihnen zwar nicht darum, „das von Bentz auf die Beine gestellte und geförderte Werk“ zu gefährden. Sie wollten einem „Bundesinstitut für Forschungszwecke“ aber nur dann zustimmen, „wenn ein ganz klares, von der Gesamtheit der Direktoren ausgearbeitetes Exposé“ vorlag, „in dem nun wirklich der Aufgabenkreis dieses Bundesinstituts“ und das der Länderinstitute „fest umrissen“ war.⁴⁴¹ Auch wenn Mollat auf skeptische Nachfragen der Länder zusicherte, dass sie „ihre Aufgaben ebenso wie bisher durchführen und das Verhältnis zwischen Bundesinstitut und den Landesanstalten etwa dasselbe sei, wie jetzt das Verhältnis des Amts für Bodenforschung als Leitstelle für überregionale Aufgaben und den Landesämtern“, kam das BMWi in der Sache zunächst nicht weiter.⁴⁴² Bentz führte das auf eine

440 Martini (AfB Hannover) an AfB, Landesstelle NRW (Krefeld), 16.10.1953, BGR-Archiv Hannover, Nr. 37238, unp.; Ahrens (AfB Krefeld) an Präsidenten des AfB (Hannover), 28.10.1953, ebd., unp. (Wir danken Sabine Termer, BGR, für den Hinweis auf diese Akte). Aus den dort angefügten, vermutlich auf Martini zurückgehenden handschriftlichen Bemerkungen geht u.a. hervor, dass er Ansichten bzw. Handlungen in Krefeld als „ostzonal“ ansah. Vgl. zudem Vermerk von Martini für den Herrn Präsidenten, 23.11.1953, ebd., unp.

441 Michels (Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden) an Ahrens (AfB Krefeld), 31.12.1953, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 706, unp.

442 Vermerk von Mollat (BMW, III A 3, Bonn) betr. Bundesinstitut für Bodenforschung, 9.2.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 137238, unp.; Vermerk von Franz Heller (Wirtschaftsministerium NRW, III/6, Düsseldorf) über eine Besprechung betr. Geolog. Landesämter am 11.12./13.2.1954 in Wiesbaden, 15.2.1954, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0900, Nr. 118, unp. Mollat zeigte Verständnis dafür, dass „einige Länder Sicherungen“ gegen Bestrebungen wünschten, „eine Zentralstelle nach der Art des früheren Reichsamts für Bodenforschung zu schaffen und damit die Eigenexistenz der Landesämter zu beeinträchtigen“. So erwog er die Möglichkeit, die Interessen der Länder durch ein Kuratorium des geplanten Bundesinstituts zu wahren. Vermerk Mollats, 8.7.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 137238, unp.

Hinhaltetaktik der Länder zurück und vermerkte gegenüber dem allmählich ungeduldig werdenden Mollat, dass die Umsetzung des gemeinsamen Plans „wahrscheinlich noch sehr lange Zeit dauern“ werde.⁴⁴³ Immerhin leitete Mollat Mitte 1954 aus seinen Verhandlungen mit verschiedenen Ländervertretern ab, nunmehr Haushaltsmittel für die Durchführung der Bundesaufgaben auf dem Gebiet der Bodenforschung beantragen zu können, „sei es für die Errichtung eines Bundesinstituts für Bodenforschung oder als Beitrag für die Länderaufgaben“.⁴⁴⁴



Abb. 21: Der 1953 eingeweihte Neubau des Amtes für Bodenforschung, Wiesenstraße 1, Hannover.

443 Alfred Bentz an Ministerialrat Mollat (Bonn), 23.3.1954, ebd., unpag. Mollat monierte Mitte 1954, dass es keine Bundeseinrichtung gebe, welche Aufgaben auf dem Gebiet der Bodenforschung nach den Weisungen der Bundesministerien durchführen könne. „Von keiner Seite werde noch bestritten“, dass es solche Aufgaben gebe. Folglich ergebe sich für das BMWi „die Verpflichtung“ eine derartige Dienststelle zu errichten, „die nach seinen Weisungen“ arbeite und „für diese Arbeiten auch immer zur Verfügung“ stehe. „Wenn der Bund vorbehaltlos anerkenne, dass die Länder für die Aufgaben des Landes geologische Landesämter unterhalten, so müsse erwartet werden, dass auch die Länder anerkennen, dass der Bund zur Durchführung der Bundesaufgaben ein Bundesinstitut für Bodenforschung errichte“. Vermerk von Mollat, 8.7.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 137238, unpag.

444 Ebd.

Wenige Monate später schienen sich die Dinge jedoch allmählich in die von Bentz und Mollat gewünschte Richtung zu bewegen, denn letzterer hielt im November 1954 fest, dass eine Besprechung mit Ministerialrat Karl-Franz Heller vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium ergeben habe, dass „grundsätzliche Bereitwilligkeit“ bestehe, der Errichtung eines Bundesinstituts zuzustimmen, wenn es vorher zu einer Aufgabenabgrenzung komme. Genau darüber schien nun „völlige Klarheit“ zu herrschen, denn Mollat zufolge sollten die Gemeinschaftsaufgaben (überregionale Aufgaben) durch das Bundesinstitut erfolgen. Über die „Sicherstellung der Erfüllung berechtigter Länderwünsche“ – etwa in Form eines Kuratoriums, einer regelmäßigen Festlegung des Arbeitsplans des Bundesinstituts durch Bund und Länder oder die vorherige Übertragung bestimmter Einzelaufgaben auf bestimmte Länder – bestand zwar noch kein Konsens, aber Mollat zufolge sollte die Finanzierung der Bundesaufgaben „allein durch den Bund“ erfolgen.⁴⁴⁵

Dabei arbeitete Mollat eng mit dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium in Hannover zusammen. Diesem legte er beispielsweise den Entwurf für ein Schreiben von Staatssekretär Werner Kuhne (Wirtschaftsministerium Niedersachsen) an das Bundesministerium der Finanzen (BFM) vor, verbunden mit der Bitte, mit der Absendung dieses Schreibens bis zu dem Zeitpunkt zu warten, den das BMWi mit Blick auf die Beratungen über den Bundeshaushalt für 1956 als „wünschenswert“ erachtete.⁴⁴⁶ Aus diesem Schreiben ging hervor, dass auch Niedersachsen reges Interesse an der Schaffung eines Bundesinstituts

445 Vertraulicher Vermerk Mollats betr. Bundesaufgaben auf dem Gebiete der Bodenforschung, 29.11.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 137238, unpag. In diesen Zusammenhang gehörten auch Entwürfe für einen Staatsvertrag über die Übertragung von Gemeinschaftsaufgaben der Länder auf dem Gebiete der Bodenforschung auf das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig Holstein und dem Lande Niedersachsen, ohne Datum (um 1954), LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unpag. Siehe zudem Satzung des Länderinstituts für Bodenforschung (LfB) in Hannover, ohne Datum (um 1954), ebd., unpag.; Entwurf für einen Staatsvertrag zwischen den Ländern über die Errichtung eines Länderinstituts für Bodenforschung (LfB) in Hannover, ohne Datum (um 1954), ebd., unpag.

446 Mollat (BMW, III A 3, Bonn) an Ministerialdirigent Rolf Flesmes (Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Hannover), 2.9.1955, BGR-Archiv Hannover, Nr. 137238, unpag. Vgl. auch Vermerk Mollats

für Bodenforschung habe und deswegen schon „seit langer Zeit“ mit dem BMWi verhandle. Eine Folge des Fehlens einer derartigen Einrichtung sei die Tatsache, dass sich der Bund bei der Durchführung seiner Aufgaben auf das AfB Hannover stütze. Obwohl dies zu begrüßen sei, bereite die „immer stärker werdende Inanspruchnahme“ des AfB dem niedersächsischen Wirtschaftsressort inzwischen „große Sorge“. Aus diesem Grund habe es veranlasst, dass mit Wirkung vom 1. April 1956 ab die Durchführung von Bundesaufgaben durch das AfB vom Bund finanziell abgesichert werden müsse. Das AfB dürfte als einziges GLA in der Lage sein, die Bundesaufgaben zu übernehmen, zumal das BMWi signalisiert habe, kein neues Bundesinstitut aufbauen zu wollen. Allein schon in wirtschaftlicher und sachlicher Hinsicht sei es richtiger, sich „des anerkannt ausgezeichneten Stabes und der gut ausgebauten Einrichtungen“ des AfB in Hannover zu bedienen.⁴⁴⁷ Im BMWi befassten sich die zuständigen Beamten bereits mit der Ausarbeitung des Haushaltsplans für 1956, dem nun ein „neuer Titel für Bundeszuschüsse zur Durchführung von Bundesaufgaben auf dem Gebiete der Bodenforschung“ hinzugefügt wurde. Zur Untermauerung ihrer neuen Anforderungen sollte gegenüber dem BFM besonders auf den Rückstand der Bundesrepublik im Vergleich zum Ausland (UdSSR, DDR, USA) hingewiesen werden, was wiederum dazu diene, die besonderen Bundesaufgaben auf dem Gebiet der Bodenforschung hervorzuheben (Tabelle 15).

(BMW, III A 3, Bonn) betr. Bodenforschung, 26.10.1955, BGR-Archiv Hannover, Nr. 136056, unp.

447 Entwurf für ein Schreiben von Staatssekretär Werner Kuhne (Wirtschaftsministerium Niedersachsen) an Ministerialdirektor Heinz Oeftering (Bundesministerium der Finanzen, Bonn), ohne Datum (Datum des Entwurfs 2.9.1954), BGR-Archiv Hannover, Nr. 137238, unp. Den Hintergrund dieses Briefentwurfs bildeten Verhandlungen zwischen dem BMWi und dem niedersächsischen Wirtschaftsressort, in deren Folge das BMWi in den Haushaltsanforderungen für das Rechnungsjahr 1956 gegenüber dem BFM Mittel zur Finanzierung geologischer Gemeinschaftsaufgaben geltend gemacht hatte. Über die gesamten Verhandlungen wurden Bentz und Martini von Mollat laufend unterrichtet. Vgl. Vermerk Mollats betr. Bundesaufgaben Bodenforschung, 29.8.1955, ebd., unp.

Tabelle 15: Bundesaufgaben auf dem Gebiet der Bodenforschung nach Entwürfen des BMWi zum Haushaltsplan 1956.⁴⁴⁸

Beratung der Zentralbehörden (Bundesministerien)	
Ministerium	Aufgabe
Bundesministerium für Wirtschaft	• Laufende Beratung auf dem Gebiet der Rohstoff- und Energiewirtschaft • Bergbau: Inventur der nutzbaren Lagerstätten und Vorräte, Aufbau eines Archivs über die Rohstoffvorräte anderer Länder, • Energie: Wasserversorgung, Planungsunterlagen für Wasserkraftanlagen
Bundesministerium für Finanzen	• Bewertung von Gruben- und Lagerstättenbesitz, • ständige Begutachtung, Beratung und Bewertung bei Neuaufschlüssen und bei Stilllegungen der im Bundesbesitz befindlichen Lagerstätten und Bergwerksbetriebe
Bundesministerium für Verkehr	• Bodenkundliche Beratung bei der Planung und beim Bau von Straßen, Eisenbahnen, Wasserstraßen, Talsperren, Küstensicherungsanlagen und Häfen
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	• Beschaffung bodenkundlicher Grundlagen für die land- und forstwirtschaftliche Planung, • Anpassung der Bodennutzung und Düngung an die natürlichen Bodenverhältnisse.
Bundespostministerium	• Mitarbeit bei der Planung von Rundfunk- und Fernsehanlagen, Hoch- und Tiefbau (Aufstellung von Sendemasten)
Bundesministerium für Verteidigung	• Beratung auf dem Gebiet der Wehrgeologie • Unterirdische Lagerung von Mineralöl (Edholm-Verfahren)⁴⁴⁹

448 ORR Hans Lüert (BMW, III A 3, Bonn) an Referat Z 1 (BMW, Bonn) betr. Haushaltsplan 1956: neuer Titel für Bundeszuschüsse zur Durchführung von Bundesaufgaben auf dem Gebiete der Bodenforschung (mit Anlage I: Bundesaufgaben auf dem Gebiete der Bodenforschung, Bundesaufgaben im engeren Sinne), 22.9.1955, ebd., unp. Als Anlage II waren zudem „Gemeinschaftsaufgaben der Länder“ aufgeführt, die in den Aufgabenkatalog des Bundesinstituts aufgenommen werden sollten. Eine detailliertere Auflistung der Arbeiten des AfB Hannover findet sich in Arbeiten des AfB Hannover, 11.5.1956, ebd., unp.

449 Vgl. dazu Vermerk Mollats (BMW, III A 3) betr. Bundesaufgaben Bodenforschung, 23.9.1956, ebd., unp. Wie Bentz 1959 betonte, habe das AfB auch „bei den Verhandlungen über den Saarvertrag, bei vielen Fragen, die mit der Integration der europäischen Wirtschaft und mit der europäischen

Bundesaufgaben auf dem Gebiet der Bodenforschung im Ausland	
Aufgabe	Erläuterung
Aufnahme und Vertiefung wissenschaftlicher Auslandsbeziehungen	• Wissenschaftlicher Austausch mit fast 300 Auslandsstellen in den meisten Ländern der Welt, • Besuch ausländischer Geologen aus mehr als 30 Ländern, Ausbildung ausländischer Wissenschaftler
Auslandsarbeit	• Lagerstättenuntersuchungen, • Anforderung technischer Hilfeleistungen, • Aufbau geologischer Dienste • (z.Zt. Aufträge in 16 Staaten der Welt und Verhandlungen mit zehn weiteren Staaten).
Heranbildung von Auslandsgeologen	
Wissenschaftliche Beratung	• Zusammenfassung der Ergebnisse der Auslandsarbeiten als Grundlage für die Aufnahme, Ausweitung und Vertiefung internationaler wirtschaftlicher Beziehungen.

Tatsächlich waren die vom BMWi eingereichten neuen Haushaltstitel bereits im September 1955 erstmals Gegenstand eingehender Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium. Wie der Ministerialbeamte Hans Lüert Martini vertraulich mitteilte, bestand bei den Herren des Finanzressorts aber „weitgehende Unkenntnis“, was die Verhandlungen schwierig gestaltete. Zwar wurde im Hinblick auf die Bundesaufgaben des AfB (Beratung der Zentralbehörden, Auslandsaufgaben) Übereinstimmung erzielt, jedoch meldete das BFM bei den Gemeinschaftsaufgaben Zweifel an. Denn es ging davon aus, diese seien Sache der Länder, letztere aber lediglich bestrebt, „Kosten auf den Bund abzuwälzen“. Folglich kam es in dieser Frage zu keiner Einigung. Da der Titel aber neu in den BMWi-Haushalt aufgenommen werden sollte, wurde er ohnehin Gegenstand einer „Chefsprechung“, also einer Verhandlung zwischen den einzelnen Ministerien, so dass nach den Worten Lüerts „noch nichts verloren“ war. Immerhin war in der ganzen Angelegenheit nun aber eine „erste Bresche“ geschlagen, und Lüert versicherte Martini, dass Berg- und Haushaltsabteilung des BMWi „an einem Strang“ zögen und ihren Teil zur besseren Unterrichtung des BFM beitragen

Wirtschaftsgemeinschaft“ zusammenhängen, mitgewirkt. Alfred Bentz: Rede zur Einweihung der Bundesanstalt für Bodenforschung gehalten in Hannover am 27. April 1959, in: Geologisches Jahrbuch Bd. 76, Hannover 1959, S. XXXI-XLIV, hier S. XLIII.

würden.⁴⁵⁰ Auch Bentz machte sich dafür stark, beim AfB eine Auslandsabteilung einzurichten und im Etat des BMWi einen Fonds für Auslandsaufgaben einzustellen.⁴⁵¹

Diese Bemühungen fruchteten, denn wie Mollat im Mai 1956 festhielt, wurde dem AfB Hannover im Rechnungsjahr 1956 ein Bundeszuschuss in Höhe von 300.000 DM zur Verfügung gestellt. Da das BMWi aber davon ausging, dass das Amt „in Zukunft in erheblich höherem Maße als bisher in Anspruch genommen“ werde, kam es darauf an, die Zuwendungen für das Haushaltsjahr 1957 deutlich zu erhöhen.⁴⁵²

Allerdings kam Gegenwind aus Bayern, dessen Wirtschaftsminister sich gegen alleinige Bundesmittel für Hannover aussprach.⁴⁵³

450 Aktennotiz von Elly Schroeder betr. Ferngespräch mit ORR Hans Lüert (BMW), 22.9.1955, ebd., unp.; Vermerk Martinis für Präsident Bentz betr. Haushaltsverhandlungen in Bonn, 22.9.1955, ebd., unp.; Martini an ORR Lüert (BMW, Bonn), 22.9.1955, ebd., unp. Vgl. auch Vermerk von Mollat (BMW, III A3, Bonn) betr. Bundesaufgaben Bodenforschung, 23.1.1956, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unp. Mitte Januar 1955 hatte der Verwaltungsausschuss der Vertragschließenden des Abkommens über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen (Königsteiner Abkommen) zudem die Bildung einer Kommission angeregt, die das anteilmäßige Verhältnis der Landes- zu den Gemeinschaftsaufgaben in der Arbeit des AfB Hannover klären sollte. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass nicht alle vom AfB reklamierten überregionalen Aufgaben als allein von ihm zu bearbeitende Gemeinschaftsaufgaben anzusehen seien. Gutachtliche Stellungnahme von Greifeld (Stuttgart), Heigl (München) und Wegener (Kiel) betr. Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben der GLA beim AfB in Hannover, September 1956, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unp.

451 Alfred Bentz an Wilhelm Mollat (BMW, Bonn), 9.12.1955, BGR-Archiv Hannover, Nr. 136056, unp.; Vermerk von Bentz für die Verwaltung des AfB Hannover, 28.10.1955, ebd., unp.; Mollat an Bentz, 7.10.1955, ebd., unp.

452 Vermerk Mollats (BMW, III A 3, Bonn) betr. Durchführung der Bundesaufgaben auf dem Gebiete der Bodenforschung, 9.5.1956, BGR-Archiv Hannover, Nr. 137238 unp. Zu den Planungen für 1957 vgl. Aufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des AfB auf dem Gebiet der Bundesaufgaben im Rechnungsjahr (RJ) 1957, ebd., unp.; Übersicht über die Aufteilung der fortdauernden Einnahmen und Ausgaben des AfB für das RJ 1957 auf die Gemeinschaft der westdeutschen Länder und das Land Niedersachsen, ebd., unp.

453 Genau genommen ging es dabei um Bundesmittel für geophysikalische und geochemische Untersuchungen auf dem Gebiet der Gewinnung von Uranerzen, die dem AfB Hannover (Studiengesellschaft) zufließen sollten. Wie das bayerische Wirtschaftsministerium zu verstehen gab, habe Bayern derartige

Zudem wurden die Verhandlungen durch die nach wie vor im Raum stehende Trennung Nordrhein-Westfalens von Niedersachsen erschwert, die von NRW zum 31. März 1957 in Aussicht genommen wurde.⁴⁵⁴ Damit stellte sich auch die Frage, „in welchem Umfange dem AfB in Hannover für 1957 und später Mittel aus dem Königsteiner Abkommen für die Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben auf dem Gebiete der Bodenforschung zur Verfügung“ stehen sollten. Das BMWi und das niedersächsische Wirtschaftsministerium strebten nach der Errichtung eines Bundesinstituts für Bodenforschung in Hannover, das die Einrichtungen des AfB Hannover übernehmen und gleichzeitig die Aufgaben des Landes Niedersachsen durchführen sollte. Allerdings befürchtete das BFM, dass eine Reihe von Ländern bei der Errichtung eines Bundesinstituts „Schwierigkeiten“ machen würden. Seien diese nicht zu überwinden, bliebe nur der Weg, das AfB in Hannover als eine Einrichtung des Landes Niedersachsen bestehen, es dessen Aufgaben durchführen zu lassen und auf Grund eines Vertrages zwischen Bund und Niedersachsen mit der Durchführung von Bundesaufgaben zu beauftragen. Mollat sah es als Aufgabe der Bergabteilung und seines Fachreferates im BMWi an, „die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Bundesstellen ein personell und einrichtungsmäßig ausreichend ausgestattetes Bodenforschungsinstitut in Anspruch nehmen“ konnten.⁴⁵⁵

Im Oktober 1956 verständigten sich Hannover und Krefeld über die Trennung, wobei festgelegt wurde, dass die ehemalige Landesstelle Krefeld künftig „nahezu ausschließlich Landesaufgaben von Nordrhein-Westfalen einschließlich Kohlengeologie“, Hannover dagegen die

Untersuchungen selbst in Angriff genommen, womit die Bitte einherging, Bayern aus den vorgesehenen Bundesmitteln einen Teil für seine Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Vgl. Otto Bezold (Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, München) an Bundesminister für Atomfragen (Bad Godesberg), 21.2.1956, BGR-Archiv Hannover, Nr. 137238, unpag.; BMWi (II D 2) an Bundesminister für Atomfragen (Bad Godesberg), 14.3.1956, ebd., unpag.

454 Ahrens begründete den Trennungswunsch mit einer vielerorts bestehenden „Abneigung gegen den borealen Block“. Die in die Gründung des Doppelinstituts gesetzten Erwartungen hätten sich nicht „bestätigt, statt Rationalisierungseffekten seien „nur Erschwerungen“ eingetreten. Ahrens (AfB, Landesstelle Krefeld) an Herman Kohlhaase (Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes NRW, Düsseldorf), 7.7.1956, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unpag.

455 Vermerk Mollats (BMWi, III A 3, Bonn) betr. Durchführung der Bundesaufgaben auf dem Gebiete der Bodenforschung, 9.5.1956, ebd., unpag.

Landesaufgaben von Niedersachsen sowie die Gemeinschafts- und Bundesaufgaben übernehmen sollten.⁴⁵⁶ Infolgedessen trat das Abkommen zwischen beiden Ländern zum 31. März 1957 außer Kraft.⁴⁵⁷ Während sich das Krefelder Institut ab 1. April 1957 als Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen bezeichnete, wurde das Amt für Bodenforschung in Hannover in Anpassung an die neue Lage mit Wirkung vom selben Tag als eigenständige Behörde des Landes Niedersachsen fortgeführt.⁴⁵⁸

Zu diesem Zeitpunkt stand bereits seit längerem fest, dass es alsbald auch zur Gründung einer Bundesanstalt für Bodenforschung (BfB) kommen sollte, und zwar „in enger Anlehnung“ an das AfB in Hannover.⁴⁵⁹ Mit Blick darauf hatte Bentz beispielsweise im Februar 1957 für Unruhe unter seinen Kollegen gesorgt, als er versuchte, Zugriff auf die ehemalige RfB-Bibliothek zu erhalten, die vom Hessischen GLA verwahrt und betreut wurde. So vertrat er den Standpunkt, dass „kein Zweifel daran“ bestehe, „dass das gesamte, aus dem Eigentum des Reichsamtes für Bodenforschung stammende Material heute Eigentum der Bundesregierung“ sei. Allerdings sei die künftige BfB nicht daran interessiert, die ehemalige RfB-Bibliothek in Besitz zu nehmen. Gleichwohl machte Bentz Ansprüche auf Teile derselben geltend, indem vorschlug, dem BfB „den Auslandsteil von Archiv und Lagerstättenkartei“ und die im Hessischen Landesamt ebenfalls vorhandenen ausländischen Karten zu übergeben.⁴⁶⁰ Die ihm vom Bund erstmals zur Verfügung gestellten 300.000 DM hatte Bentz im Übrigen dazu verwendet, Geologen ins Ausland

456 Vermerk des Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr betr. Abkommen über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Amtes für Bodenforschung vom 1.4./17.5.1950, hier Auseinandersetzung aus Anlass des Ausscheidens des Landes NRW zum 31.3.1957, 9.10.1956, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unpubl.

457 Bekanntmachung der Landesregierung des Landes NRW (Düsseldorf) betr. die Kündigung des Abkommens über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Amtes für Bodenforschung zwischen den Ländern Niedersachsen und NRW (...), 16.10.1956, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 240, unpubl.

458 Vgl. auch Hänel/Homilius, *Dokumente* (1998), S. 89, 82 f., 119, 126.

459 Vermerk von Alfred Bentz betr. Auffassung des AfB zur Frage der Besitzverhältnisse an Bibliothek und Archiv des ehemaligen Reichsamtes für Bodenforschung, 14.2.1957, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690, unpubl.

460 Ebd. Aus dem ersten Tätigkeitsbericht der BfB von 1960 geht hervor, dass ihr vom Hessischen Landesamt „das gesamte aus 515 Aktenordnern, 13 Rollen und 26 Mappen bestehende Lagerstättenarchiv des ehemaligen

zu schicken, was von ihm und Martini wiederum genutzt wurde, die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Auslandsarbeiten prominent zu vermarkten und den Nutzen des geplanten BfB unter Beweis zu stellen (Tabelle 16). Die auf diese Weise geknüpften Beziehungen zu Indien veranlassten Vertreter des BMWi sogar zu der Einschätzung, Bentz könne „geradezu als Botschafter der Bundesrepublik bei Nehru angesehen werden“.⁴⁶¹

Tabelle 16: Beispiele für die wirtschaftliche Auswirkung von Auslandsarbeiten des Amtes für Bodenforschung (April 1957).⁴⁶²

Land oder Gremium	Wirkung durch Arbeiten des AfB
Economic Commission for Asia and the Far East (ECAFE)	Beschluss des Mineral Resources-Sekretariats der ECAFE, die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Braunkohle- und Torflagerstätten Ost-Asiens von deutschen Sachverständigen bearbeiten zu lassen
Indonesien	AfB- und BMWi-Bearbeitung von Fragen des Kohlen- und Zinnerzbergbaues sowie der Errichtung einer Eisen- und Stahlindustrie in Indonesien. Vergabe von Aufträgen für die technische Neuplanung der Gewinnung und des Transports der Kohle von Bukit Assam (Süd-Sumatra) und für die Planung einer eigenen Eisen- und Stahlindustrie. Im Ergebnis dessen Aufträge im Wert von 162 Mio. Dollar nach Deutschland vergeben und zum Teil schon ausgeführt
Japan	Erteilung eines Auftrages („einige Mill. DM“) an eine deutsche geophysikalische Gesellschaft
Thailand	Erteilung eines Auftrages zur Durchführung von Vorarbeiten für die Errichtung einer eigenen Eisen- und Hüttenindustrie an die Fa. Krupp
Syrien	Erteilung einer großen Erdölkonzession an die Deutsche Erdöl AG
Saudi-Arabien	Untersuchung großer Gipsvorkommen, Aufträge für die Errichtung von Gipswerken sind an die deutsche Industrie erteilt bzw. werden erteilt
Sudan	Vorarbeiten betr. Wasserversorgung führten zur Erteilung eines großen Planungsauftrages für den Nilausbau an die Firma Siemens

Reichsamtes für Bodenforschung“ übergeben worden war. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Dezember 1959 bis zum 31. März 1960, Hannover 1960, S. 36 f., BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

461 Wilhelm Ahrens an Elly Schröder (AfB Hannover) mit anliegendem Referat von Ministerialrat Ludwig Kattenstroth (BMW) über eine in Gründung befindliche Bundesanstalt für Geologie oder Bodenforschung am 16.10.1957 in Hannover, 8.11.1957, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unp.

462 Hans Joachim Martini (AfB Hannover): Beispiele für die wirtschaftliche Auswirkung von Auslandsarbeiten des Amtes für Bodenforschung, 26.4.1957, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unp.

Griechenland	Aufträge an deutsche Firmen für die Errichtung des Bauxit-Bergbaues bei Eleusis, des Braunkohlenbergbaues in Griechisch-Mazedonien und der Eisenerzgewinnung und -verarbeitung in Mittelgriechenland. Der Bauxitbergbau ermöglichte z. T. die Wiederingangsetzung der deutschen Aluminiumindustrie
Italien	Geophysikalische Untersuchungen („mehrere Mill. DM“) durch deutsche Industrie sowie Beteiligung der deutschen Industrie an sizilianischen Kalisalzkonkessionen
Brasilien	Enge Zusammenarbeit zwischen brasilianischer Erdölgesellschaft (Petrobras) sowie anderen staatlichen Stellen und deutscher Industrie (Erdöl- und Eisenerzexplorationen). Allein für geophysikalische Untersuchungen Aufträge in Höhe von 5 Mill. DM an deutsche Firmen erteilt

Die ständigen Eingaben des BMWi und des AfB blieben sicher nicht ohne Wirkung. Wichtiger jedoch dürfte gewesen sein, dass inzwischen auch Bundeskanzler Konrad Adenauer vom Nutzen einer Geologischen Bundesanstalt überzeugt schien und in dieser Hinsicht Druck machte. Wie der Leiter der Bergbauabteilung im BMWi, Ministerialdirektor Ludwig Kattenstroth, zugab, war es Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard „völlig gleichgültig, wieviel nachgeordnete Stellen in seinem Ministerium vorgesehen“ seien, er lege „nur Wert darauf, dass diese Aufgaben im Rahmen seiner wirtschaftspolitischen Linie erledigt“ würden. Ihm waren von Adenauer nach dessen Persienreise vom Frühjahr 1957 Vorwürfe gemacht worden, „weil die zur Beurteilung verschiedener Dinge notwendigen Daten nicht ausreichend vorgelegen“ hätten. Aus diesem Grund habe der Bundeskanzler bestimmt, „dass die organisatorischen Fragen sofort“ zu lösen seien, woraufhin die Bemühungen zur Schaffung der BfB erheblich Fahrt aufnahmen.⁴⁶³ Auf Grund der Erörterungen über Persien und der Ergebnisse einer Reise des Vizekanzlers Franz Blücher (FDP) nach Indien befasste sich am 23. Juli 1957 schließlich der Kabinettsausschuss für Wirtschaft der Bundesregierung unter Leitung Blüchers mit der Errichtung einer Bundesanstalt für Bodenforschung.⁴⁶⁴

463 Wilhelm Ahrens an Elly Schröder (AfB Hannover) mit anliegendem Referat von Ministerialrat Ludwig Kattenstroth (BMW) über eine in Gründung befindliche Bundesanstalt für Geologie oder Bodenforschung am 16.10.1957 in Hannover, 8.11.1957, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unp.

464 Den Gegenstand hatte nicht das BMWi, sondern Vizekanzler Blücher auf die Tagesordnung gesetzt. Vgl. ebd. Zur Sitzung selbst siehe 71. Sitzung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft am Dienstag, den 23. Juli 1957, in:

Die Grundlage bildete eine Vorlage des BMWi, in der gefordert wurde, im Kabinett zu klären, „ob die Sicherung der Bundesaufgaben“, etwa die Ausbildung und der Einsatz von Geologen im Ausland sowie die Beratung der Bundesressorts hinsichtlich „Bodenschätze[n] und Bodengestaltung“, durch eine Erhöhung des Zuschusses an das AfB Hannover entsprechend dem Vorschlag des BFM oder durch die Errichtung einer Bundesanstalt erreicht werden sollte, wie sie das BMWi vorsah.⁴⁶⁵ Wie Mollat im Kabinettsausschuss berichtete, dränge Niedersachsen auf eine Erklärung des Bundes, „in welcher Form die Neuordnung gedacht sei“. Dabei sei die in der Vorlage vorgeschlagene Aufgabenstellung das bisherige Ergebnis der Verhandlungen mit den Ländern, die sämtlich erklärt hätten, „nicht in der Lage zu sein, Landesgeologen für die Durchführung von Bundesaufgaben zur Verfügung zu stellen“. „Bei dem Umfang der Bundesaufgaben im Ausland sei daher der Bund darauf angewiesen, ebenso wie die Länder für ihre Landesaufgaben Landesanstalten gegründet hätten, eine Bundesanstalt zu errichten“. Als Beispiel für die „wirtschaftliche Auswirkung der Arbeit deutscher Geologen im Ausland“ verwies Mollat darauf, dass infolge von nur drei Auslandsreisen nach Indonesien Aufträge im Wert von über 150 Millionen DM in die Bundesrepublik vergeben worden seien. Folglich gehe der Antrag des BMWi dahin, „eine Bundesanstalt zur Durchführung der Auslandsaufgaben und zur unmittelbaren Beratung der Bundesministerien in den sie berührenden zentralen Fragen zu errichten“ und das BMWi mit den Vorarbeiten zur Errichtung der Bundesanstalt zu betrauen. Wie die Wortmeldungen aller Ministerialvertreter zeigten, bestand nahezu einhellige Zustimmung zur Errichtung einer BfB, woraufhin das BMWi beauftragt wurde, eine Kabinettsvorlage vorzubereiten und darin auch die organisatorischen Strukturen der neuen Behörde darzulegen.⁴⁶⁶

Die Entscheidung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft fiel fast genau auf den 60. Geburtstag von Bentz, dem zu diesem Anlass neben Ehrenmitgliedschaften in wissenschaftlichen Vereinigungen und Hochschulen vom Bundespräsidenten Theodor Heuss das Große

Bundesarchiv: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Kabinettsausschuss für Wirtschaft, Bd. 3/ 1956–1957 (<https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/protokoll/e9037254-f216-4ac1-81f8-3996f2dc3bab>, eingesehen am 10.12.2024).

465 Ebd., Anm. 2.

466 Ebd.

Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen wurde.⁴⁶⁷ Die Feierlichkeiten konnten jedoch nicht überdecken, dass nach wie vor deutliche Vorbehalte gegen eine Expansion der BfB bestanden, die sogar als „Unsicherheitsfaktor“ bezeichnet wurde, da von ihr ausgehende Eingriffe in Länderbefugnisse befürchtet wurden. So vertrat das NRW-Wirtschaftsministerium die Auffassung, dass eine Auslastung der BfB durch Auslandsarbeiten nicht absehbar und es demzufolge besser sei, einen Stab von Geologen für Tätigkeiten im Ausland in den Landesämtern zur Verfügung zu halten, was die BfB im Grunde überflüssig machte.⁴⁶⁸ Wenn es schon zur Gründung der BfB kommen sollte, sei unbedingt zu vermeiden, dass diese „an eines der bestehenden Geologischen Landesämter angelehnt werde“. So sah man es in NRW lieber, „die Gemeinschaftsaufgaben der Länder in der zu gründenden Bundesanstalt mit erledigen zu lassen, als eine Ehe zwischen einem Geologischen Landesamt und der Bundesanstalt bei gleichzeitiger Erledigung der Gemeinschaftsaufgaben zuzugeben“. Immerhin habe sich NRW nicht zuletzt deswegen von Niedersachsen getrennt, „um für alle Länder die gleichen Voraussetzungen für eine gemeinsame Arbeit auf diesem Gebiet zu schaffen“.⁴⁶⁹

Die endgültige Entscheidung fiel in der Kabinettsitzung der Bundesregierung am 3. September 1957, an der auch Bundeskanzler Adenauer teilnahm.⁴⁷⁰ Wie BMWi-Staatssekretär Ludger Westrick in

- 467 Vgl. Urkunde zur Ernennung von Alfred Bentz zum Ehrensenator der Universität Tübingen, 26.7.1957, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42880, Bl. 52; Urkunde zur Ernennung von Bentz zum Ehrenmitglied der Paläontologischen Gesellschaft, 26.7.1959, ebd., Bl. 53; Urkunde zur Ernennung von Bentz zum Ehrenmitglied der Naturhistorischen Gesellschaft Hannover, 24.7.1957, ebd., Bl. 54; Ansprache zur Trauerfeier für Herrn Präsidenten a. D. Prof. Dr. Dr. hc. Dr. h.c. Alfred Bentz am 10.7.1964 gehalten von Präsident Prof. Dr. H. J. Martini, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 42881, unpag.; Vermerk Mollats (BMWi, III A 3, Bonn) betr. Feier zum 60. Geburtstag von Professor Dr. Bentz, 30.7.1957, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unpag. Der Wirtschaftsverband Erdölgewinnung e.V., Hannover finanzierte die Drucklegung einer Festschrift für Bentz. Vgl. Kehrler u.a. (Red.), Festschrift (1957).
- 468 Carl Ewers (Wirtschaftsministerium, NRW) betr. Bundesanstalt für Bodenforschung, 7.8.1957, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unpag.
- 469 Franz-Karl Heller (Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Düsseldorf) an Ahrens (GLA Krefeld), 28.8.1957, ebd., unpag.
- 470 In der dieser Sitzung zugrunde liegenden Vorlage hatte das BMWi „die Errichtung eines Bundesinstituts in organisatorischer Anlehnung an das

der Sitzung deutlich machte, war der Vorschlag des BFM, „die in Rede stehenden Aufgaben“ der geplanten Bundesanstalt dem AfB Hannover zu übertragen, „nicht annehmbar“, denn es gehe vor allem um die Auslandsaufgaben der zu gründenden Bundesanstalt.⁴⁷¹ Das vom BMWi entworfene Verwaltungsabkommen mit dem Land Niedersachsen sehe vor, dass der Leiter des niedersächsischen AfB in Hannover Präsident der Bundesanstalt werde und im unbezahlten Nebenamt auch das AfB leite. Der Bundesminister des Innern (BMI) verwies auf den Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung und bat zu prüfen, ob das neue Amt nicht auch mit der Bundesanstalt für Landeskunde in Remagen verbunden werden könne. Zu diesem Zweck regte er an, ein Gutachten des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung einzuholen. Dagegen verwiesen Westrick und Adenauer darauf, dass die Anstalt in Remagen nichts mit den geologischen Aufgaben der neu zu gründenden Bundesanstalt zu tun habe. Wie Kanzler Adenauer betonte, gehe es darum, „fähige Fachleute und eine gute Organisation bei der Erforschung der Bodenschätze auch im Auslande zur Verfügung zu haben. Dies sei im Interesse des deutschen Ansehens und der deutschen Wirtschaft geboten“. Infolgedessen kam das Kabinett überein, dass die Bundesminister des Auswärtigen, der Finanzen und der Wirtschaft mit

niedersächsische Amt für Bodenforschung beantragt. Es sollte Forschung auf Bundesebene betreiben und die Entsendung geologischer Sachverständiger ins Ausland zentral steuern“. Mit den Auslandsaufgaben sollte das Institut zur Durchführung außenwirtschaftlicher Projekte der Bundesregierung insbesondere im Rahmen der Entwicklungshilfe beitragen. Hierzu und im Folgenden 194. Kabinettsitzung am Mittwoch, den 3. September 1957, in: Bundesarchiv: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 10/ 1957 (<https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/protokoll/b433f004-fd3c-40a0-b4ec-53add678827e>, eingesehen am 10.12.2024).

471 Was aus den Protokollen der Kabinettsbesprechungen nicht hervorging war, dass der Bundesfinanzminister mit der Gründung der BfB „nicht einverstanden“ war, da nach seiner Ansicht „ein oder zwei Länder“ ebenfalls in der Lage seien, die damit verbundenen Aufgaben zu bearbeiten, während sich die übrigen Länder finanziell hätten beteiligen können. Dagegen bestand im BMWi und im Außenministerium der Wunsch, „dass eine Stelle in der Bundesrepublik“ für die Arbeiten auf dem Gebiet der Bodenforschung im Ausland verantwortlich zeichnete. Wilhelm Ahrens an Elly Schröder (AfB Hannover) mit anliegendem Referat von Ministerialrat Ludwig Kattenstroth (BMWi) über eine in Gründung befindliche Bundesanstalt für Geologie oder Bodenforschung am 16.10.1957 in Hannover, 8.11.1957, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unp.

dem Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung „ein gemeinsames Gespräch führen“, ohne jedoch „ein ausführliches Gutachten“ anzufordern, da dies „zu zeitraubend“ sei. Das BMWi sollte dann „gemäß dem Besprechungsergebnis verfahren“. In der zu diesem Zweck am 18. September 1957 anberaumten Ressortbesprechung wurde der Vorschlag des BMI (Fusion Remagen-Hannover) „einmütig abgelehnt“, womit der Weg zur Errichtung einer eigenständigen Bundesanstalt für Bodenforschung frei war.⁴⁷²

Das Ergebnis der Besprechung wurde bald ‚nach unten‘ durchgestochen und sorgte auf der Ebene der Geologischen Landesämter erneut für Unruhe. Wie Franz Michels seinem Kollegen Ahrens in Krefeld streng vertraulich mitteilte, sei ihm von einem „höheren Beamten des Bundesrechnungshofes“ mitgeteilt worden, dass im Bundeskabinett die Errichtung einer BfB beschlossen worden sei. Die neue Behörde solle einen Personalstamm von 95 Mitarbeitern und einen Gesamtetat von rund 1,6 Millionen DM erhalten. Auch über die Organisation der neuen Anstalt, die eine Auslandsabteilung, Landesreferate für die jeweiligen Erdteile und Länder, eine Abteilung zur Beratung der Bundesministerien sowie „Laboratorien für Sedimentpetrographie, Mikropaläontologie, Geochemie und Geophysik“ erhalten sollte, war Michels im Bild. Neben Bentz als Präsident solle Martini als Vizepräsident „auch die Leitung der Landesaufgaben für Niedersachsen“ übernehmen. Nach seiner Meinung über die Notwendigkeit eines solchen Amtes befragt, habe Michels gemeint, dass bei entsprechender Verstärkung des Personals in Hannover und entsprechender Zuschüsse des Bundes durchaus die Möglichkeit bestehe, über das AfB die Wünsche des Bundes zu erfüllen. In diesem Fall würde auch „keine Gefahr für irgendwelche Kollisionen zwischen den vom Bund gewünschten Aufgaben und den Länderaufgaben“ bestehen.

Hierauf jedoch habe er, Michels, das für ihn Neue erfahren, nämlich dass Mollat in seiner Kabinettsvorlage ausgeführt habe, „dass Niedersachsen es ablehne, derartige Wünsche des Bundes zu erfüllen“.

472 194. Kabinettsitzung am Mittwoch, den 3. September 1957, in: Bundesarchiv: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 10/ 1957 (<https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/protokoll/b433f004-fd3c-40a0-b4ec-53add678827e>, eingesehen am 10.12.2024); Wilhelm Ahrens an Elly Schröder (AfB Hannover) mit anliegendem Referat von Ministerialrat Ludwig Kattenstroth (BMW) über eine in Gründung befindliche Bundesanstalt für Geologie oder Bodenforschung am 16.10.1957 in Hannover, 8.11.1957, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unp.

Daraus ergab sich für Michels die Frage, „ob nicht andere, Bonn viel näher gelegene Landesämter bereit wären, mit einer entsprechenden finanziellen Unterstützung des Bundes“ derartige Aufgaben zu übernehmen. Denn er sah nicht ein, „warum Niedersachsen ein Privileg haben sollte, allein die Wünsche des Bundes erfüllen zu können“. Darüber hinaus ergaben sich Michels zufolge noch „eine ganze Reihe von Fragen“. Betreibe die BfB eine Abteilung Laboratorien mit Geophysik, sei beispielsweise unklar, ob die Landesämter überhaupt noch Interesse hätten, auf dem Weg der Gemeinschaftsaufgaben Forschungen auf dem Gebiet der Geophysik zu finanzieren. Es sei „natürlich ein zweischneidiges Schwert“, auf die Gemeinschaftsaufgaben zu verzichten. An einem jedoch sei unbedingt festzuhalten: Würden die Länder Gemeinschaftsaufgaben finanzieren, sollte man mit deren Durchführung ein Landesamt beauftragen „und nicht eine Institution, die vollkommen anders konstituiert“ sei, als die übrigen geologischen Ämter. Darüber hinaus hegte Michels die Befürchtung, dass in den Statuten der BfB verankert werde, dass jene Länder, die kein eigenes Geologisches Landesamt wünschten, gegen einen entsprechenden Beitrag geologisch von der Bundesanstalt betreut werden könnten, wobei er süffisant hinzufügte: „Dass dieser Beitrag bei dem Land, an dem dieses zuerst durchexerziert wird (vielleicht ist es Niedersachsen gemeinsam mit Bremen), wesentlich geringer sein dürfte, als der Durchschnittssatz der übrigen Landesämter, dessen glaube ich dann sicher zu sein.“⁴⁷³

Auch Kirchheimer, der von Michels ebenfalls informiert wurde, sah „in der Angelegenheit schwarz“. Er meinte, der Stellenplan der BfB sei „hinsichtlich der Dotation des Präsidenten und der drei Abteilungsdirektoren als Kader für größere Aufgaben anzusehen, da die beantragten sonstigen Stellen keinesfalls die höhere Einstufung rechtfertigen“ könnten. Die Abteilung „Landesreferate“ des BfB sei zur „Betreuung“ der Geologischen Landesämter gedacht. Mit der Errichtung der BfB in der beabsichtigten Form und durch ihre Verbindung mit dem Landesdienst in Niedersachsen erhalte die Institution „eine Vormachtstellung“. Kirchheimer riet sogar, „künftig keiner Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben das Wort zu reden“, denn dies würde nur die Position der mit dem niedersächsischen Landesdienst gekoppelten Bundesanstalt für

473 Franz Michels (Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden) an Wilhelm Ahrens (Krefeld), 27.9.1957, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unp.

Bodenforschung nutzen. Man solle sich „vollkommen auf die Tätigkeit im Lande zurückziehen“ und künftig nur noch bestrebt sein, „auch auf den Gebieten der bisherigen Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu werden“.⁴⁷⁴

Hinter all dem stand die Sorge, dass die Schaffung der BfB den ersten Schritt „zur Gründung eines neuen ‚Reichsamtes für Bodenforschung‘“ darstellte, was Mollat als ‚geradezu erschreckenden Gedanken‘ bezeichnete und von sich wies. Wie er betonte, konnte sich die Bundesanstalt nach der vom BMWi vorgesehenen Konstruktion nicht in die Dinge einmischen, die nur die Länder angingen. In dieser Hinsicht seien auch die Verhandlungen mit dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium geführt worden. So seien selbständige Stellen- und Organisationspläne vorgesehen, „aber eine enge Zusammenarbeit in personeller und sachlicher Beziehung“. Zudem sei der Fokus der BfB auf die Auslandstätigkeit gerichtet.⁴⁷⁵

Bentz, Martini und das BMWi bemühten sich in den folgenden Monaten um den Aufbau der neuen Anstalt.⁴⁷⁶ So wurde erwogen sich bei der Auslandsarbeit der BfB auch auf Mitarbeiter anderer Geologischer

474 Franz Kirchheimer (Geologisches Landesamt Baden-Württemberg, Freiburg) an Michels (Wiesbaden), 30.9.1957, ebd., unp.

475 Wilhelm Ahrens an Elly Schröder (AfB Hannover) mit anliegendem Referat von Ministerialrat Ludwig Kattenstroth (BMW) über eine in Gründung befindliche Bundesanstalt für Geologie oder Bodenforschung sowie abschließenden Ergänzungen von Ministerialrat Mollert am 16.10.1957 in Hannover, 8.11.1957, ebd., unp.

476 Im April 1958 übersandte Martini den GLA den Organisations- und Stellenplan der BfB. Martini (AfB Hannover) an Bayerische GLA (München), GLA Hamburg, Hessisches Landesamt für Bodenforschung (Wiesbaden), GLA NRW (Krefeld), GLA Rheinland-Pfalz (Mainz), GLA des Saarlandes (Saarbrücken), GLA Schleswig-Holstein (Kiel-Wik), 11.4.1958, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unp. Welche Probleme dabei bestanden, zeigte die Personalie Hans Closs, der für das AfB Niedersachsen vorgesehen war. Da die für ihn vorgesehene Haushaltsstelle vom Land Niedersachsen abgelehnt wurde, sahen sich Bentz und Martini gezwungen, ihn auf eine Abteilungsleiterstelle in der BfB zu setzen. Dies, so die Prognose von Martini, werde „einen Sturm der Entrüstung bei den Geologischen Landesämtern auslösen“. Die Direktoren der Landesämter hätten ihm erst während der letzten Direktorenkonferenz erklärt, dass sie das AfB „nunmehr doch für ehrlich“ hielten, nachdem sie gesehen hätten, dass Hannover nicht versuche, die Geophysik aus dem Bereich der Gemeinschaftsaufgaben herauszulassen und sie in die BfB zu überführen. Auf Grund dieser Tatsache hätten sie von sich aus vorgeschlagen, nunmehr wieder für eine Ausweitung der Gemeinschaftsaufgaben zu kämpfen. Wenn Closs nun aber „zum

Landesanstalten zu stützen, was jedoch bis auf NRW von allen anderen Anstalten abgelehnt wurde.⁴⁷⁷ Gleichzeitig forcierte man die Suche nach einem Grundstück, denn das 1953 bezogene Dienstgebäude des AfB Hannover in der Wiesenstraße 1 (Abb. 21) erwies sich für die Zwecke der Bundesanstalt für Bodenforschung „als völlig unzureichend“. Darüber hinaus ging Martini davon aus, dass das Gebäude nach Ablauf des bestehenden Mietvertrages im Jahr 1962 vom Eigentümer, der Prakla, in Anspruch genommen werde. Folglich suchte man nach einem neuen Areal für einen Neubau, der geeignet war, sowohl die BfB als auch das niedersächsische Landesamt aufzunehmen.⁴⁷⁸

Darüber hinaus mussten nach wie vor bestehende Unstimmigkeiten organisatorischer Art aus der Welt geschafft werden.⁴⁷⁹ Dies betraf vor allem die Abgrenzung der Arbeitsbereiche zwischen den Geologischen Landesämtern und der BfB.⁴⁸⁰ Allerdings bestand bei zumindest

Bund überführt“ werde, würde dies „als ein ausgesprochener Angriff gegen die Gemeinschaftsaufgaben der Länder und gegen die ‚Selbständigkeit der Landesämter‘ angesehen werden“. Martini (AfB Hannover) an Mollat (Bonn), 11.4.1958, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unpag.

477 Vertrauliche Notiz von Wilhelm Ahrens über eine Besprechung im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Düsseldorf am 10.10.1957 betr. Bundesamt für Bodenforschung, 14.10.1957, ebd., unpag. Zum Aufbau eines Personalstocks für Auslandsarbeiten siehe auch Entwurf Martinis für ein Referat zu Punkt B der Tagesordnung der am 27.3.1958 beim BMWi abgehaltenen Sitzung über eine ‚Förderung des wirtschaftlichen Aufbaues der Entwicklungsländer‘, 9.5.1958, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690, unpag.

478 Der Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft hatte dem AfB Hannover 400.000 DM für den Neubau eines geochemischen Laboratoriums zur Verfügung gestellt. Martini an BMWi (III A 3), 10.12.1957, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unpag. Das Dienstgebäude in der Wiesenstraße konnte den Raumbedarf des AfB schon längst nicht mehr decken, weswegen das Amt zusätzliche Räume in der Straße am Emmerberg, in der Falkenstraße und in der Mendelsohnstraße angemietet hatte. Martini (AfB Hannover) an Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr, 5.12.1957, ebd., unpag. Vgl. auch Vermerk Martinis betr. Geochemisches Labor für Uran- und Thoriumprospektion, 14.4.1958, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690, unpag.

479 Vgl. etwa Vermerk von Franz-Karl Heller (Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf) betr. Länderkonferenz Geologie am 11.6.1958 in Hannover, 24.6.1958, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unpag.

480 Vgl. Ahrens (Krefeld) an Ministerialdirigent Franz-Karl Heller (Wirtschaftsministerium NRW, Düsseldorf) mit anliegenden Überlegungen betr. Verwaltungsabkommen Geologische Landesämter und Bundesamt

einem Teil der GLA-Direktoren die Auffassung, dass Hannover „eine sachliche Zusammenarbeit“ mit den anderen Geologischen Landesämtern eigentlich ablehnte. Wie sehr sich beispielsweise das ehemals freundschaftliche Verhältnis zwischen Bentz und Ahrens inzwischen gewandelt hatte, zeigte die Feststellung des letzteren, der nach einem erneuten unerfreulichen Schriftwechsel zwischen Hannover und Krefeld an Martini schrieb: „Dass ich diese Sache mit Herrn Bentz friedlich bereinigen könnte, kann ich nach den zahlreichen Missverständnissen der letzten Jahre leider nicht hoffen“.⁴⁸¹

Das „restlos verlorengegangene Vertrauen“ zu Hannover hing auch mit den aus Sicht einzelner Direktoren ‚skandalösen‘ Abwerbungsversuchen von Bentz und Martini zusammen, denen Michels beispielsweise vorwarf, „ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Amtsleiter aus den Landesämtern die besten Kräfte mit dem Hinweis auf bessere Entwicklungsmöglichkeiten und höhere Amtsstellen – die ein Landesamt nicht geben“ könne – abzuwerben.⁴⁸² Abgesehen von dem Vorwurf, das AfB Hannover höhle die Geologischen Landesämter personell systematisch aus, entstand zudem der Eindruck, dass es mit Blick auf die BfB beabsichtigte, auch in originäre Länderaufgaben – etwa Kartierung, Paläontologie, Hydrogeologie und Geochemie – einzugreifen.⁴⁸³ Franz-Karl Heller vom NRW-Wirtschaftsministerium war der

für Bodenforschung, 12.7.1958, ebd., unp.

- 481 Wilhelm Ahrens (Krefeld) an Hans Joachim Martini (AfB Hannover), 7.8.1958, ebd., unp. Den Hintergrund bildete ein Schreiben von Ahrens an Bentz, in dem dieser darum bat, ein von einem AfB-Geologen erstelltes, das Land NRW betreffendes Gutachten auch an das GLA in Krefeld für dessen Archiv zu schicken. Auf die Frage, warum dies nicht unmittelbar nach Fertigstellung des Gutachtens geschehen sei, hatte Bentz ungehalten reagiert. Vgl. Ahrens an den Präsidenten des AfB Hannover, 17.7.1958, ebd., unp.; Bentz (AfB Hannover) an Ahrens (GLA Krefeld), 19.7.1958, ebd., unp.
- 482 Wilhelm Ahrens (Krefeld) an Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes NRW (Abt. I, Düsseldorf), 26.9.1958, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unp.; Franz Michels (Hessisches Landesamt für Bodenforschung, Wiesbaden) an Hans Joachim Martini (AfB Hannover), 4.6.1958, ebd., unp.; Aktennotiz von Michels, 2.6.1958, ebd., unp.
- 483 Auszug aus einem Schreiben von Hans Joachim Martini (AfB Hannover) an Franz Michels, 2.6.1958, ebd., unp. Über einen zur Klärung gedachten Telefonanruf von Bentz hielt Ahrens fest, dass er Bentz „noch nie so klein und hässlich erlebt habe“, wie bei diesem Gespräch. „Die für sein Verhalten übliche Bezeichnungsweise“ vertrage „höchstens noch das Telefon. Schriftdeutsch ausgedrückt dürfte der Tatbestand der arglistigen Täuschung wohl

Meinung, dass der Haushalt der Bundesanstalt so überzogen war, „dass Überschneidungen mit Länderaufgaben unvermeidlich“ seien. Zwar solle man der Bundesanstalt ausreichende Mittel für alle Bundesaufgaben zur Verfügung stellen, aber im Übrigen für die Stärkung der Landesämter sorgen“. Ahrens hegte die Befürchtung, dass das „Übermaß, das für Bundesaufgaben nicht verwandt werden“ könne, „nur zu weiteren Unzuträglichkeiten (Abwerbungen übelster Art und dergl.)“ führe, wie man „sie in den letzten Monaten mehr als reichlich erlebt“ habe. Zwar war sich Ahrens darüber im Klaren, dass eine Kürzung der Mittel für die BfB nicht automatisch eine Verstärkung der Mittel für die Landesämter bedeutete. Folglich bestanden nach seiner Ansicht im Hinblick auf die Entwicklung der geologischen Ressortforschung in der Bundesrepublik „auf die Dauer nur zwei Möglichkeiten“:

„Bundesanstalt mit ausreichenden Mitteln für Bundesaufgaben und Länderanstalten mit ausreichenden Mitteln für Länderaufgaben, einschließlich der notwendigen Forschungen oder eine zentrale Bundesanstalt mit Zweigstellen in den Ländern, die damit Verwaltungsbezirken, wie es ehemals die preußischen Provinzen waren, gleichgestellt werden“.

Diese Entwicklung sah Ahrens im November 1958 durch die Bestrebungen Bonns und Hannovers „erheblich vorwärts getrieben“. ⁴⁸⁴ Und genau vor diesem Hintergrund verkündete der Bundesanzeiger, dass Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard durch Erlass vom 26. November 1958 die Errichtung der Bundesanstalt für Bodenforschung verfügt habe, die am 1. Dezember 1958 ihren Dienstbetrieb aufnehmen sollte. ⁴⁸⁵

voll erfüllt sein“. Ahrens an Michels, 1.9.1958, ebd., unpag. Zur möglichen intendierten Übernahme von Gemeinschaftsaufgaben auf das BfB vgl. Wilhelm Ahrens (Krefeld) an Minister für Wirtschaft und Verkehr des Landes NRW (Abt. I, Düsseldorf), 26.9.1958, ebd., unpag.; Vermerk Martinis betr. Hydrogeologie als Gemeinschaftsaufgabe, 12.7.1958, BGR-Hannover, Nr. 77690, unpag.; Vermerk Martinis betr. Geochemie als Gemeinschaftsaufgabe, 21.4.1958, ebd., unpag.

484 Wilhelm Ahrens (Krefeld) an Franz Kirchheimer (GLA in Baden-Württemberg, Freiburg), 24.11.1958, LA NRW Abteilung Rheinland, Duisburg, NW 0764, Nr. 214, unpag.

485 Vgl. Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 89.

5 Die Bundesanstalt für Bodenforschung 1958–1962

Einer der ersten, die Bentz zur Schaffung der BfB gratulierten, war ausgerechnet „Staatssekretär a. D.“ Wilhelm Keppler. Er zeigte sich darüber informiert, dass Bentz „seit längerem bemüht“ gewesen war, „wieder eine Vereinigung der geologischen Arbeit der einzelnen Länder durchzuführen“ und sprach seinem ehemaligen Untergebenen „zu dem nun erzielten Erfolg“ seine Glückwünsche aus. Für Keppler war es „natürlich auch eine gewisse Befriedigung“, dass nun seine „Bemühungen, die geologische Arbeit innerhalb des Reiches zusammenzufassen, nachträglich als richtig anerkannt“ worden seien. Allerdings wäre es „einfacher gewesen, das ehemalige Reichsamt beizubehalten und nicht erst die Aufteilung durchzuführen“.⁴⁸⁶ Bentz widersprach Keppler, denn die geologische Arbeit der deutschen Länder war „leider“ nicht wieder in einer Behörde zusammengefasst worden. Die Geologischen Landesdienste bestünden nach wie vor, und es sei in dieser Beziehung sogar ein „gewisser Rückschritt“ erfolgt, denn „die Ehe zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen“ sei geschieden worden. Immerhin bestehe die Personalunion mit dem Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung, „da nur auf diese Weise der Nachwuchs der Bundesanstalt entsprechend geschult werden“ könne. Im Übrigen seien auch die Gemeinschaftsaufgaben geblieben und es gehöre „nun schon eine gewisse akrobatische Geschicklichkeit dazu zu unterscheiden, ob ein Problem vom Land, von der Gemeinschaft der Länder oder vom Bund bearbeitet werden“ solle. Organisatorisch sei „dies sicher nicht die beste Lösung“, aber es sei „die einzige“ gewesen“, „die bei dem Egoismus“ seiner „lieben Kollegen in den Ländern zu verwirklichen“ gewesen sei. Aber immerhin sei es endlich gelungen, die Geologie „nunmehr auch in Bonn“ zu verankern.⁴⁸⁷

486 Wilhelm Keppler (Staatssekretär im Auswärtigen Amt a.D., Lindau) an Präsident Alfred Bentz (BfB Hannover), 30.4.1959, BGR-Archiv Hannover, Nr. 25758, unpag.

487 Bentz an Staatssekretär Keppler (Lindau), 11.5.1959, ebd., unpag.

Der amtierende Wirtschaftsminister Ludwig Erhard hatte es sich nicht nehmen lassen, zusammen mit dem Bundesminister für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft, Siegfried Balke (CSU), dem Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr, Alfred Kubel, und dem Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Landwirtschaft und Forsten, Hanns Deetjen, sowie weiteren hochrangigen Vertretern aus Bundes- und niedersächsischen Ministerien an der Einweihungsfeier am 27. April 1959 in Hannover teilzunehmen. Martini nutzte diese Gelegenheit, um eine reibungslose, nahezu zwangsläufige Entwicklung hin zur BfB zu suggerieren.⁴⁸⁸ So hätten die wirtschaftlichen Kontakte zum Ausland und die Notwendigkeit, den Entwicklungsländern beim Wirtschaftsausbau zu helfen, das BMWi gezwungen, sich „einen ständigen wissenschaftlichen Berater und Helfer für alle Fragen der Bodenforschung“ zu suchen. Auch die Niedersächsische Landesregierung habe gegenüber den Wünschen der Bundesregierung großes Verständnis gezeigt und Wissenschaftler des AfB für die Aufgaben des Bundes zur Verfügung gestellt. Als das Ausmaß dieser Beauftragungen aber so groß geworden sei, dass die Durchführung der niedersächsischen Landesaufgaben sichtbar zu leiden begonnen habe, sei durch einen jährlichen Zuschuss des Bundes zum Haushalt des AfB bei diesem eine Auslandsabteilung eingerichtet worden, aus der nun die BfB entstanden sei. Brisant war die Behauptung Martinis, dass es „besonders erfreulich“ sei, „dass diese Gründung im vollen Einvernehmen zwischen Bund und Ländern erfolgte und dass auch zwischen der neuen Bundesanstalt und den Geologischen Landesämtern von Anfang an ein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis“ bestehe. Dem fügte er hinzu, dass die neue Anstalt „zweifelsohne (...) auf alle Zweige der Bodenforschung in der Bundesrepublik befruchtend wirken“ werde, und „sicherlich (...) auch eine Verstärkung für die Breite und für die Dichte der Forschungsarbeit“ darstelle. Eine Aussage, die sicher geeignet war, bei vielen der anwesenden GLA-Direktoren bestehende Vorurteile gegen die neue Einrichtung zu bestätigen.⁴⁸⁹

488 Immerhin räumte Bentz in seiner Rede zur Einweihung ein, dass die Verhandlungen, die zur Schaffung der BfB geführt hätten, „oft nicht einfach gewesen“ seien. Bentz, Rede (1959), S. XXXI.

489 Martini, Gründung (1959), S. XXIX f.

Wie ihrem Gründungserlass zu entnehmen ist, hatte die BfB drei Hauptaufgaben:

1. Durchführung geologischer Untersuchungen im Ausland, soweit solche Aufgaben auf Grund zwischenstaatlicher Beziehungen anfielen,
2. Beratung der Bundesministerien in Fragen der Bodenforschung,
3. Durchführung wissenschaftlicher Arbeiten auf dem Gebiet der Bodenforschung.⁴⁹⁰

Im Einzelnen gliederte sich die Bundesanstalt im Sommer 1959 wie folgt:

ORGANISATIONSPLAN DER BUNDESANSTALT
FÜR BODENFORSCHUNG, STAND 1. AUGUST 1959⁴⁹¹

Präsident	Alfred Bentz
Vizepräsident	Hans Joachim Martini
ABTEILUNG I: AUSLANDSARBEITEN	
Leiter	Leitender Direktor Arnold Cissarz
UNTERABT. I/1 FACHREFERATE	
Referat I/1 a: Grundsatzfragen	Oberregierungsgeologe Wolfgang Fricke
Referat I/1 b: Wissenschaftliche Grundlagen	Regierungsgeologe Daniel Wirtz
Referat I/1 c: Nutzbare Lagerstätten (außer Öl)	Regierungsgeologe Hannfrit Putzer
Referat I/1 d: Erdöl	Geologe Friedrich Bender
Referat I/1 e: Hydrogeologie	Geologe Hubert Kleinsorge
Referat I/1 f: Ingenieurgeologie	Geologe Ernst Habetha
UNTERABT. I/2 LÄNDERREFERATE	
Referat I/2 a: Europa	Geologe Hans-Just Walther
Referat I/2 b: Amerika	Geologe Reinhard Wolfart
Referat I/2 c: Afrika	Geologe Gottfried Gabert
Referat I/2 d: Vorderer und Mittlerer Orient	Geologe Konrad Reul
Referat I/2 e: Ostasien und Australien	Regierungsgeologe Fritz Baum

⁴⁹⁰ Vgl. Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 89.

⁴⁹¹ Organisationspläne und Personalbestand (1959), S. XLV–XLVIII.

ABTEILUNG II: LABORATORIEN

Leiter	Leitender Direktor Hans Closs
Vertreter	Direktor Hans Rudolf von Gaertner
Referat II a: Mineralogisch-petrograph. Lab.	Mineraloge Franz-Jörg Eckhardt
Referat II b: Geochemisches Laboratorium	Wilhelm Harre
Referat II c: Allg. geophysikalisches Lab.	Herbert Flathe
Referat II d: Lab. für Radioaktivität	Geophysiker Immo Wendt

ABTEILUNG III: BERATUNG DER BUNDESMINISTERIEN UND FORSCHUNG

Leiter	Direktor Wolfgang Schott
Referat III a: Geologische Grundfragen	N.N.
Referat III b: Angewandte Geologie	Helmut Venzlaff
Referat III c: Paläontologie	Oberregierungsgeologe H. Hiltermann
Referat III d: Bodenkunde	Oberregierungsgeologe Ernst Schönhals
Referat Verwaltung	
Leiter	Regierungsoberamtmann Franz Reinhart
Vertreter	Regierungsamtmann Friedrich Krause

Im Zuge der Gründung der BfB wurde ein Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und dem Land Niedersachsen geschlossen.⁴⁹² Darin wurde eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesanstalt und dem AfB Hannover, das am 1. April 1959 in das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung (NLfB) überging, festgelegt. Das Abkommen sah die Personalunion der Amtsleitung für beide Behörden und die gegenseitige Nutzung von Personal, Geräten und Gebäuden vor. Es erstreckte sich darüber hinaus auf die durch das Königsteiner Abkommen von 1949 dem AfB zugewiesene Durchführung „Geowissenschaftlicher Gemeinschaftsaufgaben“.⁴⁹³ Das NLfB gliederte sich im April 1959 wie folgt⁴⁹⁴:

492 Vgl. Verwaltungsabkommen betr. die Errichtung einer BfB vom 17./26.11.1958 zwischen dem Bund (BMWi) und dem Land Niedersachsen (Niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Verkehr), in Hänel/Homilius, Dokumente (1998), S. 90 f.

493 Vgl. Hänel/Kürsten/Schmid, Aufgaben (1998), S. 25.

494 Zum Beschluss des Niedersächsischen Landesministeriums über die Errichtung des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung und die Auflösung des Amtes für Bodenforschung vom 13.1.1959 siehe ebd., S. 120.

ORGANISATIONSPLAN DES NIEDERSÄCHSISCHEN LANDESAMTES FÜR BODENFORSCHUNG, STAND APRIL 1959⁴⁹⁵

Präsident	Alfred Bentz
Vizepräsident	Hans Joachim Martini

GEMEINSCHAFTSAUFGABEN UND DAMIT VERBUNDENE LANDESAUFGABEN

Leiter	Gerhard Richter-Bernburg
--------	--------------------------

ABTEILUNG I: GEOPHYSIK

Leiter	Hans Closs
Vertreter	Franz Hallenbach
Referat I a: Gravimetrie	Hans-Jürgen Dürbaum
Referat I b: Magnetik	Albrecht Hahn
Referat I c: Seismik	Walter von zur Mühlen
Referat I d: Geoelektrik	Franz Hallenbach
Referat I e: Isotopengeophysik	Joachim Homilius
Referat I f: Gesteinsphysik	Hans-Jürgen Dürbaum
Referat I g: Geothermik u. Bodenluftmessungen	Oskar Kappelmeyer
Referat I h: Technisches Laboratorium	Karl Deppermann
Referat I i: Theorie und Mathematik	Joachim Homilius

ABTEILUNG II: ERDÖL

Leiter	Friedrich Kühne
Vertreter	Heinz Boigk
Referat II a: Grundlagenfragen der Erdölgeologie	Heinz Boigk
Referat II b: Erdölgeolog. Austausch u. Statistik	Friedrich Kühne
Referat II c: Monats- und Jahresberichte	Erich Malzahn
Referat II d: Erdöl in Niedersachsen	Karl Hoffmann

ABTEILUNG III: MINERALOGIE, PETROGRAPHIE UND GEOCHEMIE

Leiter	Wilhelm Hollstein
--------	-------------------

495 Vgl. Friedrich Krause (AfB Hannover) an Regierungsdirektor Schulz (Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Hannover) mit angefügten Organisationsplänen des BfB und des NLfB, NHStA Hannover, Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 127, unp.

Vertreter	Karl-Heinz Sindowski
Referat III a: Wissenschaftliche Grundlagen	Wilhelm Hollstein
Referat III b: Geo- und Bodenchemie	Hans Fastabend
Referat III c: Allg. Petrographie u. Sedimentologie	Karl-Heinz Sindowski
Referat III d: Kristallstrukturuntersuchungen	Hans-Hermann Schmitz

NIEDERSÄCHSISCHE LANDESAUFGABEN

Leiter	Hans Joachim Martini
Vertreter	Gerhard Richter-Bernburg

ABTEILUNG IV: GEOLOGISCHE UND BODENKUNDLICHE KARTIERUNG UND WISS. ARBEITEN

Leiter	Konrad Richter
Vertreter	Wilhelm Hollstein
Referat IV a: Koordinierung wiss. Arbeiten	Konrad Richter
Referatsgruppe IV/1: Gebirgslandgeologie	Harras Schneider
Referat IV/1 a: Geologie des Grundgebirges	Harras Schneider
Referat IV/1 b: Geol. d. präquart. Deckgebirges	Curt Dietz
Referatsgruppe IV/2: Flachlandgeologie	Konrad Richter
Referat IV/2 a: Allgemeine Quartärgeologie	Gerd Lüttig
Referat IV/2 b: Moor- u. Limnogeologie	Wilhelm Hollstein
Referatsgruppe IV/3: Bodenkunde	Wilhelm Hollstein
Referat IV/3 a: Allgemeine Bodenkunde	Günter Roeschmann
Referat IV/3 b: Angewandte Bodenkunde	W. Müller

ABTEILUNG V: NUTZBARE LAGERSTÄTTEN

Leiter	Gerhard Mempel
Vertreter	Harras Schneider
Referat V a: Grundlagenfragen	Gerhard Mempel
Referat V b: Eisenerze	Harald Waldeck
Referat V c: Nichteisenerze	Harras Schneider
Referat V d: Feste Brennstoffe	Gerhard Mempel
Referat V e: Salz und Kali	Gerhard Richter-Bernburg
Referat V f: Industriemineralien, Steine u. Erden	Armin Graupner

ABTEILUNG VI: HYDROGEOLOGIE

Leiter	Rudolf Wager
Vertreter	Wolfgang Richter
Referat VI a: Grundlagenfragen	Rudolf Wager
Referat VI b: Landesgrundwasserdienst	Wolfgang Richter
Referat VI c: Hydrogeologische Kartierung	Friedrich Preul
Referat VI d: Wasserversorgung	Wolfgang Richter
Referat VI e: Heil- und Mineralquellen	Rudolf Herrmann
Referat VI f: Grundwasserbeschaffenheit	Friedrich Preul
Referat VI g: Abwasser-, Wasserentzug, Immission, Be- u. Entwässerung	Friedrich-Karl Mixius
Referat 1: Paläontologie und Sammlungen	Karl Hoffmann (Leiter)
Referat 2: Ingenieurgeologie	Arno Manig (Leiter)
Referat 3: Archive	Curt Dietz (Leiter)
Referat 4: Veröffentlichungen	Harras Schneider (Leiter)
Referat 5: Kartographie	Harras Schneider (Leiter)
Referat Verwaltung	Franz Reinhart (Leiter)
	Friedrich Krause (Vertreter)
Außenstelle Bremen	Theodor Weverinck (Leiter)

BEZIRKSBEARBEITER FÜR DIE ABTEILUNGEN IV, V, VI
UND DIE REFERATE 1 UND 2

Regierungsbezirk Aurich	Theodor Weverinck
Regierungsbezirk Osnabrück	Wolfgang Richter
Regierungsbezirk Hildesheim	Friedrich-Karl Mixius
Verwaltungsbezirk Oldenburg	Theodor Weverinck
Regierungsbezirk Hannover	Wolfgang Richter
Harz	Harras Schneider
Regierungsbezirk Stade	Heinz Henrici
Regierungsbezirk Lüneburg	Friedrich Preul
Verwaltungsbezirk Braunschweig	Friedrich Preul

„Um einen organischen, die Führungskräfte nicht überfordernden und auf einen brauchbaren Nachwuchs bedachten Aufbau der BfB zu erreichen“, war vorgesehen, die „personelle Arbeitsbasis der Anstalt“ in vier Schritten zu erreichen. So sollte 1958 in einem ersten Schritt die Abteilung I „Auslandsarbeiten“ aufgebaut werden. Im folgenden Haushaltsjahr sollte dann die Laborabteilung (Abteilung II) „einsatzfähig“ gemacht werden. Für das Jahr 1960 war eine „Pause im Aufbau“ vorgesehen, während im Haushaltsjahr 1961 dann der „Basisaufbau der Abteilung III (Forschung und Beratung)“ folgen sollte. Da die Gründung der BfB jedoch erst gegen Ende des Jahre 1958 erfolgte, wurde der für 1959 vorgesehene zweite Schritt auf das Haushaltsjahr 1960 verschoben. Infolgedessen verzögerte sich der personelle Aufbau der BfB, die im Jahr 1959 lediglich in ihrer Abteilung I einen basalen Personalstamm aufwies, während die Abteilung II nur in einzelnen Referaten ausreichend besetzt und die Abteilung III im Grunde noch nicht arbeitsfähig war.⁴⁹⁶ So geht aus den Unterlagen der BfB hervor, dass verschiedene ihrer Abteilungen und Referate „durch die Nichtbewilligung der für 1960 beantragten neuen Stellen“ nicht oder nur beschränkt arbeitsfähig waren. Darüber hinaus gab es verschiedene Arbeitsbereiche (Referate der Unterabteilung Länderreferate), „in denen die Durchführbarkeit bestehender Arbeitsverpflichtungen im Ausland in Frage gestellt“ war.⁴⁹⁷

Wie Bentz in seiner Rede zur Einweihung der BfB betonte, sollten der neuen Einrichtung zunächst 54 Wissenschaftler und 86 Hilfskräfte zur Verfügung stehen, während das Niedersächsische Landesamt zur Durchführung der Landes- und der Gemeinschaftsaufgaben über 77 Wissenschaftler und 127 Hilfskräfte verfügen sollte. Insgesamt sollten in beiden Behörden demnach 131 Wissenschaftler und 213 Hilfskräfte beschäftigt werden.⁴⁹⁸ Aus den internen Unterlagen der BfB geht jedoch hervor, dass der von ihr vorgesehene personelle „Grundaufbau“, der sogar 63 Wissenschaftler und 113 Hilfskräfte (= 176 Mitarbeiter) vorsah, durch das Ausbleiben der dafür notwendigen Haushaltsmittel

496 Streckenweise musste die BfB für ihre Arbeiten auch auf das Personal des NLFb zurückgreifen. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Dezember 1959 bis zum 31. März 1960, Hannover 1960, S. 1, 29, BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643 (Wir danken Sabine Termer, BGR, für den Hinweis).

497 Organisationsplan der BfB für das Rechnungsjahr 1960 mit Bemerkungen über die Folgen der „durch Nichtbewilligung der für 1960 beantragten neuen Stellen“, BGR-Archiv Hannover, Nr. 121679, Bl. 2.

498 Bentz, Rede (1959), S. XXXIII.

bis mindestens 1961 nicht verwirklicht werden konnte.⁴⁹⁹ Tatsächlich verfügten die Bundes- und die Landesanstalt im ersten Jahr ihres Bestehens über weit weniger Personal, als geplant (Tabelle 17).

Tabelle 17: Personalstände der Geologischen Dienste im innerdeutschen Vergleich (1959).⁵⁰⁰

Geologischer Dienst von	Wissenschaftler	Hilfskräfte	Gesamt
Hamburg	4	7	11
Saarland	3	5	8
Rheinland-Pfalz	11	9	20
Schleswig-Holstein	25	20	45
Baden-Württemberg	27	29	56
Bayern	25	58	83
Hessen	24	63	87
Nordrhein-Westfalen	51	61	112
Niedersachsen u. Gemeinschaftsarbeiten	50	72	122
Bundesanstalt für Bodenforschung	31	59	90
Bund und Länder gesamt	251	383	634
Reichsamt für Bodenforschung (1944)	249	475	725
Geologische Kommission (DDR)	550	900	1.450

Aber auch im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel war man in Hannover offenbar nicht zufrieden (Tabelle 18).

Tabelle 18: Jahreshaushalte deutscher Geologischer Dienste (1959).⁵⁰¹

Haushaltsjahr	Geologischer Dienst von	Haushaltssumme in DM
1959	Hamburg	118.600
1959	Saarland	208.122
1959	Rheinland-Pfalz	266.200
1959	Schleswig-Holstein	759.400
1959	Baden-Württemberg	894.900
1959	Bayern	1.019.000
1959	Hessen	1.301.000
1959	Nordrhein-Westfalen	2.052.100
1959	Niedersachsen u. Gemeinschaftsarbeiten	1.875.400
1959	Bundesanstalt für Bodenforschung	1.726.000
1959	Bund und Länder gesamt	10.220.722

499 Grafik der BfB betr. Personalplanung, BGR-Archiv Hannover, Nr. 121679, Bl. 3.

500 Nach Grafik der BfB betr. „Innerdeutscher Vergleich: Personalstand 1959“, ebd., Bl. 4.

501 Hans Joachim Martini (AfB Hannover) an ORR Raabe (BMW, Bonn),

Infolgedessen machte das BfB mittels plakativer Grafiken und Schaubilder auf seine ‚missliche‘ Lage aufmerksam, indem es die Personal- und Haushaltszahlen der geologischen Ressortforschung der Bundesrepublik nicht nur mit jenen des Ost- und des Westblocks kontrastierte, sondern auch andeutete, dass man selbst hinter so genannten „Entwicklungsländern“ zurückzubleiben drohte (Abb. 22).

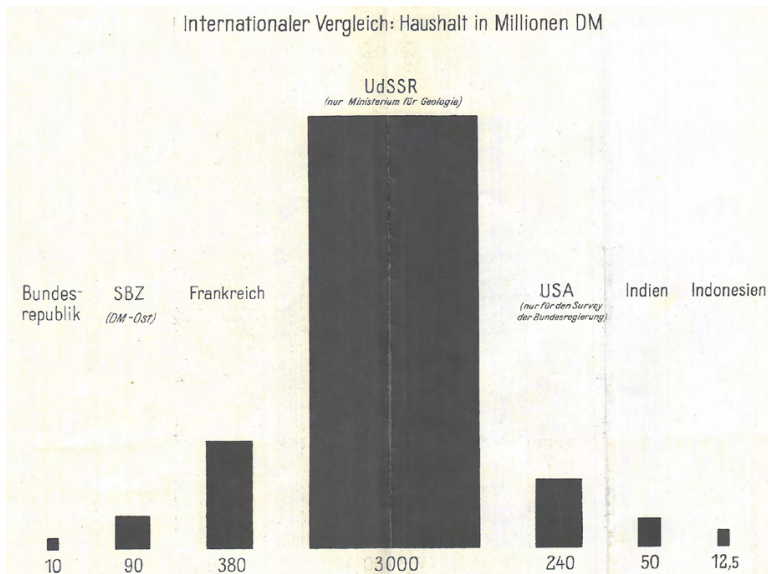


Abb. 22: Grafik der BfB zur Veranschaulichung der Haushaltszahlen für geologische Ressortforschung im internationalen Vergleich (um 1960).

Tatsächlich schien sich die finanzielle Lage der BfB in den folgenden Jahren signifikant zu verbessern, denn wie aus dem „Bundesbericht Forschung“ – also dem Bericht der Bundesregierung über den Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung – von 1965 hervorgeht, waren aus den Bundeshaushalten für 1962 9,5 Millionen und für 1963 11,7 Millionen für die BfB bereitgestellt worden, während für 1964 sogar 12,8 Millionen DM vorgesehen waren. Demnach hatte sich der Zuschuss des Bundes binnen fünf Jahren nahezu auf das Achtfache erhöht.⁵⁰²

1.10.1958, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690, unp.; Grafik der BfB betr. „Innereuropäischer Vergleich: Haushalt“, BGR-Archiv Hannover, Nr. 121679, Bl. 5.

502 Vgl. Drucksache des Deutschen Bundestages (4. Wahlperiode): Der Bundes-

Dadurch war es möglich, neues Personal einzustellen. So wurden allein zwischen Januar 1962 und Dezember 1963 45 neue Stellen (12 Wissenschaftler, 16 technische Hilfskräfte, sieben Verwaltungsangestellte und zehn sonstige Kräfte) besetzt.⁵⁰³



Abb. 23: Bundesministerien, die durch die Bundesanstalt für Bodenforschung beraten wurden (um 1961).

minister für wissenschaftliche Forschung (Bad Godesberg) an den Herren Präsidenten des Deutschen Bundestages mit Bericht der Bundesregierung über Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung – Bundesbericht Forschung I – unter Bezug auf den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 15. Mai 1963 – Drucksache IV/1247, S. 32, 156 f. 18.1.1965, in: <https://www.bundesbericht-forschung-innovation.de/files/Bundesbericht%20Forschung%201965%20I.pdf>, eingesehen am 12.12.2024). Die Tendenz schien in den folgenden Jahren anzuhalten. So wies der „Kernhaushalt“ der 1975 aus dem BfB hervorgehenden Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe im Jahr 1994 100 Millionen DM auf, zu denen noch Projektaufträge anderer Ressorts in Höhe von 35 Millionen DM kamen. Vgl. Hänel/Kürsten/Schmid, Aufgaben (1998), S. 27.

503 Vgl. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1962 bis zum 31. Dezember 1963, Hannover 1964, S. II, BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

Inhaltlich knüpften die BfB und das NLfB an die Arbeiten des ehemaligen Amtes für Bodenforschung an (Abb. 23). Zu den so genannten „wirtschaftsnahen Geowissenschaften“ zählten die im Auftrag verschiedener Bundesministerien durchgeführten Untersuchungen lagerstättenkundlicher, ingenieurgeologischer, hydrologischer und bodenkundlicher Art.⁵⁰⁴ Darüber hinaus unterhielt die BfB Beziehungen zum Bundesverteidigungsministerium, das sich von den Staatsgeologen bei der Errichtung von „Verteidigungsbauten“ beraten ließ.⁵⁰⁵ Allein in den Jahren 1964 und 1965 betreuten die BfB-Geologen Bauvorhaben für 15 Bunker, Luftschutzstollen und Untertagedepots. Darüber hinaus waren sie an der Herausgabe von Richtlinien zur Abfassung ingenieurgeologischer Gutachten für die Bundeswehr beteiligt. Die Aufgaben nahmen so großen Umfang an, dass neun außerplanmäßige Mitarbeiter neu eingestellt werden mussten. Für die Durchführung der damit verbundenen Arbeiten wurden der BfB in beiden Jahren mehr als eine halbe Million DM außerplanmäßiger Mittel bewilligt.⁵⁰⁶ Die Beziehungen zum Militär erstreckten sich auch auf das Ausland. So waren Mitarbeiter der BfB Mitglied „im NATO Advanced Study Institute“.⁵⁰⁷

„Der schnelle Fortschritt der wissenschaftlichen Arbeitsmethodik“ ließ an die BfB auch völlig neue Aufgaben herantreten. Zu ihnen gehörten etwa die Meeresgeologie, die marine Geophysik, die Fotogeologie und die Airborne-Geophysik. Wie aus den Tätigkeitsberichten der BfB hervorgeht, wurden solche neuen Arbeitsfelder „in bewährter Weise (...) zunächst im Rahmen von Forschungsaufträgen“ (BMW und DFG) in Angriff genommen. Dadurch war es möglich, „in Zusammenarbeit mit der Industrie und mit anderen Forschungsinstitutionen Geräte und Verfahren zu entwickeln sowie zu überprüfen, ob hier

504 Vgl. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1964 bis zum 31. Dezember 1965, Hannover 1966, S. II, BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

505 Innerhalb der BfB war der Geologe Ernst Habetha (Abt. I Auslandsarbeiten, Referat I/1 f Ingenieurgeologie) für alle damit im Zusammenhang stehenden Fragen verantwortlich. Vgl. Vermerk Martinis (BfB) betr. Zusammenarbeit mit der Bauabteilung des Bundesministeriums für Verteidigung (Vorläufige Richtlinien zur Aufstellung von ingenieurgeologischen Gutachten für Untertage-Bauvorhaben), 10.11.1961, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690, unpag. Vgl. zudem Vermerk Martinis (BfB) an die Abt. III (BfB), 26.7.1962, ebd., unpag.; Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1964 bis zum 31. Dezember 1965, Hannover 1966, S. 88, 92 f., BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

506 Ebd., S. 92 f.

507 Ebd., S. 89.

neue Daueraufgaben für die Bundesanstalt“ entstehen konnten oder es sich nur um Arbeiten von zeitlich begrenzter Dauer handelte.⁵⁰⁸

Bei ihren Beziehungen zur Industrie stützten sich Bentz und Martini auch auf ihre ‚alten‘ Netzwerke, die ihre Wirkung nach innen und nach außen entfalteten. Sowohl während der NS-Herrschaft als auch unter alliierter Besatzung war das Privateigentum weitgehend unangetastet geblieben, weshalb die in der deutschen Ölindustrie vor 1933 entstandenen Strukturen bis in die „Wirtschaftswunderjahre“ der jungen Bundesrepublik überdauerten. Zwar blieben der Import, die Raffination der eingeführten Mineralöle und ihr Vertrieb in den Händen der großen internationalen Unternehmen, der weitaus größte Anteil der deutschen Ölreserven wurde jedoch von deutschen Firmen dominiert, zu denen Bentz als ehemaliger Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung innerhalb der nationalsozialistischen Vierjahresplanbehörde enge Verbindungen geknüpft hatte.⁵⁰⁹ Da Bentz seine Hauptaktivitäten seit 1945 auf das Revier in Hannover und Norddeutschland konzentriert hatte, hatten diese Beziehungen keinen Abbruch erlebt. So waren die von ihm 1934 eingeführten Austauschsitzen, die dem Erfahrungsaustausch zwischen den Behörden und der Erdölindustrie dienten, nach dem Ende des Krieges wieder aufgenommen worden.⁵¹⁰

Obwohl die heimische Förderung nicht ansatzweise in der Lage war, den Mineralölbedarf Westdeutschlands zu decken, die Bundesrepublik also weiterhin auf Ölimporte angewiesen war, bedeutete dies nicht, dass man die inländische Produktion vernachlässigte oder gar einstellte. Vielmehr übertraf die westdeutsche Rohölförderung bereits Anfang der 1950er Jahre „die im gesamten ‚Großdeutschen Reich‘ während des Krieges jemals erreichte Maximalförderung bei weitem“, was zur Folge hatte, dass die Bundesrepublik bis Anfang der 1960er Jahre zum größten Erdölproduzenten Westeuropas aufstieg.⁵¹¹

508 Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. April 1960 bis zum 31. Dezember 1961, Hannover 1962, S. 4 f., ebd.

509 Vgl. Stokes, Siegeszug (2013), S. 528 f.

510 Vgl. Koschyk/Brauner, Austausch (2004), S. 86.

511 Stokes, Siegeszug (2013), S. 529 f.

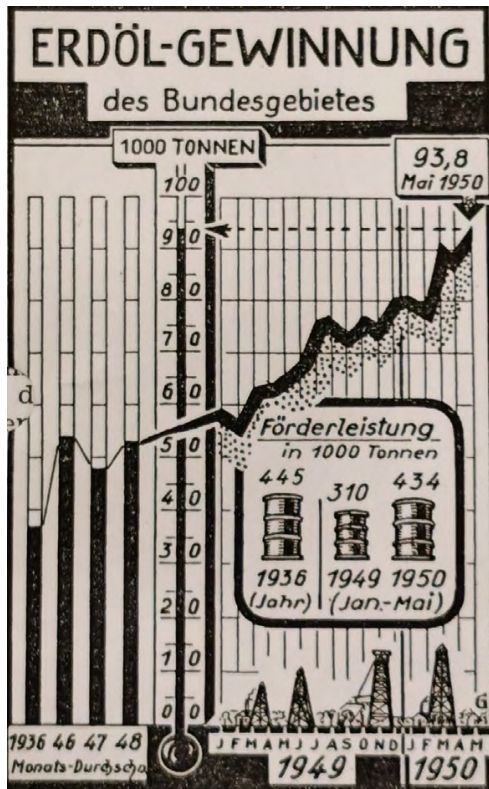


Abb. 24: Erdölförderung Deutschlands.

Neu war die „Erforschung des Untergrundes der Nordsee“, die gemeinsam mit dem Deutschen Hydrographischen Institut und dem NLFb durchgeführt und der vor allem wegen der dort vermuteten Erdöl- und Erdgasvorkommen große Bedeutung beigemessen wurde.⁵¹² Die nicht zuletzt durch die wissenschaftlichen Untersuchungen der staatlichen Geologen aufgezeigten Perspektiven der Offshore-Förderungen waren nach den Worten Martinis mit ausschlaggebend für den „wirtschaftlichen Run auf die Nordsee“.⁵¹³ Neben dem Öl entwickelte sich die Erschließung

512 Vgl. Mollat (BMW) an Bentz betr. Geophysik Nordsee, 20.1.1961, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unp.; Vortragsmanuskript Martinis „Die Nordsee, ein neues Erdölgebiet“, 18.11.1964, BGR-Archiv Hannover, Nr. 31152, unp.

513 Manuskript für den Vortrag Martinis über „Mineralische Rohstoffe und ihre Lagerstätten – Wirtschaftsgrundlagen in unserer Zeit“, 1963, BGR-Archiv

von Erdgas zu einem weiteren wichtigen wirtschaftlichen Faktor, das vor allem als Grundstoff für die chemische Industrie immer größere Bedeutung erlangte. Bereits 1938 hatten die Geologen des RfB bei Bentheim an der niederländischen Grenze ein großes Erdgasvorkommen entdeckt, das aber erst nach dem Krieg erschlossen wurde.⁵¹⁴ Die Nachfrage war zunächst gering, stieg aber, nachdem von 1951 an im Emsland und drei Jahre später auch in Süddeutschland weitere Lagerstätten gefunden wurden. Im Jahr 1965 betrug die Produktion von Erdgas bereits mehr als 2 Milliarden Kubikmeter, wobei die Geologen davon ausgingen, dass an „sicheren und wahrscheinlichen Erdgasvorräten“ in Nordwestdeutschland mit über 30 Milliarden Kubikmetern zu rechnen war.⁵¹⁵ Dies war ausschlaggebend für den rasanten Bedeutungszuwachs dieses fossilen Energieträgers, der zusammen mit dem Erdöl bis Anfang 1970er Jahre die Kohle als „wichtigste Primärquelle“ der bundesdeutschen Energieversorgung ablöste.⁵¹⁶ Damit im Zusammenhang standen auch Forschungen über „behälterlose Speicherung im Untergrund“, die Anfang der 1960er Jahre zur Anlage großer unterirdischer Gasspeicher (u.a. bei Darmstadt) führten. Unterirdische Hohlräume spielten darüber hinaus eine wichtige Rolle für „die Endspeicherung von radioaktiven

Hannover, Nr. 9525, unp. Da die Untersuchungen eine „Erdöl- und Erdgas-höflichkeit in den südlichen Teilen der Nordsee“ erbrachten, führte dies „zu einem Kampf um Konzessionen und Bohrpunkte in der Nordsee“. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1962 bis zum 31. Dezember 1963, Hannover 1964, S. III, BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

514 Vgl. Stokes, Siegeszug (2013), S. 530 f.; ders., 1945–1974 (2003). Vgl. auch Bericht von Alfred Bentz über die Erdölvorkommen in Emsland, 14.2.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 8721, unp.; Aktennotiz von Bentz betr. Besprechung mit Vertretern der NGOC (Hamburg und Celle) und des Ministry of Fuel and Power (London) am 28.3.1947 in Hamburg, 4.3.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 65665, unp.; Bericht von Herbert Lögters (RfB Hannover, Arbeitsstelle Bentheim) über das Erdöl im Emsland, ohne Datum (um 1948), ebd., unp.; Bericht von Lögters über das Erdöl im Emsland seine Entstehung und Erschließung, 2.2.1949, ebd., unp. Zum Gasfeld Bentheim siehe den Schriftwechsel in den Akten im BGR-Archiv Hannover, Nr. 94822 und 94823.

515 Vgl. Vortrag Martinis „Erdöl und Erdgas in der Bundesrepublik“ gehalten am 30.4.1966 in Straßburg, BGR-Archiv Hannover, Nr. 31145, unp.; Stellungnahme des Präsidenten des NLfB Hannover zu den Anpassungshilfen für die deutsche Erdöl- und Erdgasgewinnung, 6.12.1966, BGR-Archiv Hannover, Nr. 1148, unp.

516 Stokes, Siegeszug (2013), S. 532.

Abfallprodukten“, die es ermöglichen sollten, „gemeinschaftliche Produkte solcher Art so unterzubringen, dass weder jetzt noch in Zukunft eine Beeinflussung unseres Lebens durch sie möglich“ wurde.⁵¹⁷

Ähnlich wie Bentz seine Beziehungen zu Vertretern der Erdölbranche aufrechterhielt, knüpfte auch Martini an alte, in die NS-Zeit reichende Verbindungen an. Wie er 1961 betonte, legte er Wert auf eine „Zusammenarbeit mit der Mannesmann AG., Düsseldorf“, insbesondere zu deren Vorstandsmitglied Bergwerksdirektor Hans-J. Braune in Essen.⁵¹⁸ Dieser war ihm „gut aus der Zeit“ seiner „Tätigkeit im damaligen Protektorat Böhmen und Mähren bekannt“, wo Braune „Zentraldirektor der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft“ gewesen war. Während Martinis Tätigkeit als Chefgeologe in der besetzten Tschechoslowakei habe er „eng und durchaus erfolgreich“ mit Braune zusammengearbeitet. Im Namen des Vorstandsvorsitzenden der Mannesmann AG, Herman Winkhaus, den Martini ebenfalls aus Prag kannte, informierte Braune die BfB über die im Ausland liegenden Bergbau-Interessen des Konzerns. Zwar ließ sich die Mannesmann AG bei derartigen Lagerstättenuntersuchungen in Einzelfällen von dem Münchener Hochschulgeologen Paul Schmidt-Thomé beraten, Braune regte jedoch an, „die gesamte Beratung der Gesellschaft in lagerstättenkundlichen und sonstigen geologischen und geophysikalischen Fragen – soweit sie nicht von der eigenen geologischen Abteilung durchgeführt werden“ konnten – in die Hände der BfB zu legen. Martini schlug aus Rücksicht auf Schmidt-Thomé vor, diesen von der Mannesmann AG „zu Einzelaufgaben in der gleichen Weise heranzuziehen wie bisher“, sich jedoch bei den „weltweiten Überprüfungen und Untersuchungen“, die für den Konzern „von besonderer Bedeutung“ seien, auf die BfB zu stützen.⁵¹⁹

517 Vgl. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1962 bis zum 31. Dezember 1963, Hannover 1964, S. IV, BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

518 Vermerk Martinis betr. Zusammenarbeit mit der Mannesmann AG, Düsseldorf, 18.4.1961, BGR-Archiv-Hannover, Nr. 77690, unp. Braune war u.a. Vorstandsmitglied der Mannesmann-Bergwerke Aktiengesellschaft und der Consolidation Bergbau-Aktiengesellschaft, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gewerkschaft Mannesmann, Mitglied des Vorstandes der Wirtschaftsvereinigung Bergbau e.V., de la Sauce/Schorn/Schrödter, Jahrbuch (1954), S. 32, 222, 434, 846; von Weizsäcker, Erinnerungen (1997), S. 139.

519 Vermerk Martinis betr. Zusammenarbeit mit der Mannesmann AG, Düsseldorf, 18.4.1961, BGR-Archiv-Hannover, Nr. 77690, unp.

Dieses Beispiel verweist darauf, dass die Auslandsarbeit der Bundesanstalt einen zentralen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit markierte. Wie aus dem ersten Tätigkeitsbericht der BfB hervorgeht, dienten die Auslandsarbeiten drei Zielen:

1. „Dem systematischen Aufbau einer engen und dauerhaften Zusammenarbeit mit den Regierungen und vor allem den Geologischen Diensten der Länder, mit denen im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik der Bundesrepublik enger Kontakt angestrebt werden musste und in denen über Bodenforschungsarbeiten echte wirtschaftliche Entwicklung möglich“ war. Diesem Ziel diente auch die Schulung ausländischer Wissenschaftler in der Bundesrepublik und im Ausland.
2. „Der Entsendung geologischer Missionen und der mehrjährigen Abstellung von Wissenschaftlern der BfB in fremde Staaten für die Ingangsetzung bzw. Verbesserung der Geologischen Dienste dieser Länder“.
3. „Der Entsendung von Wissenschaftlern der BfB in fremde Länder für die Erledigung von Einzelaufträgen, falls die Bundesregierung von den Regierungen dieser Länder um solche Hilfen ersucht worden war und es sich um Arbeiten“ handelte, die in den Aufgabenbereich der BfB fielen oder falls Auslandsarbeiten der deutschen Wirtschaft die besondere Unterstützung der Bundesregierung fanden (zumeist im Zusammenhang mit der Tätigkeit deutscher Ingenieurbüros) bzw. über die bilaterale technische Hilfe der Bundesregierung finanziert wurden.⁵²⁰

Die von der BfB 1959 erstmals nach Afghanistan und Bolivien entsandten ‚Geologischen Missionen‘, zu denen bis Ende 1965 noch Jordanien, Tansania und Thailand hinzukamen, während solche für Syrien, Guatemala, Chile und Brasilien in Planung waren, sollten offiziell der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder dienen, waren aber mutmaßlich auch dazu gedacht, der deutschen Industrie Zugriff auf die dortigen Infrastrukturen und Bodenschätze zu sichern. Zwar ging es den deutschen ‚geologischen Missionaren‘ auch um die Schulung der Landeskräfte und den Aufbau Geologischer Dienste, aber wie den

520 Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Dezember 1959 bis zum 31. März 1960, Hannover 1960, S. 2 f., BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

Tätigkeitsberichten der BfB zu entnehmen ist, auch um die Untersuchung der dortigen wirtschaftlich verwertbaren Rohstoffressourcen. In Afghanistan standen zunächst Erz- und Kohlevorkommen im Vordergrund. In Afghanistan standen zunächst Erz- und Kohlevorkommen im Vordergrund. Nach der im Januar 1962 erfolgten Aufteilung der Arbeitsgebiete fiel der deutschen Geologischen Mission die Erforschung des südlichen Afghanistans zu, während das Gebiet nördlich der Linie Herat-Kabul zur sowjetischen Einflusszone gehörte (Abb. 25). Nun konzentrierten sich die deutschen Geologen vor allem auf das „Aufsuchen von Erdöl“ und waren mit der Vorbereitung einer großen Erdölexploration befasst, die 1964 beginnen sollte.⁵²¹

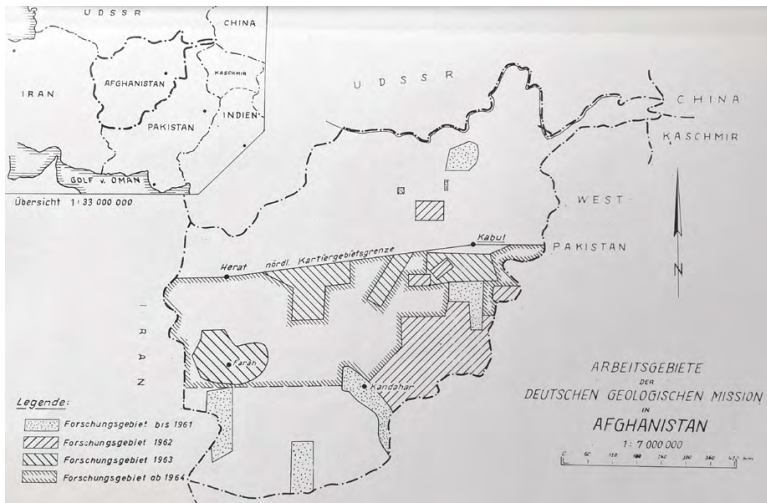


Abb. 25: Arbeitsgebiete der von der Bundesanstalt für Bodenforschung 1959 entsandten Geologischen Mission in Afghanistan nach der im Januar 1962 erfolgten Aufteilung der geologischen Arbeitsgebiete (Süden Deutschland, Norden UdSSR).

„Im Rahmen der technischen Hilfe der Bundesregierung für Entwicklungsländer“ war die BfB besonders aktiv. 1964 führten BfB-Geologen in 28 Ländern geologische und geophysikalische Untersuchungen durch, „um mit dem Nachweis nutzbarer Bodenschätze und durch die

521 Vgl. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. April 1960 bis zum 31. Dezember 1961, Hannover 1962, S. 14 f., ebd.; Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1962 bis zum 31. Dezember 1963, Hannover 1964, S. 6 f., ebd.

Erschließung von Grundwasser Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung sowie für eine Verbesserung der Infrastruktur dieser Länder zu schaffen“.⁵²² Wie Martini deutlich machte, betrachtete er die Geologie als „Initiator der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern“. Dabei plädierte er nicht nur für ein proaktives Vorgehen, sondern auch für die Anknüpfung bilateraler statt multilateraler Beziehungen.⁵²³ Gleichzeitig offenbarte er neokolonialistische Ansichten über die Entwicklungsländer, obwohl Deutschland nur aufgrund ihrer Bereitschaft, über die jüngste Vergangenheit (NS-Zeit) hinweiszusehen, auf dem internationalen Parkett wieder hatte Fuß fassen können. So stellte Martini fest, dass „die meisten Entwicklungsländer wirtschaftlich völlig nach den Bedürfnissen der zivilisatorisch hochentwickelten Länder der Erde ausgerichtet“ seien. Sie seien – und das gelte „nicht nur für die ehemaligen Kolonien – Rohstofflieferanten, ohne nennenswerte eigene Wirtschaftsentwicklung“. Die Folge seien „wirtschaftliche Monokulturen mit all ihren Anfälligkeiten“. Sie seien „typisch für diese Länder, die so wirtschaftlich und schließlich auch politisch anfällig“ würden. „Hungersnöte und Epidemien – Selbsthilfe der Natur bei Überbevölkerung“ würden zwar durch ein ständig wacher werdendes „Weltgewissen“ bekämpft, aber „nur die Entwicklung moderner technischer Volkswirtschaften in diesen Ländern und ihre enge Verzahnung mit denen der volkswirtschaftlich hochentwickelten Gebiete der Erde“

522 Drucksache des Deutschen Bundestages (4. Wahlperiode): Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung (Bad Godesberg) an den Herren Präsidenten des Deutschen Bundestages mit Bericht der Bundesregierung über Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Forderung der wissenschaftlichen Forschung – Bundesbericht Forschung I – unter Bezug auf den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 15. Mai 1963 – Drucksache IV/1247, S. 70, 18.1.1965, in: <https://www.bundesbericht-forschung-innovation.de/wp-content/uploads/Bundesbericht-Forschung-und-Innovation-2020.pdf>, eingesehen am 12.12.2024).

523 Hans Joachim Martini (BfB) an Ministerialrat Mollat (Bonn) mit anliegendem Vortrag Martinis „Wirtschaftsgeologische Probleme der Entwicklungsländer“, 3.3.1961, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unpag. An anderer Stelle brachte die BfB zum Ausdruck, dass „im geowissenschaftlichen Bereich“ das „UNO-System multinationaler Arbeitsgruppen ohne den Hintergrund einer wohleingerichteten Forschungsinstitution und ohne die erforderliche Sorge für Kontinuität als zu teuer und zu wenig wirkungsvoll, also als eine ausgesprochene Fehlentwicklung angesehen werden“ müsse. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1964 bis zum 31. Dezember 1965, Hannover 1966, S. V, BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

könnten „den erforderlichen Strukturwandel und eine Endlösung der Frage der Entwicklungsländer bringen“. Deutschland sei also ein „Lehrmeister“ dieser „wenig zivilisierten“ Länder. Dahinter stand jedoch kein irgendwie gearteter Altruismus Martinis, denn wie er offen zugab, ging es bei all dem letztlich darum, „uns selbst“ zu helfen und der deutschen Wirtschaft zu dienen, indem man „den Schritt der Länder“ lenke, „die selbst den Weg in ihre wirtschaftliche Zukunft mit eigenen Kräften noch nicht gehen“ könnten.⁵²⁴

Zu den sehr lagerstättenreichen, „wirtschaftlich zurückgebliebenen“ Ländern, die „Anschluss an den Zivilisationsstand der übrigen Welt“ suchten, zählte Martini beispielsweise Indonesien, das sich 1949 der niederländischen Kolonialherrschaft entledigt und seine Unabhängigkeit erlangt hatte.⁵²⁵ Indonesien war das erste asiatische Land, das die Bundesrepublik Deutschland anerkannt und sich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereiterklärt hatte.⁵²⁶ In Jakarta hatte man „besonderes Zutrauen zur Bundesrepublik“, da dort die Auffassung bestand, dass Bonn keine kolonialen Ziele verfolgte, weswegen das südostasiatische Land „bei seinem Aufbau auf deutsche Hilfe“ rechnete.⁵²⁷ Bentz und Martini unterhielten schon seit 1953 Beziehungen nach Indonesien.⁵²⁸ Aufgrund ihrer „ersten, besonders die Kohle von Sumatra betreffenden Arbeiten wurde die einzige große Kohlengrube des Landes, Bukit Asam, ganz auf deutsche Geräte umgestellt und modernisiert“.

524 Hans Joachim Martini (BfB) an Ministerialrat Mollat (Bonn) mit anliegendem Vortrag Martinis „Wirtschaftsgeologische Probleme der Entwicklungsländer“, 3.3.1961, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unp.

525 Ebd.

526 Vgl. Tömmel, Bonn (2018), S. 53.

527 Ebd., S. 55. Beispielhaft dafür der Auszug aus dem Exposé von Prof. Dr. R. J. H. Bisanz (Chemical Technology University of Indonesia, Bandung) über das Rayon Projekt der indonesischen Regierung, ohne Datum (um 1954), BGR-Archiv Hannover, Nr. 77719, unp. Dass Geologen der BfB auch am Rayon-Projekt (Untersuchung von Schwefel-, Mangan- und Quecksilberlagerstätten) beteiligt waren, geht hervor aus Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Dezember 1959 bis zum 31. März 1960, Hannover 1960, S. 13, BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

528 Vgl. Hans Joachim Martini an Ministerialrat Kurt Daniel (Jakarta), 10.4.1953, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77719, unp.; Martini an Irene Hilgers-Hesse (Deutsch-Indonesische Gesellschaft, Köln), 25.5.1954, ebd., unp.; Martini an Ingenieur Anondo (Ministry of Economic Affairs, Jakarta), 30.4.1954, ebd., unp.

Zudem wurden „ein Schwelwerk bestellt“, die Hafeneinrichtungen von Kertaparti modernisiert sowie Vorarbeiten für die Modernisierung der Bahnlinien und für den Bau neuer Spezial-Transportschiffe in die Wege geleitet. Aber auch in anderer Hinsicht kamen die von den Geologen in Südostasien eingeleiteten Arbeiten der bundesdeutschen Wirtschaft zu Gute. So wurden für die indonesische Regierung darüber hinaus „Vorarbeiten zur Frage der Rohstoffversorgung eventueller Roheisengewinnungsanlagen“ durchgeführt, was wiederum dazu führte, dass „ein deutsches Ingenieurbüro eine Reihe von Aufträgen für die gesamte Planungsarbeit für eine eigene Eisen- und Stahlerzeugung in Indonesien“ erhielt. Ebenso leiteten Bentz und Martini Untersuchungen der Zinnerzlagerstätten von Bangka und Billiton in die Wege, in deren Folge bis Anfang der 1960er Jahre „mehrere Elektrizitätswerke in Deutschland gekauft“ wurden. Auch hier habe „ein deutsches Ingenieurbüro die Planung einer Zinnhütte auf Bangka bearbeitet“.⁵²⁹

Bei diesem Ingenieurbüro handelte es sich um die 1951 gegründete, in Düsseldorf ansässige „Westdeutsche Export- und Ingenieur-Büro Dr. Rohland KG“ (WEDEXRO), die der Leitung Walter Rohlands unterstand. Dieser hatte von 1943 bis 1945 als Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Stahlwerke AG amtiert und durch seine prominente Tätigkeit im Panzer-Ausschuss des von Albert Speer geleiteten Rüstungsministeriums den Beinamen „Panzer-Rohland“ erhalten.⁵³⁰ Das ehemalige NSDAP-Mitglied (1933 eingetreten) war 1948 zwar als „Mitläufer“ ‚entnazifiziert‘ worden hatte es danach aber nicht geschafft, wieder in die „gewohnten Kommandohöhen“ der bundesdeutschen Wirtschaft aufzusteigen.⁵³¹ Infolgedessen wandte sich Rohland dem Feld des in den 1950er und 1960er Jahren boomenden ‚Engineer Consultings‘ zu, wobei er seine Firma WEDEXRO, aus der 1962 die Ruhr-Consulting GmbH Düsseldorf hervorging, „als international tätige Beratungsfirma für die Eisen- und Stahlindustrie“ konzipierte.⁵³² Da im Rahmen des von

529 Einige Beispiele für wirtschaftliche Ergebnisse von Arbeiten der Bundesanstalt für Bodenforschung bzw. der früheren Auslandsabteilung des früheren Amtes für Bodenforschung, ohne Datum (um 1960) finden sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 121679, Bl. 14.

530 Vgl. Donges, Stahlwerke (2014), S. 307–319; Grunenberg, Wundertäter (2007), S. 31 f.; Pöhlmann, Panzer (2016), S. 410.

531 Vgl. Rasch, Walter Rohland (2001), S. 48, 54 f.; Grunenberg, Wundertäter (2007), S. 49 f., 52.

532 Vgl. Rasch, Walter Rohland (2001), S. 57; Bleidick, Engineer Consulting

ihr praktizierten, ‚Montan-Consultings‘, vor allem Materialien über Topographie und Geologie, Oberflächenbeschaffenheit, Klima, Bodenschätze, Wasservorkommen und Infrastruktur“ benötigt wurden, ergaben sich auch enge Berührungspunkte zwischen der WEDEXRO und der BfB. Nachdem Martini vom Vizepräsidenten der Republik Indonesien Mohammad Hatta 1954 den Auftrag erhalten hatte, „deutsche Sachverständige für die staatliche Zinnbetriebgesellschaft in Bangka zu finden“, bemühte sich die „Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung in Übersee GmbH“ um die Vermittlung deutscher beratender Ingenieurbüros. Neben der deutschen Industrie hatte auch das BMWi „mehrfach sein grundsätzliches Interesse an beratenden Büros dieser Art zum Ausdruck gebracht“, weswegen sich auch Martini diesen Gedanken zu eigen machte.⁵³³ In der Folge fiel die Wahl auf die Firma Rohlands, die schließlich zwischen 1956 und 1960 in Indonesien Großprojekte betreute, die einen Anlagenwert in Höhe von 344 Millionen DM umfassten.⁵³⁴

Wie die BfB Bundeswirtschaftsminister Erhard im März 1960 mitteilte, hatte sie ihre Auslandsarbeit „im vollen Einvernehmen mit der Industrie“ inzwischen „so intensiviert, dass zur Zeit 30 Wissenschaftler

(2001); ders., Mittler (2004).

533 Vgl. Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung in Übersee GmbH (Frankfurt am Main) an Martini (AfB Hannover), 11.5.1954, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77719, unpag.; Martini an Ministerialrat Kurt Daniel (BMW Bonn), 25.5.1954, ebd., unpag.; Wilfried von Eichborn (Jakarta) an Martini (AfB Hannover), 13.5.1954, ebd., unpag.

534 Dazu gehörten die Planung der Zinnschmelze auf Bangka, die Überprüfung der Eisenerz- und Kohlenvorkommen in Sumatra, Kalimantan und Java die Aufbauplanung einer Eisen- und Stahlindustrie in Indonesien und der Bau eines Hochofenwerks in Süd-Sumatra. Bleidick, Engineer, Consulting (2001), S. 71, 78. Vgl. Auch WEDEXRO (Düsseldorf) an G. Angenheister (Göttingen), H.-R. von Gaertner (Hannover), K. Kintzinger (Wittlaer), Ch. Klees (Koblenz), H. Malissa (Düsseldorf), H. Redenz (Büderich) u. D. Wirtz (Hamburg) betr. Berichterstattung Indonesien, 12.12.1956, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77712, unpag.; Walter Rohland (Düsseldorf) an Hans Joachim Martini (AfB Hannover), 15.12.1956, ebd., unpag.; Biro Perantjang Negara [Planungsbüro] Jakarta an Fa. WEDEXRO (Dr. Rohland K.G., Düsseldorf), 4.2.1958, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77719, unpag.; Martini (AfB Hannover) an Ir. P. Kosasih (Biro Perantjang Negara, Jakarta), 19.2.1958, ebd., unpag.; Vermerk Martinis (BfB, Hannover) betr. Ingenieurbüro Wedexro – Arbeiten in Saudi-Arabien, 24.5.1961, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690, unpag.; Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. April 1960 bis zum 31. Dezember 1961, Hannover 1962, S. 22 f., BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

in 15 Ländern“ arbeiteten.⁵³⁵ Allerdings zeigten sich Bentz und Martini auf anderen Feldern weniger zufrieden. So monierte die BfB im Juni 1960, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bei der Einschaltung in die internationalen wissenschaftlichen Arbeiten und Gespräche im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Organization for European Economic Co-operation (OEEC) nicht berücksichtigt zu werden. Zum wiederholten Male sei die BfB bei einer Veranstaltung über wissenschaftliche Fragen im Rahmen der westeuropäischen Zusammenarbeit ohne Einladung geblieben. Wie Martini glaubte feststellen zu müssen, werde „die Bundesrepublik bei derartigen Tagungen auf den Arbeitsgebieten“ der Geowissenschaften „recht häufig durch Wissenschaftler vertreten, die gegenüber den Vertretern anderer westeuropäischer Nationen sehr stark dadurch im Nachteil“ seien, dass sie keinen Überblick über die angewandte Forschung besäßen. Nicht nur die BfB werde bei derartigen Veranstaltungen nicht berücksichtigt, dies treffe auch für andere Ressortforschungseinrichtungen zu. Beteiligt seien „ausschließlich“ die der DFG angehörenden Institutionen, „also die Hochschulen, die Institute der Max-Planck-Gesellschaft sowie die Physikalisch-Technische Bundesanstalt“.

Aus Martinis Sicht war dies überaus verdrießlich, denn gerade die DFG ließ sich von der BfB bei der „Aufstellung von Forschungsthemen im europäischen Rahmen“ beraten. So seien die Geologen der Bundesanstalt beispielsweise „die Erfinder des Schwerpunktes Geophysik“ gewesen. Gleichwohl werde die BfB „bei der Durchführung dieser Forschungsarbeiten ausgeschaltet“. Da dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar war, mahnte Martini das BMWi „Mittel und Wege“ zu finden, um entweder die nicht der DFG angehörenden Forschungsinstitutionen des Bundes ebenfalls von der Durchführung derartiger Veranstaltungen zu benachrichtigen oder aber die DFG dahingehend zu beeinflussen, sich gegenüber der BfB „nicht nur als Nehmende, sondern (...) auch einmal als Gebende“ zu zeigen.⁵³⁶

535 Interner Vermerk der BfB für die Abteilung I der BfB, 31.3.1960, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690, unpag.

536 Martini an Mollat (BMW, III A 3, Bonn), 27.6.1960, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77697, unpag. Vgl. zudem Martini an Bentz betr. Enquiry on Modern Prospecting Methods, 27.4.1960, BGR-Archiv Hannover, Nr. 7690, unpag. Martini wurde 1966 nicht nur zum Mitglied des Wissenschaftsrates ernannt, sondern auch in den vom Senat der DFG gebildeten Deutschen Landesausschuss für das Unternehmen Erdmantel berufen. Vgl. Gerhard

Dieser Vorstoß schien zu fruchten, denn wie aus dem Tätigkeitsbericht der BfB für 1962/63 hervorgeht, waren viele ihrer Geologen inzwischen in zahlreiche in- und ausländische Wissenschaftsnetzwerke eingebunden, zu denen auch Schwerpunktprogramme der DFG gehörten (Tabelle 19). In der Zusammenarbeit mit den Hochschulen seien große Fortschritte gemacht worden. Der „wissenschaftliche Erfahrungs- und Ergebnisaustausch“, die gemeinsame Arbeit an wichtigen Forschungsprogrammen im In- und Ausland (z.B. Meteor-Expedition der DFG, internationale Forschungsprogramme „Äußerer Erdmantel“, „Hydrologische Dekade“ usw.), aber auch die Benutzung der BfB-Einrichtungen durch Wissenschaftler aus dem Hochschulbereich hätten „das gegenseitige Verständnis im Vergleich zu früher wirksam verbessert“. Ebenso habe sich das Verhältnis der BfB zur DFG „in allerjüngster Zeit sehr intensiviert“.⁵³⁷



Abb. 26: Der 1965 eingeweihte Neubau der Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung im Stilleweg 2, Hannover Groß Buchholz.

537 Richter-Bernburg (BfB, Hannover) an BMWi (Bonn), 7.1.1966, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 85066, Bl. 51; Julius Speer (Präsident der DFG, Bad Godesberg) an Martini (BfB, Hannover), 28.7.1966, ebd., Bl. 56. Ein Jahr später avancierte Martini auch zum DFG-Gutachter für das Fach Geologie und 1969 zum Mitglied der DFG-Kommission für geologische Gemeinschaftsforschung. Vgl. BfB an BMWi, 28.7.1967 u. 20.1.1969, ebd., Bl. 60, 88. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1964 bis zum 31. Dezember 1965, Hannover 1966, S. IV, VIII, 59–61, 70, 72, BGR-Archiv Hannover, Nr. Z 1643.

Tabelle 19: Tätigkeiten von Geologen der Bundesanstalt für Bodenforschung in wissenschaftlichen Gesellschaften und Kommissionen 1962/63.⁵³⁸

Geologe	Gremium
Mitarbeit im Vorstand wissenschaftlicher Gesellschaften	
Alfred Bentz (Vorsitzender)	Deutsche Union für Geologische Wissenschaften
Hans Joachim Martini (Sekretär)	
Hans Closs (Mitglied des Deutschen Komitees)	
Hans Closs (Mitglied des Vorstandsrates)	Deutsche Union für Geodäsie und Geophysik
Alfred Bentz (Vorsitzender)	Deutsche Geologische Gesellschaft
Hans Joachim Martini (Mitglied des Beirats)	
Hans Joachim Martini (Mitglied des Beirats)	Geologische Vereinigung
Hans Joachim Martini (Mitglied des Beirats)	Deutsche Gesellschaft für Mineralölwissenschaften und Kohlechemie
Hans Joachim Martini (Vizepräsident der Assoziation und Vorsitzender der Deutschen Sektion) Wolfgang Richter (Sekretär der Deutschen Sektion)	Association Internationale des Hydrogéologues
Hans Closs (1963 Vorsitzender)	Deutsche Geophysikalische Gesellschaft
Hans Closs (bis 1962 Präsident, ab 1962 „Past President“)	European Association of Exploration Geophysicists (EAGE)
Hans Joachim Martini (Vorstandsmitglied)	Deutsche Gesellschaft für Erd- und Grundbau
Hans Joachim Martini (Vorstandsmitglied)	Internationale Gesellschaft für Felsmechanik
Heinrich Hiltermann (Vorsitzender und Herausgeber der Berichte) Hans Joachim Martini (Vorstandsmitglied)	Naturhistorische Gesellschaft, Hannover

538

Vgl. Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1962 bis zum 31. Dezember 1963, Hannover 1964, S. 76–81, ebd.

Hans Joachim Martini (Vorstandsmitglied)	Wirtschaftswissenschaftliche Gesellschaft zu Hannover
Heinrich Hiltnermann (Schatzmeister)	Paläontologische Gesellschaft
Arnold Cissarz (Mitglied des Beirats) Ernst Schönhals (Mitglied des Beirats)	Deutsche-Afrika-Gesellschaft
Heinrich Hiltnermann (Associate Editor)	Cushman Foundation for Foraminiferal Research
Mitarbeit in wissenschaftlichen Kommissionen	
Alfred Bentz (Präsident a. D., nun Vizepräsident) Hans-Rudolf von Gaertner (Mitglied)	Kommission für die Geologische Weltkarte
Hans-Rudolf von Gaertner (Vizepräsident des Unterausschusses)	Unterausschuss für die Internationale Karte der Kohlenlagerstätten von Europa
Hans Joachim Martini (Präsident der Subkommission)	Subkommission für die Internationale Karte der Eisenerzlagerstätten von Europa
Hans Joachim Martini (Präsident der Subkommission)	Subkommission für die Metallogenetische Karte von Europa
Hans-Rudolf von Gaertner (Mitglied)	Subkommission für die Tektonische Karte der Welt
Hans-Rudolf von Gaertner (Mitglied des engeren Redaktions-Komitees)	Untergruppe Tektonische Karte von Europa
Alfred Bentz (Präsident) Hans-Rudolf von Gaertner (Generalsekretär)	Kommission der Geologischen Karte von Europa
Hans-Rudolf von Gaertner (Mitglied)	Internationale Kommission für Stratigraphie
Hans-Rudolf von Gaertner (Vertreter der Bundesrepublik)	OECD-ad-hoc Commission for Scientific Exploration
Konrad Richter (bis 1963 2. Sekretär)	Internationale Quartär-Vereinigung (Kommission für die Internationale

Harras Schneider (Redakteur) Ernst Schönhals (Mitglied)	Quartärkarte von Europa), Subkommission für Löß-Stratigraphie
Alfred Bentz (Mitglied)	Ständiger Rat der Welt-Erdöl-Kongresse
Hans Joachim Martini (ständiger Vertreter der Bundesrepublik)	Economic Commission for Asia and the Far East (ECAFE): 1. Working Party of Senior Geologists, 2. Sub-Committee on Mineral Resources Development
Hans Joachim Martini (Beratendes Mitglied) Hans Closs (Beratendes Mitglied)	Europäische Atommgemeinschaft (EURATOM): Arbeitsgruppe „Langfristige Versorgung“
Hans Joachim Martini (Mitglied des Ausschusses)	„International Board of Consultants“ zur Rettung der nubischen Altertümer
Hans Joachim Martini (Vorsitzender), Hans Closs (Leiter des Arbeitsausschusses)	Kuratorium der Forschungsgemeinschaft Seismik e.V.
Hans Closs (Vorsitzender)	Europäische Seismologische Gesellschaft (Sous-Commission des Explosions Alpines)
Wolfgang Richter (Vizepräsident der Kommission Grundwasser)	Internationale Union für Geodäsie und Geophysik, Internationale Assoziation für Wissenschaftliche Hydrologie
Hans Closs (Mitglied)	Deutsche Atomkommission, Fachkommission IIII, Technisch-wirtschaftliche Fragen bei Reaktoren
Hans Closs (Vorsitzender)	Deutsche Atomkommission, Fachkommission IIII/3, Beschaffung und Aufbereitung von Uranerzen
Hans Closs (Mitglied)	Commission Internationale pour l'Exploration Scientifique de la Mer Méditerranée: Comité de Morphologie, Géologie et Géophysique Marine
Hans Joachim Martini (Mitglied) Hans Closs (Mitglied)	DFG-Schwerpunktprogramme: 1. Geophysikalische Lagerstättenforschung, 2. Erdmagnetische Tiefensondierung
Hans Closs (Mitglied) Wolfgang Schott (Mitglied)	DFG-Senatskommission für Ozeanographie

Hans Closs (Mitglied)	Westdeutsche Rektoren-Konferenz, Kommission für Prüfungs- und Studienordnung, Fachausschuss für die Diplompprüfungsordnung für Geophysiker
Hans-Rudolf von Gaertner (Vorsitzender) Arnold Cissarz (Mitglied) Hans Joachim Martini (Vorsitzender) Ernst Habetha (Mitglied) Ernst Schonhals u. Otto Strebel (Mitglieder) Hans-Rudolf von Gaertner (Vorsitzender)	Konferenz der Direktoren der BfB und der GLA's: Arbeitsgemeinschaft Kartierung u. Kartendarstellung Arbeitsgemeinschaft Lagerstättenkunde Arbeitsgemeinschaft Hydrologie Arbeitsgemeinschaft Ingenieurgeologie Arbeitsgemeinschaft Bodenkunde Arbeitsgemeinschaft Geochemie
Gerhard Richter-Bernburg u. Hans-Just Walther (Mitglieder) Ernst Habetha (Mitglied) Ernst Habetha (Mitglied) Hans-Just Walther (Mitglied) Ernst Habetha (Mitglied)	Internationaler Normenausschuss (I.S.O.): Technische Kommission Bergbau, Ausschuss für geologische und petrographische Zeichen Fach-Normenausschuss Siebtechnik Unterausschuss Körnungen Fach-Normenausschuss Bergbau, Arbeitsgruppe Markscheidewesen Fach-Normenausschuss Bauwesen, Normenausschuss Sonden
Hans Joachim Martini (Mitglied) Arnold Cissarz (Mitglied) Hans-Just Walther (Mitglied)	Lagerstättenausschuss der Gesellschaft Deutscher Metallhütten- und Bergleute
Ernst Habetha (Mitglied)	Forschungsgesellschaft für das Straßenwesen, Arbeitsgruppe Untergrund
Ernst Habetha (Mitglied) Ernst Habetha (Mitglied) Michael Langer (Mitglied)	Deutsche Gesellschaft für Erd- und Grundbau: Arbeitskreis Geologie und Baugrund, Arbeitskreis Standsicherheit von Böschungen, Entnahme ungestörter Bodenproben
Wolfgang Schott (Mitarbeiter)	Schwedische Tiefsee-Expedition 1947–1948 an Bord des Forschungsschiffes Albatross
Wolfgang Schott (Mitarbeiter)	Karibische Tiefsee-Expedition „Carib 1960“ des Marine Laboratory, Miami, Florida
Hans Joachim Martini und Ernst Habetha (Mitglieder des nationalen Komitees)	Congrès International des Grandes Barrages

Mitte der 1960er Jahre waren „die unvermeidlichen Anlaufschwierigkeiten, die sowohl personeller wie ausstattungsmaßiger und unterbringungsmaßiger Art waren“ überwunden, die BfB „in den Grundzügen fertig entwickelt und voll arbeitsfähig“.⁵³⁹ Noch bevor Bentz 1962 in den Ruhestand getreten war, hatte er den seit langem geplanten Neubau der Bundesanstalt für Bodenforschung und des NLFb im Stilleweg in Hannover Groß Buchholz in die Wege geleitet, dessen Einweihung durch seinen Nachfolger Martini 1965 in Anwesenheit von Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker erfolgte (Abb. 26). Aber auch nach seiner Pensionierung blieb Bentz aktiv.⁵⁴⁰ So war er Mitglied verschiedener internationaler Gremien, was ihn wiederholt zur ausgedehnten Auslandsreisen veranlasste, die „im Interesse der Bundesrepublik“ erfolgten.⁵⁴¹ Als Mitglied des Permanent Council der Welt-Erdöl-Kongresse nahm er im Juni 1964 an einer Sitzung des „Dauernden Rates“ in Stratford-on-Avon teil, wo ihn auf der Rückreise nach London völlig unerwartet der Tod ereilte.⁵⁴²

In seiner Rede anlässlich der Beisetzung von Bentz in Heidenheim ehrte Martini den „großen Führer“ der Geowissenschaften, wobei einmal mehr deutlich wurde, wie unreflektiert die Geologen der BfB, trotz der inzwischen bundesweit öffentlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit (Ulmer Einsatzgruppen-Prozess 1958, Frankfurter Auschwitz-Prozesse 1963–1965)⁵⁴³, noch immer mit ihrer jüngsten Vergangenheit umgingen. Martini behauptete nicht nur in völlig überzogener Weise, dass Bentz „hunderte von politisch, völkisch, religiös und rassistisch Verfolgten (...) während des Dritten Reiches unter größten eigenen Gefahren gerettet oder zu retten versucht“, sondern darüber hinaus all den „kleinen Nationalsozialisten“ unter den Geologen nach dem

539 Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1964 bis zum 31. Dezember 1965, Hannover 1966, S. II, BGR-Archiv Hannover, Z 1643.

540 Im BMWi bestand die Absicht, die Dienstzeit von Bentz zu verlängern, dieser hatte jedoch den Wunsch, aus dem Beamtendienst auszuschcheiden, „um sich in stärkerem Maße seinen wissenschaftlichen Arbeiten widmen zu können“. Ludwig Erhard (BMW, Bonn) an den Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr (Hannover), 26.2.1962, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 85066, Bl. 19 f.

541 Vermerk von Martini für Herrn Krause betr. Bentz, 18.5.1962, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690, unp.

542 Vgl. Schultze, Nachruf Bentz (1965), S. 250.

543 Vgl. Conte, Suche (2009), S. 250–258.

Krieg die Fortsetzung wissenschaftlicher Arbeit ermöglicht habe.⁵⁴⁴ Damit wurde Bentz nicht nur zu einer moralischen Instanz erhoben, durch die von Martini zur Schau gestellte Form der Vergangenheitsbewältigung wurden die staatlichen Geologen pauschal entlastet. Dies galt auch für Martini, der seine SS-Mitgliedschaft nach 1945 konsequent verschwiegen hatte und den 1969 ebenfalls ein viel zu schneller Tod ereilte. Auch in diesem Fall zeigte sich sein Nachfolger an der BfB und am NLFb, der Geologe Gerhard Richter-Bernburg, einst selbst Mitglied von NSDAP und SA, bemüht, den Blick auf die Vergangenheit zu vernebeln. So räumte Richter-Bernburg zwar ein, dass Martini 1940 mit der Aufgabe nach Prag gesandt worden war, den Geologischen Dienst der Tschechoslowakei gleichzuschalten. „Die Schwierigkeit dieser Aufgabe“ sei aber nur Martinis „Altersgenossen“ begreiflich, was offenbar bedeutete, dass sich die jüngere Generation kein Urteil über Martinis Handeln in der NS-Zeit anmaßen sollte.⁵⁴⁵

544 Martini, *Ansprache* (1965), S. XXVII.

545 Martini kam im Oktober 1969 bei einem Autounfall ums Leben. Richter-Bernburg, *Nachruf Martini* (1970), S. XIV.

6 An der Abbruchkante: Zeigen, Andeuten und Verschütten der Vergangenheit

In seiner 2009 erschienenen biographischen Würdigung Hans Joachim Martinis erörtert deren Verfasser, Martinis früherer Mitarbeiter und spätere Vizepräsident der BGR, Gerd Lüttig⁵⁴⁶, Martinis Rolle als Leiter der Prager Zweigstelle des Reichsamtes für Bodenforschung während des Krieges. Lüttig war im August 1968 gemeinsam mit Martini auf dem Internationalen Geologenkongress in Prag gewesen, als sowjetische Panzer dem „Prager Frühling“ ein Ende setzten und beschreibt das damals gemeinsam Erlebte, wobei er Martinis Namen mit HJM abkürzt:

„[W]ir beide hatten (...) engen Kontakt zu den tschechoslowakischen (...) Kollegen. Belegt ist, auch aus diesen Tagen, dass HJM in der Protektoratszeit, damals immerhin nur 32-jährig, sich zu den ihm unterstellten tschechoslowakischen Kollegen mustergültig und großzügig verhalten haben muss; er muss auch Übergriffe geschickt abgeblockt und sich schützend vor seine Kollegen gestellt haben. Er hat auch, indem er das Prager Juden gehörende Haus seiner Dienststelle nicht verließ, was ihm angeboten worden war, für Schutz seiner Vermieter gesorgt. Nicht vergessen kann ich, wie während im August 1968 auf den Straßen russische Panzer rollten, der Präsident des sowjetischen Nationalkomitees Prof. Siderenko [sic] in unser Büro kam, Tränen in den Augen, uns die Hände schüttelte und (auf Deutsch) um Vergebung wegen des Verhaltens seiner Militärs bat.

546 Gerd Lüttig (1926–2010), ab 1953 am Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung, Hannover, 1954 Dr. rer. nat., Universität Göttingen („Alt- und mittelpleistozäne Eisrandlagen zwischen Harz und Weser“), 1970 Vize-Präsident des Niedersächsischen Landesamts und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 1980 Professor für Angewandte Geologie an der Universität Erlangen-Nürnberg, 1988 Gastprofessor an der Freien Universität Brüssel, „Berater diverser Bundesregierungen und ausländischer Regierungen sowie Kommissionen der UNO, der UNESCO und der EU“ (<https://prof-kat.tu-braunschweig.de/resolve/gnd/11730087X>), 7.1.2025); Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender (1983).

Er war übrigens als Minister für Geologie Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU. Die tschechischen Kollegen HJMs haben sich, als er bei Kriegsende verhaftet wurde, übrigens dafür eingesetzt, dass er ‚als guter Mensch‘ nach 14 Tagen aus dem Gefängnis entlassen wurde. Nach einem gefährlichen Marsch bis nach Teplitz-Schönau konnte er mit einem russischen Soldaten seine Uhr gegen ein Fahrrad eintauschen und gelangte so nach ein paar Tagen wohlbehalten nach Bockenem.⁵⁴⁷

An diesen Erinnerungen Lüttigs an gemeinsame Erlebnisse erkennen wir charakteristische Übertragungen des Erinnerns. Es sei „belegt“, wie sich Martini ein Vierteljahrhundert zuvor in Prag verhalten hätte, und zwar „müsse“ dies so gewesen sein, wenn man das Verhalten der tschechoslowakischen Kollegen in Betracht ziehe. Dabei wird außer Acht gelassen, dass die Niederschlagung des Prager Frühlings vor allem für die tschechoslowakischen Kollegen eine extrem angespannte Situation gewesen sein muss. Die Dramatik der Szene wird allerdings gezielt eingesetzt. Die Konfrontation des Kalten Krieges dient dazu, zu zeigen, dass sowjetische Politiker um „Vergebung“ baten. Nicht erfahren wir, ob Martini jemals um Vergebung für das verbrecherische Verhalten seiner Kollegen in der SS oder der Wehrmacht während der Straßenkämpfe des Prager Aufstandes im Mai 1945 gebeten hatte – offensichtlich wird dies von Lüttig weder für nötig noch für relevant erachtet. Er bezieht im Weiteren offenbar direkt von Martini Mitgeteiltes ein, darunter der Schutz von „Prager Juden“, ebenso wie die Geschichte des Marsches nach Teplitz-Schönau. Es sei betont, dass an der Aufrichtigkeit Lüttigs nicht zu zweifeln ist, er hat dies sicher erlebt und wohl getreu geschildert; allerdings ging er in einem Analogieschluss davon aus, dass seine Kenntnis der Person Martinis nach dem Krieg ebenso wie das Verhalten von Kollegen aus ehemals besetzten Ländern 25 Jahre später in einer gleichfalls existentiell bedrohlichen Situation direkte, belastbare Rückschlüsse auf Geschehnisse vor 1945 erlauben würde.

Martinis Witwe, Ruth Martini, hat die Geschehnisse in Prag 1945 mehr als vierzig Jahre später, 1987, ebenfalls geschildert, in kurzen, nicht für die Veröffentlichung bestimmten Notizen. Diese bestätigen

547 Lüttig, Martini (2009), S. 210. Bei dem genannten Minister für Geologie der Sowjetunion handelt es sich um Alexander Vasilievich Sidorenko (1917–1982).

weitgehend Lüttigs Darstellung, ergänzen und spezifizieren vieles, sprechen aber vor allem die Bedrohlichkeit der Situation für Martini und dessen Glück, bzw. Geschick, deutlicher an. Martini sei dem Tod nur entkommen, da er seine „Pistole in die Moldau geworfen“ hatte, sein Chef, Erich von Wedelstädt, war dagegen „in seinem Büro mit der eigenen Pistole erschossen worden“. Martinis Freispruch vor dem tschechischen Tribunal war darauf zurückzuführen, dass er sich nichts hatte „zu Schulden kommen lassen (keine Judenwohnung etc.). (...) Alle tschechischen Mitarbeiter und Kollegen hatten nur gut für ihn ausgesagt“. ⁵⁴⁸ Martini (dessen Familie damals schon im heimischen Bockenem war) blieb vorerst in Prag, wurde noch im Mai 1945 auf den Marsch nach Teplitz-Schönau geschickt, überlebte dies mit Glück und Geschick und erreichte tatsächlich mit einem gegen eine Uhr getauschten Fahrrad schließlich Bockenem. Ruth Martinis Schilderung enthält indirekte Hinweise auf den Grund der Verhaftung. Die Tatsache, dass ihr Mann eine Pistole trug und sein Vorgesetzter Erich von Wedelstädt war, einer der „wichtigsten Gefolgsleute“ Reinhard Heydrichs in Prag⁵⁴⁹, deuten auf die SS-Mitgliedschaft Martinis hin, ohne diese direkt anzusprechen. Dieses Tabu wird selbst in internen Notizen nicht angerührt, doch für die Bedrohlichkeit der Situation indirekt angeführt. ⁵⁵⁰

In diesem Kapitel wird es darum gehen, wie maßgebliche Geologen der Nachkriegszeit das Erinnern an ihre Vergangenheit im Nationalsozialismus dafür einsetzten, um ihre institutionellen Ziele zu erreichen. Diese waren, wie das Vorhergehende gezeigt hat, heterogen und wiederum geprägt von den Erfahrungen vor und während des Nationalsozialismus. Deutlich wurde, dass die neue Bundesanstalt für Bodenforschung (BfB) von 1958/59 nicht dem alten Reichsamt für Bodenforschung (RfB) von 1939 oder 1945 entsprach. Zu unterschiedlich die neuen Ansprüche, zu verschieden auch die Konstellationen im In- und Ausland. Dennoch galt das alte RfB, neben den Konkurrenten in der DDR sowie den Partnern im westlichen Ausland, noch 1960 als maßgebliche Vergleichs- und Bezugsinstanz. ⁵⁵¹ Wie haben sich nun die

548 Ruth Martini, Bericht über Hans Joachim Martini, 30.7.1987, UB Freiburg, GAGV, unverzeichneter Teilnachlass Hans Joachim Martini.

549 Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

550 Ruth Martini, Bericht über Hans Joachim Martini, 30.7.1987, UB Freiburg, GAGV, unverzeichneter Teilnachlass Hans Joachim Martini.

551 Siehe Abb. 22 „Internationaler Vergleich: Haushalt in Millionen DM“, um 1960, BGR-Archiv Hannover, Nr. 121679.

leitenden Mitarbeiter der geologischen Ämter, vor allem die neuen Präsidenten Bentz und Martini selbst, ihrer Vergangenheit gestellt? Wie haben sie die neue Institution, die BfB, im Lichte der Vergangenheit positioniert? Worauf haben sie gezeigt, was haben sie hervorgehoben? Was haben sie verborgen, was wurde verschüttet? Was nur angedeutet?

Das Kriegsende 1945 wurde von den deutschen Geologen, zumindest in den westdeutschen Zonen und später der BRD, mit einem einzigen Begriff gefasst: Zusammenbruch. Ausnahmslos und unmittelbar einsetzend nach dem Mai 1945 wird das Erlebte als Zusammenbrechen und Abbrechen der alten Ordnung interpretiert, meist als alles umfassende Niederlage nach dem „totalen Krieg“ geschildert. In diesem Kapitel wird der geologische Begriff „Abbruchkante“ als Metapher eingeführt (der von den historischen Akteuren also nicht derart verwendet wurde), um zu zeigen, dass Abbrüche, oder Zusammenbrüche, gesellschaftlicher Ordnungs- und Wertesysteme die außerordentliche Gelegenheit bieten, Strukturen des alten Systems sichtbar zu machen. Hier soll die Metapher vor allem dazu dienen, das Verhalten der damaligen Akteure in Bezug auf eine derartige Offenlegung vergangenen Geschehens zu analysieren. Beide Begriffe, Zusammenbruch und Abbruchkante, deuten auf eine Diskontinuität, einen Einschnitt, Stillstand, gar eine „Stunde Null“. Diese, das wissen wir heute, hat es 1945 so nicht gegeben.⁵⁵² Und sie wurde von den Akteuren auch gar nicht so interpretiert. Im Folgenden steht zunächst die institutionell geprägte Umgangsweise mit der NS-Vergangenheit im Zentrum der Analyse, die von 1945 bis in den Beginn der 1970er Jahre reicht, als der letzte in verantwortlicher Position in der NS-Zeit tätige Präsident der BfB, Gerhard Richter-Bernburg, aus dem Amt schied.

6.1 Die Werte der Institution

Aus den „Trümmern“ des alten Reichsamtes sollte, so strebten es maßgebliche Akteure an, eine neue zentrale Anstalt entstehen. Da an die Organisationsform des RfB nicht direkt anzuschließen war (angeführt wurde hier meist, dass diese mit dem Reich „untergegangen“ war), bezogen sich die Geologen auf das von ihnen als Notwendigkeit, gar Zwangsläufigkeit, gesehene Bestehen einer zentralen Institution

552 Vgl. exemplarisch Hobuß, Mythos (2015), S. 44 f.

staatlicher geologischer Forschung. Die in den 1950er Jahren entstehende BfB ist damit sowohl als Institution (national-)staatlicher geologischer Forschung als auch als Organisation mit konkreten Abteilungen und Zuordnungen zu verstehen.⁵⁵³ Als Institution nahmen AfB und BfB dabei vor allem Koordinations- und Ordnungsfunktionen wahr. Sie koordinierten die als „Gemeinschaftsaufgaben“ betitelten übergeordneten Arbeitsgebiete der föderalen Institute und stellten die Infrastruktur dafür bereit; sie nahmen die Vertretung nach außen wahr und führten die Auslandseinsätze durch; und sie berieten die zentrale staatliche Instanz, die Bundesregierung mit ihren Ministerien. Dabei diente die Institution als Träger und „Markenkern“ übergeordneter Werte. Dazu zählten die Vertreter des AfB/ der BfB vor allem die beiden folgenden: Erstens, die geordnete, dabei nach eigenen disziplinären Prämissen vorgehende Erzeugung wissenschaftlichen Wissens (Wissenschaftsfreiheit).⁵⁵⁴ Zweitens, den Einsatz dieses Wissens für nationalstaatliche bzw. gesellschaftliche Ziele, vor allem in ökonomischer Richtung („economic geology“). Diese beiden Werte (Freiheit in der Wahl der Mittel sowie Weisungsgebundenheit in Bezug auf die verfolgten Ziele) konnten dabei durchaus in Spannung zueinander stehen. Vor allem war dies, dies sei vorweggenommen, in der Rückschau auf die Zeit des Nationalsozialismus der Fall, in der angewandte, meist als „praktisch“ titulierte Aufgaben die Möglichkeit zu forschen beeinträchtigten und scheinbar einschränkten. Die Freiheit der Forschung wurde dabei meist als Freiheit, etwas zu tun, gesehen, also als Ermöglichung gedeutet. Die PGLA, später das Reichsamts, dann die Bundesanstalt, nahmen dafür wichtige, einzigartige Aufgaben wahr, die nur in einer gewissen

- 553 Hier folgen wir der flexiblen, aber auch uneinheitlichen Unterscheidung von Institution und Organisation in der Soziologie: Institution als (Teil-) System von Normen, Regeln, Rollen und geteilten Werten; Organisation als sich von der sozialen Umwelt abgrenzende, in sich strukturierte Einheit mit klaren Zuordnungen von Funktionen und Status. Vgl. Rehberg, Institutionen (1994). Keppler und Brockamp zum Beispiel, die ehemaligen Leiter der RfB, wurden zwar aus den neuen Organisationsformen der staatlichen geologischen Forschung, wie dem sich neu gründenden AfB ausgeschlossen, verblieben aber weiter im Kreis der Institution der staatlichen geologischen Forschung, wenn auch nur randständig. Zur Analyse des Reichssicherheitshauptamtes als flexible Institution, die den ideologischen Charakter des NS-Regimes verkörperte und vorantrieb, Wildt, Generation (2013), S. 27, 858.
- 554 Vgl. zu der umfangreichen Diskussion um diesen Begriff Wilholt, Freiheit der Forschung (2012).

Größe und Stellung gegenüber den Landesbehörden umgesetzt werden konnten. PGLA, RfB und BfB galten dabei als Träger und Symbole der Freiheit als Befähigung zur Forschung. Der Nationalsozialismus hatte, durch seine Kriegsvorbereitung und -führung, diese *Freiheit für etwas* unterbrochen und einseitig auf praktische, angewandte Aspekte gesetzt, also ausschließlich den zweiten Wert umgesetzt. Es war also nicht etwa staatliche Oppression, der Verlust der Freiheit von bestimmten Rechten, die das RfB des Nationalsozialismus für die Anknüpfung in der Nachkriegszeit untauglich machen sollte, sondern der damalige Verlust der Dualität staatlicher Ressortforschung. Dies bestimmte die Traditionsbildung der jungen Bundesanstalt, als ihre Vertreter entschieden, die PGLA, und damit die Zeit des (durchaus föderal geprägten) Kaiserreichs, als ihren Herkunftsort zu wählen. Dies war, so wurde deutlich, aus institutionellen Erwägungen richtig, denn die neue BfB trat in der föderalen Struktur der Bundesrepublik die Nachfolge der preußischen Anstalt als *primus inter pares* an. Organisatorisch war es schwieriger, denn es entstand ein Konglomerat von Bundesanstalt, Niedersächsischem Landesamt und Gemeinschafts-Institut, das nur schwer (u.a. über Personalunion auf der Leitungsebene und mit Unterstützungsvereinbarungen) zu steuern war.⁵⁵⁵

Alfred Bentz hatte sich, seiner eigenen Erinnerung zufolge, bereits seit Mitte 1943 auf die unabwendbare Niederlage, das Ende des „Dritten Reiches“ und den „unvermeidlichen Zusammenbruch“ vorbereitet.⁵⁵⁶ Seine Familie hatte er ins heimische Heidenheim in Sicherheit gebracht; die wichtigsten Unterlagen, das Bohrarchiv, Karten- und Bibliotheksmaterial in Stollen ausgelagert (s. o.). Er war darauf eingestellt, im Raum Hannover, nun unter britischer Verwaltung stehend, direkt an vergangene Bohrungen und Erkundungen anzuknüpfen und nutzte seine Chance, dass die britische Militärregierung, in Gestalt Major Albert Everard Gunthers, dies ganz genauso sah. Fast ohne Unterbrechung arbeiteten Bentz und sein Team weiter, nicht im gleichen Geiste, aber mit den gleichen Methoden, nun verstärkt durch zusätzliche Kontrollbefugnisse, die selbst während des Krieges nicht möglich, oder

555 Zu letzterem Bentz an Keppler, 11.5.1959, BGR-Archiv Hannover, Nr. 25758 und die Darstellung im vorliegenden Band.

556 Bentz an Robert Janoschek (Wien), 15.6.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20242.

zumindest nicht üblich, gewesen waren.⁵⁵⁷ Ermöglicht wurde es nun auch, da Rücksichtnahmen auf Geheimhaltung nicht mehr so dringlich waren, eine geotektonische Karte Nordwestdeutschlands zu veröffentlichen, eine Tätigkeit, die die Leistungsfähigkeit der Forschung während des Krieges demonstrierte, und gleichzeitig die Grundlagen für einen beispiellosen Anstieg der westdeutschen Ölförderung legen sollte. Bis zu Beginn der 1950er Jahre stieg die bundesdeutsche Ölförderung zur größten Westeuropas auf und deckte ca. 25% des bundesdeutschen Bedarfs. Der Rest wurde durch Importe, nun nicht mehr durch Synthesebenzin wie während des Zweiten Weltkrieges, gedeckt. Auch kulturell passte man sich an die neue Zeit an. In einem aufwendig gestalteten Singspiel, überschrieben „Fox Tönende Förderkurve“, wurde 1954 die 100. Austauschsitzung der Erdölfirmer unter Leitung der Erdölabteilung Bentz‘ begangen und gleichzeitig das Erreichen der 2 Mio. Jahrestonnen-Förderung gefeiert. Die Zeit von 1939 bis 1945 nahm dabei nur einen kleinen Raum ein. Allerdings wurde der Zug in den Kaukasus erwähnt, ebenso wie der darauffolgende Zusammenbruch auch bildlich dargestellt wurde. Die Melodien (zum Marsch „Fern bei Sedan“ und zu den letzten Takten von „Lili Marleen“) deuten auf den Verlust von Kollegen. Der Text „Auch die Ostmark brauchte Türme – Aus!“, „Für den Kaukasus Geräte – Aus!“ bricht ab, mit dem Geräusch rasselnder Scherben und einem Paukenschlag. Es herrscht Stille.⁵⁵⁸

557 Schott, Alfred Benz (1965), S. XXXVI.

558 Fox Tönende Förderkurve, 100. Austauschsitzung am 14.1.1954 (1.12.1953), in: Verse Lieder Sketche 1937–1970, BGR-Archiv Hannover, Nr. 93173.



Abb. 27: Fox Tönende Förderkurve.

In den öffentlichen institutionellen Rückblicken wurden vor allem Bezüge zu einer länger zurückliegenden Zeit gelegt. Als Alfred Bentz bereits im Juli 1946, nur ein Jahr nachdem er seine Gruppe in Celle etabliert hatte, diese einer Abordnung britischer Geologen vorstellte, schilderte er ausführlich die Geschichte der Preußischen Geologischen Landesanstalt und ihrer Vorläufer im 19. Jahrhundert, bevor er, ohne Erwähnung eines politischen Bruchs, die Gründung des Reichsamtes für Bodenforschung 1939 als zwangsläufige Folge der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zeichnete: „By uniting the survey of the other German states—Saxony, Thuringia, Mecklenburg, Württemberg, Baden, Hessen, Bavaria, and Austria—with that of Prussia (...) [t]he state offices were transformed into branch offices of the central ‘Reichsamt’.”⁵⁵⁹ Nicht nur wird Österreich in dieser 1946 verfassten Ansprache noch umstandslos als „deutscher Staat“ bezeichnet, die Gründung kurz vor Beginn des Krieges stellte sich in eine Kontinuität der säkularen Entwicklung des modernen Staatswesens und der generellen Erfordernisse wissenschaftlichen Arbeitens:

„It stands to reason that, for instance, geophysical methods could only be developed and applied by a greater unit. Specialists in micro-palaentology, coal petrology, oil geology, heavy minerals could only be engaged by an office endowed with the necessary equipment and capable of offering the opportunity for a large-scale use. It was quite natural that the Berlin office was consulted at a growing rate on these special problems, and that it had to lend its scientific assistance to the smaller surveys. The 1939 scheme of centralizing the administration but leaving the surveys intact as branch offices is considered a good one. The administration was much cheaper and the new office even more efficient from a scientific point of view. The free exchange of staff members and their experience brought a spiritual refreshment to all offices.”⁵⁶⁰

Neben dem interessanten Rückbezug auf eine geistige Erneuerung, die, wenn auch rein wissenschaftlich, während des „Dritten Reiches“ ermöglicht worden war, deutete Bentz Effizienzgewinne und Ersparnisse an, deren Fortsetzung von der britischen Militärverwaltung sicher sehr begrüßt wurde. Darüber hinaus zog er direkte Lehren aus der 1939

559 Bentz, History (1947), S. 176.

560 Ebd.

geschaffenen zentralen Verwaltung für die Zeit ab 1946: „Centralization is considered a necessity not only for the application and examination of modern methods of investigation, but also for the upkeep of well-equipped laboratories and of a large library.”⁵⁶¹ Doch ebenfalls rechtfertigte er die in der britischen Zone getroffenen Entscheidungen, die eine teilweise Dezentralisierung nach sich geführt hatten:

„Centralization, however, may not be carried out schematically for field geologists who have to keep close contact with local authorities and services. In the British zone, therefore, more decentralization has been effected by opening new branch offices in the Northern Rhineland and in Westphalia.”⁵⁶²

Bentz setzte seine Interpretation der Organisation der geologischen Dienste im „Dritten Reich“ ein, um für die Nachkriegszeit eine abermalige Zentralisierung, diesmal in Hannover, zu erreichen. Immerhin stand das Reichsamt für Bodenforschung (das, noch in Celle, damals unter dieser Bezeichnung firmierte) in Konkurrenz mit der eigentlich zuständigen Zentrale, dem Reichsamt für Bodenforschung im sowjetischen Sektor Berlins. Indem Bentz die Aktivitäten des RfB im Zweiten Weltkrieg komplett ausklammerte, obwohl gerade die Leistungen seiner eigenen Abteilung in Norddeutschland, Österreich und den besetzten Gebieten der Sowjetunion als Folge der 1939 eingeführten zentralen Verwaltung gelten konnten und einen maßgeblichen Faktor der Kriegsführung bildeten, überbrückte er die 1946 hochproblematische Kontinuität zu NS-Kriegswirtschaft und NS-Besatzungsregime. Vielmehr betonte er übergeordnete Kontinuitäten wissenschaftlicher Art:

„Reviewing the development of the Geological Survey it can be stated that its basic principles have always been the same: assembling a maximum number of the most accurate observations and recording and representing them in geological maps. We also see that this entailed a growing penetration of geology by practical problems of mineral deposits, engineering geology, agriculture, and government plans (...) The history of the Geological Survey during the last seventy years is also a history of economic geology. This point must be made absolutely clear, in order to draw the right

561 Ebd.

562 Ebd.

conclusions which shall guide the future. It must be emphasized that in future the main task of the Geological Survey will be the development of economic geology, because it will be economic geology that will play a dominant part in the reconstruction of Germany's economic life."⁵⁶³

Ohne Umschweife setzte Bentz die Geschichte der Geologischen Dienste Deutschlands seit dem 19. Jahrhundert in Bezug zum (west)deutschen Wiederaufbau nach 1945. Mit der Betonung der „Notwendigkeit“ der Zentralisierung sicherte er so seiner eigenen Abteilung in Celle, bald in Hannover, die Position, die ihn 1958 als Gründungspräsidenten der Bundesanstalt für Bodenforschung erscheinen ließ. Doch deutete er bereits 1946 einen Teil der Schwierigkeiten an, die ihm auf diesem Wege bevorstanden: Nicht die Konkurrenz im ostdeutschen Sektor, sondern die föderalistischen, zentrifugalen Tendenzen der entstehenden westdeutschen Bundesländer sollten die angestrebte, „natürliche“ Zentralisierung verzögern und letzten Endes auch verwässern. Dennoch galt die BfB von 1958/59 als Nachfolgerin der PGLA von 1873, ebenso wie des RfB von 1939/41. Wissenschaftliche Tendenzen und wirtschaftliche Erfordernisse wurden als Triebkräfte benannt, nicht die ideologischen Ziele und Raub- und Vernichtungskriege des Deutschen Reiches von 1933 bis 1945⁵⁶⁴, die unerwähnt blieben. Bentz zeigte auf Zentralisierung als unausweichliche Tendenz der Zeit, ohne ihre eigentliche Ausprägung und Gestalt, die damals nur etwas mehr als ein Jahr zurücklag, auch nur mit einem Wort anzudeuten. Das „Dritte Reich“ hatte in dieser Sicht weder Bedeutung noch Rolle, fast scheint es, es hätte nie existiert. Für Bentz gab es 1946 keine Abbruchkante, sondern eine kontinuierlich verlaufende Formation wissenschaftlicher Opportunitäten und wirtschaftlicher Notwendigkeiten.

Etwa sieben Jahre später, in einem ca. 1953 verfassten Memorandum zu den „Bundesaufgaben der staatlichen Bodenforschung“, sah dies schon anders aus. Fast paradox galt der Krieg nun einerseits als Unterbrechung wissenschaftlicher Forschung, andererseits als Triebkraft der Entwicklung neuer Methoden und der Gewinnung neuer Erkenntnisse. Dieses Paradoxon, den Krieg einerseits als großen Inhibitor, andererseits als den „Vater aller Dinge“ anzusprechen, sollte das Nachkriegsnarrativ

563 Ebd., S. 177.

564 Boldorf, Neue Wege (2012), S. 9.

prägen. Dabei wurde die Kriegszwecken dienende Tätigkeit des RfB unter der Bezeichnung einer „unmittelbar wirtschaftlichen Zwecken dienenden Arbeit“⁵⁶⁵ kaschiert, wobei die wissenschaftlichen Arbeiten „fast völlig“ eingestellt wurden. Hier wurde nun auch klarer benannt, welchen Zwecken die Tätigkeiten dienten – wobei der „Aufschwung der deutschen Erdölproduktion“⁵⁶⁶ ebenso eine prominente Rolle spielte wie die direkten kriegsrelevanten Einsätze, die entweder als unabänderlich oder als außerhalb des RfB liegend benannt wurden:

„In der zweiten Hälfte des Krieges verzehrte die unterirdische Verlagerung der Industrie große Teile der Arbeitskraft des Amtes. Die Beratung der Wehrmacht (Wehrgeologie) erforderte die Durchführung zahlreicher geologischer, geophysikalischer und bodenkundlicher Arbeiten und die Abgabe vieler Wissenschaftler.“⁵⁶⁷

Wie sich diese „Abgabe vieler Wissenschaftler“ zum weiteren Anstieg des Personals bis 1944 verhielt, wird nicht erläutert.⁵⁶⁸ Und auch die Diskrepanz zwischen „Verzehr“ wissenschaftlicher Arbeitskraft zu der ebenfalls betonten Triebkraft des Krieges für wissenschaftliche Grundlagen wird nicht aufgelöst: „Viele wissenschaftliche Nachkriegsveröffentlichungen haben gezeigt, wie auch diese Überfülle an rein praktischen Arbeiten die wissenschaftliche Geologie, Geophysik und Bodenkunde gefördert hat.“⁵⁶⁹ Hervorgehoben werden hier geoelektrische Verfahren und radioaktive Untersuchungen ebenso wie eine verbreiterte Kenntnis von Lagerstätten aller Art. Das Ausmaß des geologischen Forschungsbooms schlug sich beispielsweise in den von Ludwig Rüger und Julius Bartels 1948 herausgegebenen Bänden des „FIAT Review of German Science 1939–1945“ sichtbar nieder, an denen Geologen des ehemaligen RfB prominent beteiligt waren.⁵⁷⁰

Das Narrativ einer reinen wirtschaftlichen Orientierung, ohne jede Berührung mit Rüstungs- oder Kriegsanstrengungen, hatte eine juristische Komponente. Am prominentesten wird dies deutlich bei der

565 Die Bundesaufgaben der staatlichen Forschung und ihre Bedeutung. Undat. Manuskript (ca. 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 31129 (auch 24852), S. 12.

566 Ebd., S. 13.

567 Ebd.

568 Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

569 Die Bundesaufgaben der staatlichen Forschung und ihre Bedeutung. Undat. Manuskript (ca. 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 31129 (auch 24852), S. 13.

570 Vgl. Rüger (Hg.), Geologie (1948); Bartels (Hg.), Geophysik (1948).

Verteidigungsstrategie Wilhelm Keplers im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1948. Wilhelm Keppler war nicht nur seit 1939 Präsident des RfB gewesen, er war ein „Alter Kämpfer“ der NSDAP und Wirtschaftsberater Hitlers, der im Nürnberger Prozess schließlich vor allem wegen seiner Rolle bei der Ausbeutung der österreichischen Wirtschaft 1938 verurteilt wurde, die er in seiner Funktion als Staatssekretär im Auswärtigen Amt gespielt hatte.⁵⁷¹ Doch wurde seine Tätigkeit im RfB in der Anklage mit aufgeführt. Bentz, der anders als Keppler (und auch anders als Carl Krauch, der wie Bentz einer von Görings Bevollmächtigten im Vierjahresplan gewesen war⁵⁷²) weder verhaftet noch vor Gericht gestellt worden war, galt, als Nicht-Parteimitglied, wohl als unbelastet genug, um Auskunft über die Tätigkeit Keplers direkt vor und während des Krieges geben zu können. Er wurde im Februar 1948 vom Verteidiger Keplers, Rechtsanwalt Dr. Werner Schubert, darum gebeten, eidesstattliche Erklärungen zugunsten des Beklagten abzugeben. Dabei gab Schubert schon recht detailliert an, wie die Aussage zu lauten hatte:

„Es liegt mir daran, dem Gericht dartun zu koennen, dass dieses Aufgabengebiet Ihrer Behoerde mit Ruestung nichts oder nur wenig zu tun hatte und dass es auch Herrn Keppler ausschließlic oder vorwiegend darum zu tun war, die Wissenschaften der Bodenforschung und ihre praktische Nutzenanwendung für die Wirtschaft zu foerdern.“⁵⁷³

Auch war dem Verteidiger daran gelegen, die Kontinuitäten des alten RfB zu den Tätigkeitsfeldern der Nachkriegs-Ämter in Hannover und in Ost-Berlin zu belegen. Bentz antwortete etwa drei Wochen später mit einer ausführlichen Stellungnahme, wobei er unter anderem seine 1947 erschienene historische Darstellung im *Geological Magazine* beilegte. Er bestätigte die identischen Aufgabenfelder der Behörden im „Dritten Reich“, der britischen sowie der sowjetischen Zone und betonte:

„Das Reichsamt für Bodenforschung in Berlin, das erst im März 1939 gegründet wurde, hatte mit Kriegsvorbereitungen nie etwas zu tun.

571 Ahrens, *Raubwirtschaft* (2013); Conze u.a., *Amt* (2010), S. 389, 391, 395, 399; Flachowsky, *Kampf* (2026).

572 Zum Prozeß gegen Carl Krauch (1887–1968), der 1948 zu sechs Jahren Haft verurteilt wurde, vgl. Boll, *IG-Farben-Prozeß* (1999), S. 133–143.

573 Schubert, *Verteidiger beim Militärtribunal*, an Bentz, Nürnberg 25.2.1948, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20398.

Seine Aufgabe bestand in wissenschaftlichen, geologischen, geophysikalischen oder agronomischen Untersuchungen, deren Ergebnisse zwar für die Praxis vielfach von Bedeutung sind, aber doch noch eingehender technischer Untersuchungen bedürfen, um die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit der Planung nachzuweisen.⁵⁷⁴

Weiter betonte Bentz wie gewünscht das wissenschaftliche Interesse Keplers und dessen Präsenz in der Invalidenstraße.⁵⁷⁵ Auch bemerkte er die Kontinuität in die Nachkriegszeit, als er mitteilte, dass von Kepler abgeschlossene Darlehensverträge für Erdölbohrungen in der britischen Besatzungszeit weiter abgewickelt wurden, unter Bevollmächtigung durch die britische Militärverwaltung. Gleichzeitig legte er dar, dass er selbst, obwohl nicht Mitglied der NSDAP, niemals Druck vonseiten seines damaligen Vorgesetzten erfuhr (der als SS-Obergruppenführer einen hohen SS-Rang bekleidete). Schubert antwortete im April und schlug vor, den Brief von Bentz in das Affidavit zugunsten Keplers zu übernehmen, was dann auch geschah.⁵⁷⁶ Die Aussagen von Bentz sind klar davon geprägt, dass er die Rolle des RfB während des „Dritten Reiches“ in einem möglichst guten Licht erscheinen lassen wollte, was eben auch ihn selbst exkulpieren würde. Zwar war er bereits 1946, nach einem „hochnotpeinlichen Verfahren“, als Fachmann entlastet und in seiner Position belassen worden (s. o.), doch sein eigenes Entnazifizierungsverfahren war im Frühjahr 1948 noch nicht offiziell beschieden. Im Verlauf des Sommers wurden die Anklagepunkte gegen Kepler konkreter und beinhalteten auch die Rolle der Kontinentalen Öl AG bei der Ausbeutung der Erdölgebiete in der Sowjetunion, berührten also Bentz' eigenes Aufgabengebiet.⁵⁷⁷ Auch hier antwortete Bentz umfassend, betonte allerdings die „komplizierten Verhältnisse“. Er legte, unter

574 Bentz an Schubert, 19.03.1948, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20400. Textidentisch im Affidavit Bentz' vom 13.4.1948 in UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20407.

575 In einer Bescheinigung zugunsten von Julius Versé, dem Amtsvorgänger Keplers, schilderte er letzteren ganz anders, als er betonte, dass Versé sich „dem Hass der Partei zugezogen“ hatte: „Er wurde daher Ende 1938 entlassen und seine Stelle erhielt ein Nichtfachmann und reiner Parteigünstling, Staatssekretär Kepler.“ Bescheinigung von Alfred Bentz für Julius Versé, 30.4.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 134123.

576 Bentz, Eidesstattliche Erklärung, Celle, 13.4.1948, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20407.

577 Schubert an Bentz, 2.7.1948, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20411.

Rückgriff auf eine von Major Gunther verfasste Artikelserie in der *Petroleum Times*, unter anderem dar:

„Es muß aber, und das erscheint mir wesentlich zu sein, immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Kontinentale Oel A.G. unmittelbar mit dem Kaukasus-Unternehmen gar nichts zu tun hatte, sondern daß alles, was in Rußland vor sich ging, ausschließlich Angelegenheit des Militärs, in diesem Falle der Technischen Brigade Mineral-Oel gewesen ist.“⁵⁷⁸

Erst nach „Befriedung“ des Gebietes war es geplant, dass die Firmen selbst aktiv würden, wozu es freilich nie kam. Doch was das RfB selbst betraf, lag die Sache etwas anders:

„Das Reichsamt für Bodenforschung hatte natürlich eine ganze Reihe von Querverbindungen sowohl zu den militärischen Führungsstellen sowie zum Vierjahresplan und zum Wirtschaftsministerium. Irgendwie selbständig hat aber das Reichsamt bzw. Herr Keppler nie handeln können und seine Tätigkeit bezog sich ausschließlich auf Beantwortung wissenschaftlich-technischer Fragen (...) Das Reichsamt für Bodenforschung war an den direkten Vorbereitungen für den Einsatz der Technischen Brigade Mineralöl nicht beteiligt.“⁵⁷⁹

Angehörige des RfB bzw. der Kontinentale Öl AG waren, bevor sie in den besetzten Gebieten tätig wurden, zum Militär übergewechselt, und „unterstanden meist den dafür eingesetzten Wehrwirtschaftsstäben.“⁵⁸⁰ Der Anwalt reagierte zögernd. So enthielt die Artikelserie Gunthers „zwar sehr viel Positives“, aber eben auch „belastende Momente“, worauf er sie nicht dem Gericht vorlegen wollte. Doch die Ausführungen Bentz‘ selbst dienten wiederum als Vorlage für ein Affidavit.⁵⁸¹

Bentz‘ Zeugnisse waren erfolgreich: Keppler wurde zwar verurteilt, aber nicht für seine Tätigkeiten als RfB-Präsident zur Rechenschaft gezogen.⁵⁸² Doch Bentz‘ Unterstützung des belasteten ehemaligen Vorgesetzten ging nicht soweit, als dass er sich direkt für dessen

578 Bentz an Schubert, 20.7.1948, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20414.

579 Ebd.

580 Ebd.

581 Vgl. den Entwurf von Bentz, undat., in UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20418.

582 Ahrens, *Raubwirtschaft* (2013).

weitere berufliche Zukunft engagiert hätte, obwohl ihn Keppler durch seinen Anwalt darum bat.⁵⁸³ Keppler wurde später freiberuflich tätig, unter anderem als Berater für die Wankel AG. In seinen Affidavits setzte Bentz, zum Teil auf Anraten und Bitten des Anwalts Kepplers, die Trennung der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Tätigkeiten von rüstungsbezogenen und militärischen Tätigkeiten durch. Mitarbeiter des RfB wechselten die Seite, indem sie von der Wehrmacht eingezogen wurden – die Verantwortung endete an dieser zivil-militärischen Trennlinie, die natürlich eine konstruierte war, um die Verteidigung nicht zusammenbrechen zu lassen. Die belastenden Anteile, die selbst damals schon öffentlich bekannt gemacht waren, wurden von der Verteidigung beiseitegeschoben. Hier waren es klar juristische Motive, die das Narrativ der Trennung von zivilwirtschaftlichen Funktionen und militärisch-rüstungsbezogenen Aktionen motivierten und formten. Die belastende Schicht der Abbruchkante wurde den militärischen Formationen zur Last gelegt, dabei deren Verbindungen zur kontinuierlich weiterverlaufenden Schicht des wissenschaftlich-wirtschaftlichen Einsatzes gekappt.

Nachdem es einmal etabliert war, konnte das Narrativ einer ausschließlich friedlichen Zwecken dienenden geologischen zentralen Behörde als Vorbild und Modell dazu benutzt werden, die Mangelhaftigkeit der bundesdeutschen Situation gegenüber der des Deutschen Reiches vor 1945, explizit auch der des „Dritten Reiches“ darzulegen. Dieses wurde in dem etwa 1953 verfassten internen Memorandum als „Beispiel und Vorbild für eine wohlausgerüstete, systematische und erfolgreiche staatliche Bodenforschung und für eine wohlorganisierte Zusammenarbeit zwischen den Ministerien und der Bodenforschungsanstalt“ dargestellt.⁵⁸⁴ 1953 sei „diese nicht vorhanden, und Deutschland“ stehe „in dieser Hinsicht fast allein in der Welt.“ Betont wird fernerhin auch die einstmals so erfolgreiche Zusammenarbeit des RfB mit den Reichsministerien für Finanzen, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft, ohne freilich deren kriegsvorbereitende und -begleitende Funktionen zu erwähnen.⁵⁸⁵ Doch wird in Bezug auf „das deutsche kulturelle Ansehen“

583 Schubert an Bentz, 20.1.1949, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20416, sowie Bentz an Schubert, 8.2.1949, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20417.

584 Die Bundesaufgaben der staatlichen Forschung und ihre Bedeutung. Undat. Manuskript (ca. 1953), BGR-Archiv Hannover, Nr. 31129 (auch 24852), S. 17.

585 Ebd., S. 19.

erwähnt, „welche führende Stellung in der Welt die staatliche Bodenforschung Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg besessen hat“.⁵⁸⁶ Diese könne, so das Memorandum, nur durch ein neues „Bundesinstitut für Bodenforschung“ völlig wiederhergestellt und dauerhaft gesichert werden.⁵⁸⁷ Betont wurde im Memorandum dabei die Rolle der zivilen deutschen Behörden Niedersachsens sowie die Fördermittel des ERP-Programms („Marshall-Plan“), ausgeblendet die der britischen militärischen Besatzungsbehörden.⁵⁸⁸ Das Narrativ der ausschließlich friedlichen Zwecken dienenden zentral-staatlichen Bodenforschung sollte nicht einmal durch die Involvierung der militärischen Stellen der neuen Verbündeten kontaminiert werden.⁵⁸⁹

Bei dem Bezug des neuen Dienstgebäudes im Herbst 1952, das von der Prakla angemietet wurde, bot sich die Gelegenheit, die neu geschaffene Organisation einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen, vor allem den Vertretern der Landesministerien, und auch des Bundesministeriums für Wirtschaft, die an der Finanzierung der nun einfach „Amt für Bodenforschung“ genannten Behörde beteiligt waren. Sie war nicht mehr ein Reichs-, aber auch noch kein Bundesamt. Die nun konstruierte Tradition galt der PGLA, nicht dem RfB (das 1953 de jure noch bestand). Denn so „war es natürlich in der Praxis unmöglich, die Arbeiten in dem bisherigen Rahmen fortzuführen.“⁵⁹⁰ Vielmehr „konnte kein Zweifel darüber bestehen, daß in vieler Beziehung an die alte Tradition der Preußischen Geologischen Landesanstalt angeknüpft werden mußte, da diese wissenschaftliche Behörde sich größten internationalen Ansehens erfreute“.⁵⁹¹ Bentz, dessen Ansprache einem Vortrag Martinis vorausging, betonte die wissenschaftlichen Leistungen der Vorkriegszeit unter anderem in der Geophysik. Diese Fortschritte

586 Ebd., S. 24.

587 Ebd., S. 39.

588 Ebd., S. 25, 29.

589 Diese Involvierung war beträchtlich und ließ den Aufbau der neuen Anstalt in Hannover zu Beginn durchaus auch ins Stocken kommen, da die britischen Stellen Personalkapazitäten des neuen Amtes in Anspruch nahmen, ohne dafür immer in ausreichendem Maße Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Wie oben gezeigt, saßen im Oktober 1946 „nicht weniger als 4 Geologen und 8 Zeichner ausschließlich an (...) (Gunthers) Aufträgen“. Bentz an Hans Cloos, 10.10.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.

590 Bentz, Begrüßungsansprache (1953), S. XLV.

591 Ebd., S. XLVI.

hätten zu einer immer weitgehenderen Spezialisierung geführt und diese innerwissenschaftliche Entwicklung führte zwangsläufig zu einem erhöhten Bedarf an Koordination wiederum dieser Spezialgebiete, Aufgaben, die früher das Reichsamt wahrgenommen hatte und nun von dem neuen Amt für Bodenforschung und den Gemeinschaftsaufgaben der Länder übernommen worden waren. Mithin wurde eine Trennung der Kontinuitäten zum RfB behauptet, wobei die wissenschaftliche Koordination als gegebene und zwangsläufige Anforderung die Gründung einer neuen zentralen Organisation erforderte:

„Eine weitere Folge der Spezialisierung unserer Wissenschaft ist die Notwendigkeit, zur Lösung eines Problems die verschiedensten Methoden anzusetzen. Vor allem bei größeren Vorhaben ist es unumgänglich notwendig, alle Voraussetzungen in einer sorgfältigen Gemeinschaftsarbeit zu überprüfen. Auf dem Gebiet der geologischen Landesuntersuchung schien dies zunächst durch Zerschlagung des alten Reichsamts und Gründung einer größeren Anzahl von unabhängigen Ämtern auf Landesebene fast unmöglich zu sein. Aber die Erkenntnis, daß das Ganze mehr ist als die Summe seiner Teile, setzte sich sehr rasch durch.“⁵⁹²

Diese Erkenntnis war keineswegs auf die Sicht der beteiligten Wissenschaftler beschränkt, sondern wurde zum Beispiel auch von Hermann Ahrens, dem niedersächsischen Wirtschaftsminister, in seiner Ansprache geteilt und in direkten Zusammenhang zum Ausgang des Krieges gestellt. Ahrens legte dar, dass es die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse waren, die das treibende Moment bildeten und „dem Menschen eine Macht über die Kräfte und die Vorräte der Natur geben, von der sich noch die Generation der Jahrhundertwende keine zutreffende Vorstellung machen konnte“. Dabei sei Deutschland nun, wie Ahrens es ausdrückte, ohne ausdrücklich den Gegensatz zur Zeit des „Dritten Reiches“ zu ziehen, in einer „ich möchte sagen, glücklichen Lage, die friedlichen, Wirtschaft und Kultur fördernden Folgerungen aus diesen modernen Theorien zu ziehen und weiter auszubauen“. Dabei sah er Deutschland nun gleichzeitig in einer Konkurrenzsituation mit den Siegermächten:

„Es gilt, in dieser Hinsicht darüber zu wachen, daß ein etwaiger Vorsprung der konkurrierenden Wirtschaften glücklicherer Völker, der

592 Ebd., S. XLVIII.

infolge unserer Kriegs- und Nachkriegsschwierigkeiten nur allzu verständlich sein würde, raschestens ausgeglichen wird und möglichst durch eigene neue Forschungsergebnisse noch überholt wird.“⁵⁹³

Die Darlegung, wie dieser Auf- und Überholprozess gestaltet werden sollte, war Martinis Aufgabe. Auch er betonte die neuen wissenschaftlichen Grundlagen, bei Beibehaltung der übergeordneten Ziele der Wirtschaftsförderung, die sich nicht verändert, allerdings „intensiviert“ hätten. Für Martini stand dabei, wie für Bentz, die Koordination der Spezialgebiete im Vordergrund, der er eine Art überhistorischen Einfluss zugestand: „Gebieten verlangt die Zukunft von uns einen weiteren Ausbau der vielen speziellen Arbeitsmethoden und ihrer Zusammenarbeit.“⁵⁹⁴ Und anders als seine Vorredner bezieht sich Martini direkt auf die Zeit des „Dritten Reiches“ (ohne dieses freilich beim Namen zu nennen), an dessen Leistungen nun direkt angeknüpft werden konnte:

„Als einer der großartigsten Erfolge unserer Vorgängereinstitute sei hier die sogenannte ‚Geophysikalische Reichsaufnahme‘ erwähnt (...) Diese Arbeit hat wenige Millionen gekostet und dem deutschen Volk Milliardenwerte an neu entdeckten Rohstoffvorkommen (...) geschenkt.“⁵⁹⁵

In der Tat, zumindest in den Augen ihres wesentlichen Förderers hatte sich das Amt für Bodenforschung schon vor Gründung der Bundesanstalt um die Wirtschaft der Bundesrepublik verdient gemacht, hatten doch seit 1956 Zuschüsse des Bundes vor allem die Auslandsarbeiten des Amtes gefördert. So konnte Ludwig Erhard auf bereits Erreichtes verweisen, als er die BfB eröffnete:

„Es ist ja ein eigenartig‘ Ding, dass ich hier eine Anstalt einweihen soll, die sozusagen in aller Munde ist, die aller Welt bekannt ist und ihre Bewährung abgelegt hat. (...) Es ist auch eine schöne Sitte, sich bei solcher Gelegenheit des Wertens zu besinnen und auch der Ziele zu gedenken, die es anzustreben gilt.“⁵⁹⁶

593 Ahrens, Ansprache (1953), S. LII.

594 Martini, Arbeiten (1953), S. LIV.

595 Ebd., S. LV.

596 Ludwig Erhard, Einweihungsrede der BfB, 27.4.1959, CD-ROM, BGR-Archiv Hannover, Nr. 2005 N19.

Mit diesen Worten eröffnete Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft, die neue BfB am 27. April 1959. Gemeinsam mit Siegfried Balke, dem Bundesminister für Atomfragen und Wasserwirtschaft, besuchte er eine eigens eingerichtete Ausstellung, begleitet von Bentz, und interessierte sich dabei vor allem für die Auslandstätigkeit der BfB (Iran, Indien, Sudan). Bentz betonte in einer Stellungnahme die Kontinuität zur Zeit vor 1958, stellte aber klar, dass vor allem die Beratung der Bundesministerien und die stark angestiegenen Auslandstätigkeiten in „Entwicklungsländern“ eine Bundesanstalt erforderten. Aber auch „in allen Fragen von Europa“ seien umfangreiche Beratungstätigkeiten zu leisten. Martini wiederum legte dar, dass auch weiterhin die Landesaufgaben durch das Niedersächsische Landesamt wahrgenommen würden, ebenso wie die Gemeinschaftsaufgaben der Länder weiterhin über das Niedersächsische Amt betrieben würden.⁵⁹⁷

Bentz und seinen Mitarbeitern war es zehn Jahre nach dem Höchster Abkommen von 1948 (das die Gemeinschaftsaufgaben der Landesämter regelte) gelungen, neben dem Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung in Hannover, das Niedersachsen und die Gemeinschaftsaufgaben der Länder betreute, eine neue Bundes-Institution zu gründen, die 1959 offiziell eingeweihte Bundesanstalt für Bodenforschung. Bentz' Begründungen, dass eine zentrale Organisation notwendig wäre, reichten, wie gezeigt, in die Zeit des RfB vor 1945 zurück. Es war nun allerdings weniger die historische Involvierung des RfB in die Kriegs- und Rüstungsanstrengungen des „Dritten Reiches“, als vielmehr die neue föderale Konkurrenz, die den Weg zu einer Bundesanstalt schwer und langwierig machte. Es war dabei auch gelungen, die Schatten der Vergangenheit auf Abstand zu halten. Selbst der ehemalige Präsident des RfB, Keppler, den Bentz wie oben beschrieben, mit seiner Aussage über die zivile Ausrichtung des RfB im Weltkrieg zu entlasten half, musste aus der Zeitung von der Einweihung erfahren, war also weder informiert noch gar eingeladen. Keppler gratulierte Bentz, stellte dabei freilich eine Kontinuität zum RfB vor 1945 her, setzte mithin die neue BfB mit dem alten RfB gleich:

„Für mich ist es natürlich auch eine gewisse Befriedigung, daß nun meine Bemühungen, die geologische Arbeit innerhalb des Reichs zusammenzufassen, nachträglich als richtig anerkannt wurden.“

597 Ebd.

Es wäre natürlich einfacher gewesen, das ehemalige Reichsamt beizubehalten und nicht erst die Aufteilung durchzuführen.⁵⁹⁸

Bentz stimmte dem zwar ausdrücklich zu, legte aber dar, dass es durch die neue BfB zu weniger Zentralisierung gekommen sei, und zwar sowohl in Bezug auf die Zeit vor 1945 als auch auf die Zeit zwischen 1945 und 1959:

„Es ist leider nicht so, wie Sie annehmen, dass nunmehr die geologische Arbeit der deutschen Länder wieder in einer Behörde zusammengeschlossen ist. Die Geologischen Landesdienste bestehen nach wie vor, und es ist sogar in dieser Beziehung ein gewisser Rückschritt erfolgt, indem die Ehe zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geschieden worden ist. Die neugegründete Bundesanstalt hat in erster Linie die Aufgabe, im Ausland zu arbeiten und die Bundesministerien in Fragen der Bodenforschung zu beraten.“⁵⁹⁹

Föderale Tendenzen hätten also die Oberhand gewonnen; die Bundesaufgaben waren auf das Ausland und die Beratung des Bundes bezogen; selbst die Gemeinschaftsaufgaben der Länder wurden nicht über den Bund, sondern das Landesamt Niedersachsen betrieben, wobei Personalunion zwischen der BfB und dem NLfB bestand, die „bei dieser Sachlage(...) daher umso wichtiger“ sei:

„[E]s gehört nun schon eine gewisse akrobatische Geschicklichkeit dazu, zu unterscheiden, ob ein Problem vom Land, von der Gemeinschaft der Länder oder vom Bund bearbeitet werden soll. Organisatorisch ist dies sicher nicht die beste Lösung, aber es war die einzige, die bei dem Egoismus meiner lieben Kollegen in den Ländern zu verwirklichen war.“⁶⁰⁰

Auch in seiner veröffentlichten Eröffnungsrede wies Bentz darauf hin, dass das alte Reichsamt aufgehört hatte zu existieren. Anders als in dem Schreiben an Keppler betonte er allerdings die Rolle der Gemeinschaftsarbeiten auf dem Weg hin zu einer neuen Organisationseinheit auf der Ebene des Bundes. Und er wiederholte das Argument, wonach

598 Keppler an Bentz, 30.4.1959, BGR-Archiv Hannover, Nr. 25758, unsp.

599 Bentz an Keppler, 11.5.1959, ebd.

600 Ebd.

während des Krieges wissenschaftliches Arbeiten in den Hintergrund geriet, worauf nun ein Vorsprung des Auslandes aufzuholen sei:

„Mit Kriegsende brach diese große Organisation vollkommen auseinander, und der Wiederaufbau konnte nur zögernd auf der Landesebene erfolgen. Es stellte sich allerdings sehr bald heraus, daß das Ausland auf verschiedenen Gebieten, insbesondere auf dem der Geophysik, inzwischen einen großen Vorsprung erlangt hatte, da uns in Deutschland während des Krieges eigentliche Forschung untersagt war.“⁶⁰¹

Hier wird erstmals von einem Forschungsverbot seitens des Nationalsozialismus gesprochen, wobei nicht klar wird, wer es ausgesprochen haben sollte. Dies hätte sich nun geändert, Forschung wäre wieder erlaubt, sei allerdings nur möglich, wenn man die Ressourcen bündelte, was über die Gemeinschaftsarbeiten der Direktorenkonferenz der Geologischen Landesämter umgesetzt wurde. Anders habe sich dies in der DDR bzw. der SBZ entwickelt, denn hier herrschte sozusagen eine Kontinuität des Forschungsverbotes der Kriegszeit, jetzt durch die staatliche Planung vermittelt:

„Die Entwicklung in der russisch besetzten Zone ging ganz andere Wege. Hier wurde als Dachorganisation die stark politisch gefärbte ‚Staatliche Geologische Kommission‘ gebildet, die Planungs- und Verwaltungsaufgaben hat und der ein ‚Zentraler Geologischer Dienst‘ und außerdem ‚volkseigene Betriebe‘ – also Staatsfirmen mit Zielsetzungen, die bei uns Sache der Privatindustrie sind – unterstellt wurden.“⁶⁰²

Es schien also, Zentralisierung, die Bentz durchaus anstrebte, war nur in aus Sicht der bundesrepublikanischen Akteure totalitären Strukturen umsetzbar, die wiederum Forschung verunmöglichten. Erfolgreiche Forschung wiederum war aber, aus Gründen der benötigten Ressourcen, nur mit einem gewissen Zentralismus zu erreichen. Wie dieser Widerspruch aufzulösen war, den Bentz selbst herstellte, wurde durch Martini angedeutet. In seiner dem längeren Artikel von Bentz vorgeschalteten Vorrede setzte der Vizepräsident der neuen Bundesanstalt eigene Akzente. Er betonte zwar die Stellung der Bundesanstalt auf Augenhöhe zu

601 Bentz, Rede (1959), S. XXXII.

602 Ebd.

den Landesämtern, stellte aber klar, dass es sich hier um Anweisungen des Bundes handelte:

„Mit dieser Gründung ist eine neue Pflegestätte staatlicher Bodenforschung in der Bundesrepublik ins Leben gerufen worden. Sie tritt in den Kreis der bereits bestehenden Landesämter, und sie gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, über unmittelbare Weisungen wirtschaftlich zweckgerichtete geologische, geophysikalische, geochemische und bodenkundliche Forschung für alle Bereiche ihrer Aufgaben treiben zu lassen.“⁶⁰³

Es war nun eine übergeordnete Instanz, nämlich der Verlauf der Geschichte selbst, die die Gründung des BfB bedingte:

„Das Gründungsdatum dieser neuen Bundesanstalt haben wir als Schlußstein einer folgerichtigen wirtschaftlichen Entwicklung anzusehen, die in den Jahren nach dem Krieg die Bundesregierung in stets zunehmendem Ausmaß dazu zwang, sich für Fragen der Bodenforschung zu interessieren.“⁶⁰⁴

Diese zwangsläufige Entwicklung hin zur BfB hatte allerdings eine Vorgeschichte, und hier bezog sich Martini zumindest indirekt auf das RfB vor 1945: „Mit der Neugründung sind wir also vielen Vorgängern gefolgt, die zum Teil über jahrzehntelange Erfahrungen mit dieser Art der Organisation der staatlichen Bodenforschung verfügen.“⁶⁰⁵

Gegen den Staat setzte Martini das Primat der wissenschaftlichen Forschung durch, die gleichzeitig zentrales Movens einer modernen Gesellschaft war und sich damit politischen Zielen unterordnete. Dies hat die Leitungsebene der BfB, vermutlich Martini, in einem Entwurf für die Rede des niedersächsischen Ministers für Wirtschaft unmissverständlich zum Ausdruck gebracht:

„Die naturwissenschaftliche Forschung gibt unserer Zeit sehr viel stärker das Gepräge als Kriege und politische Machtkämpfe, als sozialer Fortschritt und kulturelles Leben. Sie ist es, die die entscheidenden Veränderungen der Lebensgrundlagen der Menschheit in den letzten 100 Jahren eingeleitet hat, sie ist es, die zur eigentlichen Antriebskraft der zunehmenden Beschleunigung

603 Martini, Gründung (1959), S. XXIX.

604 Ebd.

605 Ebd., S. XXX.

unserer technisch-wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist. Sie lebt längst nicht mehr sich selbst, wie das eigentliche freie Forschung tun sollte, laufend gilt ihr das Interesse der Wirtschaft und der Politik, die in ihrer Arbeit die praktischen Ergebnisse der naturwissenschaftlichen Forschung berücksichtigen müssen bzw. auf ihnen aufbauen.“⁶⁰⁶

Bis 1965, also sechs Jahre nach der Gründung, hatte sich das Geschichtsbild verfestigt. In einem mit „Herkunft, Aufgaben und Bedeutung“ überschriebenen Artikel zur Geschichte der BfB legte Martini wiederum ein auf einer Art Zwangsläufigkeit fußendes Geschichtsbild dar. Indem er die föderalen Ursprünge staatlicher geologischer Forschung im 19. Jahrhundert sah, schrieb er der PGLA schon die Rolle der Beratung der Reichsregierung und die Übernahme internationaler Aufgaben zu, wie sie später die BfB für die Bundesregierung übernehmen sollte.⁶⁰⁷ Er führte das Reichsgesetz (Lagerstättengesetz) von 1934 an, das als Grundlage für die Gründung des RfB galt, datierte es allerdings noch auf die Weimarer Republik von 1932 zurück und betonte die Kontinuität des RfB zur PGLA. Den eigentlichen Bruch sah er mit den Kriegsarbeiten, die er direkt anführte:

„Arbeiten für den Vier-Jahres-Plan und später die Zeit des 2. Weltkrieges nahmen die Arbeitskraft des neuen Amtes so in Anspruch, daß Intensität und Nutzen der Forschung im Bereich der Zweigstellen gegenüber früher stark zurückgingen. Natürlich litt auch der allgemeine wissenschaftliche Fortschritt sowie vor allem die Entwicklung neuer Verfahren und Geräte unter der zwangsläufig einseitigen Ausrichtung der Arbeit des Hauses – und ebenso unter dem völligen Aufhören der Zusammenarbeit und des wissenschaftlichen Austausches im wissenschaftlichen Bereich – sichtbaren Mangel. Um so erstaunlicher sind die wissenschaftlichen Leistungen und ihre wirtschaftlichen Ergebnisse, die in jenen Jahren und Teilgebieten erzielt wurden.“⁶⁰⁸

606 Vorschlag für Grundzüge einer Ansprache des Herrn Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr anlässlich der Einweihung der Bundesanstalt für Bodenforschung, S. 1. Undat. (1959), BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690.

607 Martini, Bundesanstalt (1965), S. LIII.

608 Ebd., S. LIV.

Mit der Kontinuität zur PGLA spielte Martini auch auf die Gründung des Niedersächsischen Landesamtes an, das mit der Zweigstelle in Nordrhein-Westfalen einen wesentlichen Teil der in den westlichen Besatzungszonen liegenden Teile des ehemaligen preußischen Staates abdeckte. Direkt sprach er die Kriegsarbeiten an, betonte dabei die dadurch angeblich verursachte Behinderung wissenschaftlichen Fortschritts. Er sparte aus, dass es während des Krieges durchaus zu internationaler Zusammenarbeit gekommen war (er selbst war ja immerhin Leiter einer der Außenstellen des RfB, in Prag), freilich unter dem Zeichen der Besatzungsherrschaft. Wäre sie so harmonisch verlaufen, wie es von ihm selbst und seinem Umfeld immer dargelegt wurde, hätte er dies 1965 durchaus als Erfolg seines Wirkens darstellen können.

Wichtig war ihm offenbar, die Zwangsläufigkeit der Geschehnisse und ihrer Zusammenhänge herauszustellen:

„Mit dem Zerfall des Reiches zerfiel auch das Reichsamt für Bodenforschung. Die alten Landesanstalten wurden neu belebt und in den Trümmern des Landes Preußen wurden neue Länderinstitutionen, z .T. auf der Basis ehemaliger Außenstellen des Reichsamtes errichtet.“⁶⁰⁹

Nicht zwangsläufig war dagegen die Beibehaltung des Namens Bodenforschung, der ja durchaus an die Ideologie des „Dritten Reiches“ erinnerte. 1959 betonte Martini den Stellenwert dieses Begriffs für das Primat naturwissenschaftlicher Forschung in der modernen Gesellschaft:

„Faßt man ‚Bodenforschung‘ als einen Sammelbegriff für alle die verschiedenen naturwissenschaftlichen Forschungszweige, die sich mit der Erde und vor allem mit den für den Menschen wichtigen Teilen der Erdkruste befassen, auf, so haben wir hier ein typisches Beispiel für ein naturwissenschaftliches Arbeitsgebiet, das für Staat und Wirtschaft vielartig auswertbar ist.“⁶¹⁰

609 Ebd.

610 Vorschlag für Grundzüge einer Ansprache des Herrn Niedersächsischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr anlässlich der Einweihung der Bundesanstalt für Bodenforschung, S. 1. Undat. (1959), BGR-Archiv Hannover, Nr. 77690. Autor war vermutlich Martini.

Noch 1970 hielt es der damalige Vizepräsident der BfB und spätere Präsident (als direkter Nachfolger Martinis, der 1969 tödlich verunglückt war), Gerhard Richter-Bernburg, für nötig, darauf hinzuweisen, dass „Bodenforschung“ „umfassender ist und außer der Geologie auch Bodenkunde, Geophysik usw. mit beinhaltet“. ⁶¹¹

Als Konsequenz dieses Geschichtsbildes ergab sich die Traditionslinie zur Preußischen Geologischen Landesanstalt, die bis 1939 bestanden hatte. ⁶¹² Die 100-Jahrfeier der PGLA 1973 fiel in eine für die BfB schwierige Zeit. 1972 war Richter-Bernburg pensioniert worden, er konnte seine nach dem Unfalltod Martinis angetretene Präsidenschaft also nur etwas mehr als zwei Jahre ausüben. Damit war der letzte in der Zeit des Nationalsozialismus aktiv gewesene Präsident aus dem Amt geschieden. Zu seinem Nachfolger wurde auf Erlass des Wirtschafts- und Finanzministers, Karl Schiller, der Geologe Eberhard Machens ernannt. ⁶¹³ Machens galt vielen Geologen, nicht nur in der BfB, als nicht ausreichend qualifiziert. Vor allem war es die Tatsache, dass er Schillers Schwager war, und dieser Machens Berufung nicht in dem üblichen konsultativen Verfahren umgesetzt hatte, die den erbitterten Widerstand der Mitarbeiter der BfB befeuerte. Machens blieb nur etwas mehr als 40 Tage im Amt, bevor er dieses ruhen ließ. ⁶¹⁴ Diese kurze Zeitspanne

611 Richter-Bernburg, Bundesanstalt (1970), S. 393.

612 Vgl. Udluft (Hg.), Landesanstalt (1968).

613 Eberhard Machens (1929–2018), „1948–1954 Studium der Geologie, anschließend Tätigkeit als Geologe, 1954–1956 Gewerkschaft Brigitta, Hannover, 1956–1957 Stolberger Zink AG, Stolberg, 1958–1959 Geologisches Landesamt der französischen Kolonialverwaltung von Westafrika, Dakar, 1960–1967 Bureau de Recherches Géologiques et Minières (B.R.G.M.), Paris, 1960–1964 Prospektionsarbeiten in allen westafrikanischen Ländern, zuletzt Leiter der französischen geologischen Mission im westlichen Niger, 1965–1967 erneut Paris, gleichzeitig 1965–1967 Lehrauftrag für Geologie außereuropäischer Länder an der Universität Mainz, dort 1968 Habilitation, 1968–1975 Lehrtätigkeit als Privatdozent, ab 1971 apl. Professor, 1975–1993 BMWi, dort 1975–1979 Abordnung zur OECD, Paris, August 1979–1993 erneut BMWi, dort, zugeordnet zur Abteilung V (Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe) Beauftragter für Rohstoff-Fragen, insbesondere im UN-Bereich, 1993 Ruhestand.“ Biographische Angaben zu Prof. Dr. Eberhard Machens, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, veröffentlicht durch das Bundesarchiv (<https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/register/person/d77eea86-3500-4c52-8198-ea59a56ab245>; 8.1.2025).

614 Die „Affäre Machens“ hatte ein sehr umfangreiches Presseecho und führte

war von heftigen Auseinandersetzungen geprägt. Viele Mitarbeiter der BfB sahen sich in ihren demokratischen Rechten beeinträchtigt. Anders als selbst ihre Vorgänger im „Dritten Reich“ sahen sie ihre *Freiheit von etwas* bedroht, nun allerdings in einem demokratischen Staatswesen unter einer sozial-liberalen Koalition.

Es dauerte bis 1975, bevor ein neuer fachlich ausgewiesener Präsident gefunden war, wobei die BfB interimsmäßig von einem Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium, Ulrich Engelmann, geleitet wurde.⁶¹⁵ In diese Übergangszeit fiel das Centennium, das vielleicht eben aus diesem Grunde in einem repräsentativen Rahmen mit zahlreichen internationalen Gästen begangen wurde. Anlässlich dessen erschien ein Sonderheft des Geologischen Jahrbuches, das neben den zahlreichen Ansprachen und Grußworten auch wissenschaftliche Artikel sowie eine Auswahl an Quellen enthielt. Diese umfassten die zentralen Erlasse und Gesetze, die zur Gründung des RfB 1939 geführt hatten; die Zeit des „Dritten Reiches“ wurde also keineswegs ausgelassen oder verschwiegen.⁶¹⁶ Die Einordnung dieser Gesetze blieb freilich dem Leser weitgehend selbst überlassen.

indirekt mit zum Rücktritt Karl Schillers. Siehe dazu die Pressesammlung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 124006.

- 615 Ulrich Engelmann, geb. 1927, „Studium der Ingenieurwissenschaften, 1949–1990 BMWi (1971–1972 BMWF), dort 1949–1966 Abteilung IV (Binnenwirtschaft), dort bis spätestens 1962 Unterabteilung IV A (Eisen- und Metallwirtschaft), 1949–1951 Referat IV A 3 (Maschinen-, Fahrzeug-, Stahl- und Schiffbau), ab 1952 Referat IV A 2 (Maschinen-, Fahrzeug-, Stahl- und Flugzeugbau), ab spätestens 1958 Referat IV A 3 (Luftfahrzeugbau und Schiffbau), ab spätestens 1962 Unterabteilung IV B (Chemie, Mineralöl, Holz, Zellstoff/Papier), Referat IV B 3 (Mineralöl), 1966 Persönlicher Referent des Bundesministers, 1967–1971 Unterabteilung III erwerbswirtschaftlichen Unternehmen), 1971–1972 Leiter der Unterabteilung W/IV B (Chemie, Investitionsgüterwirtschaft, fachl. Fragen der zwischenstaatlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Beteiligung des Bundes an erwerbswirtschaftlichen Unternehmen), 1973–1974 Leiter der Abteilung IV (Gewerbliche Wirtschaft, Wirtschaftsförderung Berlin), 1974–1990 Leiter der Abteilung III (Energiepolitik, mineralische Rohstoffe).“ Biographische Angaben zu Dr. Ulrich Engelmann, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, veröffentlicht durch das Bundesarchiv (<https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/register/person/f35465f0-643b-499f-bfc0-1577e68d098a>; 8.1.2025).
- 616 Pfeiffer, Dokumente (1974).

Es war Gerd Lüttig, der als Vizepräsident nach Engelmanns begrüßender Einleitung die in die Geschichte der BfB einführenden Worte sprach. Ganz explizit sprach Lüttig zukunftsbezogen, er sah das zweite Jahrhundert staatlicher geologischer Forschung in der „Reformzeit“ der frühen 1970er Jahre anbrechen. Doch widmete er dem ersten Jahrhundert seit 1873 viel Raum, bevor er in nur zwei Absätzen auf die „Marksteine“ der Zeit des RfB, die geophysikalische Reichsaufnahme und das Reichsbohrprogramm einging, die er in einer Kontinuität zur Zeit um 1974 sah. Nicht erwähnte er dabei allerdings die Expansion in die besetzten Gebiete, und die Befreiung 1945 bezeichnete er noch immer als „Zusammenbruch“, bevor der „unvergessene“ Alfred Bentz die systematische Erforschung fortsetzte. Lüttigs Ziel, das wird auf wenigen Seiten deutlich, war es, die Zukunftswirkung der BfB in den Vordergrund zu rücken, eingedenk nicht nur der prekären Lage der Leitung, sondern vor allem angesichts der Herausforderungen in Ressourcen- und Umweltfragen, die Lüttig sehr deutlich machte. Am Ende seiner Ausführungen zitierte er die erste Zeile des Bergmannslieds „Glück auf“ (mit „Glück auf!“ waren fast alle Briefe, die Geologen einander schrieben, unterschrieben): „Wir Geologen seind kreuzbrave Leut‘ (...)“. Lüttig wollte diese Bravheit nicht als Beschränktheit interpretiert sehen, sondern als der „Daseinsvorsorge“ für die Zukunft dienend. Damit setzte er, explizit auf die Zukunft ausgerichtet, aber implizit doch auch auf die Vergangenheit blickend, einen moralischen Appell.⁶¹⁷ Der freilich, so legte er in seinen ebenfalls in dieser Jubiläumsausgabe erschienenen Erläuterungen dar, stand in Verantwortung gegenüber der zukünftigen Generation, denn Lüttig sah sich, die klimaaktivistische „Letzte Generation“ von 2023/24 gewissermaßen vorwegnehmend, als Vertreter einer Generation, die als erste die Beschränktheit der natürlichen Ressourcen im Kontext der Ölkrise 1973 erkannte und sich damit in der Pflicht sehen musste, die Zukunft aktiv zu gestalten:

„[D]as ist notwendig, weil die Geologischen Wissenschaften, wie ich meine, gegenwärtig an einem Scheidewege stehen, an welchem sie vor die Wahl gestellt sind, entweder in ihrem akademischen Elfenbeinturm sitzenzubleiben oder sich selbst zur Avantgarde der Energie- und Rohstoffpolitik umzuformieren.“⁶¹⁸

617 Lüttig, *Wiederkehr* (1974).

618 Ders., *Bundesanstalt* (1974), S. 93.

Diese Avantgarde sollte die beiden Werte der Institution, eine nun aktive Wissenschaft und ihre zukunftsgerichtete Anwendung zum Wohl der Gesellschaft zusammenführen. Eine Avantgarde, das ließ er unerwähnt, hatten die geologischen Wissenschaften, damals um Bentz und Barsch, allerdings schon einmal gebildet. Wie hatte diese Generation vor Lüttig unmittelbar nach 1945 die Zeit gedeutet, in der sie ihrer Verantwortung zur Daseinsvorsorge nicht nur nicht gerecht geworden war, sondern ihr Land geradewegs in einen „Zusammenbruch“ geführt hatte?

6.2. Situatives Erinnern

Anders als die weißen Flecken und zwangsläufigen Entwicklungslinien, die in Ansprachen, Memoranden und Rückblicken belassen bzw. gelegt wurden, waren die Erinnerungen in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende geprägt durch die konkreten Situationen, Nöte und Notwendigkeiten des Alltags. Das Verlorene blieb auch im „Zusammenbruch“ eine maßgebliche Größe. So heißt es in einem Gedicht anlässlich des 50. Geburtstages Bentz' am 26. Juli 1947:

„Der unser Reichsamt neu erschaffen
als man das Reich in Stücke hieb,
um dann mit friedlicheren Waffen
zu fördern, was zu fördern blieb.“⁶¹⁹

Unklar bleibt, welche „friedlicheren Waffen“ gemeint waren. Neben der Selbstbescheidung war aber auch Stolz auf das Erreichte Teil der Rhetorik, ebenso wie der alte Geist der Autarkie:

„Ein weiser Spruch aus alten Zeiten
besagt, dass ‚Name Schicksal‘ sei.
Wer will beim Namen ‚Bentz‘ bestreiten,
dass diese Weise einwandfrei?
Was nützte uns der schönste Wagen
Den Daimler-Benz uns hat beschert,
wenn wir das Ausland müssten fragen
um das Benzin, mit dem er fährt.

619 Gedicht zum 50. Geburtstag von Alfred Bentz, 26.7.1947, BGR-Archiv Hannover, Nr. 75078.

So dankt das deutsche Motorwesen
 Dem Jubilar, der es vollbracht,
 dass deutscher Boden es gewesen,
 der soviel Oel hervorgebracht.“⁶²⁰

In der Tat, bereits 1951 vermeldete die Staats-Zeitung, dass die Erdölproduktion Westdeutschlands, verglichen mit der vor dem Krieg, den dreifachen Umfang erreicht hatte, und die junge BRD damit Westeuropas größter Erdölförderer geworden war. Dabei waren zwei Faktoren maßgeblich, die vergangenen Anstrengungen der NS-Zeit und die damaligen der alliierten Mächte:

„In seinem Bemühen nach ‚Autarkie‘ förderte das Naziregime die deutsche Ölsuche energisch, aber der Kriegsbedarf kam hauptsächlich aus Rumänien, solange es Deutschland zugänglich war. Die Ölge-
 winnung in Westdeutschland erfuhr ihren größten Aufschwung seit
 Kriegsende, als die Economic Corporation Administration im Rah-
 men des Marshall-Plans der Industrie neue Bohrmaschinen und ande-
 res Material im Wert von Millionen von Dollar verfügbar machte.“⁶²¹

Neben diesen materiellen Zugewinnen und dem neuen, auf die alliierte Förderung zurückzuführenden Aufschwung, stand Bentz noch deutlich vor Augen, welche Irrwege die Zeit vor 1945 mit sich gebracht hatte. Ende Dezember 1947, das oben zitierte Gedicht lag gerade einige Mo-
 nate zurück, bedankte er sich bei dem Bonner Geologie-Professor Hans
 Cloos⁶²², der während der NS-Zeit als Regimekritiker gegolten hatte,
 für die Aufnahme als „ständiger Mitarbeiter“ in die von Cloos gelei-
 tete „Geologische Rundschau.“ Bentz bedauerte, während des Krieges
 nur kaum die internationale Literatur verfolgt haben zu können, was
 allerdings eher mit seiner Arbeitsbelastung in Zusammenhang stand
 und weniger mit ihrer Verfügbarkeit.⁶²³ Er freue sich darauf, dies nun

620 Ebd.

621 Deutsches Erdöl wird bedeutsam für ganz Europa, in: Staats-Zeitung, 15.8.1951, in UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20434.

622 Hans Cloos (1885–1951), Habilitation 1914, Universität Marburg, 1919 o. Professor, Universität Breslau, ab 1926 an der Universität Bonn, 1931 Vorsitzender der Geologischen Vereinigung e.V.; Hennig, Edwin: „Cloos, Hans“ in: Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 294 (<https://www.deutsche-biographie.de/pnd118521276.html#ndbcontent>; 8.1.2025).

623 Zur umfassenden Versorgung des NS-Wissenschaftssystems mit inter-

nachzuholen, denn „es stellt sich heraus, daß draussen sehr viel und gut gearbeitet wurde.“ Doch es war vor allem das von Cloos neu herausgebrachte Buch „Gespräche mit der Erde“, das Bentz' Bewunderung fand:

„[D]ie Tatsache, daß die erste deutsche Fachveröffentlichung nach einem Zusammenbruch ohnegleichen einen solchen Höhepunkt darstellt, zeigt einmal, daß der Deutsche der Welt trotz allem noch etwas zu sagen hat und aber auch, wie unsinnig die Machtpolitik des verflrossenen Regimes war, da unsere Bedeutung in anderen Sphaeren liegt.“⁶²⁴

Die Durchführbarkeit dieser „unsinnigen Machtpolitik“ führte er offenbar indirekt auf die Massensuggestion der NSDAP zurück:

„[W]ir haben ja inzwischen auch auf anderen Gebieten zu unser aller Unglück die bittere Erfahrung machen müssen, wie leicht die Menschen geneigt sind, ihre Augen vor der Tatsachenwelt fest zu verschließen und in eine Welt der selbstgewollten Illusionen zu flüchten. Ein Wissenschaftler sollte sich zwar hiervor peinlichst hüten (...) Aber wir wissen ja: der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach!“⁶²⁵

Die Fähigkeit, im „Dritten Reich“ der Massensuggestion zu widerstehen, spielte für Bentz in der Beurteilung seiner Kollegen eine maßgebliche Rolle. So sollte die Vergangenheit ihn und seine Kollegen nicht gänzlich unberührt lassen. In einem Schreiben an den Münsteraner Geologen Friedrich Schuh (NSDAP 1932 und wieder ab 1937)⁶²⁶, nahm Bentz Ende 1946 Stellung zu einigen auf einer Berufungs-Liste stehenden Kollegen, wobei er um seine Ansicht gebeten worden war. Hier spielte deren Verhalten während des „Dritten Reiches“ eine große Rolle. Über den Erstplatzierten Franz Lotze (NSDAP 1937, SA 1934)⁶²⁷, der

nationalen Publikationen vgl. Stöcken, Dokumentation (2020).

624 Bentz an Cloos, 20.12.1947, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 1586.

625 Bentz an Kranz, 11.1.1947, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 19340.

626 Zu Friedrich Schuh (1889–1981), Dr. phil. nat., Habilitation 1920, Universität Rostock („Magnetische Messungen im südwestlichen Mecklenburg als Methode geologischer Forschung“), dort ab 1924 Professor, ab 1935 o. Professor für Geologie und Paläontologie, Universität Münster, NSDAP 1932 und wieder ab 1937, 1939–1945 Wehrgeologe, vgl. Glasow, Schuh, Friedrich (2012).

627 Zu Lotze (geb. 1903, 1922 Abitur, 1922–1926 Studium der Naturwissenschaften in Göttingen, 1926 Promotion, 1926–1927 und 1928 Assistent

den in Frage stehenden Lehrstuhl schließlich einnahm, schrieb Bentz, dass dieser „infolge seiner ausgesprochen katholischen Einstellung im dritten Reich viele Schwierigkeiten [hatte] und mußte daher auf die akademische Laufbahn verzichten“. Der zweitplatzierte Roland Brinkmann „[h]atte große Schwierigkeiten durch Denunziationen und verlor seinen Lehrstuhl in Hamburg durch Parteintrigen“. ⁶²⁸ Carl Walther Kockel, so Bentz „[m]ußte im dritten Reich auf seine Hochschullehrertätigkeit verzichten“, ⁶²⁹ und weil er ihn in Hannover nur vorübergehend beschäftigen konnte, „da infolge der Vorkommnisse in Berlin damit zu rechnen ist, daß ich mehrere alte Angehörige der Landesanstalt bevorzugt unterzubringen habe“, ⁶³⁰ und Lotze sowie Brinkmann anderswo ebenfalls Chancen hätten, empfahl er Kockel. ⁶³¹

Geologisches Institut Universität Göttingen und DFG-Stipendiat am Geophysikalischen Institut der Universität Göttingen, 1929 Habilitation, 1929–1932 Privatdozent und Oberassistent Geologisches Institut Universität Göttingen, 1932–1935 Privatdozent und wiss. Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Berlin, 1935 nichtbeamteter ao. Professor an Universität Berlin, 1937–1940 zur Durchführung von Untersuchungen im Rahmen des Vierjahresplans nach Spanien beurlaubt, 1940 Regierungsdirektor RfB, 1941–1945 Direktor RfB-Zweigstelle Wien, 1943–1945 Militärdienst, u.a. Wehrgeologe, 1946–1948 Wasserwirtschaftsamt Lippstadt, 1948–1968 Direktor Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Münster, 1968 Ruhestand, gest. 1971 NSDAP 1937, SA 1934, zudem NSV, NSLB, RDB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Professors Dr. phil. habil. Lotze zum Regierungsdirektor, 22.11.1940, BArch, Berlin R 2, Nr. 21365, unp.; Hochschullehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Lotze), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13270, Bl. 6118; Grabert, Nachruf Franz Lotze (1972), S. 1–5; Carlé, Stammbaum (1988), S. 345–349.

628 Bentz an Schuh, 29.12.1946. UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20419. Franz Lotze war Mitglied der NSDAP und der SA gewesen; Roland Brinkmann seit 1933 ebenfalls, war aber 1935 wegen regimekritischer Äußerungen ausgeschieden (und 1939 wieder eingetreten).

629 Ebd.

630 Ebd.

631 Zu Carl Walt(h)er Kockel (1898–1966), 1925 Habilitation, Universität Leipzig, dort 1930 npl. a. o. Professor für Geologie und Paläontologie, 1938 wegen der jüdischen Herkunft seiner Ehefrau entlassen, anschließend bis Kriegsende als Geologe bei der Seismos in Hannover, 1946 am Amt für Bodenforschung, Nordrhein-Westfalen, 1949 o. Professor für Geologie, Universität Marburg, vgl. Hessische Biographie (<https://www.lagis-hessen.de/pnd/116273828>; 8.1.2025); Orth, NS-Vertreibung (2016), S. 277 f.

Auffallend ist, dass auf der Münsteraner Liste fast ausnahmslos Personen standen, die Probleme mit dem NS-Regime gehabt hatten (wobei sie in zumindest zwei Fällen NSDAP-Mitglieder gewesen waren) und Bentz dies offen in seine Argumentation mit einbezog. Auch in Entlastungsaussagen, den sogenannten Persilscheinen, von denen Bentz sehr viele ausstellte, kam dies offen zur Sprache. In einer Stellungnahme über den Rohstoffexperten Kurt-Emil Dittmann⁶³², der sich offenbar 1933 gegen die „Gleichschaltung“ der Deutschen Gesellschaft für Mineralölforschung gewandt hatte, schrieb er: „Hätten wir mehr Männer seines Schlages gehabt, so hätte es nie zu der völligen Knebelung der Meinungsfreiheit kommen können.“⁶³³

Während Bentz also durchaus genauer hinschaute, verhinderten die Entnazifizierungsbestimmungen doch auch die Anstellung als belastet eingestufte Personen und behinderten dadurch den Arbeitsablauf beträchtlich. Bentz reagierte daher pragmatisch, umging ein Beschäftigungsverbot oft dadurch, indem er Einzelaufträge aus „Reisekostenfonds“ vergab, was nur vorübergehend möglich war. Selbst in direkter Korrespondenz, zum Beispiel zwischen Bentz und dem in der NS-Zeit als regimekritisch geltenden Bonner Geologie-Professor Hans Cloos wird dies aber nur angedeutet, nicht direkt ausgesprochen: „Erschwerend platzte in diese Sachlage noch die Auflösung des Teams des Herrn von Gaertner, bei dem ja einige ältere Mitglieder unserer Anstalt beschäftigt waren, die wir gern wieder endgültig übernommen hätten. Leider ist das nun vorläufig nicht möglich.“⁶³⁴ Bentz zeigte sich in solchen Dingen also sehr pragmatisch und lösungsorientiert. Ob jemand in der NSDAP gewesen war oder nicht, schien für ihn keine ausschlaggebende Rolle bei Fragen der Unterstützung bzw. Einstellung

632 Zu Kurt-Emil Dittmann (1884–1968), Dr.-Ing., Rohstoffexperte bei der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, im Ersten Weltkrieg Mitglied der Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Mangan-Kommission, ab 1936 Prokurist der Rohstoffbetriebe und Dezernent für alle ausländischen Erzenagements bei der Vereinigte Stahlwerke AG, 1940 von Reichskommissar Josef Terboven zum Erzgruben-Verwalter in Norwegen berufen, vgl. Mollin, Montankonzerne (1988), S. 216 f.; 50jähriges Bergmannsjubiläum [Dittmann], in: Erzmetall 8 (1955), S. 205; Verstorben, in: ebd., 21 (1968), S. 348.

633 Alfred Bentz, Erklärung für Kurt-Emil Dittmann, Celle, 22.3.1948, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20177.

634 Bentz an Hans Cloos, 10.10.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93. Hans-Rudolf von Gaertner wurde später Direktor an BfB und NfLB sowie Redakteur des Geologischen Jahrbuchs.

gespielt zu haben. Anders lag dies im Fall seines ehemaligen Kollegen Walter Schriel, der in der PGLA offenbar „offizieller Beobachter der Partei für die politische Zuverlässigkeit“ von Mitarbeitern gewesen war.⁶³⁵ Schriel, während des „Dritten Reichs“ Professor an der Göttinger Universität, war nach dem Krieg als belastet entlassen worden und bat Bentz um Unterstützung. Bevor er ihm diese gewährte, wollte Bentz genauer wissen, ob Schriel eine Rolle bei den Schwierigkeiten gespielt hatte, die er selbst bei seiner eigenen Beförderung erfahren musste. Deswegen erkundigte er sich bei dem letzten Präsidenten der PGLA, Julius Versé⁶³⁶, ob dieser Kenntnis von den Vorkommnissen hatte:

„Ich stand früher mit Dr. Schriel auf sehr freundschaftlichem Fusse, aber seit 1933 erkalteten die Beziehungen ohne Zutun von meiner Seite sehr erheblich, während jetzt nach dem Zusammenbruch sich Schriel wieder in den verschiedensten Angelegenheiten um Unterstützung an mich wendet. Soweit ich konnte, habe ich auch geholfen, doch sind mir nun von verschiedenen Seiten Warnungen zugegangen, in der Richtung, dass Schriel politisch von 33 bis 36 an der Landesanstalt doch eine sehr üble Rolle als Aktivist gespielt hätte. (...) Ich hätte nun gern Klarheit in diesen Dingen, da ich, wie Sie wissen, früher nie Zeit und Lust hatte, mich um derlei Umtriebe und derlei Klatschereien zu kümmern, während ich heute nun doch etwas darüber unterrichtet sein muss, um nicht einem Falschen und Unwürdigen meine Unterstützung zu gewähren.“⁶³⁷

635 Vgl. Kölbl-Ebert, *Geology in Germany* (2017), S. 80.

636 Zu Versé (geb. 1881, Ausbildung für den höheren Staatsdienst im Bergfach in Preußen, 1911 Bergassessor, Teilnahme I. WK, Hauptmann d.R., 1918 technischer Hilfsarbeiter Bergrevier Aachen, 1921 dort planmäßige Anstellung als Bergmeister (Bergrat), 1931 Ernennung zum Ersten Bergrat, 1933 Oberbergamtsdirektor in Bonn, 1936 komm. Präsident PGLA, 1939–1945 Oberbergamt Dortmund – 1926–1930 DVP, 1933 NSDAP, zudem NSV, NSKK, RDB, RKB, NSBDT, NS-Reichskriegerbund, gest. 1966) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des Oberbergamtsdirektors Versé zum Präsident und Professor der Geologischen Landesanstalt, 19.4.1937, GStA, I. HA, Rep. A, Nr. 1023, Bl. 153–155; BArch R 9361-VIII Kartei/23961429, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2396, Karte 1429; Von Versé ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 28.6.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 3732, unp.; RWM an Versé, 14.3.1945, BArch Berlin, R 3101, Nr. 36282, unp.

637 Bentz an Versé, 9.8.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20489. Siehe auch Kölbl-Ebert, *Geology in Germany* (2017), S. 80.

Vor allem wollte Bentz von Versé erfahren, ob Schriel „seinerzeit gegen meine von Ihnen eingeleitete und gegen den Willen der Partei durchgeführte Beförderung zum Landesgeologen erheblich operiert haben soll“.⁶³⁸ Bentz betonte dies gegenüber seinem damaligen Vorgesetzten ausdrücklich, indem er eine Versé sicher auch in Erinnerung gebliebene Szene schilderte:

„Und als wir dann nach erfolgter Beförderung den gemeinsamen Antrittsbesuch bei [Oberberghauptmann Heinrich] Schlattmann⁶³⁹ und [Reichswirtschaftsminister Hjalmar] Schacht machten, erzählte Schlattmann Herrn Schacht, dass die Parteikanzlei noch Einspruch gegen die Beförderung erhoben habe mit der Begründung, dass ich das nationalsozialistische Gedankengut noch nicht in mich aufgenommen hätte. Daraufhin lachte Schacht und erklärte, dass dieser Einspruch jetzt eben zu spät käme und sie sich darum überhaupt nicht mehr kümmerten.“⁶⁴⁰

Die Unmittelbarkeit dieser Szene, die Eindringlichkeit, mit der Emotionen aufgerufen wurden, und vor allem auch, dass Bentz proklamierte, das „nationalsozialistische Gedankengut“ nicht nur nicht in sich aufgenommen zu haben, sondern bereit gewesen wäre, dafür auch notfalls auf eine Beförderung zu verzichten, macht den hohen Stellenwert, den Bentz dieser Aussage zuwies, deutlich. Nun, mehr als zehn Jahre später,

638 Ebd.

639 Zu Schlattmann (geb. 1884, 1912 Bergassessor, 1914–1918 Kriegsdienst und höherer Beamter in der Abteilung für Handel und Gewerbe beim Generalgouverneur in Belgien, Januar 1918 Dt. Bergverwaltung Charleroi, nach Rückzug aus Belgien bis 1920 Leitung von deren Entwicklungsarbeiten in Berlin, ab Februar 1920 Oberbergamt Dortmund, dort 1929 Oberbergamtsdirektor, 1931 Berghauptmann im Oberbergamtsbezirk Breslau, 1934 OBH und Ministerialdirektor im RWM, 1937 Versetzung in den Ruhestand, zuletzt Direktor und Vorstandsmitglied Charlottenburger Wasserwerke in Berlin, gest. 1943) vgl. Farrenkopf, Schlattmann, Heinrich (2007), S. 28 f.; Pr. MHG an Pr. Ministerpräsidenten und alle Pr. Staatsminister, 12.3.1931, GStA, I. HA Rep. 121, Nr. 367, unp.; Hjalmar Schacht (RWM) an Pr. Ministerpräsidenten, 20.10.1934, BArch Berlin, R 4901, Nr. 186, Bl. 34.

640 Ebd. Einige Monate zuvor hatte Versé wiederum Bentz gebeten, ihm wegen eines Einspruchs gegen den Verlust der Pensionsansprüche ein Entlassungsschreiben auszustellen, dessen Inhalt er detailliert vorgab. Bentz an Julius Versé (Loevenich Bez. Köln), 30.4.1946, Bescheinigung von Alfred Bentz für Julius Versé, 30.4.1946, Versé an Bentz, 27.4.2946, alle BGR-Archiv Hannover, Nr. 134123.

wollte er Klarheit, wer hinter diesen „Intriguen aus dem Hause“ steckte, beruhigte Versé aber auch, dass daraus keine Folgen für Schriel entstehen sollten:

„Ich beabsichtige im übrigen nicht, auf Grund einer etwaigen Aufklärung dieser alten Vorkommnisse weitere Schritte zu ergreifen, sondern würde die Klarstellung nur gern zur Erweiterung meiner Menschenkenntnis erhalten und sie unter menschlichen Unzulänglichkeiten registrieren.“⁶⁴¹

Versé antwortete, indem er die Sache in einen weiteren, persönlichen Kontext stellte. Er hätte „den kommenden Mann“ Bentz nämlich als seinen eigenen Nachfolger bei Schlattmann ins Spiel gebracht und in diesem Zusammenhang die Beförderung vorangetrieben. Schriel, der damals Vertrauensmann der NS-Fachschaft gewesen war, war zunächst nicht in die Angelegenheit involviert, erhielt aber Kenntnis davon und fühlte sich selbst, als dienstälterer Kollege, übergangen. Versé konnte nicht sagen, ob Schriel daraufhin seine Position benutzte, um Bentz' Beförderung zu sabotieren, hielt dies aber für wahrscheinlich.⁶⁴² Bentz sollte Schriel in der Folge übrigens über mehrere Jahre hinweg mit Aufträgen für Kartierungen im Harz versorgen. Ob er davon wusste, dass Schriel als Gutachter in die Untertageverlagerungen mehrerer Konzentrationslager, darunter Mittelbau-Dora, involviert gewesen war, ist unklar.⁶⁴³

Die unmittelbar nach Kriegsende wieder einsetzende Tätigkeit der bis 1947 weiter als Reichsamt für Bodenforschung firmierenden Stelle in Hannover und der Zweigstelle in Düsseldorf stand naturgemäß vor Schwierigkeiten ganz praktischer Art. Viele davon waren in der jüngsten Vergangenheit begründet. So wurde es notwendig, die Landesplanungsgemeinschaft in Düsseldorf darauf hinzuweisen, dass das Hannoveraner „Reichsamt“, mit seiner Zweigstelle in Düsseldorf ganz andere Aufgaben hatte als das alte Reichsamt in Berlin vor 1945. Der übergangsweise mit den Düsseldorfer Angelegenheiten betraute Martini legte dabei ganz offen, was die Aufgaben vor 1945 waren (und setzte sich dabei in Gegensatz zu den Aussagen, die Bentz nur wenige Jahre später für die Verteidigung Keplers vor dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess vorbringen sollte):

641 Bentz an Versé, 9.8.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20489.

642 Versé an Bentz, 13.8.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20490.

643 Vgl. Kölbl-Ebert, *Geology in Germany* (2017), S. 80.

„Das Reichsamt für Bodenforschung wurde im Jahr 1939 durch Zusammenfassung der bestehenden Geologischen Landesanstalten und der Vierjahresplandienststelle: ‚Erforschung des deutschen Bodens‘ (Leiter Staatssekretär W. Keppler) unter Zurückstellung der früheren Aufgaben der geologischen Landesanstalten als reine Kriegswirtschaftsdienststelle gegründet. Im Rahmen dieses neuen Amtes sollte die Abteilung Funder dazu beitragen, Deutschland für den Krieg und im Krieg auf dem Rohstoffgebiet möglichst weitgehend autark zu machen.“⁶⁴⁴

Das neue Reichsamt in der britischen Besatzungszone dagegen „soll die Aufgaben der alten Geologischen Landesanstalten weiterführen, nicht aber die kriegswirtschaftlichen Zielsetzungen des früheren Reichsamtes für Bodenforschung“.⁶⁴⁵ Auch in einer etwas später verfassten Aktennotiz über ein Gespräch im Oberbergamt Bonn betonte Martini, an „die alte Tradition der Preussischen Geologischen Landesanstalt“ anknüpfen zu wollen. Man habe sich von den wirtschaftlichen Bestrebungen des RfB aus der Zeit vor 1945 „ausdrücklich distanziert“.⁶⁴⁶ Auch in anderer Hinsicht scheint diese Distanzierung zu der Zeit des Krieges erfolgreich gewesen zu sein. Denn das RfB in Hannover fiel zwar unter die Forschungsbeschränkungen der Alliierten, konnte diese Auflagen bzw. Einschränkungen aber weitgehend als bürokratische „Formsache“ behandeln, „da diese Ueberwachung eigentlich für andere Sparten eingerichtet wurde“.⁶⁴⁷ Dabei handelte es sich in erster Linie um angewandte Forschungen, „die rein oder wesentlich militärischer Natur sind“ und betraf vor allem rüstungsrelevante Technikwissenschaften, wie etwa Chemie und Physik.⁶⁴⁸ Für das RfB stellten nur die Entnazifizierungsbestimmungen einen wesentlichen Hemmfaktor der Entwicklung dar, der auch nicht durch Werkverträge vollständig umgangen werden konnte. Die Überprüfung war unumgänglich, wobei sich Kollegen zumindest in einem Fall gegenseitig rieten, „irgendwelche KZ-ler oder Halbjuden“⁶⁴⁹ als Zeugen heranzuziehen.

644 Hans Joachim Martini (RfB Zweigstelle Düsseldorf) an Landesoberbaurat Stephan Prager (Landesplanungsgemeinschaft, Düsseldorf), 24.6.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.

645 Ebd.

646 Aktenvermerk Karrenberg, 7.8.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.

647 Bentz an Wilhelm Kegel, 30.12.1947, ebd., unpag.

648 Werner, *Forschung* (1950), S. 78 f.

649 Reich an Wolff, 10.7.1946, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.

Sie trennten dabei zwischen formal über eine Parteimitgliedschaft belasteten und solchen, die „wirklich in unangenehmer Weise in der Partei tätig gewesen“, also „aktivistisch tätig gewesen“ waren.⁶⁵⁰ Dabei achtete Bentz selbst penibel darauf, dass die Bestimmungen eingehalten wurden, und ließ sich über den Belastungsgrad, den Stand des Entnazifizierungsverfahrens, NSDAP- und SS-Mitgliedschaft detailliert unterrichten, bevor er selbst Honorarverträge genehmigte.⁶⁵¹ Er holte auch selbst Erkundigungen ein und verließ sich nicht nur auf die formalen Fragebögen.⁶⁵² Wie zu erwarten, stellten die Mitarbeiter Entlastungszeugnisse aus und führten ebenfalls Gespräche über vergangene Vorkommnisse.⁶⁵³

Bentz und seine Kollegen waren wegen des von ihnen betriebenen Wiederaufbaus der geologischen Ressortforschung an möglichst weitgehenden Entlastungen der dafür benötigten Wissenschaftler und Industriellen interessiert.⁶⁵⁴ Ein Standard in den zahlreichen von Bentz ausgestellten Persilscheinen war das Argument, die PGLA sei 1933 von einer Gruppe aktivistischer Nationalsozialisten quasi übernommen worden, was nur durch die Einsetzung Julius Versés als Präsidenten bis Ende 1938 eingedämmt worden sei, bevor dann mit dem „reinen Parteigünstling“ Keppler sich die reine Parteilinie durchsetzte.⁶⁵⁵ Es war aber nicht das einzige Kalkül der Nachkriegszeit, sich in ein möglichst gutes Licht zu rücken und eine möglichst positive Beurteilung in den ubiquitären Entnazifizierungsverfahren zu erreichen. Vielmehr wurde durchaus an Momente im „Dritten Reich“ erinnert, die in einer Zeit des massenhaften

650 Ebd. Am Materialprüfungsamt Berlin kam im Rahmen der innerbetrieblichen Entnazifizierung 1945/46 dieselbe Differenzierung zur Anwendung. Vgl. Kölmel, Belastungsproben (2026).

651 Vgl. Kegel an Bentz, 12.4.1947, BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag. Vgl. für einen anderen Fall auch von Hernhaussen an Kegel, 23.5.1947, und Kegel an Bentz, 27.5.1947, Bentz an Kegel, 10.6.1947, alle BArch Koblenz, B 176, Nr. 93, unpag.

652 Vgl. Bentz an Kegel, 23.2.1948, Kegel an Bentz, 1.3.1948, ebd., unpag.

653 So im Fall Walter Schriels Wilhelm Ahrens. Ahrens an Bentz, 23.12.1949, ebd., unpag.

654 Vgl. etwa die Bescheinigungen von Bentz im BGR-Archiv, Hannover, Nr. 134113–134115, 134120–134124, 134126, 134127, 134130, 134132, 134133, 134140–134144, 136067. Zum „millionenfachen Sprechen über personelle NS-Vergangenheit in der Leumundspraxis“ siehe Leßau, Entnazifizierungsgeschichten (2020), S. 133–143.

655 So am klarsten in Bentz an Julius Versé (Loevenich Bez. Köln), 30.4.1946, Bescheinigung von Alfred Bentz für Julius Versé, 30.4.1946, Versé an Bentz, 27.4.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 134123, unpag.

konformen Verhaltens ungewöhnlich waren, und sei es nur der gemeinsame Urlaub 1934, den Bentz mit seiner Frau Agnes gemeinsam mit seinem Kollegen Franz Michels und dessen jüdischer Verlobter Helga verbrachte und an den Michels in seiner Bitte um einen Persilschein erinnerte, was ihm leicht fiel, „da Du und Deine Frau zu den wenigen gehörtet, die sich nicht fürchteten, mit Helga und mir nach 1933 weiter zu verkehren“. ⁶⁵⁶

Meist allerdings galt die Entnazifizierung als lästiges Übel, wurde umgangssprachlich als „Entlausen“ bezeichnet ⁶⁵⁷, womit sie nicht nur ins Lächerliche gezogen, sondern impliziert wurde, der Nationalsozialismus sei eine Plage gewesen, die man durch einfache Maßnahmen wieder loswerden konnte. Dabei wurden selbst vor 1933 in die NSDAP eingetretene „alte Kämpfer“ als harmlose Nationalsozialisten bezeichnet, wenn sie sich ansonsten im Amt beliebt gemacht hatten. Keppler und Brockamp – ehemals SS-Hauptsturmführer im SS-Hauptamt – dagegen wurde klar die Rolle der „Nazis“ zugewiesen. ⁶⁵⁸ Vor allem in der Zentrale des alten Reichsamtes im Ostsektor Berlins verschärfte sich die Situation. Aufgrund der Bestimmungen herrschte akuter Personalmangel, und man stellte nach der Maßgabe ein, es „dürfen vor allem keine P.G.'s gewesen sein“. ⁶⁵⁹ In der Invalidenstraße galt die Entnazifizierung schnell als politisch motivierte Maßnahme, die als „komm[unistische] Umtriebe“ gedeutet wurden, die sich „gegen jedermann, der nicht zu ihnen gehört“, richteten. ⁶⁶⁰ Der Präsident des RfB in Ost-Berlin, Otto Barsch, sah es sogar als seine Pflicht an, die Belegschaft vor den Folgen der Entnazifizierung zu schützen, selbst wenn er als „Nazifreund“ titulierte wurde. ⁶⁶¹

Nach Barschs Tod im Oktober 1946 wurde als sein Nachfolger Erich Lange eingesetzt, ein ehemaliger Mitarbeiter des RfB vor 1945, der schon während dieser Zeit in der KPD gewesen war. Damit begann die Zeit, in der der Nationalsozialismus immer mehr im Lichte des beginnenden Ost-West-Konfliktes gesehen wurde. Dies war auch für die Geologen der Fall. Einige leitende Mitarbeiter wurden im November 1946 entlassen, mit der Begründung, ungerechtfertigt mit „fremden

656 Michels an Bentz, 14.5.1947, ebd., unp.

657 Barsch an Bentz, 7.11.1945, 30.4.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

658 So im Falle Rudolf Cramers. Barsch an Bentz, 7.11.1945, ebd., unp.

659 Barsch an Bentz, 18.1.1946, ebd., unp.

660 Barsch an Bentz, 30.4.1946, ebd., unp.

661 Barsch an Bentz, 17.5.1946, ebd., unp.

Dienststellen verkehrt“ zu haben, womit sicher die Hannoveraner Gruppe um Bentz gemeint war.⁶⁶² Wie eingangs gezeigt, erschien vor diesem Hintergrund in der Berliner Tageszeitung „Der Telegraph“ ein Artikel, der die Zeit vor 1933 als wissenschaftlich vorbildhaft und von Weltruf zeichnete, während der Nationalsozialismus diese Stellung der PGLA rasch beendete und sie zu dessen Opfer wurde: „In der Nazizeit sank sie von dieser Höhe herab; zum ausführenden Organ für materiell praktische Aufgaben degradiert, musste sie sich in den letzten Jahren sogar den berüchtigten Keppler gefallen lassen.“⁶⁶³ Dies heizte den politischen Streit an, in der Tageszeitung der SED „Neues Deutschland“ erschien zwei Tage später ein mit „Politische Geologie“ überschriebener Artikel, der die Arbeiten eines Mitarbeiters des RfB, Werner Paeckelmann, während des Nationalsozialismus in Verbindung mit der Besatzungsherrschaft in Polen und mit den Menschenversuchen der SS im westfälischen Brilon durch Joachim Mrugowsky brachte.⁶⁶⁴ Beides wurde eine Woche später zurückgewiesen (wobei der erste Vorwurf sachlich zutreffend war, der zweite mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht).⁶⁶⁵ In der Gegenargumentation wurde Paeckelmanns Rolle bei der Leitung der besetzten polnischen geologischen Anstalt mit einem eingetübten Argumentationsmuster als „bekannt“ und auch als erfolgreich bezeichnet, wobei umstandslos davon ausgegangen wurde, dass das Funktionieren einer besetzten Anstalt im Krieg positiv zu werten war: „Dass diese Anstalt noch jahrelang hat voll arbeiten können, verdankt sie in erster Linie der anständigen Haltung Paeckelmanns.“⁶⁶⁶ Für Bentz nahmen die Vorgänge und deren Folgen ein derart bedrohliches Ausmaß an, dass er seine Mitarbeiter in einer internen Verfügung im

662 Paeckelmann an Bentz, 3.11.1946, ebd., unp. Zu den Hintergründen und Schicksalen der in Ost-Berlin verhafteten Geologen und zu den Kontakten zwischen Celle und Berlin siehe auch Kölbl-Ebert, *Colleague to Enemy* (2019).

663 Artikel „Was geht in der Geologischen Landesanstalt vor?“, *Telegraf*, 13.11.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

664 Artikel „Politische Geologie“, *Neues Deutschland* 175, 15.11.1946, ebd., unp.

665 Zu den hydrogeologischen Messungen Paeckelmanns in Brilon, die allerdings nicht in Verbindung mit den Verbrechen Joachim Mrugowskys standen, siehe Paeckelmann, Bericht über die hydrologischen Untersuchungen der Arbeitsstelle Alme in der Zeit vom Herbst 1943 bis zum Frühjahr 1944, in BGR-Archiv Hannover, Nr. 2026067. Vgl. Kap. 3.1.

666 Artikel „Die Geologische Landesanstalt“, *Telegraf*, 22.11.1946, BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp. Paeckelmann wurde später verhaftet und starb in der Haft.

Hannoveraner Amt anwies, den Briefwechsel mit Ost-Berlin ausschließlich über seine Zentrale abzuwickeln und in privaten Briefen nicht auf dienstliche Punkte einzugehen. Dies sei zum Schutz aller Beteiligten notwendig, da „schlimme Folgen für unsere Berliner Kollegen“ sowie „Rückwirkungen für die Angehörigen unseres Amtes in der britischen Zone zu befürchten sind“.⁶⁶⁷

Auch Bentz selbst geriet wegen seiner Kriegstätigkeit immer wieder ins Fadenkreuz der Presse. Dabei legte er großen Wert darauf, seine damalige Rolle sowohl als unpolitisch darzustellen als auch darzulegen, dass er 1947 im Wesentlichen nichts anderes tun würde als vor 1945. Dies sei den britischen Behörden gegenüber auch immer transparent mitgeteilt worden, wobei diese ihn auch de facto entlastet hätten. So schrieb Bentz Ende 1947 an den Industriellen Fritz Evers⁶⁶⁸, der ihn von einer Bentz belastenden Presse-Mitteilung unterrichtet hatte:

„Sachlich bringen die Artikel nichts, was hier nicht allgemein bekannt wäre. (...) Auch meine Mitwirkung im Vierjahresplan ist mit den zuständigen englischen Stellen natürlich genauestens besprochen worden, aber da es sich ebenfalls um eine rein fachliche Tätigkeit handelte und ich heute im Rahmen derselben Planwirtschaft auch genau dieselben Aufgaben habe, hatten sie keinen Grund zum Einschreiten.“⁶⁶⁹

Die Berichte über Bentz' Kriegsarbeiten setzten sich allerdings fort. Im April 1948 erschien in der Berliner Zeitung ein Artikel, der recht detailliert Bentz' Tätigkeit in den besetzten Gebieten, darunter auch das spätere Jugoslawien, vor 1945 darstellte und bemerkte, dass er, wie der Bevollmächtigte Carl Krauch für Chemie, ebenfalls auf die Kriegsverbrecherliste gehören würde. Im Artikel wurden Bezüge zur Kontrolle der Erdölförderung in Westdeutschland durch ausländische Firmen gezogen, und Bentz teilte dem Übersender einer Kopie des Zeitungsartikels mit, dass es sehr „spaßig“ sei, dass er „gleichzeitig eine Einladung nach Jugoslawien bekommen habe, um dort die Erdölsache

667 Alfred Bentz, Verfügung, „Vertraulich“, Celle, 24.11.1946, ebd., unp.

668 Zu Fritz Evers (1889–1989), Diss. 1912, Universität Kiel („Über die Ozonide des symmetrischen Butylens“), Siemens-Forschungslaboratorium, nach dem Krieg Deutsche Shell AG, Hamburg, vgl. Poggendorf, 1936; Geburtstage, in: NCT 12 (1964), S. 9; Gestorben, in: NCTL 38 (1990), S. 71.

669 Alfred Bentz an Fritz Evers (Hamburg), 20.12.1947, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20184–20186, unp.

aufzuziehen“.⁶⁷⁰ In jedem Fall sahen Bentz und seine Kollegen die Anwürfe vor allem der Presse der SBZ als politisch motiviert und als im Zusammenhang mit der Kontrolle über das Berliner Reichsamt für Bodenforschung stehend an. Oft wurden Bezüge der Politik in der SBZ zu der des Nationalsozialismus gesehen, die als Rechtfertigung für das eigene Handeln dienten. Deutlich wird diese Argumentation im Kündigungsschreiben Richter-Bernburgs an die Geologische Landesanstalt in Ost-Berlin vom März 1948. Richter-Bernburg war seit 1934 in der PGLA angestellt, die er als wissenschaftliche Einrichtung schätzte und in der er vor allem anstrebte, sich um „die theoretischen Grundlagen zu bemühen“. Bald trat allerdings

„die unmittelbare Untersuchung von Lagerstätten immer mehr in den Vordergrund, so dass schliesslich ein Präsident wie Keppler in weitgehender Unkenntnis des wissenschaftlichen Arbeitsganges alle nicht geradewegs auf die praktische Auswertung zielenden Forschungen mir selbst gegenüber als unzeitgemäss und nicht im Sinne des ‚Reichsamts für Bodenforschung‘ liegend bezeichnete.“⁶⁷¹

Richter-Bernburgs Ausweg, an die Universität zurückzugehen, „verbaute“ ihm Keppler. Nach 1945 hätte er zunächst gehofft, wieder wissenschaftlich tätig werden zu können, da „jetzt erst recht die rein materiellen Tendenzen einer ‚politisch ausgerichteten Wissenschaft‘ durch eine Art der Forschung ersetzt werden müssen, wie sie das Wesen der Wissenschaften bei allen Kulturvölkern bedeutet“. Dies sei aber eine Illusion gewesen, denn der „Betrieb“ der Geologischen Landesanstalt in der SBZ schloss „solche Arbeitsrichtung praktisch“ aus. Das Primat der „partei- oder wirtschaftspolitischen Belange“ galt Richter-Bernburg in der SBZ als „stärkste Behinderung wissenschaftlicher Freiheit“. Dies führte für ihn zur „einzigen (...) Konsequenz“: Denn ebenso, wie ich eine ‚nationalsozialistische Wissenschaft‘ als Unmöglichkeit angesehen „habe, können wir heute keine ‚ostzonale Wissenschaft‘ treiben“. Anerkennend,

670 Bentz an Zirkler, 27.4.1948. Siehe auch Zirkler an Bentz, 13.4.1948, sowie den Artikel „Um das deutsche Erdöl“, Berliner Zeitung, 8.4.1948, alles in Alfred Bentz an Fritz Evers (Hamburg), 20.12.1947, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. GA 20500–20502.

671 Gerhard Richter-Bernburg an die Deutsche Geologische Landesanstalt in der SBZ (Präsident, Betriebsrat), Abschrift, Datum des Poststempels (ca. Mitte März 1948), BGR-Archiv Hannover, Nr. 91893, unp.

dass ihm seine bekannte Mitgliedschaft in der NSDAP in der SBZ keine Schwierigkeiten gemacht hätte, gab Richter-Bernburg an zu kündigen,

„weil ich im Laufe der nationalsozialistischen 12 Jahre ausser anderem immerhin gelernt habe, dass Wissenschaft hinter Stacheldraht nicht gedeihen kann. Ich sehe daher für Bestand und sinnreiche Arbeit der Anstalt eine grosse Gefahr darin, sie der Leitung von Politikern anzuvertrauen, ob diese nun Keppler oder anders heissen.“⁶⁷²

Diese Gleichsetzung des NS mit dem politischen System in der SBZ offenbart Richter-Bernburgs fast zynische Ignoranz gegenüber den hinter Stacheldraht eingesperrten Opfern der Terrorherrschaft, zu denen er und ‚die Wissenschaft‘ jedenfalls nicht gezählt hatten. Richter-Bernburg beleuchtete, fast wie in einem Kaleidoskop, die Aspekte, die für ihn und viele seiner Zeitgenossen die Politik der SBZ mit der des Nationalsozialismus in Zusammenhang brachten. Vor allem war dies die Einschränkung der wissenschaftlichen Freiheit, Grundlagenforschung zu betreiben; also auch für ihn stand die Freiheit für etwas im Mittelpunkt. Ganz anders als im fast gleichzeitig entstandenen Affidavit Bentz‘ für Keppler (s.o.) charakterisierte Richter-Bernburg den ehemaligen Präsidenten des RfB als ignoranten und kurzsichtigen Politiker, der von richtiger Wissenschaft nichts verstanden hätte oder nichts verstehen wollte. Die aufgerufenen Erfahrungen im Nationalsozialismus dienten ihm so als Rechtfertigung für seine Kündigung im Sozialismus. Nach kurzer Tätigkeit an der Göttinger Universität wurde Richter-Bernburg im Hannoveraner Amt für Bodenforschung eingestellt und zum Ende seiner Laufbahn, als Nachfolger Martinis, Präsident der BfB. Es ist bezeichnend, dass beide Seiten dieser Debatte der späten 1940er Jahre den jeweiligen politischen Gegner mit dem Nationalsozialismus in Verbindung brachten, wobei sie unterschiedliche Aspekte der einseitig auf praktische Ziele ausgerichteten Politik des Nationalsozialismus betonten: Abhängigkeit von Industrie und Beteiligung an Besatzungsverbrechen einerseits; Einschränkung der wissenschaftlichen Freiheit andererseits. Das Erinnern an den Nationalsozialismus war unmittelbar nach 1945 oft selektiv auf das jeweilige politische Ziel in der Systemkonfrontation gerichtet, oder am eigenen Fortkommen orientiert. So verschwieg Hans Joachim Martini seine SS-Mitgliedschaft in dem 1950 von ihm selbst ausgefüllten Fragebogen, wobei er

672 Ebd.

seine NSDAP Mitgliedschaft allerdings angab. Martini war seit dem 1. April 1943 als SS-Untersturmführer zunächst im SS-Hauptamt, dann in der 108. SS-Standarte in Prag gewesen. Im Deutschland der Nachkriegszeit hätte dies zunächst sehr wahrscheinlich einen Ausschluss aus dem Amt bedeutet.

21. C. Mitgliedschaften (Anwartschaften)						
Organisation	Ja oder nein	Von	bis	Mitgliedsnummer	Höchstes Amt (Rang)	Eintrittsdatum
NSDAP	ja	1. 5. 37	1945	unbekannt	kein Amt	1. 5. 37
SS	nein					
Allg. Waffen-SS	nein					
Gestapo	nein					
Sicherheitsdienst (SD)	nein					
SA	ja	1934	1936		SA-Mann	1934
NSKK	ja	1936	1941		Rottenf.	1936
NSFK	nein					
HJ (BDM)	nein					
NS-Frauenschaft	nein					

Abb. 28: Fragebogen Hans Joachim Martinis zur Entnazifizierung, 1950.

Doch es wurde nicht nur verdrängt und verschwiegen. So erinnerte Bentz Ende Dezember 1946, in einem an Maksymilian Fingerchut – einen Inspekteur der polnischen Erdölindustrie, den er 1942 aus dem KZ Auschwitz gerettet hatte – gerichteten Brief, an den „Zusammenbruch dieses Gewaltsystems“, wobei er sich freute, dass Fingerchut für den „Wiederaufbau Ihres Vaterlandes zur Verfügung stehen“ konnte, und er seine Hilfe dabei anbot.⁶⁷³

6.3 Tugenden der Person, Verkörperung des Amtes

Zehn Jahre nach Kriegsende, wenige Jahre bevor das Amt für Bodenforschung in Hannover zur Bundesanstalt erhoben wurde, erschien im Geologischen Jahrbuch zwei von Wilhelm Ahrens verfasste Nachrufe, beide auf Geologen, die schon einige Jahre zuvor verstorben waren. Einer davon war Wilfried von Seidlitz (NSDAP-Mitglied seit 1933) gewidmet, den bis 1937 amtierenden ersten Präsidenten der PGLA während des Nationalsozialismus, der gegenüber den überzeugten

673 Bentz an Maksymilian Fingerchut, 30.12.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. 20534, unp. Vgl. Kölbl-Ebert, German petroleum geologists (2018), S. 399 f.; dies., German Geology (2017), S. 75 f.

Nationalsozialisten im Amt als wenig durchsetzungsstark gegolten hatte und in den letzten Kriegswochen 1945 bei einem Einsatz als Direktor der Heeresgeologie ums Leben kam.⁶⁷⁴ Dem glücklosen von Seidlitz bescheinigte Ahrens immerhin, dass er sich „bemühte“, die PGLA „in dem alten Geiste weiterzuführen“, wobei sich Ahrens dabei auf die Zeit vor 1933 bezog.⁶⁷⁵ Erfolgreicher als von Seidlitz hatte der 1933 als ständiger Vertreter des Präsidenten amtierende Gotthard Fliegel diesen Geist verkörpert.⁶⁷⁶ Fliegel musste 1934 aus dem Amt scheiden, und galt Ahrens, der 1922 in die PGLA eingetreten war und die Zeit in Berlin selbst miterlebt hatte, als „Verkörperung“ des alten Geistes „des Wollens“ in der PGLA, da er „seine Art des Forschens – gründlichste Geländebeobachtung und vorsichtiges Kombinieren“ in der frühen

674 Flachowsky, Kampf (2026). Zu von Seidlitz (geb. 1880, 1900 Abitur, 1900–1906 Studium Geologie und Paläontologie in Freiburg und München, 1905 Promotion Freiburg, 1906–1913 Assistent für Geologie und Paläontologie Universität Straßburg, dort auch 1907 Habilitation, 1913–1934 Professor Universität Jena, Wehrgeologe im I. WK, 1923 Leiter der Thüringischen Geologischen Landesuntersuchung, 1934–1936 Präsident PGLA, 1934 Honorarprofessor TH Berlin, 1935 Mitglied Leopoldina, 1936–1939 Büro Kepler (Vierjahresplan), 1939 Wehrgeologe, 1941 leitender Heeresgeologe, 1943–1945 Leiter Wehrgeologenstab Wannsee, im April 1945 an den Folgen einer Verwundung gest. – bis 1932 DNVP, 1933 NSDAP) vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/41160464, NSDAP-Gaukartei, Kasten 4116, Karte 464; Karteikarte betr. Wilfried von Seidlitz, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13277, Bl. 8928; Ahrens, Nachruf von Seidlitz (1955), S. XXXV–XLIII; Willig, Wirken (2008), S. 64–92; Hoppe, Max Pfannenstiel (2020), S. 104; Fischer, Hans Jüngst (2012), S. 63, 107, 120. Wilfried von Seidlitz hatte sich dem Ministerium offenbar durch eine „Denkschrift über die Neuorganisation“ der PGLA als neuer Präsident empfohlen. Vgl. Wiegers, Fiedler und Pfeiler an das Kreisgericht V der NSDAP (mit anliegendem Bericht Wiegers‘ über v. Seidlitz), 5.8.1935, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 36622, Bl. 2–17, hier Bl. 3.

675 Ahrens, Nachruf von Seidlitz (1955), S. XXXVIII.

676 Zu Fliegel (geb. 1873, 1893 Abitur, 1893–1898 Studium der Geologie Universität Breslau, 1898 Promotion Breslau, danach Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Bonn, 1902 Hilfsgeologe PGLA, 1911 Bezirksgeologe, im I. WK Einsatz als Kriegsgeologe in Estland und in der Türkei, 1920 Landesgeologe, 1923 Leiter der Abteilung Aufnahmen im Gebirgsland, 1933 Ständiger Vertreter des Präsidenten, 1934 erzwungener vorzeitiger Ruhestand, 1946 Mitarbeiter der Deutschen Geologischen Landesanstalt in Ost-Berlin, aber noch im selben Jahr entlassen, gest. 1947) vgl. Stille, Nachruf Fliegel (1951), S. 134–140; Ahrens, Nachruf Fliegel (1955), S. IX–XXI; Kamps, Bildung (1987), S. 151.

Weimarer Republik an die Generation von Geologen, die aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt waren, weitergegeben hatte.



Abb. 29: Gotthard Fliegel (1873–1947)

Nun, nach dem zweiten verlorenen Weltkrieg, war es an Ahrens, diesen Geist „der nach uns kommenden Generation weiterzugeben“. ⁶⁷⁷ Ahrens war 1948 aus Ost-Berlin übersiedelt und hatte die Leitung der Düsseldorfer Zweigstelle des Amtes für Bodenforschung übernommen. 1956 wurde er der erste Direktor der Geologischen Landesanstalt von Nordrhein-Westfalen. Für Ahrens galt das wissenschaftliche Ethos, bzw. die Weisheit, als wichtigste Tugend der Staatsgeologen. Fliegel und von Seidlitz war es nicht gelungen, diese Tugend während des „Dritten Reiches“ aufrechtzuerhalten. Dies sollte sich nun, in einer anderen Zeit und an einem anderen Ort, ändern, wobei Weisheit an die Person gebunden war und durch Lehre und Vorbild weitergegeben werden konnte. Oft ausgedrückt in Schilderungen eines ausschließlich der Wissenschaft dienenden Lebens ⁶⁷⁸, bzw. „vom Drang nach wissenschaftlicher Forschung und Wahrheit“ erfülltem Leben ⁶⁷⁹, einer großen,

⁶⁷⁷ Ahrens, Nachruf Fliegel (1955), S. XVII.

⁶⁷⁸ Closs, Nachruf von Zwirger (1950), S. LVIII.

⁶⁷⁹ Udluft, Nachruf Paeckelmann (1953), S. VII.

autodidaktischen Begabung⁶⁸⁰, der „Liebe zur Wissenschaft“⁶⁸¹ oder auch als „leidenschaftliche Begeisterung für Geologie“⁶⁸² ist Weisheit eine die Nachrufe der Nachkriegszeit dominierende Tugend. Prägnant wurde sie von dem Wiener Geologie-Professor Eberhard Clar (NSDAP 1933)⁶⁸³ in einem Nachruf auf Hans Peter Cornelius (NSDAP 1933)⁶⁸⁴ als die Fähigkeit von Wissenschaftlern bezeichnet, „die letzten Entscheidungen für Recht und Unrecht“ zu fällen, „weil sie allein die feinsten Sinne dafür besitzen“.⁶⁸⁵ Recht und Unrecht ist hier epistemologisch gemeint, also als Richtigkeit und Falschheit, nicht als moralische Instanz, wobei der Bogen zwischen beiden Bedeutungen in dem Nachruf auf Cornelius, der an der Zweigstelle Wien der RfB als aktivistischer Nationalsozialist tätig wurde und deswegen nach dem Krieg angeklagt war, von Clar nicht geschlagen wird.⁶⁸⁶ Auch Walther Emil Petrascheck stellte im Nachruf auf den Erdölgeologen Karl Krejci-Graf⁶⁸⁷ dessen

680 Schindewolf, Nachruf Paul (1954).

681 Schroeder, Nachruf Klingner (1955), S. X.

682 Hoffmann, Nachruf Leonhard Riedel (1957), S. XII.

683 Vgl. Nemec, Eberhard Clar (2024).

684 Zu Cornelius (geb. 1888, 1905 Abitur, 1905–1911 Studium in München und Zürich, 1911 Promotion Zürich danach Assistent Mineralogisches Institut ETH Zürich, 1913 Selbständigkeit, 1914–1918 Teilnahme am I. WK, danach wieder freiberuflich tätig, 1928 Geologische Bundesanstalt Wien, um 1941 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle Wien, 1950 gest. – NSDAP 1933) vgl. BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei/5330391, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 553, Karte 391; Clar, Nachruf Cornelius (1951), S. 84–92.

685 Ebd., S. 86. Clar zitiert hier einen Nachruf Otto Ampferers auf Albrecht Spitz, bedient also einen älteren Topos.

686 Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

687 Zu Krejci-Graf (geb. 1898, 1915–1918 Teilnahme am I. WK (Leutnant d.R.), 1916 Abitur, 1919 Freikorps der Leobener akademischen Legion in Kärnten, 1919–1923 Studium der Geologie Montanistische Hochschule Leoben, Schwedische Akademie in Åbo bei Turku in Finnland, Universitäten Wien und Berlin, 1923 Promotion in Wien, 1923–1930 Leiter der Feldabteilung bei der rumänischen Erdölgesellschaft Steaua Romana in Cămpina (Ploiești), 1930–1933 Professor für Paläontologie und Lagerstättenkunde Sun-Yat-sen-Universität in Guangdong (Kanton) in China, 1935 Exploration in Kwantung für die Südwest-Regierung (Southwestern Council) im chinesischen Guangdong, 1936 Habilitation TH Berlin, 1937–1937 Lagerstättenbegutachtung; Bergbauberater die Zentralregierung in China, 1937 Chefgeologe der Preußischen Bergwerks- und Hütten-AG (Preussag) in Hannover, 1937 Direktor Institut für Brennstoffgeologie Bergakademie Freiberg, 1938 o. Professor, in dieser Funktion Zuarbeit auf dem Gebiet der

Urteilsvermögen in wissenschaftlicher Sicht heraus: „Kennzeichnend für den sehr unabhängigen kritischen Geist Karl Krejci-Grafs war seine Opposition gegen alle dogmatischen Lehren“.⁶⁸⁸ Dass sich diese Opposition nicht gegen die NS-Dogmatik richtete, macht die im Nachruf nicht erwähnte SS-Mitgliedschaft Krejci-Grafs deutlich. Dessen entscheidende Rolle bei der Erdölgewinnung in Rumänien wird allenfalls angedeutet: „In verantwortungsreicher Stellung und mit viel österreichisch-diplomatischem Geschick hatte er auf die für Deutschland so wichtige Erdölförderung Einfluß zu nehmen.“⁶⁸⁹ Petraschecks beschönigender Umgang mit Krejci-Grafs Vergangenheit noch im Jahre 1988 mag dem Umstand geschuldet sein, dass er selbst der NSDAP angehört hatte, während des Zweiten Weltkriegs in den besetzten Gebieten für das RfB tätig gewesen war und dabei teilweise eng mit Krejci-Graf zusammenarbeitet hatte.

Selbst falls umfangreich und relativ offen auf Kriegstätigkeiten eingegangen wurde, wie dies Helmut Vidal in seinem Nachruf auf den späteren Präsidenten des Bayerischen Geologischen Landesamtes, Hans Nathan⁶⁹⁰, tat, führte dies nicht unbedingt zu einer vollständigen

Erdölgeologie für die RfB, 1939 Mitglied des Erdölkommandos Galizien, 1939–1944 beratender Erdölgeologe der Kontinentale Öl-AG in Rumänien, 1939 auf Veranlassung Kepplers in den Rang eines SS-Hauptsturmführers erhoben, 1940 zur Dienstleistung bei der RfB zur Leitung der geologischen Arbeiten in Rumänien abgeordnet, 1944–1946 russische Gefangenschaft in Bukarest, 1946 nach Wien entlassen, dort von den Amerikanern bis 1947 inhaftiert, 1947–1950 Obergeloge und Leiter des wissenschaftlichen Dienstes der Sowjetischen Mineralölverwaltung in Wien, 1951 im Auftrag einer schwedischen Firma in Portugal und dort bis 1953 Chefgeologe und technischer Vizedirektor der Companhia dos Petroleos de Portugal in Lissabon, 1953–1955 verschiedene Forschungsreisen, 1953 Direktor Geologisch-Paläontologisches Institut Universität Frankfurt am Main, 1963 emeritiert, 1986 gestorben – Mitglied der SS, NSV, NSDDB) vgl. Hochschullehrerkartei des RMWEV, Karteikarte betr. Krejci-Graf, BArch Berlin, R 4901, Nr. 13269, Bl. 5494; Lebensläufe Krejci-Grafs, 1.2.1946, 8.2.1946, 11.2.1946, UB Freiburg (GAGV), Archiv-Nr. 20859–20867, hier Nr. 20864, unsp.; Kabinettsvorlage des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung (Wiesbaden) betr. Ernennung Krejci-Grafs zum o. Professor an der Universität Frankfurt am Main, 3.6.1953, HHStAW, 527, II 8778, unsp.; Carlé, Stammbaum (1988), S. 237 f.; Petrascheck, Nachruf Krejci-Graf (1988), S. 259 f.; Karl Krejci-Graf, in: Austria-Forum (https://austria-forum.org/af/AustriaWiki/Karl_Krejci-Graf, eingesehen am 24.7.2024).

688 Petrascheck, Nachruf Krejci-Graf (1988), S. 260.

689 Ebd.

690 Zu Nathan (geb. 1900, 1917–1918 Teilnahme am I. WK, 1920 Abitur, Studium

Nennung der Tätigkeit im Zweiten Weltkrieg. So ließ Vidal, aus Unkenntnis oder anderen Gründen, die Tätigkeit Nathans bei den Verlagerungsplänen des IG Farbenwerks Auschwitz unerwähnt.⁶⁹¹ Dagegen muss man im Nachruf auf Willi Scharf (NSDAP 1930, SA 1932),⁶⁹² den Walter Medwenitsch 1971 verfasste, in leisen Andeutungen suchen, um Scharfs Rolle als NS-Aktivist in der PGLA der 1930er Jahre zu erkennen: „Die Turbulenz des Zeitgeschehens berührte leider stark seinen arbeitsreichen Lebenslauf, bedingte eine gewisse Abgeschlossenheit; aber er lebte immer mit ganzer Seele für die Geologie, die ihm nicht Beruf, sondern Berufung war.“ Analytischer Verstand, gepaart mit empirischer Faktenkenntnis, diese die Geologen auszeichnenden Eigenschaften wurden in Bezug auf deren wissenschaftliches – aber eben nicht ihr politisch-moralisches – Urteilsvermögen betont. Die Trennung von Wissenschaft und Politik, durch die primäre Tugend der Staatsgeologen, Weisheit, bedingt, prägte deren Lebenslauf.

der Naturwissenschaften (Geologie) Universität München, 1925 Promotion, 1926 Geologe auf Probe Geologische Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt, 1929 Regierungsgeologe, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, im II. WK Wehrgeologe, nach II. WK wieder Bezirksgeologe Bayerisches Oberbergamt (ab 1949 Geologisches Landesamt München), 1947 Regierungsgeologe und Abteilungsleiter für geologische Landesaufnahme, 1955 Direktor (ab 1964 Präsident) Bayerisches Geologisches Landesamt, 1966 Ruhestand, gest. 1982 – Mitglied NSV, RDB) vgl. von Nathan ausgefüllter Fragebogen des Military Government of Germany, ohne Datum, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 415, unp.; Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr an ORR Dr. Hans Nathan (Bayerisches Geologisches Landesamt, München), 31.12.1954, ebd., unp.; Vidal, Nachruf Nathan (1983), S. 207–213.

691 Ebd. Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

692 Zu Scharf (geb. 1896, 1914 Abitur, dann Teilnahme I. WK, 1920 als Oberleutnant aus Reichswehr entlassen, 1920–1924 Studium der Naturwissenschaften Halle und München, 1924 Promotion Halle, 1925 Probegeologe PGLA, 1928 apl. Geologe, 1935 Bezirksgeologe, 1938 Zweigstelle Wien der RfB, 1940 Arbeitsstelle Posen des RfB, 1941–1945 Wehrdienst, danach freischaffender Geologe, 1949 geologischer Berater der Steiermärkischen Landesregierung, 1955 freischaffender Geologe in Deutschland, 1965 Übersiedlung nach Österreich, gest. 1971 – 1930 NSDAP, 1932 SA, zudem NSKK) vgl. Medwenitsch, Nachruf Willi Scharf (1971), S. 247–249; Lebenslauf von Willi Scharf, 19.7.1933, BArch Berlin, R 71, Nr. 47, Bl. 3; Scharf an den Präsidenten der PGLA, 16.1.1935 u. 15.6.1935, ebd., Bl. 103 f. u. 104–11; von Scharf ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 30.6.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 3039, unp.

In den etwa fünfzig Nachrufen, die in den 1950er und 1960er Jahren im *Geologischen Jahrbuch* für ehemalige Mitarbeiter des RfB erschienen, tritt eine Sekundärtugend besonders in den Vordergrund: Pflichtbewusstsein, oft gepaart mit Opferbereitschaft und Patriotismus. Zahlreiche Nachrufe sprechen von Hintanstellung des eigenen Lebens, ob an der Front, bei Löschversuchen im Bombenkrieg oder beim Unfalltod im Dienst.⁶⁹³ Dabei ist es gleichgültig, ob die Pflichterfüllung für oder gegen den Nationalsozialismus gerichtet war bzw. sich ambivalent darstellte. Eine „innere Einstellung gegen Militarismus und Nationalsozialismus“⁶⁹⁴ stand einer nationalen Pflichterfüllung selbst im Wehrdienst genauso wenig entgegen, wie es „Pflichtbewusstsein“ sein konnte, die zur Annahme des Postens des im Nationalsozialismus entlassenen Vorgesetzten führte⁶⁹⁵, oder selbst im Fall Otto Barschs die Annahme der Präsidentschaft des RfB „nach der Katastrophe des Jahres 1945“.⁶⁹⁶ Oft aber waren es überzeugte Nationalsozialisten, die als solche den „Heldentod“ fanden.⁶⁹⁷ Gerechtfertigt wurde diese nationalsozialistische Haltung oft durch „jugendlichen Idealismus“, und noch 1955 galt es als Tugend, wenn man „bis zuletzt treue Gefolgschaft“ leistete.⁶⁹⁸ Patriotismus und Idealismus wurden von demselben Autor

693 Mestwerdt, Nachruf Schmidt (1950); Udluft, Nachruf Fabian (1950); Hoffmann, Nachruf Riedel (1957), S. XII.

694 Schindewolf, Nachruf Paul (1954), S. XIX.

695 Ahrens, Nachruf auf Wunstorf (1955), S. XXXI.

696 Closs, Nachruf Barsch (1950), S. XXXV.

697 Schroeder, Nachruf Fritz-Erdmann Klingner (1955), dessen Mitgliedschaft in der Waffen-SS genannt wird.

698 Schroeder, Nachruf Klingner (1955). Schroeder war selbst 1930 Mitglied der NSDAP geworden und hatte nach dem Krieg aufgrund des Entnazifizierungsverfahrens Schwierigkeiten, wieder eingestellt zu werden. Vgl. Bentz an Kegel, 31.5.1947, BArch K 176, Nr. 93. Zu Schroeder (geb. 1899, 1917 Abitur, 1917–1918 Dienst in Kaiserlicher Marine, Leutnant zur See, 1919–1923 Studium der Geologie in Göttingen und Freiburg, 1923 Promotion Göttingen, 1923 Assistent Geologisches Institut Universität Freiburg, 1925 Geologe bei den Deutschen Solvay-Werken, 1925 Geologe auf Probe PGLA, 1927 apl. Geologe, 1936 Bezirksgeologe, 1939 Wehrdienst Marine, bei Kriegsende interniert, nach Entlassung zunächst freiberuflich tätig, 1949 wiss. Angestellter Landesstelle Rheinland des Amtes für Bodenforschung, 1951 Landesgeologe, 1955 Oberlandesgeologe, 1959 Abteilungsdirektor, gest. 1969 – NSDAP 1930, 1933 Wiedereintritt) vgl. BArch R 9361-VIII Kartei/21161075, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2116, Karte 1075; Eidesstattliche Erklärung Eckart Schroeders, 13.6.1937, BArch Berlin,

ebenfalls noch 1955 positiv gedeutet, weil sie den verstorbenen Rudolf Cramer (NSDAP 1930)⁶⁹⁹ „frühzeitig zu der neuen Bewegung“ gebracht hatten.⁷⁰⁰ Doch auch der Idealismus des „süddeutschen Demokraten“ Theodor Schmierer⁷⁰¹ wurde positiv gewertet, da er 1933 aufgrund des „Gesetzes zur Säuberung [sic] des Berufsbeamtentums“ zu seiner Entlassung geführt hatte.⁷⁰²

R 9361-II, Nr. 896825, unp.; Carlé, Stammbaum (1988), S. 129, 167; Grabert, Nachruf Schöder (1969), S. 165–169; Gutachten Schroeders (PGLA) über die geologisch-hydrologischen Verhältnisse bei Igel a. d. Mosel, 5.5.1938, BArch-MA Freiburg, RH 32, Nr. 4013, Bl. 7 f–7g.

699 Zu Cramer (geb. 1882, 1900 Abitur, 1900–1906 Studium der Geologie und Paläontologie in Straßburg, Halle, München und Berlin, 1906 Promotion Berlin und wissenschaftlicher Hilfsarbeiter Mineralpetrographisches Institut Universität Berlin, 1907 Geologe auf Probe PGLA, 1908 außerplanmäßiger Geologe, 1914–1918 Teilnahme am I. WK (Leutnant), 1919 Freikorpsangehöriger in Schlesien, 1920 Bezirksgeologe, 1926 Professor, 1934 Landesgeologe, 1937 Landesgeologe, 1940 Regierungsgeologe, 1942 Luftschutzsachbearbeiter bei der Reichsanstalt der Luftwaffe für Luftschutz (Hauptmann), 1946–1948 nach Pensionierung geologische Arbeiten für Dienststelle Jena der Geologischen Landesanstalt Ost-Berlin, 1949 gest. – 1919–1926 DNVP, 1924–1930 Stahlhelm, NSDAP 1930, SA 1933–1934 infolge Krankheit ausgeschieden, zudem NSV, RDB) vgl. BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei/5350867, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 535, Karte 867; von Cramer ausgefüllter Personalfragebogen, 22.2.1939, BArch Berlin, R 71, Nr. 11, unp.; Vorschlag des RWM zur Ernennung des Landesgeologen und Professors Dr. Cramer zum Regierungsgeologen, 10.8.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 464 f.; von Cramer ausgefüllter Fragebogen zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 6.7.1939, BArch Berlin, R 9361-I, Nr. 1792, unp.; NSDAP Gauleitung Berlin an NSDAP Reichsleitung – Kartei (München), 27.6.1933, BArch Berlin, R 9361-II, Nr. 571545, unp.; Schroeder, Nachruf Cramer (1955), S. XXIII–XXVI.

700 Ebd.

701 Zu Schmierer (geb. 1879, 1898–1902 Studium der Naturwissenschaften in Tübingen, 1901 Promotion, 1902 Hilfsgeologe PGLA, 1913 Bezirksgeologe, im I. WK Wehrgeologe, 1919 Bezirksgeologe und Professor, 1927 Landesgeologe, 1929 Abteilungsdirektor für die Veröffentlichungen, 1933 aus politischen Gründen entlassen, anschließend private wiss. Tätigkeit, im Sommer 1945 Geologische Landesanstalt Ost-Berlin (Sammlungsleiter), 1948 Schlaganfall, an den Folgen desselben 1953 gest.) vgl. Lebenslauf Schmierers, 4.12.1946, BArch Berlin, DO 1, Nr. 101071, unp.; von Bülow, Nachruf Schmierer (1953), S. 449–454; Dienemann, Nachruf Schmierer (1955), S. XV–XXII; Röhling/Hoppe/Hoppe, Geologe (2023), S. 345–352.

702 Dienemann, Nachruf Schmierer (1955).

Es ist im Genre des Nachrufes begründet, dass die positiven Charaktereigenschaften des Verstorbenen besonders herausgestellt werden. Dazu zählen Eifer und Treue, auch „menschliche Wärme und Güte“, die in diesem Fall Gerhard Mempel (NSDAP 1933)⁷⁰³ attestiert wurden, von 1942 bis 1944 Leiter der RfB-Außenstelle im besetzten Boryslaw in Polen gewesen war. Dies sei geprägt gewesen von „extrem schwierigen Situationen der Kriegszeit“, wobei Mempel von „vermittelnder, überzeugend-verbindlicher Art und weitgehender Toleranz“ ausgezeichnet gewesen sei, wie es in dem 1967 erschienenen Nachruf heißt.⁷⁰⁴ Auch Hans Closs, während des Krieges Mitarbeiter in der Geophysik-Abteilung von Otto Barsch, sah 1950 offenbar kein Problem darin, dass der erste Nachkriegs-Präsident des RfB von 1939 bis 1945 eine „enorme Ausweitung des Arbeitsgebietes (...) und eine Konzentration auf die allein praktisch wichtigen Fragen“ bewirkt hatte, auch wenn dies auf Befehl geschahen war:

„Die Trupps der Reichsaufnahme müssen zu einem großen Teil für Arbeiten in den besetzten Gebieten abgestellt werden, in zwei Sommern wird auf höhere Anweisung sogar in der Ukraine eine bemerkenswerte Initiative entwickelt, auf dem Balkan gibt es geophysikalische Fragen zu erledigen, so arbeiten die Barsch unterstellten Trupps in dem weiten Raum zwischen Holland und dem Balkan,

703 Zu Mempel (geb. 1905, 1923 Abitur, 1923–1928 Bergbaubeflissener und Studium des Bergfaches Bergakademie Clausthal, 1928 Dipl.-Bergingenieur, 1929 Assistent Geologisches Institut Bergakademie Clausthal, 1932 Promotion TH Berlin, 1935 wiss. Assistent PGLA, 1937 apl. Geologe PGLA, 1938 Habilitation, 1940 Bezirksgeologe RfB, 1939–1941 Leitung der geologischen Untersuchung und Prüfung der industriellen Verwertung der Erzlagerstätten in der Slowakei, 1942–1944 Leiter der Arbeitsstelle für Erdölgeologie in Boryslaw (Polen), nach II. WK Geologische Landesanstalt Ost-Berlin, Leiter der Abteilung Stein- und Braunkohle, nach Flucht kurze Tätigkeit in Hannover, dann zwei Jahre kartierender Geologe in Portugal und ein Jahr in Brasilien, 1954 Landesgeologe Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung, 1959 Leiter der Abt. V „Nutzbare Lagerstätten“, gest. 1964 – 1933 NSDAP, zudem NSKK, NSV, RDB, NSBDT) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Bezirksgeologen Dr. Mempel zum Bezirksgeologen, 7.11.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 1664, Bl. 74 f.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/28251374, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2825, Karte 1374; Beurteilung Mempels durch Hans Joachim Martini, 5.3.1959, BGR-Archiv Hannover, Nr. 77698, unpag.; Malzahn, Gerhard Mempel (1967), S. XXXI–XXXVI.

704 Ebd., S. XXXIII.

dem Elsaß und der Ukraine. (...) [S]eine letzte Arbeit aus dieser Zeit (...) zeigt Barsch auf der Höhe seines geophysikalischen Wirkens.“⁷⁰⁵

Fast klingt es so, als ob Closs es 1950 bedauern würde, nicht mehr in solch weiten Räumen tätig sein zu können. Die Nachrufe im Geologischen Jahrbuch zeigen insgesamt eine große Breite der Weltanschauung – sowohl der Autoren als auch, meist korrespondierend, der dargestellten Geologen –, die von Gegnern des Nationalsozialismus bis zu dessen entschiedenen Befürwortern reicht. Beides wird manchmal recht offen angesprochen. Politische Überzeugungen und Taten haben auch keinen erkennbaren Einfluss auf die Darstellung der beiden wichtigsten Tugenden der ehemaligen Mitarbeiter des RfB: Das Ethos, nach der Wahrheit zu streben und so der Wissenschaft zu dienen, sowie die Pflicht, dem Staat, der Nation oder dem Volk zu dienen, wo immer diese Pflicht auch hinführen möge. Das Spannungsfeld der Ressortforschung, wissenschaftliche Forschung und staatliche Anwendung, drückte sich demnach in den Nachrufen aus.

Oft wird von den Verlusten durch den Krieg gesprochen, der als Schicksal geschildert wurde: „Und dann kam der Krieg. Er hat jedem von uns mehr oder wenige tiefe Wunden geschlagen“.⁷⁰⁶ Verluste von Ehepartnerinnen, Kindern, Arbeitsmöglichkeit und Wohnung sind wiederkehrende Topoi der Nachrufe. Meist aber spielen Nationalsozialismus und selbst der Krieg keine Rolle, tiefgreifende Veränderungen wären erst nach 1945 mit Bezug auf die SBZ/ DDR eingetreten.⁷⁰⁷ Bedauernd wird allenfalls erwähnt, dass im Krieg aus Geheimhaltungsgründen wenig publiziert werden konnte⁷⁰⁸, oder auch ohne genauer auf die Gründe dafür einzugehen⁷⁰⁹, dass die jeweilige Tätigkeit als Wehrgeologe durchgeführt wurde und damit von der Wehrmacht verantwortet war.⁷¹⁰ Strafverfolgung nach Kriegsende wird als Unrecht bezeichnet, ohne dass Hinweise auf Stellung und Handlungen während des Krieges gegeben werden, die diese Strafverfolgung in Gang gesetzt

705 Closs, Nachruf Barsch (1950), S. XXXIV.

706 Niedermayer, Nachruf Emil Koch (1961), S. XVIII, über den Verlust des Hamburger Bohrchivs.

707 So zum Beispiel in Potonié, Nachruf Walther Gothan (1955), S. XXVIII.

708 So Dienemann, Nachruf Wilhelm Haack (1952), S. LXVI.

709 So im Fall Georg Berge, von Gaertner, Nachruf Georg Berg (1955), S. XLVIII.

710 So im Fall Alfred Seiferts, siehe Häntzschel, Nachruf Alfred Seifert (1954), S. XXX.

hatten.⁷¹¹ Peter Cramer (NSDAP 1937, SA 1933)⁷¹² würdigt 1952 den Einsatz des Münchener Geologen Eduard Hartmann⁷¹³ 1942–43 für die

711 So im Fall von Hans Peter Cornelius, der als NSDAP Vertrauensmann in der RfB-Zweigstelle Wien tätig gewesen war. Kühn, Cornelius (1952), S. 252. Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

712 Zu Cramer (geb. 1910, Sohn von Rudolf Cramer, 1930 Abitur, Studium der Geologie Universitäten Berlin und Innsbruck, 1936 PGLA, 1937 Promotion und Assistent bei Alfred Bentz am Institut für Erdölforschung TH Hannover, 1938 Erdölgeologe Preussag, 1939 Wissenschaftlicher Angestellter Erdölabteilung RfB Berlin, 1941–1944 von RfB zur Geologischen Abteilung der Kontinentale Öl AG Rumänien abgestellt, 1942 apl. Bezirksgeologe RfB Berlin, 1944 bis April 1945 in der Slowakei, Dezember 1945 bis Januar 1947 Amt für Bodenforschung Hannover, 1947 kurze Anstellung bei der Geologischen Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt München, Ende 1948 endgültige Anstellung am Bayerischen Geologischen Landesamt, Abteilungsleiter Geowissenschaftliche Grundlage, Publikationen, 1970 Regierungsdirektor, 1975 Ruhestand, 2003 gestorben – NSDAP 1937, zudem SA 1933) vgl. BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/22690838, NSDAP-Gaukartei, Kasten 2269, Kasten 838; BArch Berlin, R 9361-VIII Kartei/5350821, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 535, Karte 821; Berichte RfB, Zweigstelle Wien, 1942, S. 99, Peter Cramer (Göttingen) an Alfred Bentz, 6.6.1946, BGR Archiv Hannover, Nr. 134121, unp.; Streit, Nachruf Cramer (2006), S. 197–200.

713 Zu Hartmann (geb. 1887, 1906 Abitur, 1906–1912 Studium Universität München, 1912 Promotion München, 1912–1913 Assistent-Geologe bei Prof. Dr. C. Schmidt in Basel, 1913–1915 Ölgeologe bei der Niederländische Koloniale Dordtsche Petroleum-Maatschappij in Holländisch-Indien (Java, Borneo), 1915–1921 Geologe im Dienst der holländischen Kolonialverwaltung (geologisch Mynbouwkundige Dienst) (Sumatra, Java, Neuguinea), 1921–1929 Geologe bei den Bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerken in München (Außendienst), 1930 Geologe bei der Geologischen Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt (probeweise), 1931 Etatmäßige Anstellung als Regierungsgeologe Geologische Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, 1942–1943 Einheitsführer bei der ‚Organisation Todt‘ (OT) in Norwegen, 1943 für Einsatz in Südnorwegen zur Untersuchung kriegswirtschaftlich wichtiger Lagerstätten vorgesehen, nach 1945 Geologische Landesuntersuchung am Oberbergamt München, 1947 Regierungsrat, gest. 1951 – Mitglied NSV, RDB, RKB, NSFK (FM) vgl. Geologische Landesuntersuchung München an Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (München) betr. Beförderung der Bezirksgeologen Dr. Gustav Abele und Dr. Eduard Hartmann, BayHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 399, unp.; Personalbogen betr. Eduard Hartmann, ohne Datum, BayHStA, Geologisches Landesamt Nr. 407, Bl. 1; Personalnachweis betr. Hartmann, ohne Datum, ebd., unp.; von Hartmann ausgefüllter Personalbogen, 12.9.1941, ebd., unp.; Cramer, Nachruf auf Eduard Hartmann (1951), S. 171–175.

Organisation Todt in Norwegen, die mit dem Einsatz von Zwangs- und Sklavenarbeit einherging⁷¹⁴, mit keinem Wort.⁷¹⁵ Das Verschweigen von Kriegstätigkeiten ist dabei nicht auf die 1950er oder 1960er Jahre beschränkt. Noch zu Beginn der 2000er Jahre würdigte Reinhard Streit in seinem Nachruf auf Peter Cramer, der 1942 bis 1945 gemeinsam mit Karl Krejci-Graf in Rumänien die Erdölversorgung der Kriegsführung sicherte, diese Tätigkeit wiederum mit keinem Wort, ebenso wenig, wie die politische Haltung Cramers, der NSDAP- und SA-Mitglied war, Erwähnung findet.⁷¹⁶ 1969 begnügte sich Siegmund Prey mit dem Verweis auf eine „Zeit explosiver politischer Entwicklungen“, um die Absetzung des letzten Präsidenten der Österreichischen Geologischen Bundesanstalt, Gustav Götzing⁷¹⁷, im Jahr 1938 zu erklären, ohne weiter auf die Hintergründe einzugehen.⁷¹⁸ Auch die Tätigkeit des Münchener Geologen Albert Grader (NSDAP 1937)⁷¹⁹ in der besetzten Ukraine

714 Vgl. Gogl, Foundations (2020).

715 Cramer, Nachruf Hartmann (1952).

716 Streit, Nachruf Cramer (2006).

717 Zu Götzing (geb. 1880, Abitur, Studium Geographie und Geologie Universität Wien, 1903 Assistent Geographisches Institut Universität Wien, 1905 Promotion und Volontär an der k.u.k. Geologischen Reichsanstalt Wien, 1912 Festanstellung, 1932 Bergrat, 1936 Professor, Mitgründer der International Union for Quaternary Research (INQUA), 1932 bis 1951 deren Präsident, 1938 Direktor Geologische Bundesanstalt Wien, nach ‚Anschluss‘ Österreichs zum Rücktritt gezwungen und zum Chefgeologen degradiert, um 1940 Regierungsgeologe RfB-Zweigstelle Wien, nach dem II. WK wieder Direktor in Wien, 1950 Ruhestand, gest. 1969) vgl. Prey, Nachruf Götzing (1969), S. 171–174.

718 Ebd., S. 171f.

719 Zu Grader (1898, 1916–1918 Teilnahme am Ersten Weltkrieg (Verwundung), 1919 Freikorps, 1919 Nachkriegskurs (Abitur), 1919–1927 Studium der Chemie und Landwirtschaft Universität Würzburg und TH München, 1927 Staatsexamen, Diplom-Landwirt, Staatsprüfung für den höheren landwirtschaftlichen Dienst, 1925–1926 Zentralgenossenschaft Regensburg, 1926–1930 Landwirtschaftlicher Referendar und Assessor Landwirtschaftsstelle und landwirtschaftliche Buchstelle der Bezirksbauernkammer Abensberg, 1930–1934: Wiss. Hilfsarbeiter Bodenuntersuchungsstelle Weihenstephan, 1934–1938: Landwirtschaftlicher Amtssachverständiger Oberfinanzämter Nürnberg und München, 1938 Wirtschaftsberater Landesbauernschaft Bayern in München, 1938–1940: Landwirtschaftlicher Fachvermittler im Hauptarbeitsamt München, Juli 1940 wiss. Angestellter RfB Zweigstelle München, 1943 Bezirksgeologe, 1943 Promotion TH München, 1945–1948 Teilnahme an Bodenschätzungskartierung in Bayern im Auftrag der

wird in dessen Nachruf nicht erwähnt, wogegen Graders Sicherung der Münchener Bibliotheks- und Kartenbestände während der alliierten Bombenangriffe als opferbereite, sogar lebensgefährliche Pflichterfüllung in den Vordergrund gestellt wird:

„In nie verhoffendem, nimmermüdem Einsatz seiner Person hat er nach jeder Zerstörung häufig auch mit der Schaufel beispielgebend in entscheidender Weise zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des damaligen Reichsamtes für Bodenforschung, Zweigstelle München, (...) beigetragen.“⁷²⁰

Andere Nachrufe weben ein Kontinuum, das die Auswirkungen des Krieges bzw. die aktive Rolle der Geologen bei staatlichen Aufgaben in eine neutrale Perspektive stellt. Das durch das nationalsozialistische Regime betriebene Unrecht wird dadurch unkenntlich gemacht, wie beim Münchener Bodenkundler Albert Hock (NSDAP 1933), der in den 1930er Jahren eine aktive Rolle bei der Bodenschätzung des Deutschen Reiches spielte, die im Nachruf als in der Bundesrepublik umstandslos fortgesetzte Tätigkeit geschildert wird, verbunden durch seine kommissarische Leitung der Münchener Zweigstelle des RfB 1944 und 1945.⁷²¹ Auch im Nachruf auf den ebenfalls in München tätigen Josef Knauer (NSDAP 1937)⁷²² werden die Unstimmigkeiten zwischen

US-Militärregierung, gest. 1954 – NSDAP 1937, SA FM 1931–1937, zudem NSV, RDB) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des wissenschaftlichen Angestellten Grader zum Bezirksgeologen, 26.11.1942, BArch, R 2, Nr. 21365, unpag.; von Grader ausgefülltes Formular zur Parteistatistischen Erhebung 1939, 1.7.1939, BArch Berlin, R 9361-II. Nr. 312110, unpag.; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/11611048, NSDAP-Gaukartei, Kasten 1161, Karte 1048; Berichte RfB, Zweigstelle Wien (1943) S. 48; von Grader ausgefüllter Fragebogen mit anliegendem Lebenslauf, 20.6.1942, BayHStA, Geologisches Landesamt 406, unpag.; Vogel, Nachruf Grader (1956), S. XV–XVII.

720 Ebd., S. XVI.

721 Kohl, Nachruf Hock (1970).

722 Zu Knauer (geb. 1880, 1899 Abitur, 1899–1906 Studium der Rechts-, später der Naturwissenschaften Universität München, 1906 Promotion, 1906–1919 Wiss. Assistent Geologisch-Paläontologisches Institut Universität München, 1915–1918 Teilnahme am I. WK, 1919 Assessor Geognostische Untersuchung Oberbergamt München, 1920 Regierungsgeologe, 1923 Habilitation TH München, 1924 a. o. Professor TH München, 1926 Landesgeologe, 1930 Regierungsgeologe, 1932 Professor, 1939 Bezirksgeologe RfB-Zweigstelle München, 1943 Regierungsgeologe, nach II. WK 1945 entlassen, 1947 Ernennung zum Regierungsgeologen und gleichzeitige Pensionierung,

der Zweigstelle in München und der Zentrale des RfB in Berlin nur angedeutet; gleichzeitig wird zwar das für Knauer negativ ausgehende Entnazifizierungsverfahren als Unrecht (und als für Knauer existenzgefährdend) beschrieben, aber auf dessen Gründe (zum Beispiel die NSDAP-Mitgliedschaft Knauers) wird nicht eingegangen.⁷²³

Alfred Bentz selbst hat nur zwei Nachrufe verfasst, 1944 auf seinen unmittelbaren Mitarbeiter in der Hannoveraner Erdölabteilung, Leonhard Riedel (NSDAP 1937, SA)⁷²⁴, der im Dienst tödlich verunglückt war, sowie 1948 auf den Erdölgeologen August Moos, der kurz vor Kriegsende im KZ Buchenwald ermordet wurde.⁷²⁵ Dieser Nekrolog ist unter den Geologen-Nachrufen einzigartig, da Bentz die Verbrechen in einer Deutlichkeit anspricht, die 1948 sehr ungewöhnlich war. Moos und Bentz kannten sich wohl aus ihrer gemeinsamen Tübinger Studienzeit und hatten auch im nordwestdeutschen Erdölgebiet engen Kontakt, da Moos bei der Preussag AG für die Aufschlussbohrungen zuständig war. In seinem sehr persönlich gehaltenen Nachruf schildert Bentz die Emigration seines jüdischen Kollegen nach Jugoslawien, wo er zunächst weiter für die Erdölindustrie tätig sein konnte, bevor er

„[a]m 26. Juli 1944 (...) gemeinsam mit seiner gesamten Familie von der SS plötzlich verhaftet und in einem dreiwöchigen Transport durch neun Gefängnisse und durch das SS-Zuchthaus in Prag in

gest. 1966 – 1937 NSDAP, aus Stahlhelm in SA überführt bis 1935, zudem NSV, RKB) vgl. Personalsachverhalt betr. Knauer, 13.4.1940, BAyHStA, Geologisches Landesamt, Nr. 413, unp.; Entwurf eines Schreibens des Oberbergamtes München an Bayerisches Geologisches Landesamt (München), 12.9.1947, ebd., unp.; Ganss, Nachruf Knauer (1970), S. 18–29.

723 Ebd.

724 Zu Riedel (geb. 1906, 1924 Abitur, 1924–1930 Studium des Bergfaches und der Naturwissenschaften Bergakademie Clausthal, TH und Universität Berlin, 1930 Promotion, 1930–1933 Assistent Bergschule Essen, 1933 Geologe auf Probe PGLA, 1934 apl. Geologe PGLA, 1934 Mitarbeiter Zweigstelle Hannover des Instituts für Erdölgeologie, 1940 Bezirksgeologe, 1943 Leiter RfB-Arbeitsstelle Bentheim, 1944 Tod infolge eines Autounfalls, Blutvergiftung – NSDAP 1937, zudem SA, NSV, RDB, NSBDT) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des außerplanmäßigen Geologen Dr. Riedel zum Bezirksgeologen, 30.4.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 377; BArch Berlin, R 9361-IX Kartei/34831100, NSDAP-Gaukartei, Kasten 3483, Karte 1100; Berichte RfB, Zweigstelle Wien, 1944, S. 56; Hoffmann, Nachruf Riedel (1957), S. XI–XVIII.

725 Vgl. Kölbl-Ebert, German Geology (2017), S. 74 f.

das Konzentrationslager Belsen bei Celle verschleppt [wurde]. Als Grund für seine Verhaftung wurde ihm nur angegeben, er solle bei kriegswichtigen Aufgaben in seinem Beruf eingesetzt werden. Nachdem seine betagte Mutter im Oktober 1944 in dem Schreckenslager verhungert war, wurde er (...) in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar übergeführt. Dort wurde er auf noch unbekannte Weise ermordet – nach mündlicher Aussage der SS am 7. Januar 1945, nach Angabe der später ausgehändigten Sterbeurkunde am 30. Dezember 1944.“⁷²⁶

Bentz erinnert nicht nur durch seine Wortwahl an den Schrecken der KZ, er macht auch auf anderen Ebenen deutlich, wie räumlich und sozial nah ihm der ermordete Kollege gewesen war: Bergen-Belsen liegt nah am Hannoveraner Standort seiner Erdöl-Abteilung, und die mündliche Auskunft der SS kam vermutlich auf direktes Erkundigen Bentz' vor Kriegsende zustande, auch wenn darüber keine Überlieferung bekannt ist. Im Nachruf sucht Bentz, die Würde Moos' als Mensch und als Wissenschaftler hervorzuheben und nach den Menschenrechtsverletzungen gegen ihn und dessen Familie quasi wiederherzustellen:

„Das entsetzliche Schicksal, das gerade diesen hervorragenden Kollegen und Menschen traf, wird von allen, die das Glück hatten, ihn näher kennen zu lernen, auf das Tiefste bedauert. Angesichts dieser Tragödie fragt man sich erschüttert, wie es möglich war, daß ein Mensch, der nur seiner Wissenschaft und seinem Beruf lebte, der politisch in keiner Weise hervortrat, und der bewiesen hat, daß er sein deutsches Vaterland liebte, dem politischen Massenwahn und sinnloser Verhetzung zum Opfer fiel.“⁷²⁷

Bentz war es wichtig, nicht nur die Würde, sondern auch die Unschuld von August Moos zu betonen. Nichts, aber auch gar nichts, hatte Grund zu Verfolgung und Mord an ihm gegeben, womit Bentz vermutlich den rassistischen und antisemitischen „Argumenten“ entgegentreten wollte, wonach es die „jüdische Weltverschwörung“ gewesen war, gegen die die Nazis vorzugehen vorgaben. Dass diese Bemerkung noch 1948 im Kreis der Geologen nötig war, spricht Bände über die Nachkriegszeit.

726 Bentz, Moos (1948), S. 55.

727 Ebd. S. 56.

Bentz hatte nicht nur Worte für seinen toten Kollegen. Dessen Witwe Beata Moos war bis 1967 in der BfB in Hannover als Bibliothekarin beschäftigt (s. o., Kap. 3.4).

Schon sehr früh setzte dagegen die Legendenbildung ein, die die deutschen staatlichen Geologen in ein möglichst positives Licht rücken sollte, sprechender Weise zuerst aus alliierter Sicht. Dafür war hauptsächlich Major Albert Everard Gunther verantwortlich, der die Erdölförderung in der Britischen Zone am Laufen halten wollte und dazu deutsche Fachleute brauchte. Für seine Arbeiten konnte sich Gunther auf das von Bentz und dessen Kollegen gesammelte und nach Hannover bzw. Celle verbrachte Material sowie auf die Geologen selbst verlassen.⁷²⁸ Gunther verfasste eine umfassende Reihe von BIOS-Reports über die deutsche Öl-Wirtschaft und Erdölgeologie in der NS-Zeit sowie einen umfangreichen Bericht, der in der renommierten „Petroleum Times“ erschien (und der von Bentz auch für die Entlastung Kepplers vorgelegt wurde, s.o.).⁷²⁹ So trug Gunther dazu bei, die deutschen Wissenschaftler zu entlasten, denn er konstruierte einen Gegensatz zwischen der NSDAP auf der einen und den Fachleuten auf der anderen Seite. Für erstere stand das Reichswirtschaftsministerium (RWM), das entgegen der von den Fachleuten geäußerten Bedenken im September 1939 einen schonungslosen Raubbau an den heimischen Erdölfeldern befohlen habe.⁷³⁰

Gunthers Rolle für die Etablierung eines neuen nationalstaatlichen geologischen Dienstes kann gar nicht überschätzt werden. Er war die entscheidende Figur dabei, den deutschen Erdölgeologen in Celle einen übergangslosen Neuanfang zu ermöglichen, wobei er sich seines Glücks vermutlich durchaus bewusst war, auf die Gruppe deutscher Experten um Bentz gestoßen zu sein, die auf dem Erdölgebiet das darstellten, was Werner Heisenberg und Otto Hahn auf dem Gebiet der Kernforschung, oder Wernher von Braun und seine Peenemünder

728 Vgl. Seibold/Seibold, Alfred Bentz (2002), S. 1087.

729 Zum British Intelligence Objectives Sub-Committee (BIOS), auf dass allein über 1.800 Berichte („Final Reports“) zurückgehen, siehe Maier, Wehrhaftmachung (2002), S. 23. Zu den Berichten Gunthers siehe Gunther, Oil Fields Investigation (1946). Eine deutsche Übersetzung des 1947/48 in 15 Teilkapiteln in der Petroleum Times erschienenen Berichts von Gunther findet sich in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874. Vgl. Flachowsky, Kampf (2026).

730 Siehe Gunther, Albert Everard: Kap. I: Die Norddeutsche Industrie: Kampf zwischen Partei und Fachleuten, in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874.

Ingenieure für die Raketenentwicklung waren. Die Physiker und Chemiker bildeten, gelenkt von einem anderen britischen Offizier, Colonel Bertie K. Blount, in Göttingen den Nukleus der Max-Planck-Gesellschaft als Nachfolgerin der abzuwickelnden Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.⁷³¹ Gunther stellte aber mehr als nur politische Ressourcen für die Wiedereinrichtung eines geologischen Dienstes im unzerstörten Celle und später in Hannover bereit, der sich bald auf die gesamte britische Zone ausdehnte. Mit seiner 1947–48 in mehreren Folgen in der *Petroleum Times* erschienenen Artikel-Serie „Der deutsche Krieg um Erdöl in Europa, 1934–1945“ lieferte er nicht nur „geschichtliche Enthüllungen“, wie der Untertitel versprach. Er verfasste die Blaupause für die Errichtung der späteren Bundesanstalt für Bodenforschung, wobei er das Reichsamt als Modell (auch für die britische Seite) sah, und sicher Bentz als Informant eine wesentliche Rolle bei der Abfassung spielte. 1947 gab es für die Modellfunktion des alten RfB allerdings ein großes Hindernis: Die Beteiligung der staatlichen Geologen an der Besetzung fast ganz Europas und am Raubbau an dessen Ressourcen. Sie davon freizusprechen, gleichzeitig aber ihre Kompetenz und zentrale Funktion für die deutsche Kriegsführung zu betonen, war die Meisterleistung Gunthers als Berichterstatter.

Die „Großtat“⁷³² der Deutschen, wie es Gunther nannte, bestand dabei vor allem darin, in nur wenigen Jahren aus einem (v. a. im Gegensatz zur Stahl- und Chemieindustrie) im Deutschen Reich relativ bedeutungslosen Industriezweig eine ganz Europa dominierende Branche zu machen. Wie konnte dies gelingen? Gleich zu Beginn identifizierte Gunther die wichtigste Ingredienz als „die Annahme des Prinzips einer zentralen Geologischen Anstalt (...), die 1939 errichtet wurde, mit wesentlichem Einfluß auf die Entwicklung der Industrie“.⁷³³ Der „wissenschaftliche und technische Fortschritt“ hing „vom Vorhandensein einer solchen Behörde“ ab, die auch die entscheidende Funktion in der Kommunikation und Organisation wahrnahm, indem sie ein „Forum für zwischen-gesellschaftliche Diskussion und für den Austausch

731 Renn, Reinhardt, Kocka, *Die Max-Planck-Gesellschaft* (2024), S. 33–63.

732 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. XVI, Die letzte Phase: Die Schlacht um Nordwestdeutschland, in: *The Petroleum Times*, London, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 4.

733 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. I, Die Norddeutsche Industrie: Kampf zwischen Partei und Fachleuten, in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 3.

wissenschaftlicher Tatsachen und Meinungen“ schuf. Dies galt Gunther als „äußerst wichtiger Beitrag, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa“.⁷³⁴ Die Erkenntnis, dass eine funktionierende nationale Organisation der Schlüssel für die schnelle Ausdehnung auf ganz Europa war, bildete einen zentralen Baustein in Gunthers Argumentation. Es war die zentrale Organisation, die den entscheidenden Erfolgsfaktor bildete, und selbst die Nationalsozialisten spielten in Gunthers Narrativ zumindest einmal eine wichtige, positive Rolle: Sie ebneten 1939 den Weg zu einem Reichsamt, indem sie den Widerstand der Länder zu überwinden halfen: „Die politische Atmosphäre des Nationalsozialismus erleichterte radikale Änderungen, und die Bewegung sorgte für Männer, die nicht zu sehr in Traditionen wurzelten, um sie verwirklichen zu können.“⁷³⁵ Ausgerechnet Wilhelm Keppler war ein solcher Mann, indem er die Voraussetzung dafür schuf, durch die „die am höchsten entwickelte europäische Geologische Landesanstalt ins Leben trat.“ Und mehr noch: „Nur die Stellung, die das Reichsamt unter ihm zu anderen Staatsbehörden einnahm, setzte es während des Krieges zu den erzielten Erfolgen in stand.“⁷³⁶

Kepplers Einfluss wäre der Aufstieg des RfB zu verdanken, und Keppler wurde so auch zum Sündenbock für die politischen Belastungen, die damit einhergingen. In farbigen Worten schildert Gunther Keppler als den „Parteinuntius“, „dessen Sendung im Leben durch eine glühende Partei hingabe verstärkt wurde“. Ohne Kepplers Rückhalt gab es keine Durchsetzungskraft, denn er verlieh „den Befugnissen, die an Untergeordnete vergeben worden waren, die volle Gewalt der parteilichen Macht, (...), ob sie nun Industrieangestellte, Beamte oder Wissenschaftler waren“.⁷³⁷ Gunther weiter:

„So wurden die technischen Triebfedern dieser Industrie in Spannung gehalten. Auf der wissenschaftlichen Seite versah das Reichsamt eher einen geologischen Dienst als eine Geologische Landesaufnahme.

734 Ebd.

735 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. III, Deutsche geologische Organisation in Europa 1939–1945, in: *The Petroleum Times*, London, 22.11.1947, S. 1147–1152, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 3.

736 Ebd.

737 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. XVI, Die letzte Phase: Die Schlacht um Nordwestdeutschland, in: *The Petroleum Times*, London, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 6.

(...) Ihm wurde, unterstützt durch Keppler's Einfluß im Auswärtigen Amt, die Macht gegeben, eine Rolle im Ausland zu spielen.“⁷³⁸

Dagegen wurden die Befugnisse, die Bentz direkt als „Beauftragter für die Förderung der Erdölgewinnung“ im Vierjahresplan zur Verfügung standen, ohne Nennung dessen Namens erwähnt, wobei Gunther deutlich machte, dass er „durch die Autorität Görings gedeckt“ war, ihm auch „alle Informationen der Industrie unmittelbar zur Verfügung“ standen und er „eingesetzte Regierungsorgane, wie das Reichswirtschaftsministerium und die Bergbehörde umgehen“ konnte.⁷³⁹

Den Fachleuten, vor allem Bentz, war dabei nichts vorzuwerfen: „Der Fehlschlag des deutschen Erdölkrieges hatte seine Ursachen in den Irrtümern der politischen Strategie der Nazis, aber nicht ursprünglich im Versagen der Technik oder der Organisation“.⁷⁴⁰ Die Wissenschaftler selbst dagegen waren, so Gunther, allenfalls dafür verantwortlich, dass sie die nationalsozialistische Prämisse der Autarkie anerkannten. Ansonsten taten sie ihre Pflicht, die in einem modernen Staatswesen – was der NS-Staat für Gunther ausdrücklich war – unumgänglich der Wissenschaft oblag: „Die Partei schirrte die Wissenschaft vor ihren Wagen. Die Geologie wurde in die Dienste der Autarkie gepreßt. Die Forschung wurde mit der Wirtschaft verbunden und weitgehendste Verwendung von physikalischen und chemischen Fortschritten gemacht.“ Dabei war es nicht ein Faktor allein, der den Erfolg brachte, sondern die kombinierte Anwendung „juristischer, finanzieller oder wissenschaftlicher Art“. Es war unerheblich, ob der Nationalsozialismus als Ideologie die Priorität hatte, denn Gunther war überzeugt, dass die Technik letzten Endes die führende Rolle in einer modernen Gesellschaft einnehmen musste:

„Ob man nun diese Entwicklung als den vorgefaßten Plan einer Partei, eine Nation in einen Eroberungskrieg zu treiben ansieht

738 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. XVI, Die letzte Phase: Die Schlacht um Nordwestdeutschland, in: *The Petroleum Times*, London, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 6.

739 Gunther, „Der deutsche Krieg um Erdöl 1934–1945“, Kap. IV, Mobilmachungspläne, in: *The Petroleum Times*, London, 20.12.1947, S. 1272–1274, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 2.

740 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. XVI, Die letzte Phase: Die Schlacht um Nordwestdeutschland, in: *The Petroleum Times*, London, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 4.

oder nicht, macht keinen Unterschied für die grundsätzliche These, daß ein moderner Staat seine Struktur umstellen muß, wenn die Anwendung der Technik nicht behindert werden soll.“

Dies war kein Widerspruch zu der kurz zuvor von Gunther aufgestellten These, dass die Partei die Wissenschaft „vor ihren Wagen“ spannte. Denn

„[d]ie Nazis hatten ihren Drang nach industrieller Macht in den Rahmen einer gesunden, soliden Behördentradition gestellt. (...) Das Fundament war also insofern unpolitisch (außer daß es an die Wirtschaftspolitik der Autarkie gefesselt war), als es der Technik eine moderne Gesetzgebung und die Zusicherung finanzieller Unterstützung verlieh.“⁷⁴¹

Dies funktionierte solange, bis die „Partei sich in die technische Betriebsführung einmischte oder auf einer grandiosen Organisation bestand,“ erst danach „kann man ein Versagen feststellen“.⁷⁴² Bis dahin hatte das RfB bewiesen, „daß die Stärke des deutschen technischen Fortschritts mehr in der Anwendung als in der Erfindung lag.“⁷⁴³ Dies fand alles vor dem politischen Hintergrund der angestrebten dauernden Beherrschung Europas statt.

„Es war typisch für die deutsche Gründlichkeit, daß sie den technischen Dienst, von dem all dieses abhing, nicht vernachlässigte. Für die Exploration der Ölbecken Europas, ob auf dem Balkan, in Polen, der Ukraine oder in Westeuropa, bildete die wissenschaftliche Arbeit der Deutschen die Grundlage für eine langfristige Entwicklung.“⁷⁴⁴

Die deutschen Wissenschaftler taten allerdings sogar noch mehr als ihre Pflicht, als die Parteiführung 1942 befahl, Raubbau an den Ressourcen zu treiben, bzw. 1945 angeblich sogar befahl, sie zu zerstören.

741 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. XVI, Die letzte Phase: Die Schlacht um Nordwestdeutschland, in: *The Petroleum Times*, London, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 4.

742 Ebd.

743 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. XVI, Die letzte Phase: Die Schlacht um Nordwestdeutschland, in: *The Petroleum Times*, London, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 6.

744 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. XVI, Die letzte Phase: Die Schlacht um Nordwestdeutschland, in: *The Petroleum Times*, London, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 10.

Dies sei, so die Redaktion der Petroleum Times, durch „die schwelende Opposition der Fachleute gegen die Partei, die nach 1942 an Stärke zunahm“ verhindert worden. Es sei genau diese Opposition der Experten gewesen, die „Hitlers persönliche Befehle“ nicht ausführten, wonach die Ölfelder und die betreffenden Unterlagen vernichtet werden sollten. So gelang es, sicherzustellen, „daß die Oelfelder in dem Augenblick bereit zur Wiederaufnahme der Produktion waren, als die Woge der alliierten Heere sie überrollt hatte“.⁷⁴⁵ Bentz selbst wird in den Artikeln Gunthers nur dann prominent namentlich genannt, wenn ihn dies zu entlasten hilft. So hätte er in der Ölkrise des Jahres 1942 es sogar gewagt, Hitler selbst zu widersprechen:

„Gegen das Ende von 1942, als Oesterreich sich als letzte Hoffnung in den Oelplänen der Nazis herausstellte, erhielt Dr. Bentz von einem Adjutanten von Hitler den Befehl, einen Bericht über die Vorkommen von Gas in der Umgebung von Wels in Oberoesterreich zu erstatten. Es scheint, daß Hitler, der von seiner Jugend her wußte, daß die Stadt Wels mit Naturgas versorgt war, daraus die Folgerung zog, daß Oel damit verknüpft sein müsse. Das Gutachten von Dr. Bentz verneinte die Aussichten des Prospekts (...); aber die Erwiderung vom Führer-Hauptquartier besagte, daß Hitler diese Schlußfolgerungen nicht annehme und (...) befehle, sofort Bohrungen auszuführen.“⁷⁴⁶

Dies führte, nach Bentz, zu unnötigen Ausgaben und Verschwendung von Material und Zeit. Gunthers Bericht war als Kriegs-Epos verfasst, ließ aber auch ein kritisches Kapitel für die deutsche Industrie nicht aus: Die Beschäftigung von Zwangs- und Sklavenarbeitern. Hier blieb Gunther mehr als zurückhaltend, was die Verantwortung der deutschen Seite angeht, beschrieb zwar den Umfang der Arbeit, nannte allerdings keine Details, und war, ohne Hintergründe und Belege zu nennen, der Meinung, die Zwangsarbeiter seien „nicht schlecht“ behandelt worden. Dagegen benennt er recht ausführlich „Exzesse“ nach der Befreiung,

745 Vorbemerkung der Schriftleitung zu Gunther, „Der deutsche Krieg um Erdöl 1934–1945“, in: The Petroleum Times, London, 8.11.1947, S. 1095–1099, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 1.

746 Gunther, Der deutsche Krieg, Kap. III, Die deutsche Struktur der europäischen Erdöl-Industrie, in: The Petroleum Times, London, 6.12.1947, S. 1211–1215, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 12.

bei denen es zu Übergriffen der Befreiten gegenüber ihren vormaligen „Arbeitgebern“ kam.⁷⁴⁷ Gunthers Sichtweise bildete fortan den Angelpunkt einer Erinnerungspolitik, die die Staatsgeologen als kompetent, unabhkömmlich, schuldlos und widerständig zeichnete. Und doch blieb selbst in der wohlmeinenden Schilderung des neuen britischen Freundes ein Makel bestehen. Wie hatte es geschehen können, dass sie „ohne Vorbehalt und ohne Zögern die politischen Träume einer Gruppe von Gangstern auszuführen“ versuchten?⁷⁴⁸

Diese entscheidende Frage bleibt in der Schilderung Gunthers ungeklärt. Während die ersten Artikel erschienen, Ende 1947, hatte er Deutschland bereits verlassen, das Land, das, wie er sich fast 40 Jahre später in einem Brief an den Biographen und Kollegen von Bentz, Wolfgang Schott (NSDAP 1933)⁷⁴⁹, erinnerte, „fulfilled one of my ambitions

747 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. XVI, Die letzte Phase: Die Schlacht um Nordwestdeutschland, in: *The Petroleum Times*, London, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 2 f.

748 Gunther, *Der deutsche Krieg*, Kap. XVI, Die letzte Phase: Die Schlacht um Nordwestdeutschland, in: *The Petroleum Times*, London, dt. Übersetzung in BGR-Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 14. Siehe auch das Kapitel XV, Die Erdölindustrie, die Partei und Großdeutschland, der Artikelserie, in dem Gunther kritisch mit der angeblichen Opposition in der Industrie, auch im Reichsamt, ins Gericht ging: „Glück Auf und Heil Hitler!“ Dt. Übersetzung in BGR Archiv Hannover, Nr. 73874, S. 7.

749 Zu Schott (geb. 1905, 1925 Abitur, 1925–1930 Studium der Geologie in Göttingen, Freiburg, Hamburg und Graz, 1930 Promotion Göttingen, 1930–1934 Assistent Mineralogisch-Geologisches Institut Universität Rostock, 1934 wissenschaftlicher Assistent PGLA, 1936 apl. Geologe, 1936 Habilitation Rostock, 1940 Bezirksgeologe, 1940 Wehrdienst, 1943 in Romny (Ukraine), 1943–1944 Leitung des Geologischen Dienstes der Kontinentale Oel GmbH in Ploesti, 1944 Leiter der Arbeitsstelle Erdölgeologie der RfB in Bentheim, nach dem II. WK AfB in Hannover, 1951 Oberlandesgeologe, 1952–1957 stellvertretender Leiter, 1957 Leiter der Abt. II Erdöl, 1959–1972 Direktor, 1965 bis 1972 Honorarprofessor an der Universität Göttingen, 1972 pensioniert, 1989 gest. – 1933 NSDAP, 1933–1935 SA zudem RDB, NSV, NS-Soldatenbund, NS-Studenten-Kampfhilfe) vgl. Vorschlag des RWM zur Ernennung des apl. Geologen Dr. Schott zum Bezirksgeologen, 30.4.1940, BArch Berlin, R 601, Nr. 2086, Bl. 387 f.; BArch R 9361-VIII Kartei/20930204, NSDAP-Zentralkartei, Kasten 2093, Karte 204; Hochschul-lehrerkartei des RMWEV (Karteikarte betr. Schott), BArch Berlin, R 4901, Nr. 13276, Bl. 8569; von Schott ausgefüllter Personalbogen, BArch Koblenz, ohne Datum, PERS 101, Nr. 40878, unp.; Zusammenfassender Abschlussbericht des Bezirksgeologen Dr. W. Schott vom RfB über seine Tätigkeit

that I should have given the opportunity of working in Germany in an academic atmosphere“.⁷⁵⁰ Er spielte noch einmal eine entscheidende Rolle für Bentz' Leben, als dieser Ende 1949 lebensgefährlich an einer Sepsis erkrankt war, das in Deutschland verfügbare Penicillin nicht wirkte, und ihn Gunther in einer schnellen Notfallaktion mit englischem Penicillin versorgte, auf das er sofort ansprach.⁷⁵¹ In den Erinnerungen Gunthers wird deutlich, wie hoch er den deutschen Geologen als Kollegen schätzte, den er selbst für den britischen Geological Survey hatte abwerben wollen⁷⁵², und der ihn vorbehaltlos in seiner damaligen Tätigkeit als Besatzungsoffizier unterstützt hatte:

„One recollection I have especially of him (and this you will find strange) was his understanding and kindness towards me. Never was there a single difficulty – and there were plenty of difficulties in those days – he put in my way. It was a part of his greatness that he could step down from the positions he had held and place his unquestioned scientific, technical and administrative abilities at the service of which was important.“⁷⁵³

Bentz starb am 11. Juni 1964 auf einer Reise, die ihn, obwohl seit 1962 pensioniert, auf eine Sitzung des Ständigen Rates des Welterdölkongresses

als Leiter des Geologischen Dienstes der Kontinentalen Öl GmbH in Rumänien, 31.7.1944, NAW, RG 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960 - 1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 31, unp.; Lebenslauf Schotts, 28.8.1957, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 40879, Bl. 3–7, Präsident der BfB an Bundesminister für Wirtschaft, 4.2.1969, ebd., Bl. 96–100; Todesanzeige der BGR für Schott, 1989, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 48226, unp.; Pfeiffer, Dokumente (1984), S. 82.

750 Gunther an Schott, 14.8.1984, BGR-Archiv Hannover, Nr. 96598, unp.

751 Gunther an Bentz, 26.2.1949, Bentz an Gunther, 23.3.1949, Gunther an Bentz, 1.4.1949, in UB Freiburg (GAGV), GA Nr. 20198–20200, unp.

752 Gunther an Bender, 22.5.1984 (Eingang), BGR-Archiv Hannover, Nr. 96598, unp.

753 Gunther an Schott, 14.8.1984, ebd., unp. Gunther selbst blieb in Hannover ebenfalls in Erinnerung. Wie Friedrich Bender, der damalige Präsident der BGR, 1984 an ihn schrieb: „Let me assure you that there is still a quite large number of persons here at the Geological Survey and in the oil industry of Lower Saxony who very well remember from the early days of their professional career your significant contribution after the Second World War to the reestablishment of our institutions ... which you can also claim to be your children.“ Bender an Gunther, 12.6.1984, ebd., unp.

in Stratford-on-Avon geführt hatte. Gunther konnte Bentz einen letzten Dienst erweisen, als er und seine britischen Kollegen die in London stattfindende Einäscherung organisierten. Und natürlich war er einen Monat später bei der Trauerfeier in Hannover anwesend.⁷⁵⁴ Bentz' Nachfolger Martini hielt die Trauer-Ansprache, die, obwohl sie im Druck über mehr als sieben Seiten reicht, dennoch weder die Zeit des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg behandelt noch die entscheidende Rolle der britischen Besatzungsmacht für die Neugründung erwähnt. Letzteres wird allein auf Bentz' Führungsrolle zurückgeführt, der nach der „Zerschlagung Deutschlands (...) [m]it fester Hand“ zugriff, „die der Wissenschaft abgekehrten und um ihre tägliche Nahrung arbeitenden Kollegen in allen Teilen unseres Landes (...) neu zur Arbeit auf den Trümmern der früheren Erdölzweigstelle Hannover des Reichsamtes für Bodenforschung“ formierte.⁷⁵⁵ Es war diese von Martini in fast militärischem Ton geschilderte Koordinationsleistung beim Wiederaufbau der geologischen Ressortforschung, die er in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte. Wie er selbst schrieb, galten sie dem „großen Wissenschaftler und großen Führer vieler Institutionen der Geowissenschaften“. Daneben ehrte er einen beispielhaften Menschen und hier, im Zitat seiner eigenen Trauerrede zur Beisetzung auf dem Heidenheimer Friedhof nur wenige Woche vor der Hannoveraner Trauerfeier, taucht das einzige Mal die Zeit und das Thema des Nationalsozialismus auf, wobei sich Martini selbst stellvertretend sah,

„für die hunderte von politisch, volklich, religiös und rassisch Verfolgten, die er während des Dritten Reiches unter größten eigenen Gefahren gerettet oder zu retten versucht hat, für die kleinen Nationalsozialisten, denen er nach dem Kriege die Fortsetzung wissenschaftlicher Arbeit ermöglichte.“⁷⁵⁶

Es ist unklar, worauf sich Martini bei den „hunderten“ Rettungsversuchen Bentz' bezieht, da die historische Forschung bisher nur einige namentlich bekannte Fälle aufzeigen konnte⁷⁵⁷, wogegen Bentz' zahlreiche Schlüsselfunktionen im Dienst des Regimes während des Zweiten Weltkrieges in Martinis Ansprache nicht erwähnt werden.

754 Gunther an Bender, 22.5.1984 (Eingang), ebd., unp.

755 Martini, Ansprache (1965), S. XXIV-XXV.

756 Ebd., S. XXVII.

757 Zu ihnen zählten die bereits erwähnten Maksymilian Fingerchut und Au-

Anders steht dies bei dem in der gleichen Ausgabe des Geologischen Jahrbuchs erschienenen ausführlichen Nachruf auf Alfred Bentz, den Wolfgang Schott, der unter anderem in der besetzten Ukraine und in Rumänien tätig gewesen war, verfasst hatte. Schott benennt Bentz' Ämter und Funktionen, verbreitet aber auch die zentrale These, die seit Gunthers 1947 und 1948 erschienenen Artikeln in der *Petroleum Times* das Nachkriegsnarrativ der deutschen geologischen Forschung prägte: Unpolitische Wissenschaftler hätten Schlimmeres verhindert, wobei das Schlimmere die Erschöpfung der deutschen Erdölressourcen war. Schott schreibt, dass „es ein großes Glück“ war, dass

„in jenen politisch sehr schwierigen Zeiten dieses Amt mit einer politisch völlig ungebundenen wissenschaftlichen Fachkraft besetzt wurde. Mit weitreichenden Befugnissen in dieser verantwortungsvollen Position ausgestattet, hat es Bentz verstanden, in seinem Arbeitsbereich Wissenschaft und Technik von unsachgemäßen politischen Einflüssen freizuhalten. Derjenige, der in jener Zeit mit ihm zusammen oder unter ihm arbeitete, kann ermessen, mit wieviel Geschick Bentz dieses schwierige Amt meisterhaft geführt hat. Dabei ist wenigen bekannt, wie er sich unter eigenen Gefahren für die oft erfolgreiche Rettung von politisch, religiös oder rassistisch verfolgten Kollegen, Freunden und Bekannten eingesetzt hat.“⁷⁵⁸

An dieser zentralen Stelle von Schotts Nachruf kommen alle Topoi des Nachkriegsnarrativs zusammen: Die Sachkenntnis, die trotz unpolitischer Haltung in der Person Bentz' mit Macht ausgestattet war, dadurch „Unsachgemäßes“ nicht zuließ, war verbunden mit mitmenschlichen Handlungen, die im Geheimen stattfinden mussten und auch nach Kriegsende nicht weit verbreitet wurden. Die Diskrepanz zwischen Machtbefugnis und unpolitischer Haltung von Bentz wird nicht aufgeklärt, es werden auch keine Namen zentraler Akteure, wie Keppler oder Rüstungsminister Albert Speer, genannt, die dafür hätten dienen können. Wissen scheint, so Schott, mehr oder weniger umstandslos zu Macht zu führen. Diese Macht, aber nur wenn in der richtigen Hand, verhinderte das sachlich Falsche ebenso wie sie dazu beitrug, das

gust Moos, zudem József Zwierzycki und der technische Geschäftsführer der Fa. Alfred Wirth & Co. KG in Erkelenz, Werner Müller. Vgl. Kölbl-Ebert, *Geology* (2017); Flachowsky, *Kampf* (2026).

758 Schott, Alfred Bentz (1965), S. XXXVI.

moralisch Falsche zu lindern. Dabei benennt Schott sehr klar, worum es Bentz und seinen Kollegen im Krieg gegangen war: „Sicherstellung der Mineralölversorgung von Wehrmacht, Staat und Industrie.“⁷⁵⁹ Doch war es „weitgehend seiner Umsicht zu verdanken, daß bei Kriegsende die deutschen und auch die österreichischen Felder weder erschöpft noch durch zu starke Ölförderung ruiniert waren.“⁷⁶⁰ Bentz hätte also dem Krieg der Nationalsozialisten das Öl vorenthalten, was nach dem Krieg in einer neuen, friedlichen Gesellschaft den Wiederaufbau sichern konnte. Quasi als Leumund werden die Österreicher angeführt, die sich noch 1962 für „seine frühere Tätigkeit bedankten“, ebenso wie ihn die englischen Besatzungsmächte „niemals verhaftet“ hätten, da „ihnen sein politisch einwandfreies Verhalten vor und während des Krieges sowie seine hervorragenden wissenschaftlichen und organisatorischen Fähigkeiten bekannt waren“.⁷⁶¹ Und auch als er für die britische Besatzungsmacht arbeitete, bewies Bentz seine diplomatischen Fähigkeiten, gar Zivilcourage, denn

„[d]ies war keine leichte Aufgabe für ihn, wurden doch von ihm Kontrollmaßnahmen über die gesamte Bohrtätigkeit der Erdölindustrie gefordert, wie er sie selbst vorher niemals verlangt hatte. Bei der ersten sich bietenden Möglichkeit stellte er daher diese Kontrolle ein.“⁷⁶²

Schott schilderte Bentz als unbeugsamen Wissenschaftsmanager, der gegenüber jeder politischen Macht die Wissenschaft, bzw. die Sachnotwendigkeit, über die politischen Fragen stellte. Die Tugend der Amtsperson bestand, neben Energie und Organisationstalent, in dieser Widerstandsfähigkeit gegenüber staatlichen Zumutungen.⁷⁶³ Offenbar sahen die Geologen der BfB, zumindest in den offiziellen Stellungnahmen der Mitte der 1960er Jahre, keinen Grund dafür, dabei grundsätzlich zwischen einem Naziregime im Krieg und einer englischen Besatzungsmacht im Frieden zu unterscheiden. Ob der Autarkie oder dem

759 Ebd.

760 Ebd.

761 Ebd.

762 Ebd.

763 Vgl. auch den Nachruf auf Bentz von Otto Schindewolf, der Bentz als jemanden bezeichnete, „der jede Parteibindung ablehnte, seine große Autorität und Zähigkeit aufbieten (musste), um sich gegenüber mächtigen Parteieinflüssen durchsetzen zu können.“ Schindewolf, Bentz (1965), S. 45.

Wiederaufbau dienend, das Sachnotwendige ließ sich mit wissenschaftlich-technischen Methoden feststellen. Dies schien das einzig Wichtige zu sein, was zu dem Verantwortungsbereich der Amtsperson gehörte.

Nur fünf Jahre nach diesen Nachrufen auf Bentz starb dessen Nachfolger im Amt des Präsidenten der BfB und des NLFb, Hans Joachim Martini, bei einem tragischen Verkehrsunfall. Den Nachruf auf ihn verfasste wiederum sein Nachfolger, Gerhard Richter-Bernburg. Wie Martini (und anders als Bentz) war Richter-Bernburg Doktorand des Patrons der deutschen Geologie der Zwischenkriegs- und Kriegszeit, Hans Stille, gewesen und gehörte zu dessen Kreis von Schülern, „die einander sehr hart kritisierten und mit der scharfen Kritik der Jugend manchen ‚Unwürdigen‘ ausstießen.“ Martini flogen, so Richter-Bernburg, „sofort die Herzen von Lehrer und Kommilitonen“⁷⁶⁴ zu. Bis zu seinem Todestag wusste Martini „Zeit seines Lebens das Glück auf seiner Seite“, und Richter-Bernburg schildert ihn als begeisterten und begnadeten Forscher, dessen rein wissenschaftliche Karriere nur unvollendet blieb, da er „von seiner eigenen und der Zeit-Entwicklung überrollt“ worden war.⁷⁶⁵ Diese Zeitentwicklung war unter anderem der Nationalsozialismus, auch die SS, der sich der 33jährige 1943 anschloss, ohne dass dies im Nachruf erwähnt wird. Die Entsendung 1940 als Leiter der Prager Zweigstelle des RfB, mit der Aufgabe, die Interessen der deutschen Besatzer durchzusetzen, gilt Richter-Bernburg noch 1970 als Bewährungsprobe, ohne negative Konnotation: „Dann sollte er Gelegenheit bekommen, auch sein diplomatisches Geschick zu beweisen. Martini wurde nach Prag geschickt, wo er den Geologischen Landesdienst der Tschechoslowakei ‚gleichschalten‘ sollte.“⁷⁶⁶ Und wie viele andere nach ihm sah auch Richter-Bernburg die Bedingung, diese Tätigkeit beurteilen zu können, in der Zeitgenossenschaft: „Nur für unsere Altersgenossen oder Ältere ist die Schwierigkeit dieser Aufgabe heute noch begreiflich.“⁷⁶⁷ Und so war es Richter-Bernburg vorbehalten, den Lebensweg Martinis zu bewerten. Für den damaligen Vizepräsidenten und späteren Präsidenten der BfB lag die Tugend Martinis, neben der Weisheit und Wissenschaftsliebe („das heilige Feuer der Begeisterung für die Geologie“) vor allem in dessen Fähigkeit, große Forschungsvorhaben zu koordinieren:

764 Richter-Bernburg, Hans Joachim Martini (1970), S. XIII.

765 Ebd.

766 Ebd., S. XIV.

767 Ebd.

„Die Wissenschaft verlangt auch führende Persönlichkeiten, die den Willen zum gemeinsamen Forschungsziel vorbehaltlos praktizieren.“⁷⁶⁸

Für die Leiter der geologischen Ämter gab es, so in den Erinnerungen an ihre Persönlichkeit, zwei Tugenden, die Amt und Person vereinten. Zunächst die Tugend der wissenschaftlichen Weisheit, die es zu bewahren und weiterzugeben galt. Dabei galt es, sie vor „unsachgemäßer“ politischer Einflussnahme zu schützen. Gleichzeitig, und darin bestand die eigentliche Schwierigkeit der Aufgabe, mussten kollektive gesellschaftliche Ziele und Aufgaben nicht nur erkannt, sondern deren Lösung auch koordiniert, organisiert und umgesetzt werden, und zwar ohne Vorbehalt. Aus dem Kontext der in den Nachrufen auf Bentz und Martini erwähnten Geschehnisse geht hervor, dass die Autoren der Nachrufe politische Vorbehalte im Sinn hatten, auf die man als Wissenschaftler nicht zu achten hatte. Es war also politische Neutralität, man könnte auch sagen Blindheit, bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Wirksamkeit, der sich die Staatsgeologen als einer ihrer zentralen Tugenden verschrieben. Im Fall des „Dritten Reiches“ führte diese Vorbehaltslosigkeit in den Abgrund.

In diesem Kapitel haben wir gesehen, wie die Staatsgeologen mit der Kante des Abbruchs umgingen, die sie, im und am Abgrund nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges angelangt, vor sich sahen bzw. dann hinter sich liegen ließen. Dabei haben wir drei ihrer Perspektiven auf diese Abbruchkante eingenommen: Die institutionelle Sicht, die mit dem langfristigen Ziel der Wiederherstellung einer zentralstaatlichen geologischen Organisation operierte, betonte die Überordnung des Wertes wissenschaftlichen Arbeitens über den Wert der gesellschaftlichen Nützlichkeit. Beides zusammengekommen stellte die *conditio sine qua non* für die Existenz des Amtes dar. Der situative Blick war geprägt durch die Notwendigkeiten der unmittelbaren Nachkriegszeit, durch den Umgang mit ehemaligen Nationalsozialisten wie durch die entstehende Systemkonkurrenz im Kalten Krieg mit der SBZ bzw. der DDR. Die Perspektive der Amtsperson adressierte die Vereinigung und Verkörperung der beiden Werte der Wissenschaftlichkeit und der gesellschaftlichen Wirksamkeit über die Tugenden der Weisheit und der Pflichttreue. Das dominierende Nachkriegsnarrativ entstand 1946 und 1947 in den Büros des Reichsamtes in Celle, als der englische Major Gunther und der ehemalige deutsche Bevollmächtigte Bentz

768 Ebd., S. XVI.

Verbündete, ja Vertraute, wurden.⁷⁶⁹ Der Kern des Narrativs bestand darin, die deutschen Geologen als befähigte, effektive Wissenschaftler und Organisatoren zu zeichnen, die den Wert eines zentralen Amtes für die Notwendigkeiten einer modernen Gesellschaft nicht nur erkannten, sondern dieses Amt zum „am höchsten entwickelten Europas“ machten. Ihre einzige Sünde wäre es gewesen, das Streben nach Autarkie vorbehaltlos umgesetzt zu haben. Als ihre Effizienz durch die Ideologie der Nationalsozialisten in Gefahr geriet, verteidigten sie diese. Als auch dies nicht mehr half, sorgten sie vorgeblich dafür, dass die Ressourcen für die Zeit nach dem unabwendbaren „Zusammenbruch“ weiter zur Verfügung stehen würden. Sie bewiesen also Resilienz, gar Widerständigkeit, Zivilcourage, gar Mut. Diesen „Aufschlag“ des neuen Verbündeten nutzten die deutschen Geologen um Bentz und Martini für ihre eigenen institutionellen Ziele. Dabei identifizierten sie vier kontinuierliche Schichten historischen Geschehens: Erstens, den wissenschaftlichen Fortschritt und die zunehmende Spezialisierung der Methoden und der Komplexität des Wissens; zweitens, den gesellschaftlichen Drang zur Anwendung dieses Wissens; drittens, die Notwendigkeit zu Koordination und Institutionalisierung; viertens, den Bestand eines zentralen Amtes. Diese vier Schichten galt es auf jeden Fall zu beachten, bzw. sie zu erhalten. Dafür wurden ihre Wechselwirkungen mit problematischen Bereichen der NS-Zeit beiseitegeschoben, übersprungen oder rhetorisch gekappt: Dies waren die Verwerfungen der NS-Vergangenheit. Eng verbunden damit war die Überbetonung des wissenschaftlich-technischen Urteilsvermögens zu Lasten moralisch-politischer Vernunft.

769 Der Vergleich zum Nachkriegsnarrativ der deutschen Physiker, die im Krieg an der Entwicklung der Atombombe beteiligt gewesen waren, das in britischer Internierung in Farm Hall entstand, liegt nahe. Walker, Uranmaschine (1990); Hoffmann, Operation Epsilon (2023).

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
Abb.	Abbildung
Abt.	Abteilung
AfB	Amt für Bodenforschung
a.o. Prof.	außerordentlicher Professor
apl. Prof.	außerplanmäßiger Professor
BAM	Bundesanstalt für Materialprüfung
BArch	Bundesarchiv
BArch-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBG	Berufsbeamtengesetz (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums)
BCSV	Badische Christlich-Soziale Volkspartei
Bd.	Band
BDC	Berlin Document Center
BfB	Bundesanstalt für Bodenforschung
BFM	Bundesministerium der Finanzen / Bundesfinanzministerium
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BIOS	British Intelligence Objectives Sub-Committee
Bl.	Blatt
BMI	Bundesminister des Innern / Bundesinnenministerium
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BVP	Bayerische Volkspartei
CCG/BE	Control Commission of Germany, British Element
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern

DAF	Deutsche Arbeitsfront
Ders.	Derselbe
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGLA	Deutsche Geologische Landesanstalt
DM	Deutsche Mark
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DZV	Deutsche Zentralverwaltung
Ebd.	ebenda
ECAFE	Economic Commission for Asia and the Far East
ERR	Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EWG	Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
FDP	Freie Demokratische Partei
FM	Förderndes Mitglied
GAGV	Geologenarchiv der Geologischen Vereinigung
GFE	Geologische Forschung und Erkundung
GLA	Geologische Landesanstalt
GLA Freiberg	Sächsisches Geologisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Referat 101 Geoarchive, Datenmanagement, Freiberg (GLA Freiberg)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
Hg.	Herausgeber
HHStAW	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

hrsg.	herausgegeben
HStA	Hessisches Staatsarchiv
IG	Interessengemeinschaft
ITAG	Internationale Tienohr AG
Jb.	Jahrbuch
Kap.	Kapitel
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KVK	Kriegsverdienstkreuz
KZ	Konzentrationslager
LAB	Landesarchiv Berlin
LABW-StAF	Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg
LA NRW	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen
MilGeo	Militär-Geologie/militärgeologisch
MilGovDet	Military Government Detachment
NAL	National Archives London
NAP	Nationalarchiv
NAW	National Archives Washington
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGCC	North German Coal Control
NGCT	North German Timber Control Commission
NGOC	North German Oil Control
NHStA	Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv
Nl.	Nachlass
NLfB	Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	nationalsozialistisch
NSBA	Nationalsozialistische Beamten-Arbeitsgemeinschaft der PGLA
NSBDT	Nationalsozialistischer Bund Deutscher Technik

NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDDB	Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NSFK	Nationalsozialistisches Fliegerkorps
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OBK	Oberste Bauleitungen für den Bau einer Kraftfahrbahn
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
OKVR	Oberkriegsverwaltungsrat
OMGHE	Office of Military Government Greater Hesse
OMGUS	Office of Military Government of the United States for Germany
OMGBY	Office of Military Government for Bavaria
ORR	Oberregierungsrat
OT	Organisation Todt
Pg.	Parteigenosse
PGLA	Preußische Geologische Landesanstalt, Berlin
Prakla	Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung mbH
PTB	Physikalisch-Technische Bundesanstalt
RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten
RfB	Reichsstelle/Reichsamt für Bodenforschung
RFR	Reichsforschungsrat
RG	Record Group
RGBL	Reichsgesetzblatt
RJ	Rechnungsjahr
RKB	Reichskolonialbund

RM	Reichsmark
RMdbO	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
RMWEV	Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RuS	Rasse- und Siedlungshauptamt der SS
RWM	Reichswirtschaftsministerium
SA	Sturmabteilung
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHLA	Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
Tab.	Tabelle
TGL	Thüringische Geologische Landesanstalt
TH	Technische Hochschule
TU	Technische Universität
UA	Universitätsarchiv
UAMU	Universitätsarchiv der Montanistischen Universität Leoben
UB	Universitätsbibliothek
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNI	United Nations Organization
unp.	unpaginiert
VEB	Volkseigener Betrieb
Vgl.	vergleiche
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
WBK	Wehrbereichskommando

WEDEXRO	Westdeutsche Export- und Ingenieur-Büro Dr. Rohland KG
WK	Weltkrieg
z.b.V.	zur besonderen Verwendung
ZK	Zentralkomitee

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Besatzungszonen Deutschland 1945, aus: Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr. 1987/3/061 (<https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/karte-besatzungszonen.html>, eingesehen am 25.10.2024).
- Abb. 2: Otto Barsch, Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt Berlin 1945–1946, aus: von Barsch ausgefüllter Personalbogen, ohne Datum (um 1939), BArch Berlin, R 71, Nr. 4, unp.
- Abb. 3: Erich Lange, Präsident der Deutschen Geologischen Landesanstalt Berlin 1946–1950, aus: Prof. Dr. Erich Lange – 70 Jahre alt (1959), S. 2.
- Abb. 4: Das noch immer weitgehend zerstörte Gebäude der Geologischen Landesanstalt in Berlin, hier am 1. Mai 1949, aus: BGR-Archiv Hannover, Aushang mit der Überschrift „Invalidenstrasse 44. Sitz staatlicher geologischer Behörden in Deutschland von 1878–1996“
- Abb. 5: Franz Michels, 1946 bis 1959 Leiter des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung, aus: Heineck, Friedrich: Franz Michels zur Vollendung des 75. Lebensjahres, in: Jahrbuch des Naussauischen Vereins für Naturkunde 99 (1968), S. 7–8, hier S. 7.
- Abb. 6: Der für die Bodenforschung in der amerikanischen Besatzungszone verantwortliche Geologe Arnold Caverly Mason, aus: Fischer, A.G.: Arnold Caverly Mason, in: Bulletin of the American Association of Petroleum Geologists 46 (1962), No. 5, S. 712–713, hier S. 712.

- Abb. 7: Manfred Bräuhäuser 1946 bis 1948 kommissarischer Leiter der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamts in Stuttgart, aus: Aldinger, Hans: Nachruf auf Manfred Bräuhäuser, in: Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins Bd. 50 (1968), S. 15–16, hier S. 15.
- Abb. 8: Heinrich-Paul Arndt, 1948–1954 Direktor der Bayerischen Geologischen Landesamtes, aus: Heinrich Arndt zum 65. Geburtstag, in: *Geologica Bavarica* 14 (1952).
- Abb. 9: Franz Kirchheimer, 1947 bis 1952 Direktor der Badischen Geologischen Landesanstalt in Freiburg und bis 1975 Präsident des u.a. aus ihr hervorgehenden Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg, aus: Sauer, Kurt: Prof. Dr. Franz Kirchheimer[†], in: *Schriften des Vereins für Geschichte und Naturgeschichte der Baar* 35 (1984), S. 15–16.
- Abb. 10: Die Geologen Walter Hasemann, Helmut Kiderlen und Walther Reiff (v.l.n.r.) auf einer Exkursion im Jahr 1933. Kiderlen fungierte von 1946 bis 1952 als Leiter des Geologischen Amtes von Württemberg-Hohenzollern in Tübingen und ab 1952 als Stellvertreter der Leiter des Geologischen Landesamtes Baden-Württemberg in Freiburg, aus: Aus: Fotoalbum mit der Aufschrift „Macrocephaliten“ aus dem Nachlass von Walter Carlé, UB Freiburg (GAGV), GA 11, 837–854.
- Abb. 11: Britische Kontrolloffiziere bei der Besichtigung des Erdölfeldes Nienhagen 1945, aus: Aus: Fotoalbum mit der Aufschrift „Macrocephaliten“ aus dem Nachlass von Walter Carlé, UB Freiburg (GAGV), GA 11, 837–854.
- Abb. 12: Albert Everard Gunther, 1945–1947 ‚Petroleum Advisor‘ der North German Oil Control in Celle (Hannover), hier im Jahr 1950, aus: Pfeiffer, Dieter: Das Reichsamt für Bodenforschung in Celle 1945–1947. Geschichte – Arbeiten – Personen, in: Albert Everard Gunther, Alfred Mayer-Gürr u. Dieter Pfeiffer: *Geologische Forschungen in Nordwestdeutschland unter der britischen Militärregierung 1945 bis 1947* (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 102, Hannover 1987), S. 3–11, hier S. 8.

- Abb. 13: Organisation der staatlichen Bodenforschung in der britischen Besatzungszone im Oktober 1947, aus: Pfeiffer, Dieter: Dokumente zur Errichtung der Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, in: 25 Jahre Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 73), Hannover 1984, S. 65–99, hier S. 83.
- Abb. 14: Alfred Bentz: 1945 bis 1950 Direktor des Reichsamtes für Bodenforschung Hannover, 1950 bis 1959 des Amtes für Bodenforschung in Hannover und ab 1959 Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung Hannover, aus: Alfred Bentz zum Gedenken, in: Berichte der Naturhistorischen Gesellschaft 109 (1965), Hannover 1965, S. 5–7, hier S. 6.
- Abb. 15 und 16: links Wilhelm Kegel, von Februar 1947 bis Januar 1949 Leiter des Geologischen Landesamtes Nordrhein-Westfalen, Zweigstelle Düsseldorf, rechts Wilhelm Ahrens ab Februar 1949 Nachfolger Kegels, die Abbildung von Kegel stammt aus dem Fotoalbum „Meine Kriegs-Erinnerungen“, Nachlass von Walter Carlé, UB Freiburg (GAGV), GA 11, 837–853, unp. Die Abbildung von Ahrens stammt aus Homilius, Joachim: Der Direktorenkreis, in: Ralph Hänel u. Joachim Homilius (Koordinatoren): Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 3), Hannover 1998, S. 155–193, hier S. 166.
- Abb. 17: Emil Koch 1948 bis 1953 Leiter des Geologischen Landesamtes Hamburg, aus: Niedermayer, Josef: Nachruf auf Emil F. H. Koch, in: Geologisches Jahrbuch 78 (1961), S. XI–XXIV, hier S. XI.
- Abb. 18: Herbert-Lothar Heck 1946 bis 1952 Leiter der Landesanstalt für Angewandte Geologie in Kiel, aus: Hohl, Rudolf: Herbert-Lothar Heck zum Gedenken, in: Bericht der deutschen Gesellschaft für geologische Wissenschaften 14 (1969), Heft 1, S. 123–129, hier S. 123.
- Abb. 19: Am Kleinen Felde 12, 1950 bis 1953 Sitz des Amtes für Bodenforschung Hannover, aus: Krüger, M.: Wiederaufbau der Prakla nach dem 2. Weltkrieg, in: Prakla-Rundschau 2 (1959), Nr. 3, ohne Seitenangabe, ohne Seitenangabe.

- Abb. 20: Ministerialrat Dr. Wilhelm Mollat, 1950–1964 als Referent in der Unterabteilung III A Bergbau des Bundeswirtschaftsministeriums u.a. für geologische und bergbauliche Forschung verantwortlich, aus: Martini, Hans Joachim: Nachruf auf Wilhelm Mollat, in: *Prakla-Seismos-Rundschau* 9 (1966), Nr. 1, S. 1.
- Abb. 21: Der 1953 eingeweihte Neubau des Amtes für Bodenforschung, Wiesenstraße 1 in Hannover, aus: Fotoalbum, BGR-Archiv Hannover, Nr. 90024, unp.
- Abb. 22: Grafik der BfB zur Veranschaulichung der Haushaltszahlen für geologische Ressortforschung im internationalen Vergleich (um 1960), aus: „Internationaler Vergleich: Haushalt in Millionen DM“, um 1960, BGR-Archiv Hannover, Nr. 121679, Bl. 8.
- Abb. 23: Bundesministerien, die durch die Bundesanstalt für Bodenforschung beraten wurden (um 1961), aus: Bundesministerien, die durch die BfB beraten werden, um 1960, BGR-Archiv Hannover, Nr. 121679, Bl. 15.
- Abb. 24: Erdölförderung Deutschlands, aus: G., H.: Erdöl-Förderrekord im Bundesgebiet, in: *Chemiker-Zeitung* 74 (1950), Nr. 29, S. 429.
- Abb. 25: Arbeitsgebiete der von der Bundesanstalt für Bodenforschung 1959 entsandten Geologischen Mission in Afghanistan nach der im Januar 1962 erfolgten Aufteilung der geologischen Arbeitsgebiete (Süden Deutschland, Norden UdSSR), aus: Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1962 bis zum 31. Dezember 1963, Hannover 1964, Abb. 3 zwischen S. 5 und 6, ebd.; Tätigkeitsbericht der BfB für die Zeit vom 1. Januar 1964 bis zum 31. Dezember 1965, Hannover 1966. S. 4, ebd.
- Abb. 26: Der 1965 eingeweihte Neubau der Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamts für Bodenforschung im Stilleweg 2, Hannover Groß Buchholz, aus: Fotoalbum, BGR-Archiv Hannover, Nr. 25253, unp.
- Abb. 27: Fox Tönende Förderkurve, aus: Fox Tönende Förderkurve, 100. Austauschsitzung am 14.1.1954 (1.12.1953), in: *Verse Lieder Sketche* 1937–1970, BGR-Archiv Hannover, Nr. 93173, unp.

Abb. 28: Fragebogen Hans Joachim Martinis zur Entnazifizierung, 1950 , aus: Fragebogen betr. Martini für die politische Überprüfung, 20.10.1950, BArch Koblenz, PERS 101, Nr. 85066, Bl. 3–5.

Abb. 29: Gotthard Fliegel (1873–1947), aus: Stille, Hans: Nachruf Gotthard Fliegel, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 102 (1951), Heft 1, S. 134–140, hier S. 134.

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: 1945/46 in Berlin tätige Geologen und Verwaltungsangestellte (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 2: Institutionelle Entwicklung der staatlichen Geologie in der SBZ/DDR 1945–1990

Tabelle 3: Wissenschaftliche Mitarbeiter im Hessischen Landesamt für Bodenforschung um 1948/49 (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 4: In der Geologischen Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes in Stuttgart um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 5: Im Geologischen Landesamt Heidelberg um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 6: Im Bayerischen Geologischen Landesamt München um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 7: In der Badischen Geologischen Landesanstalt um 1948/49 beschäftigte Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 8: Im Geologischen Amt von Württemberg-Hohenzollern um 1950 beschäftigte Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 9: Im Reichsamt für Bodenforschung Hannover/Celle um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 10: Im Geologischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Zweigstelle Düsseldorf sowie Arbeitsstellen Bochum, Herne und Liblar um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 11: Im Geologischen Landesamt Hamburg um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 12: In der Landesanstalt für Angewandte Geologie in Kiel um 1948/49 tätige Wissenschaftler (NS-Mitgliedschaften)

Tabelle 13: Belegschaft der Geologischen Landesämter der Trizone und der SBZ (1948/49)

Tabelle 14: Zahl der Mitarbeiter des Amtes für Bodenforschung Hannover und Krefeld 1950

Tabelle 15: Bundesaufgaben auf dem Gebiet der Bodenforschung nach Entwürfen des BMWi zum Haushaltsplan 1956

Tabelle 16: Beispiele für die wirtschaftliche Auswirkung von Auslandsarbeiten des Amtes für Bodenforschung (April 1957)

Tabelle 17: Personalstände der Geologischen Dienste im innerdeutschen Vergleich (1959)

Tabelle 18: Jahreshaushalte deutscher Geologischer Dienste (1959)

Tabelle 19: Tätigkeiten von Geologen der Bundesanstalt für Bodenforschung in wissenschaftlichen Gesellschaften und Kommissionen 1962/63

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Archiv der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover (BGR-Archiv Hannover)

Zahlreiche Akten (daher hier nicht im Einzelnen aufgeführt).

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA München)

Bayerisches Oberbergamt, Nr. 230

Geologisches Landesamt, Nr. 406 Personalakte Albert Karl Grader

Geologisches Landesamt, Nr. 407 Personalakte Eduard Hartmann

Geologisches Landesamt, Nr. 409 Personalakte Albert Hock

Geologisches Landesamt, Nr. 413 Personalakte Josef Knauer

Bundesarchiv Berlin (BArch Berlin)

NS 21 Ahnenerbe der SS

NS 48 Sonstige zentrale Dienststellen und Einrichtungen der SS

R 2 Reichsfinanzministerium

R 71 Reichsamt für Bodenforschung

R 601 Präsidialkanzlei

R 3101 Reichswirtschaftsministerium

R 4901 Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung

R 9361-I Sammlung Berlin Document Center (BDC): Personenbezogene Unterlagen der NSDAP

R 9361-II Sammlung Berlin Document Center (BDC): Parteikorrespondenz

R 9361-III Personenbezogene Unterlagen der NSDAP: Personenbezogene Unterlagen der SS und SA

R 9361-V Personenbezogene Unterlagen der NSDAP: Personenbezogene Unterlagen der Reichskulturkammer (RKK)

R 9361-VIII (NSDAP-Zentralkartei)

R 9361-IX NSDAP-Kartei

DO 1 Ministerium des Innern (DDR)

71. Sitzung des Kabinettsausschusses für Wirtschaft am Dienstag, den 23. Juli 1957, in: Bundesarchiv: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Kabinettsausschuss für Wirtschaft, Bd. 3/ 1956–1957 (<https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/protokoll/e9037254-f216-4ac1-81f8-3996f2dc3bab>, eingesehen am 10.12.2024).

194. Kabinettsitzung am Mittwoch, den 3. September 1957, in: Bundesarchiv: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 10/ 1957 (<https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/protokoll/b433f004-fd3c-40a0-b4ec-53add678827e>, eingesehen am 10.12.2024).

Bundesarchiv Koblenz (BArch Koblenz)

B 176	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
B 305	Zentrale Rechtsschutzstelle
PERS 101	Personalakten von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes
N 1614	Nachlass Wilhelm Keppler

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BArch-MA Freiburg)

PERS 6	Personalunterlagen von Angehörigen der Reichswehr und Wehrmacht
RH 32	Höhere Stäbe, Dienststellen und Einheiten der Landesbefestigung des Heeres, Festungspioniere
RW 31	Wirtschaftsstab Ost mit nachgeordneten Einrichtungen
RW 46	Nachgeordnete Dienststellen des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes bei Stäben des Heeres und für besondere Aufgaben

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem (GStA)

I. HA Rep. 90 A	Staatsministerium, jüngere Registratur Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden HHStA Wiesbaden)
520/07, 1173	Personalakte Hans Udluft
520/16, 3320	Personalakte Hans Schönhals
527, II 6252	Personalakte Franz Michels
27, II 7599	Personalakte Otto Burre
27, II 8778	Personalakte Karl Krejci-Graf

- | | |
|--------------|-------------------------------|
| 27, II 16361 | Personalakte Walter Schottler |
| 27, II 23168 | Personalakte Hans Schönhals |
| 27, X 359 | Personalakte Hans Udluft |

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (HStA Darmstadt)

- | | |
|-----|-----------------------------------|
| H 3 | Darmstadt, Nr. 16414 (Otto Burre) |
|-----|-----------------------------------|

Landesarchiv Berlin (LAB)

- | | |
|---------------|---|
| C Rep. 106 | Magistrat von Berlin, Abteilung Wirtschaft |
| C Rep. 120 | Magistrat von Berlin, Abteilung Volksbildung |
| C Rep. 900-01 | Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) –
Bezirksorganisation Groß-Berlin |

Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg (LABW-StAF)

- | | |
|---------------------------|--|
| D 180/2, Nr. 549, 1 Fasz. | (Spruchkammer Südbaden betr.
Walter Hasemann) |
|---------------------------|--|

Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland, Duisburg (LA NRW, Abt. Rheinland Duisburg)

- | | |
|------------------|---|
| BR-PE, Nr. 12087 | (Bernhard Brockamp) |
| NW 0361 | Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und
Verkehr, Organisation 1945–1961, Gründung Amt
für Bodenforschung (später: Geologisches Landes-
amt), Einzelfälle Eichverwaltung |
| NW 0764 | Geologische Landesaufnahme, Geowissenschaften,
Lagerstättenkunde, Hydro- und Ingenieurgeologie,
Bodenkunde, 1946–1992 |
| NW 0900 | Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung,
1941–1993, Organisation, Verwaltungsmodernisie-
rung, Controlling: Geschäftsverteilungsplan, Zustän-
digkeitsabgrenzung, Organisationsplan, personelle Ver-
änderungen, Organisationsuntersuchungen u. a. |
| NW 1039-B | (SBE Hauptausschuss Regierungsbezirk Münster),
Nr. 3711 (Entnazifizierung Aurel Berg) |

Nationalarchiv Prag (NAP)

- | | |
|---------------|---|
| URP 114–323/6 | Úřad říšského protektora v Čechách a na Moravě
(Reichsprotektor von Böhmen und Mähren) |
|---------------|---|

National Archives London (NAL)

- FO 1039 Oil Branch and North German Oil Control (NGOC):
- Nr. 476 Denazification: vol V, 1946 July–Oct
- Nr. 496 Reports following Visits to Germany (1945)

National Archives Washington (NAW)

- Record Group 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960 - 1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 2, RBF 31, unp.
- Record Group 242, National Archives Collection of Foreign Records Seized, 1675–1958 Series: Records of Reich Office for Soil Exploration, 1960–1960, 7 Microfilm Box, T 401, Roll 6, RBF 153, unp.
- Schlesinger, Manfred (IPW TEAM 191 MIS USFET G-2 SEC CHANOR BASE APO 562 US ARMY):
Sonderkommando Dora, Forschungsstaffel z.b.V., 15. Oktober 1945, National Archives, Washington, Records of the Army Staff. Records of the Office of the Assistant Chief of Staff, G-2, Intelligence. Records of the Investigative Records Repository (IRR). Security Classified Intelligence and Investigative Dossiers, 1939–1976 (Personal Name File). Record Group 319, IRR (Impersonal File), Box 38 (Sonderkommando Dora).

Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv, Hannover (NHStA Hannover)

- Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 126
(Verwaltungsabkommen mit dem Land Nordrhein-Westfalen un 1. Kuratriumssitzung, 1950)
- Nds. 500, Acc. 2002/006, Nr. 127
(u.a. Amt für Bodenforschung 1947, 1949–1950, 1959–1966)
- Nds. 505, Acc. 2002/004, Nr. 2

Sächsisches Geologisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, Referat 101 Geoarchive, Datenmanagement, Freiberg (GLA Freiberg)

A 02287/1, A 02321/2

Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Kiel (SHLA Kiel)

Abt. 358/6867

Staatsanwaltschaft beim Sondergericht Altona
bzw. Kiel

Universitätsarchiv Rostock (UA Rostock)

1.12.0: Personalakte Roland Brinkmann

Universitätsarchiv Montanuniversität Leoben (UAMU Leoben)

Biographien 1970 Lebenslauf Josef Horvath
UAMU Prom.-Akt 1942 Horvath

Universitätsbibliothek Freiburg (Geologen-Archiv der Geologischen Vereinigung) (UB Freiburg (GAGV))

Archiv-Nr. GA 11 (Nachlass Walter Carlé)

Nr. 1586	Schriftwechsel Alfred Bentz Hans Cloos
Nr. 19340–19349	Schriftwechsel Alfred Bentz Walter Kranz
Nr. 20176–20180	Schriftwechsel Bentz Kurt Emil Dittmann
Nr. 20184–20186	Schriftwechsel Alfred Bentz Fritz Evers
Nr. 20198–20202	Schriftwechsel Alfred Bentz Albert E. Gunther
Nr. 20241–20249	Schriftwechsel Alfred Bentz Robert Janoschek
Nr. 20321–20322	Schriftwechsel Alfred Bentz Otto Recken
Nr. 20398–20418	Schriftwechsel Alfred Bentz Werner Schubert
Nr. 20419–20420	Schriftwechsel Alfred Bentz Friedrich Schuh
Nr. 20489–20490	Schriftwechsel Alfred Bentz Julius Versé
Nr. 20500–20502	Schriftwechsel Alfred Bentz Zirkler
Nr. 20533–20535	Schriftwechsel Alfred Bentz Maksymilian Fingerchut
Nr. 20859–20867	Schriftwechsel Alfred Bentz Karl Krejci-Graf

Unverzeichneter Teilnachlass Hans Joachim Martini

Literatur

- Abelshauser, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.
- Ackermann, Volker (Bearb.): Die Kabinettsprotokolle der Landesregierung Nordrhein-Westfalen: 1954 bis 1958 (Dritte Wahlperiode), Siegburg 1997.
- Adam, Karl Dietrich: Fritz Weidenbach – ein Gedenkblatt zum Tode des Nestors der süddeutschen Geologen, in: Jahreshefte der Gesellschaft für Naturkunde in Württemberg 157 (2001), S. 253–291.
- Ahrens, Hermann: Ansprache, in: Geologisches Jahrbuch 67 (1953), S. L–LIII.
- Ahrens, Ralf: Die nationalsozialistische Raubwirtschaft im Wilhelmstraßen-Prozess, in: Priemel, Kim C.; Stiller, Alexa (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 353–375.
- Ahrens, Wilhelm: Nachruf auf Wilfried von Seidlitz, in: Geologisches Jahrbuch Bd. 69, hrsg. Von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1955, S. XXXV–XLIII.
- Ahrens, Wilhelm: Nachruf auf Gotthard Fliegel, in: Geologisches Jahrbuch, Bd. 69 herausgegeben von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1955, S. IX–XXI.
- Ahrens, Wilhelm: Nachruf auf Wilhelm Wunstorf, in Geologisches Jahrbuch 69 (1955), S. XXIII–XXXIV.
- Alafaci, Annette: Horvath, Joseph (1900–1976), in: Encyclopedia of Australian Science an Innovation. A gateway to the history and archives of science, technology an innovation in Australia (<https://www.eoas.info/biogs/P001698b.htm>, eingesehen am 24.6.2024).
- Aldinger, Hans: Nachruf auf Manfred Bräuhäuser, in: Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins Bd. 50 (1968), S. 15–16.
- Heinrich Arndt zum 65. Geburtstag, in: Geologica Bavarica 14 (1952).

- Baldauf, Andreas: Ferdinand Friedensburg, in: Wolfgang Ribbe (Hg.): Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1992, S. 391–415.
- Banken, Ralf: Reichsberggesetz und Einzelmaßnahmen. Die nationalsozialistischen Berggesetze in der Kontinuität der deutschen Bergrechtsentwicklung des 20. Jahrhunderts, in: Johannes Bähr u. Ralf Banken (Hg.): Wirtschaftssteuerung durch Recht im Nationalsozialismus. Studien zur Entwicklung des Wirtschaftsrechts im Interventionsstaat des „Dritten Reiches“, Frankfurt am Main 2006, S. 71–119.
- Barlösius, Eva: „Forschen mit Gespür für politische Umsetzung“ – Position, interne Strukturierung und Nomos der Ressortforschung, in: dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 2009, Heft 2, S. 347–366.
- Barsch, Otto: Aufgaben der angewandten Geophysik in Großdeutschland und im östlichen europäischen Raum, in: Jahrbuch des Reichsamts für Bodenforschung für das Jahr 1942, Bd. 63, Berlin 1944, S. 682–780.
- Bartels, Julius (Hg.): Geophysik, Teil 1 (Naturforschung und Medizin in Deutschland 1939–1945.
- Für Deutschland bestimmte Ausgabe der FIAT Review of German Science, Bd. 17), Wiesbaden 1948.
- Barth, Bernd-Rainer u.a. (Hg.): Wer war Wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch, Frankfurt am Main ³1995.
- Becker, Josef: Köhler, Heinrich, in: Neue Deutsche Biographie 12 (1980), S. 306–307 (Online-Version URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118724207.html#ndbcontent>, eingesehen am 6.11.2024).
- Alfred Bentz zum Gedenken, in: Berichte der Naturhistorischen Gesellschaft 109 (1965), Hannover 1965, S. 5–7.
- Bentz, Alfred: Erdöl und Tektonik in Nordwestdeutschland. Sammelband enthaltend die Vorträge der Erdöltagung in Hannover vom 9. bis 11. September 1947, Hannover 1949.
- Bentz, Alfred: The History of the German Geological Survey, in: Geological magazine 84 (1947), Heft 3, S. 169–177.

- Bentz, Alfred: Rede zur Einweihung der Bundesanstalt für Bodenforschung, gehalten in Hannover am 27. April 1959, in: Geologisches Jahrbuch 76 (1959), S. XXXI-XLIV.
- Bentz, Alfred: Dr. August Moos zum Gedenken, in: Erdöl und Kohle 1 (1948), Nr. 1, S. 55–56.
- Bentz, Alfred: Begrüßungsansprache, in: Geologisches Jahrbuch 67 (1953), S. XLV–L.
- Benz, Wolfgang: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 31994.
- Bericht über das Schicksal und den gegenwärtigen Zustand der Badischen Geologischen Landesanstalt, in: Mitteilungsblatt der Badischen Geologischen Landesanstalt 1947, Freiburg 1948.
- Berichte des Reichsamts für Bodenforschung Jahrgang 1942, Wien 1942.
- Berichte des Reichsamts für Bodenforschung Jahrgang 1943, Wien 1943.
- Berichte des Reichsamts für Bodenforschung Jahrgang 1944, Wien 1944.
- Berlin. Kampf um Freiheit und Selbstverwaltung 1945–1946, hrsg. im Auftrag des Senats von Berlin, Berlin 1961.
- Blasius, Rainer A.: Fall 11: Der Wilhelmstraßen-Prozeß gegen das Auswärtige Amt und andere Ministerien, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.): Der Nationalsozialismus von Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt am Main 1999, S. 187–198.
- Bleidick, Dietmar: Aral – 125 Jahre Kraftstoffwirtschaft in Deutschland, Münster 2024.
- Bleidick, Dietmar: Mittler zwischen Produzenten und Kunde: Beratende Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland in den 1950er und 1960er Jahren, in: Lars Bluma, Karl Pichol u. Wolfhard Weber (Hg.): Technikvermittlung und Technikpopularisierung. Historische und didaktische Perspektiven, Münster u.a. 2004, S. 43–64.
- Bleidick, Dietmar: Engineer Consulting in der Montanindustrie: Die Ruhr-Consulting GmbH 1962–1965, in: ders. u.a. (Bearb.): Findbuch zum Nachlass Walter Rohland (1898–1981) und zum Bestand Ruhr-Consulting GmbH, Duisburg 2001, S. 63–119.

Bösch, Frank: Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, München 2024.

Boldorf, Marcel: Neue Wege zur Erforschung der Wirtschaftsgeschichte Europas unter nationalsozialistischer Hegemonie, in: Christoph Buchheim u. Marcel Boldorf (Hg.): Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie, München 2012, S. 1–26.

Boll, Bernd: Der IG-Farben-Prozeß, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.): Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt am Main 1999, S. 133–143.

Brinkmann, Roland: Bodenforschung im Generalgouvernement, in: Jahrbuch des Reichsamts für Bodenforschung für das Jahr 1942, Bd. 63, Berlin 1944, S. 677–681.

Eintrag Bernhard Brockamp, in: <https://ns-reichsministerien.de/2020/11/13/bernhard-brockamp/>, eingesehen am 26.4.2024.

Brüggemeier, Franz-J.: Grubengold. Das Zeitalter der Kohle von 1750 bis heute, München 2018.

von Bülow, Kurd: 49 Jahre Mecklenburgische Geologische Landesanstalt, in: Mitteilungen aus der Mecklenburgischen Geologischen Landesanstalt 47 (N.F. 12), 1938, S. 87–100.

von Bülow, Kurd: Nachruf auf Jakob Stoller, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1930, Bd. 51, Teil 2, Berlin 1930, S. LXXXVII–XCVIII.

von Bülow, Kurd: Nachruf auf Theodor Schmierer, in: Geologie. Zeitschrift für das Gesamtgebiet der Geologie und Mineralogie sowie der angewandten Geophysik 2 (1953), Berlin (Ost), S. 449–454.

Büro der Ministerpräsidenten des amerik., brit. und franz. Besatzungsgebietes: Empfehlungen des Organisations-Ausschusses der Ministerpräsidenten-Konferenz über den Aufbau der Bundesorgane, Wiesbaden 1949.

Burchardt, Lothar: Friedenswirtschaft und Kriegsvorsorge. Deutschlands wirtschaftliche Rüstungsbestrebungen vor 1914, Boppard am Rhein 1968.

- Burre, Otto u. Graupner, Armin: Nachruf auf Wilhelm Dienemann, in: Geologisches Jahrbuch 84 (1967), S. XLV–LIV.
- Carl-Engler-Medaille 1973. Prof. Dr. rer. Nat. Alfred Mayer-Gürr, in: DGMK Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle e.V. (https://dgmk.de/app/uploads/2019/09/Mayer_Guerr.pdf, eingesehen am 11.6.2024).
- Carlé, Walter: Nachruf für Gerhard Richter-Bernburg, in: Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins Band 73 (1991), S. 19–30.
- Carlé, Walter Eduard Hermann: Werner – Beyrich – von Koenen – Stille. Ein geistiger Stammbaum wegweisender Geologen (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 108), Hannover 1988.
- Clar, Eberhard: Nachruf für Hans Peter Cornelius (1888–1950), in: Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt Wien 1951, S. 84–92.
- Closs, Hans: Nachruf auf Otto Barsch, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1950, hrsg. Von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 66, Hannover 1952, S. XXIX–XXXVII.
- Closs, Hans: Nachruf auf Rudolf von Zwerger, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1950, hrsg. von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 66, Hannover 1952, S. LVII–LX.
- Conze, Eckart, Frei, Norbert, Hayes, Peter u. Zimmermann, Moshe: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 42010.
- Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.
- Cramer, Peter: Nachruf auf Eduard Hartmann, in: Geologica Bavarica 14 (1952), S. 171–175.
- Daber, Rudolf: Bemerkungen zur Geschichte der Geologie in Berlin, in: Berichte der Geologischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, 5 (1960), Heft 1–4, Berlin-Ost 1961, S. 147–159.

- Daber, Rudolf: Ein ganz normaler Lebenslauf eines „vor 100 Jahren“ in Berlin geborenen und dort 1967 verstorbenen Geologen, in: Geohistorische Blätter 7 (2004), Heft 1, S. 33–38.
- Eintrag Dahlgrün, Fritz (1894–1954), in: Kalliope-Verbund (<https://kalliope-verbund.info/de/eac?eac.idft116012889>, eingesehen am 28.3.2024).
- Deubel, Fritz: Entwicklung und Bedeutung des geologischen Kartenwesens, in: Wissenschaftliche Annalen 3 (1954), Heft 3, S. 174–184.
- Dienemann, Wilhelm: Nachruf auf Wilhelm Haack, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1952, hrsg. von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 66, Hannover 1952, S. LXI–LXIX.
- Dienemann, Wilhelm: Nachruf auf Theodor Schmierer, in: Geologisches Jahrbuch, hrsg. Von den Geologischen Landesanstalt der Bundesrepublik Deutschland, 70 (1955), Hannover 1955, S. XV–XXII.
- Dienemann, Wilhelm: Nachruf auf Walther Schriel 1892–1959, in: Geologisches Jahrbuch Bd. 84, hrsg. von der Bundesanstalt für Bodenforschung und den Geologischen Landesämtern der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1967, S. XXIII–XXX.
- Dillmann, Wolfgang: Nachruf für Walter Schottler, in: Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins 75 (1993), S. 27–32.
- Donges, Alexander: Die Vereinigte Stahlwerke AG im Nationalsozialismus. Konzernpolitik zwischen Marktwirtschaft und Staatswirtschaft, Paderborn 2014.
- Dorfev, Beate: Eine Rheinprovinz, zwei Länder und die Frage der Länderneugliederung nach 1945, in: Internetportal Rheinische Geschichte, 2017 (<https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/eine-rheinprovinz-zwei-laender-und-die-frage-der-laenderneugliederung-nach-1945/DE-2086/lido/5acb422626n41.78727119>, eingesehen am 7.11.2024).

- Drucksache des Deutschen Bundestages (4. Wahlperiode): Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung (Bad Godesberg) an den Herren Präsidenten des Deutschen Bundestages mit Bericht der Bundesregierung über Stand und Zusammenhang aller Maßnahmen des Bundes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung – Bundesbericht Forschung I – unter Bezug auf den Beschluss des Deutschen Bundestages vom 15. Mai 1963 – Drucksache IV/1247, 18.1.1965, in: <https://www.bundesbericht-forschung-innovation.de/files/Bundesbericht%20Forschung%201965%20I.pdf>, eingesehen am 12.12.2024).
- Dürbaum, Hans-Jürgen u. Homilius, Joachim: Hans Closs zum 75. Geburtstag, in: Geologisches Jahrbuch Reihe E, Heft E 23 (1982), S. 5–16.
- Duphorn, Klaus: Paul Woldstedt 14.10.1888–7.7.1973, in: Geologisches Jahrbuch A, Heft 25, Hannover 1974, S. 3–12.
- Ebbinghaus, Angelika u. Dörner, Klaus (Hg.): Vernichten und Heilen. Der Nürnberger Ärzteprozess und seine Folgen, Berlin 2001.
- Eby, Brian J.: Among Oil Men in Europe, in: The Oil Weekly 124 (1946), 2. Dezember 1946, S. 40.
- Eichholtz, Dietrich: Deutsche Ölpolitik im Zeitalter der Weltkriege. Studien und Dokumente, Leipzig 2010.
- Einweihung der neuen Arbeitsstätte des Amtes für Bodenforschung in Hannover, in: Erdöl und Kohle 6 (1953), Nr. 2, S. 57–58.
- Eissmann, Lothar: Geologische Forschung in Sachsen. 125 Jahre amtliche geologische Landesuntersuchung. Mit Kommentaren zu Aspekten der jüngsten Geologie- und Bergbaugeschichte, in: Mauritiana 17 (1999), Heft 2, S. 217–248.
- Emig, Dieter u. Frei, Alfred G.: Office of Military for Hesse, in: Christoph Weisz (Hg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949, München 1994, 317–453.
- Farrenkopf, Michael: Schlattmann, Heinrich, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 28–29 (Online-Version, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd143148613.html#ndbcontent>, eingesehen am 20.2.2024).

- Die Feier des 50jährigen Bestehens der Geologischen Landesanstalt und der Abschied ihres langjährigen Präsidenten des Geh. Oberbergrats Prof. Dr. Beyschlag am 21. März 1923, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1922, Bd. XLIII, Berlin 1923, S. LVI-LXXI.
- Fischer, A. G.: Arnold Caverly Mason, in: Bulletin of the American Association of Petroleum Geologists 46 (1962), No. 5, S. 712–713.
- Fischer, Hans: Dr. phil. habil. Hans Jüngst 1901–1944. Ein Leben im deutschen Zeitalter der Extreme, Karlsruhe 2012 (Open Edition 2017).
- Flachowsky, Sören: Disziplin, Ressortforschung und Kolonialismus. Entwicklungen der Geologie und der Preussischen Geologischen Landesanstalt bis 1914 (in Vorbereitung).
- Flachowsky, Sören: Kampf um die Lithosphäre. Geologische Ressortforschung in Deutschland 1914 – 1945, Bielefeld 2026 (in Vorbereitung).
- Flathe, Herbert: In memoriam Franz Hallenbach, in: Zeitschrift für Geophysik 32 (1966), Heft 4, S. 179–180.
- Flathe, Herbert: Nachruf auf Franz Hallenbach (1909–1966), in: Geologisches Jahrbuch 84 (1967), S. XLI–XLIV.
- Foitzek, Jan u. Zarewskaja-Djakina, Tatjana W. (Bearb.): SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, München 2009.
- Gaertner, Hans-Rudolf: Nachruf Georg Berg, in: Geologisches Jahrbuch 69 (1955), S. XLV–LXI.
- Gans, Robert: Kriegsarbeiten der Chemischen Abteilung der Geologischen Landesanstalt für den Preussischen Staat, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1919, Bd. XL, Teil II, Berlin 1921, S. CLXIII.
- Ganss, Ortwin: Nachruf auf Joseph Knauer (1880–1966), in: Geologica Bavarica 63 (1970), S. 18–29.
- Gehl, Otto: Abschied von Herbert Lothar Heck, in: Jahrbuch für Geologie Bd. 3 für 1967, Berlin 1970, S. 425–428.

- Geib, Karl Wilhelm: 20 Jahre Geologisches Landesamt Rheinland-Pfalz, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover.
- Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 129–132.
- Geyer, Otto F. u. Gwinner, Manfred P.: Geologie von Baden-Württemberg, hrsg. von Matthias Geyer, Edgar Nitsch und Theo Simon, Stuttgart⁵2001.
- Giese, Torben: Newman, James R., in: Stadtlexikon A-Z Wiesbaden (<https://www.wiesbaden.de/microsite/stadtlexikon/a-z/newman-james-r.php>, eingesehen am 5.11.2024).
- Głazek, Jerzey u. Znosko, Jerzey: Professor Roland Brinkmann (1898–1995). Sein Leben, Unterstellungen und Fakten – ein Beitrag zur Geschichte der Geologie in Polen in der Zeit der Besetzung durch die Nationalsozialisten, in: Geologisches Jahrbuch, Reihe G, Heft 11, Hannover 2004, S. 55–78.
- Gogl, Simon: Laying the Foundations of Occupation. Organisation Todt and the German Construction Industry in Occupied Norway, Berlin 2020.
- Grabert, Hellmut: Nachruf auf Wilhelm Ahrens, in: Decheniana 122 (1969), Heft 1, S. 1–6.
- Grabert, Hellmut: Franz Lotze, in: Decheniana 125 (1972), Heft 1/2, 1–5.
- Grabert, Hellmut: Eckart Schröder, in: Decheniana 122 (1969), Heft 2, S. 165–169.
- Graefen, Tristan: Die Vorgängerbehörden des BMWi 1945–1949, in: Werner Abelshauser (Hg.): Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft. Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik, Berlin u. Boston 2016, S. 582–588.
- Grau, Andreas: Otto Fricke, in: Geschichte der CDU (Konrad Adenauer Stiftung), <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/otto-fricke> (eingesehen am, 3.12.2024).

- Grebing, Horst: Geologische Landesämter und deren Entwicklungen unmittelbar nach Zusammenbruch des „Reichsamtes für Bodenforschung“ nebst Vorgeschichte, in: *Der Aufschluss* 72 (2021), Heft 2, S. 96–103.
- Grebing, Horst: Wilhelm Haack: 1947 inhaftiert und in sowjetischer Haft verstorben. Ein Geologenschicksal unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, in: *Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften* 171 (2020), Heft 1, S. 87–97.
- Grewolls, Grete: Wer war wer in Mecklenburg und Vorpommern: Das Personenlexikon, Rostock 2011.
- Grieger, Manfred, Karlsch, Rainer u. Köhler, Ingo: Expansion um jeden Preis. Studien zur Wintershall AG zwischen Krise und Krieg 1929–1945, Frankfurt am Main 2020.
- Grieger, Manfred u. Karlsch, Rainer: Treibstoff für den Weltkrieg. Die Deutsche Erdöl AG, 1933–1945, Frankfurt am Main 2024.
- Grimmelmann, W. u. a.: Roland Brinkmann 1898–1995, in: *Geologische Rundschau* 85 (1996), S. 186–190.
- Grunenberg, Nina: Die Wundertäter. Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942–1966, München 2007.
- Guntau, Martin: Zu einigen Aspekten der Geologie in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland (1933–1945), in: *Geohistorische Blätter* 5 (2002), Heft 2, S. 125–150.
- Guntau, Martin: Kurzbiografie Fritz Deubel in: Helmut Müller-Enbergs u.a. (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biografien, Berlin 2010, S. 230–231.
- Guntau, Martin u.a. (Hg.): Zur Geschichte der Geowissenschaften in der DDR, Teil 2, Ostklüne 2011.
- Guntau, Martin u. Wirth Uwe: Zur Entstehungsgeschichte der Preussischen Geologischen Landesanstalt in Berlin, in: *Zeitschrift für angewandte Geologie* 29 (1983), Nr. 12, S. 616–621.

- Gunther, Albert Everard: A Note on the Oil Fields Investigation under Military Government at Celle 1945–1947, in: Gunther, Albert Everard, Mayer-Gürr, Alfred u. Dieter Pfeiffer: Geologische Forschungen in Nordwestdeutschland unter der britischen Militärregierung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 102), Hannover 1987, S. 13–21.
- Gunther, Albert Everard: Oil Fields Investigation. The War Development of the German Crude Oil Industry 1939–1945, Part I: North West German Crude Oil Industry Exploration (Reichsbohrungen and Private Wells) 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1010); (...) Part II, Section 1: German Oil Industry. Exploration (BIOS Final Report No. 1011); (...) Part II, Section 2: German Oil Industry. Exploration Structures 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1012); (...) Part III, Section 1: German Oil Industry. Development and Exploitation of Oil Fields 1939–1945 (BIOS Final Report No. 1013); (...) Part III, Section 2: German Oil Industry. Development an Exploitation of Oil Fields 1939–1945 (BIOS Final Report Nr. 1014); (...) Part III, Section 3: German Oil Industry. Oil Production Statistics and Analyses (BIOS Final Report No. 1015); (...) Part IV, Section 1: The War Structure of the German Crude Oil Industry 1934–1945 (BIOS Final Report No. 1016); (...) Part IV, Section 2: The War Structure of the German Crude Oil Industry 1934–1945. Private Industry (BIOS Final Report No. 1017), alle London [ohne Datum, um 1946].
- Gunther, Albert Everard, Mayer-Gürr, Alfred u. Dieter Pfeiffer: Geologische Forschungen in Nordwestdeutschland unter der britischen Militärregierung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 102), Hannover 1987.
- Gutsul, Nazarii: Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg und seine Tätigkeit in der Ukraine (1941–1944), Phil. Diss. Universität Gießen, Gießen 2013.
- Hänel, Ralph u. Homilius, Joachim: Der Bund-Länderausschuss Bodenforschung, in: dies. (Koordinatoren): Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 3), Hannover 1998, S. 195–216.

- Hänel, Ralph u. Homilius, Joachim: Dokumente zur Errichtung der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland, in: dies. (Koordinatoren): Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 3), Hannover 1998, S. 67–154.
- Hänel, Ralph, Kürsten, Martin u. Schmid, Hubert: Die Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hänel, Ralph u. Homilius, Joachim (Koordinatoren): Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 3), Hannover 1998, S. 25–66.
- Häntzschel, W.: Nachruf Alfred Seifert, in: Geologisches Jahrbuch 68 (1954), S. XXIX–XXXV.
- Hahn, Albrecht: 40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben. Entwurf und Wandel der Aufgaben, in: ders. u. Joachim Homilius (Hg.): 40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 109), Hannover 1988, S. 39–65.
- Hahn, Albrecht u. Joachim Homilius (Hg.): 40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 109), Hannover 1988.
- Hanauske, Dieter (Bearb.): Sie Sitzungsprotokolle des Magistrats der Stadt Berlin 1945/46, Teil I und II, Berlin 1999.
- Harrach, Tamás: Nachruf. Professor Dr. Ernst Schönhals im 85. Lebensjahr verstorben, in: Oberhessische Naturwissenschaftliche Zeitschrift 55 (1993), S. 103–104.
- Hartmann, Olaf, Guntau, Martin u. Pälchen, Werner (Hg.): Zur Geschichte der Geowissenschaften in der DDR, Teil 1, Ostklüne 2007.
- Hauchecorne, Wilhelm: Die Gründung und Organisation der Königlich geologischen Landesanstalt für den Preussischen Staat, in: Jahrbuch der Königlich Preussischen geologischen Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin für das Jahr 1880, Berlin 1881), S. IX–XCVIII.

- Häusler, Hermann: Improvement in German Military Geology from the Napoleonic Wars to First World War, in: Guth, Peter L. (Ed.): Military Geoscience. Bridging History to Current Operations, Cham 2020, S. 3–19.
- Häusler, Hermann u. Kuckelhorn, Kore F.: Leo Jakob Kuckelhorn (1900–1973). Wehrgeologe im 2. Weltkrieg, in: Berichte der Geologischen Bundesanstalt 123 (2017), Wien 2017, S. 41–53.
- Heide, Anna-Magdalena: „Man kann Bergleute nicht grotesk schnitzen“. Bergmännische Darstellungen in der Kunstsammlung des Bochumer Bergbau-Museums (1928–1966), Berlin u. Boston 2023.
- Heineck, Friedrich: Franz Michels zur Vollendung des 75. Lebensjahres, in: Jahrbuch des Naussausichen Vereins für Naturkunde 99 (1968), S. 7–8.
- Henke, Josef u. Oldenhage, Klaus: Office of Military Government for Germany (US), in: Christoph Weisz (Hg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949, München 1994, S. 1–142.
- Hennig, Edwin: „Cloos, Hans“ in: Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 294.
- Hetzer, Hans: Berlin und die Entwicklung der geologischen Forschung und Erkundung von 1945 bis zur 750-Jahr-Feier, in: Zeitschrift für angewandte Geologie 33 (1987), Heft 6, S. 154–159.
- Hetzer, Hans: 20 Jahre geologische Forschung und Erkundung in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Zeitschrift für angewandte Geologie 15 (1969), Heft 9, S. 447–455.
- Hetzer, Hans: Zur Organisation der staatlichen Geologie in der DDR, in: Nachrichtenblatt zur Geschichte der Geowissenschaften 6 (1996), Krefeld u. Freiberg 1996.
- Heydenreuter, Reinhard: Office of Military Government for Bavaria, in: Christoph Weisz (Hg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949, München 1994, S. 145–315.

- Hobuß, Steffi: Mythos „Stunde Null“, in: Torben Fischer und Matthias N. Lorenz (Hg.): Lexikon der ‚Vergangenheitsbewältigung‘ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2015.
- Hoffmann, Dieter (Hg.): Operation Epsilon. Die Fram-Hall-Protokolle erstmals vollständig, ergänzt um zeitgenössische Briefe und weitere Dokumente der 1945 in England internierten deutschen Atomforscher, Berlin 2023.
- Hoffmann, Karl: Nachruf auf Leonhard Riedel, in: Geologisches Jahrbuch 72 (1957), S. XI–XVIII.
- Hofmeister, Björn: From Colonial to Communist Geology. The Early Career of the President of East Germany’s Geological Survey, Erich Lange, from 1913 to 1946, in: Simon Große-Wilde, Elisabeth Koelmel und Vivian Yurdakul (Hg.): Governmental Research, i. E. 2026.
- Hohl, Rudolf: Herbert-Lothar Heck zum Gedenken, in: Bericht der deutschen Gesellschaft für geologische Wissenschaften 14 (1969), Heft 1, S. 123–129.
- Homilius, Joachim: Der Direktorenkreis, in: Ralph Hänel u. Joachim Homilius (Koordinatoren): Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 3), Hannover 1998, S. 155–193.
- Homilius, Joachim: 40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben. Organisation, Personal, Berichtswesen, in: Hahn, Albrecht u. Joachim Homilius (Hg.): 40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 109), Hannover 1988, S. 67–96.
- Hoppe, Andreas: Ein Forscherleben im Nationalsozialismus und danach. Der Paläobotaniker und Landesgeologe Franz Kirchheimer (1911–1984), in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 170 (2019), Heft 2, S. 211–233.
- Hoppe, Andreas: 50 Jahre Hessisches Landesamt für Bodenforschung: Standortbestimmung und Ausblick, in: Geologisches Jahrbuch für Hessen 124 (1996), S. 5–13.

- Hoppe, Andreas: Unten und oben – Max Pfannenstiel im 20. Jahrhundert. Katholik mit jüdischen Vorfahren, Geologe und Bibliothekar, im Exil und bei der Wehrmacht, Ordinarius und Rektor, Freiburg u. München 2020.
- Hoppe, Andreas u. Hoppe, Dorothee: Geowissenschaftler und ihr Judentum im deutschen Sprachraum des 19. Und 20. Jahrhunderts, in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 169 (2018), Heft 1, S. 73–95.
- Hoppe, Dorothee, Hoppe, Andreas u. Heinz-Gerd Röhling: Die Mikropaläontologin Beata Moos (1902–1984) – Überlebende der Shoah, in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 174 (2023), Heft 2, S. 353–358.
- Jürgensen, Kurt: Die britische Besatzungspolitik 1945–1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/97 vom 31. Januar 1997, S. 15–29.
- Kaemmel, Thomas: Erinnerungen an Friedrich (Fritz) Stammberger. Graphiker, Gulaghäftling, Geologe in Norilsk und Berlin, Berlin 2013.
- Kamps, H.-J.: Die Bildung und Entwicklung zentraler staatlicher geologischer Institutionen in Berlin in der Periode von der Entstehung des deutschen Imperialismus bis zum Inferno des faschistischen Krieges, in: Zeitschrift für angewandte Geologie 33 (1987), Heft 6, S. 148–153.
- Karlsch, Rainer: 1859–1945, in: Ders. u. Raymond G. Stokes: „Faktor Öl“. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003, S. 15–244.
- Karlsch, Rainer: Energie- und Rohstoffpolitik, in: Dierk Hoffmann (Hg.): Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis, Berlin u. Boston 2016, S. 247–362.
- Karlsch, Rainer: Ein vergessenes Großunternehmen. Die Geschichte der Karpaten Öl AG, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1 (2004), S. 96–138.
- Karlsch, Rainer: Der Traum vom Öl – zu den Hintergründen der Erdölsuche in der DDR, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 80 (1993), Heft 1, S. 63–87.
- Karlsch, Rainer: Uran für Moskau. Die Wismut – Eine politische Geschichte, Bonn 2007.

- Karrenberg, Herbert: Der Geologische Staatsdienst in Nordrhein-Westfalen, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 123–128.
- Kehrer, Wilhelm, Kühne, Friedrich, Martini, Hans Joachim u. Schott, Wolfgang (Red.): Festschrift zum 60. Geburtstag von Alfred Bentz, in: Geologisches Jahrbuch, Bd. 74, Hannover 1957.
- Keiderling, Gerhard: Um Deutschlands Einheit. Ferdinand Friedensburg und der Kalte Krieg in Berlin 1945–1952, Köln 2009.
- Kempe, J. W.R.: Albert Everard Gunther 1903–1998, in: The Alpine Journal 1999, S. 333–335.
- Kirchheimer, Franz: Aus der Geschichte der deutschen staatlichen Geologischen Dienste, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 51–62.
- Kirchheimer, Franz: Nachruf auf Ludwig Erb 20. November 1893–3. Dezember 1978, in: Mitteilungen des badischen Landesvereins für Naturkunde und Naturschutz N.F. 12 (1979), Heft 1/2, S. 163–165.
- Kistler, Helmut: Die Bundesrepublik Deutschland. Vorgeschichte und Geschichte 1945–1983, Bonn 1992.
- Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. War war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main ²2003, S. 304.
- Klein, Ursula: Nützliches Wissen. Die Erfindung der Technikwissenschaften, Göttingen 2016.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn ⁵1991.
- Knolle, Friedhart: Neue Forschungen zur NS-Geschichte der Harzer Höhlenforschung, Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft Karstkunde Harz, N.F., Nordhausen 2003 (https://www.karst-wanderweg.de/publika/argekaha/4_03/1–10/index.htm, eingesehen am 6.2.2024).
- Koch, Werner: Forschung in Fesseln, in: Rationalisierung 1 (1950), S. 78–79.

- Kockel, Titus: Geologie und Krieg. Die Erdölpolitik des Reichsamts für Bodenforschung und seiner Vorläufer, Magisterarbeit TU Berlin, Berlin 1994.
- Kockel, Titus: Deutsche Ölpolitik 1928–1938, Berlin 2005.
- Köhler, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie (Bd. 2), Berlin 1997.
- Köhler, Ingo: Die "Arisierung" der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung, München 2008.
- Kölbl-Ebert, Martina: From Colleague to Enemy? German Petroleum Geologists and the Cold War, in: Silvia Fernanda Figueirôa, Gregory A. Good and Drielli Peyerl (Ed.): History, Exploration & Exploitation of Oil and Gas, Cham 2019, S. 71–86.
- Kölbl-Ebert, Martina: Geology in Germany 1933–1945: People, Politics and Organization, in: Earth Sciences History 36 (2017), Nr. 1, S. 63–100.
- Kölbl-Ebert, Martina: German petroleum geologists in World War II, in: J[onathan] Craig and others (Eds.): History of the European Oil and Gas Industry, London 2018, S. 391–407.
- Kölbl-Ebert, Martina: Closing the Iron Curtain: How Geologists in Berlin experienced the Cold War Era, in: Earth Sciences History 38 (2019), Heft 1, S. 94–123.
- Kölmel, Elisabeth: Belastungsproben. Soziale Normen und NS-Vergangenheit im Materialprüfungsamt Berlin-Dahlem nach 1945, Bielefeld 2026.
- Kohl, Friedrich: Nachruf auf Albert Hock (1896–1964), in: Geologica Bavarica 63 (1970), S. 11–17.
- Koschyk, Karl u. Brauner, Hans-Jürgen: „Erdölgeologischer Austausch“, eine deutsche Besonderheit, in: Friedrich-W. Wellmer u. Harald Ehses (Hg.): Die staatlichen geologischen Dienste – Strategien, Persönlichkeiten, Geschichte (Geologisches Jahrbuch, Reihe G, Heft 11), Hannover 2004, S. 79–100.
- Krejci-Graf, Karl: Erdöl, Berlin 1936.
- Krüger, M.: Wiederaufbau der Praxla nach dem 2. Weltkrieg, in: Praxla-Rundschau 2 (1959), Nr. 3, ohne Seitenangabe.

- Krusch, Paul: Die Kriegsaufgaben der Geologischen Landesanstalt, in: Jahrbuch der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu Berlin für das Jahr 1919, Bd. XL, Teil II, Berlin 1921, S. CXXV–CLXII.
- Krusch, Paul: Geologische Landesanstalten, in: Rudolf Dittler u.a. (Hg.): Handwörterbuch der Naturwissenschaften, Jena 1934, S. 1089–1103.
- Kühn, O.: Hans Peter Cornelius. Ein Leben für die Alpen, in: Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien 42–43 (1949/50), Wien 1952, S. 249–262.
- Kühn, P. u. F. Rohrbeck: Die Preußische Geologische Landesanstalt in Berlin während der Zeit des Faschismus (Büro Keppler – Reichsamt für Bodenforschung), in: Wissenschaftlich-technischer Informationsdienst, ser. A., 1/28 (1987), S. 26–37.
- Kühne, Günther: Das deutsche Bergrecht von 1865 bis zur Gegenwart, in: Klaus Tenfelde u. Toni Pierenkemper (Hg.): Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3: Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Münster 2016, S. 495–531.
- Kutscher, Fritz: Nachruf auf Franz Michels, in: Jahrbuch des Nassauischen Vereins für Naturkunde 101 (1971), S. 10–16.
- 40 Jahre Geologisches Landesamt Rheinland-Pfalz. Begrüßung, Ansprache, Grußworte und Festvortrag der Jubiläumsveranstaltung am 2. Juni 1993 im Eltzer Hof in Mainz, Mainz 1993.
- Lang, Hans Dietrich (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974.
- Prof. Dr. Erich Lange – 70 Jahre alt, in: Zeitschrift für angewandte Geologie 5 (1959), Heft 1, S. 2.
- Leßau, Hanne: Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit, Göttingen 2020.
- Löffler, Bernhard: Das Jahr 1945: Kriegsende und Neubeginn in Bayern, in: Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg 145 (2005), S. 205–214.

- Löffler, Bernhard: „Im Mahlstrom der Zeit“. Personalkontinuitäten und „Vergangenheitsbewältigung“ im Bundeswirtschaftsministerium, in: Stefan Creuzberger u. Dominik Geppert (Hg.): Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018, 87–107.
- Löffler, Bernhard: Personelle und institutionelle Strukturen des Bundeswirtschaftsministeriums 1945/49 bis 1990, in: Werner Abelshausen (Hg.): Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft. Der deutsche Weg der Wirtschaftspolitik, Berlin u. Boston 2016, S. 95–192.
- Loth, Wilfried: Die Deutschen als Objekte der alliierten Siegermächte, in: Rolf-Dieter Müller (Hg.): Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945, Zweiter Halbband: Die Folgen des Zweiten Weltkrieges (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 10/2), München 2000, S. 201–378.
- Lüttig, Gerd: Das Wirken von Hans Joachim Martini (1908–1969) in Thüringen, in: Geowissenschaftliche Mitteilungen von Thüringen 2009, Heft 13, S. 205–212.
- Lüttig, Gerd: Bundesanstalt und Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung am Beginn des zweiten Jahrhunderts der Tätigkeit des Staatlichen Geologischen Dienstes für die Daseinsvorsorge, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 93–100.
- Lüttig, Gerd: Zur 100jährigen Wiederkehr der Gründung der Preußischen Geologischen Landesanstalt, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 9–14.
- Lundgreen, Peter: Wissenschaft als öffentliche Dienstleistung. 100 Jahre staatliche Versuchs-, Prüf- und Forschungsanstalten in Deutschland, in: Rudolf Vierhaus u. Bernhard vom Brocke (Hg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens, Stuttgart 1990, S. 673–691.

- MacLeod, Roy: ‚Kriegsgeologen and practical men‘: military geology and modern memory, 1914–18, in: *The British Journal for the History of Science* 28 (1995), No. 4 (December), S. 427–450.
- Mai, Gunther: *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?*, München 1995.
- Maier, Helmut: „Wehrhaftmachung“ und „Kriegswichtigkeit“. Zur rüstungstechnologischen Relevanz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Stuttgart vor und nach 1945 (Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 5), Berlin 2002.
- Maier, Helmut: Wissenschaft und Rüstungsforschung, in: Marcel Boldorf u. Jonas Scherner (Hg.): *Handbuch Wirtschaft im Nationalsozialismus*, Berlin u. Boston 2023, S. 43–67.
- Malycha, Andreas: Die Staatliche Plankommission (SPK) und ihre Vorläufer 1945 bis 1990, in: Dierk Hoffmann (Hg.): *Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Veralterungspraxis*, Berlin u. Boston 2016, S. 17–132.
- Malzahn, Erich: Gerhard Mempel 1905–1964, in: *Geologisches Jahrbuch* 84 (1967), S. XXXI–XXXVI.
- Martini, Hans Joachim: Ansprache anlässlich der Trauerfeier für Alfred Bentz am 10.7.1964 in Hannover, in: ders. u. Wolfgang Schott (Hg.): *Alfred Bentz †* (*Geologisches Jahrbuch* Bd. 83), Hannover 1965, S. XXI–XXVIII.
- Martini, Hans Joachim: Wissenschaftliche und praktische Arbeiten und Ziele des Amtes für Bodenforschung, in: *Geologisches Jahrbuch* 67 (1953), S. LIII–LVIII.
- Martini, Hans Joachim: Bundesanstalt für Bodenforschung und Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung. Herkunft, Aufgaben und Bedeutung, in: *Geologisches Jahrbuch* 83 (1965), S. XLIX–LVI.
- Martini, Hans Joachim: Zur Gründung der Bundesanstalt für Bodenforschung, in: *Geologisches Jahrbuch* 76 (1959), S. XXIX–XXX.
- Martini, Hans Joachim: Nachruf auf Wilhelm Mollat, in: *Prakt.-Seismos.-Rundschau* 9 (1966), Nr. 1, S. 1.

- Matz, Klaus-Jürgen: Maier, Reinhold, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 697–699 (Online-Version URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118576410.html#ndbcontent>, eingesehen am 6.11.2024).
- Matz, Klaus-Jürgen: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie, Düsseldorf 1989.
- Matz, Klaus-Jürgen: Wer regierte wann? Regendentabellen zur Weltgeschichte, München ²1992.
- Maucher, Albert: Lagerstättenforschung, in: Angewandte Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Lage und Ausbaunotwendigkeiten. Denkschrift erstattet vom Ausschuß für angewandte Forschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft Teil II, Wiesbaden 1957, S. 81–100.
- Mayer-Gürr, Alfred: Der Alltag im Reichsamt für Bodenforschung zu Celle 1945–1947, in: Gunther, Albert Everard, Mayer-Gürr, Alfred u. Dieter Pfeiffer: Geologische Forschungen in Nordwestdeutschland unter der britischen Militärregierung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 1 02), Hannover 1987, S. 23–44.
- Medwenitsch, Walter: Nachruf auf Willi Scharf, in: Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien 64 (1971), S. 247–249.
- Menges, Franz, „Mühlen, zur“ in: Neue Deutsche Biographie 18 (1997), S. 275–278 (Online-Version URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd11863741X.html#ndbcontent>, eingesehen am 5.11.1924.)
- Mestwerdt, Adolf: Nachruf auf Wilhelm Erich Schmidt, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1950 herausgegeben von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland Bd. 56, Hannover 1952, S. XV–XXIII.
- Möller, Fritz: Bernhard Brockamp 1902–1968, in: Bernhard Brockamp, Karlheinz Bier. Ansprachen und Vorträge bei den Gedächtnisfeiern der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster am 25. Juni 1969 und am 6. Mai 1970, Münster 1971, S. 11–27.
- Mollin, Gerhard: Montankonzerne und „Drittes Reich“. Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936–1944, Göttingen 1988.

- Morsey, Rudolf: Die Regierung Altmeier – Der ewige Ministerpräsident, in: Manuele Glaab u. a. (Hg.): 70 Jahre Rheinland-Pfalz. Historische Perspektiven und politikwissenschaftliche Analyse, Wiesbaden 2020, S. 47–65.
- Müller, Erwin: Geologisches Landesamt des Saarlandes, in: Hans Dietrich Lang: 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 133–134.
- Mühlhausen, Walter: Die Gründung des Landes Hessen 1945, Wiesbaden 2012.
- Nemec, Birgit: Eberhard Clar, in: 650 plus – Geschichte der Universität Wien, Wien 2024 (<https://geschichte.univie.ac.at/de/personen/eberhard-clar#:~:text=Clar%20war%20seit%201933%20%E2%80%99Eillegales,Graz%20Land%20der%20NSDAP%E2%80%99C.,> eingesehen am 7.1.2025).
- Neumann-Mahlkau, Peter: Die Entwicklung der Staatlichen Geologischen Dienste nach 1945, in: Ralph Hänel u. Joachim Homilius (Koordinatoren): Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 3), Hannover 1998, S. 17–23.
- Neumann-Mahlkau, Peter: Die Staatlichen Geologischen Dienste bis 1945, in: Ralph Hänel u. Joachim Homilius (Koordinatoren): Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 3), Hannover 1998, S. 7–15.
- Neumann-Mahlkau, Peter: Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben und die Geologischen Landesämter, in: Klaus-Dieter Meinhold (Koordinator): 125 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt und ihre Nachfolger- Geschichte und Gegenwart (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 10), Hannover 2003, S. 247–250.
- Niedermayer, Josef: Die Geschichte des Geologischen Landesamtes Hamburg, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 115–116.

- Niedermayer, Josef: Nachruf auf Emil F. H. Koch, in: Geologisches Jahrbuch 78 (1961), S. XI-XXIV.
- Niethammer, Lutz: Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 15 (1967) Heft 2, S. 153–210.
- Nöring, Friedrich: Das Hessische Landesamt für Bodenforschung in seiner Stellung zu Land und Bund, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 117–122.
- Nöring, Friedrich: Nachruf auf Hans Udluft, in: Geologisches Jahrbuch 84 (1967), S. LV-LVI.
- Orth, Karin: Autonomie und Planung der Forschung. Förderpolitische Strategien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1949–1969, Stuttgart 2011.
- Orth, Karin: Die NS-Vertreibung der jüdischen Gelehrten, Göttingen 2016.
- Ortlam, Dieter u. Becker-Platen, Jens Dieter: 25 Jahre Geologischer Dienst im Land Bremen 1950–1975, in: Geologisches Jahrbuch Reihe A 36 (1976), S. 25–41.
- Petrascheck, Walther Emil: Die Erzlagerstätten Bulgariens, in: Jahrbuch des Reichsamts für Bodenforschung für das Jahr 1942, Bd. 63, Berlin 1944, S. 515–549.
- Petrascheck, Walther Emil: Nachruf auf Karl Krejci-Graf 15.4.1898–8.8.1986, in: Mitteilungen der Österreichischen Geologischen Gesellschaft 81 (1988), S. 259–260.
- Pfeffer, Paul u. Görz, Georg: Die Arbeiten im Chemischen Laboratorium sowie auf den Gebieten der Bodenkunde und der Landwirtschaft, in: Hans Udluft: Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 65–80.
- Pfeiffer, Dieter: Dokumente zur Errichtung der Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, in: 25 Jahre Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe und Niedersächsisches Landesamt für Bodenforschung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 73), Hannover 1984, S. 65–99.

- Pfeiffer, Dieter: Dokumente zur Geschichte [des] staatlichen geologischen Dienstes in Preußen, in: Hans Dietrich Lang: 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 141–209.
- Pfeiffer, Dieter: 40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben. Geschichtliche Entwicklung von den Höchster Vereinbarungen bis zur Blauen Liste, in: Albrecht Hahn und Joachim Homilus (Hg.): 40 Jahre geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 109), Hannover 1988, S. 9–38.
- Pfeiffer, Dieter: Das Reichsamt für Bodenforschung in Celle 1945–1947. Geschichte – Arbeiten – Personen, in: Albert Everard Gunther, Alfred Mayer-Gürr u. Dieter Pfeiffer: Geologische Forschungen in Nordwestdeutschland unter der britischen Militärregierung 1945 bis 1947 (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 102, Hannover 1987), S. 3–11.
- Piper, Ernst: Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2007.
- Pöhlmann, Markus: Der Panzer und die Mechanisierung des Krieges. Eine deutsche Geschichte 1890 bis 1945, Paderborn 2016.
- Pöppmann, Dirk: Im Schatten Weizsäckers? Auswärtiges Amt und SS im Wilhelmstraßen-Prozess, in: Kim C. Priemel u. Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 320–352.
- Porstendorfer, Gottfried: Reich, Hermann, in: Neue Deutsche Biographie 21 (2003), S. 289 (Online-Version, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd116394536.html#ndbcontent>, eingesehen am 25.9.1023).
- Potonié, Robert: Nachruf auf Walter Gothan, in: Geologisches Jahrbuch 70 (1955), Hannover 1955, S. XXVII–LIII.
- Robert Potonié, in: Catalogus Professorum. Professorinnen & Professoren der TU Berlin und ihrer Vorgänger (<https://cp.tu-berlin.de/person/2163>, eingesehen am 11.3.2024).
- Robert Potonié (1889–1974), in: Kalliope-Verbund (<https://kalliope-verbund.info/gnd/118595997>, eingesehen am 11.3.2024).

- Potthoff, Heinrich u. Wenzel, Rüdiger (Bearb.): Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945–1949, Düsseldorf 1983.
- Preuß, Rosemarie: Lange, Erich, in: Gabriele Baumgartner u. Dieter Hebiger (Hg.): Biographisches Handbuch der SBZ/DDR 1945–1990, München u.a. 1996.
- Prey, Siegmund: Nachruf auf Gustav Götzinger, in: Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien 62 (1969), S. 171–174.
- Putzer, Hannfrit: Wilhelm Kegel 1890–1971, in: Geologisches Jahrbuch, hrsg. von der Bundesanstalt für Bodenforschung und den Geologischen Landesämtern der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 89 (1971), S. XIII–XIX.
- Rasch, Manfred: Walter Rohland zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Eine biographische Skizze, in: Dietmar Bleidick u.a. (Bearb.): Findbuch zum Nachlass Walter Rohland (1898–1981) und zum Bestand Ruhr-Consulting GmbH, Duisburg 2001, S. 3–61.
- von Reeken, Dietmar: Die Gründung des Landes Niedersachsen und die Regierung Kopf (1945–1955), in: Gerd Steinwascher (Hg.): Geschichte Niedersachsens, Bd. 5: Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung, Hannover 2010, S. 627–680.
- Rehberg, Karl-Siegbert, Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Gerhard Göhler (Hg.), Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden 1994, S. 47–84.
- Reich, (Georg) Hermann, in: Rudolf Vierhaus (Hg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Bd. 8 Poethen-Schlüter, München 2007, S. 254–255.
- Reiff, Winfried: Zur Geschichte des Geologischen Landesamts Baden-Württemberg, in: Jahreshefte des geologischen Landesamtes Baden-Württemberg 34 (1992), S. 7–191.
- Renn, Jürgen, Reinhardt, Carsten u. Kocka, Jürgen (Hg.): Die Max-Planck-Gesellschaft. Wissenschafts- und Zeitgeschichte 1945–2005, Göttingen 2024.

- Reusch, Ulrich: Der Verwaltungsaufbau der britischen Kontrollbehörden in London und der Militärregierung in der britischen Besatzungszone, in: Adolf M. Birke u. Eva A. Mayring (Hg.): Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder, London 1992, S. 35–57.
- Richter-Bernburg, Gerhard: Bundesanstalt für Bodenforschung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung, 2. Auflage, Hannover 1970, S. 391–396.
- Richter-Bernburg, Gerhard: Nachruf Prof. Dr. Hans Joachim Martini. Präsident der Bundesanstalt für Bodenforschung und des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, in: Geologisches Jahrbuch Bd. 88, Hannover 1970, S. XIII–XXIV.
- Riedel, Matthias: Keppler, Wilhelm, in: Neue Deutsche Biographie 11 (1977), S. 509–510 (Online-Version, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118777076.html#ndbcontent>, eingesehen am 20.2.2024).
- Rimmele, Eva: Keppler, Wilhelm, in: Hermann Weiß (Hg.): Personenlexikon 1933–1945, Wien 2003, S. 261.
- Rink, Martin: Die Bundeswehr 1950/55–1989, Berlin u. Boston 2015.
- Röhling, Heinz-Gerd, Hoppe, Dorothee u. Hoppe, Andreas: Der Geologe Theodor Schmierer (1879–1953) – 1933 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus der Preußischen Geologischen Landesanstalt entlassen, in: Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften 174 (2023), Heft 2, S. 345–352.
- Roof, Christoph: Vom „Altreich“ in die besetzten Gebiete. Die deutsche Paläontologie und Geologie im Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 65 (2018), Heft 3, S. 224–244.
- Roof, Christoph: Erdölförderung im Zeichen von Aufrüstung und Krieg. Zur Entwicklung der Mikropaläontologie im deutschen Wissenschaftssystem 1927–1945, in: Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann u. Florian Schmaltz (Hg.): Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschaftssystem, Göttingen 2016, S. 230–267.

- Rüger, Ludwig (Hg.): Geologie und Paläontologie (Naturforschung und Medizin in Deutschland 1939–1945. Für Deutschland bestimmte Ausgabe der FIAT Review of German Science, Bd. 48), Wiesbaden 1948.
- Ruhr Coal, in: Civil Affairs Division Army Dept.: The Three R's of occupied Germany. Rebuilding a Peaceful Industry, Rehabilitating a Peaceful Economy, Re-Educating a defeated Enemy (A collection of background articles which have appeared in the Information Bulletin, published bi-weekly for the Occupation Forces in Germany by the Office of Military Government, United States), Public Information Division, Department of the Army, Washington D.C. 1948, S. 13–15 (https://www.google.de/books/edition/The_Three_R_s_of_Occupied_Germany_Rebuilt/xSwRJy4hC6QC?hlftde&gbpvft1&dqft-North+German+Coal+Controll+Collins&pgftPA13&printsecftfront-cover, eingesehen am 11.11.2024).
- de la Sauce, Wilhelm, Schorn, Paul u. Schrödter, Emil (Hg.): Jahrbuch des deutschen Bergbaus 47 (1954), Essen 1954.
- Sauer, Kurt: Prof. Dr. Franz Kirchheimer †, in: Schriften des Vereins für Geschichte und Naturgeschichte der Baar 35 (1984), S. 15–16.
- Sauer, Kurt: Franz Kirchheimer 1911–1984, in: Mitteilungen des badischen Landesvereins für Naturkunde und Naturschutz N.F. 14 (1987), Heft 2, S. 515–516.
- Sauer, Kurt: Richard Brill 1898–1964, in: Mitteilungen des badischen Landesvereins für Naturkunde und Naturschutz 8 (1965), Heft 4, S. 541–543.
- Schädel, Karl: Nachruf auf Helmut Kiderlen, in: Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins N. F. 79 (1997), S. 33–37.
- Schindewolf, Otto H.: Über die Bedeutung der Paläontologie als geologische Grundwissenschaft, in: Jahrbuch des Reichsamts für Bodenforschung für das Jahr 1942, Bd. 63, Berlin 1944, S. 629–676.
- Schindewolf, Otto H.: Alfred Bentz zum Gedächtnis, in: Attempto. Das Forschungsmagazin der Universität Tübingen 16 (1965), S. 44–45.
- Schindewolf, Otto H.: Nachruf auf Henry Paul, in: Geologisches Jahrbuch 68 (1954), S. XV–XXIII.

- Schlaffer, Rudolf J. u. Sandig, Marina: Die Bundeswehr von 1955 bis 2015. Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Demokratie Freiburg u.a. 2015.
- Schnorbus, Heidi (Red.): Die Geschichte der OTAVI MINEN AG 1900–2000. Ein ereignisreiches Jahrhundert, hrsg. von der Otavi Minen AG, Eschborn, Frankfurt am Main 2000.
- Schönhals, Ernst: Aufgaben und praktische Durchführung der neuen bodenkundlichen Übersichtsaufnahme im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Jahrbuch des Reichsamts für Bodenforschung für das Jahr 1942, Bd. 63, Berlin 1944, S. 334–349.
- Schöntag, Wilfried: Office of Military Government for Wuerttemberg-Baden, in: Christoph Weisz (Hg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949, München 1994, 455–596.
- Schott, Wolfgang: Alfred Bentz als Wissenschaftler, in: Geologisches Jahrbuch 83 (1965), S. IXXX–XXXIX.
- Schott, Wolfgang u. Udluft, Hans: Die Arbeiten auf dem Gebiet der Erdölgeologie, in: Hans Udluft (Hg.): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939, Hannover 1968, S. 97–102.
- Schott, Wolfgang: Daten aus dem Leben von Alfred Bentz, in: Geologisches Jahrbuch 83 (1965), S. XVII–XX.
- Schroeder, Eckart: Nachruf auf Fritz-Erdmann Klingner, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1955, hrsg. von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 70, Hannover 1955, S. IX–XIII.
- Schroeder, Eckart: Nachruf auf Rudolf Cramer, in: Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1955, hrsg. von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 70, Hannover 1955, S. XXIII–XXVI.
- Schröder, Lothar: 40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben. Erdöl und Erdgas im Wandel, in: Albrecht Hahn und Joachim Homilus (Hg.): 40 Jahre geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 109), Hannover 1988, S. 271–288.
- Schuder, Werner (Hg.): Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender, Berlin ¹⁴1983.

- Schultze, Georg Richard: Nachruf auf Alfred Bentz, in: Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft 17 (1965), S. 241–250.
- Schultze, Georg Richard: Nachruf auf Hans Joachim Martini (5.1.1908 – 22.10.1969), in: Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft 12 (1969), S. 489–496.
- Schulze, Rainer (Hg.): Unruhige Zeiten. Erlebnisbericht aus dem Landkreis Celle 1945–1949, München 1991.
- Seibold, E[ugen] u. Seibold I[lse]: Alfred Bentz – Erdölgeologe in schwieriger Zeit, 1938–1947, in: International Journal of Earth Sciences (Geologische Rundschau) 91 (2002), S. 1081–1093.
- Seifert, Friedrich: Petrascheck, Walther, in: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), S. 262 (Online-Version URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118593242.html#ndbcontent>, eingesehen am 8.6.2024).
- Soffel, Heinrich C. u. Vidal, Helmut: Geschichte der Wissenschaftlichen Einrichtung „Institut für Allgemeine und Angewandte Geophysik und Geophysikalisches Observatorium“ der Universität München, in: Horst Neunhöfer u. a. (Hg.): Zur Geschichte der Geophysik in Deutschland. Jubiläumsschrift zur 75jährigen Wiederkehr der Gründung der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft, Hamburg 1997, S. 115–121.
- Stein, Albert u. Behnke, Claus: 40 Jahre Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben. Seismische Untersuchungen des Untergrundes, in: Albrecht Hahn und Joachim Homilus (Hg.): 40 Jahre geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben im Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 109), Hannover 1988, S. 143–161.
- Stille, Hans: Nachruf Gotthard Fliegel, in: Zeitschrift der Deutschen Geologischen Gesellschaft 102 (1951), Heft 1, S. 134–140.
- Stöcken, Malte: Dokumentation. Eine Wissenschaftsgeschichte der Auskunftsstellen, Referatenblätter, Dezimalklassifikation und des transnationalen Wissenstransfers von 1900 bis 1945, Diss. Bielefeld, 2020.

- Stokes, Raymond G.: 1945–1974, in: Rainer Karlsch u. Raymond G. Stokes: „Faktor Öl“. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003, S. 245–383.
- Stokes, Raymond G.: Der Siegeszug von Erdöl und Erdgas im 20. Jahrhundert, in: Dieter Ziegler (Hg.): Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 4: Rohstoffgewinnung und Strukturwandel. Der deutsche Bergbau im 20. Jahrhundert, Münster 2013, S. 515–538.
- Stoller, Jakob: Das Erdölgebiet Hänigsen-Obershagen in der südlichen Lüneburger Heide, Berlin 1913.
- Streit, Reinhard: Nachruf auf Peter Cramer (25.11.1910–15.9.2003), in: *Geologica Bavarica* 109 (2006), S. 197–202.
- Stremme, Hermann E.: Geschichte und Tätigkeit des Geologischen Landesamtes Schleswig-Holsteins, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (*Geologisches Jahrbuch Reihe A*, Heft 15), Hannover 1974, S. 135–139.
- Ströbel, W.: Nachruf Manfred Frank 1905–1976, in: *Jahresberichte und Mitteilungen des Oberrheinischen Geologischen Vereins* 58 (1976), S. 63–76.
- Tätigkeitsberichte für das Jahr 1948 und Arbeitspläne für das Jahr 1949 der Geologischen Landesanstalten der Deutschen Bundesrepublik, in: *Geologisches Jahrbuch für das Jahr 1949*, 56 (1951), S. XLIII–LXXXIII.
- Tazelaar, Rick: Hüter des Freistaats. Das Führungspersonal der Bayerischen Staatskanzlei zwischen Nationalsozialismus und Nachkriegsdemokratie, Berlin u. Boston 2023.
- Thews, Joe-Dietrich: Geschichte des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung 1946–1996, in: *Geologisches Jahrbuch Hessen* 124 (1996), S. 15–37.
- Thiel, Jens: Bruch mit der Vergangenheit? Das Deutsche Amt für Maß und Gewicht und das Erbe der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in der SBZ und frühen DDR, i. E. 2026.

- Thoma, Elmar: [Einführung], in: Bernhard Brockamp, Karlheinz Bier. Ansprachen und Vorträge bei den Gedächtnisfeiern der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster am 25. Juni 1969 und am 6. Mai 1970, Münster 1971, S. 7–9.
- Thyssen, Franz: Nachruf auf Bernhard Brockamp, in: *Polarforschung* 38 (1968), S. 188–190.
- Eintrag Paul William Thomson, in: Kieler Gelehrtenverzeichnis (<https://cau.gelehrtenverzeichnis.de/person/efdc7f6a-c7fd-6993-97e9-4d4c6062642f?langftde>, eingesehen am 18.11.2024).
- Tömmel, Till Florian: Bonn, Jakarta und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Indonesien von 1952 bis 1973, Berlin u. Boston 2018.
- Türk, Henning: Treibstoff der Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland, Berlin 2021.
- Udluft, Hans: Nachruf auf Rudolf Fabian, in: *Geologisches Jahrbuch* 66 (1952), S. LV–LVI.
- Udluft, Hans: Nachruf auf Werner Paeckelmann, in: *Geologisches Jahrbuch*, Bd. 67 herausgegeben von den Geologischen Landesanstalten der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 1953, S. VII–XVIII.
- Udluft, Hans: Geschichtlicher Überblick über die Gründung, Entwicklung und Auflösung der Preußischen Geologischen Landesanstalt, in: ders. (Hg.): *Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939* (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968, S. 8–34.
- Udluft, Hans (Hg.): *Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873–1939* (Beihefte zum Geologischen Jahrbuch, Heft 78), Hannover 1968.
- Ullmann, Hans-Peter: Kontrolle und Beratung. Der deutsche Rechnungshof im Wechsel der politischen Systeme des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2021.
- Vidal, Helmut: Die geologischen Dienste der Bundesrepublik Deutschland – Mittler zwischen Staat, Forschung, Lehre und Wirtschaft, in: *Zeitschrift der deutschen geologischen Gesellschaft* 136 (1985), S. 23–68.

- Vidal, Helmut: 123 Jahre geologisch-bodenkundliche Landesuntersuchung in Bayern. 25 Jahre Bayerisches Geologisches Landesamt, in: 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt.
- Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 101–114.
- Vidal, Helmut: 125 Jahre Geologische Landesaufnahme in Bayern 1850–1975. Rückblick auf das letzte Vierteljahrhundert, Ausblick in die Zukunft, in: *Geologica Bavarica* 73 (1975), S. 7–32.
- Vidal, Helmut: Nachruf auf Heinrich-Paul Arndt 1887–1968, in: *Geologica Bavarica* 63 (1972), S. 5–10.
- Vidal, Helmut: Nachruf auf Hans Nathan 1900–1982, in: *Geologica Bavarica* 84 (1983), S. 207–213.
- Vogel, F.: Nachruf auf Albert Grader, in: *Geologica Bavarica* 25 (1956), S. XV–XVII.
- Wagenbreth, Ottfried: *Geschichte der Geologie in Deutschland*, Berlin u. Heidelberg 2015.
- Wagner, Jens-Christian (Hg.): *Konzentrationslager Mittelbau-Dora 1943–1945. Begleitband zur Ständigen Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora*, Göttingen 2014.
- Wagner, Jens-Christian: *Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora*, Göttingen 2015.
- Walker, Mark: *Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe*, Berlin 1990.
- Weiser, Thorolf: Zur Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter, in: Hans Dietrich Lang (Red.): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Festakt am 1.6.1973 in Hannover. Grußworte – Vorträge – wissenschaftliche Beiträge (Geologisches Jahrbuch Reihe A, Heft 15), Hannover 1974, S. 211–213 (incl. Tafel Entwicklung der deutschen geologischen Landesämter).
- Weber, Reinhold: in *Nachkriegszeit in Südwestdeutschland*, 2022, in: <https://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/nachkriegszeit>, eingesehen am 6.11.2024).

- Weiken, Karl: Prof. Dr. Bernhard Brockamps Verdienste um die deutsche Polarforschung und um die Deutsche Gesellschaft für Polarforschung, in: *Polarforschung* 38 (1968), S. 190–193.
- Weisz, Christoph (Hg.): *OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945–1949*, München 1994.
- von Weizsäcker, Richard: *Vier Zeiten. Erinnerungen*, Pößneck 1997.
- Wellmer Friedrich-Wilhelm: Begrüßung und Einführung: Von der Preussischen Geologischen Landesanstalt zu den Nachfolgediensten, in: Klaus-Dieter Meinhold (Hg.): *125 Jahre Preussische Geologische Landesanstalt und ihre Nachfolger – Geschichte und Gegenwart* (Geologisches Jahrbuch, Reihe G, Heft 10), Hannover 2003, S. 195–200.
- Wellmer, Friedrich-Wilhelm: Lernkurven in der Erdöl- und Erdgas-Exploration und -Exploitation, in: Michael Kosinowski u. Stephan A. Lüttger (Hg.): *Erdöl und Erdgas in Niedersachsen. Ursprünge, Entwicklungen, Perspektiven*, in: *Neues Archiv für Niedersachsen* 1 (2020), S. 55–69.
- Wellmer, Friedrich-Wilhelm u. Ehses, Harald: The German Geological Surveys, their Tasks, Networks, and Future Perspectives, in: *Die Staatlichen Geologischen Dienste – Strategien, Persönlichkeiten, Geschichte* (Geologisches Jahrbuch Reihe G, Heft 11), Hannover 2004, S. 5–22.
- Wiefel, Heinz: Geschichte der geologischen Erforschung, in: Walter Hoppe u. Gerd Seidel (Hg.): *Geologie von Thüringen*, Leipzig 1974, S. 12–24.
- Wiefel, Heinz u. Wiefel, Josepha: *Biographisches Lexikon zur Geschichte der Geowissenschaften in Thüringen. Biobibliographische Daten über Geowissenschaftler und Sammler, die in Thüringen tätig waren* (Schriftenreihe der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie, Ausgabe Nr. 95), Jena ²2010.
- Wildt, Michael: *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2013.
- Wilholt, Torsten: *Die Freiheit der Forschung. Begründungen und Begrenzungen*, Berlin 2012.

- Will, Fabienne: Evidenz für das Anthropozän. Wissensbildung und Austauschprozesse von Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften, Göttingen 2021.
- Willig, Dierk: Die Odyssee des Wehrgeologenarchivs als Teil der Heringen-Collection, Euskirchen: 2009 (Schriftenreihe Geoinformationsdienst der Bundeswehr, Heft 4, 2009).
- Willig, Dierk: Das Wirken von Professor Dr. Wilfried von Seidlitz in den beiden Weltkriegen, in: Nachrichtenblatt zur Geschichte der Geowissenschaften Heft 18, 2008, S. 64–92.
- Willig, Dierk u. Häusler, Hermann: Aspects of military hydrogeology and groundwater development by Germany and its allies in World War I, in: Edward P. F. Rose u. John D. Mather (Ed.): Military Aspects of Hydrogeology, London 2012, S. 85–103.
- Wöhrle, Tobias: Leo Wohleb – Eine politische Biographie. „Treuhänder der alten badischen Überlieferung“, Karlsruhe 2008.
- Wüstenhagen, Karl u.a.: Geologisches Landesamt Hamburg – von seiner Geschichte und Entwicklung, Hamburg 1998.
- Zschaler, Frank: Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin 1945–1961, Berlin u. New York 1995.

Personenregister⁷⁷⁰

- | | |
|-------------------------------------|--------------------------------------|
| Abele, Gustav (1899–1972) 85 f. | Baum, Fritz 197 |
| Adenauer, Konrad (1876–1967) | Becksmann, Ernst (1906–1986) 82 |
| 185, 187f., | Behrend, Fritz (1885–1949) 44, 54 |
| Ahrens, Hermann (1902–1975) 242 | Beier, Martin (1898–?) 60 |
| Ahrens, Wilhelm (1894–1968) 44, | Bein, Georg (1904–?) 44 |
| 49f., 59, 65 f., 95, 110, 117, 127, | Berg, Aurel 137, 143 |
| 130f., 136, 143 f., 146, 148, 155, | Berg, Georg (1876–1946) 44, 63, |
| 157 f., 166, 169, 172, 174 f., | 64, 277 |
| 182, 189, 193 f., 262, 268–270 | Berry, Henry Vaughan (1891–1979) |
| Aldinger, Hermann (1902–1993) | 101 |
| 80 f., 108 | Beyer, Albert Kurt (1907–1956) 44 |
| Altmeier, Peter (1899–1977) 89 | Beyschlag, Franz (1856–1935) 25 |
| Amelunxen, Rudolf (1888–1969) | Bender, Friedrich (1924–2008) |
| 101 | 197, 290 |
| Ampferer, Otto (1875–1947) 271 | Bentz, Agnes 263 |
| Armytage, Harry William Hugh | Bentz, Alfred (1897–1964) 11 f., |
| (1890–1967) 101 | 15–17, 19, 21, 23, 25 f., 28 f., 42, |
| Arndt, Heinrich-Paul (1887–1969) | 59 f., 61, 63, 65, 92, 97, 100, |
| 84–86, 147, 169 | 102–113, 115–124, 126–129, |
| Arnold, Helmut (1912–1986) 131 | 136 f., 139 f., 143–148, 151– |
| Arnold, Karl (1901–1958) 101 | 156, 160 f., 163, 165, 167, 168 f., |
| Assmann, Paul (1881–1967) 44, | 171, 173, 175, 177, 178 f., 181, |
| 54, 58 | 183 f., 186, 189, 191, 193, 195– |
| Bach, Hans 136 | 197, 199, 202, 207, 210, 214 f., |
| Balke, Siegfried (1902–1984) 196, | 217, 219–221, 223 f., 228, 230 f., |
| 244 | 233–235, 237–241, 243–246, |
| Barsch, Otto (1879–1946) 19, 23, | 252–260, 262–268, 278, 281– |
| 26, 28, 43 f., 46–48, 50–53, 55, | 284, 286, 288–296 |
| 56, 58–61, 106, 117 f., 253, 263, | Beschoren, Bernhard (1898–1982) |
| 274, 276 f. | 86 |
| Bartels, Julius (1899–1964) 236 | Biesel, Albert (1894–?) 45 |
| Bartz, Joachim (1910–1998) 82 | Binder, Paul (1902–1981) 93 |

770 Kursive Ziffern verweisen auf Nennungen der betreffenden Person in den Fußnoten.

- Bismarck, Wolfram (1910–?) 77
 Blount, Bertie (1907–1999) 284
 Blücher, Franz (1896–1959) 185
 Bock, Lorenz (1883–1948) 88
 Bode, Hans (1903–1977) 131
 Boden, Wilhelm (1890–1961) 89
 Bövers, Heinrich (1886–1950) 100
 Boigk, Heinz 199
 Boltz, Hans (1910–?) 45, 54, 60
 Bräuhäuser, Manfred (1881–1967) 79–81
 Brandt, Helmut 45
 Brandt, Leo (1908–1971) 143
 Braun, Wernher von (1912–1977) 283
 Braune, Hans-J. 210
 Brill, Rudolf (1898–1964) 90
 Brinkmann, Roland (1893–1973) 30, 256
 Brockamp, Bernhard (1902–1968) 8, 11, 19, 28, 39, 104, 229, 263
 Brunnacker, Karl (1921–2000) 86
 Buck, Eberhard (1900–1975) 81
 Burre, Otto (1887–1975) 41, 71, 74, 76 f.
 Carlé, Walter (1912–1996) 81
 Cissarz, Arnold (1900–1973) 44, 55, 64, 197, 220, 222
 Clar, Eberhard (1904–1995) 271
 Clay, Lucius D. (1898–1978) 35
 Cloos, Hans (1885–1951) 254 f., 257
 Closs, Hans (1907–1982) 15, 41 f., 127, 129, 145, 156, 191, 198 f., 219, 221 f., 276 f.
 Collins, Henry Edward (1903–?) 99
 Cornelius, Hans Peter (1888–1950) 271, 278
 Cramer, Helmuth (1902–1950) 86
 Cramer, Peter (1910–2003) 86, 278 f.
 Cramer, Rudolf (1882–1949) 56, 263, 275, 278
 Dahlgrün, Fritz (1894–1954) 107
 Dammer, Bruno (1876–1957) 76 f.
 Dawsen, William W. (1892–1947) 78
 Deetjen, Hanns (1903–1995) 196
 Deppermann, Karl 199
 Deubel, Fritz (1898–1966) 45, 47 f., 58, 66
 Dienemann, Wilhelm (1891–1966) 44, 61, 129, 156
 Dietz, Curt (1895–?) 110, 127, 129, 200 f.
 Dittmann, Kurt-Emil (1884–1968) 257
 Dreibholz, Carl (1891–?) 45, 63, 157
 Drescher-Kaden, Friedrich Karl (1894–1988) 87
 Dürbaum, Hans-Jürgen 199
 Ebert, Arthur (1891–1978) 131, 157 f.
 Eckhardt, Franz-Jörg 198
 Eckert, Hilde (1909–?) 87
 Eder, Wilhelm (1889–1955) 87
 Ehard, Hans (1887–1980) 83
 Eisenhower, Dwight D. (1890–1969) 35, 71, 78, 83
 Eisenhut, Eugen (1906–1978) 81
 Eissele, Konrad (1922–?) 94
 Engelhardt, Mark von (1891–?) 44
 Engelmann, Ulrich (1927–?) 251 f.
 Erb, Ludwig (1893–1978) 89, 91
 Erhard, Ludwig (1897–1977) 185, 194, 196, 216, 243 f.

- Evers, Fritz (1889–1989) 265
 Ewers, Carl (1902–1981) 143
 Falke, Horst (1909–1994) 95
 Fastabend, Hans 200
 Ferenczi, Istvan (1890–1966) 87
 Fingerchut, Maksymilian (1891–1955) 268, 291
 Flathe, Herbert 198
 Fliegel, Gotthard (1873–1947) 63, 269 f.
 Frank, Manfred (1905–1976) 41, 78 f., 81
 Freising, Hans (1905–1977) 81
 Fricke, Karl (1915–1990) 131, 157 f.
 Fricke, Otto (1902–1972) 140
 Fricke, Wolfgang (1914–1980) 110, 129, 197
 Friedensburg Ferdinand (1886–1972) 46, 48, 50, 52 f., 56
 Funder, Ludger (1899–1975) 28, 104, 116 f., 261
 Gabert, Gottfried 197
 Gaertner, Hans Rudolf von (1906–1982) 119, 127, 129, 156, 198, 220, 222, 257
 Ganss, Ortwin (1914–1988) 87
 Geiler, Karl (1878–1953) 71, 74
 Geyer, Eugen (1886–?) 45, 54, 63
 Göring, Hermann (1893–1946) 7, 28 f., 102–104, 115, 237, 286
 Götzinger, Gustav (1880–1969) 279
 Gothan, Walter (1879–1954) 44, 52 f., 63 f.
 Grader, Albert (1898–1954) 87, 279 f.
 Grahle, Hans-Olaf (1907–1967) 129
 Granass, Richard (1891–?) 45
 Graupner, Armin (1906–1994) 129, 200
 Groschopf, Paul (1909–?) 81
 Gross, Charles Philip (1889–1975) 78
 Gudden, Helmut (1924–2020) 87
 Gunther, Albert Everard (1903–1998) 14, 99 f., 102–104, 119, 121, 230, 239, 241, 283–292, 295
 Gunzert, Gerhard 77
 Haack, Wilhelm (1882–1947) 44, 63 f.
 Habetha, Ernst (1909–1987) 135 f., 197, 206, 222
 Hahn, Albrecht (1924–2003) 14, 199
 Hahn, Otto (1879–1968) 283
 Hallenbach, Franz (1909–1966) 42, 129, 156, 199
 Haller, Hans (1887–1953) 44
 Hallik, Rudolf Günther Wilhelm (1912–1994) 133
 Harre, Wilhelm 198
 Hartmann, Eduard (1887–1951) 87, 278
 Hasemann, Walter (1890–1961) 89–91, 93
 Hatta, Mohammad (1902–1980) 216
 Heck, Herbert-Lothar (1904–1967) 123, 134–136
 Heim, Fritz (1887–1980) 85, 87
 Heisenberg, Werner (1901–1976) 283
 Heller, Karl-Franz (1906–?) 170, 177, 193

- Hellmers, Johann Heinrich (1895–1953) 44
- Hendersen, Gail Patrick 102
- Henrici, Heinz (1906–?) 129, 201
- Herbst, Georg (1911–1980) 132, 157
- Herrmann, Rudolf 129, 201
- Hernhaussen, Henning Koch von (1901–1970) 107, 127
- Hentschel, Hans Emil (1898–1996) 77
- Hesemann, Julius (1901–1980) 130, 132, 158
- Hettier de Boislabert, Claude (1906–1986) 88
- Heuss, Theodor (1884–1963) 186
- Hiltermann, Heinrich (1911–1998) 129, 156, 198, 219 f.
- Hitler, Adolf (1889–1945) 10, 27, 28, 237, 288, 289
- Hock, Albert (1896–1964) 83 f., 280
- Hoegner, Wilhelm (1887–1980) 83
- Hözl, Otto (1897–1977) 87
- Hoevermann, Otto (1888–1953) 102
- Hoffmann, Karl (1897–?) 129, 199, 201
- Holl, Karl (1886–1971) 78
- Hollstein, Wilhelm (1898–1973) 129, 156, 158, 199 f.
- Homilius, Joachim (1926–2013) 14 f., 199
- Horvath, Josef (1900–1976) 31, 44
- Hülsen, Friedrich Carl von (1907–1970) 95
- Hulls, Leslie R. 99
- Jessen, Werner (1907–?) 132, 157
- Johannsen, Alfred (1911–1996) 135 f.
- Kappelmeyer, Oskar 199
- Karrenberg, Herbert (1909–1983) 44, 130, 132, 157 f.
- Keegan, Charles E. 82 f.
- Kegel, Wilhelm (1890–1971) 44, 49, 59, 61, 63 f., 117, 121 f., 124, 130–132, 137
- Keller, Gustav (1880–?) 92
- Keppler, Wilhelm (1882–1960) 8, 11, 19, 27 f., 30, 39, 55, 97, 104, 108, 116, 195, 229, 237–240, 244 f., 260–264, 266 f., 272, 283, 285 f., 292
- Kiderlen, Helmut (1905–1995) 92–94
- Kirbus, Wilhelm 45
- Kirchheimer, Franz (1911–1984) 90 f., 92, 94, 123, 150 f., 160, 163, 171, 190
- Kleinsorge, Hubert 197
- Knauer, Josef (1880–1966) 280 f.
- Knipscheer, Huybrecht (1917–1987) 87
- Koch, Emil (1886–1960) 132–134
- Kockel, Carl Walt(h)er (1898–1966) 256
- Kölbel, Heinrich (1910–1984) 44
- Köhler, Heinrich (1878–1949) 78
- Koenig, Pierre (1898–1970) 37
- Kohl, Emil (1883–?) 44, 63
- Kohl, Friedrich (1908–1980) 87
- Kopf, Hinrich Wilhelm (1893–1961) 101, 108
- Krauch, Carl (1887–1968) 237, 265
- Krause, Friedrich 155, 201

- Krejci-Graf, Karl (1898–1986)
271 f., 279
- Kremp, Gerhard Otto Wilhelm
(1913–1994) 132
- Kromer, Karl (1899–?) 45
- Kubel, Alfred (1909–1999) 147,
196
- Kühne, Friedrich (1894–1970) 44,
199
- Kuhne, Werner (1893–1988) 177
- Kutscher, Fritz (1907–1988) 77
- La Follette, Charles Marion (1898–
1974) 78
- Lang, Hans Dietrich 13
- Lange, Erich (1889–1965) 57,
61 f., 64 f., 115, 125, 134, 263
- Langer, Michael 222
- Lehr, Robert (1883–1956) 101
- Lögters, Herbert (1913–?) 129
- Loeser, Luise (1912–?) 44
- Lotze, Franz (1903–1971) 255 f.
- Lüdemann, Hermann (1880–1959)
102
- Lüttig, Gerd (1926–2010) 15, 200,
225–227, 252 f.
- Kattenstroht, Ludwig (1906–1971)
185
- Kurmaschow, Iwan Wassiljewitsch
(1903–?) 46
- Machens, Eberhard (1929–2018)
250
- Mahl, Constantin (1878–?) 45
- Maier, Reinhold (1889–1971) 78
- Malzahn, Erich (1909–1998) 129,
199
- Manig, Arno 201
- Mann, Theodor 60
- Martini, Hans Joachim (1908–
1969) 11, 12, 15–17, 30, 107,
117, 127, 129, 148, 150 f., 156,
159, 161–163, 165–169, 173,
175, 180, 184, 189, 191–193,
196 f., 199 f., 207 f., 210, 213–
217, 219–228, 241, 243 f., 246–
250, 260 f., 267 f., 291, 294–296
- Martini, Ruth (1914–?) 226 f.
- Mason, Arnold Caverly (1906–
1961) 74 f., 80
- McNarney, Joseph T. (1893–1972)
35
- Medwenitsch, Walter (1927–1992)
273
- Meisner, Maximilian (1883–1959)
44
- Melzer, W. 135
- Mempel, Gerhard (1905–1964) 45,
200, 276
- Menge, Heinrich (1889–?) 45
- Michelau, Paul (1910–?) 132
- Michels, Franz (1891–1970) 41,
71, 73 f., 76 f., 95, 114, 139,
148–150, 165, 171, 174, 189 f.,
193, 263
- Michels, Helga 263
- Mitoff, Dimiter 45
- Mittelstädt, Gerhard 155
- Mixius, Friedrich-Karl (1911–
1989) 129, 201
- Mojen, Hans-Peter (1908–?) 45,
55, 129
- Mollat, Wilhelm (1899–1965) 162,
163 f., 166 f., 170, 171, 174, 175–
177, 178, 181 f., 186, 189, 191
- Montgomery, Bernhard (1887–
1976) 36, 98

- Moos, August (1983–1944) 117, 281 f., 291 f.
- Moos, Beata (1902–1984) 117, 127, 156, 283
- Moos, Marie (1873–1944) 117
- Moos, Walter (1930–1945) 117
- Mrugowsky, Joachim (1905–1948) 63, 264
- Mückenhausen, Eduard (1907–2005) 130, 132, 158
- Mühlen, Walter von zur (1905–1990) 15, 45, 65, 129, 156, 199
- Müller, Ernst-Heinz (1920–1978) 132
- Müller, Gebhard (1900–1990) 88
- Müller, Siegfried (1917–?) 80 f.
- Müller, W. 200
- Müller, Werner (1900–1982) 292
- Mürriger, Friedrich (1902–1953) 77
- Muller, Walter J. (1895–1967) 83
- Nathan, Hans (1900–1982) 85, 87, 272 f.
- Naumann, Erich (1875–1966) 82
- Newman, James R. (1902–1964) 71
- Niedermayer, Josef (1911–1992) 129
- Niem, Günther de 45
- Nöring, Friedrich-Carl (1912–2005) 76 f.
- Otto, Georg (1883–?) 45
- Paeckelmann, Werner (1890–1952) 45, 49, 63 f., 106, 108, 264
- Pallat, Rolf Erdmann (1910–2007) 45, 77
- Pène, Pierre (1898–1972) 88
- Petersen, Rudolf (1879–1962) 101
- Petrascheck, Walther Emil (1906–1991) 29, 271 f.
- Pfeffer, Paul (1898–?) 76 f.
- Pfeiffer, Dieter 13 f.
- Picard, Edmund (1876–1949) 45, 63, 132
- Pieck, Arthur (1899–1970) 53, 54
- Pieck, Wilhelm (1876–1960) 54
- Pietzsch, Kurt Albin (1884–1964) 45, 47 f.
- Pilger, Andreas (1910–1997) 112, 132
- Pinkow, Hans-Heinz (?–1952) 77
- Potonié, Robert (1889–1974) 24, 121, 130, 132, 158
- Preul, Friedrich (1914–?) 129, 201
- Prey, Siegmund (1912–1992) 279
- Putzer, Hannfrit (1913–2004) 197
- Quiring, Heinrich (1885–1964) 45, 63
- Quitzw, Hans-Wilhelm (1911–2009) 45, 132, 157
- Rau, Heinrich (1899–1961) 67
- Raupach, Friedrich von (1906–1992) 45
- Reiff, Walther (1905–1984) 93
- Reich, Georg Hermann (1891–1976) 24, 28, 41, 111
- Rein, Ulrich (1911–2012) 132, 157
- Reinhart, Franz 198, 201
- Reul, Konrad 197
- Richter, Konrad 129, 200, 220
- Richter, Wolfgang (1912–1977) 129, 201, 219, 221
- Richter-Bernburg, Gerhard (1907–1990) 11, 45, 66, 127, 129, 156, 199 f., 222, 224, 228, 250, 266 f., 294
- Riedel, Leonhard (1906–1944) 281

- Robertson, Brian H. (1896–1974) 36, 98
- Roeschmann, Günter (1925–2022) 200
- Rösing, Franz (1920–2004) 77
- Rössle, Per (1906–1961) 77
- Rohland, Walter (1898–1981) 215 f.
- Rosenberg, Albert (1896–?) 45, 60
- Rosenberg, Alfred (1893–1946) 121
- Rüger, Ludwig (1896–1955) 82, 236
- Rust, Josef (1907–1997) 160
- Sauer, Kurt Franz Josef (1917–1986) 91
- Schacht, Hjalmar (1877–1970) 259
- Schaefer, Ingo (1915–2001) 87
- Schäffer, Fritz (1888–1967) 82 f.
- Scharf, Willi (1896–1971) 273
- Schenk, Erwin Karl (1907–1975) 76 f.
- Schiller, Karl (1911–1994) 250, 251
- Schindewolf, Otto Heinrich (1896–1971) 45, 63, 65, 165, 293
- Schlattmann, Heinrich (1884–1943) 259 f.
- Schlebusch, Hubert (1893–1955) 100
- Schmeer, Dora (1915–?) 87
- Schmid, Carlo (1896–1979) 88
- Schmidt, Wolfgang (1914–1972) 130, 132, 158
- Schmidt-Thomé, Paul (1911–1997) 87, 210
- Schmierer, Theodor (1879–1953) 45, 275
- Schmitz, Hans-Hermann 200
- Schmücker, Kurt (1919–1996) 223
- Schneider, Harras (1912–1966) 129, 200 f., 221
- Schneiderhöhn, Hans (1887–1962) 124
- Schönhals, Ernst (1909–1993) 76 f., 114,, 198, 220 f.
- Schott, Wolfgang (1905–1989) 14, 129, 198, 221 f., 289, 292 f.
- Schottler, Walter (1907–1991) 40, 71, 95 f.
- Schriel, Walter (1892–1959) 111, 258–260, 262
- Schroeder, Eckart (1899–1969) 274
- Schroeder, Elly (1901–?) 102
- Schubert, Werner (1904–?) 237 f.
- Schuh, Friedrich (1889–1981) 255
- Schukow, Georgi Konstantinowitsch (1896–1974) 34, 43, 46
- Schultze, Alexander 45
- Schultze, Georg Richard (1903–1970) 152, 153
- Schulz, Günther (1902–1989) 94
- Schuster, Matthäus (1881–1953) 83
- Schwarz, Albert (1900–1968) 76 f.
- Seitz, Otto (1888–1976) 129, 156
- Sellien, Kurt (1897–?) 45
- Selzer, Georg (1907–1977) 96
- Seidlitz, Wilfried von (1880–1945) 19, 268–270
- Sewall, Summer (1897–1965) 78
- Siemens, Günther (1901–?) 45
- Simon, Wilhelm Georg (1903–?) 133
- Sindowski, Karl-Heinz (1910–1991) 129, 200
- Sidorenko, Alexander V. (1917–1982) 226
- Sobottka, Gustav (1886–1953) 57, 61 f.

- Sokolowski, Wassili Danilowitsch (1897–1968) 34
- Speer, Albert (1905–1981) 215, 292
- Spitz, Albrecht (1883–1918) 271
- Stach, Erich (1896–1987/1990) 132, 158
- Staesche, Karl (1902–1981) 45
- Stahl, Alfred (1888–1979) 110, 127, 130, 132, 157
- Steinlein, Wilhelm (1901–1974) 148
- Steltzer, Theodor (1885–1967) 102
- Stelz, Ignaz 155
- Stern, Karl 54
- Stier, Karl (1886–1972) 80 f.
- Stock, Christian (1884–1967) 7, 71
- Stoller, Jakob (1873–1930) 23, 25
- Strebel, Otto 222
- Streit, Reinhard (1935–2005) 279
- Ströbel, Winfried (1915–1989) 81
- Tantzen, Theodor (1877–1947) 100
- Teichmüller, Marlies (1914–2000) 132
- Teichmüller, Rolf (1904–1983) 132
- Teike, Max (1894–?) 77
- Terboven, Josef (1898–1945) 257
- Teuscher, Otto (1907–1990) 87
- Thiergart, Friedrich (1905–1977) 45
- Tillmann, Heinrich (1903–?) 87
- Thomson, Paul William (1891–1957) 121, 130, 132, 158
- Treibs, Walter (1912–1994) 87
- Trénel, Max (1889–1966) 45, 64
- Udluft, Hans (1900–1966) 41, 71–74, 76 f.
- Utescher, Kurt (1882–?) 45
- Venzlaff, Helmut (1926–2016) 198
- Versé, Julius (1881–1966) 238, 258–260, 262
- Vidal, Helmut (1919–2002) 14, 272 f.
- Vogel, Franz (1896–1976) 85, 87
- Wacker, Friedrich (1901–1979) 94
- Wagener, Otto 54
- Wager, Rudolf (1906–1960) 129, 201
- Wagner, Georg (1885–1972) 93
- Wagoner, Murray D. van (1898–1986) 83
- Waldeck, Harald 200
- Walther, Hans-Just 197, 222
- Wasmund, Erich (1902–1945) 97
- Wedelstädt, Erich von (1904–1945) 227
- Weidenbach, Fritz (1901–2000) 79–81, 150
- Wehrli, Hans (1902–1978) 113
- Wendt, Immo (1927–2022) 198
- Westrick, Ludger (1894–1990) 187 f.
- Wethlow, Hans (1895–?) 45
- Weverinck, Theodor (1911–1966) 126, 201
- Wicher, Carl Adam (1901–1957) 45
- Widmer, Guillaume (1906–1968) 88
- Wild, Helmut (1919–?) 81
- Wimmenauer, Wolfhard (1922–2023) 91
- Winkhaus, Herman (1897–1968) 210
- Wirth, Eberhard (1903–1988) 82
- Wirtz, Daniel (1914–1965) 197
- Wohleb, Leo (1888–1955) 88
- Wolfart, Reinhard 197

- Woldstedt, Paul (1888–1973) 45,
 59 f., 127, 129, 155 f., 158
 Wolff, Wilhelm (1902–1980) 41,
 45, 111, 130, 132, 158
 Wolters, Richard (1921–1981)
 132, 158
 Wortmann, Heinrich (1899–1979)
 132, 158
 Wurm, Adolf (1886–1968) 112
 Zöller, August 45
 Zwierzycki, József (1888–1961)
 292

